Erich Hanke

Ins nächste Jahrhundert

Was steht uns bevor?



»Der Menschheit Würde
ist in eure Hand gegeben –
Bewahret sie!
Sie sinkt mit euch!
Mit euch wird sie sich erheben!«

Friedrich Schiller

ERICH HANKE

Ins nächste Jahrhundert

Was steht uns bevor?

Urania-Verlag Leipzig · Jena · Berlin

1. Auflage 1983

VLN 212-475/3/83
LSV 0139/01200
Redaktionsschluß: 1. 2. 1983
Lektor: Dr. Karl-Heinz Niemeyer
Buchgestaltung: Wolfgang Lenck
Zeichnungen: Willy Weitzmann
Satz und Druck: Gutenberg Buchdruckerei
und Verlagsanstalt Weimar,
Betrieb der VOB Aufwärts
Buchbinderische Verarbeitung:
Papier- und Plasteverarbeitung Leipzig
Printed in the German Democratic Republic
Best.-Nr.: 653 782 3

Inhalt

»Ich interessiere mich sehr für die Zukunft. Ich werde nämlich dort den Rest meines Lebens verbringen.«

Unbekannter Verfasser

Vorwort

Es wird kaum einen Menschen geben, den nicht die Fragen interessieren oder sogar beunruhigen: Was bringt die nahe Zukunft? Was haben wir vom 21. Jahrhundert zu erwarten? Die Frage, wohin sich die Menschheit bewegt, wodurch Richtung und Charakter ihrer weiteren Entwicklung bestimmt werden, beschäftigt heute stärker denn je die Menschen aller Kontinente.

Unsere Kinder, die heute das Licht der Welt erblicken, können angesichts größerer Lebenserwartungen das dritte Viertel des 21. Jahrhunderts, ihre Eltern die Mitte des 21. Jahrhunderts erleben. Aber auch die ältere Generation möchte wissen, ob ihr Leben sinnvoll war und ist, ob sie durch ihre Arbeit die Bedingungen für eine glückliche Zukunft – oder für ein Dasein voller Existenzangst und physischer Bedrohung geschaffen haben.

Wie werden die Menschheitsprobleme gelöst? Wird die Zukunft dem freien, schöpferischen, nach seinen Bedürfnissen lebenden Menschen gehören – oder drohen der völlige Zusammenbruch aller modernen Kultur und Zivilisation und sogar die Vernichtung der Menschheit?

Für die einen stellt das schnelle Bevölkerungswachstum die ärgste Gefahr dar. Andere befürchten, daß sich die Menschheit durch Umweltverschmutzung selbst vergiftet oder daß die Nahrungsmittel und natürlichen Rohstoffquellen der Welt zur Neige gehen. Viele bangen um ihre soziale Sicherheit und künftige Lebenssituation. Manche sprechen von der Gefahr der genetischen Entartung der Menschheit oder von einer besonderen Aggressivität des Menschen, die die Zukunft der Menschheit zerstören werde. Zum aktuellen Problem ist die Gefahr eines atomaren Infernos geworden.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß es heute um die Existenz des Menschengeschlechts geht. Zum ersten Mal in seiner Geschichte vermag der Mensch Kräfte zu entfesseln, die die Menschheit vernichten können. Es gibt heute zwei Möglichkeiten, und die Dramatik der Situation kann nicht tief genug erfaßt werden: Untergang oder Aufstieg.

Bürgerliche Sience-Fiction-Literatur wartet mit fantastischen Schilderungen der Zeit nach dem Jahre 2000 auf. Sie sucht die Zukunft der Menschheit mit Vorliebe auf fernen Gestirnen. Bei aller Bedeutung des Eindringens der Menschen ins Weltall und der wachsenden Kenntnisse, die für uns auf der Erde nicht zu unterschätzen sind, liegen doch unsere nächste Zukunft und die zu lösenden Probleme auf unserem Erdball. Utopien, die die Menschheit in absehbarer Zeit auf fernen Gestirnen angesiedelt sehen, tragen lediglich dazu bei, von den irdischen Fragen abzulenken. Wer die Probleme der Erde ausklammert und sich auf eine erdferne Zukunft konzentriert, macht sich gewollt oder ungewollt zum Anwalt überlebter Zustände.

Dem Verfasser dieses Buches geht es nicht um Utopien, sondern um die Realitäten von heute und von morgen. Er will Vergangenheit und Gegenwart analysieren, die wesentlichen Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten darlegen und daraus Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen. Es ist der Versuch einer globalen Darstellung der Menschheitsperspektiven. Eingeschlossen sind konkretere historische Zeitbestimmungen für die sozialistischen Länder, die kapitalistischen Länder und die Entwicklungsländer bis ins 21. Jahrhundert.

Das ist kein utopisches Unterfangen. Der Entwicklungsstand der menschlichen Gesellschaft, die Entwicklungstrends und reichliche Fakten eröffnen der wissenschaftlichen Vorausschau in die Zukunft größere Möglichkeiten als vor Jahrzehnten. Die Konturen des Neuen zeichnen sich heute schon viel klarer ab. Sie erlauben neue, tiefere Einsichten in den weiteren Geschichtsverlauf und bestimmte, real begründete Schlußfolgerungen hinsichtlich des Tempos, in dem sich die historischen Prozesse durchsetzen können.

Die Bedeutung der wissenschaftlichen Einsicht für die praktische Tätigkeit des Menschen ist offensichtlich. Sie erlaubt, die Wirkungen der eigenen Handlungen in mehr oder minder großem Maße zu berechnen. Sie gibt den Menschen Perspektive, Kühnheit und Sicherheit. Die praktische Tätigkeit erfordert, daß der Mensch sich nicht nur auf die Gegenwart orientiert, sondern im gegenwärtigen Ablauf der Ereignisse das Zukünftige erkennen muß. Erst dadurch besteht die Möglichkeit, sich auf das Kommende vorzubereiten, gegen bestimmte Folgen zu schützen und die Gesetze in Natur und Gesellschaft im eigenen Interesse auszunutzen. Ohne wissenschaftliche Erkenntnisse über die objektive Realität stehen wir den Ereignissen hilflos gegenüber und sind wie ein Schiff ohne Kompaß, das der Gewalt des Meeres machtlos ausgeliefert ist.

Wir können nicht sagen, was z. B. am 1. Januar des Jahres 2001 mit Fritz Müller geschieht. Wir erkennen keine Zeitbestimmungen auf Jahr und Tag. Was sich jedoch voraussagen läßt, sind die historischen Tendenzen und wie sich die menschliche Gesellschaft unter absehbaren Bedingungen in bestimmten Zeitspannen entwik-

keln wird. Wir können historische Entwicklungsprozesse, die für unser persönliches Leben von größter Bedeutung sind, erkennen.

Die Ergebnisse meiner Untersuchung zu den Zeitbestimmungen waren mir naturgemäß am Beginn der Arbeit selbst nicht bekannt. Ich vermute, daß sie auch manchen Leser überraschen. Erschließen wir uns die Konsequenzen, so werden uns die Größe und auch die Schwierigkeiten der Aufgaben bewußt. Ich überlasse es dem Leser, die Richtigkeit meiner Schlußfolgerungen selbst zu beurteilen.

Danken möchte ich Prof. Hermann Grosse, Dr. Götz Scharf, Prof. Dr. Hans Schönherr und Prof. Dr. Hans Tammer. Sie lasen das Manuskript und gaben Anregungen und Hinweise, insbesondere für die prognostischen Zeitbestimmungen.

»Lerne zeitig klüger sein.
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.«

Johann Wolfgang v. Goethe

Untergangspropheten

Droht die ökologische Katastrophe?

Im Jahre 1982 bestanden auf unserem Erdball 171 unabhängige Staaten. Davon waren 157 Mitglieder der UNO. Ihr wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungsstand sowie die gesellschaftliche Struktur sind sehr verschieden. Es gibt entwickelte kapitalistische Länder, solche mit mittlerer Entwicklung, sozialistische Länder, Länder mit sozialistischer Orientierung, Entwicklungsländer, die ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben, sowie weitere, die sich noch in kolonialem oder halbkolonialem Status befinden. Ungefähr zweitausend verschiedene Nationalitäten bewohnen unsere Erde. Einigen gehören wenige Tausende, anderen viele Millionen Menschen an.

Eine wachsende Anzahl bürgerlicher Futurologen vertritt die Meinung, daß die Menschheit einer Katastrophe entgegengeht, wenn nicht unverzüglich Entscheidendes geschieht. Andere halten diese Ansicht für baren Unsinn, fahrlässige Irreführung der Öffentlichkeit oder Schlimmeres. Noch in den sechziger Jahren beflügelte die Auffassung, daß die Erde über eine unerschöpfliche Fülle an Ressourcen verfüge, die Gemüter vieler bürgerlicher Wissenschaftler. Dann entstand das Bild eines in seiner Existenz bedrohten Planeten.

Was steht uns nun wirklich bevor?

»Bevölkerungsexplosion«?

Gibt es wirklich eine Bevölkerungsexplosion, oder ist diese Feststellung übertrieben?

Durchaus nicht! Das sprunghafte Anwachsen der Erdbevölkerung in der Gegenwart hat eine neue Situation geschaffen. Gegen 1800 belief sich die Anzahl der Einwohner unseres Erdballs auf etwa 800 Millionen und gegen 1930 auf 2 Milliarden. Bis zum Jahre 1980 stieg sie auf rund 4,5 Milliarden an.

Verteilung der Weltbevölkerung

Kontinent	Bevölkerung	Weltbevölkerung (in Prozent)
Asien	2 629 500 000	59,6
Amerika	607 000 000	13,7
Afrika	472 000 000	10,7
Antarktika		
Europa	684 500 000	15,5
Australien	14 600 000	0,3
Ozeanien* etwa	9 000 000	0,2
	4 416 600 000	100,0

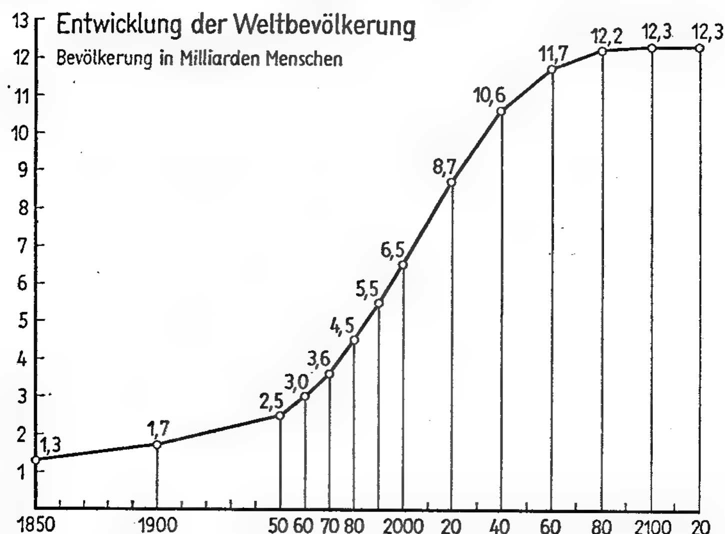
* Ohne das indonesische Irian Jaya, aber unter Einbeziehung von Neuseeland (3,2 Mill. Einw.) und Hawaii (915 000 Einw.)[1]

Im Jahre 2000 wird die Weltbevölkerung neuesten Schätzungen nach auf etwa 6,1 Milliarden angewachsen sein.[2]

Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts erhöht sich der Einschätzung von UNO-Experten zufolge die Anzahl der Menschen auf etwa 11 bis 12 Milliarden.

Wuchs in den dreißiger Jahren die Weltbevölkerung im Jahresdurchschnitt um etwa 22 Millionen, in den vierziger Jahren um 24 Millionen, in den fünfziger Jahren um fast 49 Millionen, so wa-

Eine Prognose aus der Sicht des Jahres 1974



Quelle: UNESCO-Kurier, Paris, 5/1974, S. 17

ren es 1974 bereits 84 Millionen. Von 1950 bis 1970, also in zwei Jahrzehnten, vergrößerte sich die Weltbevölkerung um 1,1 Milliarden. In den vorhergehenden fünf Jahrzehnten hingegen waren es nur 0,8 Milliarden.

Rund zwei Millionen Jahre vergingen, ehe die Bevölkerungszahl 3,3 Milliarden erreichte. Aber von 1965 bis zum Jahre 2000 – in nur 35 Jahren! – wird sie sich etwa verdoppelt haben.[3]

Wo liegen die Ursachen dieses sprungartigen Wachstums der Weltbevölkerung?

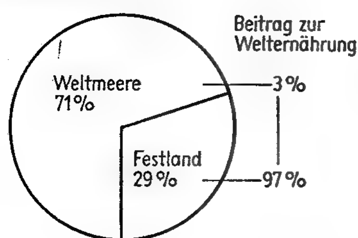
Sie resultieren aus wesentlichen demographischen Veränderungen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Nach dem zweiten Weltkrieg und nach dem Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems kam es zu einer gewissen Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Einführung wirksamer Maßnahmen gegen Epidemien. Infolgedessen sank die Sterblichkeitsrate rasch. Da die relativ hohe Geburtenzahl aber konstant blieb, kam es zu einem schnellen Bevölkerungszuwachs. Im Jahre 1974 überstieg die durchschnittliche Zuwachsrate der Bevölkerung in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern die der entwickelten Industrieländer um mehr als das 2,5fache. Eine Anzahl Entwicklungsländer erreichte jährliche Zuwachsraten von mehr als 3 Prozent. Im Gegensatz hierzu erhöht sich die Bevölkerungszahl in Nord- und Westeuropa jährlich nur um 0,4 Prozent, und in einigen europäischen Ländern stagniert sie oder geht sogar zurück. In den Entwicklungsländern wächst die Bevölkerung so schnell, daß die komplizierten ökonomischen und sozialen Probleme, die dort der Lösung harren, noch schwieriger werden.

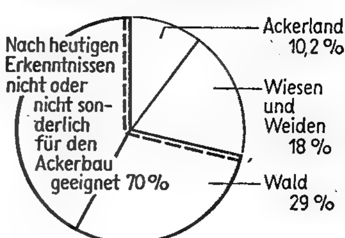
Welche Perspektiven und welche Lösungswege gibt es für die Entwicklungsländer?

Viele westliche Wissenschaftler, die die Bevölkerungsentwicklung studieren, sehen in der hohen Geburtenziffer die Ursache des Elends und Hungers der Völker in den schwachentwickelten Ländern, aber auch für eine Katastrophe der gesamten Menschheit. So erklärt A. Peccei: »Bei dem gegenwärtigen Entwicklungstempo wird die Weltbevölkerung Ende des Jahrhunderts gegenüber 1900 auf das Sechsfache gestiegen sein, und somit wird die Menschheit nach spätestens hundert Jahren vor ihrem Untergang stehen.«[4]

E. Pestel und M. Mesarovic malen die Zukunft der Menschheit ebenfalls in düsteren Farben. Ihrer Ansicht nach würden wir uns auf einem Weg befinden, der die Welt direkt in die Katastrophe führe. Es sei notwendig, den Kurs zu ändern und alle bisherigen Entwicklungskonzeptionen zu revidieren. Da die Erde nicht gleichzeitig die Völker der entwickelten Industrieländer und der Entwicklungsländer ausreichend versorgen könne, sei der größere Teil der Weltbevölkerung wahrscheinlich zu dauernder Armut verdammt. Derartige Ungerechtigkeiten führten früher oder später zu gewaltsamen Ausbrüchen. Die Kluft zwischen den armen und

Wie wird die Erdoberfläche heute für die Welternährung genutzt?





Quelle: horizont, 19/1981

reichen Ländern vergrößere sich und folglich sammle sich ein explosives Potential Haß an. So entstehe das »Gespenst eines Klassenkampfes auf globaler Ebene«, in dessen Verlauf »die Städte wohlgenährter Europäer und Amerikaner« geplündert würden.

Entspricht die Auffassung, daß die Ursachen des Hungers in den Entwicklungsländern die Überbevölkerung sei, der Wirklichkeit?

Die Behauptungen der Weltuntergangspropheten entbehren jeder Grundlage. Ohne Zweifel hungern noch Hunderte Millionen Menschen in diesen Staaten – und selbst in entwickelten kapitalistischen Ländern. Doch es sind nicht die Naturbedingungen, die verhindern, alle Menschen satt zu machen.

Über welche Reserven der Nahrungsmittelproduktion auf unserem Erdball verfügt die Menschheit? Sie liegen in der Erweiterung der Anbaufläche, der Steigerung der Erträge je Flächeneinheit, der Ausnutzung der riesigen Nahrungsreserven, die die Weltmeere bergen. In Cambridge hat man berechnet, daß „60 Milliarden Menschen leben könnten, würde das heute genutzte Agrarland so wirksam bestellt wie in Holland. Gewiß wachse manche Pflanzen- und Tierpest mit der Intensität der Produktion, aber auch das sei leicht zu beheben. Das Ernährungspotential der Erde sei praktisch unbegrenzt«.[5]

Auf dem Symposium »Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt« in Stockholm, das im Herbst 1973 stattfand, erklärte der Direktor des Forschungszentrums für Bevölkerungsfragen an der Harward-Universität Cambridge (USA), daß 40 bis 50 Milliarden Menschen mit vollwertigen Nahrungsmitteln versorgt werden könnten, wenn überall so viele Mittel und eine solche Technologie angewandt würden, wie sie in einer typischen Maisfarm im USA-Staat Iowa zum Einsatz gelangen.[6]

Ferner wurde auf dem Symposium festgestellt, daß gegenwärtig große Gebiete der Welt noch gar nicht gründlich erforscht und alle

Reserven aufgedeckt worden sind. Dies gelte insbesondere für den Meeresboden, tiefer liegende Bodenschichten und einen erheblichen Teil der Erdoberfläche.[7]

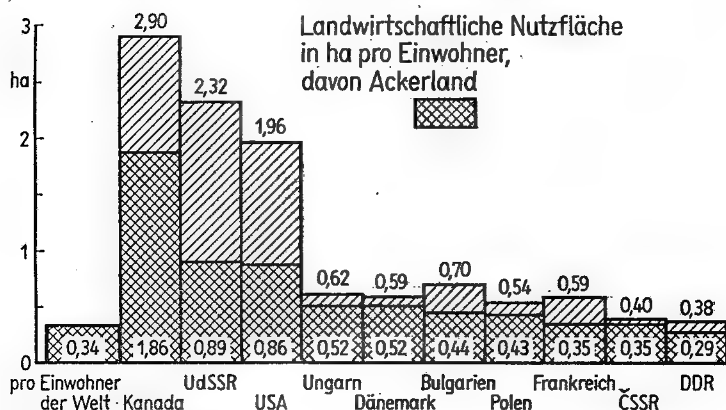
In dem Buch »Zukunft aus dem Computer« geben die Autoren folgendes zu bedenken: »Nach den Daten, die dem Technical Report zu entnehmen sind, werden zur Zeit weniger als 50 Prozent des potentiell anbaufähigen Landes der Erde bestellt. In den dicht besiedelten Erdteilen Europa und Südostasien liegt der Prozentsatz über 80 Prozent, in Nordamerika und der Sowjetunion zwischen 50 und 60 Prozent und in Afrika, Australien und Südamerika um 15 bis 20 Prozent.«[8]

Die Ernteerträge können durch Einsatz von Kunstdünger, durch Bodenmelioration, Bewässerung, Schädlingsbekämpfungsmittel, Züchtung besserer Pflanzen, rationellere Bodenbewirtschaftung und Erzeugung von Nahrungsmitteln auf Flächen, die zur Zeit als nicht bebaubar gelten, wesentlich gesteigert werden.

Die Bodenbearbeitung ist in großen Teilen der Welt heute noch unvorstellbar rückständig. Über 200 Millionen landwirtschaftlich arbeitende Familien besitzen nur den hölzernen Haken, etwa 80 Millionen Familien den eisernen Pflug, der von Tieren gezogen wird. Durch den Übergang von der tierischen zur motorischen Zugkraft würden weitere Reserven erschlossen.

Die von Motoren gezogenen Bodenbearbeitungsgeräte wirken sich in zweierlei Hinsicht vorteilhaft aus. Einmal wird durch tieferes Pflügen der Boden besser bearbeitet, und bestimmte Böden sind überhaupt nur durch Einsatz von Motorpflügen für die Landwirtschaft zu erschließen. Zum anderen werden in der Welt noch heute schätzungsweise fast 100 Millionen Pferde und Maultiere als tierische Zugkräfte in der Landwirtschaft eingesetzt. Sie verbrauchen landwirtschaftliche Produkte, mit denen mehrere Hundert Millionen Menschen ernährt werden könnten. F. Baade meint in seinem Buch »Der Wettlauf zum Jahre 2000«: „Insgesamt ist es nicht zu hoch geschätzt, wenn man annimmt, daß in den nächsten Jahrzehnten durch den Übergang von der tierischen zur motorischen Zugkraft Nahrung für eine Milliarde Menschen durch die dadurch bewirkte Ertragssteigerung und durch die Einsparung von Futter erzeugt werden kann.«[9]

Natürlich dürfen wir nicht übersehen, daß Voraussetzungen zu schaffen sind, um diese Möglichkeiten realisieren zu können. Eine Erweiterung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im erforderlichen Maße verlangt beispielsweise enorme Energiemengen, und diese Kapazitäten müssen erst einmal bereitgestellt werden. Nicht weniger groß sind die Anforderungen an Qualität und Quantität der notwendigen Technik, der Düngemittel usw. Nicht zuletzt müssen qualifizierte Fachleute in ausreichender Anzahl ausgebildet werden. Die Schwierigkeiten dieser immensen Aufgaben, die heute manchem als illusorisch und unlösbar



Quelle: horizont, 19/1981

erscheinen, dürfen uns jedoch nicht daran hindern, ihre prinzipielle Lösbarkeit zu erkennen und die besten Lösungen vorzubereiten.

Bei den vorgenannten Schätzungen sind übrigens solche Möglichkeiten der Ertragssteigerung noch nicht berücksichtigt, die über das heutige Niveau der Wissenschaft und Technik hinausgehen.

In Zukunft werden Mikroorganismen eine überaus wichtige Rolle bei der Gewinnung von Nahrungsmitteln spielen. Mikroorganismen können dafür als billiger Rohstoff dienen. Ihre vorteilhaften Eigenschaften – wie schnelles Wachstum durch Zellteilung oder Sprossung – erlauben, bezogen auf die Zeit und die Anbaufläche, eine hohe Ausbeute. Kleinstlebewesen, gegen die der Mensch bisher hauptsächlich kämpfen mußte, kann er nun zu seinem Nutzen einsetzen. Bestimmte Algen, Pilze und Bakterien zeichnen sich nämlich durch einen hohen Gehalt an Eiweißstoffen, Vitaminen und Enzymen aus. Mikrobielles Eiweiß z. B. läßt sich mit weniger Arbeitsaufwand herstellen als pflanzliches oder tierisches Eiweiß. Es wird bereits in einigen Ländern als Tierfutter bzw. als Zusatz zu Tierfutter verwendet. Selbst aus Erdöl kann Eiweiß gewonnen werden. Dadurch ergäbe sich eine zusätzliche Rohstoffquelle, für die keine landwirtschaftliche Nutzfläche erforderlich wäre.[10]

Wenn es auch größerer Zeiträume bedarf, um alle noch bestehenden Schwierigkeiten und Nachteile zu überwinden, so wird doch zielgerichtet daran gearbeitet, diese Wege für die Nahrungsmittelerzeugung zu erschließen.[11] In vielen Ländern, auch in der DDR, wird deshalb der Aufbau einer mikrobiologischen Industrie forciert.

Ein zehn Zentner schwerer Mastochse erzeugt, wenn er entsprechend ernährt wird, täglich 0,5 Kilogramm Eiweiß. Aber die gleiche Menge einzelliger Organismen produziert 1250 Kilogramm. Die zukünftigen »Haustiere« und »Nutzpflanzen«, die die Grundlage für »künstliche« Speisen liefern, sind jedoch weder Schwein oder Rind noch Getreide, sondern winzige einzellige Lebewesen. In biochemischen Laboratorien der UdSSR gibt es schon heute Brot, dessen Grundlage nicht Getreide ist, das auf einem Feld wuchs, Schnitzel, für deren Erzeugung kein Vieh geschlachtet werden mußte, und Kaviar, der nicht vom Fisch gewonnen wurde. Die Praxis bestätigt, daß diese synthetischen Nahrungsmittel weder im Aussehen und im Geruch noch im Geschmack und in der Nährkraft von echten zu unterscheiden sind.

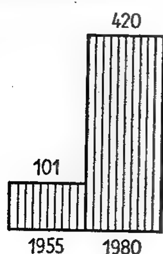
Die Lösung des Problems der Photosynthese würde die Nahrungs- und Rohstoffquellen der Menschheit unermeßlich vergrößern. Unter künstlichen Bedingungen könnte durch die Einwirkung der Sonnenstrahlen eine Synthese organischer Nahrungsprodukte herbeigeführt werden.

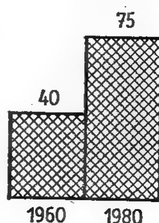
Der Übergang zur industriemäßigen Nahrungsgüterproduktion wird zudem einen großen Teil der Menschen, der heute in der einen oder anderen Form mit der Herstellung von Lebensmitteln beschäftigt ist, von dieser Arbeit freistellen.

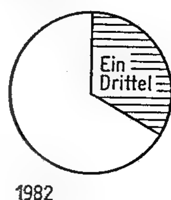
Betrachten wir die Möglichkeiten, die die Erschließung der Ozeane bieten und die ein unerschöpfliches Wasser- und Nahrungsreservoir für die Menschheit darstellen. Allein 362 Millionen Quadratkilometer – sieben Zehntel der Erde – nehmen die Ozeane ein. Während unsere Ackerböden nur etwa bis 30 Zentimeter in der Tiefe fruchtbar sind, können dies Meeresböden bis zu einer Tiefe von 500 Metern sein. Sie werden durch die Natur ständig gedüngt, die Fruchtbarkeit wird durch Wuchsstoffe, die die Flüsse aus den Böden schwemmen, erneuert.

Zweifellos sind die natürlichen Bedingungen vorhanden, den

Weltmeere werden immer intensiver genutzt







Quelle: Neues Deutschland, 3. 1. 1983

Hunger in der Welt zu überwinden und die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Notwendig ist aber, daß die gesellschaftlichen Schranken, die Hunger und Elend zur Folge haben, beseitigt werden. Nicht die Bevölkerungszunahme, sondern überlebte soziale Strukturen verursachen den Hunger. Wie wäre sonst das Elend zu erklären, das in bestimmten und keineswegs übervölkerten Ländern besteht? In einer Reihe von Entwicklungsländern ist noch keine Überbevölkerung vorhanden. Im Gegenteil! Eine Bevölkerungszunahme würde die Entwicklung dieser Länder nur günstig beeinflussen.

Durch eine Zwangskontrolle der Geburtenzahl, wie bürgerliche Ideologen auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest für die Entwicklungsländer forderten, lassen sich die Probleme nicht lösen. »Neues Deutschland« bezeichnete diese Konzeption der imperialistischen Länder mit Recht als »einen Versuch, die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest dazu zu mißbrauchen, die vom Imperialismus zu verantwortenden Gebrechen dieser Welt praktisch ins Schlafzimmer zu verlegen«.[12]

Betrachten wir Brasilien. Dort hungern etwa 40 Millionen Menschen. Dabei hat Brasilien mehr anbaufähiges Land als ganz Europa. Der größte Teil dieses Landes aber ist im Besitz einer hauchdünnen Oberschicht und amerikanischer Monopole sowie der Monopole anderer westlicher Länder. Sie bauen auf riesigen Ländereien Kaffee an – ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Werktätigen, lediglich des Profits wegen.

Das Beispiel der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zeigt, daß das Bevölkerungs- und Ernährungsproblem durchaus gelöst werden kann. In der Sowjetunion wuchs die Bevölkerung seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution um etwa 120 Millionen Menschen an, ohne das Nahrungsmangel eingetreten ist.

Dank der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen, des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der sozialistischen Planwirtschaft konnte das vom Zarismus hinterlassene Elend der Volksmassen beseitigt und das materielle und kulturelle Lebensniveau ständig erhöht werden.

Es ist darum kein Zufall, daß sich die Weltuntergangspropheten auf der UNO-Konferenz in Bukarest im August 1970 nicht durchzusetzen vermochten. Die Konferenzmehrheit erkannte an, daß die demographischen mit den ökonomischen und sozialen Tendenzen verbunden sind und »die Grundlage für eine effektive Lösung der Bevölkerungsprobleme in erster Linie in der sozialökonomischen Veränderung besteht«.

Aufforderungen, durch den allgemeinen Übergang zur Zweikinderfamilie ein Nullwachstum der Bevölkerung zu erzielen, wurden abgelehnt. Es wurde keine für die ganze Welt gültige Norm

der Familiengröße anerkannt. Die Konferenzmehrheit sprach sich vielmehr dafür aus, daß alle Ehepaare über die Anzahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt der Geburten selbst entscheiden sollen. Ländern, die beabsichtigen, Einfluß auf die Geburtenzahl zu nehmen, wird empfohlen, solchen Entwicklungsprogrammen und -plänen den Vorrang zu geben, die das Wirtschaftswachstum und die Erhöhung des Lebensniveaus sichern und dadurch die Bevölkerungsentwicklung maßgeblich beeinflussen.

Die Vertreter der sozialistischen Länder erkennen durchaus die Probleme, die infolge des beschleunigten Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern in der Welt entstanden sind. Sie erkennen auch die Zweckmäßigkeit einer demographischen Politik an, die auf die konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes ausgerichtet ist. Die Abwendung der negativen Folgen des beschleunigten Wachstums der Weltbevölkerung erfordert aber vor allem die schnelle Lösung der grundlegenden sozialpolitischen Probleme der heutigen Welt.

Vergiften wir uns selbst?

Wird das Problem der Vergiftung unserer Umwelt übertrieben, oder handelt es sich um eine ernsthafte Gefahr, die zur Existenzbedrohung der Menschheit führen kann und unsere Zukunftsaussichten zerstört?

Lange Zeit waren aufgrund des relativ unentwickelten Standes der Produktivkräfte die Störungen des natürlichen Gleichgewichts, wie z. B. Erschöpfung der Bodenfruchtbarkeit, Verschwinden bestimmter Pflanzen- und Tierarten, Abholzen der Wälder, Verschmutzung des Wassers, räumlich und zeitlich begrenzt. Was der Mensch an Wild abschoß, wuchs nach; was er rodete, wurde als Acker trotzdem wieder, Sauerstoffproduzent; der geringe Zivilisationsabfall wurde von Flüssen in das weite Meer geschwemmt oder von der Erde »verdaut«. Auch der Rauch der Holzfeuer verschwand spurlos in der Atmosphäre.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt ein intensives Wachstum der Produktion. Dieses ist mit der Einwirkung auf die Natur verbunden. Auch die Verunreinigung der Atmosphäre, des Wassers, des Bodens und der Biosphäre gehört dazu. Seit 1973 gelangten jährlich mindestens 500 Millionen Tonnen Abprodukte aus Industrie, Landwirtschaft und Haushalten in die Luft, ins Erdreich oder in die Gewässer. 220 Millionen Tonnen der verschiedensten Schadstoffe entweichen in die Atmosphäre. Mehr als 1 Million Tonnen Pestizide werden jährlich in der Landwirtschaft verbraucht. Ein Drittel wird wieder aus dem Boden gewaschen und gelangt durch Niederschläge in die Flüsse und Meere.[13]

Zunehmend verschmutzende Wirkung auf das Weltmeer haben

Quecksilber, Fluor und Arsen, die besonders von Chemiebetrieben als Abprodukte in Flüsse bzw. ins Meer geleitet werden. Trotz der internationalen Konvention vom Jahre 1954 zur Verhinderung der Meeresverschmutzung durch Öl lassen nicht wenige Tankschiffe großer kapitalistischer Gesellschaften nach der Reinigung des Schiffes das mit Erdöl verschmutzte Wasser direkt ins Meer ablaufen. Sie verkürzen dadurch die Liegezeit in den Häfen, verringern notwendige Investitionen für Auffangkapazitäten u. dgl. Nach vorliegenden Schätzungen gelangen so jährlich etwa 12 bis 13 Millionen Tonnen Öl ins Meer. Nicht eingerechnet ist die Verschmutzung der Weltmeere durch Schiffskatastrophen von Tankern, wodurch weitere Millionen Tonnen ins Meer fließen. Auch die Luftverschmutzung hat große Ausmaße erreicht. Industriebetriebe, Heizungsanlagen, der Autoverkehr mit seinen Verbrennungsmotoren sind heute die Hauptfaktoren.

Die natürliche Umwelt ist ein kompliziertes, unseren gesamten Planeten umfassendes System. Unzählige Faktoren stehen in Wechselbeziehung. Eine Veränderung in diesem Gesamtzusammenhang bewirkt notwendigerweise weitere Veränderungen an anderen Stellen der Erde. Naturkomplexe, die sich im Laufe von Jahrmillionen entwickelten, wie biologisch reines Wasser und biologisch reine Luft, anbaufähige Böden, zahlreiche Pflanzen- und Tierarten und in bestimmten Regionen besonders Wälder sind schon jetzt schwer geschädigt oder teilweise zerstört worden. Die Ozean- und Luftverschmutzung hat bereits globalen Charakter angenommen.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen übt auch Einfluß auf das globale Klima aus, und dieser Einfluß vergrößert sich rasch. Vorwiegend drei Faktoren der Wirtschaftstätigkeit der Menschen beeinflussen die klimatischen Bedingungen. Die verschiedensten Verbrennungsprozesse rufen eine Zunahme des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre hervor; die wachsende Energieerzeugung, die mit Umwandlung in Wärme verbunden ist, erwärmt die Atmosphäre; durch Produktionsprozesse werden mannigfaltige feste und flüssige Teilchen frei, die die Atmosphäre verunreinigen.

Die Welterzeugung von Energie stieg in den letzten Jahrzehnten jährlich um etwa 6 Prozent. Diese Entwicklung ist für die Menschheit nicht unproblematisch. Würde das jetzige Tempo der Erhöhung der Energieversorgung beibehalten, so käme es in etwa hundert Jahren zu einer Veränderung der Wärmebilanz unseres Erdballs.[14]

Es gibt Berechnungen, wonach im Jahre 2100 aufgrund der gegenwärtigen Technik eine Wärmemenge freigesetzt wird, die etwa 1 Prozent der auf der Erdoberfläche auftreffenden Sonnenenergie entspricht. Dadurch könnten sich die globale Durchschnittstemperatur um 2 bis 3 °C und die Temperatur an den Polen um zirka 11 °C erhöhen. Das Packeis des Nördlichen Eismeeres würde schmelzen und der Wasserspiegel der Ozeane beträchtlich ansteigen. Infolgedessen ließen sich riesige Gebiete Sibiriens und Kana-

das landwirtschaftlich nutzen; andererseits könnten sich aber die Wüstengebiete der Sahara und Australiens wesentlich ausdehnen.

Ernstzunehmende Fachleute vertreten jedoch die Auffassung, daß die Menschheit in der Lage sein wird, durch globale Planung und durch immer produktivere Wissenschaft und Technik solche Lebensbedingungen zu sichern oder zu schaffen, die für die Existenz der Menschheit notwendig sind.

Nachteilige Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution beschränken sich jedoch heute nicht nur auf die Natur. Auch Gesundheit und Leben der Menschen werden in hohem Maße beeinträchtigt.

»Zink und DDT sind krebserregend; Blei führt zu Vergiftungserscheinungen, zu Lähmungen und zu psychischen Störungen; Quecksilber zerstört das Nervensystem, beeinträchtigt die geistigen Fähigkeiten; die Zunahme des Staubgehalts der Luft bringt Erkrankungen der Atemwege mit sich, Bakterien und Viren verursachen unter anderem Darmkrankheiten.

Eine relativ schwache, aber ständig einwirkende Konzentration von Schadstoffen ruft keine akuten krankhaften Veränderungen des Organismus hervor, kann aber allmähliche Veränderungen verursachen ... Möglich sind auch Spätfolgen der Umweltverschmutzung, z. B. eine Schädigung oder Veränderung des Erbguts der Menschen (Mutationen). Mutagene Faktoren sind sowohl ionisierende Strahlen als auch chemische Substanzen (Industriegifte, Pestizide usw.). Sie können schon in geringen Dosen auf die Erbanlagen wirken, wobei im Organismus des betreffenden Menschen praktisch keine sichtbaren Veränderungen vor sich gehen, die Folgen jedoch nach unbestimmter Zeit bei kommenden Generationen in körperlichen und geistigen Gebrechen zutage treten.«[15]

In Großstädten nimmt die Umweltverschmutzung ein immer größeres Ausmaß an. Die Rauchwolken, Gase, giftigen Dämpfe – ausgestoßen von der Industrie und von Millionen Kraftfahrzeugen – verteilen sich über die Kontinente. In Japan und den USA besteht besonders starker Sauerstoffhunger.

Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte gibt dem Menschen die Möglichkeit, das natürliche Milieu praktisch unbegrenzt zu verändern. Die Anpassungsfähigkeit des menschlichen Organismus hingegen ist beschränkt. Überschreiten die physikalisch-chemischen Veränderungen der Umwelt die Grenze der Anpassungsfähigkeit des Organismus, dann führen sie zu Krankheit oder sogar zum Tod des Menschen. Die Anpassungsfähigkeit des Menschen funktioniert nur so lange, wie die Lebensfähigkeit seines Organismus nicht herabgesetzt und kein negativer Einfluß auf seine genetischen Anlagen ausgeübt wird. Ein Beispiel ist die »Smog-Krankheit«, die direkt vom Grad der Luftverschmutzung abhängig ist. Durch den sogenannten Smog werden bis zu 25 Prozent der Sonneneinstrahlung und etwa 50 Prozent der ultravioletten Strahlung, die für

die normale Entwicklung des Menschen unerläßlich sind, absorbiert.

In Japan mußten automatische Überwachungs- und Warnsysteme installiert werden, um eine zeitweilige Einstellung der Produktion jener Betriebe anordnen zu können, deren Emissionen besonders gefährliche Stoffe enthalten. Lautsprecherwagen werden eingesetzt, um Alte und Kinder aufzufordern, die Straßen nicht zu betreten, wenn die Verschmutzung lebensgefährliche Formen annimmt.

Ein zusätzlicher Faktor ist die Umweltgefährdung durch Kriege und Kriegsvorbereitungen. Nicht nur riesige finanzielle und materielle Mittel werden dabei verschwendet, auch Gefahren einer globalen Umweltkrise beängstigenden Ausmaßes entstehen. Strategische Überlegungen imperialistischer Militärs planen die bewußte Verwüstung und Zerstörung der Natur und der natürlichen Existenzbedingungen ganzer Völker ein.

Und es blieb nicht bei der Planung. Die USA-Armee warf bzw. schoß mehr als eine Million Tonnen Bomben und Granaten aller Kaliber allein über Nordvietnam ab. Sie wollte dieses Land in das »Steinzeitalter zurückbomben«. Außerdem wurden von 1961 bis 1971 gegen Nordvietnam über 45 360 Tonnen Herbizide eingesetzt; das sind 2,5 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Die Auswirkungen dieses bewußt geplanten und geführten »Umweltmordes« durch die USA-Imperialisten in Südostasien übertrafen bei weitem die stärksten industriebedingten Verunreinigungen in hochentwickelten Industriestaaten. Dieser »Umweltmord« zeigt auch heute noch Rückwirkungen auf unserem gesamten Erdball.

Eine grundlegende Zerstörung der Naturbedingungen würde jedoch durch die Anwendung geophysikalischer Waffen erfolgen, wie z. B. künstlich ausgelöste Erdbeben, Überschwemmungen und Flutwellen, Veränderungen der Erdtemperatur oder der Meeresströmungen, das Auslösen von atmosphärischen Stürmen usw.[16]

Wie stehen bürgerliche Wissenschaftler zum Problem der Umweltverseuchung?

Es gibt zwei Hauptrichtungen. Die erste versucht trotz aller Tatsachen einen Pseudooptimismus, der durch nichts gerechtfertigt ist, zu entwickeln. Der Grund besteht offensichtlich darin, die deutlich erkennbare ernste ökologische Krise, die sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern immer mehr vertieft, zu vertuschen. Die zweite Gruppierung vertritt einen ausgesprochen „ökologischen Pessimismus«. Ihre Vorstellungen über eine kommende Katastrophe weichen zwar zeitlich voneinander ab, aber nicht im Wesen. Das Technologische Institut in Massachusetts z. B. führte Anfang der siebziger Jahre eine Untersuchung durch und kam zu folgendem Schluß: Wenn die Weltindustrieproduktion jährlich um 7 Prozent steigt, dann tritt eine Umweltverschmutzung ein, die das Leben in den außerordentlich vergrößerten Städten und auf unserem Planeten unerträglich macht.

Andere Untergangspropheten nehmen an, daß um die Mitte des 21. Jahrhunderts die Hälfte der Menschheit ausgestorben ist, weil die Natur vollständig vergiftet und zerstört sein wird. A. Peccei/M. Siebker vertreten in ihrem Buch »Grenzen des Wachstums« die Auffassung: Falls die Wachstumstendenzen der menschlichen Gesellschaft in der derzeitigen Form anhalten, würde das Entgiftungsvermögen der Erde wahrscheinlich innerhalb von hundert Jahren erreicht sein. Die Folge wäre ein unkontrollierbarer Zivilisationszusammenbruch.

Die Gefahren, die der Menschheit durch die Vergiftung der Umwelt drohen, sind zweifellos groß. Aber welchen Ausweg sehen viele bürgerliche Wissenschaftler? Sie schlagen vor, das wirtschaftliche Wachstum einzustellen und zum sogenannten Nullwachstum überzugehen.

H. Kahn teilt diesen Pessimismus nicht. Er tritt scharf gegen das Forrester-Meadow-Modell von den Grenzen des Wachstums auf und meint, die Annahme, daß ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum eine Umweltbelastung verursacht, die uns unvermeidlich ins Verderben führt, sei zweifellos falsch. Es würde zwar kostspielig werden, in den nächsten fünfundzwanzig Jahren eine befriedigende Umweltsituation zu schaffen und zu erhalten. Mit Sicherheit könne jedoch angenommen werden, »daß dies aber in den nächsten zweihundert Jahren sowohl wirtschaftlich als auch technisch gelingen wird, und zwar auch dann, falls, wie wir annehmen, die Weltbevölkerung auf 15 Milliarden Menschen ansteigen wird«.[17]

Die marxistischen Wissenschaftler sind der Meinung, daß bereits der heutige Stand der Wissenschaft und Technik erlaubt, fast jede meßbare Umweltgefahr zu beheben.

Selbstverständlich kann eine radikale Lösung des Problems der Umweltverseuchung nur durch eine möglichst abfallfreie Produktion erreicht werden. Nicht 3 oder 4 Prozent der von Menschen genutzten Stoffe, sondern sämtliche der Natur entzogenen müssen in den Produktionszyklus einbezogen werden.

Die Entwicklung der Produktivkräfte ruft nicht nur Probleme im Verhältnis zwischen Mensch und Natur hervor, sie schafft auch vielfältige Voraussetzungen und Möglichkeiten, um diese Probleme zu überwinden. Gestützt auf neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse, wird es zunehmend möglich, rationellere Produktionsabläufe und fast abproduktfreie Technologien zu entwickeln.

Nur zwei Beispiele: Noch werden riesige Mengen Schwefeldioxid in die Atmosphäre ausgestoßen, die Lungenkrebs und Mutationen hervorrufen können. Die Wissenschaft hat jedoch einen Weg gefunden, aus Schwefeldioxid Schwefel zu gewinnen.

Ferner: »Eine japanische Firma hat ein Patent für einen Verbrennungsofen erhalten, der nicht nur Plastik zerstört, sondern auch Chlorammoniak und einen Brennstoff als Nebenprodukt lie-

fert. Plastik wird bei 200° verbrannt, wobei 95 Prozent des Chlorwasserstoffgases gewonnen werden, das, gekühlt und mit Ammoniak versetzt, als Kunstdünger verkauft wird. Der außerdem gewonnene Brennstoff kann mit Koks gleichgesetzt werden.«[18]

Nach Meinung vieler bürgerlicher Wissenschaftler geht die Naturschädigung in der Hauptsache auf das Handeln aller Menschen zurück. Aber die Geschicke werden in der kapitalistischen Gesellschaft nicht durch Entscheidungen des Volkes bestimmt, sondern durch wenige große multinationale Monopole, die über die zentralen Wirtschaftskapazitäten der Gesellschaft verfügen.

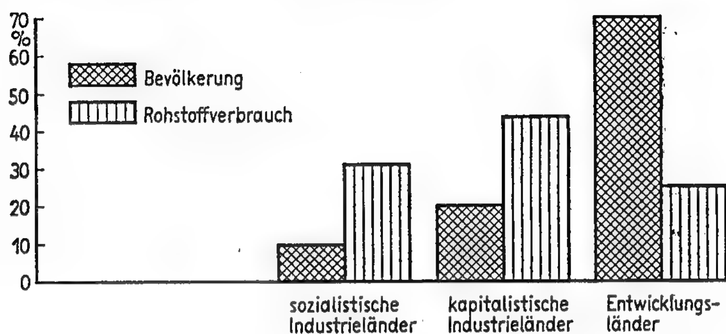
Nicht die Fehlnutzung der industriellen Entwicklung durch das Handeln aller Menschen, sondern die kapitalistische Anwendung von Wissenschaft und Technik ruft die Umweltverseuchung hervor. In den kapitalistischen Ländern ist Sinn und Zweck der Produktion der Profit. Diese grundlegende Tatsache prägt zwangsläufig den Charakter des Stoffwechselprozesses zwischen der Gesellschaft und Natur.

Bereits Friedrich Engels wies auf diesen Zusammenhang in der kapitalistischen Gesellschaft hin: »Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profitchen verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und dem Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen ... Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist ganz entgegengesetzte sind . . .«[19]

Verhindern Rohstoff- und Energiemangel den menschlichen Fortschritt?

Das Wachstum der Produktion im Weltmaßstab hat zu einer bedeutenden Steigerung des Verbrauchs der meisten Rohstoffarten geführt. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sind fast soviel mineralische Rohstoffe verbraucht worden wie in der gesamten vorangegangenen Geschichte der Menschheit. Im Jahre 1975 benötigte die Erdbevölkerung 40 Milliarden Tonnen Rohstoffe. Der tägliche durchschnittliche Prokopfverbrauch jedes Erdbewohners betrug die Hälfte seines Körpergewichts. Allein in den kapitalistischen Ländern stieg der Verbrauch an Erdöl, Kohle und Uran von 1950 bis 1976 auf das 2,6fache, an Metallen auf etwa das Doppelte und an bergbauchemischen Rohstoffen auf das 3,5fache.[20]

Anteil der Wirtschaftsgebiete an der Weltbevölkerung und am Weltrohstoffverbrauch (1975)
In dieser Berechnung zählen zu den sozialistischen Ländern alle RGW-Staaten. Zu den kapitalistischen Industriestaaten zählen die EWG-Länder, die USA, Kanada, Australien und Japan. Alle übrigen Länder, auch die VR China, werden hier in der Gruppe der Entwicklungsländer zusammengefaßt.



	sozialistische Industrieländer	kapitalistische Industrieländer	Entwicklungsländer
Bevölkerung in Mrd.	0,37	0,83	2,8
Rohstoffverbrauch in Mrd. t	12,1	17,9	10,0
davon:			
landwirtschaftliche Rohstoffe	3,5	7,5	4,2
mineralische Rohstoffe	8,6	10,4	5,8
Prokopfverbrauch in t	32,7	21,6	3,6
davon:			
landwirtschaftliche Rohstoffe	9,5	9,0	1,5
mineralische Rohstoffe	23,2	12,6	2,1

Quelle: Walter Palm, Rohstoffe im Engpaß, Urania-Verlag Leipzig–Jena–Berlin 1979, S. 11 und 19

Es ist ohne Frage erforderlich, den Lebensstandard in den kapitalistischen und in den sozialistischen Ländern weiter zu erhöhen. Das trifft besonders für die Entwicklungsländer zu. Sie wollen aus dem Zustand der Armut, in dem sie sich befinden, heraus. Das heißt, bei etwa zwei Dritteln der Menschheit wird der Verbrauch an Metallen, chemischen Rohstoffen, Energie usw. ganz besonders stark ansteigen. Die zurückgebliebenen Länder auf den ökonomischen Entwicklungsstand der fortgeschrittenen Länder zu führen würde bedeuten, die Energieproduktion etwa zu verachtfachen und auch die Rohstofferzeugung zu vervielfachen.

Nicht wenige bürgerliche Wissenschaftler sehen das Gespenst der Rohstoff- und Energieerschöpfung unseres Planeten in naher Zukunft und suchen den Ausweg im Nullwachstum der Wirtschaft.

Andere glauben, daß die kapitalistische Wirtschaft imstande ist, zwar nicht automatisch, doch vermittels staatlicher Eingriffe, die Probleme zu lösen.

Es erhebt sich folglich die Frage: Reichen die Bodenschätze und Naturreichtümer unseres Erdballs aus, oder verhindern Rohstoff- und Energiemangel den menschlichen Fortschritt?

Trotz aller Schwierigkeiten, die vor der Menschheit stehen, gibt eine Analyse der wirklichen Situation keinen Anlaß, unabwendbare Katastrophen anzunehmen.

Natürlich ist der Umfang der Reserven nicht unbegrenzt. Sie sind jedoch so gewaltig, daß sie für eine unübersehbar lange Zeit ausreichen, sofern sie umfassend erschlossen und rationell genutzt werden. Sie können allen Menschen einen hohen Lebensstandard sichern und den Hunger für immer von der Erde verbannen.

Die Lösung dieser Probleme erfordert außerordentliche materielle und finanzielle Mittel und Anstrengungen. Sie sind aber, wenn grundlegende sozialökonomische Veränderungen damit einhergehen, durchaus lösbar. Alle bisherigen Schätzungen über die Erschöpfung der nicht reproduzierbaren natürlichen Reserven haben sich als falsch erwiesen. Die Praxis zeigt, daß Jahr für Jahr immer neue Roh- und Brennstoffvorräte entdeckt werden. Die erkundeten Vorräte aller wichtigen Bodenschätze nehmen insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung zu. Dabei sind die Bodenschätze erst in den obersten Schichten erforscht.

Schätzungen des amerikanischen Council on International Economic-Policy zufolge sind die bekannten wirtschaftlich nutzbaren Bestände an Rohphosphat von 1950 bis 1970 in der Welt insgesamt auf das 45fache gestiegen, an Kalisalzen auf das 24fache, an Eisenerzen auf das 13fache, an Chrom auf das 8fache, an Erdöl auf das 6fache, an Aluminium auf das 4fache und an Kupfer auf das 3fache.

Charakteristisch ist das Beispiel Kupfer. 1950 beliefen sich die bekannten nutzbaren Vorräte in der nichtsozialistischen Welt auf etwa 77 Millionen Tonnen bei einer jährlichen Fördermenge von 2,2 Millionen Tonnen. Die Nutzungsdauer lag dementsprechend bei fünfunddreißig Jahren. Mitte der siebziger Jahre wurden jährlich schon 6 Millionen Tonnen gefördert. Im Verlauf der zurückliegenden fünfundzwanzig Jahre wurden rund 100 Millionen Tonnen gewonnen. Das ist mehr als die 1950 geschätzten Vorräte. Heute betragen die bekannten Vorräte trotz vervielfachter Produktion über 340 Millionen Tonnen, was einer Nutzungsdauer von fünfundfünfzig Jahren entspricht.[21]

Ferner erhöhen Wissenschaft und Technik die Möglichkeiten der Menschheit, neuartige Werkstoffe herzustellen. Fast alle Kunstfasern, Aluminium und verschiedene Metalle wurden vor hundert Jahren noch nicht erzeugt.

In der Zukunft wird auf unserem Planeten die Gesamtmenge

des Stoffs für den Menschen nutzbar werden und zum einzigen und allgemeinen Maßstab der natürlichen Hilfsquellen. »Es muß auch berücksichtigt werden, daß die nichterneuerbaren Ressourcen praktisch nicht aufgezehrt werden, sondern nur ihre Form wechseln.«[22]

Zu den Rohstoffvorräten, die in den äußeren und inneren Schichten unseres Planeten lagern, kommen die des Meereswassers. Es gibt Schätzungen, daß der Vorrat an Natrium, Magnesium, Chlorid und Bromid tausend Millionen Jahre reicht; der Vorrat an Schwefel, Borax und Kalium eine Million Jahre. Hinzu kommen Molybdän, Uran, Zinn und Kobalt und für mehr als tausend Jahre Vorrat an Nickel und Kupfer. Ungefähr 47 Tonnen Eisen und Zink sind in 1 Kubikmeile Meerwasser enthalten. Das heißt, in 330 bis 350 Millionen Kubikmeter Wasser sind jeweils 16 Milliarden Tonnen der genannten Grundstoffe vorhanden. Dabei sind besonders starke Konzentrationen, wie z. B. im Roten Meer, nicht berücksichtigt.[23]

Weitere Möglichkeiten, eine Erschöpfung von Rohstoffreserven zu verhindern, ergibt die Überführung der Industrieproduktion auf »geschlossene Prozesse«, wie sie in der Natur ablaufen, d. h. auf Prozesse ohne Abfälle, weil alle Stoffe wieder verwendet werden. Die Abfälle aus dem Produktionszyklus des einen Typs müssen zu Rohmaterialien des anderen werden. Zur Zeit sind von je hundert der Natur entnommenen Stoffeinheiten nicht mehr als drei bis vier ausgenutzt. Der Rest belastet die Umwelt in Form von Schmutzstoffen und Abfällen.[24]

In der zukünftigen Weltwirtschaft werden die Erzeugnisse so entworfen, daß die Wiederverwendung der Rohstoffe in der Neuproduktion immer vollkommener gewährleistet wird. Ferner ist es möglich – und notwendig –, Rohstoffe und Energie weitaus stärker einzusparen und dadurch mit geringerem Materialaufwand mehr zu produzieren. So könnte eine sich schnell entwickelnde Wirtschaft weitgehend auf wiedergewonnenen Rohstoffen basieren. Die Ressourcen der Erde würden so weniger als vorher beansprucht.

Schrott, der heute einen Jahresweltwert von über 40 Milliarden DM hat, war bis 1864 – dem Zeitpunkt der Einführung des Siemens-Martin-Ofens – wertlos. Kali war bis 1861 lediglich Abraum der Salzbergwerke, der auf riesige Halden geschüttet wurde und das Grundwasser vergiftete. Nachdem der Chemiker Adolph Frank Kali zu einem Düngemittel machte, werden heute Millionen Tonnen dieses »Abfalls« zur Steigerung der Agrarerträge eingesetzt. Der einst lästige Steinkohlenteer wurde für große Teile der organisch-chemischen Industrie zur Basis der Produktion. Hochofengas, einst abgefackelt, dient jetzt in Kraftwerken zur Erzeugung von Elektroenergie. Aus Rauchgasen werden seltene Metalle gewonnen, Asche wird zur Betonherstellung verwendet, sie ersetzt den in manchen Gegenden rar werdenden Sand.

Das in den Reinigungsanlagen angelegte Kapital verzinst sich unter kapitalistischen Verhältnissen mit 7 Prozent.[25] Die Reinhaltung der Luft, die Wiedergewinnung von Rohstoffen müssen also kein Verlustgeschäft, sondern können bei entsprechender Technik ökonomisch auch sehr vorteilhaft sein.

Zukünftig werden nicht nur riesige Mengen an Rohstoffen, sondern auch an Energie benötigt. Wie steht es um die Deckung des Energiebedarfs?

Bei der Beantwortung dieser Frage darf man sich nicht nur auf die herkömmlichen Brennstoffe, wie Kohle und Erdöl, und auf Wasserkraft beschränken; man muß auch neue Quellen und Technologien, die sich gegenwärtig im Forschungs- oder Versuchsstadium befinden, berücksichtigen.

Zunächst: Die Möglichkeiten der Ausnutzung von Wasserkraft sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Kraft des Windes ist eine weitere Energiequelle, die bisher – mit Ausnahme von Holland – verhältnismäßig wenig genutzt wird. Selbst Temperaturunterschiede in den Weltmeeren und innerhalb der Erde sind Energiequellen, wenngleich nur örtlich verwendbar.

Großstadtmüll gewinnt ebenfalls als Energiequelle immer größere Bedeutung. Müll enthält nach Auffassung von Experten etwa 25 Prozent des Energiegehalts von Kohle. Man nimmt an, daß gegenwärtig in Europa jährlich etwa 85 Millionen Tonnen Stadtmüll und 50 Millionen Tonnen Industriemüll anfallen.

»Die größte Quelle sich erneuernder Energie ist wahrscheinlich die Sonne. Es wird geschätzt, daß die Sonnenstrahlung einer Leistung von 1 355 Kilowatt pro Quadratmeter entspricht, wobei Schwankungen von 7 Prozent je nach Jahreszeit aufgrund der elliptischen Form der Umlaufbahn der Erde eintreten ... Die auf der Erdoberfläche der Vereinigten Staaten auftreffende Sonnenenergie ist mindestens tausendmal größer als der Kraftverbrauch an Treibstoffen und Wasserkraft des Landes. Eine andere Schätzung zeigt, daß, wenn 2 Prozent der Fläche des Landes zum Auffangen von Sonnenenergie genutzt werden würden und nur 1 Prozent in Wärme und Kraft umgesetzt werden könnte, die Sonnenenergie eine fünffache Vergrößerung des Energieverbrauchs des Landes erlauben würde.«[26]

In der UdSSR gibt es bereits fast hundert »Sonnenkraftwerke«. Das sind zur Zeit noch kleine Energiespender, aber sie haben eine große Zukunft. Der sowjetische Energetiker N. S. Lidorenko glaubt, daß die Sonne im nächsten Jahrtausend zur Hauptenergiequelle werden könnte.

Von größter Bedeutung sind die abbauwürdigen Uranvorkommen, von denen immer mehr entdeckt werden. Hinzu kommt, daß geringere Urankonzentrationen im Erz infolge neuer Aufbereitungsmethoden wirtschaftlich verarbeitet werden können. Auch die Meere weisen einen ausreichenden Gehalt von Uran auf, der eine

wirtschaftliche Ausbeute lohnt. Obwohl 1 Kubikmeter Meerwasser nur 3 Milligramm Uran enthält, ergibt das – auf die Weltmeere berechnet – aber eine so phantastische Menge, daß Sachverständige meinen, sie könne in Millionen Jahren nicht aufgebraucht werden.[27]

Der Menschheit erschließt sich ferner die Möglichkeit, völlig neue Energiereserven zu nutzen. Die Wissenschaft arbeitet angestrengt, außer durch Kernspaltung, die sich bei der Energiegewinnung in den Kernkraftwerken vollzieht, durch Verschmelzung, durch Kernfusion, Energie freizusetzen.

Bei der Kernspaltung wird der Atomkern zertrümmert, bei der Fusion hingegen werden die Atomkerne miteinander verschmolzen. Astrophysiker kamen in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts hinter ein Geheimnis: Sie erkannten, daß vermittels der Kernfusion die selbstleuchtenden Himmelskörper Jahrmillionen lang unvorstellbar große Energiemassen ins All schleudern. Diese Erkenntnisse waren der Ausgangspunkt für den Wunsch, diese Prozesse auf der Erde zu verwirklichen und für den Menschen zu nutzen.

Der Fusionsreaktor hat große Vorteile. Die Fusion ist sauberer und hinterläßt geringere radioaktive Rückstände, deren Beseitigung bekanntlich ein schwieriges Problem ist. Das Ausgangsmaterial für die Kernfusion ist das Wasserstoffisotop Deuterium. Es wird unmittelbar aus dem Meer gewonnen, ist billiger und reicht nach Schätzungen fünf Milliarden Jahre. Die Kernfusion ist auch sicherer als die Kernspaltung; sie verringert die Gefahren von Unfällen und Riesenexplosionen. Ferner erzeugt die Fusion zehn- bis hundertmal mehr Energie als die Spaltung. Die Schwierigkeiten, diese gewaltigen Energien zu zähmen, sind außerordentlich groß. Zu den Problemen, die gelöst werden müssen, gehört die ungeheure Hitze der Kernfusion mit Temperaturen bis zu 100 Millionen Kelvin.[28]

Fachleute glauben, daß etwa um das Jahr 2000 die Kernfusion in fortschreitendem Maße nutzbar gemacht werden kann. Das wäre ein dramatischer Fortschritt in der Ausnutzung der Kernenergie. Doch die Wissenschaft sieht noch weitere Möglichkeiten. Theoretisch ist es denkbar, jede Materie unmittelbar und vollständig in Energie umzuwandeln. Dann könnte man mit 1 Gramm irgendeines Stoffes eine Stadt mit 15000 Einwohnern ein Jahr lang mit Energie versorgen.[29]

Der praktisch unerschöpfliche Vorrat an Energie, der durch die Kernfusion geschaffen werden könnte, gäbe zugleich auch die Chance, ein heute schon örtliches und in der Zukunft allgemeines Mangelproblem zu lösen. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die wachsende Anzahl von Menschen auf unserem Erdball benötigen riesige Mengen Süßwasser. Mit Hilfe der Kernfusion ist es möglich, so große Energiemengen bereitzustellen, um leistungsfähige Meerwasserentsalzungsanlagen arbeiten zu lassen.

Sieben Zehntel der Erde stellen ein unerschöpfliches Wasserreservoir dar. Wo heute Wassermangel herrscht, kann durch die Meerwasserentsalzung das Wasser dem Menschen dienen. Der natürliche Wasserkreislauf auf unserem Erdball fände durch die fast unermeßlichen Wassermengen der Weltmeere seine Ergänzung. Der Mensch könnte so die in Jahrmillionen angesammelten Vorräte nutzen. Dabei würden diese nicht abnehmen, denn wenn Wüsten und Trockengebiete bewässert werden, wächst auch die Verdunstungsfläche; das verdunstete Wasser kehrt in den Wasserkreislauf zurück, den der Mensch dann in seinem Interesse global zu beeinflussen vermag.

Ungeachtet dessen kann das Wasser in bestimmten Ländern zu einem ernsten Problem werden, dessen Lösung besondere Anstrengung erfordert. Das trifft übrigens auch für die DDR zu. Die Wasseranforderungen in der DDR erreichen bereits die Höhe des in der Natur im langjährigen Durchschnitt ständig verfügbaren Wasserdargebots.[30] Große Investitionen wurden deshalb dafür eingesetzt, um die Wasserbereitstellungskapazitäten zu vergrößern, Talsperren zu bauen, die Klärwerkskapazitäten zu erweitern usw. Investitionsmaßnahmen zur Meerwasserentsalzung können für die nächsten Jahrzehnte jedoch noch nicht vorgesehen werden.[31]

Wollen wir die wachsenden Bedürfnisse an Wasser auch künftig befriedigen, müssen wir damit höchst verantwortungsvoll und ökonomisch umgehen, d. h. die Verluste im Prozeß der Wassernutzung senken, das Wasser im gesellschaftlichen und industriellen Verbrauch rationell verwenden, ohne allerdings echte Bedürfnisse einzuschränken, dort, wo es technisch möglich ist, das Wasser mehrfach nutzen und die Abwasserbelastung reduzieren, um eine Verschlechterung der Gewässerbeschaffenheit zu verhindern.

Sowohl die Wasser- als auch die Energieversorgung sind in Zukunft lösbar. Allerdings wird die Gesellschaft einen wesentlich höheren Kostenaufwand für die Bereitstellung tragen müssen.

Trotzdem geistert der Begriff »Rohstoff- und Energiekrise« durch die kapitalistischen Länder, in denen große Rohstoff- und Energieprobleme bestehen. Was steckt dahinter?

Bekanntlich gibt es auch in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern solche Probleme. Mit Ressourcen gut versorgt ist hingegen die Sowjetunion. Obgleich einige sozialistische Staaten »rohstoffarm« sind, wuchs das jährliche Nationaleinkommen ständig.

Der ganze Erdball bietet Überfluß an Rohstoffen. Rohstoff- und Energieprobleme sind folglich nicht geologischer Art. Sie ergeben sich erstens aus den wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten der Menschen, vorhandene Rohstoffe zu fördern. Zweitens bestimmt der Charakter der Gesellschaftsordnung, ob die vorhandenen Rohstoffe auch allen Ländern zu gleichberechtigten Bedingungen nutzbar gemacht werden. Die UdSSR deckt weitgehend

den Importbedarf der RGW-Staaten an wichtigen Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas und Eisenerzen. Die Rohstofflieferungen innerhalb des RGW werden zu 61 Prozent von der Sowjetunion getragen.

Auch die USA haben Rohstoff- und Energievorräte, die zumeist oberflächennah und verkehrsgünstig liegen. Sie verfügen über Lagerstätten an Kohlenwasserstoffen mit einem geschätzten Erdölgehalt von 200 Milliarden Tonnen und über riesige Ölschiefervorkommen. Bei vielen anderen Rohstoffen ist die Situation ähnlich.

Warum gibt es trotzdem eine »Energiekrise« in den USA und in anderen Ländern der westlichen Welt?

Sie ist nicht natürlichen Ursprungs, sondern wurde durch die auf Maximalprofit orientierte Politik der Monopole herbeigeführt. Für die internationalen Monopole war es jahrzehntelang profitabler, Erdöl einzuführen, als die Vorkommen im eigenen Lande zu erschließen. Militärstrategische Überlegungen kamen hinzu.

Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses konnten die erdölexportierenden Länder ihr Erdöl im wachsenden Maße selbst in Besitz nehmen. Die Zeit, in der die internationalen Monopole Erdöl spottbillig kaufen und viele Milliarden jährlich auf Kosten der schwachentwickelten Länder in ihre Taschen pumpen konnten, ist vorüber. Das ist die »Energiekrise« der westlichen Welt!

Ist die Technik schuld?

Ein Teil der bürgerlichen Wissenschaftler macht die Technik für die bedrohlichen Probleme von Mensch und Umwelt verantwortlich. Sie sehen in der Technik den »verkappten Teufel«, der unseren Planeten zerstört. Im Gegensatz hierzu schreiben andere der Technik die Rolle eines »Erlösers« zu, der automatisch alle Probleme zu meistern vermag.

Die Antitechniker bezeichnen Technik und Fortschritt als Mord an der Menschheit und an unserem Erdball. Sie mahnen zur Abkehr von allen Naturwissenschaften und zeichnen ein Wunschbild von Harmonie, Glück und Liebe in einem von der Technik freien Leben. Ihre Empfehlungen sind verschwommene Beschwörungen zur Umkehr. Wie sich die Entwicklung weiter vollziehen soll, ist bei ihnen im allgemeinen unklar. Bestenfalls gibt es utopische Vorschläge, den Lebensstandard der fortgeschrittenen Länder zu verringern, um die Nöte der Entwicklungsländer zu lindern. Auch die eiskalte Behauptung, daß es unmöglich sei, die Völker der unterentwickelten Länder auf ein höheres Lebensniveau zu bringen, fehlt nicht.

Für ein besseres Leben ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt eine notwendige Voraussetzung. Nur er sichert dem Men-

schen wachsenden materiellen Wohlstand und die Befriedigung seiner geistigen Bedürfnisse, er hilft, das Leben bequemer und angenehmer zu machen und die Abhängigkeit des Menschen von den elementaren Naturgewalten immer vollständiger zu überwinden. Es bedarf allerdings entsprechender sozialer Bedingungen, die die Entfaltung der schöpferischen Kräfte sichern. Nur so vermögen Wissenschaft und Technik den Menschen von Hunger, Krankheit, Kälte und vielen anderen Nöten zu befreien. Folglich ist die technische Entwicklung nicht der »Dämon«, der das Menschliche im Menschen und die Umwelt zerstört.

Wie wollen die antitechnischen Kritiker, die behaupten, der technische Fortschritt ginge auf Kosten der Menschlichkeit, in Zukunft ohne verbesserte Methoden des Ackerbaus, des Transports usw. die sozialen Probleme bewältigen? Wie wollen sie den Lebensstandard der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern heben, wie den Hunger in den schwachentwickelten Ländern, in denen die Mehrheit der Bevölkerung lebt, überwinden? Wie wollen sie die Probleme des Umweltschutzes, der Müllbeseitigung, der rationellsten Ausnutzung vorhandener Rohstoffe und die Energieprobleme lösen? Die Propheten des Untergangs, für die die Technik zum Chaos führt, können keine Antwort auf diese Fragen geben.

Andere bürgerliche Wissenschaftler leugnen nicht die Bedeutung des technischen Fortschritts für die Entwicklung der Produktivkräfte und den sozialen Fortschritt. Jedoch glauben sie, durch neue Institutionen, Behörden und Mechanismen die gefährdete Umwelt schützen zu können. So meint A. Toffler: »Man könnte von Firmen verlangen, daß sie eigene ›Konsequenz-Analysen‹ der potentiellen Wirkung ihrer neuen Techniken und Produkte durchführen. In manchen Fällen könnten sie verpflichtet werden, technologische Neuerungen nicht nur ausgiebig zu testen, sondern auch einen Bericht über die voraussichtlichen Auswirkungen zu veröffentlichen. Erst dann sollte ihnen gestattet werden, die betreffende Neueinrichtung auf den Markt zu bringen. Wo die Selbstkontrolle – wie so oft – versagt, wird staatliches Eingreifen notwendig, und wir sollten uns dieser Verantwortung nicht entziehen.«[32]

»Alle bisherigen ernsthaften Untersuchungen haben klargemacht«, schreibt Toffler an einer anderen Stelle, »daß ein weltweiter Zusammenbruch gesamtmenschlichen Daseins unvermeidlich ist, wenn die Menschheit einen nicht völlig anderen Weg einschlägt als den gegenwärtigen.«[33]

G. Picht geht einen Schritt weiter: »Das Fundament der technischen Welt bilden nicht technische, sondern politische und gesellschaftliche Systeme . . .«[34]

»Die Anstrengungen, die unternommen werden, um der Vernunft auch in der Organisation des menschlichen Zusammenlebens zum Sieg zu verhelfen, sind mutlos, fantasielos und unzureichend.

Die zentralen Zukunftsaufgaben unserer Welt liegen nicht auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, sondern auf dem Gebiet der Politik . . .«[35]

So weit so gut. Doch einen Ausweg zeigen auch die Vertreter dieser Richtung nicht. Die Antwort auf die Frage, wie die Welt politisch radikal in ihren Fundamenten umzugestalten ist, bleiben sie schuldig, wenn auch das Bestreben nach einer »Neueinschätzung der Werte« sichtbar wird. Technisch gesehen, verfügt der heutige Kapitalismus im Prinzip über die Möglichkeit und die natürlichen Voraussetzungen, die ökologischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Die imperialistischen Staaten sind auch bestrebt, im Bereich der Ökologie die Systemauseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern zu gewinnen.

Aber das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, eines Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, steht dem im Wege. Im Kapitalismus besitzt ein winziger Teil der Gesellschaftsmitglieder die Produktionsmittel und nutzt sie naturgemäß für ihre Klassenziele und nicht im Interesse der ganzen Gesellschaft.

Auch alle technischen Probleme sind nur im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu verstehen und zu lösen. Die Entwicklung einer Gesellschaft wird nicht nur vom Fortschritt in Wissenschaft und Technik und in der Arbeitsproduktivität bestimmt, sondern durch die jeweiligen Produktions-, Eigentums- und Klassenverhältnisse, die diese in Rückwirkung auf die Wissenschaft und Technik fördern oder hemmen.

Die Gesellschaft und der einzelne können sich nur entwickeln, wenn die jeweiligen Natur- und bevölkerungspolitischen Bedingungen günstig sind, der Charakter der Produktionsverhältnisse den Produktivkräften entspricht, die fortschrittlichen Kräfte und ihre Führer von Auffassungen durchdrungen sind, die den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen, und sie in den antagonistischen Klassengesellschaften den Sieg über die reaktionären Klassen errungen haben.

Eine »radikale politische Umgestaltung« kann nur bedeuten, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die politische Machtstellung der Monopole, die das Wirtschaftsleben in den kapitalistischen Ländern beherrschen, zu überwinden. Es ist das hemmungslose Streben nach verstärkter Konzentration und immer höheren Profiten, das zum Raubbau an den natürlichen Hilfsquellen führt. Alle Entscheidungen werden in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkt der technischen Möglichkeiten zur Profitsteigerung getroffen; und die schädlichen Nebenwirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution werden entweder überhaupt nicht beachtet, oder nur unter dem Druck der Volksmassen werden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung eingeleitet.

Die Forderungen A. Tofflers, technologische Neuerungen vor

ihrer Einführung zu testen, die voraussichtlichen Auswirkungen zu veröffentlichen und dann erst die Produktionsaufnahme zu gestatten, sind richtig. Doch er läßt unberücksichtigt, daß die großen Monopole solche Maßnahmen hintertreiben, solange die Volksmassen sie nicht dazu zwingen werden oder ihre politische Macht nicht eingeschränkt oder vollständig aufgehoben wird. »Im April 1971 sagte zu dem Generalthema ›Technologie und Gesellschaft‹ der wissenschaftliche Chefberater der britischen Regierung: Es kann kaum bezweifelt werden, daß die Verpflichtung, im voraus die möglichen Schadenswirkungen von Erfindungen abzuschätzen, den Erfindungsgeist abträglich beeinflussen kann. Ebenso könnte die Initiative in einer Wettbewerbsgesellschaft gehemmt werden, wenn bei Entscheidungen der Industrie über die Verwendung ihrer natürlichen Hilfsquellen alle möglichen künftigen Belastungen der Gesellschaft berücksichtigt werden müssen.«[36]

Im Klartext heißt das, daß nicht die Technik, sondern ihre Anwendung im Kapitalismus die Schuld trägt. Die ungünstige globale ökologische Situation ist durchaus nicht eine schicksalhaft unabwendbare Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution und des ökonomischen Wachstums der Weltwirtschaft. In der sozialistischen Gesellschaft ermöglichen die grundlegend anderen Eigentumsverhältnisse eine systematische, den Bedürfnissen der Menschen angepaßte Entwicklung. Sie geben der Technik eine wesentlich andere Richtung. Sobald die Technik nicht nach Profitinteressen, sondern im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Vernunft gelenkt und entwickelt wird, ändert sich auch das Verhältnis der Menschen zur Natur. Eine globale und zuverlässige Lösung der Widersprüche zwischen den Menschen und der Natur wird erst durch den weltweiten Sieg der sozialistischen Verhältnisse möglich. Friedrich Engels betonte, daß die Geschichte »der Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst« entgegengeht.

Wir sehen, daß die Naturbedingungen und die wissenschaftlich-technische Entwicklung Möglichkeiten bieten, die anstehenden ökologischen Probleme – wenn auch unter großen Anstrengungen – zu lösen. Trotzdem geht die Zerstörung der natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit weiter. Das darf keinesfalls unterschätzt werden. Im Gegensatz zu den Übertreibungen der Untergangspropheten geben die Autoren des Buches »Global 2000«, das 1980 erschien, ein realistischeres Bild der Situation, vor der die Menschheit steht. Es ist ihr Verdienst, ein umfangreiches, konkreteres Material zusammengestellt zu haben; wobei auch die mitveröffentlichte Kritik der Berater zeigt, wie umstritten zahlreiche der in »Global 2000« dargelegten Prognosen sind. Ungeachtet dessen kommen die Autoren zu wichtigen Feststellungen und Schlußfolgerungen.

Die wichtigsten sind, daß die Welt im Jahre 2000 ökologisch noch labiler und für Störungen noch anfälliger sein wird als gegen-

wärtig, wobei in den weiteren Jahrzehnten, wenn sich die negativen Trends fortsetzen, die Gefahren für die Menschheit immer folgenschwerer werden.

Schon bis zum Jahre 2000 schrumpfen, nach Berechnungen der Autoren, die Waldflächen und der Nutzholzbestand in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und Ozeaniens um 40 Prozent. In Europa, in der UdSSR, in Nordamerika, Japan, Australien, Neuseeland sinken der Waldbestand um 0,5 Prozent und der wachsende Bestand um 5 Prozent. Das alarmierende Schrumpfen der Waldgebiete beträgt jährlich 18 bis 20 Millionen Hektar. Es bedingt die Ausrottung von Pflanzen und Tieren, beschleunigt Bodenerosion und Verschlammung, nachteilige Auswirkungen auf Wasser und andere Ressourcen sowie die Gefahr von Klimaveränderungen. Die zunehmende Zerstörung und Verschmutzung des Lebensraums von Wildtieren gefährdet Säugetiere, Vögel, alle Wirbeltiere, Wirbellosen, Insekten und Pflanzen. Sie bewirkt eine schnelle Artenverringerung. Auch die Zerstörung produktiver Küstenfeuchtgebiete und Riffe durch Schmutzstoffe, die vom Land ins Meer gespült, in den Ozeanen abgelassen oder aus der Atmosphäre abgelagert werden, hat ähnliche Ergebnisse.

Praktisch ist die ganze Umwelt durch Bodenerosion, Nährstoffverlust, zunehmende Versalzung der Böden betroffen. Durch die Stadtausdehnung geht hochwertiges Ackerland verloren. Zunehmende Luft- und Wasserverschmutzung verursacht Ernteschäden. Lokal wildwachsende Getreidesorten, die von den Züchtern zur Verbesserung kultivierter Arten erforderlich sind, sterben aus.

Bei der heute geschätzten Geschwindigkeit der Wüstenausdehnung werden sich nach Ansicht der Autoren die Wüstengebiete bis zum Jahre 2000 um 20 Prozent vergrößern.

Die zunehmende Konzentration des CO_2-Gehalts der Atmosphäre und von Säureniederschlägen, die Gefahr der Schädigung der stratosphärischen Ozonschicht, die die Erde vor schädlichen ultravioletten Strahlen schützt, stellen ebenfalls schwerwiegende Umweltprobleme dar.

In »Global 2000«. werden Möglichkeiten gezeigt, wie die erneuerbaren Ressourcen unter dem Gesichtswinkel einer langfristigen Produktivität unseres Erdballs geschützt werden können: Verbesserte Pläne für den Bau von Staudämmen und Industrieanlagen, die nachteilige Folgen für die Umwelt, für Ackerland, Fischbestände usw. vermeiden; Entwicklung von Verkehrssystemen, die nicht die Landschaft zersiedeln und die Umwelt vergiften; landwirtschaftliche Anbaumethoden, die anstelle der Anwendung zerstörerischer Chemikalien natürliche Schädlingsvertilger und ausgewählte Pestizide setzen; Hilfe für die Entwicklungsländer; Zentralisierung der Verantwortung gegenüber den globalen Ressourcen-, Umwelt- und Bevölkerungsproblemen in einer besonderen Behörde.

Die Autoren von »Global 2000« kommen zu dem Schluß: »Nur ein konzentrierter Angriff auf die sozioökonomischen Wurzeln extremer Armut, nur eine Politik, die den Menschen die Chance bietet, auf nicht destruktive Weise ihren Lebensunterhalt zu sichern, wird den Schutz der natürlichen Systeme auf der Erde ermöglichen. Andererseits wird einer Entwicklung und ökonomischen Reformen kein bleibender Erfolg beschieden sein, wenn sie nicht von der Sorge um die ökologische Stabilität und der Bereitschaft zum verständigen Umgang mit den Ressourcen geprägt sind.«[37]

Zum letzteren haben die Autoren zweifellos einen wertvollen Beitrag geleistet. Sie heben auch die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und die speziellen Interessen der USA an der Lösung der ökologischen Probleme hervor. Zur Frage nach den »sozioökonomischen Wurzeln extremer Armut« bleiben aber auch sie eine Antwort schuldig.

Diese Antwort heißt: Die Hauptursache der befürchteten ökologischen Katastrophe ist ein Gesellschaftssystem, das das Ausschöpfen der Möglichkeiten, die die Natur und der wissenschaftlich-technische Fortschritt bieten, in einer Weise behindert, die zur Existenzbedrohung der Menschheit führt.

Das Monopolkapital und ihre Vertreter sind für die Schädigungen der Lebensbedingungen verantwortlich. Sie bestimmen – gestützt auf ihre ökonomischen und politischen Machtmittel – die Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. »Es ist ihr profitorientiertes Verhalten, das der Natur Schaden zufügt. Ihre Politik führt nicht nur zur Umweltschädigung im eigenen Lande, sondern auch insbesondere in den Entwicklungsländern. Zwischen 1930 und 1970 wurde ein Viertel bis ein Drittel der ursprünglichen Regenwaldfläche Afrikas vernichtet.«[38]

Der Grund für diese bestürzende Tatsache: Die landwirtschaftliche Infrastruktur wurde nicht nach den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung und unter Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen, sondern nach den Profitinteressen der Kolonialherren gestaltet. Auch die sich ständig ausdehnende Bodenerosion, durch die jährlich rund 21 Millionen Tonnen Boden in Afrika abgetragen werden, ist das Ergebnis kolonialistischer und neokolonialistischer Ausbeutung.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß unsere Kenntnisse über die Umwelt und die Wechselbeziehungen aller Faktoren in ihr noch begrenzt sind und daß noch große Anstrengungen in der Entwicklung der Wissenschaft unternommen werden müssen, um die Umweltprobleme einer generellen Lösung entgegenzuführen. Doch nicht darin liegt das Hauptproblem, sondern es sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die die Gefahren hervorrufen.

Wir sollten allerdings nicht in vereinfachte Vorstellungen verfallen. Es gibt Meinungen, daß unter kapitalistischen Produktions-

verhältnissen eine Verminderung der Umweltverschmutzung nicht zu realisieren sei. Sicher ist im Rahmen des Kapitalismus die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Mensch und Umwelt als Ganzes nicht zu lösen. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß die kapitalistischen Unternehmen es auch verstehen, aus selbstverschuldetem Versagen neue Profitquellen zu erschließen.[39] So entwickeln Monopolunternehmen Kraftfahrzeuge, die wesentlich weniger schädliche Abgase haben; sie sollen jedoch teurer als die bisherigen sein. Andere Firmen arbeiten an abfallfreien Technologien und an Verfahren zur Wiederverwendung von Abprodukten in verschiedenen Industriezweigen.[40]

Ein amerikanischer Konzern hat eine Methode erarbeitet, aus Müll ein Geschäft zu machen. Alle verwendbaren Bestandteile des Mülls werden aussortiert. Pappe, Papier werden aufbereitet an Papierfabriken und metallische Abfälle an die Eisen- und Stahlindustrie verkauft. Glas wird nach Farben sortiert und pulverisiert. Organische Materialien werden gesäubert, sterilisiert, pasteurisiert, zu Pulver verarbeitet, getrocknet und für die Viehfütterung verwandt.

Der bürgerliche Zukunftsforscher R. Jungk stellte fest: »Eine Milliardenindustrie zur Kontrolle der Umweltschäden begann sich Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre in vielen Staaten zu entwickeln. Automatische Meß- und Warninstrumente zur Aufspürung schädlicher Stoffe in Luft, Wasser, Boden und Nahrung, chemische und pharmazeutische Produkte zur Giftbekämpfung, Luftfilter, Klärwerke und Abfallverarbeitungsanlagen wurden ... zu einem unerwartet großen Geschäft ... Ein ›Schmutzrausch‹ setzte ein ... Er machte einige besonders geschickte Leute innerhalb kürzester Zeit zu Millionären.«[41]

Das heißt: Die Monopole der Auto-, Luftfahrt-, Kunststoff- und chemischen Industrie, die an der Verschmutzung der Umwelt Hauptschuldigen, verdienen nun zusätzlich an der Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden. Wie bedenkenlos sie sich dabei bereichern, zeigt ein Beispiel aus der Autoproduktion in den USA. Im Jahre 1970 stiegen die PKW-Preise gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 107 Dollar. »Die Autofirmen behaupteten, ein wesentlicher Faktor bei dieser Preissteigerung sei der Einbau von Entgiftungsanlagen. Eine Studie des Arbeitsministeriums ergab jedoch, daß diese Anlagen pro Stück nur 7,50 Dollar kosten.«[42]

Es gibt in den USA Betriebe, die aus 3 Millionen Dollar »umweltfreundlichen« Investitionen jährlich 1 Million Dollar Profit herausgeschlagen haben.

Ein weiterer Grund für die Aktivität kapitalistischer Unternehmen zur Verminderung der Umweltverschmutzung ist die Verschlechterung der Profitbedingungen. Durch die Konzentration von Schadstoffen in der Luft sind besonders die Werktätigen und die Bewohner der industriellen Ballungsgebiete stark betroffen. Die

Schädigung der Gesundheit setzt die Arbeitsfähigkeit der Werktätigen herab, wodurch sich die Profitbedingungen verschlechtern, und führt auch zur Abwanderung von Arbeitskräften in eine Umgebung mit gesünderer Luft. Aber auch Lebensgefühl und Wohlbefinden der Monopolherren werden beeinträchtigt. Allerdings ist die kleine monopolkapitalistische Schicht finanziell in der Lage, sich ungünstigen Umweltbedingungen weitgehend zu entziehen. Sie verlegen ihre Wohnungen in große Parks, an Seen usw. Viele verbringen einen Teil des Jahres im Ausland in einer Umgebung, in der das Leben Freude macht.

Für alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten ist die Situation grundlegend anders. Nicht nur, daß sie sich der Umweltverseuchung nicht entziehen können, weil die Kosten für eine »private Umwelt« astronomisch sind, sie tragen auch die Lasten für die Beseitigung der Umweltverschmutzung. Diese werden auf die Preise abgewälzt oder über das Staatsbudget, über Subventionen und Steuervergünstigungen, die den Monopolen zufließen, den Werktätigen aufgebürdet – da sonst den Unternehmen infolge »unproduktiver Investitionen der Bankrott drohe«.

Alle im Interesse der Gesellschaft notwendigen Umweltschutzmaßnahmen stoßen sofort auf den Widerstand kapitalistischer Unternehmer, sofern ihr Profit in irgendeiner Weise eingeschränkt wird. Sie drohen, konsequente Umweltschutzbestimmungen würden Betriebsschließungen nach sich ziehen, durch die bis zu 4 Prozent Arbeitsplätze verlorengingen. Ein anderes Druckmittel ist die Abwanderung von Industrien in andere Länder mit weniger strengen Bestimmungen.

Der von den Monopolen beherrschte Staat ändert trotz mancher Appelle bürgerlicher Wissenschaftler natürlich nichts Grundsätzliches. »Die Wirtschaftsentscheidungen werden von den Angestellten der Kapitaleigner getroffen – und zwar nicht nach Zielsetzungen sozialer und politischer Vernunft, sondern allein unter den Kriterien der Gewinnsteigerung. Die Vergiftung und Zerstörung der Umwelt stellt für den einzelnen und für die Gesellschaft die Werte Gesundheit und Überleben in Frage, für die Industrie hingegen stehen die Werte ›Profit‹ und ›internationale Konkurrenzfähigkeit‹ auf dem Spiel. Und auch wenn der einzelne Manager oder Ingenieur die selbstzerstörerische Entwicklung der Technik bedauert und verabscheut – seine Entscheidung muß er im Rahmen des Gewinnsystems treffen. Andernfalls verliert er seinen Job, und ein anderer trifft die Entscheidung eben doch so, wie sie im Rahmen des Systems richtig ist.«[43]

Diese Probleme gibt es in den sozialistischen Ländern nicht. Auch sie müssen selbstverständlich Umweltverschmutzungen vermeiden. Auch sie können dabei Fehler begehen. Auch in den sozialistischen Ländern gibt es Störungen des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt. Doch sie haben längst nicht den bedroh-

lichen Charakter wie in den kapitalistischen Ländern angenommen. Außerdem kann mit dem Wachstum des ökonomischen Potentials den Fragen des Umweltschutzes immer größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Es gibt im Sozialismus keine Klassen oder sozialen Gruppen, die aus engbegrenzten Profitinteressen die Umwelt gefährden. Das gesellschaftliche Eigentum gestattet eine planmäßige Nutzung der natürlichen Lebensbedingungen im Interesse der Gesellschaft, es überwindet die spontane, nur auf Profit gerichtete Ausbeutung der Natur. Die Konkurrenz zwischen Firmen, die Anarchie der Produktion und des Marktes bestehen nicht mehr. Es wird möglich, die Anstrengungen zur Lösung der Umweltprobleme im gesamtnationalen Maßstab zu koordinieren. So lassen sich die Existenzbedingungen besser, vollkommener und schöner gestalten.

Es ist kein Zufall, daß gerade die Sowjetunion die größten Naturschutzgebiete auf unserem Erdball geschaffen hat. Für die sozialistischen Länder geht es nicht nur darum, die materiellen, sondern auch die ästhetischen Bedingungen zu verbessern. Die Natur soll den Menschen gesund erhalten, das Gefühl gemeinsamer Freude und gemeinsamer Verantwortung für die Schönheit unserer Erde entwickeln. Wir müssen auf unserem Planeten ein solches Gleichgewicht schaffen, das für die Menschen von maximalem Nutzen und für die Natur ungefährlich ist. Das System Natur – Mensch – Technik muß zu einer Einheit verschmelzen. Eine gigantische Aufgabe! Aber sie kann und muß gelöst werden, wenn die Menschen in der Zukunft weiter existieren wollen.

Es gibt bürgerliche Ideologen, die meinen, man müsse den prähistorischen Zustand unseres Planeten, die »unberührte« Natur, erneut schaffen. Aber die Naturbedingungen sind »... nicht ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding, sondern das Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes, und zwar in dem Sinne, daß sie ein geschichtliches Produkt ist, das Resultat der Tätigkeit einer ganzen Reihe von Generationen, deren jede auf den Schultern der vorhergehenden stand, ihre Industrie und ihren Verkehr weiter ausbildete, ihre soziale Ordnung nach den veränderten Bedürfnissen modifizierte«.[44]

Die Vorstellung einer »unberührten« Natur ist utopisch und sogar reaktionär. Es ist nicht notwendig, den Fortschritt zu stoppen, wie westliche Wissenschaftler behaupten. Wir können nicht das Ziel haben, das natürliche Milieu als Ganzes zu bewahren. Man muß Naturschutzgebiete schaffen; aber den ganzen Planeten kann man nicht in ein Naturschutzgebiet verwandeln. Die Geschichte unseres Erdballs zeigt, daß sich das Gleichgewicht in der Natur ständig verändert. Es gab tiefgreifende geologische Veränderungen. Bodengestaltung, Klima, Pflanzen- und Tierwelt änderten sich grundlegend. Es entstanden neue Arten von Tieren, andere starben aus. Für die Biosphäre haben diese Entwicklungen, die sich

fortsetzen, keinerlei katastrophale Folgen gehabt. Auch der Produktionsprozeß des Menschen ist mit bestimmten Veränderungen in der natürlichen Umwelt verbunden. Worauf es ankommt, ist, daß diese Einwirkung keine nachteiligen und schädlichen Folgen mit sich bringt. Die menschliche Tätigkeit muß folglich so ausgerichtet werden, daß sie zur Verbesserung der natürlichen Umwelt, zur Schaffung günstigster Voraussetzungen für das Leben und die Produktionstätigkeit des Menschen beiträgt.

In einer Gesprächsrunde zum Thema »Der Mensch und seine Umwelt« im November 1977 erklärten sowjetische Wissenschaftler: »Das für die Lösung des Problems Mensch und Umwelt wichtigste methodologische und sozialhygienische Prinzip besteht nicht darin, das bestehende ökologische Gleichgewicht zu bewahren, sondern darin, unter den Bedingungen wachsender materieller und wissenschaftlich-technischer Möglichkeiten, ausgehend von optimalen medizinisch-hygienischen Normativen, ein neues System des biologischen Gleichgewichts zu schaffen. Zu diesem Zweck sind sozialhygienische Prognosen der Umweltveränderung erforderlich ...

Das Wesen der sozialistischen Konzeption der Wechselwirkung von Mensch und Umwelt besteht in der Forderung, das Milieu entsprechend den Bedürfnissen des Organismus und in Übereinstimmung mit wissenschaftlich begründeten hygienischen Standards umzugestalten, die die physische und psychische Gesundheit des Menschen sichern. Für den Menschen muß eine Umgebung geschaffen werden, die nicht nur seinen biologischen, sondern auch seinen psychischen, ästhetischen und anderen Bedürfnissen entspricht.«[45]

Das Problem Mensch und Umwelt befindet sich in den sozialistischen Staaten nicht nur im Stadium theoretischer Untersuchungen. Es wurden positive Beispiele für die praktische Lösung des Problems gegeben. Seit Anfang der sechziger Jahre sind in der Sowjetunion grundlegende, immer wirksamere Umweltschutzmaßnahmen durchgeführt worden. Für den Baikalsee und das gesamte Kama-Wolga-System gibt es beispielsweise spezielle Umweltschutzmaßnahmen. Über dreihundert umweltbelastende Betriebe siedelte man aus Moskau aus, bzw. die Produktion wurde umgestellt. Viertausend kleinere Heizanlagen wurden stillgelegt. Die neuen Stadtviertel wie auch die Industriebetriebe werden ausschließlich über Naturgasfernheizungen versorgt, bei denen der Anteil von Schadstoffen sehr gering ist. Innerhalb von zehn Jahren entstanden 6 000 Hektar neuer Grünanlagen in Moskau, zwanzig Parks, dreihundert Plätze und vierhundert Straßen wurden begrünt. Laut dem bis 1990 laufenden Generalplan werden pro Kopf der Bevölkerung 30 Quadratmeter Grünfläche angelegt. Zweihundertfünfzig Moskauer Betriebe müssen neue Filteranlagen und vierhundertsechzig neue Kläranlagen schaffen. Innerhalb von zehn Jahren konnte der Giftstoffanfall in der Moskauer Atmosphäre auf 25 Prozent der Ausgangswerte verringert werden. Um Moskau

wird ferner ein Grüngürtel von 150 Kilometer Länge angelegt.

Auch für den Bereich der BAM haben sowjetische Fachleute ein Projekt erarbeitet, um die umfassende Nutzung und den Schutz der sibirischen Wälder zu gewährleisten. Darin wird die optimale Variante für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts in diesem neuerschlossenen Gebiet festgelegt.[46]

Seit 1975 bilden die Maßnahmen zur Erhaltung der Natur einen Bestandteil der Perspektivpläne, der Fünfjahrpläne und der Jahrespläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft. Erstmals wurden allen Industriezweigen Auflagen zur Nutzung von Naturressourcen und zur Erhaltung der Natur vorgegeben. Jedes große Projekt muß seine speziellen Umweltschutzmaßnahmen ausweisen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Wassererhaltung geschenkt. Aber nicht nur wirksame Maßnahmen gegen schädliche Folgen der Produktion werden ergriffen. Auch großzügige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten wurden in Angriff genommen, um grundsätzlich neue, umweltfreundliche technologische Prozesse in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu entwickeln.[47]

Innerhalb des RGW entstand 1974 ein umfassendes Programm der Mitgliedsländer und der SFRJ. Die nationalen Pläne dieser Länder messen dem rationellen Nutzen der Naturressourcen und dem Umweltschutz große Bedeutung bei. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gestaltet sich erfolgreich. Über vierhundert abgeschlossene Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten allein im Zeitraum von 1976 bis 1980 sind das Ergebnis. Dem Zusammenwirken im Sinne der Konvention gegen die Luftverschmutzung über die Landesgrenzen hinaus sowie der Deklaration über abfallarme und abfallfreie Technologien und der Nutzung von Abfallprodukten wurde und wird große Aufmerksamkeit geschenkt.[48]

Die sozialistischen Länder unternehmen große Anstrengungen, um auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu einer Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern zu gelangen, soweit es im Rahmen des kapitalistischen Systems möglich ist.

Die Genetik und die Zukunft des Menschen

Gentod der Menschheit?

Von der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft hängen die Lösung der Probleme im Verhältnis von Mensch und natürlicher Umwelt und die Zukunft der Menschheit ab. Aber der Mensch unterliegt auch biologischen Gesetzen. So ist ein weiteres ernstes und kompliziertes Problem die Erhaltung des Menschen in der Folge der Generationen. Hier handelt es sich ebenfalls um eine grundlegende Existenzfrage.

Bei der Befruchtung vereinigen sich Zehntausende mütterliche und väterliche Erbfaktoren oder Gene. Das sind die kleinsten Einheiten der Vererbung, sie werden von der Elterngeneration auf die Nachkommen übertragen und bestimmen deren Erbeigenschaften.

Der Erhaltung des genetischen Status des Menschen droht heute reale Gefahr. Die Krise der Biosphäre, die die Menschheit belastet, gefährdet nicht nur die Gesundheit der heutigen Generation, auch den künftigen Generationen drohen mögliche negative mutative Veränderungen im genetischen Status.

Die genetische Stabilität entstand im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses. Störungen in der Biosphäre jedoch und die fortschreitende Technisierung der unmittelbaren Lebensumwelt des Menschen in historisch kurzer Zeit führen zu Belastungen, die die genetische Stabilität in Frage stellen. Struktur und Eigenart eines Lebewesens werden durch seine Erbsubstanz bestimmt. Vom Embryonalstadium bis ins hohe Alter wird die gesamte Entwicklung des Organismus durch ein im genetischen Code vorgegebenes Programm reglementiert. Der Mensch ist gesund, wenn die Entwicklung in genauer Übereinstimmung mit der in diesem Programm gegebenen Reaktionsnorm auf Umwelteinflüsse erfolgt. Verstöße gegen dieses Programm durch irgendwelche Reize oder Einflüsse, die im System des Organismus Störungen hervorrufen, führen zu Krankheit.

Die Erbfaktoren oder Gene sind organische Moleküle, deren Struktur und unmittelbare Wirkungsweise wir heute kennen. Sie bewirken, daß Merkmale und Eigenschaften der Eltern bei den Nachkommen wieder auftreten. In der Regel sind also die Ähnlichkeiten zwischen verwandten größer als zwischen nichtverwandten Individuen. Die Speicherung, Weitergabe, Realisierung und Veränderung der genetischen Information sowie die Regulation sind fundamentale Prozesse des Lebens überhaupt. Es gibt keine Lebenserscheinung – weder bei den am einfachsten organisierten Viren noch beim Menschen – die nicht in dieser oder jener Hinsicht von dem in den Erbanlagen aufgezeichneten genetischen Programm beeinflußt werden.[49]

Jede stammesgeschichtliche Entwicklung hatte Änderungen in der Erbsubstanz zur Voraussetzung. Säugetiere haben andere Gensortimente als ihre Reptilvorfahren. Und auch der Genbestand des heutigen Homo sapiens unterscheidet sich von dem des Homo erectus.

Genänderungen oder Mutationen ereignen sich bei allen Lebewesen. Die Wissenschaft weiß heute, warum und mit welcher Häufigkeit sich viele Gene ändern. Es gibt vielfältige natürliche Ursachen der Genmutation, so z. B. die kosmische Strahlung, die natürliche Radioaktivität der Erdoberfläche oder zufällige Bewegungen von Molekülen, die durch Körperwärme hervorgerufen

werden. In den Lebensmitteln, die wir essen, und in der Luft, die wir atmen, können ebenfalls mutationsauslösende Stoffe vorhanden sein. Auch übermäßige Medikamenteneinnahme kann dazu führen.

Die Warnung des höchsten Organs der Sowjetmacht, des Obersten Sowjets der UdSSR, daß Umweltveränderungen nicht einfach die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen, sondern auch Veränderungen in seinen Erbanlagen bewirken können, zeigt die Bedeutung dieser Frage.

Mutationen sind richtungslose und zufällige Ereignisse. Sie führen in der großen Mehrheit zu Genveränderungen, die für die Art sogar nachteilig sind. Außer der Mehrzahl dieser ungünstigen und sogar verhängnisvollen Mutationen kommt es auch zu Genveränderungen, die dem Organismus nachweisbar Vorteile verschaffen.

Warum führen die Änderungen der Erbsubstanz in der überwiegenden Mehrheit zu Schwächungen, Erbkrankheiten, Mißbildungen oder sogar zum Tode?

Unser Erbgut hat sich infolge einer jahrmillionenlangen Entwicklung herausgebildet. In dieser Zeit haben sich stets Mutationen vollzogen. Unvorstellbar viele Genzustände und Genkombinationen wurden »ausprobiert«. Zur Sicherung und Kontrolle unserer Lebensvorgänge ist ein durchexperimentiertes Wirkungssystem entstanden.

Jedoch kann nur durch Mutationen keine Weiterentwicklung der Lebewesen, wie sie sich in der Stammesgeschichte vollzog, bewirkt werden. Die Entdeckung, wie die Arten entstehen und sich entwickeln, verdanken wir Charles Darwin. Er wies nach, daß sich Lebewesen, die an ihre lebenswichtige Umwelt angepaßt sind, erfolgreich vermehren. Andere, die weniger angepaßt sind, haben weniger Nachkommen oder gehen sogar zugrunde. So findet eine natürliche Auslese statt. Zahlreiche ungünstige Erbfaktoren, die durch Mutationen dauernd neu entstehen, werden wieder ausgemerzt und können folglich nur begrenzt Unheil anrichten. Da schwächliche, erbkranke und mißgebildete Lebewesen keine Nachkommen haben oder ihre Anzahl kleiner ist als bei gesunden und besser angepaßten Individuen, verschiebt sich die Anzahl der ungünstigen Gene zugunsten der Anpassung ermöglichenden Erbfaktoren.

Am Beginn unseres Jahrhunderts entwickelte F. Galton die Auffassung, daß die Menschheit genetisch entarten müsse. Einige Genetiker schlossen sich dieser Meinung an.

Worauf stützen sich die Vertreter dieser Ansicht?

Im Unterschied zum Tierreich und zu den Bedingungen der Steinzeit, wo die Schwächeren durch natürliche Auslese ausgemerzt wurden, ist für die heutige Menschheit eine andere Lage entstanden. Die Gesellschaft befähigt fast jeden zum Überleben. Die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen, sanitäre und

hygienische Maßnahmen, der Einfluß der Medizin und Sozialfürsorge und der Umstand, daß mit erblichen Defekten belastete Menschen nicht zugrunde gehen, sich sogar vermehren können, beschleunigen angeblich das Ende der Menschheit. Sie würden die noch verbliebenen Formen der natürlichen Auslese unterdrücken und nach Ansicht dieser Genetiker die »schädlichen« Gene im Genfond der Menschheit immer mehr anhäufen. Infolgedessen gehe die Menschheit ihrem biologischen Tod entgegen.

Ist diese Schlußfolgerung begründet?

Richtig ist, daß durch das Verschwinden oder Nachlassen der natürlichen Auslese genetische Belastungen entstehen. Jedoch gibt es auch Faktoren, die der Entartung entgegenwirken.

Mit Hilfe der Wissenschaft kann der spontane Mutationsprozeß abgeschwächt werden. Außerdem muß »der wissenschaftlich-technische Fortschritt unter progressiven gesellschaftlichen Bedingungen nicht zu einer Vergrößerung der ›Bürde‹ der pathologischen Erbsubstanz führen ...«[50] Es werden zunehmend sichere Prüfmethoden entwickelt, die Schadstoffe, die genetische Reaktionen auslösen, erkennen lassen. Erzeugnisse solcher Stoffe werden aus der Produktion genommen und damit die Ursachen für biologische Gefahren beseitigt.

Ferner: Wenn die Medizin befähigt wird, eine bestimmte erblich bedingte Krankheit zu heilen, dann beseitigt sie auch die schädliche Wirkung eines Gens. Das Gen verliert die Fähigkeit, der Entwicklung des Menschen zu schaden, und aus einer genetischen Belastung wird es zu einer neutralen erblichen Veränderung.

»Mit der Entwicklung der medizinischen Genetik, ihrer Methoden zur Prophylaxe, Diagnostik und Therapie, verringert sich die Zahl schwerer Erbkrankheiten ohne Beeinträchtigung der genetischen Vielfalt der menschlichen Populationen. Beispielsweise läßt sich bei umfassender Anwendung von Methoden der pränotalen Diagnostik verhindern, daß Kinder mit Chromosomenanomalien und angeborenen Stoffwechselstörungen geboren werden.«[51]

Außerdem verlaufen zwei Prozesse, »... die die Frage einer genetischen Entartung der Menschheit in den nächsten Jahrtausenden praktisch vollständig aufheben werden.

Der erste Prozeß ist die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Sie bewirkt, daß die Menschen aller Länder und Kontinente immer enger in Beziehungen zueinander treten. Es erfolgt die Durchmischung der Isolate des Menschen. In zunehmendem Maße werden in der Gegenwart und noch mehr in der Zukunft Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Rassen, Völkerschaften und geographischen Zonen eingegangen. Die Ursachen sind die Entwicklung des Verkehrs, der Kommunikation, die Verstärkung der Migration, der Aufschwung der Kultur, der Abbau religiöser Vorurteile und die Überwindung nationaler Schranken.

Dadurch wird die frühere genetische Isolation der Menschen immer mehr überwunden. Die genetischen Belastungen, die infolge des Verschwindens oder des starken Nachlassens der natürlichen Auslese in der menschlichen Gesellschaft entstehen, werden durch die Aufhebung der genetischen Isolation ausgeglichen.

Der zweite Prozeß ist das gigantische Wachstum der Anzahl der Menschen auf der Erde, das auf der Grundlage der im Evolutionsprozeß entstandenen Erbsubstanz des Menschen erfolgt. Beide Prozesse scheiden mindestens für die überschaubare Zukunft das Problem einer genetischen Entartung des Menschen aus«.[52]

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik gestattet, die Umwelt des Menschen immer vollkommener an seine biologischen Bedürfnisse anzupassen. Unter den Bedingungen des Sozialismus, wo sich die Forschung auf das Wohl des Menschen konzentriert, die Beherrschung der Umwelt zunimmt und der biologischen Natur entsprochen wird, gibt es für eine biologische Entartung des Menschen keinerlei Grundlagen.[53]

Ursache zur Beunruhigung gibt es auch aus einem anderen Grunde nicht. Die Veränderungen im Erbgut der Menschheit erfordern große Zeiträume. Es bleibt infolgedessen genügend Zeit, durch weitere wissenschaftliche Forschungen und Erkenntnisse sinnvolle Entscheidungen, die der Erhaltung und Verbesserung unseres Erbgutes dienen, vorzubereiten. Für den heutigen Menschen ist eine Auslese wie in prähistorischer Zeit nicht nur unnötig, sondern sogar unnatürlich. Die besten Gene haben den Urmenschen nicht vor dem frühen Tod geschützt. Das Lebensalter betrug weniger als zwanzig Jahre; heute hingegen beträgt es über siebzig Jahre. Das entscheidende Kriterium ist die Gesundheit.

Brauchen wir den »Übermenschen«?

In den kapitalistischen Ländern wird in einer außerordentlichen Fülle von Publikationen, die oft sensationslüstern aufgemacht sind, die genetische Züchtung des Menschen angepriesen. Sie sei angeblich der einzige Ausweg. Die Verfechter der Menschenzüchtung meinen, der gegenwärtige Mensch sei mit seinen biologischen Grundlagen den Anforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Diese gefährliche Situation sei deshalb entstanden, weil die biologische Entwicklung des Menschen mit der schnellen Entwicklung der Kultur nicht Schritt gehalten habe. J. B. Huxley meint, der Mensch sei als Art »äußerst jung«, daher »auch noch äußerst unvollkommen, ein unfertiges, oft zusammengepfuschtes Produkt stammesgeschichtlicher Improvisation«. Auch andere Vertreter dieser Richtung gehen davon aus, daß die gegenwärtige Weltbevölkerung nicht intelligent genug sei, um eine allgemeine Vernichtung der Menschheit verhindern zu können.

Von diesem falschen Ausgangspunkt gelangen sie zum falschen und reaktionären Schluß, es sei notwendig, eine Menschenelite zu züchten. Diese Supermenschen würden dann mit neuen Ideen den gesellschaftlichen Fortschritt sichern und die verfahrene kapitalistische Gesellschaft wieder in Ordnung bringen. K. Büchel sieht darüber hinaus die Möglichkeit, das Überleben der von zunehmender Umweltverseuchung bedrohten Menschheit dadurch zu garantieren, daß durch genetische Manipulation ein neuer Mensch geschaffen wird, der in einer Umwelt voll giftiger Nebelschwaden und ohne Sonnenlicht leben könne.[54]

Die Vertreter der Auffassung, eine aktive Umgestaltung der genetischen Natur des Menschen sei erforderlich, gehören verschiedenen Richtungen an. Die einen wünschen die intellektuelle Vervollkommnung des Menschen auf den Stand von Gelehrten, andere wollen die sittliche Vervollkommnung der ganzen Menschheit. Schließlich halten es solche »Menschenmacher« wie K. M. Mark für erforderlich, Fließbandarbeiter, Herren- und Sklavenrassen zu züchten. In dieser letzten Gruppe zeigt sich die Fratze der faschistischen Herrenmenschen, die die Menschheit in die größte Katastrophe der Geschichte stürzten.

Auch die Methoden der »Menschenmacher« zur Verbesserung der menschlichen Art sind unterschiedlich. Sie variieren von den Praktiken der Rassisten des Faschismus bis zu pseudoliberalen Überlegungen über die Unzulässigkeit der Anwendung von Gewalt den Menschen gegenüber. Das Wesen dieser verschiedenen Methoden bleibt allerdings dasselbe. Gestützt auf den gegenwärtigen Stand des Wissens, wollen sie wie bei der Tierzucht den Menschen erblich verändern.

»Wohin aber kann die Anwendung von Selektionsmethoden auf den Menschen wirklich führen? Wer nicht durch die eugenische Propaganda verblendet ist, der erkennt leicht, daß aus der Sicht der heutigen Humangenetik die Anwendung der Methoden der Tierselektion in keinem Fall Aufgaben zur genetischen Verbesserung des Menschen zu lösen vermag. Diese Maßnahmen können lediglich die einmalige Erbsubstanz der Menschheit verderben.«[55]

Auch bürgerliche Wissenschaftler treten entschieden gegen die »Menschenmacher« auf. Sie betonen, daß die angepriesenen Züchtungsversuche ebenso gefährlich für den genetischen Bestand sein können wie die Strahlung, da wir die Grundlagen der Veränderungen des menschlichen Erbgutes noch nicht genau kennen. Zudem erhebt sich die Frage: Wer soll von der Fortpflanzung ausgeschaltet werden? B. Manstein ruft mit Recht die Erinnerung an eine Zeit wach, in der ganze Völker – Juden, Zigeuner, Slawen – in die Vernichtungskategorie nicht nur eingestuft, sondern auch vernichtet wurden. Die »Menschenmacher« sind Ideologen für faschistische Staatswesen, in denen Menschenwürde und menschliches Leben nichts gelten und Brutzellen für Menschenzüchtung einge-

richtet werden, die gleichzeitig Todeskammern für Millionen von »Minusvarianten« sind, bei denen die Umzüchtung nicht zur Zufriedenheit gelingt.[56]

Die Wissenschaft weiß heute, daß es praktisch keinen Menschen gibt, der nicht in dieser oder jener Hinsicht eine Anomalie in sich trägt. Die Kompliziertheit dieses Problems wird auch dadurch bestimmt, daß die typisch menschlichen Eigenschaften nicht an einzelne Erbträger gebunden sind, da eine komplizierte Wechselbeziehung sich überschneidender Geneinflüsse besteht.

Außerdem verbietet der sozialistische Humanismus »Züchtungsprogramme« für Menschen, die darauf zielen – ähnlich wie das »Fleischschwein«, die »Milchkuh« oder das »Wollschaf« – einseitig entwickelte Intelligenz, kraftstrotzende Arbeiter, geistesschwache »Roboter für niedrige Arbeiten« oder »Kosmonauten ohne Beine« für Weltraumunternehmen zu schaffen.

Die »Menschenmacher« verstehen das Wesen des Menschen nicht. Der Mensch unterscheidet sich vom Tier durch Arbeit, Sprache und Denken. Er ist fähig, die Gesetze der Natur zu erkennen und sie in seinem Interesse anzuwenden. Er ist imstande, Fähigkeiten zu erwerben, die das Tier niemals erwerben kann.

Alle existierenden Arten des Tierreiches sind Spezialisten und haben sich an eine besondere Situation angepaßt. Der Vogel vermag zu fliegen. Der Mensch kann das von Natur aus nicht. Aber er hat dank seines Verstandes die Technik geschaffen, die ihn zum Fliegen befähigt. Der Mensch ist nicht gezwungen, seine Organe anzupassen, sondern – gestützt auf die von ihm geschaffene Wissenschaft und Technik – unterwirft er sich die Natur.

Die Menschen machen ihre Geschichte unter jeweils vorgefundenen Verhältnissen selbst. »Diese Geschichte ist ihrem Wesen nach keine biologische Evolution. Biologische Evolution beruht auf der Anpassung der pflanzlichen und tierischen Populationen an sich verändernde Umwelt durch Mutation, Selektion und einige andere Faktoren. Die gesellschaftliche Entwicklung aber beruht auf der Ausdehnung der Beherrschung der Umwelt mit Hilfe von Mitteln, die nicht dem menschlichen Organismus angehören und deren Inbegriff die Technik ist. Pflanzen und Tiere bleiben in der Aufeinanderfolge ihrer Generationen erhalten, indem sie erblich verändert werden. Die Menschheit erhält und entwickelt sich gesellschaftlich, indem sie die Natur verändert. Das geschieht auf der Grundlage der Erfahrungen und Erkenntnisse, die von den vorangegangenen Generationen gewonnen, vergegenständlicht und vermittelt wurden.«[57]

Die Entwicklung des tierischen Lebens vollzog sich sehr langsam, da die günstigen genetischen Veränderungen nur geringe Vorteile mit sich bringen. Es dauerte viele Generationen, bis die Tiere, die sich durch eine vorteilhafte Mutation auszeichneten, ihren anderen Artgenossen gegenüber an Anzahl überwogen. Die

genetische Entwicklung ist ein relativ langsamer Vorgang im Vergleich mit der Entwicklung des Menschen, der in historisch kurzer Zeit vom Steinzeitmenschen zum modernen Menschen aufstieg, während sich seine Erbanlagen praktisch nicht veränderten. Die Lebensumstände des Menschen, die er selbst geschaffen hat und ständig verändert, verändern ihn selbst, und zwar viel rascher als die Pflanzen und Tiere es vermögen, da sich Veränderungen deren Umwelt relativ langsam vollziehen. Gerade unsere Geschichtsepoche ist durch außerordentlich schnelle gesellschaftliche Prozesse gekennzeichnet. So werden bis zum Ende unseres und des 21. Jahrhunderts das Wissen, die Moral des Menschen und auch seine Lebenstätigkeit anders sein, ohne daß er einer genetischen Entwicklung bedarf.

Außer dem genetischen Programm besitzt also der Mensch noch ein zweites Programm, das die Entwicklung jeder folgenden Generation bestimmt. Einige sowjetische Wissenschaftler nennen dies das »Programm der sozialen Vererbung«.

Die Ursachen des Fortschritts der Menschheit und des einzelnen sind das Wachstum der Produktivkräfte, die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, die mit dem Stand der Produktivkräfte in Übereinstimmung gelangen müssen, und die darauf beruhende geistig-kulturelle Entwicklung.

Die in einer Generation gewonnene Erfahrung wird über die Kinder an die nachfolgende Generation weitergegeben. Und diese Veränderungen des sozialen Programms führen den Menschen in seinem gesellschaftlichen Leben, in Kultur und Wissenschaft auf immer neue Höhen.

»Natürlich heißt das nicht, daß alle Menschen bei der Geburt genetisch gleichartig sind und daß alle auf die erzieherische Einwirkung der Umgebung gleichartig reagieren. Niemand kann sich von der genetischen Information befreien, die er von den Eltern erhalten hat. Die Mannigfaltigkeit der Menschen und die Einmaligkeit der genetischen Konstitution eines Menschen lassen mitunter komplizierte Probleme für die Erziehung entstehen. Weil jeder Mensch eine einmalige genetische Organisation aufweist, besitzt er eine eigene Reaktionsnorm, d. h., die Möglichkeit, auf eine in ihrer Art einmalige persönliche Weise auf die sozialen und physischen Einflüsse des Milieus zu reagieren. Dieses Programm ist in den DNS-Molekülen gespeichert und wird über die Keimzellen von Generation zu Generation weitergegeben.

Das andere Programm, das sein Verhalten in Familie und Gesellschaft bestimmt, erhält der Mensch durch die Erziehung.«[58]

Das heißt also, die Erbanlagen jedes Menschen prägen nicht nur seine biologischen Eigenschaften, sondern bestimmen auch, wie der Mensch das soziale Programm aufnimmt. Die menschliche Natur ist charakterisiert durch die Einheit und den wechselseitigen Zusammenhang von Biologischem und Sozialem. Der Mensch ist

seinen biologischen Merkmalen nach ein Teil der Natur. Diese Merkmale sind in seinen Erbanlagen festgelegt.

»Das gesellschaftliche Wesen des Menschen offenbart sich jedoch in seinem überbiologischen Bereich. Für die Weitergabe des Inhalts dieses Bereichs von Generation zu Generation hat die menschliche Gesellschaft ein besonderes, nur ihr eigenes Verfahren der Vererbung von Erfahrungen hervorgebracht. Nach der Geburt entwickelt sich der Mensch in einem sozialen Milieu. Unter dem Einfluß der Faktoren der geistigen und materiellen Kultur der jeweiligen Periode bildet sich sein gesellschaftliches Wesen heraus. Darin besteht das Wesen der sozialen Vererbung. Das soziale Wesen des Menschen wird von Generation zu Generation über andere Kanäle weitergegeben als die in den DNS-Molekülen fixierte genetische Information.«[59]

Man kann also nicht die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und der psychischen Fähigkeiten von ihrer genetischen Grundlage trennen. Jedoch ist zu beachten, daß die gesellschaftlichen Bedingungen, in der sich die Begabung eines Menschen entfaltet, eine größere Rolle bei der Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten spielen als die Erbanlagen. Für das Auftreten genialer Menschen sind vor allem günstige gesellschaftliche Bedingungen, auf deren Grundlage sich die Erbanlagen entwickeln können, erforderlich. Es ist nicht so, daß das Soziale alles Biologische bestimmt, sondern zwischen beiden besteht eine Wechselwirkung.

Die Vererbung ist die Grundlage der Entwicklung des Menschen. Doch jeder Mensch entwickelt sich in einem bestimmten sozialen Milieu, das seine Entwicklung und sein Verhalten bestimmt. Die geschichtliche Entwicklung ist nicht die Folge der Veränderungen unserer Erbanlagen, sondern die soziale Vererbung spielt die führende Rolle.

Der Fortschritt unserer Gesellschaft erfordert keine von den »Menschenmachern« gezüchteten Supermenschen. Er erfordert gesellschaftliche Verhältnisse, die allen Menschen die besten Entfaltungsmöglichkeiten geben und alle Talente und genialen Erbanlagen zur Entwicklung bringen. Die Menschheit verfügt über weit mehr talentierte Persönlichkeiten, als wir entdecken. Die Beseitigung von Verhältnissen der Ausbeutung und Unterdrückung und die Entwicklung sozialistischer und kommunistischer Verhältnisse, die alle Möglichkeiten für die Entwicklung jeder Persönlichkeit erschließen – das sind die Aufgaben.

Der direkte Weg zur Entwicklung und Vervollkommnung des Menschen führt im wesentlichen über die bewußte Gestaltung der Umwelt, in der sein Erbgut erhalten bleiben kann, und über die Entwicklung der Produktivkräfte, die eine zunehmende Beherrschung der Natur gewährleisten, sowie fortschrittliche gesellschaftliche Beziehungen, die den Produktivkräften Raum zur Entfaltung geben und die Basis für eine gesunde Lebensweise schaffen.

Das heißt natürlich nicht, daß ein aktives Eingreifen in die Vererbung des Menschen grundsätzlich unmöglich ist. In Zukunft wird sich unter entsprechenden gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und biologischen Bedingungen die Menschheit wahrscheinlich zu zielgerichteten, planmäßigen Veränderungen am menschlichen Erbgut entschließen.

Warum weisen wir dann die Zielsetzung der »Menschenmacher« zurück?

Nicht die Erkenntnisse der Vererbungswissenschaft und ihre Ausnutzung für den Menschen sind abzulehnen, sondern antihumanes, willkürliches Bestreben. Der sozialistische Humanismus gebietet, nur unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensfreude in das Vererbungsgeschehen einzugreifen. Vor allem besteht die humane Aufgabe, den Erbkrankheiten der Menschen vorzubeugen bzw. sie zu heilen. »Es gibt keine an sich unheilbaren oder unvermeidbaren Krankheiten, nur Krankheiten, die auf einem bestimmten Entwicklungsstand der Medizin noch nicht geheilt oder prophylaktisch bekämpft werden können.«[60]

Die molekularbiologischen Forschungen der letzten Jahre ermöglichen es, in das genetische Erbe lebender Organismen bewußt und gezielt einzugreifen. Aufgrund dieser Fortschritte können wir die berechtigte Hoffnung haben, daß der Krebs, die Viruskrankheiten und Entwicklungsstörungen beseitigt und unter Umständen auch bestimmte Aspekte des Alterns beeinflußt und gelöst werden. Auch eine umfassende volkswirtschaftliche Nutzung und gesundheitspolitische Anwendung bereitet sich für die Zukunft vor. Die Entwicklung der Technologie der genetischen Manipulation läßt positive Ergebnisse erhoffen.

Die Entwicklung der Genetik schafft qualitativ neue Möglichkeiten, in die menschliche Natur einzugreifen. Das gilt im positiven wie im negativen Sinne. Man kann heute schon die neuen Forschungsergebnisse bewußt gegen die Menschen anwenden und für neue Arten und Typen von Massenvernichtungswaffen ausnutzen. Neuartige gefährliche Viren und Bakterien, durch genetische Mutationen geschaffen, können als Krankheitserreger gezüchtet und gegen Menschen, Tiere und Kulturpflanzen eingesetzt werden. Forschungsergebnisse, die zur Lösung vieler Menschheitsprobleme wie Hunger, Krankheiten, Rohstoffversorgung und Erhaltung der natürlichen Umwelt beitragen könnten, werden in Instrumente der Vernichtung und des Todes verwandelt.

Es ist ein Verdienst der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, daß es, gestützt auf den Druck der Weltöffentlichkeit, gelang, eine Konvention über das Verbot biologischer Massenvernichtungsmittel herbeizuführen. Die Gefahren des Mißbrauchs des »genetischen Ingenieurwesens« haben zu lauter werdenden Forderungen nach demokratischer Kontrolle über die Forschung

auf jenen Gebieten geführt, die die Lebensinteressen der Menschen und der Menschheit fundamental bedrohen.

Ist die Forderung nach gesellschaftlicher Kontrolle über die genetische Forschung unter kapitalistischen Bedingungen real?

Angesichts der fortschrittlichen Tendenzen großer Teile bürgerlicher Wissenschaftler sind durchaus Teilergebnisse bei der Regulierung und Kontrolle menschheitsgefährdender Forschungen zu erzielen. Doch die ökonomische und politische Macht der Monopole setzt diesen Bestrebungen enge Grenzen. Die Monopole sind es, die den Forschern die Aufträge geben und von denen die Forscher in ihrer Existenz abhängig sind. Solange antagonistische Klassen und Beziehungen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bestehen, wird die herrschende Ausbeuterklasse die Fortschritte der Wissenschaft immer in den Dienst ihrer Klasseninteressen stellen.

»Wissenschaftler« wie K. M. Mark geben ihnen die ideologische Begründung für Verbrechen, die schon in der Vergangenheit durch den Faschismus praktiziert wurden. Unter den neuen Bedingungen, da das System des Kapitalismus immer mehr in die historische Defensive gedrängt wird, ist bei der Monopolbourgeoisie Menschlichkeit noch weniger gefragt als früher, und Skrupellosigkeit ist selbstverständlich.

Damit wachsen die Gefahren für die Werktätigen. Sie können sie nur abwenden, wenn es ihnen gelingt, jene Klassen, die Träger von Bestrebungen sind, Forschungen für unmenschliche Zielsetzungen auszunutzen, politisch und ökonomisch zu entmachten. Die sozialistische Gesellschaft wird auch unter diesem Aspekt zur gesellschaftlichen Notwendigkeit für die ganze Menschheit.

Im Interesse der Herrschaftssicherung tendieren die Monopolherren ferner zu einer genetischen Manipulierung des Menschen, wie sie heute bereits ihre Massenmedien, Psychologie, Verhaltensforschung und Soziologie zur geistigen Manipulierung der Werktätigen nutzen.

Doch die Theoretiker und Praktiker solcher Bestrebungen haben es nicht leicht, denn in einem Teil der Welt gibt es das Beispiel, wie die Genetik im Interesse der ganzen Gesellschaft genutzt wird. »Im Sozialismus, wo die gesellschaftliche Kontrolle über die Forschungen, einschließlich der genetischen, real gewährleistet ist und in verschiedenen Formen – durch den Staat wie auch durch die Gesellschaft – erfolgt, werden die Probleme der Humangenetik und der medizinischen Genetik zum Zwecke der Heilung und Prophylaxe von Erbkrankheiten des Menschen umfassend untersucht, wird das Netz der medizinisch-genetischen Beratungsstellen erweitert, erfolgen Experimente auf dem Gebiet des ›Genetical engineering‹, wobei natürlich auch die Perspektiven ihrer Anwendung auf den Menschen ins Auge gefaßt werden. Doch hier sind die Ziele und die Mittel der Forschung zutiefst humanistisch und

dem vornehmsten Prinzip des Sozialismus und seinem sozialen Hauptziel verpflichtet, dem Wohle des Menschen, seiner freien und allseitigen Entwicklung.«[61]

Wenn sich die Menschheit in Zukunft die Aufgabe stellen sollte, ihre genetische Information wesentlich zu verändern, dann wird sie unter den Bedingungen des Sozialismus-Kommunismus mit menschenwürdigen Methoden gelöst werden.

Der Mensch – »Gefangener aggressiver Urtriebe«?

Anknüpfend an die These, der Mensch sei »biologisch minderwertig« und besitze als biologisch sehr junge Art in seiner Erbsubstanz »viele tierische Gene«, gibt es eine weitere »Theorie«. Ihr zufolge werde das Verhalten des Menschen durch unbewußte Triebe und Instinkte gelenkt. Die von den tierischen Vorfahren des Menschen übernommenen Gene riefen bei ihm aggressives Verhalten hervor und störten damit die soziale Harmonie. Dieser »Aggressionstrieb« werde zur entscheidenden Ursache des menschlichen Handelns. Angeblich war diese Eigenschaft, die aus dem Tierreich stammen soll, in einem frühen Stadium biologisch erforderlich gewesen, aber für die kultivierte Menschheit sei sie belastend und bedrohlich.

Ardrey ist der Meinung: »Der Mensch ist ein Raubtier, dessen natürlicher Instinkt ihn dazu treibt, mit der Waffe zu töten.« Dieser in der »Natur des Menschen« erblich angelegte Aggressionstrieb stehe dem Fortschritt und Glück des Menschen entgegen.

Nach Lorenz habe der Mensch von seinen äffischen Vorfahren den Instinkt der Aggression ererbt und halte die Wasserstoffbombe in den Händen, ohne daß die Vernunft ihn zu zügeln imstande sei.

Selbst der gesellschaftliche und politische Aufbau der Menschheit wird von Vertretern dieser Richtung aus dem Aggressionstrieb abgeleitet; sie sehen in ihm den bestimmenden Faktor. Klassen und Klassenkämpfe in der Ausbeutergesellschaft werden mit dem Kampf um die Ausbildung von Rangordnungen im Tierverband gleichgesetzt.

Mitscherlich beruft sich auf die historische Erfahrung und meint, daß Aggression nicht vermeidbar sei. Sie gehöre zum Wesen des Menschen wie die Organe, derer er sich bediene. Aggression könne folglich nur gemildert werden.

Für den englischen Astronom Hoyle ist intelligentes Leben im Kosmos ebenfalls durch Aggressivität charakterisiert. Intelligenz sei Ergebnis aggressiven Wettbewerbs. Durch die biologische Entwicklung wären Intelligenz und Aggressivität unvermeidlich miteinander verbunden. Und ein Lebewesen im Kosmos müsse ebenfalls – wie jetzt die menschliche Art – unvermeidlich aggressiv

sein. In vielen Science-fiction-Filmen kapitalistischer Produktion kommt diese Linie in mannigfaltigen Varianten zum Ausdruck.

Fazit dieser und anderer Auffassungen: Da der Mensch ein von unausrottbaren tierischen Instinkten beherrschtes Geschöpf sei, lägen Kriege, Klassenkämpfe, Brutalität und Kriminalität in der Natur des Menschen!

Damit werden die menschliche Natur und ihre Geschichte entstellt und verfälscht. Es gibt weder beim Menschen noch im Tierreich einen erblich bedingten Aggressionstrieb. Der Prozeß der Menschwerdung wäre ohne gemeinsame Arbeit überhaupt nicht möglich gewesen. Auch die Verabsolutierung von Kämpfen der Tiere innerhalb einer Art entstellt die Tatsachen. Die Verhaltensforscherin S. Carrigher kritisiert die Behauptung der Aggressionstheoretiker. Sie »beschreiben eine Wildnis, die jene, die wie ich jahrelang in ihr gelebt haben, nicht wiedererkennen würden ... Tatsächlich aggressives Verhalten – gewöhnlich ist die Fortpflanzung die Ursache davon ... zeigen die Tiere nur während einer sehr kurzen Zeitdauer«.[62] Kämpfe der Tiere innerhalb einer Art gehen so vor sich, daß die Gefahr von Verletzungen weitgehend ausgeschlossen ist. Dabei ist das Verhältnis zwischen dem Raubfeind und der Beute etwas völlig anderes, denn es hat mit innerartlicher Aggression nichts zu tun.

Lawick-Goodall, die zehn Jahre in freier Wildbahn mit Schimpansen herumgezogen war, berichtet ebenfalls, daß sie in den Herden, mit denen sie in Tansania lebte, tagelang keinerlei Aggressivität bemerkt habe. Schimpansen wendeten selten physische Gewalt gegeneinander an. Wenn sie es täten, dann seien Kratzer und ausgerissene Haare die äußersten Folgen. Der Forscher Kortlandt, der seine Beobachtungen auch filmte, hat zwar eine »Knüppelkampftechnik« gegen Raubkatzen, also außerartliche Feinde, aber niemals gegen Artgenossen festgestellt.

Außerdem ist es falsch, wie schon nachgewiesen, Gesetzmäßigkeiten des tierischen Lebens auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen. Zweifellos gibt es in den antagonistischen Klassengesellschaften Aggressionen. Sie beruhen jedoch nicht auf einem »angeborenen« Aggressionstriebüberschuß und auf zerstörerischen Tendenzen. Sie sind nicht »angeboren«, sondern ökonomisch und politisch bedingt.

Die Erhaltung von Klassenprivilegien veranlassen die Ausbeuterklasse und ihre Werkzeuge, diejenigen, die sie gefährden, als Gefangene zu quälen, Geständnisse zu erpressen, um progressive Organisationen zu schwächen oder sie sogar zu vernichten. Die Erhaltung von Klassenvorrechten, auf die man nicht verzichten will, motivieren Brutalität, Sadismus und Rachsucht gegen Menschen, die es wagen, den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufzunehmen.

In dem bei weitem größeren Teil der Menschheitsgeschichte, in

der klassenlosen Urgesellschaft, gab es keine Klassenkämpfe, weil keine Ausbeutung möglich war. Die Produktivkräfte jener Zeit waren noch nicht so entwickelt, daß ein Mehrprodukt, das sich jemand hätte aneignen können, erzeugt werden konnte. Klassenspaltung und -kämpfe treten nur dort auf, wo infolge der Entfaltung der Produktivkräfte der Mensch in der Lage ist, dauerhaft ein Mehrprodukt zu erzeugen und dadurch für einen Teil der Gesellschaft die Möglichkeit besteht, sich die Ergebnisse der Arbeit eines anderen Teiles anzueignen.

Auch der Krieg ist nicht aus »angeborenem Aggressionsüberschuß« zu erklären. Er hat gesellschaftliche Ursachen, die im Wirtschaftssystem einer bestimmten Gesellschaft liegen. Solange Ausbeuterklassen bestehen, plündern sie nicht nur die Werktätigen ihrer Länder erbarmungslos aus. Sie betreiben auch eine Politik der Eroberungen und der Unterjochung anderer Völker, um sich zu bereichern und um ihre Herrschaft zu sichern. Diese Eroberungskriege veranlassen Völker, denen Unterdrückung droht, oder die bereits unterdrückt sind, gerechte Kriege zur Befreiung von den ausländischen Unterdrückern zu führen. Und schließlich finden Kriege zwischen den Ausbeuterstaaten selbst mit dem Ziel statt, fremde Länder zu erobern. Das gilt für die Sklavenhalter- und die Feudalgesellschaft so wie auch im Kapitalismus.

In der Urgemeinschaft kam es zwischen den verschiedenen Sippen nur gelegentlich zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten, nicht jedoch zu institutionalisierten Kriegen. »Die Ethnologin Ruth Benedikt zum Beispiel berichtet, daß in gewissen ›primitiven‹ Kulturen nicht verstanden wurde und wird, wenn Missionare oder Astrologen vom Kriege sprechen.«[63]

Aggressivität und Krieg sind nicht ewig. Sie haben sich unter bestimmten historischen Bedingungen herausgebildet und sind vergängliche gesellschaftliche Kategorien. Mit der Überwindung antagonistischer Klassengesellschaften, in denen eine Klasse die andere Klasse ausbeutet und unterdrückt, verschwinden auch Aggressivität, Klassenkampf und Krieg.

Die Triebideologie dient – gewollt oder ungewollt – dazu, die Fäulnis des Kapitalismus zu vertuschen. Wenn das antihumane, aggressive Wesen des Imperialismus nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet läge, sondern in der menschlichen Natur, wenn der Mensch »Gefangener aggressiver Urtriebe« wäre, dann trüge die deutsche Monopolbourgeoisie keine Schuld an den Verbrechen des deutschen Faschismus, dann wäre die amerikanische Finanzoligarchie unschuldig an den Verbrechen der US-Soldateska in Vietnam. Auch rücksichtsloseste Konkurrenz, Kriminalität und Brutalität, die in den kapitalistischen Ländern sprunghaft zunehmen, fänden so ihre Erklärung. Folglich bestünde auch keine Notwendigkeit, das System, das all dies hervorbringt, zu beseitigen. So wird der Imperialismus von der Schuld für alle Ver-

brechen, die er in der Vergangenheit beging und in der Gegenwart begeht, freigesprochen. Und schließlich: wenn die Menschen »Gefangene aggressiver Urtriebe« wären, dann würde auch eine Gesellschaftsordnung mit entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten zur Utopie.

Ist es deshalb nicht verständlich, weshalb sich diese Ideologen des Beifalls der reaktionären Kräfte sicher sein können?

In den nächsten Kapiteln wollen wir uns den für unsere Zukunft entscheidenden Menschheitsproblemen und den Fragen zuwenden, wie sie gelöst werden können.

»Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn.
10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden;
20 Prozent, es wird lebhaft;
50 Prozent, positiv waghalsig; für
100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß;
300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert.«

Zitiert von Karl Marx
in »Kapital«, Band I

Überlebt der Kapitalismus?

Der Kapitalismus – ein gesellschaftlicher Fortschritt

Vor etwa zwei Millionen Jahren begann die Geschichte der Menschheit. Seit jener Zeit hat sie eine Entwicklung durchlaufen, die vom Steinzeitmenschen bis zum Erforscher des Kosmos führte. Etwa zehntausend Jahre vor unserer Zeitrechnung begann sich die Urgemeinschaft auf Teilen unseres Erdballs zu zersetzen. Jede darauffolgende Gesellschaftsordnung, die Sklaverei, der Feudalismus, der Kapitalismus, der Sozialismus – der schon auf vier Kontinenten Fuß gefaßt hat –, war und ist ein gesellschaftlicher Fortschritt – selbst die Sklaverei.

»Erst die Sklaverei machte die Teilung der Arbeit zwischen Ackerbau und Industrie auf großem Maßstab möglich, und damit die Blüte der alten Welt, das Griechentum ... so widerspruchsvoll und so ketzerisch das auch klingen mag, daß die Einführung der Sklaverei unter den damaligen Umständen ein großer Fortschritt war. Es ist nun mal eine Tatsache, daß die Menschheit vom Tiere angefangen, und daher barbarische, fast tierische Mittel nötig gehabt hat, um sich aus der Barbarei herauszuarbeiten.«[1]

Die Entwicklung des Kapitalismus war durch eine bis dahin unbekannte Steigerung der Produktivkräfte und Beherrschung der Natur durch den Menschen gekennzeichnet.

»Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegrafen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.«[2]

So hat also die Bourgeoisie, indem sie die Fesseln der persönlichen Abhängigkeit des Menschen von den Feudalherren zerriß,

eine geschichtlich revolutionäre Rolle gespielt. Sie hat in historisch kurzer Frist, die seit der Ablösung der feudalen Produktionsweise verging, die Produktivkräfte mehr entwickelt, als es in der gesamten Periode zwischen der Urgemeinschaft und dem Ende des Feudalismus geschah.

Die Produktivkräfte wurden jedoch nicht im Interesse der Werktätigen genutzt. Mit der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft blieb für die große Masse der Bevölkerung der reichgedeckte Tisch, trotz der schweren Arbeit und der langen Arbeitszeit, weiterhin ein Traum. In England, dem damals am weitesten entwickelten kapitalistischen Land, löste die Mechanisierung der Arbeit in den davon betroffenen Handwerksberufen, besonders bei den Webern und Spinnern, ein ungeheures Elend aus. Hunderttausende von traditionell arbeitenden Handwerkern verloren durch Einführung des mechanischen Webstuhls und der Spinnmaschine ihren Lebensunterhalt. Sie konnten gegenüber der Konkurrenz der Maschine nicht bestehen. Jene, die Arbeit in den neuen Fabriken erhielten, waren nicht besser gestellt. Hungerlöhne, bis zu sechzehnstündige Arbeitszeit und keinerlei gesetzliche Beschränkung der Kinderarbeit waren üblich. Oft wurden schon Fünfjährige beschäftigt, und sie erhielten nur ein Fünftel oder ein Siebentel des normalen Lohns, Frauen die Hälfte.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird in den antagonistischen Klassengesellschaften wie der Sklaverei, dem Feudalismus und Kapitalismus durch folgenden Widerspruch charakterisiert: Sie beruht in diesen Gesellschaftsordnungen auf einem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, auf dem – und darin besteht ihr Fortschritt gegenüber der Urgesellschaft – ein ständig wachsendes Mehrprodukt hervorgebracht wird. Das reicht jedoch nicht aus, um allen Mitgliedern der Gesellschaft die Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten zu sichern, obgleich sich mit dem Fortschritt von der einen zur anderen Produktionsweise die Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen im allgemeinen verbessern. Das Mehrprodukt eignen sich in diesen Gesellschaften jene Menschengruppen an, die die entscheidenden Produktionsmittel in ihren Händen konzentrieren.

Solange die gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht so weit entwickelt sind, daß allen Mitgliedern der Gesellschaft die Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte gewährleistet werden kann, ist die Aufwärtsentwicklung der Menschheit nicht anders als durch Ausbeutung und Unterdrückung der einen durch die anderen möglich. Jeder Fortschritt in der antagonistischen Klassengesellschaft wandelt daher die Formen der Ausbeutung.

»Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft – Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten,

Kunst, Wissenschaft usw. – übrig bleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehn, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eignen Vorteil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden.«[3]

Warum werden Kapitalisten reich?

Der Darstellung bürgerlicher Ökonomen nach gelangen die Kapitalisten durch »schöpferische Arbeit« und »Sparsamkeit« zu Reichtum. Es ist unbestritten, daß Wissen, Erfahrung, Fleiß mehr oder minder bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Produktion und die Entwicklung kapitalistischer Betriebe haben. Doch den Arbeitern, die in früheren Zeiten der kapitalistischen Gesellschaft zwölf bis sechzehn Stunden schuften mußten, kann man keinesfalls Fleiß, Erfahrung, Geschicklichkeit und Wissen absprechen. Auch heute, bei achtstündiger täglicher Arbeitszeit, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte möglich und den Kapitalisten durch den Kampf der Arbeiter abgetrotzt wurde, verfügt die Arbeiterklasse über beträchtliches Wissen und Erfahrungen im Produktionsprozeß. Während sich aber in den Händen der kapitalistischen Unternehmer große Kapitale angesammelt haben und ansammeln, die Hunderte Millionen und sogar Milliarden betragen, ist das bei den Arbeitern durchaus nicht der Fall.

Ursprünglich war der industrielle Unternehmer tatsächlich ein Fachmann, der als technischer und kaufmännischer Leiter die Produktion organisierte. Insofern hatte er naturgemäß Anspruch auf das Gehalt eines Ingenieurs oder Betriebsleiters. Jedoch die Differenz zwischen dem Einkommen eines Ingenieurs und dem eines qualifizierten Arbeiters kann natürlich die Kapitalbildung nicht erklären.

Zu allen Zeiten mußte und muß jede unterdrückte Klasse für die Ausbeuterklasse unbezahlte Arbeit leisten. In der Gesellschaftsordnung der Sklaverei waren die Sklaven gezwungen, mehr zu leisten, als ihnen in Form von Lebensmitteln ersetzt wurde. Im Feudalismus mußte der leibeigene Bauer drei und mehr Tage in der Woche für den Gutsherrn arbeiten, erst an den restlichen Tagen der Woche durfte er seinen Lebensunterhalt produzieren.

Wodurch wird in der kapitalistischen Gesellschaft die Ausbeutung durch den Kapitalisten möglich?

Erst Karl Marx konnte den Entstehungsprozeß des Profits erklären und den ausbeuterischen Charakter des Kapitals enthüllen. Er entdeckte, daß der Arbeiter den Kapitalisten nicht seine Arbeit, sondern seine Arbeitskraft verkauft. Der Arbeiter erhält nicht den Wert seiner Arbeit, sondern bestenfalls den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt. Und diese Ware Arbeitskraft hat eine be-

sondere Eigenschaft: Das Ergebnis der Arbeitskraft ist größer als ihre Unterhaltskosten. Da der Arbeiter nur einen Teil seiner Arbeitszeit benötigt, um einen Wert zu erzeugen, der gleich ist mit den Unterhaltskosten für sich und seine Familie, ist er in der Lage, mit dem anderen Teil seiner Arbeitszeit unbezahlte Arbeit zu leisten und damit einen Mehrwert für den Kapitalisten zu schaffen, den sich der Kapitalist unentgeltlich aneignet.

Zwei Tatsachen ermöglichen im wesentlichen die kapitalistische Ausbeutung. Erstens, durch das Wachstum der Arbeitsproduktivität erzeugt die Arbeitskraft mehr Produkte, als zu ihrem eigenen Unterhalt notwendig sind. Zweitens, weil es Arbeiter gibt, die zwar persönlich frei, aber auch frei von Produktionsmitteln und infolgedessen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen. Da der Kapitalist Eigentümer der Produktionsmittel ist, eignet er sich auch das ganze Arbeitsprodukt an.

»Arbeit ist, abgesehen von der Erde, die einzige Quelle des Reichtums; Kapital selbst ist nichts weiter als aufgehäuftes Arbeitsprodukt. Hieraus folgt, daß der Arbeitslohn aus der Arbeit bezahlt wird und daß der Arbeiter aus seinem Arbeitsprodukt entlohnt wird. Entsprechend dem, was man gewöhnlich Gerechtigkeit nennt, müßte der Lohn des Arbeiters aus dem Produkt seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der Politischen Ökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, das Arbeitsprodukt des Arbeiters geht an den Kapitalisten, und der Arbeiter erhält davon nicht mehr als die bloßen Existenzmittel. Und das Ende dieses ungewöhnlichen ›gerechten‹ Wettlaufs der Konkurrenz ist somit, daß das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich angehäuft wird in den Händen derer, die nicht arbeiten, und daß es in ihren Händen zu dem mächtigsten Mittel wird, um eben die Männer zu Sklaven zu machen, die es hervorgebracht haben.«[4]

Der größere Teil des Arbeitsprodukts fließt also in die Tasche der Kapitalisten, während der Arbeiter nur gerade soviel erhält, wie er benötigt, um sich arbeitsfähig zu erhalten, sich auszubilden und sich fortzupflanzen.

Die Behauptung, daß der Reichtum der Kapitalisten durch Sparsamkeit, Fleiß und schöpferische Arbeit entsteht, entspricht einfach nicht den Tatsachen. Es ist die arbeitende Klasse, die den gesellschaftlichen Reichtum schafft. Der Mehrwert entspringt aus der Mehrarbeit der Arbeiter und der produktiv tätigen Angestellten, zu denen auch Angehörige der produktiv tätigen Intelligenz gehören.

Die Tatsachen zeigen: Die Quelle des kapitalistischen Reichtums ist die unbezahlte Arbeit, der Mehrwert, und das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln ist die Ursache der Ausbeutung des Arbeiters. Der hieraus resultierende Antagonismus zwischen den Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht eine Folge subjektivistischer Fehler oder charakterlicher

Mängel der Kapitalisten. Ihre objektive Stellung zwingt sie genauso zur Ausbeutung, wie die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Kein Appell an die Vernunft und Moral kann diesen Zustand aufheben.

Solange die Arbeiter nicht Eigentümer der Produktionsmittel sind, können sie auch nicht Eigentümer des vollen Produkts der eigenen Arbeit werden und die Ausbeutung durch die Kapitalisten nicht überwinden. Die Arbeiterklasse kann sich nur aus ihrer Lage befreien, wenn sie das kapitalistische in sozialistisches Eigentum umwandelt; die erste Bedingung dazu ist die politische Machtergreifung.

Der Kapitalismus auf dem Wege zur Überflußgesellschaft?

Der Kapitalismus hat bis zur Gegenwart verschiedene Stadien durchlaufen. Bis zum Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts herrschte die freie Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmer. Eine Vielzahl von Kapitalisten der verschiedensten Industriezweige konkurrierte untereinander. Dieser Konkurrenzkampf, in dem die Schwächeren, die über weniger Kapital und Produktionsmittel verfügten, unterlagen, führte zu einer ständigen und wachsenden Verdrängung der Kleinbetriebe zugunsten der kapitalistischen Großbetriebe. Die Produktionsmittel und das Kapital konzentrierten sich in immer weniger Händen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts trat der Kapitalismus in ein neues Entwicklungsstadium ein. Es bildeten sich Unternehmen in einer Größenordnung, die in der Lage waren, ganze Wirtschaftszweige zu beherrschen. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz verwandelte sich in den monopolistischen Kapitalismus. Dadurch wurde die ökonomische Struktur grundlegend verändert. Die Reichtümer des Landes waren nunmehr im Besitz einiger Dutzend Monopolherren, die durch ihre wirtschaftliche Machtstellung die Preise diktierten und sich riesige Extraprofite sicherten.

Schließlich entwickelte sich der monopolistische zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus begann sich schon vor dem ersten Weltkrieg auszuprägen. Während des ersten Weltkrieges und der großen Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren gewann er weiter an Bedeutung und erhielt eine noch stärkere Ausprägung während des zweiten Weltkrieges. In den letzten Jahrzehnten kam er in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zur vollen Entfaltung.

»Die Widersprüche des Imperialismus haben das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus

verleiht den Monopolen noch größere Macht über das Leben der Nation und fügt die Macht der Monopole und die Macht des Staates zu einem einheitlichen Apparat zusammen, der die kapitalistische Ordnung retten und der imperialistischen Bourgeoisie die maximale Steigerung ihrer Profite durch Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der breiten Bevölkerungsschichten sichern soll.«[5]

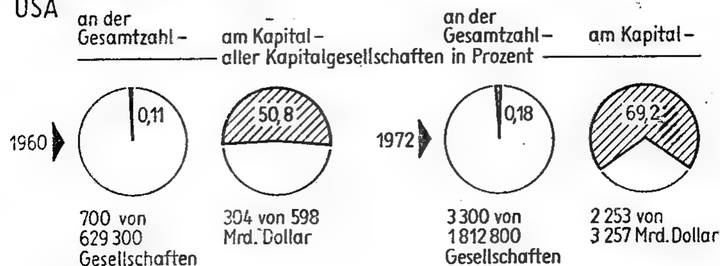
Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich die Produktivkräfte und damit der gesellschaftliche Charakter so gewaltig entwickelt, daß der damit bis aufs äußerste zugespitzte Widerspruch zu den bestehenden Eigentums- und Verteilungsverhältnissen mit Macht zur Lösung drängt. Die Monopolherren sind gezwungen, der hohen Reifestufe der Vergesellschaftung Rechnung zu tragen, indem sie den imperialistischen Staat als organisierenden Faktor in den Ausbeutungsprozeß einschalten. Dieser erweitert kraft seiner politischen Gewalt und gesellschaftlichen Autorität das Ausbeutungsfeld zugunsten der Monopole.

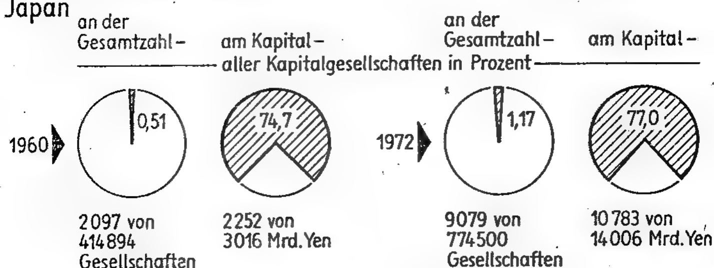
Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vergesellschaftung der Produktion gehen nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, sondern auch im internationalen Bereich vor sich: Selbst das in wissenschaftlich-technischer Hinsicht stärkste kapitalistische Land ist heute nicht mehr fähig, die ganze Skala der Produktionen, die das Bild der modernen Wirtschaft bestimmen, zu entwickeln. Infolgedessen hat »die Intensität der internationalen Kapitalverflechtung einen solchen Grad erreicht, daß vom Aufkommen internationaler Monopole neuen Typs, von einer bestimmten Loslösung der staatsmonopolistischen Systeme vom nationalen Boden gesprochen werden kann«.[6]

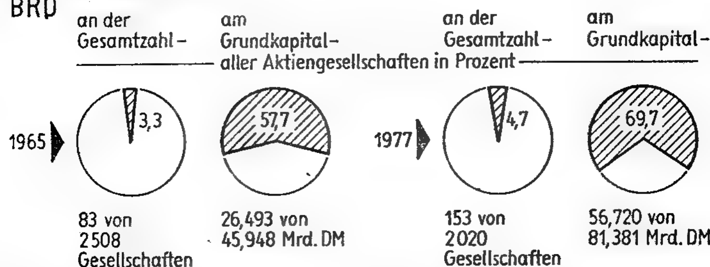
Der Einfluß der gigantischen internationalen Konzerne erstreckt sich auf Hunderte von Betrieben, Banken und Absatzorganisationen – und das fast über alle Länder und Kontinente. Heute kontrollieren die internationalen Monopole etwa ein Drittel der gesamten Produktion der nichtsozialistischen Welt.

Einem UNO-Bericht zufolge betrug die Anzahl der internationalen Konzerne am Anfang der siebziger Jahre 7 300. Bezeichnend ist, daß die Investitionen der internationalen Monopole zwei- bis dreimal schneller als das Bruttosozialprodukt der meisten Staaten dieser Länder wachsen.

Die einzelnen multinationalen Gesellschaften, die sich hauptsächlich im Besitz weniger, aber mächtiger Finanzmagnaten befinden, verfügen über eine größere ökonomische Kraft als die meisten souveränen Nationalstaaten. Nach Ansicht bürgerlicher Ökonomen werden im Jahre 1985 fast drei Viertel der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt auf die dreihundert größten Monopolgruppen entfallen. Schon heute wird die Produktion der hundert größten internationalen Industriemonopole mit 500 Milliarden Dollar beziffert.[7]







Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 37/38

Welche praktische Bedeutung hat diese Entwicklung?

Die internationalen Kapitalgesellschaften, die sich in den Händen nur einiger Milliardärsfamilien befinden, haben einen zwiespältigen und widersprüchlichen Charakter. Einerseits bietet die Vergesellschaftung der modernen Produktivkräfte auf internatio-

naler Grundlage außerordentliche Möglichkeiten für die wirksamere Ausnutzung der Produktionsreserven, für die bessere Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der internationalen Organisation der Produktion, des Absatzes, der Finanzierung und Leitung.

Andererseits hat der kapitalistische Charakter der Vergesellschaftung zwangsläufig volksfeindliche Ergebnisse, da die Resultate dieser Vergesellschaftung nicht den Werktätigen, sondern dem herrschenden Monopolkapital zufließen. Infolgedessen untergräbt das Fortschreiten der Internationalisierung des Wirtschaftslebens unter kapitalistischen Bedingungen die Grundpfeiler dieses Systems.

Die internationalen Konzerne, die sich bereits über alle Kontinente erstrecken, sind gegenwärtig schon so mächtig, daß sie sich der Kontrolle durch die nationalen Regierungen entziehen können, wenn es ihrem Monopolinteresse entspricht. Sie ordnen die Interessen des gesamten Volkes und selbst die Interessen der kleinen und mittleren Bourgeoisie ihren Zielen unter und setzen die Politik der nationalen Regierung für diese Ziele ein.

Selbst bürgerliche Wissenschaftler beginnen einzelne Seiten des Wesens der multinationalen Konzerne zu erfassen. So bemerkt A. Toffler: »Der Versuch, einen multinationalen Konzern in den Griff zu bekommen, gleicht dem Unterfangen, einen zappelnden Fisch mit zwei Fingern zu packen. Durch ›kreative Buchführung‹ können sie ihre steuerlichen Verpflichtungen unschwer von einem Staat in den anderen übertragen, so daß sie kaum noch etwas zahlen müssen. Sie können die arbeitsrechtlichen Bestimmungen eines Landes umgehen, indem sie die Produktion einfach dorthin verlegen, wo die Löhne niedriger oder die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften laxer sind. Wenn ein Staat strenge Gesetze gegen Umweltverschmutzung erläßt, sucht und findet das globale Unternehmen gewöhnlich eine Möglichkeit, seine Produktion in einem anderen Staat abzuwickeln, wo es Flüsse, Seen und Luft ungehindert vergiften darf.«[8]

Trotz der Entwicklung des kapitalistischen Eigentums vom Privatbetrieb des einzelnen bis zur Aktiengesellschaft und zum privaten oder staatlichen Monopol verliert das kapitalistische Eigentum grundsätzlich nicht seinen privaten Charakter. Nicht mehr der einzelne kapitalistische Unternehmer oder zahlreiche kleine Aktienbesitzer, sondern wenige Finanzmagnaten verfügen über die Betriebe. Sie beherrschen, gestützt auf Regierungsorgane und staatliche Institutionen, die Wirtschaft. Es bestätigt sich die Einschätzung der kommunistischen Parteien, daß eine kleine Clique von Milliardären über den gesamten Reichtum der kapitalistischen Welt verfügt.

Was hat das monopolistische Stadium des Kapitalismus vom Beginn des 20. Jahrhunderts den Werktätigen gebracht?

Das Jahr 1912 war durch eine Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Dann kam der erste Weltkrieg von 1914 bis 1918, in dem es um die Neuverteilung der Welt und um die Frage ging: Die Monopolbourgeoisie welches Landes soll den größten Happen bei der Ausplünderung der Kolonialvölker erhalten?

Der erste Weltkrieg kostete zehn Millionen Menschen das Leben, machte Dutzende Millionen zu Krüppeln, und er brachte Hunger und Verzweiflung für die Frauen, die ihre Männer, für die Kinder, die ihre Väter, und für die Mütter, die ihre Söhne verloren hatten. Zudem erschütterten Nachkriegskrisen mit galoppierender Inflation und Millionen Erwerbslosen die Menschheit in nie gekanntem Ausmaß. Ab 1924 kam es zu einer konjunkturellen Belebung, die nur bis 1929 währte. Dann folgte die größte Weltwirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus mit sechs Millionen Erwerbslosen allein in Deutschland. Der Unterstützungssatz für Ausgesteuerte betrug damals z. B. 2,79 Mark wöchentlich; ein möbliertes Zimmer in Berlin kostete monatlich 30 Mark!

Allein die Wirtschaftskrise von 1928 bis 1932 brachte der Volkswirtschaft Verluste, die den Kriegskosten des ersten Weltkrieges entsprachen.

Die Verzweiflung der Volksmassen und der wachsende organisierte Widerstand der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger – besonders in Deutschland – ließ die Monopolherren um ihre Macht fürchten. Sie errichteten darum Anfang des Jahres 1933 das faschistische Hitlerregime, um die drohende Revolution zu verhindern. Zehntausende Antifaschisten wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager getrieben, gefoltert, ermordet.

Nach 1933 erlebte die kapitalistische Weltwirtschaft eine Konjunktur, die knapp fünf Jahre dauerte. Die faschistischen Handlanger der deutschen Monopolbourgeoisie, die nach der Weltherrschaft strebte, bereiteten den zweiten Weltkrieg vor.

Der Krieg dauerte von 1939 bis 1945. Fünfzig Millionen Tote, Dutzende Millionen Verkrüppelte und Kriegszerstörungen bis dahin nie gekannten Ausmaßes waren das Ergebnis. Er kostete allein dem deutschen Volk an Sachwerten 700 Milliarden Mark. Das ist ein Betrag, der ausgereicht hätte, fast jeder deutschen Familie ein Eigenheim zu bauen. In Zeiten guter Konjunktur betrug damals das jährliche Volkseinkommen 70 Milliarden Mark. Das Arbeitsergebnis von zehn Jahren ging also verloren.

Das Elend der betroffenen Völker war ungeheuerlich.

Fünf Jahre – bis 1950 – waren notwendig, um wieder einigermaßen normale Lebensverhältnisse zu schaffen. Danach gab es von 1950 bis 1979 in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern ein relativ hohes Wachstum der Industrieproduktion von jährlich 4,8 Prozent.[9] Aber auch in diesem Zeitraum traten in den entwickelten kapitalistischen Ländern zyklische Überproduktionskrisen und andere Wirtschaftsschwierigkeiten auf.

Hundertfünfzig Jahre kapitalistischer Entwicklung in den sechs sogenannten entwickelten kapitalistischen Ländern – Deutschland, England, Frankreich, den USA, Italien und Japan – brachten also für die Werktätigen nur Krisen, Kriege, Inflation, die Weltwirtschaftskrise und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit. Dann kam es endlich zu einem beschleunigten Aufschwung der Wirtschaft, der auch für die Werktätigen Verbesserungen des Lebensstandards brachte, den sie sich aber schwer erkämpfen mußten.

Bürgerliche Politiker und Wissenschaftler gerieten in einen Zustand der Verzückung. Sie sprachen vom »Wohlfahrtsstaat, der die Armut völlig verschwinden lasse«, und sogar davon, daß die jahrtausendalte Sorge der Menschen um das tägliche Brot in den Industrieländern der »Überflußgesellschaft« gewichen sei.

Der Zukunftsforscher H. Kahn prophezeite in seinem Buch »Angriff auf die Zukunft«, es bestehe Übereinstimmung darüber, daß die westliche Welt international einer Periode wirtschaftlicher und politischer Stabilität entgegengehe.

Es ist unbestritten, daß die zyklischen Rückschläge der Industrieproduktion von 1950 bis 1970 zeitlich kürzer und weniger tief waren als vor dem zweiten Weltkrieg und in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus. In den kapitalistischen Ländern stieg das Verbrauchsniveau in den letzten Jahrzehnten wesentlich. Es kamen neue, bisher unbekannte Konsumgüter zum Verkauf; und auch bei den Werktätigen erhöhte sich der Verbrauch dieser Erzeugnisse. Jedoch ist in den sechs industriell entwickelten kapitalistischen Ländern nur bei Teilen der Arbeiterklasse ein relativ hohes Konsumniveau vorhanden. Viele Menschen leben noch am Rande des (offiziellen) Existenzniveaus oder darunter. In den weniger entwickelten kapitalistischen Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien, von den Entwicklungsländern ganz abgesehen, besteht auch heute noch massenhaft Elend.

Wo liegen die Ursachen für das schnellere Wachstum der Wirtschaft im Nachkriegskapitalismus?

Die Ursachen liegen erstens im Aufbau des Produktionsapparates und von Wohnungen, also im Nachholebedarf, der eine Folge des zweiten Weltkrieges war. Es entstanden neue Märkte, die relativ günstige Profite abwarfen. Zweitens erhöhten sich in den kapitalistischen Hauptländern die Geburtenziffern. Drittens nahm die Ausplünderung der Entwicklungsländer noch größere Ausmaße an. Viertens regten eine bedeutende Ausdehnung der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsbeziehungen sowie verstärkte Rüstung zeitweise die Produktion an. Fünftens wurden durch den Ausbau eines staatlichen Instrumentariums diese Faktoren besser genutzt. Sechstens vergrößerten Bauern, Handwerker, Händler, die durch das Wachstum der Monopole ruiniert waren, sowie Einwanderer aus weniger entwickelten Ländern das Reservoir billiger Arbeitskräfte. Siebentens hatte die wissenschaftlich-technische Re-

volution eine umfangreiche Rekonstruktion des Produktionsapparats zur Folge.

Diese Umstände bewirkten, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren, verglichen mit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in den entwickelten kapitalistischen Ländern beschleunigt wurde und ein länger andauernder Aufschwung besonders in der BRD, in Frankreich, Italien und Japan stattfand. Der Hauptfaktor war die außerordentliche Zerstörung durch den Krieg und die Notwendigkeit der Erneuerung überalterter Produktionsanlagen. In den USA und in Großbritannien, wo die Kriegseinwirkungen weit geringer waren, lag auch die wirtschaftliche Zuwachsrate wesentlich niedriger.

Durch die riesigen Kriegsschäden und eine Waren- und Kapitalvernichtung bisher unbekannten Ausmaßes wurde der Widerspruch zwischen Produktion und Markt vorübergehend gelöst. Nach ungeheuren Verlusten für die Gesellschaft, die auf die Werktätigen abgewälzt wurden, und unbeschreiblichem Elend entstanden schließlich Möglichkeiten einer günstigen konjunkturellen Entwicklung.

Doch die von bürgerlichen Wissenschaftlern genährten Hoffnungen auf eine »Überflußgesellschaft« erfüllten sich nicht. Die kapitalistische Gesellschaft, auch wenn man ihr den Namen »postindustrielle« oder »nachindustrielle« Gesellschaft gibt, kann weder eine »Wohlstandsgesellschaft« werden noch für die Werktätigen zur »Überflußgesellschaft« führen.

Da die Arbeiter nicht Besitzer der Produktionsmittel sind, bestimmen sie auch nicht über die Aneignung des erzeugten Wertes. Sie werden mit einem Lohn, der bestenfalls dem Wert ihrer Arbeitskraft entspricht, abgefunden. Den größten Teil der von ihnen erzeugten Werte eignen sich die Kapitalisten als Profit an. Die Werktätigen können auch nicht bestimmen, was produziert wird, ganz gleich, ob es in ihren Augen nützlich oder schädlich erscheint. Sie sind Befehlsempfänger und Untertanen der Finanzoligarchie. Sie verfügen nur über das, was sie sich selbst erkämpfen, z. B. Lohnhöhe, Arbeitsbegrenzung, Koalitionsrecht, Streikrecht, Tarifrecht, Arbeitsrecht, Arbeitslosenunterstützung und Rentenversicherung.

»Die Steigerung der Arbeitsproduktivität machte es den Kapitalisten möglich, auch bei Verkürzung des Arbeitstags, die sich die Arbeiterklasse in opferreichen Klassenschlachten gegen die Kapitalistenklasse erkämpfte, die Ausbeutung zu vergrößern. Das Ergebnis ist, daß heute, bei verhältnismäßig kurzem Arbeitstag, bei höherem Lohn, leichterer Arbeit und höherem Lebensniveau, die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Länder stärker ausgebeutet werden als früher.«[10]

Da etwa 80 bis 90 Prozent der Erwerbstätigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern zur Arbeiterklasse gehören, hat

sich die Ausbeutung auch ausgedehnt und ist zugleich intensiver geworden. Der Ausbeutungsgrad, das Verhältnis des Mehrwertes zum Lohn, betrug vor etwa hundert Jahren 100 Prozent. Nach Berechnungen von H. Tammer ist der Ausbeutungsgrad der Arbeiter und Angestellten durch das Kapital in der BRD von 1950 bis 1976 von 181 Prozent auf 284 Prozent gestiegen. Das bedeutet, der Arbeiter erhält bei einem achtstündigen Arbeitstag nur noch den Betrag des von ihm erzeugten Wertes, den er in zwei Arbeitsstunden produziert. Den Wert von sechs Arbeitsstunden eignet sich der Kapitalist an.[11]

Die Anzahl der Kapitalisten einschließlich der Manager betrug 1968/69 in der BRD etwa 600 000. Im Verhältnis zu den Werktätigen macht das nur 2,3 Prozent und nur 1,1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Wendete man auf sie sinngemäß die von der herrschenden Klasse in der BRD so gelobte 5-Prozent-Klausel an, so hätte kein einziger von ihnen im Bundestag oder in einem der Landtage etwas zu suchen! Nur rund 16 000 von diesen 600 000 Kapitalisten gehören zum engeren Kreis der Monopol- und Großunternehmer, das sind etwa 0,06 Prozent der Erwerbstätigen und weniger als 0,03 Prozent der gesamten Bevölkerung. Die herrschende Schicht der Finanzoligarchie, die an den Schalthebeln der ökonomischen und politischen Macht sitzt, besteht in der BRD aus rund dreihundert Personen.

Nach Einschätzung der Progress-Presseagentur (PPA) leben zwei Millionen Sozialhilfeempfänger der BRD unter dem Existenzminimum. Die IG Metall muß feststellen, daß die Konzerne der BRD-Metallindustrie Nutznießer der Profitexplosion sind und ihre Gewinne 1977 fast zweieinhalbmal so groß wie im Krisenjahr 1974 waren. Im »reichsten Land der Welt«, in den USA, ist – wie die amtliche Statistik ausweist – jeder achte Bürger arm. Etwa 26 Millionen Menschen leben unter der offiziellen »Armutsgrenze«, 11 Millionen gerade über dem Existenzminimum.

Nicht die Werktätigen leben in einer »Überflußgesellschaft«. Im Gegenteil! Immer mehr müssen Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen. Andererseits hat in den letzten Jahrzehnten der Reichtum einer kleinen Oberschicht märchenhafte Dimensionen angenommen. Sie leben in einem Luxus, der in krassem Gegensatz zur Lage der Werktätigen steht. Die Beispiele sprechen für sich.

Der »Kaufhaus-König« Horten bewohnt einen Herrensitz am Wörthersee, eine Luxusvilla an der französischen Cote d'Azur und ein Landhaus im Norden Düsseldorfs. Außerdem besitzt er die Privatjacht »Caranthia IV«, die mit 30 Knoten an der Reviera das schnellste Boot der Klasse ist.

Der BRD-Industrielle F. Flick verfügte über 68 000 Beschäftigte, sein Jahresumsatz betrug rund 6 Milliarden DM.

Die Chefs der Deutschen Bank (BRD) haben ein Jahreseinkommen von 785 540 DM.

Aufschluß über das Leben der »klugen, sparsamen und fleißigen« Leute gibt auch folgende Tatsache: Das Luxuspassagierschiff »Queen Elisabeth I.« lag Anfang des Jahres 1975 im Hafen von Southampton in Großbritannien. Es war für eine »Märchenreise« ausgerüstet. Die Kosten für eine Zweibettkabine betrugen 40 000 Pfund Sterling. Das ist ein Betrag, für den ein englischer Arbeiter Jahrzehnte seines Lebens arbeiten müßte.

In der BRD besaßen 1979 1,7 Prozent der Familien über 74 Prozent der Produktionsmittel und über 34 Prozent des privaten Vermögens, 0,8 Prozent der Haushalte verfügen über 90 Prozent des gesamten Privatbesitzes an Aktien und Investmentzertifikaten.

In den USA gehörten 1979 5 Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Privatvermögens, weitere 14 Prozent der Bevölkerung hatten dreimal mehr Vermögen als 80 Prozent der Bevölkerung.

Warum ist die Ablösung des Kapitalismus unvermeidlich?

Kann der Kapitalismus den Arbeitern und Mittelschichten wenigstens eine im Rahmen der gegebenen Ausbeutungsverhältnisse gesicherte Existenz bieten? Ist er fähig, Wirtschaftskrisen, Erwerbslosigkeit, Inflation und das damit verbundene Elend abzuschaffen? Kann er die demokratischen Rechte und Freiheiten und den Frieden sichern? Hiervon hängt es ab, ob die Entwicklung des Kapitalismus mit Notwendigkeit zur Verschärfung oder Verminderung des Klassenkampfes führt und die sozialistische Revolution hervorbringt oder nicht.

Für die gegenwärtige Welt des Kapitalismus ist die Zunahme der sozialen Widersprüche und Konflikte bestimmend. Krise, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation verschärfen den Widerspruch zwischen der Entwicklung des Reallohnes und den Profiten.

Nun, da die Tatsachen beweisen, daß der Kapitalismus – auch in der Gegenwart – trotz staatsmonopolistischer Regulierung unfähig ist, die Wirtschaftskrisen zu verhindern, werden Schuldige gesucht. Und man hat sie gefunden. Nach Meinung bürgerlicher Ideologen, der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der kapitalistischen Klasse sind es die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen.

So hieß es in BRD-Publikationen:

»Die überzogene gewerkschaftliche Lohnpolitik der letzten sechs Jahre« ist eine der »wesentlichen Ursachen der derzeitigen Rezession«.[12]

»... Selbst die Reallohnsicherung ... geht schon viel zu weit und ist nicht zu realisieren.«[13]

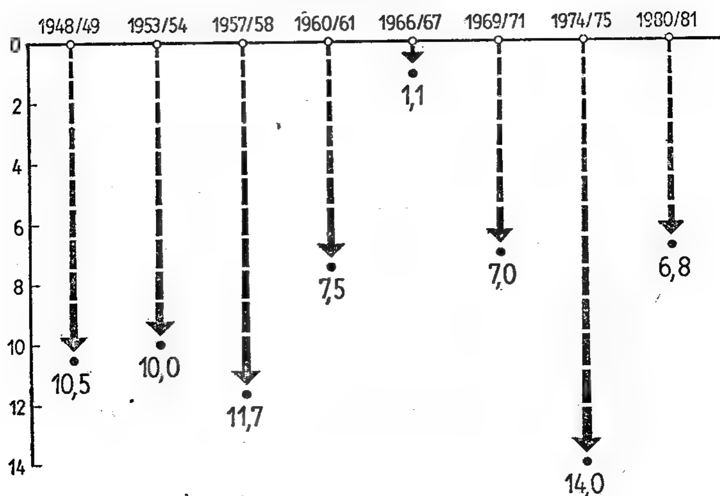
Die Wirklichkeit ist anders. Von 1971 bis 1976 verdoppelten sich die Nettoprofite gegenüber 1961 bis 1966. Die Löhne der Arbeiter hingegen erhöhten sich in der Industrie von 1970 bis 1976

nur um 15 Prozent. Die »überzogene Lohnpolitik« als eine der »wesentlichen Ursachen« der Wirtschaftskrise darzustellen entbehrt jeder Grundlage.

Wirtschaftskrisen sind nichts Neues im Kapitalismus. Sobald sich die kapitalistische Produktionsweise ausgebildet hat, wird der Verlauf der Entwicklung durch den periodischen Wechsel von Krise, Depression, Belebung, Konjunktur und wieder Krise charakterisiert.

1825 brach die erste Wirtschaftskrise in England, dem damals entwickeltsten kapitalistischen Land, aus. »Elf Jahre später wurden neben England die USA von der Krise betroffen und nach weiteren elf Jahren auch Frankreich und Deutschland. Im Jahre 1857 tobte sie bereits in allen wichtigen Ländern der Erde. In regelmäßigen Abständen – 1866, 1873, 1882 und 1889 – wurde die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft von Krisen unterbrochen. Nach dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts wurden sie häufiger und heftiger. 1900, 1907, 1912, 1920/21, 1929 bis 1933 und 1937/38 – das sind die Krisenjahre vor und nach dem ersten Weltkrieg. Besonders herausragend war die große Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die an Umfang, Tiefe, Dauer und Auswirkungen alle vorangegangenen Krisen übertraf...

Die Tiefe der Nachkriegskrisen in den USA 1948/49 bis 1980/81
Abfallen der Industrieproduktion vom Höchststand vor der Krise bis zum Krisentiefpunkt (in Prozent)



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 137

Auch in den letzten Jahrzehnten blieben die kapitalistischen Länder davon nicht verschont. Besonders zu Beginn der siebziger Jahre wurde deutlich, daß alle Versuche der Monopolbourgeoisie, der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit Hilfe des Staates Herr zu werden, gescheitert sind. Die Krisen 1948/1949, 1953/1954, 1957/1958, 1970/1971 in den USA, 1958 in Japan und Großbritannien, 1966/1967 in der BRD und zu Beginn der siebziger Jahre in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder prägen die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bis in die Gegenwart hinein. In der Mitte der siebziger Jahre befand sich die kapitalistische Wirtschaft in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit.«[14]

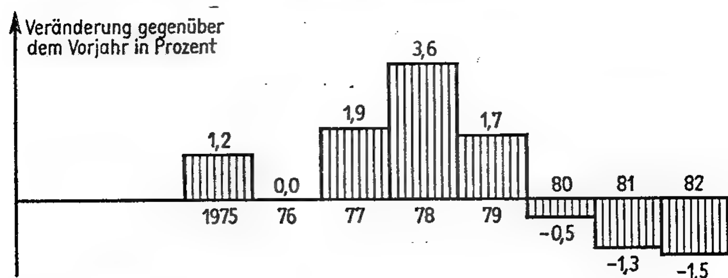
Worin liegen die wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrisen?

Sie sind im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet. Im Mittelalter bestand allgemeiner Kleinbetrieb auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, z. B. der Ackerbau der kleinen freien und hörigen Bauern und das Handwerk der Städte. Die Arbeitsmittel Land, Ackergeräte, Werkstatt, Handwerkszeug waren nur für den Einzelgebrauch, zwerghaft und beschränkt. Die kapitalistische Produktionsweise und ihre Trägerin, die Bourgeoisie, haben diese zersplitterten, engen Produktionsmittel konzentriert und in mächtig wirkende Produktionshebel umgewandelt. Doch indem sie diese ursprünglich für den Einzelgebrauch berechneten Produktionsmittel in gewaltige Produktivkräfte verwandelte, verwandelte sie auch die Produktionsmittel des einzelnen in gesellschaftliche.

Die Jagd nach Höchstprofiten und der Konkurrenzkampf zwingen den Kapitalisten, die Produktion auf erweiterter Stufe zu betreiben. Sie zwingt ihn zur Akkumulation des Mehrwerts, um die Produktion auszudehnen und die Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Sie zwingt ihn zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Konkurrenten werden ruiniert und die Betriebe von den erfolgreicheren Kapitalisten geschluckt. »Die kapitalistische Akkumulation führt daher besonders durch die Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals zur beschleunigten Vergesellschaftung der Produktion, aber das Ergebnis der vergesellschafteten Produktion wird durch eine immer geringer werdende Zahl von Kapitalisten angeeignet. Mit anderen Worten, der gesellschaftliche Charakter der Produktion wächst, und die Aneignung konzentriert sich immer mehr in wenigen Händen.«[15]

Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung der Resultate der Produktion ist die Ursache der Wirtschaftskrisen des Kapitalismus. Obwohl die Produktivkräfte und die Produktion gesellschaftlichen Charakter angenommen haben, werden die Erzeugnisse nicht gesellschaftlich angeeignet. Die Aneignung er-

Die Entwicklung der Reallöhne in der BRD



Quelle: Einheit, 6/1982

folgt privat durch die kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel. Gehörten früher den Handwerkern als den Besitzern der Produktionsmittel auch die Erzeugnisse ihrer Produktion, weil sie von ihnen selbst hergestellt wurden, so eignet sich der Kapitalist, gestützt auf den Besitz an Produktionsmitteln, ausschließlich das Produkt fremder Arbeit an.

Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse werden zum Hemmschuh für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Boten sie auf den ersten Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft den Produktivkräften im allgemeinen freie Entfaltung, so stehen sie nun im tiefen Konflikt zum Charakter der Produktivkräfte. In diesem Widerspruch ist, wie F. Engels sagte, »die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim« enthalten. Dieser Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Resultate ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus. Auf seiner Grundlage entwickelt sich eine Vielzahl tiefer Widersprüche, die dem Kapitalismus wesenseigen sind.

Dazu gehört besonders der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der die Wirtschaftskrisen auslöst. Da die Kapitalisten die Arbeitslöhne im Interesse ihres Profits so niedrig wie möglich halten, wird die Konsumtionsfähigkeit beschränkt. Im Gegensatz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion können die Werktätigen nur einen Teil der von ihnen erzeugten Werte kaufen, da nicht der Bedarf des Arbeiters, sondern seine Zahlungsfähigkeit entscheidet. Wenn also die Kapitalisten die Produktion im Interesse ihres Profits grenzenlos entwickeln, so müssen sie andererseits die Konsumtionskraft der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen drosseln. Die Tendenz zur unbegrenzten Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion stößt somit früher oder später auf die Schranke der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen.

»Der letzte Grund aller wirklichen Krisen«, schreibt Karl Marx, »bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.«[16]

Die Folge sind zyklische Überproduktionskrisen, in denen die Not der Werktätigen wächst. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Existenzangst, die dem Kapitalismus allgemein eigen sind, werden in den Krisen verschärft.

Die gewaltigen Wirtschaftskrisen im gegenwärtigen Imperialismus mit ihrer ungeheuren Erwerbslosigkeit und dem Massenelend sind nicht Krisen des Mangels an Unterhaltsmitteln, sondern Krisen aus »Überfluß«. Sie treten zum Zeitpunkt auf, in dem die Warenlager voll sind und auch die Bauern mit ihrem »Warenüberschuß« nicht wissen, wohin.

Selbst der frühere USA-Präsident J. Kennedy mußte in einer Kongreßbotschaft im März 1961 eingestehen: »Eine Produktionsfülle überflutet unsere Speicher und Lager, doch jeder zehnte amerikanische Haushalt ernährt sich so unzureichend, daß Lebensmittelzusammensetzung und Quantum weniger als zwei Drittel des normalen Ernährungsstandes erreichen.«[17]

»In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie die Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden die Existenz des bürgerlichen Eigentums.

Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.«[18]

Der ganze Widersinn wird offensichtlich. Um die Preise und die Profite stabil zu halten, werden zu einer Zeit, in der durch Arbeitslosigkeit der Mangel und oft sogar der Hunger zur Selbstverständlichkeit werden, Lebensmittel vernichtet. Auf Sizilien wurden im Oktober 1976 über eine halbe Million Dezitonnen Apfelsinen, fast 200 000 Dezitonnen Mandarinen und 15 000 Dezitonnen Zitronen auf einundvierzig Sammelplätzen erfaßt und unbrauchbar gemacht.[19] Im Zeitraum von 1967 bis 1977 wurden 5,1 Millionen Tonnen Früchte auf Müllhalden gekippt und untergepflügt. Das einzige Ziel ist, die Preise und Profite im Interesse der

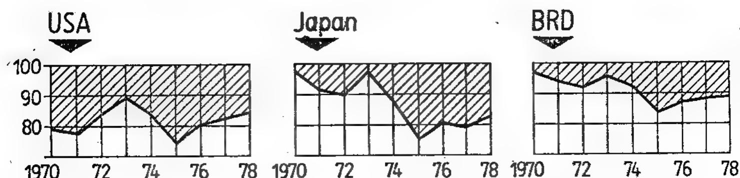
Nahrungsmittel- und Handelskonzerne hochzuhalten. In Kolumbien sterben täglich mehr als hundert Kinder an Unterernährung. Trotzdem wurden 300 000 Liter Milch allein im August 1978 weggeschüttet, um den Milchmarkt »unter Kontrolle« zu halten. Das geht aus einer Dokumentation hervor, mit der Schweizer Organisationen skandalöse Praktiken multinationaler Konzerne anprangern.

In der EWG wurde im Wirtschaftsjahr 1979/80 1 Million Tonnen einwandfreies Obst und Gemüse vernichtet, dafür wurden 250 Millionen Mark Steuergelder aufgewandt.[20] Die EWG-Länder gaben fünfmal soviel Mittel für die Vernichtung von Milch und Getreide aus, wie den Entwicklungsländern für Nahrungsmittelhilfe gewährt wurde.[21]

Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern Mitte der siebziger Jahre war die tiefste und umfassendste zyklische Krise nach dem zweiten Weltkrieg. Ihr Tiefpunkt lag im Jahre 1975. Der Rückgang der industriellen Produktion in den kapitalistischen Ländern war bedeutend. Im Verhältnis zum höchsten Produktionsstand vor der Krise ging die Industrieproduktion in den USA um 13,8, in der BRD um 12,3, in Japan um 22,8, in Großbritannien um 11,2, in Frankreich um 16,3 und in Italien um 19,3 Prozent zurück.[22]

Von 1974 bis 1975 betrug der Rückgang der Stahlproduktion in diesen Ländern 85 Millionen Tonnen und der Autoproduktion 7 Millionen Stück. Die Produktionskapazitäten in den größten kapitalistischen Ländern waren um etwa ein Drittel weniger ausgenutzt; in solchen Zweigen wie Automobilbau, Eisen- und Stahlindustrie, Textilindustrie und Schiffbau sogar nur etwas über die Hälfte. Die in allen entwickelten kapitalistischen Ländern nicht ausgelasteten Industriekapazitäten ergeben zusammengenommen eine Kapazität, die etwa dem Umfang der gesamten Industrie der BRD, Frankreichs und Italiens entspricht. Keine Berücksichtigung finden in diesen Zahlen die Verluste durch langfristige Strukturkrisen, die sich außer den zyklischen Überproduktionskrisen her-

Chronische Nichtauslastung von Produktionskapazitäten (in Prozent)



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 142

ausgebildet haben. Es handelt sich dabei um Disproportionen innerhalb der gesellschaftlichen Infrastruktur: im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, Nahverkehr, Umweltschutz, in der Landwirtschaft, im Kohlebergbau, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Schiffbau, in der Bauwirtschaft und in der Automobilindustrie.

Die Ursachen für die Strukturkrisen liegen in der zunehmenden Unfähigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die notwendige qualitative Gliederung und auch die quantitativen Proportionen innerhalb der gesellschaftlichen Produktionsprozesse zu sichern. So verflechten sich die zyklischen Krisen mit längerfristigen strukturellen Krisenerscheinungen und Disproportionen. Dadurch werden sowohl der Ausbruch als auch der Verlauf und die Dauer und Tiefe der zyklischen Krise grundlegend beeinflußt.

Durch die Monopolherrschaft werden dem gesellschaftlichen Fortschritt riesenhafte Schäden zugefügt.

Die Nichtausnutzung von Produktionskapazitäten führt zu ungeheuren Verlusten für die Gesellschaft. Sie betrugen nach Berechnungen des Westberliner DIW im Jahre 1974 allein in der BRD 106,7 Milliarden DM. 1975 waren es 154,7 Milliarden DM und 1976 schätzungsweise 131 Milliarden DM.

Die Auswirkungen auf das Leben vieler Millionen Menschen und ganzer Generationen sind nicht berechenbar. Wer die Kosten dieser Krisen trägt, dürfte nach dem Vorhergesagten eindeutig sein. Die Monopolherren nutzen die durch Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Existenzangst und Existenzunsicherheit rücksichtslos aus, um die Reallöhne der Arbeiter zu senken. Der von den Monopolherren beherrschte Staat verringert die Sozialleistungen und erhöht die Steuern, um die Krisenlasten und die Milliardenaufwendungen für die Rüstung auf die Werktätigen abzuwälzen.

Im Verlaufe der siebziger Jahre entwickelte sich eine qualitativ neue ökonomische Situation für die kapitalistische Welt. Ein ganzes Bündel von Krisenprozessen wurde wirksam. Obwohl die Krise von 1974/75 zu einer enormen Kapitalvernichtung führte, konnte sie die Voraussetzungen für einen relativ raschen Konjunkturaufschwung nicht schaffen. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung vollzog sich in den meisten imperialistischen Ländern nur schleppend, mit Unterbrechungen und Schwankungen. Erst im Jahre 1978 konnte der Stand der Industrieproduktion wie vor der Krise von 1974/75 erreicht werden. Doch schon im zweiten Quartal des Jahres 1980 setzte in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder Westeuropas erneut die Krise ein. Auch 1981 und 1982 dauerte die Krisentalfahrt an. In den Schlagzeilen bürgerlicher Presseorgane spiegeln sich die »Unsicherheit in den achtziger Jahren«, die »Ungewißheit«, die »Unwägbarkeiten«, »der Weg in den Abschwung« wider.

In dem Bestreben, über die eigene Misere hinwegzutäuschen,

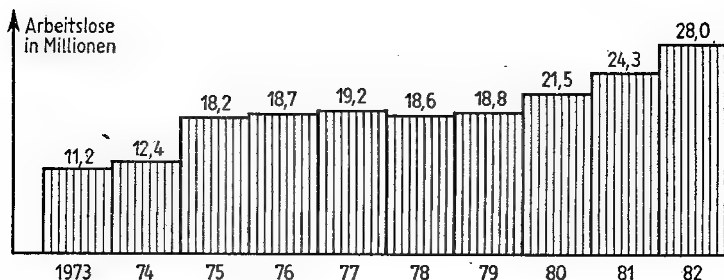
versucht man, auch den sozialistischen Ländern Wirtschaftskrisen anzudichten. Doch die Tatsachen lassen sich nicht hinwegwischen. Von 1971 bis 1979 stieg die Industrieproduktion z. B. in der UdSSR um 43 Prozent.[23] In den anderen sozialistischen Ländern verlief die Entwicklung ähnlich, und sie setzt sich auch künftig fort.

Eine Folge der Krise ist die Verschärfung des Arbeitslosenproblems. In der sogenannten Gesellschaft der gleichen Chancen erhöht sich die Anzahl der »überflüssigen Menschen«. Besonders bei den Jugendlichen ist die Sorge um den Arbeitsplatz »Thema Nr. 1«. Seit Mitte der siebziger Jahre wurde in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Erwerbslosigkeit zur Massenerscheinung. Ein immer größerer Prozentsatz der vielen Millionen Erwerbslosen ist zur Dauererwerbslosigkeit verurteilt. Ende 1981 gab es allein in den vierundzwanzig entwickeltsten kapitalistischen Staaten, die in der OECD zusammengeschlossen sind, 25 Millionen Vollarbeitslose. Das war die höchste Erwerbslosenzahl seit fünfzig Jahren. »Die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern ist gegenwärtig doppelt so hoch wie vor der Krise von 1974/75, und sie ist bereits höher als zum Tiefpunkt der Krise von 1974/75.«[24]

Ende 1982 waren in den OECD-Staaten über 30 Millionen Werktätige von der Arbeitslosigkeit betroffen. Anfang 1983 kletterte die Zahl auf 32 Millionen.

Millionen Werktätige ohne Arbeit

Die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern (OECD-Länder) nach offiziellen Regierungsangaben. Die von den Gewerkschaften errechneten Zahlen, die unter anderem die große Dunkelziffer der hoffnungslos aus der Arbeitssuche ausgestiegenen Personen berücksichtigen, liegen beträchtlich darüber. Die für 1982 erwartete Arbeitslosenzahl mußte korrigiert werden: Sie betrug Ende des Jahres über 30 Millionen.



Quellen: Einheit, 6/1982 und OECD-Statistik 1982

Auch die Berufschancen der Hochschulabsolventen werden immer geringer. In der BRD z. B. waren im Januar 1978 etwa 40 000 arbeitslose Akademiker bei den Arbeitsämtern eingetragen: Lehrer, Sozialpädagogen, Ingenieure, Soziologen, Volks- und Betriebswirte, Juristen. Ungefähr 50 Prozent kamen direkt von der Universität zum Arbeitsamt. In den kommenden Jahren soll sich die Anzahl schätzungsweise auf etwa 200 000 erhöhen.

Der Zynismus der staatlichen Dienststellen und Unternehmer ist charakteristisch. Der Präsident der BRD-Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingel, sagte ganz unverfroren, bei Hochschulabsolventen müsse »eine Umorientierung hinsichtlich des beruflichen Status und der Einkommenserwartungen stattfinden«.

Der Vorstandsvorsitzende der Badischen Anilin- und Sodafabriken (BASF) erklärte in aller Offenheit, daß ein kapitalistisches Unternehmen »kein Wohlfahrtsinstitut« sei. Es habe »Gewinne zu machen und keine Arbeitsplätze«.[25]

Besser kann das Wesen der profitgierigen Monopolherren nicht zum Ausdruck gebracht werden. Hier zeigt sich die Richtigkeit der Marxschen Feststellung, daß der Profit der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist.

Ständig wird behauptet, die Arbeitslosigkeit sei heute gar nicht so schrecklich, da die Erwerbslosenunterstützung im Gegensatz zu früherer Zeit verhältnismäßig hoch sei. Tatsache ist, daß die Unterstützungssätze für Arbeiter und Angestellte im harten Einsatz der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erkämpft wurden und keineswegs aus den Unternehmerprofiten gezahlt werden. Im Jahre 1977 mußten Arbeiter und Angestellte der BRD von jeder Mark Lohnerhöhung 48 Pfennig in Form von Steuern und Abgaben, darunter auch für die Arbeitslosenversicherung, abführen.

Welche tatsächlichen Ergebnisse die Erwerbslosigkeit hat, zeigen die Untersuchungen des amerikanischen Arztes und Soziologen H. Bremer: »... bei einer Erhöhung der Arbeitslosenquote um ein einziges Prozent (steigen, E. H.) die allgemeine Sterblichkeitsquote im Lande um 1,9 Prozent, die Anzahl der Morde um 5,7 Prozent, die der Selbstmorde um 4,1 Prozent, die Sterblichkeitsquote bei Herz- und Gefäßerkrankungen um 1,9 Prozent und bei Leberzirrhose um 1,9 Prozent, die Anzahl der Patienten in psychiatrischen Kliniken um 3,4 Prozent.«[26]

Kann in den kapitalistischen Ländern das Problem der Dauerarbeitslosigkeit gelöst werden? Nein! Die Ursachen können im Rahmen des Kapitalismus nicht beseitigt werden. Wo liegen sie?

Einmal in einer beispiellosen Ruinierung und Proletarisierung der bäuerlichen Bevölkerung. Von 1949 bis 1979 verminderte sich in der BRD die Anzahl der bäuerlichen Betriebe, die zwischen 1 bis 30 Hektar bewirtschafteten, um 831 600. Jeder zweite bäuerliche Betrieb fiel seit 1949 der Konkurrenz zum Opfer.[27] Die ruinierten Bauern und Familienmitglieder und ihre ländlichen Ar-

beiter wanderten massenhaft in die Städte ab, um dort nach einer neuen Existenzmöglichkeit zu suchen.

Auch viele Handwerker und Händler konnten den Konkurrenzkampf nicht bestehen und mußten in kapitalistischen Unternehmen Arbeit suchen. Von 1968 bis 1978 wurden 126 000 Handwerksbetriebe ruiniert, im Einzelhandel gab es rund 8 000 »Abgänge«. Selbst mittlere kapitalistische und größere nichtmonopolistische Betriebe werden durch die Monopole liquidiert. 1981 kam es in der BRD zu 11 600 Firmenzusammenbrüchen. Durch die Konkurse verloren über 300 000 Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitsplätze.

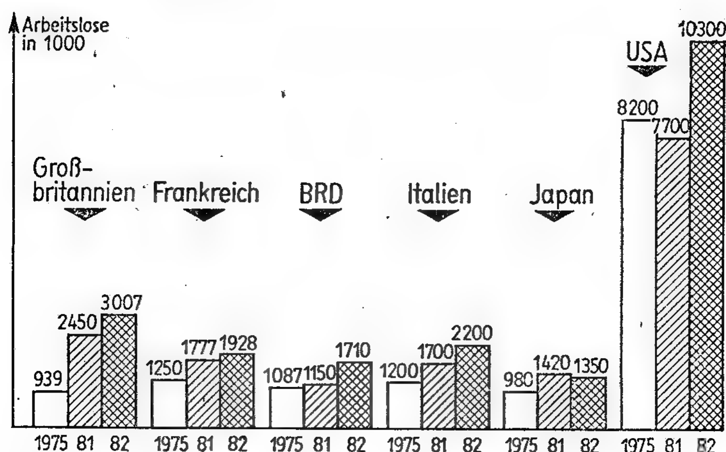
Auch im Gefolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden Arbeitskräfte freigesetzt. Schließlich erhöht sich durch die Angst vor der Entlassung die Arbeitsintensität, was wiederum zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führt.

Es ist eine neue Lage entstanden. Die durch den schnellen Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie freiwerdenden Arbeitskräfte werden nicht mehr, wie das früher teilweise der Fall war, vom Dienstleistungsbereich aufgenommen.

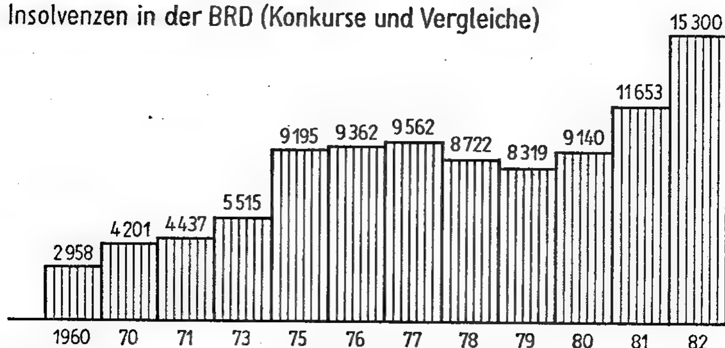
Ferner besteht »die Tendenz zur Verlangsamung des Rückgangs der Arbeitslosenzahl in der Nachkrisenphase und das Fortbestehen einer hohen Arbeitslosigkeit in den Phasen der Belebung und des Aufschwungs«.[28]

Arbeitslosigkeit in den Hauptländern des Kapitals

Ein Vergleich der offiziellen Arbeitslosenziffern für den Monat April des jeweiligen Jahres



Quelle: Neues Deutschland, 27. 5. 1982



Quellen: Handelsblatt, in: horizont, 38/1982, für 1982 ARD

Es gibt keinerlei Anlaß, in naher Zukunft eine grundlegende Verbesserung der Situation auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt zu erwarten.[29]

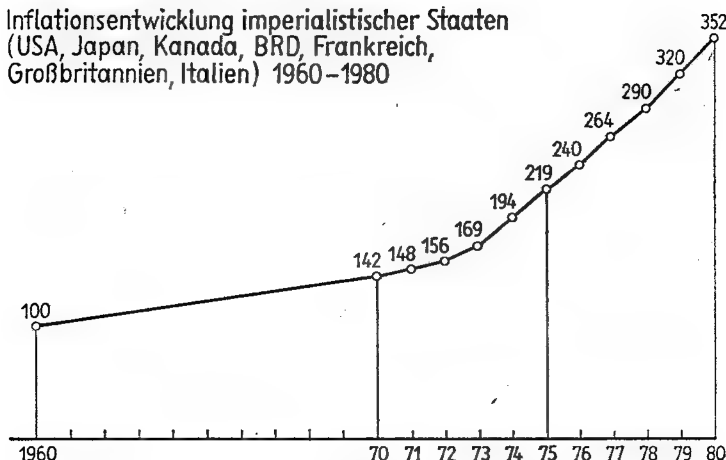
Eine weitere Geißel der Werktätigen ist die Inflation. Sie kommt in der Entwertung der Kaufkraft des Papiergeldes und im entsprechenden Anstieg des Preisniveaus zum Ausdruck. Durch den Preisanstieg verlieren die Währungen auf den Binnenmärkten ihre Kaufkraft und über entsprechende Bindeglieder auch auf den Auslandsmärkten. Von 1950 bis 1980 sank in der BRD die Kaufkraft der Mark auf etwa 36 Pfennige, d. h., der BRD-Bürger konnte sich nur noch etwas mehr als ein Drittel der Waren für eine Mark kaufen als dreißig Jahre zuvor.

Früher kam es nur im Gefolge eines Krieges oder durch die Zerrüttung der Wirtschaft nach dem Krieg zur Inflation. Das Besondere der gegenwärtigen Inflation besteht darin, daß sie einen dauernden starken negativen Einfluß auf die gesamte kapitalistische Wirtschaft und die Lage der Werktätigen ausübt. Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschärft alle sozial-ökonomischen Widersprüche, und eine ihrer krassesten Erscheinungsformen ist die Inflation.

Wo liegen die Ursachen der Inflation?

Auch hier behaupten die Monopolherren, die »überhöhten Lohnforderungen« trügen die Schuld. Aber wie schon früher nachgewiesen, sind die Profite schneller als die Löhne gestiegen. Die wichtigste Ursache der Inflation liegt im staatsmonopolistischen Kapitalismus, im Monopol. Die multinationalen Riesenkonzerne benutzen ihre Monopolstellung, um die Preise für ihre Erzeugnisse in die Höhe zu schrauben. Selbst während der Wirtschaftskrisen, in denen früher ein Absinken der Preise erfolgte, werden die Warenpreise erhöht.

Wie die Inflation galoppiert



Quelle: Helmut Faulwetter, Entwicklungsländer und Neue Internationale Wirtschaftsordnung, Staatsverlag der DDR, Berlin 1982, S. 102

Eine weitere Ursache der Inflation sind die sprunghaft gewachsenen Rüstungsausgaben. Hinsichtlich der USA, Frankreichs und Englands handelte und handelt es sich nicht nur um Rüstungsausgaben, sondern auch um Kriegsausgaben. Denken wir an die Aggression gegen Vietnam und an militärische Aktionen gegen Länder der »Dritten Welt«.

Ferner verschärfen die ständig steigenden Ansprüche der Monopole an den Staat die Inflation. Staatliche Subventionen für die Monopole in verschiedensten Formen nehmen riesenhafte Ausmaße an, z. B. Steuernachlässe auf Investitionen, relativ niedrige Preise der Erzeugnisse staatlicher Betriebe wie für Elektrizität, Eisenbahnfrachten usw., die es ihnen erlauben, höhere Gewinne zu machen.

Auch die Geschäfte der Monopole mit dem Staat sind einträgliche Quellen der Bereicherung auf Kosten der Steuerzahler. Betriebe, die Staatsaufträge ausführen, haben Profite, die zwischen 15 und 20 Prozent über dem Durchschnitt liegen.

Die Plünderung der Staatskasse durch die Monopole ist praktisch eine besondere Form der Ausplünderung der Werktätigen. Die Monopole erhöhen dadurch ihren Anteil am Nationaleinkommen auf Kosten der Werktätigen und Rentenempfänger, denn steigende Preise verringern die Kaufkraft der Werktätigen und schränken die Bedürfnisbefriedigung ein.

Sprunghafte Rüstungsausgaben, Monopolpreise, Subventionen für die Monopole usw. bewirken, daß die Steuern nicht mehr zur Deckung der Staatsausgaben ausreichen. Staat, Länder und Ge-

meinden verschulden immer mehr. In der BRD wuchs der Schuldenberg von 17,87 Milliarden DM im Jahre 1955 auf 460 Milliarden DM bis Ende 1980. 1984 werden es 600 Milliarden sein.[30]

Die riesigen, wachsenden Defizite im Staatshaushalt versucht der Staat durch Ingangsetzung der Notenpresse, durch Ausgabe von Zahlungsmitteln, zu finanzieren. Das führt zum inflationären Preisanstieg und muß die Inflation weiter anheizen.

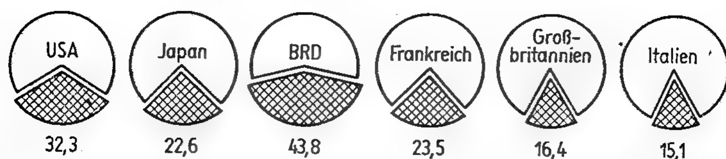
Aber die Auswirkungen der Inflation sind nicht nur auf die Preissteigerungen und Lohnsenkungen beschränkt, auch die beschleunigte Lohnsteuerprogression sowie die Entwertung der Spareinlagen sind damit verbunden. Die Besitzer verlieren ihre Zinsen oder noch mehr als diese. Die Monopolherren hingegen gewinnen aus der Inflationskrise reinen Profit. Der Preis ihrer Produktionsmittel steigt nominell mit der Inflation. Zum anderen erhalten sie zur Erweiterung der Produktion Kredite praktisch ohne Zinsen, denn die Zinsen, die sie zahlen müssen, bekommen sie faktisch durch die Inflation zurück.

Steigende Preise, Inflation – eine Geißel für die Werktätigen – erhöhen die Profite der Monopolherren und ihre Möglichkeiten zur Investition und Produktion. Zunehmende Produktionskapazitäten aber bewirken ein wachsendes Angebot an Waren. Die durch die Inflation erfolgte Senkung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger schränkt jedoch die Nachfrage nach Konsumgütern ein. Damit vermindert sich auch die Nachfrage nach Konsumgüter herstellenden Produktionsmitteln. Das Ergebnis sind Stagnation, Rückgang der Produktion, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und wachsende Arbeitslosigkeit.

Jede Vertiefung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt die Monopolbourgeoisie vor komplizierte Fragen. Wie soll sie ihre Macht sichern? Welche Formen der Machtausübung soll sie wählen?

Die Kaufkraft schwindet

Die Zahlen geben die Kaufkraft der jeweiligen Landeswährung Mitte 1981 im Vergleich zu 1960 wieder (in Prozent)



Quelle: Einheit, 12/1981, berechnet nach Main Economic Indicators, Hrsg.: OECD, Paris, lfd.

Die Bourgeoisie hat zwei Formen des Kampfes gegen die Werktätigen zur Durchsetzung ihrer Interessen und der Verteidigung ihrer Herrschaft entwickelt, »... wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode ... der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen ... Die zweite Methode ist die Methode des ›Liberalismus‹, der Schritte in die Richtung auf Reformen, Zugeständnisse ...«[31], der sozialen Demagogie, des Betrugs und der Versprechungen.

In der Gegenwart, wo sich die Klassengegensätze außerordentlich verschärfen, tritt das Streben der Finanzoligarchie, die wenigen demokratischen Rechte zu beseitigen und autoritäre Formen der Machtausübung anzuwenden, immer mehr in den Vordergrund.

In der BRD z. B. wurden seit 1969 auf Bundesebene sechzig »Gesetze zur inneren Sicherheit« erlassen. Gleichzeitig erfolgte der Ausbau der Befugnisse von Polizei, Justiz und Geheimdiensten; das umfaßt die Einführung der Notstandsgesetzgebung, Eingriffe in das Brief-, Telefon- und Fernmeldegeheimnis, Einschränkung der Rechte der Angeklagten und der Verteidiger in Strafverfahren, die systematische Einspeicherung von Informationen über fortschrittliche Personen durch Geheimdienste und Polizei, das Recht der Polizei, ohne Durchsuchungsbefehle ganze Wohnblocks durchsuchen zu können, bis zur Ermächtigung des »gezielten Todesschusses«.[32]

Auch mit der Berufsverbotspraxis in der BRD werden elementare Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherstellung, auf Bildung, auf Entfaltung der Persönlichkeit verletzt. Bisher wurden 1,3 Millionen Bürger diskriminierenden Gesinnungsprüfungen unterworfen. Durch Verbote können 4 000 Bürger ihren Beruf nicht ausüben.

Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung wird immer sichtbarer. Die Monopolbourgeoisie veranlaßt den staatlichen Apparat zum einen, härter gegen demokratische Bewegungen vorzugehen, zum anderen werden Faschisten, die schwerste Verbrechen begangen haben, begünstigt und der gerechten Verurteilung entzogen. Aus dem faschistischen Konzentrationslager Maidanek, in dem von 1942 bis 1944 über 1,5 Millionen Menschen von den Bestien erschossen, vergast, erschlagen, vergiftet, totgeprügelt wurden oder verhungerten, waren 1 037 Angehörige der SS-Wachmannschaft namentlich bekannt. Von ihnen wurden lediglich 115 verurteilt; 7 von alliierten Gerichten, die übrigen von der polnischen Justiz. Die BRD-Justiz sprach für einige lächerlich geringe Haftstrafen aus.

In Westberlin können ehemalige Kursanten von Spezialschulen der faschistischen Waffen-SS in München, Dachau, Wien und Metz

bis heute nachträglich die Graduierungs- und Diplomurkunden erhalten. Sie sind damit berechtigt, in die Laufbahnen des gehobenen technischen Dienstes einzutreten. Aber Hunderten antifaschistischer Widerstandskämpfer wird in Westberlin die Anerkennung als politisch Verfolgte verweigert.

In den elektronischen Systemen von 57 Bundeseinrichtungen der USA sind gegenwärtig Informationen über Millionen amerikanischer Bürger gespeichert. In den letzten Jahren hat die CIA über 28 Millionen Postsendungen überprüft und mehr als 3 Millionen Briefe fotokopiert.

Auch in Großbritannien sollen bis Anfang 1979 im Computerzentrum der Polizei von 34 Millionen Personen Unterlagen gespeichert worden sein.

Selbst bürgerliche Kreise können ihre Unruhe über den »Alptraum vom Überwachungsstaat, dem keine Bewegung seiner Untertanen entgeht«, nicht verbergen.

Zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern bestehen zweifelsohne Unterschiede. Jedoch das zunehmende Bestreben einer »Politik der harten Hand« ist, insgesamt gesehen, offensichtlich. Es wächst die Tendenz des Übergangs von Reformprogrammen zu Krisenprogrammen, von Abstrichen an den Sozialleistungen, der Verweigerung neuer Zugeständnisse. Es wächst die Tendenz, durch autoritäre Maßnahmen diese Linie durchzusetzen.

Die Verschärfung der zyklischen und der Strukturkrisen, das katastrophale Ansteigen der Erwerbslosigkeit, die Inflation und die damit einhergehenden Angriffe auf den Lebensstandard sind zwangsläufig mit dem Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden.

Kann dieser Entwicklung Einhalt geboten werden?

Ja! In der Gegenwart sind die Möglichkeiten der Volksmassen, ihre demokratischen Rechte zu verteidigen und dem Faschismus den Weg zu versperren, größer geworden. In zahlreichen Ländern entstand eine starke demokratische Bewegung. Versuche, in Italien erneut den Faschismus zu errichten, scheiterten. In Griechenland, Portugal, Spanien und Nikaragua stürzten die Volksmassen die faschistischen Diktaturen.

Der Wille der reaktionären Kreise des Finanzkapitals, zum Faschismus überzugehen, ist die eine Kraft, aber der Wille der Volksmassen zur Erhaltung und Entwicklung demokratischer Rechte und Freiheiten die andere.

Die wichtigste Frage unserer Epoche lautet: Krieg oder Frieden. Unter den Bedingungen der vollen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die Aggressivität des Imperialismus noch gefährlicher. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte und die Größe des Kapitals sind über den Rahmen der einzelnen Nationalstaaten hinausgewachsen. Sie bedingen das Streben der Monopole und des von ihnen beherrschten Staates nach Ausbeu-

tung fremder Völker und deren Rohstoffquellen und nach Beherrschung von Kapitalanlagegebieten.

Die Aggressivität ist eine Grundeigenschaft des Imperialismus. Sie entspricht dem Wesen des Monopolkapitals, seinem Drang nach schrankenloser Unterwerfung und Ausplünderung anderer Länder.

Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems richtet sich die Aggressivität des Imperialismus jedoch in erster Linie gegen die Länder des Sozialismus, gegen das Haupthindernis für sein Vormachtstreben. Ungeachtet dessen besteht der Kampf um die Einflußsphären zwischen den imperialistischen Mächten gegen die Völker, die sich der kolonialen und neokolonialen Unterdrückung entziehen wollen, weiter.

Außerdem entstand in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern in raschem Tempo ein militärisch-industrieller Komplex. Es handelt sich hier um eine enge Verschmelzung der Rüstungsmonopole, der militärischen Führungskreise, der Militarisierungsorgane des Staates und der Unternehmerverbände.[33]

Dieser Militär-Industrie-Komplex ist der Hauptträger der Aggressivität. Seine Grundlage sind die Monopole, und zwar die kriegslüsternen Kreise der Monopolbourgeoisie.

Der steile Anstieg der Rüstungsproduktion ermöglicht ihnen, da ihre Erzeugnisse für die Kriegsvorbereitung besonders wichtig sind, ihre Macht auszubauen. Vermittels der Aufrüstung gewinnen die Rüstungsmonopole riesige Profite, die um 50 bis 200 Prozent höher liegen als in den anderen Industriezweigen. Ihr Interesse an der Militarisierung der Wirtschaft und an der Aufrüstung ist also nicht zufälliger Natur. Sie sind es, die jede Entspannung fürchten und die friedliche Koexistenz ablehnen.

Dieser militärisch-industrielle Komplex durchdringt aufgrund seiner ökonomischen und politischen Machtstellung alle entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft und wird zum Kern des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Hierdurch findet das aggressive Wesen des Monopols eine noch stärkere Ausprägung.

Fassen wir also zusammen: Der Kapitalismus, einst ein gesellschaftlicher Fortschritt, schafft im Imperialismus, dem höchsten und letzten Stadium seiner Herrschaft, Bedingungen, die die Werktätigen zwingen, einen neuen Weg zu beschreiten, der den gesellschaftlichen Fortschritt sichert.

Gesundheit und Überleben der Menschheit werden durch die Zerstörung der Umwelt in Frage gestellt, wenn der Kapitalismus weiter existiert.

Der Erhaltung des genetischen Status des Menschen droht ebenfalls ernste Gefahr. Um ihre Vorrechte zu erhalten, schrecken die aggressiven Kreise nicht davor zurück, neuartige gefährliche Viren und Bakterien durch genetische Mutationen zu schaffen und sie in

Instrumente der Vernichtung und des Todes zu verwandeln. Aus dem Bestreben, ihre ökonomische Macht zu sichern, erwächst auch die Zielsetzung, die Werktätigen genetisch zu manipulieren. Genetische Schäden durch Umweltverseuchung und antihumane Experimente lassen die Gefahren für die biologische Existenz unvorstellbar anwachsen.

Hinzu treten soziale Unsicherheit, die Gefahr der ökonomischen Existenzvernichtung über Wirtschaftskrisen, Erwerbslosigkeit, Inflation, Bedrohung durch autoritäre Regimes und schließlich die Gefahr der physischen Vernichtung in einem atomaren Inferno. Es ist eine qualitativ neue Lage der Existenzbedrohung für die Werktätigen und selbst für die dafür Verantwortlichen entstanden.

Der Niedergang des Kapitalismus ist ein längerer historischer Prozeß. Er vollzieht sich trotz zeitweiser Wachstumsperioden. Fernseher, Waschmaschinen und Automobile können die dargelegten Tatsachen nicht aufheben. Die Lage der Werktätigen wird immer unerträglicher.

Der Kontrast wird um so schärfer, wenn man ihn an den gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten in den industriell entwikkelten Ländern und an den Perspektiven mißt, die auf dem Gebiet der Kernenergie, Genetik, Biologie, Medizin, Meeres- und Kosmosforschung usw. bestehen.

Besonders im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zeigt sich immer deutlicher, daß der Kapitalismus zum Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist und daß er die Menschheitsprobleme nicht zu lösen vermag. Alle Mittel des gesellschaftlichen Fortschritts verwandeln sich unter dem Monopolkapitalismus in ihr Gegenteil. Die Monopolherren nutzen die entfalteten Produktivkräfte ausschließlich in ihrem Klasseninteresse zur Erhöhung des Profits. Andererseits bilden die stark entwickelten Produktivkräfte und die in Riesenbetrieben vergesellschaftete Produktion die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus.

Die Existenz des Monopolkapitalismus gefährdet die ganze Gesellschaft. Die Kluft zwischen den Interessen einer Handvoll Monopolherren und den Interessen aller übrigen Schichten des Volkes wird immer größer. Ungeheurer Reichtum auf der einen Seite, wachsende Existenzangst und soziale Unsicherheit auf der anderen Seite. »Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus, oder richtiger, als sterbender Kapitalismus.«[34]

Die Epoche des Imperialismus wird zur Epoche der proletarischen Revolution.

Geht es ohne Revolution?

Die Geschichte der Klassengesellschaften ist durch verhältnismäßig lange, relativ friedliche Perioden und auch solche schwerster Zusammenstöße zwischen den Klassen gekennzeichnet, die bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen können und grundlegende gesellschaftliche Umgestaltungen bewirken. Beispiele für schwere Klassenauseinandersetzungen sind die Sklavenaufstände im alten Rom, der Deutsche Bauernkrieg von 1525, die Französische Revolution von 1789, die Französische und Deutsche Revolution von 1848, die Pariser Kommune von 1871, die Russische Revolution von 1905 und 1917, die Deutsche Novemberrevolution von 1918 und die revolutionären Veränderungen nach 1945 in der DDR, in Polen, Ungarn, Rumänien, in der Tschechoslowakei, in Albanien, Jugoslawien, Vietnam, Kuba, Portugal, Iran usw.

Worin sehen bürgerliche Wissenschaftler die Ursachen der Revolution?

Einige sehen die Quelle revolutionärer Erschütterungen im Willen einzelner großer Persönlichkeiten oder in plötzlich auftretenden Ideen, die keine Beziehungen zu den gesellschaftlichen Lebensbedingungen haben. So wird z. B. der Verlauf der Revolution von 1789 in Frankreich ausschließlich auf die Tätigkeit Dantons oder auch Robespierres zurückgeführt.

Einige Mediziner meinen, daß die Ursache der Revolution in den ersten Sonnenstrahlen, die im März auf den menschlichen Organismus einwirken, zu suchen sei. Nach der geringen winterlichen Sonnenstrahlung würden sie ganz besonders im Monat März das menschliche Nervensystem reizen und als Folge die Erhebung der Völker gegen die Staatsgewalt hervorrufen. Als »Beweis« werden der Ausbruch der Revolution im März 1848 in Österreich und Deutschland, der Pariser Kommune im März 1871 und einige andere soziale Erschütterungen angeführt. Wird diese Auffassung an der Wirklichkeit überprüft, zeigt sich die Haltlosigkeit dieser Annahme. Die vorher angeführten Beispiele beweisen, daß revolutionäre Umwälzungen jederzeit beginnen können.

Nach C. Brinkmann ist »von Anfang an das Massendasein mit seinem Minimalprinzip der ›Gleichheit‹ die Leitvorstellung der Revolution ... Die Rebellion der Massen ist ja nicht allein ein Druck und Zug zur Einebnung von Höhen, Besonderheiten, Eigenschaften ... Sie ist darüber hinaus eine negative Sucht und Lust an Vernichtung«.[35]

Besonders bei der letzten »Theorie« ist der gesellschaftliche Charakter leicht erkennbar. Sie dient nicht nur dem Zweck, revolutionäre Veränderungen als schädlich für die Gesellschaft darzustellen, sondern die Volksmassen werden für minderwertig erklärt, die Fähigkeit zum fortschrittlichen geschichtlichen Handeln wird ihnen abgesprochen.

Wo liegen die wirklichen Ursachen revolutionärer Veränderungen? Sie sind kein »Betriebsunfall der Geschichte«. Sie sind begründet in den objektiven Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens. Jedes Land mit antagonistischen Klassen bringt im Verlauf seiner historischen Entwicklung in mehr oder minder großen Zeitabständen Voraussetzungen hervor, die zu revolutionären Veränderungen führen. Die Revolution ist ein gesellschaftlicher Prozeß, in dem die politische Macht aus der Hand einer Klasse in die Hand einer anderen übergeht. Dabei ist die politische Machteroberung durch die Arbeiterklasse nur der Anfang der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, während sie die bürgerliche abschließt.

In der antagonistischen Klassengesellschaft trachtet die herrschende Klasse danach, die überlebten Eigentumsverhältnisse im eigennützigen Interesse zu erhalten. Sie stützt sich dabei auf ihren Unterdrückungsapparat, den Staat. Der Gegensatz zwischen den entwickelten Produktivkräften und den zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen findet seinen Ausdruck im Gegensatz der feindlichen Klassen. Der ökonomische und politische Widerspruch kann nur durch die Revolution gelöst werden. Das heißt, die fortschrittliche Klasse der Gesellschaft, der Träger der neuen Produktivkräfte, muß die politische Macht gegen den Widerstand der Reaktionäre erobern und damit die Voraussetzungen zur Beseitigung der überlebten Eigentumsverhältnisse schaffen, um eine neue, ungehemmte Entfaltung der Produktivkräfte sicherzustellen und die Revolution zum Abschluß zu bringen.

Solange sich die Produktivkräfte ungehemmt entwickeln können, befindet sich die Gesellschaft in ihrer aufsteigenden und evolutionären Phase. Ihre materielle Basis verbreitert sich, und die Menschen jubeln den neuen Verhältnissen zu – »... sogar diejenigen ..., die bei der ihr entsprechenden Verteilungsweise den kürzeren ziehen«.[36]

Bleiben die Produktionsverhältnisse hinter dem Wachstum der Produktivkräfte zurück, hemmen sie deren Entwicklung, verschärfen sich die ökonomischen Widersprüche. Die überlebten Eigentumsverhältnisse werden für die ausgebeutete Klasse unerträglich. Es ist nur natürlich, daß die Menschen, die die bisherige Ordnung als »vernünftig« empfanden, sie nun abzulehnen beginnen, d. h., die Leiden, die eine überlebte Gesellschaftsordnung bringt, rufen das Bestreben hervor, sie zu vernichten und eine neue Ordnung zu schaffen, die den herangereiften materiellen Bedingungen entspricht.

Hieraus ist ersichtlich, daß Revolutionen nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung stattfinden, sondern daß die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft von ganz konkreten Bedingungen abhängt. Die Periode der revolutionären Umgestaltung wird erst durch eine mehr oder minder lange Entwicklung vorbereitet. In ihr werden die materiellen wie auch

die subjektiven Kräfte entwickelt, die zur revolutionären Umwälzung der Gesellschaft drängen und sie schließlich herbeiführen. Um eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, bedarf es bestimmter objektiver Voraussetzungen wie auch des bewußten Handelns von Millionen Menschen. Es müssen nicht nur die materiellen Bedingungen im Schoße der alten Ordnung entwickelt sein, sondern auch das Bewußtsein der Massen.

Aus den zunehmenden Widersprüchen der alten Gesellschaftsordnung müssen die Einsicht und der Wille der fortschrittlichen Klassen erwachsen, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, die den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung entspricht.

Revolutionen treten also nicht auf, weil große Persönlichkeiten wie Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, W. I. Lenin usw. oder irgendeine Partei, z. B. die »bösen« Kommunisten, sie wollen. Sie sind das Ergebnis herangereifter Widersprüche zwischen den vorausgeeilten Produktivkräften und den zurückbleibenden Produktionsverhältnissen, die zum Gegensatz zwischen der fortschrittlichen und der reaktionären Klasse führen.

Die Volksmassen schreiten zur Revolution, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht mehr ertragen werden können und es offensichtlich wird, daß der alte Weg nicht mehr gangbar ist und ein neuer Weg beschritten werden muß.

Das Neue setzt sich nicht automatisch und im Selbstlauf durch. Es wird durch die aktiven Handlungen der Menschen, die sich von der Einsicht in das gesetzmäßige Geschehen leiten lassen, geschaffen. Von der Teilnahme von Millionen Menschen und der Aktivität jedes einzelnen hängt es ab, ob der Geburtsprozeß einer neuen Gesellschaftsordnung langwierig, qualvoll und opferreich ist oder leichter und schmerzloser vor sich geht.

Im Ergebnis eines komplizierten Prozesses und bei zunehmender Verschärfung der Klassenzusammenstöße sammeln die Volksmassen ihre Erfahrungen. Sie erheben sich durch große Anstrengungen, durch Überwindung ihrer Irrtümer und überlebter Auffassungen zur Höhe der gesellschaftlichen Aufgaben.

Im Prozeß des Kampfes mit den reaktionären Klassen, der durch Vorstöße, Erfolge, Rückzüge, Niederlagen und zuweilen gewaltige Opfer gekennzeichnet ist, überprüfen die Volksmassen die Richtigkeit der Theorien ihrer Führer. Die Massen sammeln in revolutionären Perioden in einigen Wochen und Monaten mehr Erfahrungen als in Jahrzehnten friedlicher Entwicklung. Sie, die im Schatten des gesellschaftlichen Lebens standen, treten immer aktiver in ihren Handlungen hervor. Dutzende Millionen Menschen werden in den Strudel der politischen Ereignisse hineingezogen und entwickeln die Entschlossenheit, den Haß und die Fähigkeit, das Alte, Überlebte zu zerstören. Da sich eine solche Entwicklung nicht ohne Widerstand der ablebenden Klassen durch-

setzt, verläuft ein solcher grundlegender Wandel in den Lebensverhältnissen einer Gesellschaft naturgemäß nicht ohne schwere Erschütterungen und Schwankungen.

Sind die reaktionären Klassen imstande, die überlebten Eigentumsverhältnisse zu erhalten und die Volksmassen auf die Dauer niederzuhalten?

Nein! Keine soziale Demagogie und kein Terror können die überlebten Produktionsverhältnisse erhalten und den Sieg der Völker verhindern. Die Versuche der Reaktion sind zum Scheitern verurteilt. Sie scheitern an der Entwicklung der Produktivkräfte, an den sich daraus verschärfenden Widersprüchen zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und den überlebten Eigentumsverhältnissen, an der Entfaltung der Massenbewegung der Völker, die zur Lösung der Widersprüche drängt.

Die Kraft der fortschrittlichen Bewegung stützt sich auf die materiellen Interessen der Volksmassen, die durch die Existenz des verfallenden Kapitalismus auf das schwerste bedroht sind. Die überlebte gesellschaftliche »Ordnung« kann die Lage der Volksmassen nicht bessern und zwingt sie, das Überlebte zu überwinden. Daran können keine Gewalt und Brutalität etwas ändern. Die elementare Kraft der Massenbewegung, entwickelt und geleitet durch ihre Vorhut, die Kommunisten, ist stärker als die Gewalt der herrschenden Klasse.

Zwar können soziale Demagogie und Terror der herrschenden Klassen die Entwicklung des Klassenkampfes und den Ausbruch der Revolution hemmen, doch nur für eine beschränkte Zeit. Dann wird die Revolution mit um so größerer Kraft zum Ausbruch kommen.

»Mag die Bourgeoisie toben, bis zum Irrsinn wüten, übertreiben, Dummheiten machen, sich an den Bolschewiki im voraus rächen und sich bemühen, weitere Hunderte, Tausende, Hunderttausende hinzumorden, . . . indem die Bourgeoisie so verfährt, handelt sie, wie alle von der Geschichte zum Untergang verurteilten Klassen gehandelt haben. Die Kommunisten müssen wissen, daß die Zukunft auf jeden Fall ihnen gehört . . .«[37]

Siege der Konterrevolution in einzelnen kapitalistischen Ländern können den Sieg des Kommunismus nicht verhindern. Siege der Konterrevolution führen nicht zur Beseitigung der Ursachen der Revolutionen. Sie verzögern nur die Durchsetzung der geschichtlichen Notwendigkeit. Darum werden das Proletariat und seine Verbündeten, die die Zukunft der Gesellschaft vertreten, immer wieder aufs neue vor die Aufgabe gestellt, die reaktionären Klassen und ihr System zu überwinden. Nur der Sieg der Revolution und der Sturz der Ausbeutergesellschaft können die Widersprüche beseitigen und die Bahn für den gesellschaftlichen Fortschritt frei machen.

Nach dem Sieg der fortschrittlichen Klasse versucht die ge-

stürzte Ausbeuterklasse, je nach Maßgabe ihrer Kraft und ihrer Möglichkeiten, durch Konspirationen und Aufstände die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen. Und es ist auch nicht verwunderlich, daß die ehemals Herrschenden, die über das Wissen ihrer Zeit und jahrhundertelange Erfahrungen verfügen, die neue Klasse, die in der Staatsführung ihre ersten unbeholfenen Gehversuche unternimmt und dabei mehr oder minder ernste Fehler begeht, mit Hohn und Spott bedenken. Das taten schon die Feudalen nach dem Sieg des Bürgertums, und das wiederholt sich auf neuer geschichtlicher Ebene in allen Ländern, in denen die Arbeiter und Bauern die politische Macht erobern.

Es bedarf vieler Jahre, bis die fortschrittliche Klasse in großem Umfang ihre eigenen Kräfte entwickelt hat, um auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mustergültig zu leiten. Lenin sagte einmal sinngemäß: Wenn der neue Staatsapparat zunächst mehr schlecht als recht arbeitet, so arbeitet er jedoch nicht mehr für die Gutsbesitzer und Kapitalisten, sondern für die Arbeiter und Bauern. Und mit Ausdauer und Entschlossenheit sind selbst die schwierigsten Probleme zu lösen. Es gibt keinen anderen Weg, als die fortschrittliche Klasse zur Lösung der Aufgaben zu befähigen.

Dabei zeigt sich, daß, trotz aller Fehler und Mängel, die Arbeiter und ihre Verbündeten in den sozialistischen Ländern von Anfang an den Beweis erbrachten, daß sie den Staat in einer Weise zu leiten verstehen, die eine krisenlose, planmäßige und friedliche Entwicklung der Gesellschaft garantiert und in dem das Entwicklungstempo höher ist als in den kapitalistischen Staaten.

Lenin geißelte all jene, die vor den Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes zurückschrecken. »Oh die Neunmalweisen! Sie sind wohl bereit, sich mit der Revolution abzufinden – nur ohne die ›außerordentlich komplizierte Situation‹. Solche Revolutionen gibt es nicht ... Sogar, wenn eine Revolution in einer scheinbaren nicht allzu komplizierten Situation begonnen hat, schafft die Revolution selbst in ihrer Entwicklung immer eine außerordentlich komplizierte Situation. Denn eine wirkliche, eine tiefgreifende, eine ›Volks‹-Revolution, um mit Marx zu sprechen, ist der unglaublich komplizierte und qualvolle Prozeß des Sterbens einer alten und die Geburt einer neuen Gesellschaftsordnung, einer neuen Lebensweise Dutzender Millionen Menschen.«[38]

Zerstört die Revolution alle Werte der Kultur?

Das behauptet die herrschende kapitalistische Klasse. Sie versucht, die Überführung des kapitalistischen Eigentums in Volkseigentum als den Beginn des Untergangs der Kultur, als einen Zustand der Gesetzlosigkeit, des Chaos, von Exzessen und der Aufhebung der Freiheit der Persönlichkeit darzustellen.

Als die Bourgeoisie die von der Geschichte zum Untergang verurteilten Feudalherren stürzte, schrien diese, alle Werte der Kultur gingen unter. Heute hören wir die gleiche Reaktion dort, wo die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zur politischen Machteroberung schreiten. Die Bourgeoisie, die in blutigen Revolutionen und unter Anwendung von Terror, wie z. B. im Jahr 1649 in England und 1793 in Frankreich, den Feudalismus vernichtete, will heute die Notwendigkeit der Beseitigung der überlebten kapitalistischen Ordnung nicht begreifen.

Karl Marx und Friedrich Engels haben schon vor über hundertdreißig Jahren die Argumente, daß die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums den Untergang der Kultur und die Aufhebung der Freiheit der Persönlichkeit bedeute, widerlegt.

»Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt ...

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d. h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an, erklärt ihr, die Person sei aufgehoben.

Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht, als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.

Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.«[39]

»Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrig läßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur soweit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.«[40]

»Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit.«[41]

Die Revolution bedeutet durchaus nicht den Untergang aller kulturellen Werte. Wie die Geschichte zeigt, ging mit der feudalen Gesellschaftsordnung auch das überlebte feudale Eigentum zugrunde. Aber alles, was sie an positiven Werten der Menschheit

gab, ging nicht verloren. Es wurde bewahrt und bildete die Grundlage für die Entwicklung einer höheren, kapitalistischen Kultur. Und so finden die kulturellen Werte der bürgerlichen und aller vorangegangenen Gesellschaftsordnungen ihre Weiterentwicklung in der sozialistischen Kultur.

Nicht das Positive, das eine Gesellschaftsordnung hervorbrachte, geht in der Revolution zugrunde. Im Gegenteil! Es wird gerettet, in der neuen Gesellschaftsordnung weiterentwickelt und auf eine höhere Stufe gehoben. Die Revolution sprengt nur die Fesseln, die eine überlebte Gesellschaftsordnung der weiteren Entwicklung anlegt.

Der überlebten reaktionären Gesellschaftsklasse mag dieser Prozeß als Untergang aller positiven menschlichen Werte erscheinen. In Wirklichkeit ist er ein geschichtlicher Fortschritt. Karl Marx sagte einmal: »Revolutionen sind Festtage der Geschichte.« Jawohl, Festtage, weil in ihnen der ganze alte Plunder einer überlebten Gesellschaftsordnung beseitigt wird und die Widersprüche zwischen den entwickelten Produktivkräften und den zurückgebliebenen Produktions- und Eigentumsverhältnissen aufgehoben werden. Revolutionen machen die Bahn frei für eine weitere Aufwärtsentwicklung der Menschheit, indem sie jene Klassen von der politischen Herrschaft verdrängen, die zur weiteren Entfaltung der Produktion und Kultur unfähig sind, und die politische Macht in die Hände der Klasse überführen, die die Zukunft der Menschheit vertritt.

Revolutionen sind somit natürliche und unvermeidliche gesellschaftliche Erscheinungen. Sie sind an eine bestimmte Entwicklungsphase gebunden, die durch die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen gekennzeichnet ist. Mit der Beseitigung der Klassen werden auch die politischen Revolutionen als Mittel der Überwindung antagonistischer Klassengegensätze verschwinden.

Solange jedoch antagonistische Ausbeuterklassen existieren, hat die Menschheit nur eine Wahl: Entweder die produktive Klasse ist imstande, eine überlebte Gesellschaftsordnung zu überwinden, den Widerstand der reaktionären Klasse zu brechen und die politische Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen – oder sie wird in der Barbarei untergehen. Das ist in unserer Epoche von besonderer Aktualität.

Zweifellos ist die Revolution oft mit Verlusten an Menschenleben, mit persönlichen Opfern und auch Zerstörung materieller Werte verbunden. Doch die blutigste Revolution kostet die Gesellschaft weitaus weniger als das Weiterbestehen überlebter Verhältnisse. Wäre es der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1918/19 gelungen, die politische Macht zu übernehmen, so wären ihr die Kosten der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die furchtbaren Folgen der faschistischen Barbarei und des zweiten Weltkrieges erspart geblieben.

Gewaltlose Revolution?

Oft wird der Versuch gemacht, die Kommunisten der Gewalttätigkeit und Brutalität zu bezichtigen und die Dinge so darzustellen, als sei die Errichtung des Kommunismus mit blutiger und grausamer Unterdrückung verbunden. Der Klassencharakter dieser Ansichten ist offensichtlich. Sie dienen dem Ziel, die notwendige geschichtliche Umwälzung zu diskreditieren und die Volksmassen davon abzuhalten.

Nicht jede Revolution muß mit materiellen Zerstörungen, Verlusten an Menschenleben und großen persönlichen Opfern verbunden sein. Friedliche Wege der Revolution sind durchaus möglich. Es liegt im Interesse der Volksmassen, daß die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die positive Weiterentwicklung der Gesellschaft ohne schwere Erschütterungen und blutige Kämpfe vor sich geht. Aus diesen Gründen haben schon Marx und Engels auf das Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an einem friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hingewiesen. Bezeichnend ist auch das durch die geschichtlichen Tatsachen bestätigte Verhalten der Arbeiterklasse nach dem Sieg der Pariser Kommune 1870/71. Zwei Generale wurden erschossen. Als aber die Bourgeoisie die Kommune niederzuschlagen vermochte, ließ sie 30 000 Arbeiter füsilieren.

Zum ersten Mal ergab sich im April 1917 in Rußland die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution. Lenin orientierte infolgedessen die Volksmassen auf diesen Weg. Als die Kerensky-Regierung im Juli 1917 mit militärischer Gewalt gegen die Arbeiter und anderen Werktätigen vorging, wurde die friedliche Entwicklung der Revolution unmöglich. Im September 1917 orientierte Lenin erneut auf eine friedliche Entwicklung. Aber auch diese konnte nicht realisiert werden. Der bewaffnete Aufstand wurde notwendig und führte zum Sieg des Oktober.

Nach dem zweiten Weltkrieg konnte in allen europäischen volksdemokratischen Ländern die sozialistische Etappe der Revolution friedlich verlaufen. In richtiger Einschätzung des vorhandenen Kräfteverhältnisses orientierten die kommunistischen Parteien die Volksmassen auf diesen Weg.

Auch in Chile entwickelte sich die Revolution friedlich. Durch die Errichtung der faschistischen Pinochet-Diktatur erlitt die chilenische Revolution eine zeitweilige Niederlage.

Wann wird der friedliche Weg der Revolution möglich?

Wir dürfen nie vergessen, daß die Großbourgeoisie niemals freiwillig auf ihre Herrschaft und Vorrechte verzichtet. Trotzdem kann die Reaktion nicht immer zur Gewalt greifen. Sie kann es nur dann, wenn es das politische Kräfteverhältnis erlaubt; wenn die Bourgeoisie über einen starken, einsatzfähigen Militär- und Polizeiapparat verfügt und glaubt, durch den bewaffneten Kampf

die Veränderung der Eigentumsverhältnisse mit Erfolg verhindern zu können.

Tritt die Konterrevolution der Arbeiterklasse mit bewaffneter Gewalt entgegen, so muß sie auch in der entsprechenden Weise antworten. Es hängt also nicht allein von der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen ab, wie sie zum Sozialismus gelangen.

Es gibt »linksradikale« Gruppen, die davon ausgehen, daß die Revolutionäre ihr Ziel überall nur mit Hilfe bewaffneter Gewalt und unabhängig von den Bedingungen erreichen können. Hinter dieser Zielsetzung, auch bei ungünstigen Voraussetzungen und unter allen Umständen zur Waffe zu greifen, steht nichts anderes als die Ungeduld des Kleinbürgers, der sofort Erfolge sehen will, wenn er sich zur Revolution entschließt.

Ist der friedliche Weg ein Verzicht auf jegliche Gewalt?

Nein! Auch die friedliche Machteroberung und die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse sind ohne einen scharfen beständigen Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte unmöglich. Selbst wenn diese nicht mehr über die Kraft verfügen, der Mehrheitsentscheidung des Volkes mit bewaffneter Macht zu begegnen, leisten mehr oder minder große Teile der ehemals herrschenden Klasse in anderen Formen Widerstand und verstoßen gegen die vom Volk erlassenen Gesetze.

Es gibt keine gewaltlose Revolution. Jede Auseinandersetzung zwischen den Klassen beruht auf Gewalt. Jedoch hat sie unterschiedliche Formen.[42]

»Öffentliche Gewalt ist ihrem Inhalt nach bekanntlich nichts anderes als Kampf gegensätzlicher antagonistischer Kräfte, der in den verschiedensten Formen des Klassenkampfes zum Ausdruck kommt. Daher ist jede dieser Formen, selbst die friedlichste, ihrem Wesen nach stets eine gewaltsame.«[43]

Die marxistischen Parteien schenken – besonders in der Gegenwart – den Möglichkeiten eines friedlichen Weges zum Sozialismus große Aufmerksamkeit. Rechtssozialistische Führer nehmen das zum Anlaß und betonen, daß sie einen solchen Weg schon immer vertreten hätten. Derartige Behauptungen entstellen jedoch die Tatsachen.

Es besteht ein grundlegender Unterschied zwischen dem marxistischen und dem reformistischen Weg. Nach Auffassung der rechten Sozialdemokraten sollte der Kapitalismus friedlich, ohne Revolution und ohne politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den Sozialismus hineinwachsen. An die Stelle der Revolution werden unbedeutende Reformen gesetzt. Und es werden sowohl die Zerschlagung des alten Staatsapparates, die auch beim friedlichen Weg notwendig ist, wie auch jede grundlegende Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse abgelehnt. Seit dem Godesberger Parteitag ist die SPD eine staatsmonopolistische Reformpartei geworden.

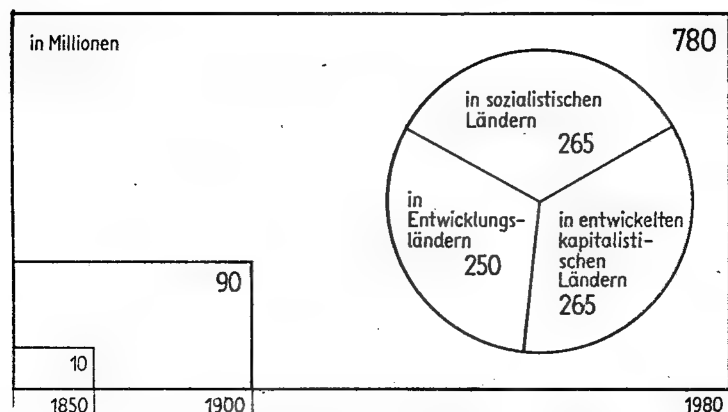
Zu welchen Ergebnissen das in der Praxis führt, zeigt die Wirklichkeit. Überall dort, wo die rechten Sozialdemokraten zur Regierungspartei wurden, behielt das Monopolkapital politisch und ökonomisch das Heft in der Hand. Nach wie vor ist die Beseitigung der überlebten kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an die sozialistische Revolution gebunden.

Verliert die Arbeiterklasse ihre revolutionäre Potenz?

Marx und Engels entdeckten die Entwicklungs- und Verfallsgesetze des Kapitalismus. Sie entdeckten auch die Arbeiterklasse als historische Kraft, die den Kapitalismus im Bündnis mit anderen Werktätigen beseitigt und zum Schöpfer der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung wird.

Das Proletariat ist infolge seiner Klassenlage die einzig konsequente revolutionäre Klasse. Sie ist nicht frei von den Schwächen und Gebrechen des Kapitalismus. Sie ist nicht frei von bürgerlichen Einflüssen, die auf sie einwirken. Doch indem sie für den Sozialismus kämpft, überwindet sie zugleich ihre eigenen Mängel und erhebt sich zur Höhe der geschichtlichen Aufgaben. Die historische Mission der Arbeiterklasse leitet sich nicht aus übermenschlichen Eigenschaften ab, sondern aus ihrer objektiven Stellung in der Gesellschaft. In der Arbeiterklasse entstehen Eigenschaften und Tugenden, die sie über die anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft herausragen lassen und es ihr ermöglichen, zum Führer aller anderen Werktätigen zu werden.

Die internationale Arbeiterklasse wächst



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 149

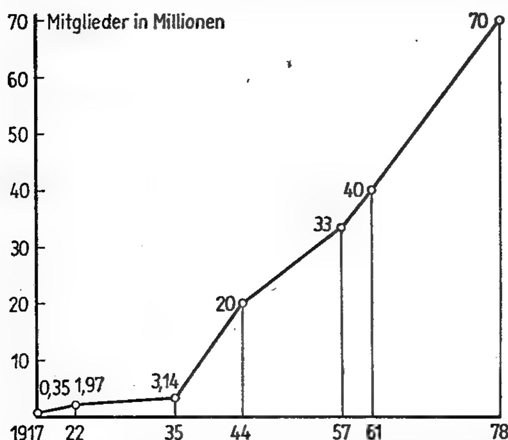
Das Proletariat wird mit der Entwicklung des Kapitalismus zahlenmäßig immer stärker, während die Mittelschichten aufgerieben und ins Proletariat gestoßen oder ihm angenähert werden. Der kapitalistische Produktionsprozeß konzentriert die Arbeiter in großen Städten. Sie werden durch den Produktionsprozeß geschult und diszipliniert, wodurch die Voraussetzungen zu bewußten, organisierten Handlungen entstehen.

Diese objektive Lage befähigt das Proletariat, wie die geschichtlichen Erfahrungen beweisen, auch zum Führer aller anderen Werktätigen.

Jede Klasse bringt im Verlaufe ihres Kampfes Organisationen oder Parteien, die ihrem Willen einen organisierten, geschlossenen und schlagkräftigen Ausdruck verleihen sollen, hervor. Darum ist jede Partei jener Teil einer bestimmten Klasse, die sich ihrer ökonomischen und politischen Interessen am stärksten bewußt ist und am aktivsten dafür eintritt.

Der Klassenkampf des Proletariats beginnt mit dessen Entstehung, und das Proletariat führt ihn, bevor es über eine eigene Partei verfügt. Im Prozeß des Kampfes schafft sich das Proletariat jedoch einen Kampfstab: die kommunistische Partei. Ohne diese Vorhut kann sie weder die politische Macht erobern noch sie erhalten und den Sozialismus gegen alle Widerstände aufbauen. Die Beseitigung der Ausbeutung bleibt ohne Partei ein Wunsch. Ohne die Einsicht in den gesetzmäßigen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung, ohne Diszipliniertheit und Organisiertheit kann die Arbeiterklasse nicht siegen.

Die kommunistische Weltbewegung erstarkt (Mitglieder kommunistischer Parteien in Millionen)



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 150

Die marxistisch-leninistische Partei ist der fortgeschrittenste, bewußteste Teil der Klasse, der durch seine ganzen Lebensinteressen mit ihr verbunden ist. Das schließt nicht aus, daß in die Partei auch Menschen anderer Gesellschaftsklassen kommen, wie werktätige Bauern, fortschrittliche Intellektuelle, andere fortschrittliche Angehörige kleinbürgerlicher Schichten und selbst Bürgerliche. Jedoch ist ihr Eintritt in die Partei nicht auf der Basis ihrer alten Klassenzugehörigkeit möglich, sondern nur, wenn sie sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats stellen.

Die Partei allein kann nicht siegen. Sie ist nur ein kleiner Teil der Klasse. Um die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten führen zu können, muß die Partei die Wünsche und Hoffnungen der Werktätigen zum Ausdruck bringen. Die richtige Führung der Massenbewegung ist eine Kunst. Um zu führen, muß man sich eng mit den Volksmassen verbinden. Die kommunistischen Parteien werden nicht zur führenden Kraft durch den Anspruch darauf. Zur führenden Kraft wird die marxistisch-leninistische Partei durch ihre Fähigkeit, gestützt auf die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, die Wirklichkeit zu erkennen und die Volksmassen zu befähigen, sie in ihrem Interesse zu verändern. Ihr Einfluß auf die Massen hängt von der Bewußtheit, der moralischen Größe, der Standhaftigkeit, der Opferbereitschaft und anderen hervorragenden Eigenschaften der Genossen dieser Partei ab.

Die zielstrebige und aufopferungsvolle Arbeit im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten wird von den Werktätigen geschätzt, und sie gewinnen Vertrauen in die Partei und in das einzelne Mitglied, das die Partei verkörpert. Dadurch werden die anderen Teile der Arbeiterklasse an die Partei herangeführt. Weil die einzelnen Mitglieder, trotz Schmähung und Verunglimpfung durch die reaktionären Kräfte, aus der Masse des Volkes als Persönlichkeiten hervorragen, weil sie in vorderster Front stehen, wenn es gilt, die Rechte des Volkes zu verteidigen, erobert sich die marxistisch-leninistische Partei Ansehen und Autorität.

Doch führen kann nicht nur, wer weitblickender, erfahrener, kühner und entschlossener ist, sondern derjenige, der von den Massen lernt. Nur er kann ihre schöpferische Kraft entfalten. Das Volk kann man nur vorwärtsführen, wenn seine Weisheit und Erfahrung ausgewertet und theoretisch verallgemeinert wird, denn die Interessen des Proletariats und seiner Vorhut sind eins. Ohne gründliches Studium der Bestrebungen der Werktätigen kann keine Partei richtig leiten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Massen auch Träger rückschrittlicher Auffassungen sein können und ihre Gedanken nicht immer richtig und ausgereift sind. Infolgedessen lernt die Partei von den Werktätigen nicht durch einfaches Anhäufen ihrer Meinung, sondern vermittels wissenschaftlicher Analysen und Verallgemeinerung ihrer Wünsche und Hoffnungen.

Die Tatsache, daß die Partei ihren wachsenden Einfluß auf die

Werktätigen der Bewußtheit, der moralischen Größe und anderer hervorragender Eigenschaften ihrer Funktionäre und Mitglieder verdankt, bedeutet nicht, daß sie ohne Irrtümer und Fehler ist. Nur der macht keine Fehler, der nichts tut, sagte Lenin sinngemäß. Wenn Fehler entstehen, muß man sie nur schnell korrigieren.

Es gibt auch Menschen in der Partei, die eine gering entwickelte sozialistische Ideologie und mehr oder minder starke individualistische Züge haben, die das persönliche Interesse über das der Partei stellen, die durch Eigenschaften wie Eitelkeit, Überheblichkeit, Selbstgefälligkeit, das Bestreben, sich im Mittelpunkt zu sehen, und andere negative Handlungen die Partei diskreditieren und ihr Ansehen herabsetzen.

Warum gibt es solche Erscheinungen in einer marxistischen Partei?

Weil sie nicht durch eine chinesische Mauer von der kapitalistischen Gesellschaft getrennt ist, sondern aus ihr hervorgeht. Ideologische Einflüsse der Bourgeoisie auf das Proletariat können naturgemäß auch einen Niederschlag in ihrer Vorhut finden. Die Menschen, die aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen, sind zwangsläufig mit den auf ihrem Boden erwachsenen Denkweisen und Gewohnheiten behaftet.

Das ist keine Entschuldigung. Der Kampf für den Sozialismus erfordert nicht nur die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Er ist auch verbunden mit der ständigen Erhöhung des ideologischen Niveaus ihrer Vorhut und der Beseitigung aller schädlichen Einflüsse, die die Kampfkraft der Partei schwächen.

Das Proletariat und ihre Vorhut befreien sich in einem langwierigen Prozeß von der herrschenden bürgerlichen Ideologie. Dieser ideologische Entwicklungsprozeß, der in der Entfaltung der Produktivkräfte seine materielle Grundlage findet, schlägt sich in dem fortgeschrittensten Teil der Klasse konzentriert nieder. Die kommunistische Partei verkörpert in ihrer Gesamtheit nicht nur alles Positive, das die Menschheit hervorbrachte, sondern auch den Menschen von morgen. Sie schließt die besten Menschen unserer historischen Epoche, die sich durch Wissen um die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung, durch Standhaftigkeit und höchstes Gewissen auszeichnen, zusammen.

Das Charakteristikum eines wirklichen Kommunisten hat der große bulgarische Arbeiterführer Georgi Dimitroff gegeben und durch sein persönliches Beispiel, wie der Reichstagsprozeß zeigt, vorgelebt. Er schrieb: »Es genügt nicht, ein revolutionäres Temperament zu haben. Man muß auch verstehen, die Waffe der revolutionären Theorie zu benutzen. Es genügt nicht, die Theorie zu beherrschen. Man muß auch den festen bolschewistischen Charakter und die bolschewistische Unversöhnlichkeit entwickeln. Es genügt nicht zu wissen, was zu tun ist, man muß auch den Mut

haben, es zu tun. Man muß auch bereit sein, unter allen Umständen alles zu tun, was den Interessen der Arbeiterklasse tatsächlich dient. Man muß es verstehen, sein persönliches Leben voll und ganz den Interessen des Proletariats unterzuordnen.«[44]

Ist die marxistische Einschätzung von der historischen Mission des Proletariats auch heute noch berechtigt?

Kleinbürgerliche und bürgerliche Wissenschaftler behaupten, die Arbeiterklasse habe aufgehört, eine revolutionäre Kraft zu sein. Tatsache ist, daß es unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution zu großen Veränderungen in der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft kommt. So erhöht sich der Anteil der geistigen Arbeit in der Produktion.

»Die Schicht der Arbeiter, die Mechanismen bedienen und ein höheres Bildungsniveau haben, vergrößert sich. Die Zahl der in der materiellen Produktion tätigen ingenieurtechnischen Kräfte nimmt zu, und es kommt zu einer Modifizierung ihrer Funktionen: der Anteil der Ingenieure und Techniker, die Menschen leiten, verringert sich, und der Anteil der Spezialisten, die unmittelbar mit den materiell-technologischen Elementen der Produktion zu tun haben, wächst. Einige Arbeiterberufe verschwinden, andere entstehen; die Zahl der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Arbeiter nimmt zu.«[45]

Von allen Arbeitskräften in den USA waren im Jahre 1965 44,5 Prozent Angestellte, 36,7 Prozent Industriearbeiter, 12,9 Prozent Beschäftigte in Dienstleistungsbetrieben und 5,9 Prozent Landarbeiter.

Bürgerliche Wissenschaftler schätzen für das Jahr 2000 die Struktur der Berufstätigen eines industriell entwickelten Landes folgendermaßen ein: 2 bis 3 Prozent arbeiten in der Landwirtschaft, 23 bis 30 Prozent in der Industrie, etwa 70 Prozent im Tertiärsektor, darunter 20 Prozent in den verschiedenen Bereichen von Wissenschaft und Forschung. Wahrscheinlich sind diese Schätzungen übertrieben. Tatsache jedoch ist, daß an die Stelle des Arbeiters an der Werkbank oder am Fließband in immer größerem Umfang der Kontrolleur und der Monteur, der in den Dienstleistungsgewerben oder in der Verwaltung tätige Angestellte, der Techniker, der Ingenieur oder der Lehrer tritt.

O. K. Flechtheim unterstellt: Eine Klasse, die zahlenmäßig schon im Rückgang begriffen sei, könne auch kein immer stärkeres revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln.[46]

Es ist unbestritten: Bedingt durch die Veränderung im Inhalt der Arbeit, den Funktionswandel und die wachsende Bedeutung der Wissenschaft wurde und wird die geistige, eine große Qualifikation erfordernde Arbeit zur Massenerscheinung. Das zahlenmäßige Anwachsen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Kapitalismus verändert jedoch nicht ihre sozial-ökonomische Lage. Die obere Schicht ist ein Teil der herrschenden Klasse. Die untere

Schicht kommt hinsichtlich ihrer sozialen Merkmale den Industriearbeitern nahe. Die Zwischenschicht gehört den neuen Mittelschichten an. Gegenwärtig noch nimmt der größere Teil der Intelligenz eine sozial-ökonomische Position zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse ein. Diese beherrschende Zwischenposition wird allmählich abgebaut. Die soziale Stellung der Intelligenz ähnelt der Lage der Arbeiterklasse immer mehr. Ihre Masse wird zunehmend in den großindustriellen Produktions- und kapitalistischen Ausbeutungsprozeß einbezogen. Sie nimmt immer mehr unmittelbar am Produktionsprozeß teil und übt keine oder nur unbedeutende Leitungs- und Entscheidungsfunktionen aus.

Auch die Angehörigen der sogenannten freien Berufe – wie Juristen, Ärzte, Lehrer, Journalisten – haben ihre frühere soziale Stellung verloren. Sie sind praktisch zu Gehaltsempfängern, zum Bestandteil der neuen Mittelschichten geworden, während ein Teil von ihnen eine an die Arbeiterklasse angrenzende Gruppe bildet.

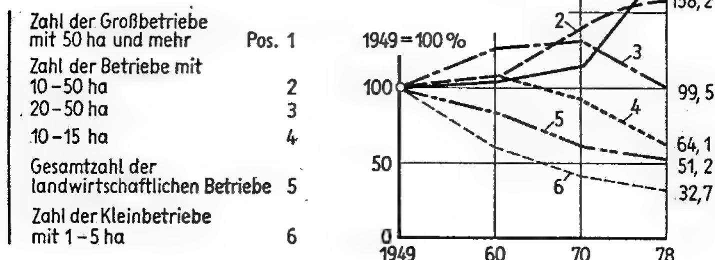
Selbst die Situation des Wissenschaftlers ist durch Unsicherheit des Arbeitsplatzes charakterisiert. Er wird genau wie ein Industriearbeiter Opfer von Massenentlassungen, wie die Arbeitslosenstatistik aussagt.

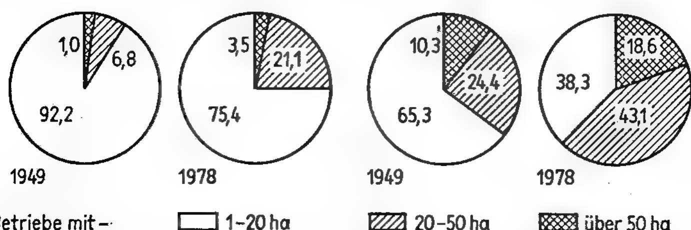
Nicht die Arbeiterklasse verschwindet im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution, sondern die einst beherrschende Zwischenstellung der Intelligenz. Auch sie spaltet sich immer mehr in zwei gegensätzliche feindliche Lager. Eine immer größere Anzahl ist der gleichen Existenzangst und der sozialen Unsicherheit ausgesetzt wie die Arbeiterklasse.

Rasch wächst auch die Zahl der Angestellten im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich. Ein großer Teil der technischen Angestellten ist heute in den Betrieben bereits an der Mehrwertserzeugung beteiligt. Ihre Stellung im Produktionsprozeß und ihre Arbeitsbedingungen sind denen der Industriearbeiter schon sehr nahe. Der überwiegende Teil der Angestellten, die sich hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Lage nicht von den Arbeitern unterscheiden, muß zur Arbeiterklasse gerechnet werden. Ein weiterer Teil gehört zu den Mittelschichten und ein noch kleinerer Teil zur Ausbeuterklasse.

J. K. Galbraith meint, daß die leitenden Angestellten, die Manager der großen Kapitalgesellschaften, die Macht übernehmen, die ganz allmählich aus den Händen der Monopoleigentümer in die Hände der Manager übergehe.[47] Das wird durch die Tatsachen widerlegt. Zwar gewährt die Finanzoligarchie den Managern hohe Einkommen, sie läßt sie sogar an den Profiten teilhaben. Doch ihre Stellung behalten sie nur solange, wie den Monopolherren die Profite garantiert sind. Die Macht wird den Managern von der Finanzoligarchie verliehen. Arbeiten sie nicht so, wie diese es will, dann sind sie jederzeit absetzbar und auch von der Entlassung bedroht.

Der Konzentrationsprozeß des Kapitals in der Landwirtschaft der BRD





Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 77

Nicht nur in der Intelligenz, sondern auch in der Bauernschaft geht der soziale Differenzierungsprozeß beschleunigt weiter. Der Ruinierungsprozeß der bäuerlichen Betriebe nimmt sprunghaften Charakter an. Für die große Mehrheit der ruinierten Bauern und ihre Familienangehörigen heißt das, daß sie sich vom einfachen Warenproduzenten in Lohnarbeiter verwandeln.

Unter den städtischen Mittelschichten geht der Ruinierungsprozeß ebenfalls in schnellem Tempo vor sich.

Die Tatsachen sind also folgende: Die traditionelle Bauernschaft nimmt zahlenmäßig rapide ab, ohne ihre Bedeutung als Bündnispartner für die Arbeiterklasse zu verlieren. Die Anzahl der Intelligenz und Angestellten steigt infolge der Veränderung in der Sozialstruktur stark an. Die Hauptmasse kommt ihren sozialen Merkmalen nach immer mehr den Industriearbeitern nahe, bis auf jene Teile, die faktisch zur Bourgeoisie gehören. Große Teile der Intelligenz geraten immer stärker in Widerspruch zur

staatsmonopolistischen Ordnung, und ein wachsender Teil wird objektiv zum Verbündeten der Arbeiterklasse.

Im Handwerk und im Handel setzt sich der Ruinierungsprozeß der Mittelschichten in verstärkten Formen trotz des Entstehens neuer Mittelschichten durch. Auch die kleinen und selbst die mittleren Kapitalisten unterliegen der Existenzgefährdung durch die Monopolbourgeoisie.

Wie sieht es mit der Arbeiterklasse aus? »Vom Gesichtspunkt des Tätigkeitsbereichs besteht die Arbeiterklasse aus dem Industrieproletariat, dem Büro- und Handelsproletariat, dem landwirtschaftlichen Proletariat sowie auch in immer größerem Maße aus Gruppen von lohnabhängigen Intellektuellen.«[48]

Doch die Arbeiterklasse wird keineswegs zu einer »Mittelklasse«, die ihre revolutionäre Potenz verliert. Im Gegenteil! Ihre Kraft als Totengräber des Kapitalismus und Schöpfer des Sozialismus wächst.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern erhöhte sich die Anzahl der Lohnempfänger, das ist die Hauptmasse der Arbeiterklasse, von 1950 bis 1975 von 158 Millionen auf 212 Millionen. Der Anteil der Lohnempfänger an der erwerbstätigen Bevölkerung betrug 1978 in Großbritannien 92,9, 1977 in der BRD 86,7, 1977 in Frankreich 80,4, 1976 in Italien 73,4 und in den USA 85 Prozent.

Ein wesentliches Merkmal ist, daß die Arbeiterklasse dem Monopolkapital heute als eine wesentlich reifere und bewußtere Kraft gegenübersteht, als es bisher in der Geschichte des Kapitalismus der Fall war. Dank ihrer höheren Bildung und Kultur haben sich ihre Fähigkeiten zur Lösung komplizierter Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung vergrößert. Nicht nur, daß die Arbeiterklasse zahlenmäßig wächst, auch an die Stelle der Gliederung in ungelernte, angelernte und Facharbeiter tritt eine differenziertere Struktur.

Eine Vielzahl neuer Massenberufe entstand. Sie reichen vom angelernten Arbeiter an den Fließbändern und Taktstraßen bis zum Facharbeiter und dem qualifizierten Arbeiter mit ingenieurtechnischem Niveau: Automateneinrichter, Fließbandarbeiter mit breitem Berufsprofil, Programmierer, Bedienungskräfte für die EDV-Anlagen, Labortechniker u. dgl. Es wächst der Teil der Lohnabhängigen, die nichtkörperliche Arbeit leisten.

Die Anzahl der Lohnabhängigen, die mit nichtkörperlicher Arbeit beschäftigt sind, stieg in den USA von 40 Prozent im Jahre 1960 auf 50 Prozent im Jahre 1976, in Großbritannien und in Frankreich im gleichen Zeitraum von 34 auf 40 Prozent. Die Hauptmasse der Arbeiterklasse, sowohl der körperlich als auch der nichtkörperlich Arbeitenden, hat eine neue Entwicklungsstufe der Kultur und des Wissens erreicht.

Die Herausbildung neuer proletarischer Schichten ruft für die

Arbeiterbewegung schwierige Probleme der Assimilierung hervor. Hinzu kommen die Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse durch die Monopole, die quantitativ und qualitativ neue Formen angenommen hat, ferner die Manipulation durch Schule, Armee und Massenmedien. Ungeachtet dessen verbreitert sich die soziale Basis der Arbeiterklasse, auch ihre politischen Positionen werden stärker.

Von entscheidender Bedeutung für die historische Rolle der Arbeiterklasse ist, daß sich auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre Stellung zu den Produktionsmitteln nicht verändert hat.

»... Dem der Produktionsmittel beraubten Arbeiter (steht, E. H.) ein individueller – ein assoziierter – oder ein durch den Staat verkörperter Gesamtkapitalist gegenüber, der die Produktionsmittel besitzt und sich die Ergebnisse der Lohnarbeit aneignet...

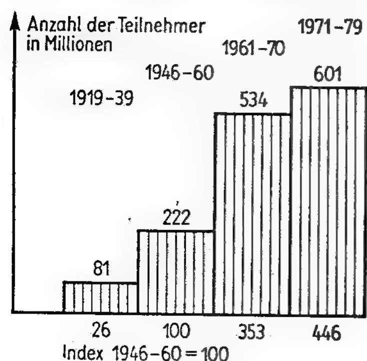
Es verschwinden damit weder der kapitalistische Charakter des Eigentums noch der kapitalistische Charakter der Aneignung. Lediglich deren Formen verändern sich: Aus den individuellen werden Gruppen- oder kollektive Formen.

Folglich hat der Kapitalismus nicht seine grundlegenden Wesensmerkmale eingebüßt. Das kapitalistische Eigentum ist nach wie vor die Basis für Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.«[49]

Zugeständnisse, die die Arbeiterklasse in der Konjunktur den Monopolherren entriß, haben keine grundlegende Änderung in den Klassenbeziehungen bewirkt. Das kapitalistische Eigentum be-

Die Arbeiterklasse gewinnt an Kampfkraft

Umfang von Streiks und anderen Massenaktionen in den kapitalistischen Ländern 1919 bis 1979



Quelle: horizont, 44/1981, berechnet durch die Akademie der Wissenschaften der UdSSR nach Angaben der Gewerkschaftsverbände

steht weiter. Nach wie vor sind die Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und müssen ihre Arbeitskraft verkaufen. Diese Stellung zu den Produktionsmitteln bedingt auch ihren Anteil am Sozialprodukt. Und die Behauptung, das Einkommen der Arbeiter habe so zugenommen, daß man sie nicht mehr als besitzlose Proletarier bezeichnen könne, wurde schon früher widerlegt. Die durch den Kampf des Proletariats erfolgte Anhebung des materiellen Lebensniveaus läßt weder die objektiven noch subjektiven Potenzen des Proletariats sowie den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital schwinden.

Besonders in den letzten Jahren hat die Arbeiterklasse durch ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nachgewiesen, daß sie ihre revolutionären Potenzen nicht verlor, sondern diese bedeutend gewachsen sind.

Antimonopolistische Demokratie und sozialistische Revolution

Aufgabe der sozialistischen Revolution ist es, die Macht der Ausbeuterklasse durch die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten abzulösen, das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben und in gesellschaftliches, d. h. in Volkseigentum, zu überführen sowie die Masse der Bauern und Handwerker zu gewinnen und sie in Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen.

Die meisten marxistisch-leninistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder sind der Auffassung, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft und eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Es gilt, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen, die Macht der Monopole einzuschränken und den Einfluß der Werktätigen auf die Entscheidungen in Politik und Wirtschaft zu sichern. Der wesentliche Inhalt der Zwischen- und Übergangsstufen im revolutionären Prozeß ist die Zurückdrängung und Einschränkung der politischen und ökonomischen Macht der Monopolbourgeoisie.

Welche konkreten Umstände erfordern Übergangsetappen auf dem Wege zur sozialistischen Revolution?

Ein erfolgreicher Kampf für den Sozialismus verlangt objektive und subjektive Voraussetzungen. Die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus sind in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegeben durch den hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den Grad der Konzentration der Produktion in Riesen-

betrieben, die enge Verflechtung ganzer Produktionszweige und das Entstehen transnationaler Monopole, die über den Rahmen der einzelnen Länder hinwegreichen.

Wie steht es mit den subjektiven Faktoren? Die Tatsachen zeigen, daß ein bestimmter Teil der Werktätigen, selbst einige Schichten der Arbeiterklasse, noch nicht das Bewußtseinsniveau erreicht haben, um den Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu führen. Zum aktiven antimonopolistischen Kampf jedoch sind breite Schichten der Werktätigen bereit. Sie kämpfen gegen den Neofaschismus und gegen die Aggressions- und Kriegspolitik. Sie kämpfen für den Schutz der bedrohten Umwelt, für die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen, für erweiterte Mitbestimmung und demokratische Kontrolle auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, für demokratische Wirtschaftsplanung, für die Überführung der Schlüsselindustrie und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum, für ein Agrarprogramm zur Verhinderung des Ruins der bäuerlichen Existenzen usw.

Die werktätigen Massen verstehen immer besser: Die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft erfordert die Entfernung der reaktionären und monopolkapitalistischen Kreise von den Hebeln der politischen Macht und die Einnahme der bestimmenden Machtpositionen in den entscheidenden Bereichen der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten.

Eine Gesellschaft für Meinungsforschung führte 1972 in Frankreich eine Umfrage mit folgendem Ergebnis durch: 45 Prozent der Befragten im Alter von 21 Jahren und darüber vertraten die Meinung, daß man Reformen durchführen müsse, aber daß die grundlegenden Strukturen nicht angetastet werden sollten. 44 Prozent hingegen waren der Meinung, daß sich mit einfachen Reformen nichts erreichen lasse.[50]

Die amerikanische Zeitschrift »Business Week« schätzte ein, daß zwei Drittel der Amerikaner den Monopolen kritisch gegenüberstehen. »Bleibt diese Tendenz bestehen, kann sie zu schmerzhaften Veränderungen im System des freien Unternehmertums führen.«[51]

Wachsende Teile des Volkes sind zum Kampf gegen die Monopolbourgeoisie, aber noch nicht für den unmittelbaren Kampf für den Sozialismus bereit. Dieser Tatsache tragen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Rechnung.

Grundlegende Reformen, die Schritt für Schritt die Macht der Monopole einengen, sind Zwischenstationen des Angriffs auf den Kapitalismus. Sie sind Ausgangspunkte, von denen aus die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unmittelbar den Kampf für den Sozialismus entfalten können.

Schon Marx schloß einen Übergangszustand nicht aus, »wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die

arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen«.[52]

In seiner Arbeit »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« wies Lenin auf die Möglichkeit hin, auf dem Weg zum Sozialismus einen revolutionär-demokratischen Staat zu erkämpfen. Das Klassenwesen der revolutionären Demokratie charakterisierend, schrieb er: Sie »... ist noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man – die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte«.[53]

Auch dieser Weg ist kein Spaziergang zum Sozialismus. Auch diese Periode wird durch erbitterten Klassenkampf gekennzeichnet sein. Zweifellos werden die Monopole ihre politische und wirtschaftliche Macht rücksichtslos einsetzen. Sie werden auch zu blutiger Gewalt greifen, wenn sie das können. Aber das hängt von der Kraft und Einheit der Arbeiterklasse, der Breite und Entschlossenheit der antimonopolistischen Bewegung ab.

Was geschähe nach der Umgestaltung der BRD zu einem Staat der realen fortschrittlichen Demokratie?

Sobald es die politische Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erlaubt, muß die antimonopolistische Demokratie mit dem Ziel weitergeführt werden, die sozialistische Umgestaltung zu erreichen. Es bestehen zwischen der antimonopolistischen Demokratie und dem Sozialismus noch wesentliche politische und ökonomische Unterschiede.

Um die antimonopolistische Demokratie zu erkämpfen, ist der Übergang der entscheidenden Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf antimonopolistische Positionen erforderlich. Mit der Erringung der antimonopolistischen Demokratie wird die Herrschaft des Monopolkapitals völlig untergraben.

Der Aufbau des Sozialismus jedoch erfordert die Errichtung der sozialistischen Staatsmacht und die Bereitschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu sozialistischen Umgestaltungen. Das heißt, nicht nur Beseitigung der Ausbeutung durch das Monopolkapital, sondern der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt und den noch engeren Zusammenschluß möglichst aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten für dieses Ziel.

Die Marxisten treten also für tiefgreifende demokratische Wandlungen in Form grundlegender Reformen ein, die, ohne die Herstellung der sozialistischen Ordnung abzuwarten, schon heute den Werktätigen spürbare Verbesserungen bringen können. Das ist allerdings nicht der von den Rechtssozialisten praktizierte Weg der Reformen, der auf die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung und die Beseitigung einiger der besonders krassen Auswüchse ge-

richtet ist. Für die Marxisten ist der Weg tiefgreifender Reformen Bestandteil des Kampfes zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten und der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus.

Das kapitalistische System kann nicht nur durch Reformen, auch nicht durch tiefgehende antimonopolistische Reformen überwunden werden. Dazu ist die grundlegende sozialistische Umwälzung notwendig. Gerade die Überwindung des Systems unterscheidet diese grundlegende sozialistische Umwälzung von Reformen.[54]

Die im Verlauf der demokratischen Erneuerung in öffentliches Gemeineigentum überführten Produktionsmittel in- und ausländischer Großkonzerne wie auch die schon bestehenden staatlichen Betriebe sind dadurch weder sozialistische noch staatskapitalistische Betriebe. Sie sind keine staatskapitalistischen Betriebe, weil die reale fortschrittliche Demokratie nicht Ausbeuterinteressen, sondern die Interessen aller antiimperialistischen Klassen und Schichten vertritt. Sie sind noch keine sozialistischen Betriebe, solange die sozialistische Staatsmacht fehlt.

Das öffentliche Gemeineigentum an den Produktionsmitteln wird erst dann zu sozialistischem Eigentum, wenn ein sozialistischer Staat die Wirtschaft auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Interesse der Gesellschaft auf sozialistische Weise leitet, wenn die sozialistischen Beziehungen zu den bestimmenden gesellschaftlichen Beziehungen werden und die sozialistische Ideologie und Kultur zur bestimmenden Ideologie und Kultur wird. Dazu ist der Schritt von einer realen fortschrittlichen Demokratie zur sozialistischen Staatsmacht erforderlich.[55]

Es gibt Menschen, die sich für besonders revolutionär halten, weil sie unter allen Umständen – ohne Zwischenstufen, -etappen oder -phasen – die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und die sozialistische Umwälzung anstreben.

Die kommunistischen Parteien halten es in einer bestimmten konkreten historischen Situation, in einem bestimmten Land, durchaus für möglich, daß der Übergang zum Sozialismus direkt mit der sozialistischen Revolution beginnt und die antimonopolistische Etappe zeitlich mehr oder weniger mit der sozialistischen zusammenfällt.

Doch die Deutsche Kommunistische Partei und die meisten marxistisch-leninistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder schließen in der gegenwärtigen konkreten sozialpolitischen Situation diesen Weg aus. Die »... Entwicklung eines allumfassenden Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Verschärfung des Widerspruchs zwischen den Monopolen und dem Volk, der Widerspruch zwischen der Reife der objektiven materiellen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und der Unreife des subjektiven Faktors, die opportunistische Politik, der

Reformismus usw. (erlauben, E. H.) es dem Proletariat nicht, die gesamte politische Macht ohne eine demokratische Zwischen- bzw. Übergangsetappe zu erobern, in der die dafür notwendigen politischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen geschaffen werden«.[56]

Die Politik des Kampfes für eine antimonopolistische Demokratie erleichtert die Vorbereitung der Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Kräfte auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Sie erleichtert den Volksmassen das Sammeln revolutionärer Erfahrungen. Sie ermöglicht den Kommunisten, die Volksmassen allmählich, schrittweise an die herangereiften Umgestaltungen heranzuführen und ein breites antimonopolistisches Bündnis herzustellen. Sie erleichtert, die Reaktion umfassender zu isolieren.

Die Macht der Finanzoligarchie stützt sich nicht nur auf die gewaltsame Unterdrückung der Werktätigen. Sie schafft sich – gestützt auf die bürgerlichen Parteien und eine Politik der Irreführung der Massen einschließlich ökonomischer Bestechung sozialer Schichten – eine ziemlich breite Massenbasis. Diese Tatsachen bringen für die revolutionäre Vorhut Schwierigkeiten bei der Heranführung der Mehrheit des Volkes an den Kampf um den Sozialismus.

Die Unterstützung und Sympathie durch die überwiegende Mehrheit des Volkes ist eine zwangsläufige Bedingung für die Eroberung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Schon Lenin trat entschieden gegen abenteuerliche Versuche auf, ohne die Unterstützung der Mehrheit in den Besitz der Macht zu gelangen.

»Eine ›Machtergreifung‹ wollen wir nicht, da alle Erfahrungen der Revolution lehren, daß nur die Macht von Dauer ist, die sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt. Deshalb würde eine ›Machtergreifung‹ ein Abenteuer sein, auf das sich unsere Partei nicht einlassen könnte.«[57]

Infolgedessen ist der wahrscheinlichste Entwicklungsweg der Revolution die etappenweise Lösung demokratischer Zwischenaufgaben, die zur Grundlage für den Zusammenschluß der demokratischen Volksmehrheit um die Arbeiterklasse wird. Jede einzelne Etappe löst, für sich genommen, noch keine Aufgaben der sozialistischen Revolution. Doch sie entfaltet die revolutionäre Energie des Volkes und schafft die Voraussetzungen für den Übergang zur nächsten Etappe radikaler Umgestaltung.[58]

»Eine Hauptlehre der Revolution in Chile besagt, daß es außerordentlich wichtig ist, im revolutionären Prozeß ein konkretes Programm von Übergangsreformen, die die Bedürfnisse und Bestrebungen der Mittelschichten der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, aufzustellen und zu verwirklichen. Das Fehlen gemeinsamer Positionen in dieser Frage innerhalb der Unidad Popular,

extremistische Aktionen und Losungen ultralinker Elemente, geschicktes Ausnutzen der daraus erwachsenden Widersprüche durch die Reaktion – alles das führte dazu, daß sich ein beträchtlicher Teil des städtischen Kleinbürgertums im entscheidenden Moment von der Revolution lossagte, sich auf der anderen Seite der Barrikade befand, wodurch eine günstige politische Situation für den faschistischen Umsturz entstand.«[59]

Die Bedrohung praktisch aller nichtmonopolistischen Kräfte durch die Finanzoligarchie, die Übereinstimmung der Grundinteressen oder Teilinteressen den Monopolen gegenüber bieten große Möglichkeiten, die Mehrheit des Volkes für die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft zu gewinnen, sie um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen und eine umfassende Mehrheitsbewegung des Volkes zu schaffen. Diese historisch neue Möglichkeit gilt es zu nutzen.

»Je mehr ein Mensch um sein Woher und Wohin weiß, je mehr er also von Erinnerung und Erwartung erfüllt ist, um so mehr ist er Persönlichkeit.«

Ernst Thälmann

Siegt der Sozialismus?

Wann überholt die Sowjetunion die USA?

Von Anbeginn prophezeiten bürgerliche Wissenschaftler den »Bankrott«, das »Ende« der Sowjetmacht. Andere verkündeten, die sozialistische Wirtschaft würde in kürzester Zeit in ein »wüstes Chaos« verwandelt werden. Jedoch die Jahre vergingen, und die Sowjetmacht bestand weiter. Die Propagandisten und Verteidiger des Kapitals wurden vorsichtiger. Nun ging es nicht mehr um den »Bankrott«, sondern um »einen geringeren ökonomischen Wirkungsgrad«; und schließlich, als die Frage des Einholens der USA durch die Sowjetmacht näherrückte, wurde man etwas realistischer.

So befürchtete W. Fuchs: »Im kommenden Jahrhundert, nach unserer Rechnung um 2030, werden die USA und die Sowjetunion gleich stark sein.«[1]

Die Tatsachen zeigen, daß nach der Befreiung von Parasiten und Müßiggängern, von reaktionären Klassen, die wie Drohnen das werktätige Volk plündern, das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus weit schneller vor sich geht, als für bürgerliches Denken faßbar ist. Diese Wahrheit zu begreifen, würde ja auch bedeuten, die Behauptung von der »ewigen Existenz« des kapitalistischen Privateigentums in Frage zu stellen.

Trotzdem, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion waren riesengroß. Lenin wies nach dem Siege der Arbeiter und Bauern über die Konterrevolution und die ausländischen Interventen darauf hin, daß zwar ein neues fortschrittliches Gesellschaftssystem erkämpft worden sei, jedoch die alte Rückständigkeit des zaristischen Rußlands und die von den Interventen angerichteten Zerstörungen es unmöglich machen, die Überlegenheit des Sozialismus sofort zu beweisen.

Im zaristischen Rußland setzte der Industrialisierungsprozeß wesentlich später als in West- und Mitteleuropa ein. Fast 80 Prozent der russischen Bevölkerung waren in der Landwirtschaft tätig. »Der sich entwickelnde Monopolkapitalismus war mit zahlreichen Überresten der Leibeigenschaft, mit der Willkürherrschaft der

Polizei und dem Despotismus des Zaren verflochten. Diese Verquickung stellte die wichtigste Besonderheit der Gesellschaftsordnung Rußlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts dar.«[2]

Vor der Revolution war die Wirtschaft immer mehr in die Abhängigkeit vom Auslandskapital geraten. Die Industrieproduktion Rußlands betrug nur einen Bruchteil der englischen oder französischen Produktion. Besonders groß war der Rückstand der Industrieproduktion gegenüber den USA.

Vollends wurde die russische Wirtschaft durch den ersten Weltkrieg und die Intervention der Großmächte nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ruiniert. Die Schäden beliefen sich auf 39 Milliarden Vorkriegsrubel. Das entsprach einem Viertel des gesamten Nationalreichtums Vorkriegsrußlands. Die Industrieproduktion wurde auf den Stand der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen.

Obgleich der junge Sowjetstaat sich nach der Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern unter weitaus ungünstigeren Bedingungen als die kapitalistischen Mächte befand, setzte er sich durch. Nachdem die junge Sowjetmacht sich in erbittertem Kampfe gegenüber den inneren und äußeren Feinden behauptet hatte, mußte sie das furchtbare Erbe der zaristischen Rückständigkeit überwinden, sich die notwendigen Kader schaffen usw., um die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfolgreich lösen zu können. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hingegen war entwickelt, verfügte über ausreichende Kräfte und hatte seine Herrschaft über die ganze übrige Welt ausgedehnt.

Die Vorzüge des Sozialismus, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, die sozialistische Planwirtschaft, das stetig steigende Bildungsniveau bewiesen ihre Kraft.

Die aufopferungsvolle Arbeit der sowjetischen Arbeiter und Bauern führte zu beträchtlichen Erfolgen. Ein gewaltiger Aufstieg setzte ein. Schon 1935 erreichte die Sowjetunion den Stand Frankreichs. 1938 wurde die Produktion Englands übertroffen und die des damaligen faschistischen Deutschlands fast erreicht. Im Verhältnis zu den USA bestand aber noch ein gewaltiger Rückstand.

Bei der weiteren Einschätzung der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung muß der riesige Schaden berücksichtigt werden, der der sowjetischen Volkswirtschaft in den Jahren des zweiten Weltkrieges zugefügt wurde. 20 Millionen Bürger der Sowjetunion verloren ihr Leben. 25 Millionen Menschen wurden obdachlos. Die faschistischen Truppen vernichteten 1 700 Städte und 32 000 Industriebetriebe, 65 000 Kilometer Eisenbahnlinie, 4 000 Eisenbahnstationen, 7 000 Dörfer, 98 000 Kolchosen, 1 876 Sowchosen, 2 890 MTS, 127 000 Schulen, Universitäten, Bibliotheken, 6 Millionen Wohnhäuser. 61 Großkraftwerke wurden zerstört.

Rund vier Jahre war die Sowjetunion Kriegsschauplatz; auf ihrem Territorium tobten schwere Vernichtungsschlachten. Der ma-

terielle Schaden betrug in der Sowjetunion 2 569 Milliarden Rubel. Das waren mehr als 30 Prozent des Nationalreichtums. In England hingegen verringerte sich der Nationalreichtum im Verlaufe des zweiten Weltkrieges nur um 0,8 Prozent, in Frankreich um 1,5 Prozent. In den USA bewirkte der zweite Weltkrieg sogar einen Wirtschaftsboom. Die Industrieproduktion verdoppelte sich. Der Anteil der USA an der industriellen Produktion der kapitalistischen Welt stieg von 41,4 Prozent im Jahre 1937 auf 62 Prozent im Jahre 1947.

Auch in anderer Hinsicht befanden sich die imperialistischen Mächte in einer außerordentlich vorteilhaften Lage. Sie hatten nach dem zweiten Weltkrieg weiter die Möglichkeit, sich Rohstoffe aus den Entwicklungsländern anzueignen, deren Produktionskosten 13mal billiger waren als z. B. in den USA. Dadurch konnten sich die USA 30 Prozent der Weltenergieerzeugung sichern. Sie brauchten aber nur 4 Prozent des Bruttosozialprodukts dafür aufzuwenden.

Die Monopole der imperialistischen Hauptländer erzielten Schätzungen zufolge im Zeitraum von 1945 bis etwa 1975 durch die niedrigen Rohstoffpreise einen Monopolprofit von über 1 000 Milliarden Dollar.

Ferner konnten in den USA enorme Summen an Ausbildungskosten dadurch eingespart werden, daß skrupellos Hochschulkader aus den Entwicklungsländern abgeworben wurden. Treffend wird diese Politik als »Raub der Gehirne« bezeichnet. Allein im Finanzjahr 1971/72 belief sich der ökonomische Nutzen auf 1,7 Milliarden Dollar. Die Anzahl der abgeworbenen Hochschulkader betrug im Jahre 1962 23 710. Bis 1972 stieg sie auf 48 900. 1972 betrug ihr Anteil in den USA bei Wissenschaftlern 11 Prozent, bei Technikern und Ingenieuren 26 Prozent und bei Ärzten sogar 51 Prozent.[3]

Die Sowjetunion hingegen wurde seit ihrem Bestehen durch die Intervention, den Bürgerkrieg und die Verluste durch den zweiten Weltkrieg um 20 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung zurückgeworfen. Trotzdem vermochte sie in 45 Jahren einen Entwicklungsstand zu erreichen, für den die entwickelten kapitalistischen Länder 150 bis 200 Jahre benötigten.

Im Jahre 1913 betrug die Industrieproduktion des zaristischen Rußlands nur 12,5 Prozent im Verhältnis zur USA. Bis 1950 verkürzte die Sowjetmacht den Abstand auf 30 Prozent. 1970 hatte die UdSSR einen Anteil von mehr als 75 Prozent der Industrieproduktion der USA und 1979 mehr als 80 Prozent erreicht.[4]

Die außerordentliche Verschiebung im ökonomischen Kräfteverhältnis ergab sich, weil die Industrieproduktion der Sowjetunion von 1950 bis 1980 um das Zwölffache wuchs: in den USA im gleichen Zeitraum aber nur um das 3,3fache.[5]

Von 1965 bis 1975 verdoppelte sich die Industrieproduktion in der UdSSR. Das heißt, in zehn Jahren entstand ein gleich großes

Industriepotential wie in fast fünfzig Jahren vorher. Großbritannien benötigte für die Verdoppelung der Industrieproduktion 28 Jahre, die USA 17 Jahre und Frankreich 16 Jahre.

Die Arbeitsproduktivität in der Industrie, die 1913 etwa 11 Prozent gegenüber den USA ausmachte, erhöhte sich bis 1950 auf etwa 30 Prozent und bis 1980 auf über 55 Prozent.[6]

Infolgedessen verlief auch die Entwicklung des Nationaleinkommens unterschiedlich. Im Jahre 1950 erreichte das Nationaleinkommen der UdSSR gegenüber den USA nur 31 Prozent; bis 1980 stieg es auf über 67 Prozent.[7]

Das große Wirtschaftspotential erlaubt es der Sowjetunion, für die Hebung des Lebensstandards des Volkes immer größere Mittel bereitzustellen. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung stieg von 1940 bis 1979 auf das 5,8fache.

Zwischen dem Wachstum des Lebensniveaus, dem des Einzelhandelsumsatzes und der landwirtschaftlichen Produktion besteht

Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR im elften Fünfjahrplan (1981 bis 1985)

Mit dem elften Fünfjahrplan soll ein Zuwachs des für Konsumtion und Akkumulation verwendeten Nationaleinkommens um 18 bis 20 Prozent gesichert werden.

Benennung	Zuwachs	in Prozent
Industrieproduktion	1976–80	24
	1981–85	26–28
davon: Abteilung I	1976–80	26
	1981–85	26–28
Abteilung II	1976–80	21
	1981–85	27–29
landwirtschaftliche Produktion (Jahresdurchschnitt)*	1976–80	9
	1981–85	12–14
Gütertransportleistung der Eisenbahn	1976–80	6
	1981–85	14–15
Investitionen*	1976–80	29
	1981–85	12–15
Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels	1976–80	24
	1981–85	22–25

* Zuwachs gegenüber dem vorangegangenen Planjahrfünft

Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 13

ein unmittelbarer Zusammenhang. Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich von 1970 bis 1980 um 70 Prozent.[8]

In der landwirtschaftlichen Produktion betrug die jährliche Zuwachsrate von 1951 bis 1980 in der UdSSR 3,0 Prozent, in den USA nur 1,6 Prozent. Infolgedessen erreichte die Sowjetunion 1980 etwa 85 Prozent des Standes der Landwirtschaft der USA.

Bürgerliche Wissenschaftler schreiben mit Eifer über eine »Krise in der Landwirtschaft der UdSSR«. Zur Begründung benutzen sie das Argument, daß das zaristische Rußland und in den zwanziger und dreißiger Jahren auch die Sowjetunion Getreide ausführten, während sie heute größere Mengen Getreide einführt.

Zunächst muß daran erinnert werden, daß viele entwickelte imperialistische Staaten – Japan, Großbritannien, die BRD, um nur einige zu nennen – große Agrarimporteure sind. Ist es nicht merkwürdig, daß man in diesen Fällen nicht von einer Krise der Landwirtschaft spricht?

Die bürgerlichen »Spezialisten« unterschlagen folgende Tatsachen: Der frühere Getreideexport erfolgte bei einem niedrigeren Nahrungsmittelverbrauch je Einwohner als heute. Obgleich sich die Bevölkerung der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg um mehr als 100 Millionen vergrößerte, sichert die sozialistische Landwirtschaft einen Nahrungsmittelverbrauch von täglich rund 3 200 Kalorien je Einwohner. Das entspricht dem Verbrauch der USA und der BRD.

Ferner: Von 1965 bis 1979 stieg die Fleischproduktion der UdSSR um 50 Prozent, die Milcherzeugung um etwa 25 Prozent und die Eiererzeugung um 100 Prozent. Das Aufkommen wurde folglich immer größer, auch wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung in diesem Zeitraum um 14 Prozent anwuchs.[9]

»Die Sowjetunion ist der zweitgrößte Agrarproduzent der Welt und nimmt bei einigen Produkten, so bei Weizen, Roggen, Kartoffeln, Sonnenblumen und Milch, bereits den ersten Platz ein ... Bezüglich der Agrarproduktion je Einwohner beträgt der derzeitige Rückstand der Sowjetunion gegenüber den USA etwa 25 Prozent.«[10]

In der Getreide- und Fleischproduktion haben die USA noch eine höhere Prokopferzeugung als die UdSSR. Je Einwohner produzieren die USA 1 250 kg Getreide, die Sowjetunion erreicht 770 kg; bei Fleisch erzeugen die USA 110 kg, die Sowjetunion bringt es auf 59 kg.

Die Sowjetunion hat jedoch bereits einen Vorsprung in der Milch- und Zuckererzeugung je Einwohner. 1979 produzierte sie pro Kopf 354 kg Milch und 28 kg Zucker, die USA erreichten 253 kg Milch und 22 kg Zucker.[11]

»Gegenwärtig entfallen auf jeden UdSSR-Bürger 0,53 Großvieheinheiten. Bei dieser Kennziffer haben wir die USA eingeholt und die EG-Länder überholt. Die Leistungsfähigkeit des Viehs ist bei

Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion der UdSSR im elften Fünfjahrplan

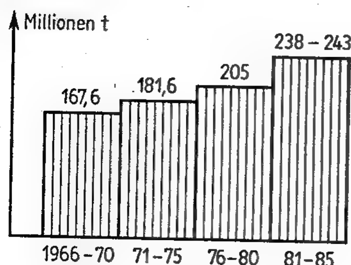
Landwirtschaftliche Produkte	1976–80 / 1981–85 durchschnittliche Jahresproduktion	Zuwachs 1981–85 in Prozent
Getreide in Mill. t	205 / 238–243	16–19
Zuckerrüben in Mill. t	88,4 / 100–103	13–16
Sonnenblumensamen in Mill. t	5,32 / 6,8	28
Rohbaumwolle in Mill. t	8,9 / 9,2–9,3	3–4
Fleisch (Schlachtgewicht) in Mill. t	14,8 / 17,0–17,5	15–18
Milch in Mill. t	92,6 / 97–99	5–7
Eier in Mrd. Stück	63,1 / 72	14
Gemüse in Mill. t	26 / 29,4	13
Obst und Beerenobst in Mill. t	9,4 / 11,5	22
Wolle in 1000 t	460 / 470–480	2–4

Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 29

uns jedoch vorerst noch geringer ... Nunmehr – und dadurch zeichnet sich die Agrarpolitik der UdSSR in den 80er Jahren aus – wird besonderer Wert auf steigende Leistungen in der Tierproduktion gelegt.«[12]

Im gegenwärtigen sowjetischen Fünfjahrplan (1981 bis 1985) soll die Agrarproduktion um weitere 12 bis 14 Prozent steigen. Schwerpunkt ist die Getreide- und Milcherzeugung. Im Fünfjahrplan wird die Landwirtschaft 27 Prozent der volkswirtschaftlichen Investitionen erhalten, obgleich die Landwirtschaft nur 15 Prozent des Nationaleinkommens erzeugt.

Durchschnittliche Jahresgetreideernte in der UdSSR



Quelle: horizont, 26/1981

Es ist die Aufgabe gestellt, »den Verbrauch dem ernährungsphysiologischen Optimum (82 kg Fleisch und 431 l Milch) anzunähern«.[13] Um dieses Ziel zu erreichen, soll bis 1985 die Jahresproduktion von Fleisch auf 18 Millionen t und die Milcherzeugung auf 102 Millionen t ansteigen.

Lange Zeit versuchten amerikanische Wissenschaftler die außerordentlich hohen industriellen Wachstumsraten in der Sowjetunion zu bagatellisieren. Sie meinten, eine schnelle Wachstumsrate sei typisch für das Übergangsstadium eines Agrarlandes zum Industriestaat. Sicher läßt sich die Produktion in einem Land mit sehr niedrigem Ausgangsniveau, z. B. bei Vorhandensein nicht genutzter Arbeitskräfte, schneller erhöhen. Die Sowjetunion befindet sich jedoch schon seit vielen Jahren nicht mehr im Übergangsstadium vom Agrar- zum Industriestaat. Trotzdem bleibt auch heute, da sie führende ökonomische Spitzenpositionen erreicht hat, die Überlegenheit in den Wachstumsraten gegenüber den USA bestehen.

Nun müssen wir allerdings sehen – und das weist die Statistik aus –, daß sich die UdSSR trotz ihrer Überlegenheit im Wirtschaftswachstum im Verhältnis zu den USA in der Industrieproduktion noch um 20 Prozent und in der Arbeitsproduktivität um 45 Prozent im Rückstand befindet. Zu beachten ist auch, daß das amerikanische Monopolkapital rund 500 Milliarden Dollar im Ausland investiert hat und damit außerhalb der Landesgrenzen über Potenzen verfügt, die es im eigenen Interesse nutzen kann.

Es erhebt sich die Frage: Wie lange benötigt die Sowjetunion, um die USA in der Industrieproduktion einzuholen?

Gehen wir in unseren Berechnungen von den jährlichen Zuwachsraten in der Industrieproduktion aus.

Von 1951 bis 1980 stieg die Industrieproduktion in der UdSSR jahresdurchschnittlich um 8,7 Prozent, in den USA um 4 Prozent.[14]

Würde sich dieses Verhältnis fortsetzen, dann könnte die UdSSR die USA schon 1986 im absoluten Umfang der Industrieproduktion überholen.

Folgendes Bild ergibt sich:

Steigerung der Industrieproduktion

USA 4 Prozent	UdSSR 8,7 Prozent	Abstand zu den USA
1980 = 100	1980 = 80	— 20 Prozent
1981 = 104	1981 = 86,9	— 16,4 Prozent
1982 = 108,2	1982 = 94,5	— 12,6 Prozent
1983 = 112,5	1983 = 102,7	— 8,7 Prozent
1984 = 117	1984 = 111,6	— 4,6 Prozent
1985 = 121,7	1985 = 121,4	— 0,2 Prozent
1990 = 148,1	1990 = 184,2	+ 24,3 Prozent
1995 = 180,1	1995 = 279,5	+ 55,2 Prozent
2000 = 219,2	2000 = 424,3	+ 93,5 Prozent

In beiden Ländern verringerten sich jedoch im Zeitraum von 1968 bis 1978 die Wachstumsraten.

Die Industrieproduktion erhöhte sich im Jahresdurchschnitt in den USA um 2,9 Prozent. In der Sowjetunion stieg sie um 8 Prozent.[15]

Nehmen wir dieses Verhältnis an, so ergibt sich folgendes Ergebnis:

Steigerung der Industrieproduktion

USA 2,9 Prozent	UdSSR 8 Prozent	Abstand zu den USA
1980 = 100	1980 = 80	— 20 Prozent
1981 = 102,9	1981 = 86,4	— 16 Prozent
1982 = 105,9	1982 = 93,3	— 11,9 Prozent
1983 = 109	1983 = 100,7	— 7,6 Prozent
1984 = 112,2	1984 = 108,8	— 3 Prozent
1985 = 115,4	1985 = 117,5	+ 1,8 Prozent
1990 = 133,1	1990 = 172,7	+ 29,7 Prozent
1995 = 153,6	1995 = 253,7	+ 65,1 Prozent
2000 = 177,2	2000 = 372,8	+110,3 Prozent

Das Ergebnis wäre also etwa das gleiche. Die UdSSR könnte die USA im absoluten Umfang der Industrieproduktion 1985 einholen.

In den USA wurde in den Krisenjahren von 1974 bis 1975 die Industrieproduktion um 9,3 Prozent zurückgeworfen. 1980, die USA hatten sich von dieser Krise gerade erholt, sank die Industrieproduktion erneut um 3,6 Prozent unter den Vorjahresstand. Kurze Belebungserscheinungen im Jahre 1981 wurden 1982 durch eine rückläufige Produktion abgelöst.

Nehmen wir eine andere Variante. Angenommen den USA könnte es künftig gelingen, das für sie relativ günstige Wachstum

der Industrieproduktion von 1968 bis 1978 von durchschnittlich 2,9 Prozent wieder zu erreichen. Das wären 15,4 Prozent in fünf Jahren.

Im Fünfjahrplan der UdSSR von 1981 bis 1985 wird sich das Wachstum der sowjetischen Industrieproduktion verlangsamen. Es erhöht sich jedoch um 26 bis 28 Prozent; jährlich durchschnittlich um 4,7 bis 5 Prozent.

Bei gleichbleibendem Entwicklungstempo könnte die Sowjetunion folglich die USA etwa 1993 im absoluten Umfang der Industrieproduktion einholen.

Steigerung der Industrieproduktion

USA 2,9 Prozent	UdSSR 4,7 Prozent	Abstand zu den USA
1980 = 100	1980 = 80	— 20 Prozent
1985 = 115,4	1985 = 100,6	— 12,9 Prozent
1990 = 133,1	1990 = 126,6	— 4,9 Prozent
1991 = 137	1991 = 132,5	— 3,3 Prozent
1992 = 141	1992 = 138,8	— 1,6 Prozent
1993 = 145	1993 = 145,3	+ 0,2 Prozent
1995 = 153,6	1995 = 159,3	+ 3,7 Prozent
2000 = 177,2	2000 = 200,4	+ 13 Prozent

Worauf beruht die zeitweilige Verringerung des Wirtschaftswachstums in der UdSSR? Es gibt mehrere Ursachen.

In der Landwirtschaft haben sich im letzten Jahrzehnt, obwohl mehr Mittel eingesetzt worden sind, ungünstige natürliche Bedingungen stark ausgewirkt. Der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion war in sechs Jahren – 1969, 1972, 1974, 1975, 1979 und 1980 – geringer als im jeweiligen Vorjahr.[16] Die Anhäufung ungünstiger natürlicher Bedingungen wird jedoch kein Dauerzustand sein.

Auch die objektiv notwendige beschleunigte Entwicklung der Brennstoffzweige verlangsamte das wirtschaftliche Wachstumstempo, »... denn die Investitionsintensität ist in den Brennstoff- und Energiebereichen drei- bis viermal so hoch wie im Durchschnitt aller anderen Industriezweige«.[17] Dieser Kostenfaktor verliert künftig ebenfalls an Bedeutung.

Günstig für die Perspektiven des ökonomischen Wettstreits mit den USA ist, daß die UdSSR über die erforderlichen Energiequellen für ein stabiles und dynamisches Wachstum verfügt. Auf ihrem Gebiet befinden sich 55 Prozent der erkundeten Kohle-, 11,5 Prozent der Erdöl- und 46,5 Prozent der Erdgasvorräte der Welt. Die potentiellen Energiereserven der Flüsse der Sowjetunion übertreffen die der Flüsse der USA, Kanadas und Japans zusammengenommen. Es existiert ein großes Potential, das nicht nur die vollständige Deckung des eigenen Energiebedarfs, sondern

auch einen bedeutenden Export von Energieträgern sichert. Die Sowjetunion ist einer der wenigen Industriestaaten der Welt, die ihre Energieprobleme mit eigenen Kräften bewältigen können.

In den nächsten Jahrzehnten werden die Brennstoff- und Rohstoffprobleme immer stärker durch die Erschließung Sibiriens bewältigt.

Über längere Zeit bestand die Vorstellung, daß Sibirien eine Region ist, die sich durch eine starke Verteuerung der Fonds und Kapazitäten, der Bauarbeiten, des Transports und der anderen Elemente des Wirtschaftspotentials auszeichnet.

»Das Leben ist teurer, daher müssen regionale Lohnzuschläge gezahlt werden; das Bauen ist teurer; in Sibirien sind bei der Erschließung neuer Gebiete umfangreiche Mittel für die Infrastruktur erforderlich; die Transportkosten der Erzeugnisse sind hoch; das sibirische Klima ist rauh, wodurch die Betriebskosten und die Investitionen steigen; Sibiriens Bevölkerung muß ernährt und mit allem Notwendigen versorgt werden; die Bedingungen für die Landwirtschaft sind dort jedoch schlecht, und vieles muß aus anderen Gebieten herbeigeschafft werden. Daher, so schlußfolgert man, beeinträchtige die Verlagerung der Produktivkräfte nach dem Osten, nach Sibirien, die Gesamteffektivität der sowjetischen Volkswirtschaft.

An diesen Überlegungen ist zwar richtig, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion in Sibirien teurer ist als anderswo; jedoch wird daraus fälschlich gefolgert, die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion sei in Sibirien niedriger. Aber die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion läßt sich nur richtig beurteilen, wenn man Ergebnis und Aufwand miteinander vergleicht.

So sind im Kusnezker Steinkohlenbecken die Baukosten um 15 bis 20 Prozent höher als im Donezbecken, aber im Kusnezker Becken ist die Kohle um die Hälfte billiger, weil die Flöze mächtiger sind und die Kohle weniger tief liegt. Die Bohrkosten im Gebiet Tjumen sind doppelt so hoch wie im Wolgagebiet. Wenn jedoch ein Bohrloch täglich drei- bis viermal mehr Erdöl liefert, so ist die Entwicklung der Erdölindustrie auch hier sehr effektiv. Ähnlich ist die Situation im Hüttenwesen und bei der Holzgewinnung ...

Für die Kansk-Atchinsker Tagebaue beispielsweise sind zum Abraum Schreitbagger mit Löffeln vorgesehen, die 100 Kubikmeter Abraum fassen, und für die Kohleförderung Schaufelradbagger mit Leistungen bis zu 12 000 t/h. Entsprechend wird die Arbeitsproduktivität dort fünf- bis zehnmal höher sein als in Kohlebergwerken und kleinen Tagebauen.«[18]

»Ferner muß gesagt werden, daß das Argument von der geringen Effektivität der sibirischen Landwirtschaft und von der niedrigen Eigenversorgung Sibiriens unhaltbar ist. Sibirien versorgt sich

unter Einschluß der nördlichen Gebiete mehr als ausreichend mit Getreide, Milchprodukten, Fleisch, Kartoffeln, Kohl, Mohrrüben und einigen anderen Gemüsearten ... Ein Teil der Getreide-, Milch- und Fleischproduktion wird aus Sibirien in andere Gebiete geliefert und nicht umgekehrt ... Die niedrigen Produktionskosten in der Landwirtschaft Sibiriens erklären sich daraus, daß es hier große Gebiete mit fruchtbarem Boden und guten Weiden gibt. Die Arbeitsproduktivität liegt um 50 Prozent über dem Unionsdurchschnitt ...

Wenn man all diese Faktoren berücksichtigt und davon ausgehend versucht, zusammenfassende Kennziffern zu bestimmen, so ergibt sich ..., daß die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität in Sibirien 20 Prozent höher ist als im Unionsdurchschnitt. Das heißt, in Sibirien wird pro Beschäftigtem mehr produziert. Nimmt man jedoch die oben begründeten Korrekturen an den geltenden Industriepreisen vor, dann ergibt sich für Sibirien eine um 40 Prozent höhere gesellschaftliche Arbeitsproduktivität ...«[19]

Verlangsamend auf das Wirtschaftswachstum der UdSSR wirkt sich der Übergang von den extensiven zu den intensiven Faktoren des Wirtschaftens aus. Die Verringerung ergibt sich, weil zunächst höhere Investitionen aufgewandt werden müssen und die extensiven Quellen des Wirtschaftswachstums weitgehend erschöpft sind, dies aber »noch nicht genügend durch ein verstärktes Gewicht der intensiven Faktoren, durch eine effektive Nutzung der Produktionsreserven kompensiert werden konnte«.[20]

Sowjetische Wirtschaftswissenschaftler betonen, daß »man aus dem objektiven Charakter der in der Vergangenheit aufgetretenen Schwankungen in den Wachstumstempi nicht den Schluß ziehen (darf, E. H.), daß diese Tendenz andauern muß«.[21]

Außerdem gibt es Faktoren, die den potentiellen Wert des Vorsprungs der USA in der Industrieproduktion wesentlich verringern. Diese Faktoren dürfen nicht unterschätzt werden.

Bedenken wir zunächst, daß es der sozialistischen Gesellschaft um das Befriedigen und Entwickeln echter, kulturvoller Bedürfnisse geht. Es werden z. B. keine Wirtschaftskapazitäten für eine perverse Vergnügungsindustrie eingesetzt, die im Kapitalismus stark aufgebläht ist, jährlich Milliardenumsätze erreicht (beispielsweise auch durch die Verbreitung von Pornographie) und übrigens eine gezielte manipulierende Funktion ausübt.

Es gibt im Sozialismus keine spezielle Industrie, die Waren produziert, für die es keinen echten Bedarf gibt, der aber im Kapitalismus des Profits willen künstlich erzeugt wird; das betrifft Massenartikel für einen primitiven Geschmack oder Luxusgegenstände, um das Geltungsbedürfnis und die Verschwendungssucht der Oberschicht zu befriedigen.

Im Sozialismus entfällt der Riesenaufwand für Reklame, folglich die dazu notwendige Industrie beachtlicher Kapazität. Im Pro-

duktionswert und im Preis eines Autos z. B. stecken einige Prozente, die von den Konzernen für Werbung ausgegeben werden, bei Waschmitteln sind es 20 Prozent, bei pharmazeutischen Erzeugnissen sogar bis zu 50 Prozent.

Damit ist gesagt, daß der Inhalt der Wirtschaftskraft eines Landes, der Charakter seiner Industrieproduktion natürlich durch das Wesen und die Werte des betreffenden Gesellschaftssystems bestimmt werden.

Zuwachsraten in der Produktion wichtiger Erzeugnisse der Industrie der UdSSR im elften Fünfjahrplan

Industrieprodukte	1980 1985	Zuwachs 1981–85 in Prozent
Elektroenergie in Mill. kWh	1295 1550–1600	20–24
Erdöl, einschließlich Gaskondensat, in Mill. t	603 620–645	3–7
Erdgas in Mrd. m^3	435 600–640	38–47
Kohle in Mill. t	716,4 770–800	7–12
Fertigwalzstahl in Mill. t	103 117–120	14–17
Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Metallbearbeitung in Mrd. Rubel	179 250	mindestens 40
Mineraldünger: in Effektivmengen in Mill. t,	104 150–155	44–49
umgerechnet auf Reinnährstoff in Mill. t	24,8 36–37	45–49
Plaste und Kunstharze in Mill. t	3,64 6–6,25	65–72
Chemiefasern in 1000 t	1176 1600	36
Zement, ohne die Produktion der zwischenbetrieblichen Einrichtungen, in Mill. t	124 140–142	13–15

Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 25

Außerordentliche Bedeutung für das Kräfteverhältnis hat die Tatsache, daß sich alle sowjetischen Angaben über das Niveau der Industrieproduktion nur auf den zivilen Bereich erstrecken. Die Landesverteidigung und die Raumfahrt sind in den Angaben über die Industrieproduktion nicht enthalten.

Anders in den USA. Ihre Angaben über die Industrieproduktion schließen den militärischen Sektor ein. Im Jahre 1978 betrugen in den USA die Rüstungsausgaben bereits 6 Prozent des Sozialprodukts.[22] Da sich der Anteil der Rüstungsausgaben beträchtlich erhöhte, stieg auch ihr Anteil am Sozialprodukt.

Das Leistungsvermögen der UdSSR wird infolgedessen im Verhältnis zu den USA statistisch niedriger ausgewiesen als es tatsächlich ist!

Berücksichtigt man vor allem diesen Faktor, aber auch die anderen dargelegten Faktoren, so dürfte der tatsächliche Vorsprung in der Industrieproduktion der USA im Verhältnis zur UdSSR im Jahre 1982 nicht bei 20 Prozent, sondern etwa bei zehn Prozent liegen. Infolgedessen könnte die UdSSR die USA in der Industrieproduktion vor dem Jahre 1993 einholen.

Von großer Bedeutung für das ökonomische Kräfteverhältnis sind die beträchtlichen Wirtschaftskapazitäten der USA in Westeuropa, Kanada, Lateinamerika und Asien.

Der Abteilungsleiter für Geschäftsangelegenheiten im USA-Außenministerium R. D. Hormats teilte in einem Vortrag mit, daß sich die Direktanlagen von USA-Firmen im Ausland bis Ende 1980 auf 213 Milliarden Dollar erhöht hätten. Werden indirekte Formen der Beteiligung hinzugerechnet, dann beläuft sich die Summe auf rund 500 Milliarden Dollar.[23]

Nicht nur die Investitionen der USA in den Entwicklungsländern sind eine Quelle von Profit und Einfluß, sondern auch ihre Investitionen in Westeuropa. »Die Qualität der amerikanischen Investitionen in Westeuropa besteht darin, daß der amerikanische Sektor die Wirtschaftszweige kontrolliert, die die Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bilden. Von USA-Monopolen beherrschte Unternehmen produzieren 80 Prozent der elektronischen Rechenanlagen, Kontroll- und Meßinstrumente, 55 Prozent der integrierten Schaltkreise, 50 Prozent der Halbleiter, 40 Prozent der Automobile, 15 Prozent der Radioempfänger, Fernseh- und Magnettongeräte.«[24]

Es gibt jedoch Faktoren, die das zusätzliche ökonomische Gewicht der USA in Form von rund 500 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen weitgehend verringern oder fast aufheben.

Ausländisches Kapital hatte in den USA bis 1980 Direktinvestitionen von rund 41 Milliarden Dollar angelegt. Es gibt folglich nicht nur Gewinne, die den USA aus ihren Auslandsinvestitionen zufließen, sondern auch Gewinne ausländischer Mächte, die aus den USA abfließen.

Nach Schätzungen des USA-Ökonomen Victor Perlo betrugen die Gewinne der USA aus Auslandsinvestitionen 1979 mindestens 42 Milliarden Dollar.[25] Wir wollen annehmen, daß sie sogar rund 80 Milliarden Dollar jährlich betragen. Ihnen stehen aber Riesenverluste durch Krisen, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Erwerbslosigkeit gegenüber.

Allein die Kosten der Wirtschaftskrise von 1974 bis 1975 beliefen sich in den USA auf rund 250 Milliarden Dollar. In zehn Jahren, von 1971 bis 1980, betrugen die Verluste etwa 800 Milliarden Dollar.[26] Das sind also im Jahresdurchschnitt etwa 80 Milliarden Dollar. Diese Verluste entsprechen etwa den Gewinnen, die die USA aus ihren Auslandsinvestitionen im Jahresdurchschnitt erzielten.

Man darf selbstverständlich nicht übersehen, daß die nichtausgelasteten Produktionskapazitäten bei einer neuen Konjunktur in kurzer Zeit – teilweise sogar modernisiert – wieder genutzt werden können und daß auch die Brachlegung von Arbeitskräften verringert werden kann. Hans Tammer betont jedoch zu Recht, daß nur ein Teil der stillgelegten Produktionsanlagen nach Überwindung der Krise als Kapital fungiert, der andere Teil wird vernichtet.[27] Hauptsächlich sind davon die Klein- und Mittelunternehmen betroffen. Im Jahre 1980 leisteten in den USA 410 000 Bürger den Offenbarungseid. 218 000 Farmen konnten die rückzahlfälligen Darlehen im Gesamtumfang von 14,9 Milliarden Dollar nicht erstatten.[28]

Zu beachten ist ferner, daß sich die Verluste in Höhe von 800 Milliarden Dollar nicht nur auf eine Krisenperiode beziehen, sondern sich über den Zeitraum von 1971 bis 1980 erstrecken, in dem sowohl drei Rezessionsperioden als auch die Aufstiegsphasen enthalten sind.

Auf die Krise folgt zweifellos eine neue Konjunktur oder Wirtschaftsbelebung. Dieser Zyklus ist nicht aufgehoben. Doch Riesenverluste werden in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zur Dauererscheinung. Das zeigt auch die Einschätzung des »Berner Europäischen Zentrums für angewandte Wirtschaftsforschung«. Es rechnet damit, daß es allein in den Ländern der »Europäischen Gemeinschaft« 1990 rund 14 Millionen Arbeitslose geben wird.[29]

Stark einschränken ließen sich die Wirtschaftsverluste nur, wenn eine wesentliche Erhöhung der wirtschaftlichen Wachstumsraten erfolgt. Das ist nicht ausgeschlossen.

Es »könnten neue Verfahren gefunden werden, die die Produktion bestimmter Zweige entscheidend beschleunigen, was dann eine zeitweilige Erhöhung der Wachstumsraten nach sich ziehen wird. Zur Zeit wird fieberhaft nach neuen Rohstoff- und Energiequellen gesucht. Vielleicht führt ein gewisser Erfolg in dieser Richtung zu einer Bewegung in den Zweigen der Energie- und verarbeitenden

Industrie der kapitalistischen Industrieländer usw. Aber diese Faktoren werden das Wirtschaftswachstum nur kurzfristig beeinflussen«.[30]

Fassen wir zusammen:

In der Industrieproduktion kann die UdSSR die USA am Ende der achtziger oder am Anfang der neunziger Jahre einholen. Schon jetzt ermöglichte das hohe Entwicklungstempo der Sowjetunion, die USA in der Produktion wichtiger Rohstoffe und Industrieerzeugnisse nicht nur einzuholen, sondern auch wesentlich zu überholen. Im Jahre 1980 übertraf die Sowjetunion die USA bei Erdöl um 40 Prozent, bei Rohstahl um 43 Prozent, bei mineralischen Düngemitteln um 13 Prozent, bei Diesel- und Elektrolokomotiven für Hauptstreckenverkehr um 44 Prozent, bei Traktoren um 27 Prozent, bei Zement um 62 Prozent, bei Baumwollgeweben um 80 Prozent und bei Wollgeweben um 415 Prozent.[31]

Hinsichtlich des Produktionsvolumens steht die UdSSR ferner bei folgenden Artikeln in der Weltproduktion an erster Stelle: Eisenerz, Montage-Stahlbetonkonstruktionen und -teile, Mähdrescher, Holzeinschlag, Schnittholz, Lederschuhe, Milch und Butter.[32]

Diese Entwicklung ist nicht nur wichtig hinsichtlich des Kräfteverhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA. Sie hat auch Bedeutung insbesondere für die Staaten im kapitalistischen Europa.

Im Jahre 1980 übertraf die Sowjetunion Großbritannien, die BRD und Frankreich zusammengenommen in folgenden Erzeugnissen: bei Rohstahl um 187 Prozent, bei mineralischen Düngemitteln um 207 Prozent, bei Diesel- und Elektrolokomotiven für Hauptstreckenverkehr um 228 Prozent und bei Erdöl um 714 Prozent.[33]

Was die Gewinne der USA aus ihren Auslandsinvestitionen betrifft, so werden sie – wie wir sahen – durch andere Faktoren weitgehend oder fast vollständig aufgehoben.

Nun zur nächsten Frage: Wie lange benötigt die UdSSR, um die Arbeitsproduktivität der USA in der Industrie zu erreichen?

Der Vorsprung der USA beträgt hier etwa 45 Prozent.[34] Das macht wohl jedem die Größe und Tragweite der Aufgabe deutlich.

Bekanntlich ist es nicht nur von größter Bedeutung, welche Mengen Elektroenergie, Erdöl, Kohle, Gas, Stahl, Zement usw. produziert bzw. gefördert werden, sondern vor allem, welches Endprodukt in Struktur und Qualität daraus entsteht.

Der ökonomische Wettstreit zwischen der UdSSR und den USA, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, ist in eine neue entscheidende Phase eingetreten. Es gilt vor allem, den Kapitalismus im Bereich der qualitativen Kennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung zu übertreffen.

An die erste Stelle im ökonomischen Wettstreit der beiden Systeme treten deshalb der wissenschaftlich-technische Fortschritt und seine volkswirtschaftliche Nutzung, der Grad der Erneuerung des

technischen Apparats und der Erzeugnisse, die Qualität der Produkte und deren Übereinstimmung mit den sich ständig verändernden Bedürfnissen, die Effektivität von Leitung, Planung und Stimulierung, die Fähigkeit, in der Volkswirtschaft rasch auf Neuerungen zu reagieren, das Tempo struktureller Veränderungen in der Produktion mit außerordentlich günstigen Parametern zu verwirklichen sowie günstige Rücklaufzeiten für die Investitionen zu ermöglichen.

Von größter Bedeutung ist die Entwicklung der Mikroelektronik, der Robotertechnik, der Kernenergie, der Rohstoffveredlung, der Biotechnologien und anderer hochproduktiver Technologien.

Neben den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern bestimmen in zunehmendem Maße die sozialistischen Länder den Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Produktion. Sie bauen ihre Positionen immer erfolgreicher aus. In der Kosmosforschung, bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, in der Produktion einiger Arten von Kraftwerken, insbesondere von Wasserkraftwerken, bei der Verwendung von Lasertechnik und bei einigen Flugzeugtypen hat die Sowjetunion bereits den ersten Platz in der Welt eingenommen.

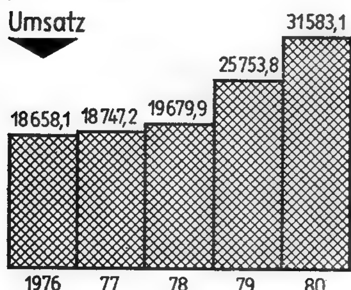
Die dargelegten ökonomischen Kennziffern bestimmen die Entfaltung der Arbeitsproduktivität. Sie ist die wichtigste Kennziffer.

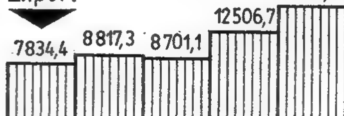
Jede neue Gesellschaft benötigt ein höheres Niveau der Arbeitsproduktivität, auch die sozialistische. Die historischen Bedingungen bewirkten, daß zuerst Länder aus dem kapitalistischen Machtbereich ausbrachen, die in der Arbeitsproduktivität gegenüber den industriell am meisten entwickelten Ländern mehr oder weniger weit zurückgeblieben waren. Sie müssen gegenüber den entwickelten kapitalistischen Staaten eine höhere Arbeitsproduktivität erringen.

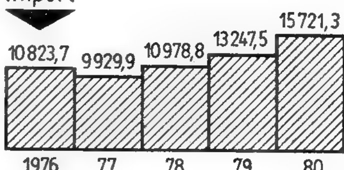
W. I. Lenin charakterisierte diese historische Aufgabe mit den Worten: »Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ... Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weitaus höhere Arbeitsproduktivität schafft.«[35]

In der Sowjetunion sind wichtige Voraussetzungen dafür entstanden, um die USA auch im Niveau der Arbeitsproduktivität zu übertreffen. Dazu bedarf es einer fortgeschrittenen materiell-technischen Basis, die große Investitionen erfordert. Die UdSSR hat nicht nur ein leistungsfähiges wissenschaftlich-technisches Potential aufgebaut. 25 Prozent aller Wissenschaftler der Welt arbeiten in der Sowjetunion. Sie bildet fünfmal soviele Ingenieure aus wie die USA. Noch größer ist der Vorsprung bei Diplomtechnikern. In den 50er Jahren konnte die UdSSR wertmäßig nur 30 Prozent der USA-Kapitalanlagen investieren. In den 70er Jahren jedoch vermochte sie, die USA hinsichtlich des Gesamtumfangs der

Entwicklung des Außenhandels der UdSSR mit den entwickelten kapitalistischen Staaten







Quelle: Außenhandel, Moskau, 3/1978, 3/1980, 3/1981

Investitionen zu überholen. Stark gestiegen sind die Grundfonds der sowjetischen Industrie. Sie liegen seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre um etwa 5 Prozent über denen der USA. Im Bauwesen sind sie dreimal, in der Landwirtschaft 1,6mal so hoch wie in den USA.[36]

»Für das elfte Planjahrfünft ist vorgesehen, das Tempo der Erneuerung der Technik etwa auf das Anderthalbfache zu beschleunigen. In der Sowjetunion werden 38 komplexe wissenschaftliche Zielprogramme verwirklicht.«[37]

Nunmehr ist das Hauptproblem der Nutzeffekt, auf das die ganze Kraft von Wissenschaft und Technik konzentriert wird.

Aufholen muß die UdSSR im Verhältnis zu den USA bei modernen, hochleistungsfähigen Produktionseinrichtungen und -geräten, in Bereichen der Elektronik, in der Produktion von Plasten und Chemiefasern, im Automatisierungsgrad der Produktion und in der Anwendung moderner technologischer Erfahrungen.

Die Beantwortung der Frage, wieviel Zeit die UdSSR benötigt, um den Vorsprung der USA von 45 Prozent in der industriellen Arbeitsproduktivität einzuholen, ist nicht einfach. Hier ist eine ungefähre Zeitbestimmung sehr viel schwieriger als für die Entwicklung der Industrieproduktion. Eine Extrapolation ohne Berücksichtigung veränderter Bedingungen, die künftig wirksam sind, würde zwangsläufig schon infolge des längeren Zeitraums zu größeren Fehlergebnissen führen.

In den USA lag die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktion in der Industrie von 1951 bis 1980 bei 3,1 Prozent, in der Sowjetunion bei 5,7 Prozent.[38]

Würde sich dieses langjährige Verhältnis in den Zuwachsraten fortsetzen, so ergäbe sich folgendes Bild:

Steigerung der Arbeitsproduktivität

USA 3,1 Prozent	UdSSR 5,7 Prozent	Abstand zu den USA
1980 = 100	1980 = 55	— 45 Prozent
1985 = 116,5	1985 = 72,56	— 37,1 Prozent
1990 = 135,71	1990 = 95,74	— 29,5 Prozent
1995 = 158,09	1995 = 126,32	— 20,1 Prozent
2000 = 184,16	2000 = 166,67	— 9,5 Prozent
2001 = 189,87	2001 = 176,17	— 7,3 Prozent
2002 = 195,76	2002 = 186,21	— 4,8 Prozent
2003 = 201,83	2003 = 196,82	— 2,5 Prozent
2004 = 208,08	2004 = 208,04	— 0,02 Prozent
2005 = 214,52	2005 = 219,90	+ 2,5 Prozent

Das heißt, die Sowjetunion würde etwa im Jahre 2005 die USA im Stand der Arbeitsproduktivität erreichen.

In beiden Ländern zeichnet sich jedoch eine gewisse Verringerung der Zuwachsrate ab. Im Zeitraum von 1970 bis 1979 stieg die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in der UdSSR um 42 Prozent, in den USA um 17 Prozent.[39] Das ist für die USA eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate von 1,6 Prozent und in der UdSSR von 3,5 Prozent.

Steigerung der Arbeitsproduktivität

USA 1,6 Prozent	UdSSR 3,5 Prozent	Abstand zu den USA
1980 = 100	1980 = 55	— 45 Prozent
1985 = 108,27	1985 = 65,32	— 39,7 Prozent
1990 = 117,21	1990 = 77,58	— 33,9 Prozent
1995 = 126,89	1995 = 92,14	— 27,4 Prozent
2000 = 137,37	2000 = 109,43	— 20,6 Prozent
2005 = 148,72	2005 = 129,97	— 12,7 Prozent
2010 = 161,0	2010 = 154,37	— 4,2 Prozent
2011 = 163,58	2011 = 159,77	— 2,4 Prozent
2012 = 166,2	2012 = 165,36	— 0,5 Prozent
2013 = 168,86	2013 = 171,15	+ 1,3 Prozent

Bei diesem Verhältnis in den Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität könnte die UdSSR die USA nicht um das Jahr 2005, sondern erst etwa 2013, rund 8 Jahre später, einholen.

Im Fünfjahrplan der UdSSR von 1981 bis 1985 ist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 4,5 Prozent im Jahresdurchschnitt vorgesehen. Es ist anzunehmen, daß die USA ihren Tiefstand in der Arbeitsproduktivität überwinden werden. Das wesentlich schnellere Wachstum der Arbeitsproduktivität der UdSSR im Verhältnis zu den USA wird jedoch anhalten.

Steigerung der Arbeitsproduktivität in der UdSSR im elften Fünfjahrplan

Arbeitsproduktivität	1976–80 (Zuwachs in Prozent)	1981–85 (Zuwachs in Prozent)
Industrie	17	23–25
Landwirtschaft (gesellschaftliche Produktion, im Jahresdurchschnitt gegenüber dem vorangegangenen Planjahrfünft)	15	22–24
Bauwesen	11	15–17
Eisenbahnverkehr	0,5	10–12

Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 19

Es gibt keine neuen Faktoren, die sich zukünftig zuungunsten der UdSSR verändern könnten. Die Überlegenheit der UdSSR im Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität gegenüber den USA bleibt weiter bestehen. Es zeichnet sich sogar die Tendenz einer Veränderung zugunsten der UdSSR ab.

Die Rohstoff- und Energieprobleme sind in der UdSSR nicht größer als in den USA, wie wir sahen. Ja, die sozialistische Planung erlaubt der UdSSR, die Probleme rationeller und ohne »Energiekrisen« zu lösen.

Zwar zwingen der erbitterte Konkurrenzkampf im Kapitalismus und die Systemauseinandersetzung die kapitalistischen Länder zur schnellen Entfaltung der Produktivkräfte. Die zunehmende Verschärfung der ökonomischen Widersprüche führt jedoch zur ansteigenden Brachlegung von Arbeitskräften, zur wachsenden Nichtausnutzung von Produktionsanlagen, zur massenhaften Vernichtung von Produktivkräften, besonders in den Wirtschaftskrisen.

»Im heutigen Kapitalismus stoßen ständig zwei Tendenzen aufeinander: die Tendenz des technischen und ökonomischen Fortschritts, die für ihre Entwicklung nicht den entsprechenden günstigen Boden findet, und die Tendenz, daß die Entwicklung der Produktivkräfte gehemmt, Produktivkräfte teilweise zerstört werden.«[40]

Zwar wird die Produktion modernisiert, und Arbeiter werden in großem Maße durch moderne Technik ersetzt. Auf der Grundlage der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik werden die Produktionsmittel und -methoden weiter revolutio-

niert. Trotzdem verlangsamte sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität.[41]

Es »deutet nichts darauf hin, daß sich das wirtschaftliche Entwicklungstempo des Weltkapitalismus erhöhen wird«.[42]

Gestützt auf diese objektiven Grundtendenzen, wird es der UdSSR wahrscheinlich möglich sein, bei voller Mobilisierung der schöpferischen Initiative der Werktätigen die Arbeitsproduktivität der USA in der Industrie beträchtlich vor dem Jahre 2013 zu erreichen.

Sicher gibt es im Wettstreit zwischen der UdSSR und den USA zur Zeit noch nicht erfaßbare Faktoren geringerer Bedeutung. Sie können aber die Grundtendenz im ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen den beiden Seiten nicht wesentlich verändern.

Das entscheidende Kriterium war und ist die Praxis. Und diese zeigt: Trotz großer Auslandsinvestitionen, trotz eines realen Vorsprungs in der Industrieproduktion von etwa 10 Prozent im Jahre 1982, trotz eines wesentlich größeren Vorsprungs in der Arbeitsproduktivität von rund 45 Prozent gegenüber der UdSSR sind die USA außerstande, Probleme zu lösen, die – wenn auch unter großen Anstrengungen – von der Sowjetunion bewältigt werden.

In den USA und den anderen kapitalistischen Ländern hat »die Unrationalität, die Überlebtheit der Profitwirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre eine neue Dimension erlangt«.[43]

Die Tatsachen sprechen für sich. Die Lage wird durch sinkende Wachstumsraten der Produktion, chronische Krisenprozesse – einschließlich internationaler Strukturkrisen –, steigende Inflation und Massenarbeitslosigkeit, den Abbau der Sozialleistungen, der Ausgaben für Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Altersrenten und Arbeitslosenunterstützung usw. charakterisiert. Dabei lebten, noch bevor die Offensiven des sozialen Abbaus einsetzten, z. B. in den USA – nach offiziellen Angaben – bereits 35 Millionen unter dem Existenzminimum. Im Jahre 1980 waren die Reallöhne auf den Stand von 1970 gesunken.

Ungünstig wirkt sich auch die wachsende Staatsverschuldung der USA aus. Sie wird im Haushaltsjahr 1982/83 eine Gesamthöhe von 1,25 Billionen Dollar erreichen. 1982 betrug die Staatsschuld etwa 50 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die steigenden Staatsschulden erfordern immer größere Zinszahlungen, die auch durch die Hochzinspolitik besonders schnell wachsen. Jährlich müssen über 125 Milliarden Dollar Zinsen für die staatlichen Anleihen aufgebracht werden. Das heißt, die jährlichen Zinszahlungen belasten die USA-Wirtschaft und den Lebensstandard der Werktätigen noch stärker als die schon unerträglichen Verluste von jährlich 80 Milliarden Dollar durch Krise, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Erwerbslosigkeit. Nur um weiter funktionieren zu können, mußte die USA-Regierung monatlich 8 Milliarden Dollar Kredite aufnehmen.

Die Krise der Staatsfinanzen in allen imperialistischen Ländern zeigt die zunehmende Überforderung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems.[44]

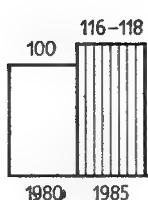
Ganz anders die Lage der Sowjetunion. Die dynamische ökonomische und soziale Entwicklung schreitet planmäßig voran. Es ist aufschlußreich, welche Akzente der Fünfjahrplan für den Zeitraum 1981 bis 1985 setzt. Die Produktion von Konsumgütern erreicht gegenüber der Produktion von Produktionsmitteln ein schnelleres Entwicklungstempo. Der Konsumtionsfonds erhält einen höheren Anteil am Nationaleinkommen. Die Arbeitslöhne und -einkommen und die Vergünstigungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds wachsen. Das größte Wohnungsbauprogramm der Welt wird fortgesetzt, ebenso der Ausbau des Gesundheitswesens. Umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der Familie, von Mutter und Kind sowie der jungen Eheleute werden realisiert. All das beweist, daß das Wachsen des Volkswohlstandes, die immer bessere

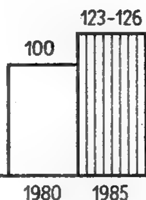
Steigerung der Produktion von Konsumgütern in der UdSSR im elften Fünfjahrplan

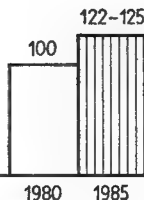
Konsumgüter	1980	1985	Zuwachs 1981 – 85 in Prozent
Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie in Mrd. Rubel	100	123 – 126	23 – 26
darunter: Fleisch (einschl. Fleisch- und Wurstwaren der Kategorie I) aus staatlichem Aufkommen in Mill. t	8,3	11,1	34
Milch und Milchprodukte aus staatlichem Aufkommen, umgerechnet auf Milch in Mill. t	24,87	28,3	14
Erzeugnisse der Leichtindustrie in Mrd. Rubel	100	118 – 120	18 – 20
darunter: Textilien in Mrd. m²	10,7	12,7	19
Wirkwaren in Mill. Stück	1622	2060	27
Lederschuhe in Mill. Paar	744,3	830	11,5
Kultur-, Haushalt- und Wirtschaftswaren in Mrd. Rubel; EVP	43,5	61,0	mind. 40

Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 24









Quelle: Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tichonow, Dietz Verlag, Berlin 1981

Befriedigung der materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt der Politik der KPdSU und der gesellschaftlichen Anstrengungen stehen können.

Das ökonomische Wachstum in der UdSSR – das gilt ebenso für die anderen sozialistischen Staaten – ist mit schwierigen Problemen verbunden. Aber die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft erlauben es, große Aufgaben zu stellen und zu verwirklichen.

Überholt Japan die Sowjetunion und die USA?

Das kaiserlich-militaristische System hatte das japanische Volk in die größte Tragödie seiner Geschichte gestürzt. Zweifellos wäre es von den Volksmassen nach dem zweiten Weltkrieg beseitigt worden, hätte der amerikanische Imperialismus den japanischen Kapitalismus nicht vor einer Revolution der Arbeiter und Bauern geschützt. Außerdem leistete er einen wesentlichen Beitrag, um die wirtschaftliche Macht der japanischen Monopole wieder herzustellen. Die amerikanischen Imperialisten waren bestrebt, Japan zu einem zuverlässigen Juniorpartner zu machen und mit seiner Hilfe ganz Ostasien zu unterwerfen. Die Beziehungen zwischen beiden Seiten waren für die Monopole von gegenseitigem Nutzen. Die USA-Monopole trafen mit den japanischen Konzernen einträgliche Lizenz- und Patentabkommen, wodurch der japanischen Industrie die neueste Technik zugänglich war. Beide Seiten arbeiteten bei der Ausplünderung Südkoreas, Taiwans, Thailands und anderer

asiatischer Länder zusammen. Nicht nur die USA-Militärbasen in Japan sind für den amerikanischen Imperialismus von außerordentlichem Wert, auch an der militärischen Stärkung Japans, das 1980 117 Millionen Einwohner hatte, ist die amerikanische Monopolbourgeoisie gegenwärtig interessiert.

Nach dem zweiten Weltkrieg befand sich der japanische Imperialismus in vollständiger Abhängigkeit von den USA. Im Unterschied zu den westeuropäischen Kapitalisten, die das Eindringen der USA-Monopole in die Wirtschaft weitgehend unterstützten, hielten die Japaner die amerikanischen Investitionen in Grenzen. Sie sicherten sich im wesentlichen die Kontrolle über ihre entscheidenden Wirtschaftszweige.

Der Aufstieg der japanischen Wirtschaft und das Wachstum ihres internationalen Einflusses sind von den amerikanischen Monopolen durchaus nicht beabsichtigt gewesen. Besonders im ökonomischen Bereich verdrängten japanische Monopole ihre amerikanischen Gönner zunehmend.

Die Ziele der USA, den japanischen Imperialismus zu einem bedingungslosen Juniorpartner zu machen, realisierten sich nicht im geplanten Umfang. Japan hat weitgehend das Juniorpartner-Dasein abgestreift. Die Rivalität nimmt oft zugespitzte Formen an.

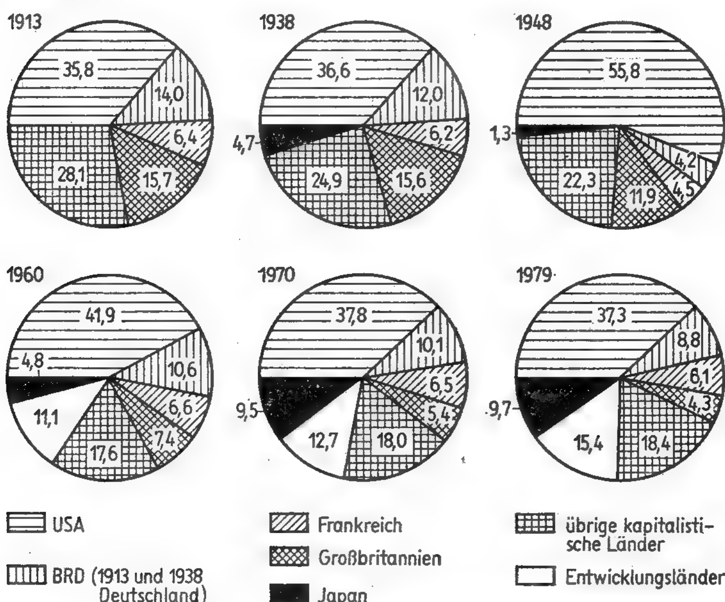
Japans »großer Sprung«

Von den drei Zentren des Weltkapitalismus – den USA, Westeuropa und Japan – hatte Japan nach dem zweiten Weltkrieg das höchste Wirtschaftswachstum aufzuweisen, das zeitweise sogar die Wachstumsraten sozialistischer Länder überstieg. Japan war im Verhältnis zu den führenden kapitalistischen Ländern in seiner Entwicklung wesentlich zurückgeblieben, obgleich es bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges durch eine relativ hohe Wachstumsrate von jährlich 4 bis 5 Prozent aufgeholt hatte.

Von 1950 bis 1973 entwickelte sich die japanische Wirtschaft ungewöhnlich schnell. In den USA lag der durchschnittliche Zuwachs der Industrieproduktion bei 3,7 Prozent, in den westeuropäischen Ländern bei 3,6 Prozent und in Japan bei 11,3 Prozent. Im Zeitraum von 1970 bis 1980 wuchs die Industrieproduktion Japans um 58 Prozent, die der kapitalistischen Länder jedoch nur um 37 Prozent. Das Bruttosozialprodukt betrug 1950 in Japan pro Kopf der Bevölkerung 15 Prozent des USA-Niveaus. Es stieg bis 1979 auf etwa zwei Drittel. Damit erreichte Japan ungefähr den Stand Westeuropas.[45]

Auch der Rückstand in der Arbeitsproduktivität wurde wesentlich verringert. Von 1950 bis 1975 erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in den USA auf das 2,1fache, in den westeuropäischen Staaten auf das 3,2fache, in Japan jedoch auf das 7,2fache.[46]

Anteil kapitalistischer Hauptländer sowie der Entwicklungsländer an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt 1913 bis 1979 (in Prozent)



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 132

»Nach Berechnungen sowjetischer Ökonomen war das Land Anfang der fünfziger Jahre technisch noch um mehr als zehn Jahre hinter den anderen kapitalistischen Industrieländern zurückgeblieben, hatte aber schon Ende der sechziger Jahre bei der Technologie von rund 60 Prozent seiner Waren mit den USA gleichgezogen bzw. diese bereits übertroffen, und bei 20 Prozent der Waren wurde fast das Weltniveau erreicht.

Diese hohe Produktivität und ihre rasche weitere Zunahme sind sowohl das Ergebnis gesteigerter Arbeitshetze, intensiver Rationalisierung und verschärfter Ausbeutung als auch des vermehrten Einsatzes von Industrierobotern in der japanischen Industrie. Nach Angaben des Robot Institute (USA) waren Mitte 1979 in den USA rund 3 250 Industrieroboter in Betrieb, in Japan jedoch bereits rund 30 000.«[47]

Das außerordentliche japanische Wirtschaftswachstum führte zu einer dramatischen Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten. Es gelang Japan, hinsichtlich des Bruttosozialprodukts und der Industrieproduktion, Frankreich, Großbritannien und die BRD zu überholen und hinter den USA den

zweiten Platz einzunehmen. Betrug 1950 der Anteil der Industrieproduktion Japans an der kapitalistischen Welt 1,6 Prozent, so erhöhte er sich bis 1979 auf 9,7 Prozent; der Anteil der USA verringerte sich im gleichen Zeitraum von 48,7 auf 37,3 Prozent.[48]

Die Ursachen des ökonomischen Aufstiegs

Wo liegen die Gründe für die schnelle Ausdehnung des japanischen Wirtschaftspotentials?

Japan hatte beträchtliche Kriegsschäden, allein sechzig Städte waren von amerikanischen Bombenflugzeugen zerstört worden. Im Jahre 1946 betrug die Industrieproduktion nur 30,7 Prozent des Jahresdurchschnitts von 1934 bis 1936. Zudem wurden in den ersten Jahren durch die amerikanische Besatzungsmacht viele Industrieanlagen im Rahmen von Reparationsleistungen demontiert.

Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt war infolgedessen aufgehoben. Es bestand eine extreme Unterproduktion, das Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufbaus mußte beschleunigt werden. Obwohl die japanische Wirtschaft schneller als die in den westeuropäischen Ländern wuchs, benötigte sie vier Jahre länger als z. B. der kapitalistische Teil Deutschlands, um den wirtschaftlichen Stand der Vorkriegszeit zu erreichen.

Die Agrarreform von 1947 schuf in Japan ähnliche Impulse für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, wie die europäischen Länder sie früher durch die Beseitigung der feudalen Zustände erhalten hatten. Die von der feudalen Abhängigkeit befreiten japanischen Bauern wurden zu Eigentümern des von ihnen bearbeiteten Bodens; allein über drei Millionen erhielten Land. Der Anteil des Pachtlandes an der landwirtschaftlichen Bodenfläche, der ursprünglich 46 Prozent betrug, verringerte sich auf 9 Prozent. Die Lage der Landbevölkerung verbesserte sich wesentlich. Die Schranken, die die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse gehemmt hatten, wurden niedergerissen. Für die japanische Industrie erweiterte sich auch der Binnenmarkt erheblich. So wurde eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus geschaffen.

Ferner bildete sich in Japan »eine Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus ..., die eine stärker abgestimmte Expansionsstrategie ermöglichte und in bürgerlichen Publikationen anderer Länder oft als ›Japan-AG‹ bezeichnet wird«.[49]

Große Bedeutung hatte auch die wirtschaftliche Aktivität des japanischen Staates. Er förderte die Ausdehnung der Monopole auf dem Binnen- und Außenmarkt; 26 Prozent der Aufwendungen für Bruttoinvestitionen wurden im Zeitraum von 1955 bis 1970 den Monopolen zugeschanzt. Umfangreiche wirtschaftliche Regierungsprojekte, Sicherung der Materialbeschaffung und staatliche

Wirtschafts- und Finanzregulierung überboten die Aktivitäten in anderen kapitalistischen Ländern.[50]

Der weitgehende Mangel an Rohstoffen stellte die japanische Wirtschaft vor außerordentliche Probleme, denn hinsichtlich der Einfuhrabhängigkeit bei Energie und Rohstoffen steht Japan an der Spitze aller imperialistischen Länder. Mineralische Erze und Rohbaumwolle, Rohwolle, Phosphate, Naturkautschuk, Kopra, Bauxit und Nickelerz müssen zu 100 Prozent, Kupfererz zu 97, Erdöl zu 91,6 und Kohle zu 65 Prozent eingeführt werden.

Dieses von der Rohstoffeinfuhr aus dem Ausland völlig abhängige Land verstand es nicht nur, die Rohstoffeinfuhr, sondern auch eine solche Kostengestaltung zu sichern, die die ökonomische Entwicklung des Landes gewährleistete. Um aus allen Teilen der Erde die Rohstoffe heranzubringen, wurde eine riesige Handelsflotte aufgebaut und Industriebetriebe unmittelbar an den Küsten des Landes errichtet. So kann die Fracht direkt in die Fabriken und Stahlwerke verladen werden. Durch den Einsatz umfangreicher Schiffseinheiten liegen die Transportkosten, z. B. für Kohle aus den USA nach Japan, niedriger als für den Transport der Kohle innerhalb der USA mittels Eisenbahn.

Eine weitere wichtige Ursache für den schnellen Wirtschaftsaufstieg war die wachsende Verwendung eines Teiles des Bruttonationaleinkommens für die Erweiterung der Produktion. Er stieg bis 1971 auf 39,9 Prozent.[51] Das wurde möglich, weil die japanischen Monopole das Lohnniveau im Verhältnis zur wachsenden Arbeitsproduktivität außerordentlich niedrig hielten. Zwar erkämpfte sich die japanische Arbeiterklasse beträchtliche Lohnerhöhungen, doch die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der Reallöhne betrugen von 1961 bis 1965 5,3 Prozent und von 1966 bis 1970 1 Prozent. Die Arbeitsproduktivität aber wuchs im gleichen Zeitraum durchschnittlich etwa doppelt so schnell.

Obwohl eine allmähliche Angleichung des Lohnniveaus der japanischen Werktätigen an das italienische und französische erfolgte, sind die Konkurrenzvorteile der japanischen Monopolbourgeoisie nach wie vor beachtlich. Im Jahre 1970 betrug der Durchschnittslohn eines Werktätigen in den USA noch immer das 3,6fache des japanischen Werktätigen.

Trotz des sprunghaften Ansteigens der Monopolprofite in Japan und der relativ langsameren Erhöhung des Reallohnes stieg durch das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse die Kaufkraft. Sie ermöglichte die Ausdehnung des Binnenmarktes.

Die Spareinlagen stellten eine weitere Quelle für die Akkumulation und Ausdehnung der Produktion dar. Geringe Sozialaufwendungen des japanischen Staates sowie völlig unzureichende Alters- und Krankenversicherung zwingen die Werktätigen, einen hohen Teil ihres geringen Einkommens zu sparen. Während der Anteil der Spareinlagen am gesamten verfügbaren Einkommen in

Großbritannien, Frankreich und der BRD etwa 11 Prozent, in den USA sogar nur 8 Prozent betrug, lag er in Japan bei 20 Prozent. Diese Spareinlagen wurden den Konzernen zur Verfügung gestellt und vergrößerten die Möglichkeiten ihrer Akkumulation.

Das Tempo der Wirtschaftsentwicklung beschleunigte sich auch durch die Übernahme neuester ausländischer Kenntnisse von Wissenschaft und Technik, die klug den Verhältnissen der japanischen Produktion angepaßt und durch eigene Forschungen weiterentwikkelt wurden. Zugleich konzentrierte man die Forschung und Entwicklung auf wenige, aber vom Gesichtspunkt des Wachstumstempos besonders wichtige Zweige, z. B. Elektronik, chemische Industrie und Schiffbau. Infolgedessen gewannen die japanischen Monopole Zeit, die sich in großen wirtschaftlichen Zuwachsraten ausdrückte.[52]

Die außenwirtschaftliche Situation begünstigte ebenfalls das Wirtschaftswachstum. Die japanischen Monopole konnten bis einschließlich 1973 alle Energieträger und Rohstoffe, die in Japan teilweise oder völlig fehlen, zu niedrigen und sogar sinkenden Preisen erwerben.

Auch die niedrigen Arbeitslöhne und die Unterbewertung des Yen ermöglichten Japan, selbst in die Märkte der entwickelten kapitalistischen Länder einzudringen und dort seine Positionen zu festigen.

Bedeutungsvoll für das schnelle Anwachsen des Wirtschaftspotentials waren zweifellos auch die geringen Rüstungsausgaben; das erlaubte, relativ größere Mittel für den Aufbau und die Modernisierung des Produktionsapparates einzusetzen.

Nach der Niederlage im zweiten Weltkrieg waren der japanischen Rüstungsproduktion Verbote und Beschränkungen auferlegt worden. Die Rüstungsausgaben betrugen viele Jahre nicht mehr als 1 bis 1,5 Prozent des Sozialprodukts. Sie erhöhten sich dann und sollen 1979 etwa 7 Prozent betragen haben.

Außer dem Vorteil der geringeren Rüstungslasten, verglichen mit den USA und anderen imperialistischen Mächten, erzielten die japanischen Konzerne während des Korea- und Vietnamkrieges beträchtliche Profite, die ausländischen Schätzungen nach jährlich etwa 2 Milliarden Yen betrugen.

Von großer Auswirkung für die wirtschaftliche Entwicklung waren auch solche Wachstumsfaktoren wie Fleiß, Arbeitsdisziplin und die Fähigkeit, sich die Produktionserfahrungen anderer schnell anzueignen.

Das Wirtschaftswachstum wurde weiterhin forciert durch eine völlige Vernachlässigung des Umweltschutzes und der Infrastruktur. Die japanischen Monopole setzten die für den Umweltschutz eingesparten Mittel zur Erweiterung der Produktion ein. Das führte zu katastrophalen Verhältnissen, wie z. B. winzige, überfüllte Wohnungen, Arbeiterzüge, in die Menschen wie Sardinen hineingepreßt

sind, schlecht ausgerüstete Krankenhäuser und unzulängliche Kanalisation.

Jeder fünfte Einwohner Tokios im Alter von vierzig Jahren weist Anzeichen chronischer Bronchitis auf, 57 Prozent leiden an Reizungen der Atemwege, 29 Prozent husten ständig, 40 Prozent der Schulkinder in der Nähe der petrolchemischen Industriebetriebe klagen über Kopfschmerzen und Hustenanfälle. Über die Hälfte aller Flüsse und Badeanstalten Tokios werden als vergiftet und zum Baden ungeeignet angesehen. Die Kinder in den industrialisierten Gebieten wachsen langsamer als anderswo.

Vererbungsforscher nehmen an, daß die meisten Menschen Chromosomenveränderungen durch ungehemmten Verbrauch von Lebensmittelzusätzen, durch den größten Medizinverbrauch der Welt und die verschiedensten Gifte und Chemikalien, deren Folgen unübersehbar sein können, erleiden. Zwar sind in letzter Zeit Gesetze erlassen worden, die die Umweltverschmutzungen zu kriminellen Handlungen erklären und strafgesetzlich verfolgen sollen. Bürgerliche Wissenschaftler meinen jedoch, daß diese Zielstellung keine große Wirksamkeit erreicht, weil sie durch die Profitinteressen des Großkapitals wesentlich eingeschränkt wird.

Ein wichtiger Faktor für das schnelle Wirtschaftswachstum war ein fast unbegrenztes Arbeitspotential für die Industrie. Positiv wirkte sich nach dem Kriege das starke Bevölkerungswachstum aus. Es ermöglichte nicht nur die Erhöhung der Produktion, sondern bewirkte auch die größere Nachfrage nach Konsumgütern.

Ferner wanderten aus der übervölkerten Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und Fischerei viele Arbeitskräfte ab. Allein die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sank zwischen 1953 und 1965 um 4,6 Millionen. Der Anteil der Gesamtbeschäftigten in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei verringerte sich von 42 auf 26 Prozent.

Harte Wirklichkeit

Welche Schlußfolgerungen zogen bürgerliche Wissenschaftler aus dem schnellen wirtschaftlichen Aufstieg Japans?

H. Hedberg prophezeite: »Spätestens ... 1984 bis 1985 hat Japan eine der beiden Supermächte endgültig aus dem Rennen geworfen: die Sowjetunion.«[53]

Hier die Kalkulation des japanischen Professors Shimomura: »Wir werden die gesamte Produktion der Sowjetunion schon 1980 übertreffen, wenn man den militärischen Sektor nicht mitrechnet. Einschließlich der militärischen Ausgaben werden wir das Bruttosozialprodukt der Sowjets erst 1985 überholen.«[54]

Die Prognostiker des japanischen Finanzministeriums kamen zu ähnlichen Schlußfolgerungen.

Auch der bürgerliche Zukunftsforscher H. Kahn erklärte: »Die Japaner werden sehr wahrscheinlich 1980 das gegenwärtige Prokopfeinkommen der USA (5 000 Dollar) erreichen und etwa 1990 die USA im Prokopfeinkommen eingeholt haben. Um das Jahr 2000 wird ... Japan, ... das Bruttosozialprodukt übertroffen haben. Damit würde Japan zur größten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen.«[55]

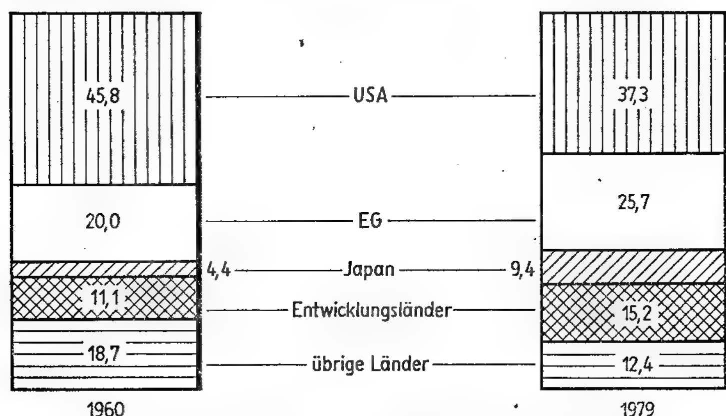
Diese Schlußfolgerungen beruhen auf Extrapolationen, die, unabhängig von den Veränderungen, den Bedingungen und Faktoren der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung, vorgenommen wurden.

Die Frage ist: Bleiben die Ursachen, die das außerordentlich schnelle Wirtschaftswachstum Japans bewirkten, bestehen?

Das schnelle Anwachsen der Arbeitskräfte als stimulierender Faktor der Produktionssteigerung wird nicht anhalten. Noch sind mehr als 20 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Jedoch sind die Möglichkeiten, in der Zukunft weitere überschüssige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzuziehen, viel geringer als bisher. Auch die Bevölkerungszuwachsrate ist stark gesunken, sie entspricht derzeit etwa der in europäischen Ländern. Mit einem schnellen Anwachsen der Beschäftigtenzahl in den nächsten Jahrzehnten ist daher nicht zu rechnen.

Auch das kleine Territorium sowie Rohstoffmangel und starke Abhängigkeit von den Auslandsmärkten setzen Grenzen. Japans Wirtschaftskraft müßte sich schnell verringern, wenn die Rohstoffeinfuhr vermindert oder gar gestoppt würde. Das von Energie-

Anteil der imperialistischen Zentren an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt 1960 und 1979 (in Prozent)



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 127

trägern und Rohstoffen fast völlig abhängige Japan wurde jetzt schon von der Energie- und Rohstoffkrise besonders stark betroffen.

Der harte Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten bringt Japan in starke wirtschaftliche Schwierigkeiten. Seine Rohstoffprobleme könnte Japan auf der Basis gegenseitigen Vorteils eigentlich nur in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die in Sibirien über fast alle Rohstoffe verfügt, lösen. Wirklich bewältigt werden kann das Rohstoffproblem Japans nur durch eine demokratische und spätere sozialistische Entwicklung.

Produktivitätssteigerungen in früherem Ausmaß sind heute kaum möglich, denn die technologischen Voraussetzungen der traditionellen Produktionsverfahren werden heute schon in Japan genutzt. Infolgedessen wird die Wirtschaft langsamer wachsen als bisher.

Mit dem Aufbau einer starken Armee und der fortschreitenden Militarisierung werden die Schwierigkeiten, in denen sich Japan schon befindet, nicht nur vertieft. Es verliert auch den großen Vorteil verringerter Rüstungsausgaben, der einer der wichtigsten Faktoren des beschleunigten Wirtschaftswachstums war.

Angesichts der Vernachlässigung des Straßen-, Wohnungs- und Städtebaus, der Kanalisation und der katastrophalen Umweltschäden müssen beträchtliche Investitionen vorgenommen werden, weil die Schließung der Infrastrukturlücken eine dringend erforderliche Bedingung für die Sicherung weiteren Wirtschaftswachstums darstellt und weil mit dem zunehmenden Umweltbewußtsein des Volkes die Vergiftung der Gewässer, die Luftverschmutzung und Lärmbelästigung nicht mehr akzeptiert werden. Die notwendigen Ausgaben der Unternehmen und des Staates werden zumindest mittelfristig wachstumverlangsamende Auswirkungen haben.

Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung im Kapitalismus bewirkte, daß Japan zur zweitstärksten kapitalistischen Macht aufstieg, seine Konzerne rückten in den Kreis der größten der Welt ein. Während 1962 erst zwei japanische Konzerne zu den hundert größten der Welt gehörten, waren es 1973 bereits elf, von denen vier im Kreis der größten fünfzig Konzerne zu finden waren.

Da in Japan, bedingt durch die Kapitalkonzentration, das allgemeine Niveau der modernen kapitalistischen Entwicklung erreicht ist, werden sich auch die inneren Widersprüche des Kapitalismus verschärfen, insbesondere der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der in Überproduktionskrisen seinen Ausdruck findet. Sobald sich die kapitalistische Produktionsweise voll ausgebildet hat, setzt auch der periodische Wandel von Krise, Stagnation, Konjunktur und wieder Krise verstärkt ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg führte die zyklische Wirtschafts-

entwicklung in Japan nur zu kurzen Perioden verringerter Zuwachsraten. Auch während der Krise von 1957/58, die praktisch alle kapitalistischen Länder ergriff, gab es in Japan nur einen Rückgang der Produktion um 1,3 Prozent.

Nun, da das entwickelte Japan zu einem imperialistischen Machtzentrum geworden ist, wächst auch seine Krisenanfälligkeit. Die Vorstellungen, daß Japan ein »Abonnement« auf ein dauerndes schnelles Wirtschaftswachstum besäße, haben sich als falsch erwiesen. Der Rückgang der japanischen Industrieproduktion lag im Zeitraum der Wirtschaftskrise 1973/74 mit 20 Prozent wesentlich höher als der in den USA mit 14, in der BRD mit 10, in Italien mit 16 und in Frankreich mit 11 Prozent.

Betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der Industrieproduktion in Japan von 1958 bis 1964 14,1 Prozent, 1965 bis 1970 13,5 Prozent, 1971 bis 1973 8,3 Prozent, so verringerte es sich von 1974 bis 1979 auf 2,5 Prozent.[56]

Die aufgestauten kapitalistischen Widersprüche brachen in Japan besonders kraß hervor. Der immer wieder in allen besonders entwickelten kapitalistischen Ländern zu beobachtende Widerspruch zwischen Produktion und Markt wird nun auch in Japan voll wirksam. Infolgedessen zeichnet sich für die japanische Wirtschaft die Perspektive einer wesentlich verringerten Entwicklung ab. Von 1973 bis 1979 stieg die Industrieproduktion der USA um 16,1, der BRD um 13,5, Frankreichs um 12,6 und Japans um 15,8 Prozent. Trotzdem ist es wahrscheinlich, daß das japanische Wirtschaftswachstum nach wie vor – mehr oder minder – über dem seiner kapitalistischen Rivalen liegt. Es kann aber nicht mehr das Tempo wie vor dem Ausbruch der letzten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erreichen.

Japan holte die kapitalistische Entwicklung unter neuen historischen Bedingungen, die sich für die Profitentwicklung und das Wirtschaftswachstum günstig auswirkten, nach. Jedoch die innere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus verstärkt nicht nur in den anderen kapitalistischen Ländern, sondern auch in Japan die ökonomische Labilität. Die Wachstumsraten verlangsamen sich, die Klassengegensätze verschärfen sich auch in Japan und machen die Überwindung der kapitalistischen Ordnung auch hier zur Notwendigkeit.

Die dargelegten Fakten sprechen dafür, daß Japan die Sowjetunion nicht im absoluten Umfang der Produktion übertreffen wird, aber auch kaum die USA von ihrer führenden Stellung im kapitalistischen Weltsystem verdrängen kann.

Das sozialistische und das kapitalistische Lager im ökonomischen Wettstreit

Die sozialistische Staatengemeinschaft entstand nach dem zweiten Weltkrieg. Im Vergleich zu den entwickelten kapitalistischen Ländern waren die meisten sozialistischen Staaten zur Zeit ihrer Entstehung um viele Jahrzehnte wirtschaftlich zurückgeblieben. Ihre Entwicklung mußte nach 1945 mit eigenen Kräften erfolgen. Sie erhielten keine Starthilfen durch Marshallplan oder Kapitalinvestitionen finanzkräftiger Staaten wie die westeuropäischen Länder. Im Gegenteil, sie hatten besonders hohe Zerstörungsraten durch den Krieg und waren einer Embargo- und wirtschaftlichen Unterminierungspolitik durch die entwickelten imperialistischen Mächte ausgesetzt.

Wie entwickelte sich bis heute das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern?

Von 1951 bis 1980 lagen die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten für das Nationaleinkommen in den sozialistischen Ländern bei 7,3 Prozent, die Industrieproduktion lag bei 9,5 und die Produktion in der Landwirtschaft bei 3,4 Prozent. In den kapitalistischen Industrieländern stieg das Nationaleinkommen von 1951 bis 1980 jährlich nur um 4,0, die Industrieproduktion um 4,6, die Produktion in der Landwirtschaft um 2,2 Prozent.[57]

Das Wachstum der Industrieproduktion in einzelnen Ländern zum Vergleich[58]
1950 = 1

	1950	1965	1970	1980
UdSSR	1	4,6	6,9	12
VR Bulgarien	1	6,9	12	24
Ungarische Volksrepublik	1	3,9	5,2	8,4
SR Vietnam	1 (1955)	9,2	9,7	21
DDR	1	3,9	5,4	9,3
Republik Kuba	1 (1960)	0,99	1,1	2,0
Mongolische Volksrepublik	1	4,5	7,1	16
VR Polen	1	4,7	7,1	14
SR Rumänien	1	6,5	11	33
ČSSR	1	3,5	4,9	8,4
SR Albanien	1	8,4	15	30
VR China	1	13	14	34
Koreanische Demokratische Volksrepublik	1 (1949)	12	21	90
SFRJ	1	4,3	5,9	12
Großbritannien	1	1,6	1,8	2,0
Italien	1	3,3	4,6	6,6

	1950	1965	1970	1980
USA	1	2,0	2,4	3,3
BRD	1	3,2	4,3	5,3
Frankreich	1	2,3	3,0	3,9
Japan	1	7,5	15	24

Die Industrieproduktion erhöhte sich in den sozialistischen Ländern von 1950 bis 1980 auf das 14fache, die der kapitalistischen Industrieländer auf das 3,9fache.[59]

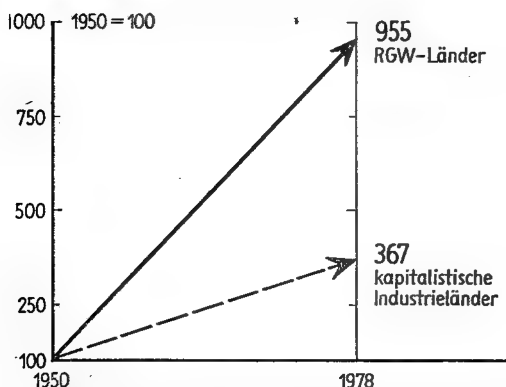
»Die letzten Jahre waren nicht die günstigsten für die Volkswirtschaften einer Reihe sozialistischer Staaten. Und trotzdem ist es eine Tatsache, daß das ökonomische Wachstumstempo der RGW-Mitgliedsländer im vergangenen Jahrzehnt doppelt so hoch war wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern.«[60]

Die sozialistische Staatengemeinschaft erweist sich immer sichtbarer als die dynamischste Gesellschaftsordnung, und sie bestätigt immer erneut die Vorzüge und Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems. Gegenwärtig produzieren die RGW-Länder mehr als doppelt soviel Industrieprodukte wie die EWG-Länder.

Der Anteil der Sowjetunion an der Weltindustrieproduktion betrug 1917 weniger als 3 Prozent, 1922 – bedingt durch die Schäden des ersten Weltkrieges, der Intervention und des Bürgerkrieges – etwa 1 Prozent, 1937 weniger als 10 Prozent. Nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems erhöhte sich der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion bis

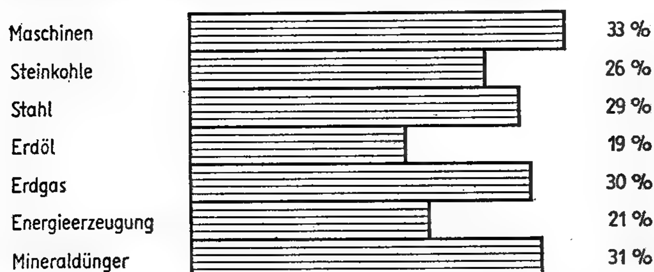
Die RGW-Länder – die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt

Entwicklung der Industrieproduktion der RGW-Länder und der kapitalistischen Industrieländer 1950 bis 1978



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 116

Anteil der RGW-Länder 1979 an der Weltproduktion



Quelle: Erfolgreicher Weg der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zahlen und Fakten, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 8

1950 auf etwa 20 Prozent. »Gegenwärtig entfallen von dem Gesamtumfang der Weltindustrieproduktion mehr als 40 Prozent auf die sozialistischen Länder, annähernd 7 Prozent auf die Entwicklungsländer und etwa die Hälfte auf die industriell entwickelten kapitalistischen Länder. Die Industrieproduktion der sozialistischen Länder beträgt mehr als drei Viertel der Industrieproduktion der industriell entwickelten kapitalistischen Länder.«[61]

Wann werden die sozialistischen Staaten die industriell entwickelten kapitalistischen Länder einholen?

Von 1951 bis 1980 betrugen die jährlichen durchschnittlichen Wachstumsraten der Industrie in den sozialistischen Ländern 9,3 Prozent und in den kapitalistischen Industrieländern 4,6 Prozent. Würden diese Wachstumsraten künftig weiter bestehen, so ergäbe sich folgendes Bild:

Steigerung der Industrieproduktion

Industriell entwickelte kapitalistische Länder 4,6 Prozent	Sozialistische Länder 9,3 Prozent	Abstand zur ersten Ländergruppe
1980 = 100	1980 = 75	— 25 Prozent
1985 = 125,3	1985 = 116,9	— 6,8 Prozent
1986 = 131,1	1986 = 127,8	— 2,4 Prozent
1987 = 137,1	1987 = 139,7	+ 1,8 Prozent
1990 = 156,8	1990 = 182,5	+ 16,3 Prozent
1995 = 196,5	1995 = 284,6	+ 49,9 Prozent
2000 = 245,9	2000 = 444	+ 80,5 Prozent

Nach dieser Rechnung könnten die sozialistischen Länder etwa 1987 den Umfang der Industrieproduktion der entwickelten kapitalistischen Länder erreichen.

Im Zeitraum von 1971 bis 1980 verringerte sich jedoch auf beiden Seiten das Wachstum der Industrieproduktion. Es betrug in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern 3,2 Prozent und in den sozialistischen Ländern 7,2 Prozent. Legen wir diese Zuwachsraten zugrunde, so erhalten wir folgendes Ergebnis:

Steigerung der Industrieproduktion

Industriell entwickelte kapitalistische Länder 3,2 Prozent	Sozialistische Länder 7,2 Prozent	Abstand zur ersten Ländergruppe
1980 = 100	1980 = 75	— 25 Prozent
1985 = 117,1	1985 = 106,1	— 9,4 Prozent
1986 = 120,9	1986 = 113,8	— 5,9 Prozent
1987 = 124,7	1987 = 122,0	— 2,2 Prozent
1988 = 128,7	1988 = 130,8	+ 1,6 Prozent
1990 = 137,1	1990 = 150,3	+ 9,6 Prozent
1995 = 160,4	1995 = 212,8	+ 32,6 Prozent
2000 = 187,8	2000 = 301,2	+ 60,3 Prozent

Bei diesem Wachstumsverhältnis könnten die sozialistischen Länder die industriell entwickelten kapitalistischen Staaten etwa 1988 einholen.

In den Fünfjahrplänen der sozialistischen Länder ist jedoch eine weitere Verringerung der Wachstumsraten der Industrieproduktion vorgesehen. So steigt z. B. von 1981 bis 1985 die jährliche durchschnittliche Industrieproduktion der UVR um 2 bis 2,5 Prozent, in der CSSR um 2,6 bis 3,3 Prozent, in der UdSSR um 4,7 bis 5 Prozent, in der DDR um 5 Prozent und in der SR Rumänien um 7,6 Prozent. Für die VR Polen wollen wir annehmen, daß sie nach der Niederlage der Konterrevolution bis 1985 den höchsten Stand von 1980 wieder erreicht. Voraussichtlich wird er aber übertroffen werden.

Im Jahresdurchschnitt liegen die industriellen Zuwachsraten der sozialistischen Länder im Fünfjahrplan 1981 bis 1985 bei etwa 4,5 Prozent.

Für die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten hingegen nehmen wir an, daß ihr auf 2,4 Prozent verringertes Wachstum der Industrieproduktion von 1973 bis 1980[62] künftig wieder auf 3,2 Prozent, die sie von 1971 bis 1980 erreichten, steigt.

Bei diesen Wachstumsraten würden die sozialistischen Länder die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten etwa im Jahre 2003 einholen.

Sollten sich in den sozialistischen Ländern bis 1985 und in den folgenden Jahren die durchschnittlichen industriellen Zuwachsraten auf unter 4,5 Prozent verringern oder die in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern auf über 3,2 Prozent steigern,

so würde sich der Zeitraum des Einholens verlängern. Sollten die durchschnittlichen industriellen Zuwachsraten in den kapitalistischen Ländern im genannten Zeitraum unter 3,2 Prozent absinken oder in den sozialistischen Ländern auf über 4,5 Prozent ansteigen, so würde sich der Zeitraum des Einholens verkürzen.

Steigerung der Industrieproduktion

Industriell entwickelte kapitalistische Länder 3,2 Prozent	Sozialistische Länder 4,5 Prozent	Abstand zur ersten Ländergruppe
1980 = 100	1980 = 75	— 25 Prozent
1985 = 117,1	1985 = 93,4	— 20,3 Prozent
1990 = 137,1	1990 = 116,4	— 15,1 Prozent
1995 = 160,4	1995 = 145,1	— 9,5 Prozent
2000 = 187,8	2000 = 180,8	— 3,8 Prozent
2001 = 193,8	2001 = 189,0	— 2,5 Prozent
2002 = 200,0	2002 = 197,5	— 1,3 Prozent
2003 = 206,4	2003 = 206,4	± 0,0 Prozent
2004 = 213,0	2004 = 215,7	+ 1,2 Prozent

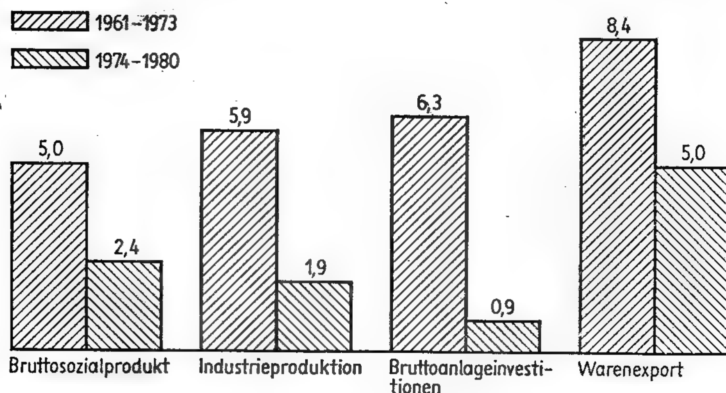
Folgende Grundtendenzen beeinflussen diese Entwicklung:

Erstens wirkt die in den USA zunehmende ökonomische Labilität auch in den anderen kapitalistischen Ländern in Richtung einer Verringerung der Zuwachsraten. Das Wirtschaftswachstum wird nicht aufhören, wie einige bürgerliche Zukunftsforscher des »extremen Pessimismus« prophezeiten. Jedoch »... besteht aller Grund zu der Annahme, daß dem Kapitalismus eine lange Periode mit relativ niedrigem Tempo der Wirtschaftsentwicklung bevorsteht, obwohl vielleicht etwas höherem als in den siebziger Jahren, aber offenkundig geringerem als in den sechziger Jahren«.[63]

»Schon ein Vergleich der Zeit zu Beginn der siebziger mit der zu Anfang der achtziger Jahre zeigt, wie ungünstig sich der Imperialismus entwickelt hat und wie divergierend sowohl die ökonomischen als auch die sozialen und gesellschaftlichen Tendenzen von Sozialismus und Imperialismus sind. Von den ehemals optimistischen Prognosen in den bürgerlichen Wirtschaftseinschätzungen der damaligen Zeit ist keine Rede mehr. An ihre Stelle sind Pessimismus und Hoffnungslosigkeit getreten, da sich viele Krisenmerkmale des Kapitalismus in den siebziger Jahren außerordentlich verstärkt haben und keine Aussicht auf eine Besserung der Situation besteht. Der Aufschwung des Sozialismus hat seinerseits zur Schwächung der inneren und äußeren Machtposition des Imperialismus beigetragen. Dabei handelt es sich keineswegs um kurzfristige Tendenzen, sondern um langfristige Veränderungen, um Veränderungen der Existenzbedingungen des Imperialismus, die durch eine Einschränkung des Rohstoff- und Energiemonopols,

Erhebliche Wachstumsverlangsamung

Jahresdurchschnittliches reales Wachstum in den kapitalistischen Industrieländern (in Prozent)



Quelle: Einheit, 7/8/1982, berechnet nach Main Economic Indicators, Hrsg.: OECD, Paris, und National Accounts of OECD Countries (OECD), Paris, lfd.

durch politische Labilität und die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern charakterisiert werden. Dadurch werden der gesamte Funktions- und Herrschaftsmechanismus, die Kapitalakkumulation ebenso wie die Konkurrenzbeziehungen, negativ beeinflußt.«[64]

Zweitens werden die Verringerungen der Wachstumsraten in den sozialistischen Ländern kurzfristig sein. Die Gesamttendenz ist durch hohe Wachstumsraten, die wesentlich über denen der kapitalistischen Industrieländer liegen, bestimmt.

»Das stabile krisenfreie Wachstum der sozialistischen Weltwirtschaft, das höher liegt als das Wirtschaftswachstum des Kapitalismus, wird, wie Prognosen sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler besagen – denen heute auch viele namhafte Wissenschaftler des Westens zustimmen –, in den kommenden Jahrzehnten andauern.«[65]

Hinsichtlich der Arbeitsproduktivität haben die sozialistischen Länder ebenfalls ein höheres Entwicklungstempo als die kapitalistischen Industrieländer.

Wachstum der Arbeitsproduktivität[66]

	1960/70	1970/77
RGW	4,9 Prozent	6,2 Prozent
EWG	4,1 Prozent	3,0 Prozent
USA/Kanada	3,0 Prozent	3,4 Prozent

Im Zeitraum von 1960 bis 1977 stieg also die Arbeitsproduktivität im RGW jährlich durchschnittlich um 5,5 Prozent, in der EWG, den USA und in Kanada jährlich durchschnittlich nur um 3,2 Prozent.

Wie wuchs die Arbeitsproduktivität in der DDR und BRD?

Bekanntlich hatte der östliche Teil Deutschlands, die heutige DDR, gegenüber dem westlichen Teil Deutschlands, der heutigen BRD, einen bedeutenden Rückstand.

»Die immer wirksamere Entfaltung der Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft machte es möglich, den historisch bedingten Vorsprung der BRD im Niveau der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten von 49 Prozent (1950) auf 14 Prozent (1980) zu verkürzen und bei den produktiv Tätigen im gleichen Zeitraum den Rückstand von 52 Prozent auf 27 Prozent zu verringern.«[67]

Verringerung des Rückstands der DDR gegenüber der BRD im Arbeitsproduktivitätsniveau je produktiv Tätigem (BRD = 100 %)[68]

	Rückstand der DDR
1950	52 Prozent
1970	39 Prozent
1980	27 Prozent

Erich Honecker sagte auf der 5. Tagung des ZK der SED Ende November 1982: »Gegenwärtig hat die DDR ein höheres Niveau der Arbeitsproduktivität erreicht als Italien und liegt mit Großbritannien etwa auf gleicher Höhe. Ich sage das im Interesse einer realistischen Wertung. Zufriedenstellen kann uns diese Position nicht. Denn andererseits liegt die Arbeitsproduktivität bei uns um rund 30 Prozent niedriger als in Frankreich oder der BRD. Solche Vergleiche ergeben gewiß kein genaues Bild, aber bestimmte Größenordnungen werden doch sichtbar.«

Betrachten wir die Bedingungen, die künftig das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern beeinflussen.

Welchen Einfluß haben die Rohstoff- und Energieprobleme in den beiden Lagern?

Die »enge Wechselwirkung von äußeren und inneren Faktoren prägt die Krisenprozesse in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft. Dies tritt vor allem in der Energieproduktion und -versorgung hervor. Hier ist die kapitalistische Weltwirtschaft in ein Knäuel ökonomischer und politischer Widersprüche verstrickt. Der in den kapitalistischen Industriezentren schnell anwachsende Energieverbrauch, die durch engstirnige Profitinteressen der Monopole bewirkte Vernachlässigung einer proportionalen Entwick-

lung verschiedener Energieträger sowie die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung bei der Zurückdrängung der Positionen der internationalen Ölmonopole haben in der Energiewirtschaft der kapitalistischen Welt scharfe Widersprüche und Disproportionen hervorgerufen. Innerhalb relativ kurzer Zeit hat sich die scheinbar ›unerschöpfliche‹ Energieversorgungslage einschneidend verändert. Besonders seit ... 1979 tritt die wirtschaftspolitische und strategische Dimension immer deutlicher hervor«.[69]

Auch in den sozialistischen Ländern sind größte Anstrengungen erforderlich, um die Energieversorgung zu sichern. Doch sie besitzen eine Reihe von Vorteilen. Die sozialistischen Länder können sich auf die Vorzüge der sozialistischen Planung stützen und verfügen über gesicherte Rohstoffquellen. Ein weiterer günstiger Faktor ist die vorgesehene Konzentration der Kräfte auf ein beschleunigtes Wachstum der Arbeitsproduktivität. In den sozialistischen Ländern sind noch große, nicht ausgenutzte Reserven vorhanden. Diese Länder befinden sich in einer Periode, in der sich ihre Produktivkräfte schnell entwickeln lassen. Im Prozeß des Übergangs von der extensiven zur intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft werden sich die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität erhöhen.

In den kapitalistischen Staaten hingegen haben sich die Existenzbedingungen grundlegend verändert. Unter den heutigen Verhältnissen erfolgt die Entwertung und Vernichtung von Produktivkräften nicht nur in der eigentlichen Krisenphase. Sie findet in allen Phasen des Zyklus statt. Ein wesentlicher Faktor ist die zunehmende Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise.

Die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte Gesellschaftssysteme und der Kampf zwischen ihnen, der Zerfall und Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, die Verschärfung der Widersprüche in und zwischen den imperialistischen Ländern auf qualitativ neuer Stufe haben einen neuen Abschnitt kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung eingeleitet.

Durch den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen die Versuche der Monopolbourgeoisie, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, wird die Manövrierfähigkeit der Monopole eingeengt. Infolge der Stärkung der Positionen der Entwicklungsländer werden die ökonomischen, politischen und militärischen Positionen des Imperialismus geschwächt. Es erhöht sich ihre Rohstoffabhängigkeit von den Entwicklungsländern. Dadurch werden relativ und oft absolut die Monopolprofite verringert und die Wirtschaftskrisen verschärft. Schließlich verstärken die Ausdehnung des sozialistischen Lagers sowie das Wachstum seiner ökonomischen und politischen Macht sowie die Beispielwirkung die genannten Faktoren. Immer spürbarer wirkt sich die wachsende Kraft des Sozialismus auf das kapitalistische Weltwirtschaftssystem aus. Die Herrschaft der Mo-

nopole auf dem Weltmarkt wird eingeengt. Sie können gegenüber den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern ihre Bedingungen nicht mehr einseitig diktieren. Selbst Embargobestimmungen haben weitgehend ihre Wirksamkeit verloren.

Das heißt, die Prozesse der allgemeinen Krise durchdringen auch die zyklischen Überproduktionskrisen. Sie bewirken ihre Verschärfung. Die zyklischen Wirtschaftskrisen erfüllen ihre Funktionen, bedingt auch durch die angeführten Faktoren, nur noch teilweise. In den Krisen aufgebrochene, nicht gelöste Widersprüche schleppen sich weiter fort, und die Möglichkeiten zur Überwindung der Krise werden erschwert.

»Die Folge ist, daß herangereifte Widersprüche auf den nächsten Zyklus oder sogar auf mehrere verschleppt werden, es kommt zu einem tendenziell zunehmenden Ineinanderfließen nur teilweise gelöster Widersprüche mit langfristigen Krisenprozessen. Daraus erwächst eine größere Labilität der kapitalistischen Entwicklung, die wiederum als Triebkraft der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise wirkt.«[70]

So wird die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung immer stärker von zyklischen und chronischen Krisenprozessen beeinflußt: Währungskrisen, Krisen des Staatshaushalts, Inflations-, Rohstoff- und Energiekrisen. Die Prozesse der allgemeinen Krise des Kapitalismus beeinflussen die Überproduktionskrisen, die alle kapitalistischen Länder erfassen. Sie beeinflussen ihre Dauer und ihren Verlauf.

Die zunehmende ökonomische Labilität in den USA und in den anderen kapitalistischen Ländern gewinnt immer größere Bedeutung bei der Verschiebung des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus.

»Die Unrationalität, die Überlebtheit und die Menschenfeindlichkeit der Profitwirtschaft (haben, E. H.) seit Mitte der siebziger Jahre eine neue Dimension erlangt.«[71]

Der ökonomisch-politische Wettstreit zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager zwingt die Monopole, ihre wissenschaftlich-technischen Reserven zu entwickeln. Jedoch besteht ein Widerspruch zwischen ihren Zielen und Möglichkeiten. Sie hemmen nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte in den Entwicklungsländern, auch in ihren eigenen Ländern hemmt das überlebte kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln die volle Ausnutzung und Entfaltung der Produktivkräfte.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß zwischen der wachsenden Produktivität und dem Anteil der Werktätigen am erzeugten Produkt in den kapitalistischen Ländern eine riesenhafte Kluft besteht. Bekanntlich werden in den imperialistischen Staaten 55 bis 65 Prozent des Volkseinkommens durch eine kleine parasitäre Schicht angeeignet, während sich die überwiegende Masse des Volkes mit den restlichen 35 bis 45 Prozent zufriedengeben muß. Bei gleicher

Arbeitsproduktivität liegt der Lebensstandard der Werktätigen in den sozialistischen Ländern wesentlich über dem der Werktätigen in den kapitalistischen Staaten.

Gelingt es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, in den wichtigsten imperialistischen Ländern die politischen Positionen der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals wesentlich zu schwächen, kann sich der Friedenswille der Völker stärker durchsetzen, und kommen internationale Abrüstungsvereinbarungen zustande, dann würden sich die Rüstungsausgaben erheblich verringern. In den sozialistischen Ländern wären wesentlich höhere jährliche Zuwachsraten in der Arbeitsproduktivität möglich.

Gelingt es der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen in industriell entwickelten kapitalistischen Ländern sogar, die politische Macht zu erkämpfen, so wären die Ergebnisse noch bedeutsamer. Abgesehen von den Werktätigen dieser Länder, für die sich bessere Möglichkeiten erschließen würden, ließe sich in den sozialistischen Ländern durch erhöhte Arbeitsproduktivität die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards noch mehr beschleunigen. Es könnten sich die historischen Fristen im friedlichen ökonomischen Wettstreit zwischen den beiden Lagern noch mehr verkürzen.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsproduktivität ist auch die Arbeitsintensität. Würden die sozialistischen Staaten den Werktätigen die gleiche Arbeitsanspannung wie in den Betrieben der kapitalistischen Staaten aufzwingen, so könnten sie deren Arbeitsproduktivität früher erreichen. Das ist jedoch mit dem Sozialismus unvereinbar.

Bei der Beurteilung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zwischen den industriell entwickelten kapitalistischen und den sozialistischen Ländern ist auch zu berücksichtigen, daß es im Kapitalismus nicht möglich ist, den Stand der Arbeitsproduktivität im gesellschaftlichen Maßstab planmäßig und voll auszuschöpfen. Die gegenwärtig noch höhere Arbeitsproduktivität in entwickelten kapitalistischen Ländern wird nicht voll wirksam. Konkurrenzkampf, Streiks, Ausstände, der parasitäre Luxusverbrauch der herrschenden Oberschicht, Krisen, Depressionen und wachsende Arbeitslosigkeit machen es immer schwieriger, die vorhandenen Produktivkräfte rationell und vollkommen zu nutzen. Die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten stieg zeitweise bis zu 30 Prozent. In der Stahlindustrie der kapitalistischen Länder waren die Kapazitäten 1982 sogar unter 40 Prozent ausgelastet.

Von den meisten bürgerlichen Ökonomen wird ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorausgesagt. Sie befürchten, daß z. B. in Großbritannien die Anzahl der Erwerbslosen, die Anfang 1982 3 Millionen erreichte, bis 1990 auf etwa 5 Millionen, in der BRD bis Mitte dieses Jahrzehnts auf etwa 3,4 Millionen ansteigen könnte.

Jährliches Anwachsen der Lebenshaltungskosten im Kapitalismus (in Prozent zum Vorjahr)

Land	Durchschnitt 1961–71	1971–75	1975–80	1975	1976	1977	1978	1979	1980
kapitalistische Industrieländer insgesamt	3,4	8,6	9,6	11,0	9,0	8,3	8,5	9,5	12,8
USA	2,8	6,7	6,2	9,1	5,8	6,5	7,6	11,4	13,5
Japan	5,8	11,5	6,6	11,7	9,3	8,1	4,2	3,7	7,7
BRD	2,7	6,1	4,1	6,0	4,5	3,9	2,7	4,1	5,5
Frankreich	4,0	8,8	10,5	11,7	9,6	9,8	9,1	10,7	13,6
Großbritannien	4,1	13,0	14,5	23,1	16,5	15,9	9,0	13,3	18,4
Italien	3,9	11,3	17,0	17,1	16,8	17,0	12,4	15,7	21,2

Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 145

Das heißt, wenn die fortgeschrittenen sozialistischen Länder jene entwickelten kapitalistischen Länder, die dann noch bestehen, im Stand der Produktivkräfte einholen, sind sie ihnen in der Wirtschaftskraft schon bedeutend überlegen.

Entscheidend jedoch ist, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führt. In den sozialistischen Ländern erlaubt sie die immer vollkommenere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse. In den kapitalistischen Ländern hingegen hat sich durch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen der fortschreitenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und der privaten Aneignung der Resultate der Produktion, d. h. zwischen den modernen Produktivkräften und den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, außerordentlich verschärft. Da die Produktivkräfte nicht im Interesse der Werktätigen, sondern im Interesse des Profits entwickelt und angewendet werden, hat deren Entfaltung für die Werktätigen existenzbedrohende Formen angenommen, die schwerste soziale Krisen hervorrufen und die Existenz des Kapitalismus in weiteren Ländern in Frage stellen. Jeder weitere Fortschritt der Produktivkräfte wird die zur Lösung drängenden Widersprüche beschleunigen.

Zu welch unterschiedlichen sozialen Ergebnissen die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus und im Kapitalismus führt, wird besonders in den Abschnitten »Welcher Zeitraum trennt uns vom Kommunismus?« und »Wann ist der Kapitalismus endgültig überwunden?« sichtbar.

Lebenswerte im Kapitalismus und im Sozialismus

Der Wettbewerb zwischen den beiden Systemen beschränkt sich nicht nur auf die Kennziffern des industriellen Wachstums und des Realeinkommens der Werktätigen. Er ist zugleich ein Wettbewerb zweier Lebensweisen. Sozialer Fortschritt ist nicht nur Wachstum des materiellen Reichtums.

»Heute wird die gesamte qualitative Seite des Lebens in die Waagschale geworfen. Das materielle Lebensniveau spielt dabei eine sehr wichtige Rolle, doch sind die Maßstäbe heute viel größer geworden. Zu ihnen gehört die ganze Skala der menschlichen Werte, deren relative Bedeutung, die von jedem System eigenen Gesetzen bestimmt wird. Zu ihnen gehören die diesen Systemen eigenen moralischen, kulturellen und philosophischen Konzeptionen. Viele dieser neuen Komponenten, die die qualitative Seite des Lebens beeinflussen, lassen sich zahlenmäßig nicht erfassen...

In dem Maße, wie der Kapitalismus verfault und immer weniger fähig ist, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden, kommt es zum Zerfall der Lebenswerte.«[72]

Die Lebensweise der Mitglieder einer Gesellschaft umfaßt die gesamte Lebenstätigkeit der Menschen, von der materiellen Produktion bis zu den Beziehungen zwischen den Klassen und den persönlichen Beziehungen in der Familie. Sie ergibt sich aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Charakter der Eigentumsverhältnisse. Immer stärker in den Vordergrund der Klassenauseinandersetzungen und des Vergleichs zwischen den sozialistischen und den entwickelten kapitalistischen Ländern treten außer dem materiellen Lebensniveau Fragen der Menschenrechte, der inneren und der äußeren sozialen Sicherheit und nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen eines sinnerfüllten Lebens. Auch in diesem Bereich wird entschieden, ob der Sozialismus siegt.

Theoretiker und Praktiker des Monopolkapitals, aber auch Sozialdemokraten haben den Begriff der »Qualität des Lebens« als Alternative zum Begriff der sozialistischen Lebensweise propagiert.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD 1972 war zu hören: »Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zur Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder es zu werden. Lebensqualität bedeutet Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.«[73]

So weit, so gut. Wer jedoch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die politische Herrschaft der Finanzoligarchie nicht

antasten will, verbreitet Illusionen und verwandelt die Forderung nach der »Qualität des Lebens« in ein Instrument zur Erhaltung des Kapitalismus.

Während die herrschenden Klassen im Kapitalismus bestrebt sind, diesen Begriff zur Manipulierung der Werktätigen auszunutzen, haben die kommunistischen Parteien, die Linkskräfte und die Klassengewerkschaften die Losung der »Lebensqualität« aufgegriffen. Sie erarbeiten konkrete Programme einer demokratischen und sozialistischen Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.[74]

Kritische bürgerliche Wissenschaftler erkennen an, daß sich trotz einer wesentlichen Erhöhung des gesellschaftlichen Bruttoprodukts die allgemeinen Existenzbedingungen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern verschlechtert haben.

»Man versichert uns von allen Seiten, daß unser Lebensstandard noch nie so hoch war (und bald noch höher sein wird), aber gleichzeitig erfahren wir und fühlen es auch, daß die Qualität unseres Lebens ernstlich bedroht ist.«[75]

Sie bezweifeln, daß der in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorhandene wirtschaftliche Entwicklungsstand bei der Bevölkerung individuelle Gefühle des Glücks und des Wohlbefindens auslöst.

Eugen Kogon meint: Außer Industrie leiste dieser Staat »nichts Überragendes mehr« für die Menschheit. Die »durch und durch kommerzialisierte Gesellschaft« sei innen hohl. »Geld als Gradmesser erzeugt kein ethisches und idealistisches Potential, das von den Bedingungen wahren Menschseins Konzepte entstehen ließe ... Verkümmert ist hinter dem antikommunistischen Schutzwall jedes etwa offizielle gesellschaftliche Entwicklungsideal.«

Charles Reich schreibt: »Der Mensch ist zum rechtlosen Lohnsklaven eines Riesenkonzerns geworden, der Staat, Wirtschaft, Kultur und selbst das Privatleben erfaßt ...

Die ›schlimmste aller Welten‹ ist entstanden, ein unpersönlicher, allmächtiger Moloch, in dem nicht mehr kontrollierbare Technik und schrankenloses Profitstreben die innere und äußere Welt des Menschen zerstören ...

Die Vereinigten Staaten von Amerika bringen nicht nur den Menschen anderer Länder Tod und Verderben, sondern auch dem eigenen Volk. Dieser Ansicht sind heute die gedankenreichsten und leidenschaftlichsten Vertreter der amerikanischen Jugend ... Und diese Einsicht ist nicht nur auf die neue Generation beschränkt; man spreche nur mit einem Dorfschullehrer in Mendozino, einem Richter in Washington, einer Hausfrau am Belmont in Massachusetts oder einem Rancher in den Bergwäldern von Washington Cascades. Wir halten unser Amerika zwar für ein unglaublich reiches Land, fangen aber langsam an zu erkennen, daß es auch ein verzweifelt armes Land ist – arm an Dingen, die

von der Menschheit zu allen Zeiten als wahre Werte geschätzt worden sind.«

Und weiter: ». . . Gleichzeitig ist unsere Kultur in primitiver Weise auf den rein kommerziellen Bereich reduziert worden, alle kulturellen Werte werden zum Kauf angeboten, solche, an denen nichts zu verdienen ist, läßt man untergehen. All unsere Lebensaktivitäten ... entsprechen unseren wahren Bedürfnissen nicht; sie sind von anderen erfunden und uns aufgezwungen worden.«[76]

Ein hohes wirtschaftliches Lebensniveau der Gesellschaft und auch der Wohlstand des einzelnen bedingen also allein noch keine hochentwickelten Lebenswerte. Wirklich menschliche Existenzbedingungen werden nicht nur durch die Entwicklung der Produktion und die Erhöhung des Wohlstandes gewährleistet. Wenn der Konsum die zunehmenden materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt, aber die Entfaltung ihres Lebens nicht erweitert, sondern einengt, ihr Leben nicht reicher, sondern ärmer macht, dann wird er vom humanistischen Standpunkt aus sinnlos; dann wird er zum Ausdruck für die Armut der menschlichen Existenz und sogar zum Zeichen des nahenden Untergangs einer Gesellschaft.

Darum lehnen die Marxisten die Konsumideologie ab. Diese Haltung bedeutet aber zugleich die Ablehnung der Askese. Askese kann nicht Norm und Ideal einer wirklich menschlichen Existenz sein. Im Gegenteil! Die wachsenden, vernünftigen Bedürfnisse der Menschen müssen immer vollständiger befriedigt werden. Sie sind eine notwendige Bedingung für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit. Hierzu bedarf es der dazu notwendigen materiellen Voraussetzungen. Es ist erforderlich, alle Vorrechte aufzuheben, die es einem kleinen Häuflein von Ausbeutern erlaubt, ihr Monopol zum Nachteil für die Werktätigen auszunutzen. Außerdem ist ein so schnelles Wachstum der Produktivkräfte notwendig, daß die Befriedigung der stets steigenden Bedürfnisse der Menschen gesichert wird.

Freiheit und Lebenswerte

Politische Freiheit ist ein wesentliches Merkmal menschlicher Lebenswerte. Die ökonomischen Erfolge in den sozialistischen Ländern können schon heute von verschiedenen ideologischen Vertretern des Imperialismus nicht mehr bestritten werden. Sie behaupten jedoch, daß der Aufstieg im Bereich der materiellen Produktion nur durch die Schmälerung der Rechte der Menschen und die Unterdrückung der Freiheit erreicht wird. Im Gegensatz hierzu stellen Ideologen des Monopolkapitals die »westliche Welt« als Paradies der Freiheit dar.

Zum Zeitpunkt des Entstehens der bürgerlichen Gesellschaft dehnte sie zweifellos den Freiheitsraum der Werktätigen aus und

spielte eine fortschrittliche Rolle. Zum ersten Mal wurden auch den Arbeitern, den Bauern und den anderen Werktätigen bestimmte formale demokratische Rechte eingeräumt, die Leibeigenschaft beseitigt und die Gleichheit aller vor dem Gesetz und Gericht verkündet. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß die erkämpfte Freiheit nichts anderes war als die bürgerliche Freiheit. Ihre Grenzen hat Anatole France sarkastisch umrissen. Sie erlaube den Armen wie den Reichen gleichermaßen, unter Brücken zu schlafen oder von goldenen Tellern zu essen.

Die Beschränktheit dieser Demokratie bestand darin, daß den Arbeitern und anderen Werktätigen nur formal die Freiheit und Gleichheit zuerkannt wurde. Der Arbeiter bekam zwar die Freiheit, über sich selbst zu verfügen, aber er war auch frei von Produktionsmitteln. Er war gezwungen, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen und mußte sich dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung unterwerfen. Solange sich die Produktivkräfte jedoch im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse relativ ungehemmt entwickeln konnten und die Klassengegensätze noch nicht jene Schärfe wie in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft angenommen hatten, wurde die politische Unterdrückung durch den Mantel der bürgerlichen Demokratie weitgehend verhüllt.

Im monopolistischen Stadium jedoch nimmt nicht nur die Ausbeutung, sondern auch die politische Unterdrückung außerordentlich krasse Ausmaße an. Heute besteht Freiheit nur für ein kleines Häufchen Monopolherren. Sie ist das Recht der mächtigen Monopole, alle Schwächeren niederzuhalten. Die Freiheit der Monopole ist nicht nur Unfreiheit für die Arbeiterklasse, sondern auch für die Mittelschichten und bestimmte Teile der Bourgeoisie, die durch die Freiheit der Monopole ruiniert oder einer unsicheren Existenz ausgeliefert werden.

Die Frage nach der Freiheit kann nur konkret gestellt und beantwortet werden. Sie kann nur lauten: Freiheit für wen? Freiheit für die Arbeiter und Bauern, die Mittelschichten und die kleine und mittlere Bourgeoisie oder für die Monopole? Freiheit für Maximalprofit, Kriegsabenteuer, Krise, Neofaschismus oder kontinuierlicher, ungehemmter Aufstieg des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens und friedliche Entwicklung?

Mit jeder Vergrößerung der Freiheit für das Volk zetern die von der Monopolbourgeoisie beherrschten Medien über Unfreiheit. In der Tat, die Freiheit des Volkes kann nur durch die Aufhebung der Freiheit der Monopole erfolgen; denn solange, wie die Freiheit für das volksfeindliche Treiben der Monopole nicht immer mehr eingeschränkt und schließlich aufgehoben wird, ist die Freiheit für die Massen des Volkes nicht gewährleistet.

Von welcher Freiheit kann für den Arbeitslosen, der aus dem Produktionsprozeß gestoßen wurde, für den Bauern, den die Preis-

politik des von den Monopolen beherrschten Staates ruinierte, oder für einen kleineren Unternehmer, den der Konkurrenzkampf der Monopole erdrückt, die Rede sein? Von welcher Freiheit für die Werktätigen kann die Rede sein, wenn neofaschistische Elemente aufmarschieren und der Polizeiapparat sie vor empörten Werktätigen schützt, wenn die Unterordnung des Staates unter die Monopole immer stärker ausgebaut wird und immer mehr Vertreter der Monopolverbände verantwortliche Funktionen im Staatsapparat übernehmen?

Selbst in den bürgerlichen Demokratien ist die Tatsache nicht zu übersehen, daß es sich um eine verschleierte Form der Diktatur der Monopolherren handelt. Die von der Bevölkerung gewählten Organe sind nicht imstande, die Wünsche und Absichten der breiten Volksmassen zu verwirklichen. Trotz sogenannter demokratischer Wahlen spielen sie keine entscheidende Rolle im staatlichen Leben. Selbst fortschrittliche Beschlüsse der Parlamente, die unter dem Druck der Volksmassen angenommen wurden, werden durch die Organe der Exekutivgewalt sowie durch den Beamtenapparat in einer Weise realisiert, die keinesfalls den Werktätigen dient.

Die höheren Beamten und Bürokraten, die in diesen Organen sitzen und nicht vom Volk abgesetzt werden können, sind durch ihre Herkunft und Erziehung mit der herrschenden Oberschicht verbunden. Das Gros der höchsten Beamten, Richter, Militärs, Polizeichefs usw., ist aus der herrschenden Klasse hervorgegangen.

Was ist das für eine Freiheit, wenn die Kinder der Werktätigen vom Besuch der Hochschulen und Universitäten, die leitende Kader für die Staats- und Wirtschaftsführung heranbilden, praktisch ausgeschlossen sind? Der Anteil der Arbeiter- und Bauernstudenten beträgt in der BRD bekanntlich nur 7 Prozent.

Die ideologischen Vertreter der Finanzoligarchie versuchen, mit einem Schwall von Phrasen über »Demokratie«, »Gleichheit« und »Freiheit« das Wesen ihres Staates zu verdecken. Sehen wir uns die Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit in den »westlichen Demokratien« etwas näher an.

Wie sieht die so oft gepriesene Freiheit der Presse in den kapitalistischen Staaten aus?

Es soll ein Ausdruck der Demokratie sein, daß in diesen Ländern viele Zeitungen mit verschiedensten Auffassungen erscheinen und daß die Regierungen zuweilen kritisiert werden. In Wirklichkeit hat diese »Pressefreiheit« mit Freiheit nichts zu tun. Die größten Verlage und Druckereien sowie die Papierfabriken stehen nicht den Werktätigen, sondern den Monopolen zur Verfügung, da sie in ihrem Besitz sind. In der BRD z. B. beherrscht der Springer-Konzern 86 Prozent der Auflagen aller zentralen Tageszeitungen und 90 Prozent der Sonntagszeitungen.

Das Profitprinzip bestimmt auch die Informationspolitik der imperialistischen Staaten. Aber nicht nur das. Die Massenmedien

stehen im Klassendienst der Finanzoligarchie und haben deren Interessen mit spezifischen Mitteln durchsetzen zu helfen. Vor allem geht es um die Manipulierung der Menschen mit dem Ziel, sie so raffiniert zu beeinflussen, daß sie sich dem imperialistischen System unterordnen, sich einpassen und sich sogar mit ihm identifizieren, obwohl dieses System im krassesten Gegensatz zu den Lebensinteressen der werktätigen Menschen steht. Sie sollen ihre Sorgen vergessen und sich ablenken lassen. Ihnen sollen die Ausbeutung durch das Kapital und das Wesen imperialistischer Aggressionspolitik verborgen bleiben. Massenweise werden antisozialistische Vorurteile, Bedrohungsvorstellungen und antikommunistischer Haß erzeugt und damit Vorleistungen geschaffen, mit denen imperialistische Politik und Militärstrategie kalkulieren. Willige »Arbeitnehmer« und gehorsame Schießautomaten – das ist der Manipulierungsauftrag der imperialistischen Massenmedien, mögen sie ihn auch noch so geschickt tarnen und empört bestreiten.

Die Darstellung der Gewalt und Brutalität spielt im Konzept der Massenmedien eine besondere Rolle. Untersuchungen in den USA ergaben, daß ein Kind bis zu seinem fünfzehnten Lebensjahr bei durchschnittlichem Fernsehkonsum etwa 13 000 Morde gesehen hat. In einer einzigen Woche strahlten zwei Fernsehstationen in der BRD 416 Verbrechen mit 103 Toten, 52 Schlägereien und 27 Schießereien aus.

Es gibt in der BRD etliche Verlage, die sich auf die Verbreitung von Pornographie und Brutalität spezialisierten und deren Umsätze Hunderte Millionen DM pro Jahr betragen. Der »starke Mann«, der alle und alles bezwingt, der »Rettung« bringt, nimmt in dieser »Literatur« eine bewußt geplante Rolle ein. Hinzu kommt eine Flut neonazistischer Publikationen und Filme, die die Verbrechen des Hitlerfaschismus verniedlichen, wenn nicht sogar verherrlichen, um »geistigen Vorlauf« für Eventuallösungen zu schaffen.

»Freiheit der Presse« bedeutet somit Freiheit für die Finanzoligarchie, das Volk mit Hilfe eines riesigen Apparates der Meinungsbeeinflussung sowie der Manipulation zu verwirren, zu täuschen und dazu noch Geschäfte zu machen.

Wie sieht es mit der Rede- und Versammlungsfreiheit aus, die ebenfalls als höchster Ausdruck der Demokratie dargestellt werden?

Zunächst ist festzuhalten, daß die Rede- und Versammlungsfreiheit keine freiwilligen Gaben der Kapitalisten sind, sondern durch langwierige und erbitterte Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie schwer erkämpft werden mußten. Und das ist auch heute so. Wo die herrschende Kapitalistenklasse dazu in der Lage ist, versucht sie, die antikapitalistischen Kräfte daran zu hindern, ihre Auffassungen zu verbreiten, und das nicht nur durch Verweigerung von Versammlungsstätten,

durch Verbote der Demonstrationen, sondern auch durch direkte, gegebenenfalls brutale Gewalt der Staatsorgane, die dabei keine Rücksicht auf Menschenleben nehmen. Davon sind auch jene Kräfte betroffen, die gar nicht bewußt gegen das kapitalistische System, sondern gegen einzelne Erscheinungen und Folgen imperialistischer Politik, z. B. gegen umweltfeindliche Projekte, protestieren wollen.

Wo Interessen des Kapitals ernstlich in Gefahr geraten, sind Rede- und Versammlungsfreiheit nicht einmal das jeweilige Papier wert, auf dem sie als Prinzip versprochen werden. Gerade in der Gegenwart wird deutlich, daß die Monopolbourgeoisie entschlossen ist, selbst formale bürgerlich-demokratische Freiheiten systematisch abzubauen. Auch die BRD bildet keine Ausnahme. Die brutalen Polizeieinsätze gegen die Gegner der Startbahn West des Flughafens Frankfurt/Main sind nur ein Beispiel in der Kette, zu der Polizeispitzel in Versammlungen, die Datenerfassung zur politischen Überwachung zahlreicher Bürger, die Berufsverbotspraxis und der Drill von Bürgerkriegstruppen zur Niederschlagung von Demonstrationen gehören.

Nicht minder aufschlußreich für das Wesen der bürgerlichen »Demokratie« ist auch die sogenannte Freiheit der Wahlen. Die Tatsache, daß verschiedene sich einander befehdende Parteien Wahlprogramme aufstellen, wird als Beweis einer wirklichen demokratischen Ordnung angeführt.

Aber: Alle vier, fünf Jahre ein Wahlakt, Abgeordnete, die den Wählern nicht rechenschaftspflichtig sind – wie kann so die Staatsgewalt »vom Volke ausgehen«?

Die Finanzoligarchie nutzt nicht nur die Massenmedien zur Irreführung der Wähler, sie verfügt auch über große Mittel zur Korrumpierung und sogar direkten Bestechung, um auch die Wahlen und gewählte Vertreter in ihrem Sinne zu beeinflussen, wie viele Skandale beweisen.

Alle Tatsachen sprechen dafür, daß es wirkliche Freiheit und Gleichheit nicht geben kann, solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen existiert. Der Besitz der einen an Produktionsmitteln schafft die ökonomische Ungleichheit und Unfreiheit für die anderen; und über die ökonomische Macht gewinnt die Monopolbourgeoisie auch die politische Macht und die Mittel zur Unterdrückung.

Die Mehrheit des Volkes kann folglich nur dann die Freiheit erringen, wenn sie sich ökonomisch von der Unfreiheit des Kapitals befreit, indem sie das kapitalistische Eigentum in Volkseigentum verwandelt, und politisch, indem sie die Diktatur der Ausbeuter durch ihre eigene politische Herrschaft ersetzt, wenn sie sich nicht nur dem ökonomischen, sondern auch dem politischen Zwang entzieht und die Mittel zur Täuschung und zum Massenbetrug beseitigt. Mit der Errichtung der politischen Macht der Arbeiter-

klasse und ihrer Verbündeten ist das in den sozialistischen Ländern geschehen.

Worin besteht der Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und der in den sozialistischen Staaten?

Die sozialistische Demokratie ist von Anbeginn eine Demokratie höheren Typus. Sie ist die politische Herrschaft der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen, über die gestürzte kleine Minderheit der Großgrundbesitzer, Monopolherren und ihres Anhangs.

Die sozialistische Demokratie ist somit eine qualitative Ausdehnung der Demokratie gegenüber der bürgerlichen. Die bürgerliche Demokratie hält die Masse der Werktätigen vom politischen Leben und von der Teilnahme an den Aufgaben des Staates fern. In der sozialistischen Demokratie üben die Werktätigen über die verschiedensten Organe ihre politische Herrschaft aus. Millionen Werktätige regieren mit, viele weitere könnten es.

Hier das Beispiel DDR: »Von den am 20. Mai 1979 gewählten 201 570 Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen gehörten ihrer sozialen Stellung nach 144 802, das sind 71,8 Prozent, zur Arbeiterklasse. 44 284 Abgeordnete, 21,9 Prozent, sind Mitglieder landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Produktionsgenossenschaften sowie von Genossenschaften werktätiger Fischer. 70 431 Abgeordnete, also 34,9 Prozent, besitzen einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß. Es gibt 72 301 weibliche Abgeordnete, 35,9 Prozent, und 29 592 jugendliche Abgeordnete zwischen 18 und 25 Jahren, das sind 14,7 Prozent. Von den Mitgliedern der Volkskammer sind der sozialen Herkunft nach 373 Arbeiter und Angestellte, 53 Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, werktätige Einzelbauern, Gärtner oder Fischer, 28 Angehörige der Intelligenz, 31 selbständige Handwerker, 8 Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige und 7 Sonstige.«[77]

An 9 762 zentralen ständigen Produktionsberatungen ihrer Betriebe nehmen 95 550 Werktätige teil. In Arbeits- und Forschungsgemeinschaften wirken 358 000 Arbeiter, Meister, Ingenieure und Wissenschaftler mit.

223 929 Werktätige sind Helfer der Arbeiter- und Bauerninspektion und arbeiten in etwa 6 500 Volkskontrollausschüssen.

680 765 Bürger unterstützen in 5 894 Elternbeiräten und 104 465 Klassenelternaktivs die Bildung und Erziehung der Jugend an unseren Schulen.[78]

Trotzdem kann es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der sozialistischen Staatsmacht und Werktätigen kommen. Bürokratischer Führungsstil, nicht genügende Behandlung der Probleme des Landes in der Öffentlichkeit, ungenügende Einbeziehung des Volkes in den Regierungsprozeß, aber auch mangelndes Verständnis oder fehlende Bereitwilligkeit von Teilen der Werktätigen, in komplizierten Situationen Opfer zu bringen, die notwendig sind,

um ein besseres Morgen aufzubauen, können zu Mißverständnissen und Spannungen führen. Sie ergeben sich nicht objektiv aus dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft, sondern aus subjektiven Fehlern und Schwächen.[79]

Die Grundlage für die Überlegenheit der sozialistischen Demokratie, für die Freiheit und Gleichheit seiner Bürger sind die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und die sozialistischen Produktionsverhältnisse. Zum ersten Mal in der Geschichte bestimmen die Werktätigen ihr eigenes Schicksal. Die bisher Entrechteten und vom politischen Einfluß auf den Staat ferngehaltenen Massen werden zu bewußten Erbauern der sozialistischen Gesellschaft.

Eine der größten politischen Freiheiten ist die Verwirklichung der vollen Gleichberechtigung der Frau in den sozialistischen Ländern. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung sind Frauen. Bekanntlich sind die Frauen in den imperialistischen Staaten mit bürgerlich-demokratischer Fassade faktisch dem Manne nicht gleichgestellt. Sie werden schlechter als die Männer bezahlt, und am öffentlichen Leben nehmen sie nur in geringem Maße teil. Sie werden in eine Stellung angeblicher »Minderwertigkeit« gegenüber der »männlichen Überlegenheit« gedrängt.

In den sozialistischen Ländern wurden Bedingungen für Mann und Frau geschaffen, die die Entfaltung der Anlagen und Fähigkeiten beider sichern und die Frau zur wirklich gleichberechtigten Kameradin des Mannes werden lassen.

In der DDR hat jede schwangere Frau die Garantie, daß ihr nicht gekündigt werden darf. Jeder Mutter wird nach der Entbindung bis zu einem Jahr Urlaub gewährt, damit sie ihr Kind selbst betreuen kann, und ihr Arbeitsplatz bleibt ihr erhalten. Schwangere und stillende Mütter können – wenn notwendig – eine leichtere Arbeit annehmen. Für die Dauer des Schwangerschaftsurlaubs von 26 Wochen wird der Nettodurchschnittsverdienst gezahlt; werktätige Mütter oder auch Väter werden zur Pflege ihrer erkrankten Kinder von der Arbeit freigestellt; Frauen mit zwei oder mehr Kindern arbeiten bei vollem Lohn verkürzt und erhalten mehr Urlaub; bei der Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes wird bis zum Ende des ersten Lebensjahres eine bezahlte Freistellung gewährt.

Wie die großen geistigen und organisatorischen Fähigkeiten der Frau in den Ländern des Sozialismus zur Entfaltung kommen, zeigt eine aufschlußreiche Gegenüberstellung zwischen der DDR und der BRD.

Der Anteil der Frauen nach Funktionen und Berufen:
Bürgermeister: DDR 20 Prozent – BRD 8,3 Prozent;
Richter: DDR 33 Prozent – BRD 9,1 Prozent;
Ärzte: DDR 46 Prozent – BRD 20 Prozent;
in leitenden Funktionen: DDR 25 Prozent – BRD 6 Prozent;

Professoren bzw. Hochschullehrer: DDR 7 Prozent – BRD 0,6 Prozent.

Auch in den staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen zeigt sich die höhere Wertschätzung, die die Frauen in der DDR gegenüber denen in der BRD genießen.

Anteil der Frauen in den obersten Parlamenten: DDR 31,8 Prozent – BRD 5,8 Prozent;

in den Bezirken bzw. der Länder: DDR 36 Prozent – BRD 7,2 Prozent;

in den Gemeinden: DDR 40 Prozent – BRD 8,3 Prozent.[80]

Wir sind mit dem Erreichten trotzdem noch nicht zufrieden und unternehmen in den sozialistischen Ländern große Anstrengungen, damit die Frau ihre Fähigkeiten noch vollkommener entwickeln kann.

Mit der sozialistischen Gesellschaft tritt die Menschheit in einen neuen Entwicklungsabschnitt ihrer Freiheit. Es erschließt sich nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Freiheit für alle Werktätigen, und die Gesetze der Natur und Gesellschaft werden zum ersten Mal in der Geschichte im Interesse der gesamten Gesellschaft genutzt. Zugleich erringt die Menschheit ihre geistige Befreiung. Es gibt keine Klassen mehr, die bestrebt sind, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verfälschen, den Aberglauben, Mystizismus u. dgl. zu fördern, um die Volksmassen zu verdummen und von ihren historischen Aufgaben abzuhalten. Nicht nur, daß umfassende Bildung als unbedingter Bestandteil der geistigen Freiheit gewährleistet ist, die Gesellschaft streift auch alle durch das Kapital geknüpften geistigen Fesseln ab.

Angebliche und wirkliche Menschlichkeit

Menschenrechte und Humanismus sind ein bedeutender Faktor der Lebenswerte des Menschen, und es ist kein Zufall, wenn gerade in dieser Frage ein äußerst scharfer ideologischer Kampf geführt wird. Eine einheitliche Auffassung zu den Fragen der Menschenrechte ist in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft nicht möglich. Das kann auch nicht anders sein, denn das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln und die wirtschaftliche und politische Beherrschung der Werktätigen durch die Finanzoligarchie haben für die Ausgebeuteten und die Ausbeuter vollständig entgegengesetzte Folgen.

In den bürgerlichen Massenmedien der kapitalistischen Länder wird die These verbreitet, daß die sozialistischen Länder die Menschenrechte schmälern. Ständig werden Appelle zum »Schutze der Menschenrechte« verbreitet. Gegen die sozialistischen Länder wird wegen angeblicher Verletzung der Menschenrechte eine zügellose Hetze entfaltet.

Wie alle Erscheinungen in der Gesellschaft so ist auch der Humanismus nicht vom tatsächlichen Leben losgelöst. Er verändert sich im Verlauf der historischen Entwicklung und gewinnt jeweils einen konkreten Inhalt.

Der Aufstieg und die Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaft waren vom Fortschritt des Humanismus begleitet. Zur Zeit der Renaissance in Europa wurde unter der Losung des Humanismus der Kampf gegen den Feudalismus und für die Würde des Menschen geführt. Der Kapitalismus ist, auf den Feudalismus bezogen, eine höhere Gesellschaftsordnung. Und wie sich die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse über die feudalen Eigentumsverhältnisse erheben, so steht auch der bürgerliche Humanismus über den Auffassungen von Menschlichkeit, die die Feudalgesellschaft aufzubringen vermochte. Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft entstehen ein neues Selbstbewußtsein des Menschen und der Begriff neuer Menschlichkeit.

Da aber die bürgerliche Revolution, die der kapitalistischen Gesellschaft die Bahn frei machte, nicht die Ausbeutung und Unterdrückung aufheben konnte, so zeigte sich sehr bald, daß die vom aufstrebenden Bürgertum vertretenen humanistischen Ideen sehr zu Unrecht Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben. Auch in der kapitalistischen Gesellschaft werden die Beziehungen zwischen den Menschen durch die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse und die Konkurrenz der Besitzer der Produktionsmittel untereinander bestimmt. Sie bringen alles andere als wahre Menschlichkeit hervor. Der Kapitalismus erzeugt wie alle Ausbeuterordnungen Egoismus, Hartherzigkeit, schonungslosen Kampf mit den niedrigsten Mitteln um den »Platz an der Sonne«, Heuchelei und Charakterlosigkeit. Denn was den Menschen erhebt und adelt, sein Selbstgefühl, die Geradheit der Gesinnung und das Einstehen für die eigene Überzeugung, führt zu Nachteilen, und viele Menschen, die sich nicht beugten, wurden vernichtet. In den Werken Victor Hugos und Emile Zolas z. B. ist die Gesellschaft des aufstrebenden Kapitalismus mit seinen Verbrechen meisterhaft geschildert.

So war also das verkündete schöne Prinzip allgemeiner Menschlichkeit selbst zu der Zeit, als der Kapitalismus noch den Fortschritt der Menschheit verkörperte, innerhalb der kapitalistischen Ausbeuterklasse nur stark eingeschränkt wirksam. Den ausgebeuteten Massen gegenüber kommt es praktisch überhaupt nicht zur Anwendung.

In der Untergangsphase des Kapitalismus wird die Identifizierung des Humanismus mit dem Kapitalismus zum bewußten Betrug an den Volksmassen. Der Imperialismus zerstört selbst jene historisch begrenzte Menschlichkeit, die die junge Bourgeoisie in ihrer Aufstiegsperiode hervorbrachte. Im monopolistischen Stadium des Kapitalismus gilt für immer größere Teile der herr-

schenden Klasse das menschliche Leben nichts mehr, ja sie ist zur massenweisen Vernichtung von Menschen bereit. Das beweisen die Tatsachen.

Die Imperialisten haben zwei Weltkriege und sechzig Kriege in 76 Jahren allein auf europäischem Boden ausgelöst. Zum Schuldkonto der Imperialisten zählen die Aggression in Vietnam, das in die »Steinzeit zurückgebombt« werden sollte, die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der chilenischen Faschisten, das inzwischen von den Volksmassen gestürzte völkermordende Somoza-Regime in Nikaragua, das grausame Militärregime in El Salvador, das Rassistenregime in Südafrika sowie die Diskriminierung nationaler Minderheiten, z. B. der Indianer, Afroamerikaner und Puertoricaner in den USA.

Was ist das für ein »Humanismus«, der über die Volksrepublik Polen Sanktionen verhängt, weil die Führung des Landes durch den Ausnahmezustand den Bürgerkrieg verhinderte und den europäischen Frieden erhalten konnte? Was ist das für ein »Humanismus«, der die Völkermordregime in Paraguay, Guatemala usw. unterstützt? Was sind das für »Menschenrechte«, die selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern Dutzende Millionen Arbeiter der Erwerbslosigkeit aussetzen und es zulassen, daß Millionen Jugendliche, noch bevor sie in das Arbeitsleben eintreten, keine Arbeitsstelle finden können? Wieviel Verzweiflung, psychologischen Druck und Entwürdigung der Person bedeutet es, wenn Millionen Menschen des Rechts auf Arbeit beraubt sind und keine soziale Sicherheit besitzen, wenn Hunderttausende Bauern, Handwerker, Händler, kleine und mittlere Unternehmer ruiniert werden und ihre Existenzgrundlagen verlieren? Wie sehen die »Menschenrechte« in kapitalistischen Ländern aus, in denen die Arbeiter um ihre Mitbestimmung in den Betrieben noch vergeblich kämpfen?

Ist es angesichts solcher Bedingungen nicht zu verstehen, daß die Existenzangst Menschen zur Droge, zum Rauschgift greifen läßt? Allein in New York leben, Schätzungen zufolge, etwa hunderttausend Heroinsüchtige. Um Rauschgiftmittel zu beschaffen, rauben sie täglich Sach- und Geldwerte in Höhe von ungefähr 10 Millionen Dollar oder etwa 10 Milliarden DM pro Jahr. Und das in einer einzigen Stadt![81]

»Im nüchternen Zustand fühlt man sich leer, hohl, tot. Keine nennenswerte Lebensstimmung ist vorhanden. Es fällt einem nichts ein. Keine Gefühle sind da. Die Fantasie ist ausgetrocknet. Impulse kommen auch keine. Man weiß nicht, was man soll. Zu nichts hat man Lust. Das Leben ist zum Erbrechen langweilig und fad. Im Rauschzustand wird es dagegen lebendig.«[82]

»Damit sind wir bei einem weiteren Motiv der Drogenabhängigkeit angelangt. Es heißt Protest gegen die Realität ... Die Jugend hat ein feines Gespür für die Mißstände in Staat und Gesellschaft. Junge Menschen protestieren gegen eine Welt, die ihnen

Wesentliches auf dem Wege ihrer Selbstverwirklichung schuldig blieb und bleibt ... Mit dieser verhaßten Welt will man nichts zu tun, nichts zu schaffen haben, folglich zieht man sich in die Welt des Rausches zurück.«[83]

Auf dem Rauschgiftmarkt der USA werden Schätzungen nach jährlich für 48 Milliarden Dollar Drogen umgesetzt. Das Ergebnis im Jahre 1977 waren 15 000 Rauschgifttote und 5 Millionen von Drogen abhängige Jugendliche. Gegenwärtig ruinieren in der BRD 40 000 drogenabhängige Jugendliche ihre Persönlichkeit und zerstören sich selbst. Auf diesen verhängnisvollen Weg werden sie durch die in ihrem Milieu vorherrschenden geistigen Lehren, die Sinnlosigkeit ihres Lebens und die Isoliertheit des einzelnen in der Gesellschaft getrieben.

Ein weiterer Ausdruck der Lebenswerte im Kapitalismus: Geiselnahme, Bankraub, Kindesentführungen und brutale Gewalt. In einer Gesellschaft, die durch Unterdrückung des eigenen Volkes und fremder Völker, durch Ausbeutung und Aggressivität charakterisiert ist, besteht ein fruchtbarer Boden für Verbrechen. In der BRD werden täglich neun Menschen getötet, alle 39 Minuten wird ein Mensch beraubt, alle 9 Minuten in eine Wohnung eingebrochen, alle 3 Minuten geschieht ein Betrug, alle 30 Sekunden wird ein Diebstahl begangen. Das schrieb H. W. Hamacher in »Tatort Deutschland« im Jahre 1973. Der BRD-Kriminalstatistik zufolge stieg die Anzahl der registrierten Straftaten bis 1977 auf 3,27 Millionen an. Das bedeutet eine durchschnittliche Zunahme um 6,9 Prozent jährlich. Eine ungleich höhere Anzahl Verbrechen, als in der Statistik erscheint, bleibt der Polizei verborgen.

Im Jahre 1980 gab es allein in New York 1 821 Morde, 3 711 angezeigte Vergewaltigungen – das ist im Höchstfall ein Drittel der tatsächlichen – und 100 500 Raubüberfälle, also 275 täglich.[84] Eine in den USA veröffentlichte Übersicht zeigt, daß unter drei Stadtbewohnern einer im Jahr das Opfer eines Überfalls oder Raubversuchs geworden ist. Vierhundert von tausend Menschen fühlen sich unsicher, wenn sie im Umkreis ihres Hauses spazierengehen. In der New Yorker Untergrundbahn fährt jetzt die Polizei mit, und Taxifahrer sind vom Fahrgast durch eine Scheibe aus kugelsicherem Panzerglas getrennt.

»In großen Teilen Washingtons ist es gefährlich, sich nach 6 Uhr abends noch nicht eingeschlossen zu haben. Die Erfahrungen eines Milchladenbesitzers sind keine Ausnahme, sondern typisch. Ungefähr dreimal im Monat werde sein Laden ausgeraubt. Manchmal zweimal in der Woche. Zu bestimmten Zeiten? Nach 6. Was machen die Räuber? Manchmal haben sie Revolver, manchmal nicht. Hat man schon einmal auf Sie geschossen? Nein. Es heißt, Ihr Laden sei einmal innerhalb von 40 Stunden viermal überfallen worden. Stimmt das? Ja. Wann? Abends zwischen 6 und 11.«[85]

»Wie es um die Schulen in amerikanischen Großstädten steht, ist

nur allzugut bekannt. Ein typisches Beispiel bietet die publikschool 304..., knapp 5 Kilometer vom Zentrum Manhattans entfernt. Sie wurde in eine Festung umgewandelt, nachdem eine Sekretärin während der Frühstückspause im Oberstock zusammengeschlagen worden war. Alle Eingänge bis auf einen wurden durch Absägen der Türgriffe nach der Straße hin verschlossen, die Fenster erhielten Maschendrahtschutz, ein bewaffneter Polizist patrouilliert auf den Schulgängen, die Lehrer halten ihren Unterricht hinter verschlossenen Türen, und ohne Sicherheitsprüfung darf niemand mehr ins Schulhaus. Ein Lehrer gestand: Wir sind mit den Nerven fertig, wir schauen uns immer um! Soll so die Zukunft aussehen?«[86]

Folgende Fakten bestätigen den rapiden Anstieg der Kriminalität in Westberlin: Von 1957 bis 1977 erhöhten sich die vorsätzlichen Tötungsdelikte um 350 Prozent, von Körperverletzung um 548 Prozent, von schwerem Diebstahl auf 627 Prozent, bei Raub auf 1 229 Prozent, bei Rauschgiftdelikten auf 1 426 Prozent.

Es wäre interessant zu erfahren, auf wieviel Prozent ihres Einkommens die Bürger zu verzichten bereit wären, wenn sie in so gesicherten Verhältnissen leben könnten wie die Bürger in sozialistischen Staaten, obgleich auch hier die Kriminalität noch nicht ausgestorben ist.

Ohne Arbeit, ohne soziale Sicherheit, ohne edle, begeisternde Ziele werden zahllose Menschen Opfer einer Lebensweise, die Resultat einer in der Zersetzung begriffenen Gesellschaft ohne Zukunft ist.

Die soziale Unsicherheit auf der einen Seite, der zur Schau getragene parasitäre Luxus auf der anderen Seite, das zum Grundsatz erhobene Gesetz des Stärkeren, die Zunahme einer Haltung, die sich unbekümmert und rücksichtslos über die Belange des Nächsten hinwegsetzt, die unbarmherzige Jagd nach Profit, die Korruption und die von der an der Macht befindlichen überlebten Klasse praktizierte Amoral ziehen zwangsläufig viele Menschen in diesen unbarmherzigen Kreislauf hinein. Die »Krimis« der USA und anderer imperialistischer Länder geben oft ein ungewolltes Spiegelbild dieser »Lebenswerte«.

Doch Verbrechen und Rechtsverletzungen sind keine ewige Erscheinung. »Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird«, schrieb Marx, »dann muß man die Umstände menschlich bilden.« Mit der Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlagen der Ausbeuterordnung verschwinden auch die sozialen Grundlagen der Verbrechen.

In den sozialistischen Ländern kommt es bekanntlich noch zu Rechtsverletzungen und sogar zu Verbrechen. Doch die Ursachen dafür sind von anderer Art, sie liegen nicht im Charakter der neuen Gesellschaft begründet. Die in den sozialistischen Ländern begangenen Rechtsverletzungen sind das Ergebnis von Widersprü-

chen zwischen dem Neuen, Progressiven und dem Alten, Überlebten, die im Prozeß der sozialistischen Weiterentwicklung der Gesellschaft immer mehr überwunden werden. Sie sind Überreste der vergangenen kapitalistischen Moral und des ihm eigenen Individualismus. Der Sozialismus, die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, trägt noch die Muttermale der alten Gesellschaft. Noch ist nicht der höchste Entwicklungsstand kommunistischen Bewußtseins bei allen Bevölkerungsschichten erreicht, und so besteht noch eine Basis für gesellschaftswidrige Handlungen, deren Ausmaß aber unvergleichlich geringer als in den kapitalistischen Ländern ist.

In den sozialistischen Ländern entwickeln sich nach der Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse Bedingungen eines echten Humanismus. Vor über hundert Jahren schon wiesen Marx und Engels darauf hin, daß die kommunistische Gesellschaft nicht nur einfach die Ausbeutung beseitigt, sondern auch die Säuberung des Menschen vom Schmutz der alten Gesellschaft zur Folge hat. Nach dem Sieg des Sozialismus beginnt ein Prozeß, der erst mit der Schaffung wirklich menschlicher Beziehungen auf der ganzen Welt voll zur Entfaltung kommen kann und wird.

Diese neue Menschlichkeit erwächst auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und einer tiefen Sympathie zwischen den Werktätigen aller Länder. Das Verschwinden der Ausbeutung, der Unterdrückung und der Klassengegensätze führt zum Entstehen echt menschlicher Beziehungen, und darum bildet sich in der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft allmählich jene Qualität des Humanismus heraus, die in den moralischen Statuten aller Zeiten gerühmt und ersehnt wurde, in den antagonistischen Klassengesellschaften aber eine Illusion bleiben mußte.

Wahrer Humanismus kann sich nur in einem Gesellschaftszustand entwickeln, der allen Menschen ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse, Beruf und Bildungsgrad ein in materieller und geistiger Hinsicht menschenwürdiges Dasein gewährleistet.

Der sozialistische Humanismus nimmt alle positiven Werte, die die Menschheit im Verlaufe ihres Aufstiegs hervorgebracht hat, in sich auf und bereichert sie durch jene Ideale, die den Bedürfnissen der Menschheitsentwicklung entsprechen.

Die menschliche Gesellschaft tritt in einen Abschnitt ihrer Geschichte ein, der durch wahres Menschentum gekennzeichnet ist.

Als das aufstrebende Bürgertum gegen die verrottete Feudalordnung auftrat, konnte es mit Recht die Humanität für sich in Anspruch nehmen, denn es kämpfte für neue, höhere Beziehungen zwischen den Menschen, auch wenn es anstelle der feudalen Ausbeutung nur die kapitalistische setzte. Um so mehr können die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Handlungen von tiefer Menschlichkeit erfüllt sind, da sie nicht nur einen neuen Fortschritt in der Verwirklichung des

Humanismus bewirken, sondern den Menschen zur wahren Menschlichkeit erheben.

Der sozialistische Humanismus hat nichts gemein mit den Phrasen einer »universellen Liebe«, einer »allgemeinen Humanität«, wie sie von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen unter den Bedingungen der Existenz antagonistischer Klassen gepriesen werden. Immer hatte in den Ausbeutergesellschaften der Humanismus Klassencharakter. Die Ideologen, die in der Gegenwart einen allgemeinen Humanismus predigen, benutzen, gewollt oder ungewollt, den tiefen Wunsch der Menschen nach Humanismus zur Erhaltung des Überlebten.

Erheben sich die Werktätigen gegen die reaktionären, aggressiven Kräfte, so jammern diese Ideologen, der Humanismus sei in Gefahr. Als in Syrien, Kuba, Algerien, Äthiopien, Angola, Moçambique, Afghanistan, Iran und anderen Ländern die koloniale Unterdrückung beseitigt oder reaktionäre, mit ausländischen Monopolen verquickte Regime beseitigt wurden, zeterten sie, »Unmenschliches« sei geschehen.

Die Tatsachen bestätigen, daß es zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften, zwischen dem Volk und seinen Feinden, keine einheitliche Auffassung über Humanismus geben kann und die Verkündung von allgemeiner Menschlichkeit unter den Bedignungen des Imperialismus nur den Imperialisten dient.

Werden wir glücklicher?

Das Problem des persönlichen Liebesglücks soll hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein. Es wird im sechsten Kapitel behandelt. Hier geht es um den allgemeinen Begriff des Glücks, um das Ideal vom glücklichen, freien, allseitig gebildeten und harmonisch entwickelten Menschen.

Ich meine, Glück ist der höchste Ausdruck der Lebenswerte.

Viele Jahrhunderte priesen große Denker den schöpferischen, aktiven Menschen, der im Kampf mit der Natur und im Kampf für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft seine Kräfte einsetzt und sich bewährt. Sie traten für das Recht jedes Menschen ein, in einem sinnerfüllten Leben seine Talente und Fähigkeiten frei zu entwickeln. Dieses Ideal von der Kraft und Größe des Menschen ergriff den jungen Goethe und inspirierte ihn zu einem stolzen Hymnus auf die Macht des Menschen.

»Wer half mir
Wider der Titanen Übermut?
Wer rettete vom Tode mich?
Von Sklaverei?
Hast du nicht alles selbst vollendet,
Heilig glühend Herz?«

In der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte haben die Volksmassen und hervorragende Persönlichkeiten große Opfer für das Ideal des freien, allseitig entwickelten Menschen und für ein sinnerfülltes Leben gebracht. Dieser Wunsch ließ und läßt sich jedoch in den Ausbeutergesellschaften nicht verwirklichen. In diesen Gesellschaften wird der Wert des Menschen nicht dadurch bestimmt, daß er Mensch ist, sondern dadurch, daß er Sklavenhalter oder Sklave, Feudalherr oder Leibeigener, Kapitalist oder Proletarier ist.

Bürgerliche Ideologen reden und schreiben viel vom ewigen Wert des Menschen und seiner unantastbaren Würde. In der Wirklichkeit gibt es im Kapitalismus nur einen Wertmaßstab für die Persönlichkeit: den Profit, die Macht des Geldes. Wer über materiellen Reichtum verfügt, ist auch ein »wertvoller« Mensch. Karl Marx charakterisiert diese Situation:

»So groß die Kraft des Geldes, so groß ist meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine – meines Besitzers – Eigenschaften und Wesenskräfte. Das, was ich bin und vermag, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich bin häßlich, aber ich kann mir die schönste Frau kaufen. Also bin ich nicht häßlich, denn die Wirkung der Häßlichkeit, ihre abschreckende Kraft, ist durch das Geld vernichtet ... Das Geld ist das höchste Gut, also ist sein Besitzer gut ...; ich bin geistlos, aber das Geld ist der wirkliche Geist aller Dinge, wie sollte sein Besitzer geistlos sein? ... Ich, der durch das Geld alles, wonach ein menschliches Herz sich sehnt, vermag, besitze ich nicht alle menschlichen Vermögen? Verwandelt also mein Geld nicht alle meine Unvermögen in ihr Gegenteil?«[87]

Für die übergroße Mehrheit der Menschen im Kapitalismus, die nicht über Reichtum verfügen, ist kein Platz unter den »wertvollen« Menschen. Sie gehören zur »Masse« und gelangen ganz selten in den Genuß von Umständen, unter denen sie ihre Fähigkeiten voll entfalten können.

Der ehemalige DGB-Vorsitzende H. O. Vetter hat sich zu den Auswirkungen des skrupellosen Profitstrebens auf die Persönlichkeitsentwicklung so geäußert: Die Arbeiter »können in ihrer Arbeit nichts Wertvolles, keine Leistung erblicken. Sie können sich kaum mehr als schöpferische Menschen erfahren, entsprechend auch kein Selbstbewußtsein und keine Selbstachtung entwickeln. Eindringlich sollte man sich vor Augen führen, daß Eintönigkeit und Sinnentleerung der Arbeit sich nicht auf die Arbeitszeit beschränken, sondern drohen, die menschliche Existenz insgesamt sinnlos zu machen«.[88]

»Noch immer haben Gewinne und Machtinteressen Vorrang vor menschengerechter Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.«[89]

Die herrschenden Klassen und ihr Anhang besitzen alle Möglichkeiten der Entfaltung: Sie verfügen über eine gründliche Ausbil-

dung, mannigfaltige berufliche Möglichkeiten und entsprechende Aufstiegschancen. Für die Arbeiter und Angehörigen der anderen werktätigen Klassen und Schichten sind die Bedingungen zur allseitigen Persönlichkeitsentwicklung stark reduziert. Haben sie einen Arbeitsplatz, so werden ihre Kräfte durch Rationalisierung, Arbeitshetze und Monotonie im Arbeitsprozeß immer stärker in Anspruch genommen und verschlissen. Über die geistige Manipulierung wird die Benachteiligung der Werktätigen fortgesetzt. Billige Massenkultur in der Freizeit behindert die Entfaltung der realen Interessen und Bedürfnisse und damit die Entwicklung der Persönlichkeit.

Bedingt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt benötigt das Monopolkapital mehr Arbeiter mit höherer fachlicher Qualifikation. Die Bildungseinrichtungen beschränken ihre Arbeit jedoch auf die Vermittlung von Fachkenntnissen. Umfassende Bildung bleibt nach wie vor das Vorrecht der herrschenden Ausbeuterklasse und ein Mittel zur Niederhaltung der Massen. Das Bildungsprivileg wird weiter aufrechterhalten und die große Mehrheit der Arbeiter lediglich als anstellige Arbeitskraft und Teilarbeiter perfektioniert, um die Profitansprüche zu sichern. Eine vielseitige Ausbildung der Persönlichkeit entspricht nicht den Interessen der Monopolbourgeoisie.

Ein sehr großer Teil unseres Glücks beruht auf der Gesundheit. Insofern sind die Lebenswerte des Volkes auch weitgehend nach ihrem Gesundheitszustand, nach ihrer mittleren Lebenserwartung und der gesundheitlichen Betreuung einzuschätzen.

Die Statistiken weisen aus, daß die Armen in den kapitalistischen Ländern früher sterben. Sie neigen, im Vergleich mit der Oberschicht, in verstärktem Maße zu hohem Blutdruck, zur Blutarmut, zu Zahnverfall, Unterernährung, Lungen-, Herz- und Geisteskrankheiten.

Besonders betroffen sind die Menschen aus den Wohngegenden der Armen. Im reichsten kapitalistischen Land, in den USA, starben 1976 in New York insgesamt 10,5 pro tausend Einwohner. In Harlem lag die Todesrate um fast 50 Prozent höher, nämlich bei 14,5 Prozent. Auch die Säuglingssterblichkeit war höher. Sie betrug in Harlem auf tausend Geburten 42,8, in ganz New York hingegen 19.

Soziale Sicherheit, sichere Arbeitsplätze und stabile Preise bestimmen entscheidend das Glücksgefühl. Der Imperialismus hat aber die soziale Unsicherheit der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen so verschärft, daß sie bei vielen werktätigen Menschen Beunruhigung, Verunsicherung, psychische Verkrampfungen auslöst, was nicht nur zu Depressionen, zu Gefühlen der sozialen Diskriminierung, sondern oft auch zu ernsten gesundheitlichen Störungen führt.

Während die herrschende Oberschicht in den kapitalistischen

Ländern im stillen Grün der Villenviertel und in der Privatpraxis des Arztes ihre Gesundheit erhalten kann, bleiben den Werktätigen lärmerfüllte und stinkende Häuserkonzentrationen und medizinische Einrichtungen, in denen als erstes nach der Versicherungsart gefragt wird.

Selbst in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern ist Krankheit ein unbezahlbarer Luxus. In Belgien z. B. mußte 1977 ein Patient für eine Konsultation bei einem praktischen Arzt 170 Franken bezahlen. In Kanada kostet ein Tag Krankenhausaufenthalt 130 Dollar. In den USA sind die Ausgaben für die medizinische Betreuung sprunghaft angewachsen. Für eine Gallenblasenoperation, die im Jahre 1950 noch 361 Dollar kostete, mußten im Jahre 1977 bereits 2 208 Dollar bezahlt werden. Von 1950 bis 1981 stiegen die Kosten für den Krankenhausaufenthalt auf über das Zehnfache: auf 300 Dollar täglich. Eine einfache Untersuchung kostet bis zu 150 Dollar.[90]

Die »New York Times« vermerkt, daß aufgrund des jährlichen Ansteigens der Kosten um 15 Prozent zu errechnen ist, wann der Krankenhausaufenthalt für einen Tag 500 Dollar beträgt. Ein Patient, der in einem New Yorker Krankenhaus zwei Monate verbringen mußte, erhielt eine Rechnung in Höhe von 22 147 Dollar. Die Situation wird durch die Inflation und Streichung der staatlichen Sozialausgaben noch verschärft, besonders seit dem Übergang der USA zur Hochrüstung.

In der BRD, in der sich die Werktätigen größere soziale Rechte erkämpften, erhöhten sich die Krankenkassenbeiträge von 1960 bis 1976 auf das Doppelte. Im Jahre 1976 betrugen die Beiträge 12 Prozent des Einkommens. Inzwischen machen »Sparprogramme« und Sozialabbau die Lebenslage der Werktätigen der BRD immer schwieriger.

Soziale Sicherheit und die wachsenden Leistungen des Gesundheitswesens in den sozialistischen Ländern zeigen auch hier die Überlegenheit des Sozialismus. In den sozialistischen Ländern sind die Behandlungen in Krankenhäusern und Kliniken, Arztbesuche und Krankentransporte kostenlos.

Bürgerliche Ideologen behaupten, daß es eine »Vermassung« des Menschen im Sozialismus, einen Verlust »menschlicher Individualität« gäbe.

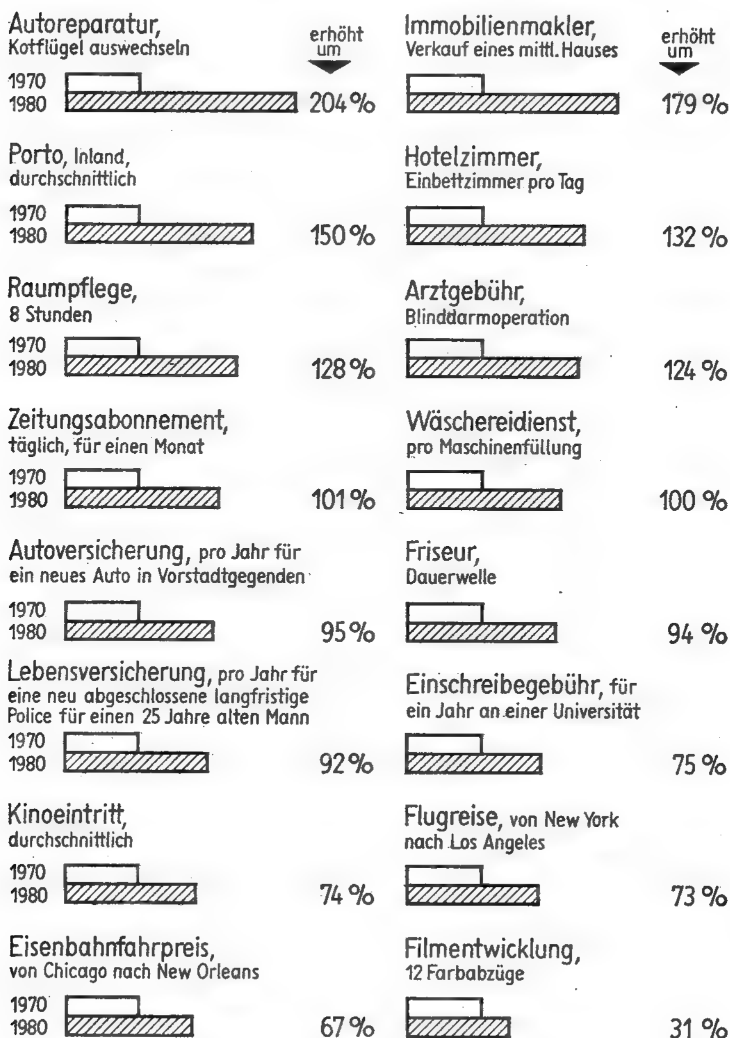
Das ist nicht nur eine Entstellung der Wirklichkeit. Diese Behauptung entspringt auch der Furcht der Monopolbourgeoisie vor einer massenhaften aktiven Teilnahme der Werktätigen am gesellschaftlichen Geschehen.

In den sozialistischen Ländern gibt es keinen Verlust menschlicher Individualität, im Gegenteil!

Schon Marx stellte fest, daß die Individualität die Quelle und Garantie für die Freiheit der Persönlichkeit ist. Und Lenin zeigte, daß der Sozialismus nicht zur Nivellierung des geistigen Lebens,

Wie in den USA die Preise klettern

Anstieg der durchschnittlichen Kosten für allgemein in Anspruch genommene Dienstleistungen in den USA, berechnet auf der Grundlage landesweit üblicher repräsentativer Preise. Zwei Positionen in absoluten Angaben: Eine Blinddarmoperation kostete 1960 183 Dollar, 1980 410 Dollar. Die Universitätseinschreibegebühr für ein Jahr betrug 1960 1204 Dollar, 1980 2105 Dollar.



Quelle: horizont, 28/1981, berechnet durch U. S. News & World Report

sondern zu dessen noch größerer Vielfalt führt, daß der Sozialismus die Differenzierung der Menschheit im Sinne von Reichtum und Mannigfaltigkeit des geistigen Lebens und der ideellen Strömungen, Bestrebungen und Schattierungen millionenfach steigern wird. Das entscheidende Merkmal der Persönlichkeitsentwicklung in der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß es aufhörte, das Monopol und Vorrecht der herrschenden Klasse zu sein.

Die allseitige Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse des Menschen im Sozialismus bedeutet natürlich nicht, daß sich die Persönlichkeit anderen Menschen und der Gesellschaft entgegenstellt. Ihr Verhältnis zur Gemeinschaft beruht auf gegenseitiger geistiger Bereicherung, auf dem Triumph von Beziehungen der Solidarität und Kameradschaftlichkeit, auf der Verschmelzung der Interessen der Persönlichkeit und der Gesellschaft bei ausgeprägter Individualität und Selbständigkeit des Denkens. Es beruht auf Entwicklung einer schöpferischen freien Persönlichkeit, von der die besten Geister der Vergangenheit träumten.

Die Vorzüge der sozialistischen Lebensweise und die Entwicklung eines neuen, geistig höheren und glücklicheren Menschen bedeutet jedoch nicht, daß im Sozialismus schon alle Überreste kleinbürgerlichen und bürgerlichen Bewußtseins verschwunden sind. Spießerhafte und asoziale Erscheinungen, Egoismus, Bereicherung auf Kosten anderer, Mißachtung gesellschaftlicher Interessen und Vergeudung gesellschaftlichen Eigentums gibt es nicht nur bei einem Teil der älteren Generation, sondern auch bei einem Teil der Jugend, der unter den Bedingungen des Sozialismus aufgewachsen ist.

Die Gegner des Sozialismus greifen mit großer Freude solche negativen Erscheinungen auf, entstellen und übertreiben sie, um so das Bild zu vermitteln, daß auch der Sozialismus die Gebrechen des Kapitalismus nicht zu überwinden vermöge.

Wo liegen die Ursachen für derartige Erscheinungen?

Solche Wesenszüge, die sich unter den Bedingungen des Kapitalismus und besonders in seiner Untergangsperiode herausbilden, wie Konkurrenzkampf, Feindseligkeit und Angst anstelle warmherziger Zuneigung zwischen den Menschen, Selbstsucht, Rücksichtslosigkeit, egoistische Berechnung und Habgier, haben eine jahrtausendealte Tradition. Sie sind ein schweres Erbe der Vergangenheit, gegen das die sozialistische Gesellschaft einen harten Kampf führen muß. Die Überreste im Bewußtsein der Menschen, die Kraft der Gewohnheit von Generationen, sind außerordentlich zählebig. Es bedarf längerer Zeiträume, sie zu überwinden.

Eine andere Quelle ist der Einfluß der feindlichen kapitalistischen Welt. Die imperialistischen Mächte unternehmen große Anstrengungen, um direkten Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen in den sozialistischen Ländern zu gewinnen. Sie versuchen, die fortschreitende Schwächung der ökonomischen und politischen

Positionen des Imperialismus und auch den zunehmenden Bankrott seiner Ideologie zu verhindern. Zweifellos verfügen sie über umfangreiche Erfahrungen in der Täuschung und Irreführung der Massen. Außerdem ist ihnen kein Mittel zu schlecht, um das Bewußtsein wenigstens von Teilen der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern zu vergiften.

Doch Tatsachen lassen sich durch keine noch so raffinierte Demagogie hinwegwischen. Die Werktätigen in den sozialistischen Staaten sind nicht bereit, soziale Sicherheit gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und Ruin einzutauschen. Die große Masse unserer Bürger ist nicht bereit, die Bildungsprivilegien der Bourgeoisie wieder herzustellen, auf die Gleichberechtigung der Frau und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu verzichten, die Vorzüge unserer Gesundheitspolitik, das Recht auf Arbeit und Mitbestimmung im Betrieb aufzugeben und eine Politik der Aggression und Spannungen zu unterstützen.

Das Zurückbleiben im Bewußtsein bei einem Teil der Bürger besteht unter anderem darin, daß sie die Vorzüge des Sozialismus mit Selbstverständlichkeit nutzen, ohne jedoch selbst bereit zu sein, ihren Pflichten in der sozialistischen Gesellschaft nachzukommen, weil sie sich Sondervorteile gegenüber den anderen Mitgliedern der Gesellschaft verschaffen wollen. Keine feindliche Propaganda jedoch kann die überwältigende Mehrheit der Werktätigen in den sozialistischen Ländern dazu bringen, die Herrschaft der Monopole und Großgrundbesitzer wieder einzuführen. Das mußten selbst westliche Reporter anläßlich der polnischen Ereignisse feststellen.

Solche überlebten Vorstellungen z. B., daß der Kapitalismus eine ewige Ordnung sei, daß es ohne ihn nicht gehe, sind bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr vorhanden.

Das Zurückbleiben des Bewußtseins hinter dem Sein und die Einflüsse der kapitalistischen Welt erklären jedoch nicht vollständig die Lebensfähigkeit mehr oder minder rückständiger Anschauungen und sogar ihre zeitweilige Verstärkung bei einem Teil der Werktätigen.

Marx und Engels unterschieden zwei Phasen des Kommunismus: eine niedere und eine höhere Phase. Im Sozialismus, der niederen Phase, gibt es kein Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und keine feindlichen, sich bekämpfenden Klassen. Die im Prozeß der sozialistischen Revolution vollzogene Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum beseitigte die Hauptgrundlagen des Individualismus und die Wurzel des Widerspruchs zwischen dem Individuum und der ganzen Gesellschaft. Die Festigung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Ausbeutung und der Ausbeuterklassen, die gemeinsame Arbeit der Werktätigen in den Betrieben, die ihnen gehören, das unentwegte Wachstum des materiellen und kulturel-

len Lebensniveaus, die immer breitere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft und Kultur bilden die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft. Sie wirken in Richtung auf die Entfaltung eines immer höheren sozialistischen Bewußtseins. Jedoch bestehen in dieser Phase noch objektive Bedingungen, die die bürgerlichen Überreste im Bewußtsein des Menschen nähren. Die Produktivkräfte im Sozialismus erreichen trotz schnellen Wachstums noch nicht eine solche Höhe, daß ein Überfluß an materiellen und geistigen Gütern erzeugt werden kann. Infolgedessen wird in der ersten oder niederen Phase des Kommunismus, dem Sozialismus, nach der Leistung entlohnt, und die volle Gleichheit der Menschen wird noch nicht erreicht.

»Womit wir es hier zu tun haben ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt.«[91]

Die Menschen sind in ihrer physischen Entwicklung, ihren Fähigkeiten und Qualifikationen verschieden. Und wenn sich die Arbeitsmenge und die Qualität ihrer Arbeit voneinander unterscheiden, erhalten sie auch verschiedene Entlohnung. Und sogar bei gleicher Menge und Qualität der aufgewandten Arbeit und gleicher Entlohnung befriedigen die Menschen wegen ungleicher Familienlage, ungleicher Anzahl der Familienmitglieder, Verschiedenheit der individuellen Interessen und Neigungen ihre Bedürfnisse in verschiedenem Maße.

Das sozialistische Prinzip, die Entlohnung nach Leistung, ist eine gewaltige Errungenschaft der Werktätigen auf dem Wege zum Kommunismus. Gleichzeitig hat es aber die schon von Marx und Lenin festgestellten Mängel. Das schnelle Wachstum der Produktivkräfte im Sozialismus ermöglicht es, auch diese Schranken zu überwinden und zu einem höheren Prinzip, die Verteilung nach den Bedürfnissen, überzugehen.

Beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, den die sozialistischen Länder erreicht haben, stellen das Prinzip der materiellen Interessiertheit und die Entlohnung nach Leistung jedoch das einzig mögliche fortschrittliche Prinzip dar.

Die bürgerlichen Überreste im Bewußtsein der Menschen können erst im Prozeß der vollen Entfaltung des Sozialismus und des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft vollständig verschwinden, wobei die Herstellung materieller Gleichheit mit der Entwicklung der geistig-sittlichen Gleichheit verbunden sein muß. Das ist ein Prozeß, der nicht spontan verläuft.

Die sozialistisch-komunistische Gesellschaft schafft mit der immer vollkommeneren Entfaltung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten ihrer Mitglieder ein starkes individuelles Glücksgefühl.

Es entsteht aus einem schöpferischen und sinnerfüllten Leben.

Doch der Mensch ist kein Einzelwesen, er lebt in der Gesellschaft, losgelöst von ihr kann er nicht leben und glücklich sein. »Das Kostbarste im Leben ist das, daß wir nicht für uns selber leben, sondern für das, was geschehen muß für die Menschen und für die Wahrheit und für das Gute«, schrieb Albert Schweitzer.

In den kapitalistischen Ländern kann der Sinn des Lebens und des Lebensglücks eines progressiven Menschen nur im Kampf zur Einengung und zur schließlichen Beseitigung der Macht der Monopole liegen, weil sie den Lebensprozeß und die Glücksgefühle des Werktätigen unterdrücken. In diesem Kampf entfalten sich alle persönlichen Fähigkeiten und Talente.

In meinem Buch »Im Strom der Zeit« habe ich bekannt, und ich wiederhole hier:

»In unserer Gesellschaftsepoche vollendet sich der seit Jahrtausenden andauernde Kampf zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, Unterdrückten und Unterdrückern; der Kampf um ein menschenwürdiges, glückliches Leben. Es gibt kein schöneres Ziel, als an der Gestaltung der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft, die der Würde des Menschen voll entspricht, mitzuwirken. Das Leben des einzelnen gewinnt immer dann an Sinnerfüllung, wenn er den historischen Aufgaben seiner Zeit nicht ausweicht, sondern auf seine Weise dazu beiträgt, sie zu lösen.

Mein Leben war und ist eng mit dem politischen Geschehen unserer Zeit verbunden, mit den Erfolgen meiner Klasse im Kampf um den Sieg des Sozialismus, aber auch mit den Niederlagen und Rückschlägen. Mein Leben und das vieler fortschrittlicher Menschen verlangte schwere Opfer und Entbehrungen. Es war selbst in der Zeit, da unsere materielle Existenz gesichert war, arbeitsreich und anstrengend. Trotzdem! Es war ein glückliches Leben. Losgelöst von den Aufgaben der Gesellschaft wäre es auch bei günstigsten materiellen Lebensbedingungen inhaltsarm, leer und ohne Erfüllung gewesen.

Es ist etwas Großartiges, in einer Zeit, die starke Menschen braucht, in der Vorhut der Bewegung zu kämpfen, unabhängig davon, welche Formen dieser Kampf hat und welche Opfer er kostet. Der Kampf für ein so hohes edles Ziel wie den Sozialismus fordert von jedem Mut, Verstand, Willenskraft, Beharrlichkeit und Charakter. Der einzelne wächst mit dem einzelnen.«[92]

In der sozialistischen Gesellschaft bestehen andere gesellschaftliche Bedingungen. Hier entfaltet die Persönlichkeit ihre Anlagen und Talente im Kampf für die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Hier hat sie die besten Voraussetzungen zum Glücklichwerden, weil sie ihre Fähigkeiten zur vollen Entfaltung bringen kann, ohne daß Bildungsvorrechte sie behindern oder sie dem Druck, der Brutalität der reaktionären Klasse ausgesetzt ist.

Der Sozialismus schafft die günstigsten Bedingungen für jeden

Menschen, seinen Lebensplan aufstellen und ihn durch zielbewußte Arbeit auch verwirklichen zu können. Diese Planbarkeit der persönlichen Entwicklung, begründet in den gesellschaftlichen Bedingungen des Sozialismus, vermittelt ihm innere Sicherheit, Lebensfreude, Zukunftsgewißheit, weil er sein Leben immer inhaltsreicher gestalten kann.

So verwundert es nicht, daß angesichts des Beispiels und der Wirkungen des Sozialismus der sich entfaltende Kampf der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern nicht nur um die Abwendung der fortschreitenden Zerstörung der materiellen Existenzbedingungen geführt wird. Ablehnung, Protest, Widerstand entwickeln sich auch gegen die Vernichtung der geistig-kulturellen Lebenswerte.

Der Kampf gegen ein inhaltsloses, nicht sinnerfülltes Leben, für eine menschenwürdige Perspektive gewinnt wachsende Bedeutung. Dieser Kampf erfaßt auch Menschen, deren materielle Lage zufriedenstellend und gesichert ist. Aber das Gefühl der inneren Leere, des unbefriedigten Seins, der Orientierungslosigkeit wird auch für sie immer unerträglicher. Und sie empören sich gegen Auswirkungen einer überlebten, in Fäulnis befindlichen Gesellschaftsordnung. Die primitiven Formen des Protestes gegen die Öde des Daseins im Kapitalismus, z. B. die Flucht in den Alkohol oder in die Drogen, stellen natürlich keinen Ausweg dar. Die Kraftquellen liegen vielmehr im Erkennen der gesellschaftlichen Ursachen und im bewußten Handeln zur Überwindung gesellschaftlicher Zustände, die für ein menschenunwürdiges Dasein verantwortlich sind.

»Der Weltimperialismus muß fallen, sobald der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter in jedem Lande, ... sich mit dem revolutionären Ansturm von Hunderten Millionen Menschen vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen und nur als Objekt betrachtet wurden.«

Wladimir Iljitsch Lenin

Quo vadis »Dritte Welt«?

Zwei Drittel der Menschheit

Von den hundertsiebzig Staaten unseres Erdballs sind etwa hundertdreißig Kolonien oder Halbkolonien gewesen. In diesen Ländern leben heute zwei Drittel der Menschheit. Hinsichtlich ihres sozialökonomischen und kulturellen Entwicklungsstandes, ihrer politischen Struktur sowie des Zeitpunktes, zu dem sie ihre politische Unabhängigkeit errangen, unterscheiden sie sich zum Teil beträchtlich voneinander. Trotzdem haben sie gemeinsame Merkmale. Es sind Länder mit einem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Die meisten Entwicklungsländer oder Länder der »Dritten Welt« sind Agrarstaaten mit unterentwickelter Land- und Viehwirtschaft, die kaum über eine Industrie verfügen. In manchen Staaten Afrikas und Asiens haben die Bauern zur Bodenbearbeitung nicht einmal einen Holzpflug. Dementsprechend entwickelt sind die Produktionsverhältnisse. In vielen Staaten überwiegen vorkapitalistische und in nicht wenigen Fällen vorfeudale Wirtschaftsstrukturen. In Lateinamerika, in der großen Amazonasregion, sowie in Mittelafrika leben noch Volksstämme in Formen der Urgemeinschaft.

»Man könnte in diesem Sinne viele Entwicklungsländer ›lebende Museen‹ von fast allen bisherigen Produktionsweisen der Menschheitsgeschichte nennen, nur mit dem Unterschied, daß, während in den üblichen Museen tote Gegenstände aus vergangenen Zeiten aufbewahrt werden, in diesen Ländern die meisten Produktionsverhältnisse, die in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft existierten, noch tatsächlich nebeneinander wirken.

Als besonders umfassende Beispiele aus drei Kontinenten erwähnen wir die jungen asiatischen Staaten die Philippinen und Indonesien, den jungen afrikanischen Staat Zaire und das lateinamerikanische Land Peru. In allen diesen Ländern sind neben dem Kapitalismus, in Form von einheimischen und ausländischen Betrieben, Regionen mit halbfeudalen und völlig feudalen Ver-

hältnissen sowie vorfeudale Wirtschaftsstrukturen, die verschiedenen Stufen der Urgemeinschaft, vorhanden.«[1]

Zwar gibt es in den Entwicklungsländern keine Region, in der die Produktionsweise der Sklaverei besteht, jedoch sind UNO-Statistiken nach in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten noch fast zehn Millionen Haussklaven vorhanden.[2]

Es sind Länder, in denen die Mehrheit der Bevölkerung ungenügend ernährt ist, ein großer Teil sogar hungert oder an der Hungergrenze lebt.

Den höchsten wirtschaftlichen Entwicklungsgrad, der in den Ländern der »Dritten Welt« zu verzeichnen ist, haben die lateinamerikanischen Staaten. Die meisten befinden sich auf einem mittleren Niveau der kapitalistischen Entwicklung. Auch in vielen Staaten Asiens sind einheimische Monopole entstanden, eine nationale Bourgeoisie bildete sich heraus. Das Proletariat hat sich organisiert, und es wirken marxistisch-leninistische Parteien.

Während die lateinamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit schon vor mehr als hundertfünfzig Jahren erreichten, haben sich die asiatischen und afrikanischen Länder aus der kolonialen Unterdrückung erst in den letzten Jahrzehnten befreit.

Das entscheidende gemeinsame Merkmal der Entwicklungsländer ist, daß sie sich – bis auf die Länder sozialistischer Orientierung, die gesondert behandelt werden – in mehr oder weniger großer Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten befinden und von diesen in mannigfaltigen Formen skrupellos ausgebeutet werden.

Warum gibt es fortgeschrittene und zurückgebliebene Länder?

Wo liegen die Ursachen dafür, daß auf unserem Erdball verschiedene Gesellschaftsordnungen und unterschiedliche Entwicklungsstufen der Länder nebeneinander bestehen?

Die Produktivkräfte, die den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidend bestimmen, entwickeln sich nicht gleichmäßig in allen Teilen der Erde. Auf die Entwicklung der Produktivkräfte wirken, wie schon dargelegt, die verschiedensten Faktoren ein: die geographischen und bevölkerungspolitischen Bedingungen, die konkreten historischen Verhältnisse, der jeweilige Charakter der Eigentumsverhältnisse, die Kämpfe zwischen den Klassen in den antagonistischen Klassengesellschaften, die Beschaffenheit der gesellschaftlichen Einrichtungen, die Traditionen, der ganze Überbau.

Eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte und der ganzen Gesellschaft findet statt, wenn die jeweiligen Natur- und bevölkerungspolitischen Bedingungen günstig sind, der Charakter der

Produktionsverhältnisse den Produktivkräften entspricht, die fortschrittlichen Klassen und ihre Führer von Auffassungen durchdrungen sind, die den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen, und sie in den antagonistischen Klassengesellschaften den Sieg über die reaktionären Klassen errungen haben.

Diese komplizierte Wechselbeziehung der angeführten Faktoren ist in verschiedenen Ländern und bei verschiedenen Völkern entsprechend der konkreten Situation unterschiedlich und bewirkt, daß in manchen Teilen der Erde die Entwicklung fortgeschrittener als in anderen ist.

So bildeten sich Sklavenhalterstaaten zu einem Zeitpunkt, da anderswo noch urgemeinschaftliche Verhältnisse bestanden. Als Athen bereits ein Sklavenhalterstaat war, lebten die Germanen noch im Zustand der Urgemeinschaft. Zur Zeit der Entdeckung Amerikas befanden sich auch die Ureinwohner Nordamerikas und die Völker in Teilen der Südsee noch in urgemeinschaftlichen Verhältnissen. In Südamerika und Afrika bestanden urgemeinschaftliche Verhältnisse mit Elementen der Sklaverei und in Asien im wesentlichen Feudalverhältnisse. Die Mehrheit der Völker Europas hingegen hatte schon die Urgemeinschaft, die Sklaverei, den Feudalismus erlebt und befand sich gerade im Zustand des Übergangs zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Hauptgrund, warum die Ureinwohner Amerikas auf niedriger Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung stehenblieben, war, daß sie keine Haustiere besaßen. Das Pferd, ein wichtiges Produktionsmittel der Menschen, vermochte die menschliche Produktivkraft wesentlich zu steigern. Es wurde bekanntlich erst nach der Entdeckung Nordamerikas von Europa herübergebracht.

Der Fortschritt von der Urgemeinschaft zu höheren gesellschaftlichen Entwicklungsformen setzt die Zähmung und Züchtung von Tieren und die Kultur von Pflanzen voraus. »Nun besaß der östliche Kontinent, die sogenannte alte Welt, fast alle zur Zähmung tauglichen Tiere und alle kulturfähigen Getreidearten außer einer; der westliche, Amerika, von zähmbaren Säugetieren nur das Lama und auch dies nur in einem Teil des Südens, und von allen Kulturgetreiden nur eine, aber das beste: den Mais. Diese verschiedenen Kulturbedingungen bewirken, daß von nun an die Bevölkerung jeder Halbkugel ihren besonderen Gang geht . . .«[3]

Marx wies darauf hin, daß eine zu arme wie eine zu reiche Natur den Menschen an der Hand hält wie ein Kind am Gängelband. Eine zu arme Natur schränkt die Möglichkeit zur Entwicklung mehr oder minder ein, und eine zu reiche Natur macht seine Entwicklung nicht zu einer Notwendigkeit.

Welche Wirkung eine zu arme Natur auf die gesellschaftliche Entwicklung hat, zeigt sich z. B. bei den Eskimos. Ihr Existenzkampf ist unvorstellbar hart. Die Natur gab ihnen nur die Möglichkeit, sich Werkzeuge und Waffen aus den Knochen erjagter

Seehunde und das Material für Kleidung und kleine Boote aus Häuten und Fellen erlegter Tiere herzustellen. Ihr gesellschaftliches Leben veränderte sich innerhalb von Jahrtausenden wenig. Die Einwohner eines Gebietes ohne Metall können nun einmal keine Werkzeuge erfinden, die besser als Knochen- und Steinwerkzeuge sind.

Ein anschauliches Beispiel, wie eine zu reiche Natur den Menschen auf niederer Entwicklungsstufe wie ein Kind am Gängelband hält, geben uns die Südseeinsulaner und die Völker der tropischen Gegenden Zentral- und Südamerikas. Dort bilden Bananen die Hauptnahrung der Bevölkerung. Ein halber Hektar, bepflanzt mit Bananenstauden, kann für mehr als fünfzig Menschen Nahrung hervorbringen, während in Europa auf einem Hektar im Durchschnitt nur soviel Getreide wächst, daß es nicht einmal für zwei Menschen ausreichend ist.

»Paradiesische Verhältnisse« schließen auf den unteren Entwicklungsstufen der Menschheit den Zwang zur Verbesserung der Lebensbedingungen aus und wirken hemmend auf die gesellschaftliche Entwicklung.

Welche Naturbedingungen sind es nun, die die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen? »Es ist nicht die absolute Fruchtbarkeit des Bodens, sondern seine Differenzierung, die Mannigfaltigkeit seiner natürlichen Produkte, welche die Naturgrundlage der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bildet und den Menschen durch den Wechsel der Naturumstände, innerhalb deren er haust, zur Vermannigfachung seiner eigenen Bedürfnisse, Fähigkeiten ... anspornt.«[4]

Die Naturbedingungen wie Klima, Oberflächengestaltung, Bodenfruchtbarkeit, Bodenschätze haben auf den einzelnen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft eine unterschiedliche Bedeutung. Unter den Bedingungen der Urgemeinschaft wirkt überaus große Fruchtbarkeit hemmend auf die gesellschaftliche Entwicklung. Unter den Verhältnissen des Sozialismus und der planmäßigen Ausnutzung der Naturkräfte hingegen beschleunigt sie den Übergang zum Kommunismus. Die Kargheit der Naturbedingungen im Gebiet des Nördlichen Eismeeres war unter den Bedingungen der Urgemeinschaft für die dort lebenden Naturvölker eine hemmende Naturschranke, deren Wirkung durch die sozialistische Gesellschaft weitgehend beseitigt wird. Es entwikkeln sich Ackerbau, Viehzucht und Industrie. Den Samojeden beispielsweise gelang dank der brüderlichen Hilfe des russischen Volkes der Sprung vom Urzustand in die sozialistische Produktionsweise.

Auf den unteren Entwicklungsstufen der Menschheit hatten Kohle und Erdöl keine Bedeutung. Für die Entwicklung des Kapitalismus hingegen waren sie eine wichtige Voraussetzung. Meere, Ozeane und Flüsse sind in einer unentwickelten Gesellschaft mehr

oder minder Hindernisse für die Verkehrsbeziehungen der Menschen, auf einer höheren Entwicklungsstufe werden sie zu einem Bindeglied zwischen den Völkern.

Die Entwicklung Großbritanniens zur ersten kapitalistischen Weltmacht wurde nicht nur durch das Vorhandensein von Kohle und Eisenerzen begünstigt. Auch die Verlagerung der Welthandelswege aus dem Mittelmeer in den Atlantik durch die Entdeckung Amerikas war für Großbritannien von ungeheurer Bedeutung, für die Entwicklung Italiens jedoch nachteilig.

Sind auf den unteren Entwicklungsstufen der Gesellschaft die Fruchtbarkeit des Bodens, der Fischreichtum der Gewässer usw. ausschlaggebend, so in den späteren Stadien der Entwicklung der Reichtum an Bodenschätzen und die Naturkräfte wie Flüsse, Wasserfälle usw.

Es gibt bürgerliche Wissenschaftler, die den Grund für Armut und Elend in den Entwicklungsländern im schnellen Bevölkerungswachstum und in den Naturbedingungen sehen. Erinnern wir uns an die Schlußfolgerungen des 1. Kapitels: Die Naturbedingungen hindern gegenwärtig nicht, alle Menschen unseres Erdballs satt zu machen. Es fehlt weder an fruchtbarem Boden noch an Bodenschätzen und Energiequellen, um Hunger und Unterernährung zu beseitigen. Hunger und Unterernährung haben ihre primäre Ursache nicht im Bevölkerungsüberschuß. Wie wäre sonst das Elend in bestimmten, nicht übervölkerten Ländern zu erklären? In einer Reihe von Entwicklungsländern gibt es keine Überbevölkerung. Im Gegenteil, sie würde deren Entwicklung sogar günstig beeinflussen. Die Probleme sind auch nicht geologischer Natur. Sie ergeben sich aus den wirtschaftlichen und technologischen Unzulänglichkeiten, die Ressourcen auszunutzen, und der Charakter der Gesellschaftsordnung bestimmt, ob die Ressourcen auch allen Ländern zu gleichberechtigten Bedingungen nutzbar gemacht werden.

Wo liegt also die wirkliche Ursache für die Armut und das Zurückbleiben des größeren Teils der Weltbevölkerung?

Sie besteht im Zurückbleiben der Produktivkräfte in jenen Ländern. Und die Hauptursache für deren Zurückbleiben ist die Jahrhunderte währende Ausbeutung durch die imperialistischen Großmächte. Solange Ausbeutungsverhältnisse bestehen, erhalten die in der Entwicklung zurückgebliebenen Völker von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern keine umfassende Unterstützung, sondern ihre Schwäche wird rücksichtslos ausgenutzt, um sie auszuplündern und so oder so in Abhängigkeit zu halten.

Der Kolonialismus reicht von der antiken Sklavenhaltergesellschaft bis zum Neokolonialismus der Gegenwart. Dabei verbinden sich die Kolonialisten oft mit den reaktionären Kräften der von ihnen unterdrückten Völker.

Nicht nur die feudalen, halbfeudalen und kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die von den Kolonialmächten konserviert

oder ausgenutzt werden, hemmen die Produktivkräfte. Auch die Produktionsverhältnisse in den Stammes- und Dorfgemeinschaften, in denen das Land – wie z. B. in beträchtlichen Teilen Afrikas – noch Gemeinschaftsbesitz ist, sind unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hemmschuh. Zwar gibt es in den Stammesgemeinschaften, Dorfgemeinschaften und ähnlichen urgemeinschaftlichen Strukturen keine Klassentrennung, jedoch sind Stammeshäuptlinge und Dorfälteste, die Vorrechte besitzen, an der Erhaltung des Bestehenden interessiert und widersetzen sich jeder Änderung, durch die sich die Produktivkräfte entfalten würden.[5]

Die gewaltsame Unterwerfung anderer Völker durch Kolonialmächte führte oft dazu, die Entwicklung bestehender Produktionsformen abzubrechen und andere Produktionsformen aufzupfropfen, wie beispielsweise in Südamerika, Afrika und Indien. In diesen Teilen des Erdballs war lange vor der Ankunft der Kolonialherren eine eigenständige Kultur aufgeblüht. Sie wurde infolge der Kolonialsklaverei weitgehend zerstört. Hunderttausende Menschen wurden z. B. in Afrika geraubt und in den Südstaaten Nordamerikas als Sklaven verkauft. Das war ein Aderlaß, der außerordentlich nachteilige Folgen für die Entwicklung der Völker Afrikas hatte.

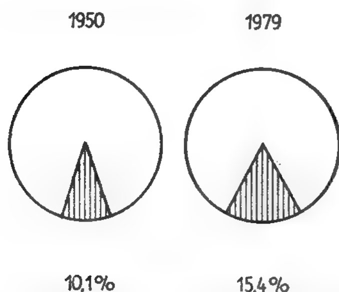
Es sei auch daran erinnert, daß die Besiedlung Nord- und Südamerikas unterschiedliche Ergebnisse für die gesellschaftliche Entwicklung brachte. Die Siedler Nordamerikas kamen hauptsächlich aus Ländern, in denen in gewissem Grade kapitalistische Verhältnisse entwickelt waren. Sie rotteten große Teile der indianischen Ureinwohner aus, und sie übertrugen die kapitalistischen Verhältnisse auf das von ihnen besiedelte Land. Auf Südamerika hingegen, wo sich Siedler aus dem im wesentlichen feudalen Spanien niederließen, wurden auch die Feudalverhältnisse übertragen. Das ist eine der wesentlichen Ursachen für das Zurückbleiben der gesellschaftlichen Entwicklung in Südamerika.

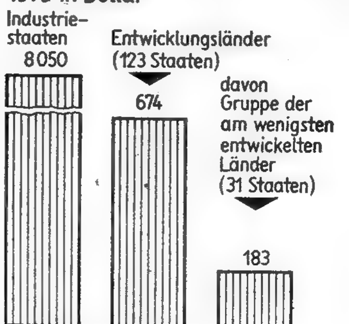
Mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus erreichte das Kolonialsystem eine neue Entwicklungsstufe. Der Wettlauf der Großmächte um die Eroberung von Kolonien und die Erschließung neuer Quellen zur Ausbeutung anderer Völker verstärkte sich. Die schwachentwickelten Länder wurden unter die entwickelten kapitalistischen Mächte territorial aufgeteilt. Der Kapitalismus war »zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ›fortgeschrittener‹ Länder geworden«.[6]

Bürgerliche Ideologen behaupten, daß die großen Monopole heute eine »zivilisatorische Aufgabe« in den Ländern der »Dritten Welt« erfüllen. Die multinationalen Monopole würden diesen Ländern die Möglichkeit geben, moderne Technologien kennenzulernen, ihren Beschäftigungsgrad zu erhöhen und ihre Produktion zu

Das Gefälle vertieft sich

Obwohl sich das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer beschleunigt, hat sich der Rückstand zu den Zentren des Kapitalismus seinem Charakter und seinen Dimensionen nach nicht wesentlich verändert. Die allgemeine Tendenz: bei einer gewissen absoluten Verringerung der ökonomischen Kluft zwischen den Zentren und der Peripherie des Kapitalismus vergrößert sich der Abstand bei den Prokopfkennzahlen.





Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 2/1982

modernisieren sowie eine Industrie zu schaffen, wo es früher keine gab.

Hier die Ergebnisse der »zivilisatorischen Aufgabe« der imperialistischen Mächte für die Entwicklungsländer:

Pro Kopf der Bevölkerung betrug das durchschnittliche Einkommen in Europa und in den USA im Jahre 1850 etwa 145 Dollar; in den kolonialen und abhängigen Ländern etwa 80 Dollar. Bis 1976 erhöhte es sich in den kapitalistischen Industrieländern auf 3 240 Dollar. In Süd- und Südostasien stieg es auf 138, in Afrika (ohne Nordafrika und RSA) auf 160, in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten auf 470 und in Lateinamerika auf 735 Dollar.[7]

Rund zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern erzeugten 1977 ein Bruttoinlandsprodukt von 1 169 Milliarden Dollar, die kapitalistischen Industrieländer mit etwa 700 Millionen Menschen jedoch von 4 934,1 Milliarden Dollar.[8]

Nach Schätzungen der UNO verhungern in den Entwicklungsländern jährlich 55 Millionen Menschen. Der Hungertod rafft von je 100 Kindern in Indien 22 und in Afrika 27 schon im ersten

Lebensjahr dahin. Über 500 Millionen Menschen sind akut unterernährt. Durch Hunger und Unterernährung liegt das Lebensalter beträchtlich unter dem der entwickelten Länder. Das bedeutet auch, daß Hunderte Millionen Menschen ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten nicht voll entwickeln können.

»Der Imperialismus ist für die Entbehrungen und Leiden von Hunderten Millionen Menschen verantwortlich. Er trägt die Hauptschuld daran, daß gewaltige Menschenmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in Elend, Krankheit, Analphabetentum und unter geschichtlich längst überholten sozialen Verhältnissen leben müssen, daß ganze Völkerschaften zum Aussterben verurteilt sind.«[9]

Der damalige Präsident der USA, J. F. Kennedy, gab 1960 zu, daß die USA aus der »unterentwickelten Welt, die kapitalbedürftig ist, 1,3 Milliarden Dollar weggeführt haben, während wir ihr nur 200 Millionen als Investitionskapital zugeführt haben«. Jährlich pressen die imperialistischen Mächte über 100 Milliarden Dollar aus den Entwicklungsländern heraus.[10]

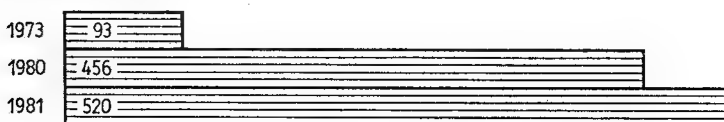
Die enormen Abschöpfungen des Nationaleinkommens der Entwicklungsländer durch die multinationalen Konzerne führen zu riesigen Verschuldungen. Die Schuldenlast stieg von 22 Milliarden Dollar im Jahre 1961 auf 524 Milliarden Dollar 1980. Allein die jährlich aufzubringenden Zinszahlungen werden auf 112 Milliarden Dollar veranschlagt.[11]

Die internationalen Monopole erzielen beim Absatz ihrer Waren in den Ländern der »Dritten Welt« höchste Preise. Zugleich halten sie die Preise für Rohstoffe und andere Güter aus den Entwicklungsländern niedrig. Außerdem zahlen sie den Arbeitskräften in den Entwicklungsländern ein Fünftel, ja oft weniger als ein Zwanzigstel der Löhne in den Industrieländern. Ein brasilianischer Arbeiter z. B. erhält einen Monatslohn, den ein Arbeiter in den USA innerhalb von rund zehn Stunden verdient. In Lateinamerika oder Afrika zahlen die internationalen Monopole einem Landarbeiter 20 bis 40 Dollar pro Monat, in den USA oder Kanada etwa 300 Dollar.[12]

Hinzu kommt die Abwerbung von Wissenschaftlern und Fachkräften aus den Entwicklungsländern. Ein wichtiger Faktor der

Kapitalimport – »goldene Fesseln« für Entwicklungsländer

Auslandsschulden der Entwicklungsländer, die kein Erdöl exportieren, in Milliarden Dollar



Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 2/1982

neokolonialen Ausplünderung der Entwicklungsländer sind die zunehmenden Einkünfte der internationalen Monopole aus Patenten, Lizenzen, Herstellungsverfahren, Management usw. Sie betrugen 1975 1,1 Milliarden Dollar und werden bis 1985 auf etwa 6 Milliarden anwachsen. »Dabei achten die Monopole sorgfältig darauf, daß ihre wissenschaftlich-technische Überlegenheit erhalten bleibt und die faktische Blockade, die sie in bezug auf modernste Technik und wissenschaftlich-technischen Fortschritt über die befreiten Staaten verhängt haben, fortdauert.«[13]

Der Zerfall des Kolonialsystems und die Krise des Neokolonialismus

Unter der kolonialen Ausplünderung leiden die Arbeiter, Bauern, Mittelschichten, sogar halbfeudale Elemente, Teile der nationalen Bourgeoisie. Bis auf die feudalen Großgrundbesitzer und die Kompradorenbourgeoisie und ihren unmittelbaren Anhang geraten alle diese Klassen und Schichten objektiv in einen Gegensatz zum Imperialismus.

Diese Widersprüche spitzten sich so zu, daß die Abschaffung des Weltsystems imperialistischer Ausbeutung und Beherrschung der schwachentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur historischen Notwendigkeit wurde. Zwangsläufig gewann der nationale Befreiungskampf der Kolonialvölker und der in Abhängigkeit lebenden Völker immer mehr an Kraft.

Noch im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts scheiterte der immer wieder aufflammende Widerstand der kolonial unterdrückten Völker gegen den Imperialismus. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Entwicklung des ersten sozialistischen Staates der Welt bewirkten erstmals eine grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker.

Durch das Ausscheiden des zaristischen Rußlands, eines der größten imperialistischen Kolonialmächte, wurde das Weltsystem kapitalistischer Unterdrückung wesentlich geschwächt. Die Lösung der nationalen Frage im Interesse der Völker durch den sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staat spornte die Werktätigen in den kolonial unterdrückten Ländern an. Einigen gelang es, die nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Durch die weitere Schwächung des imperialistischen Systems im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und danach eröffneten sich für den antikolonialen Kampf der Völker neue Möglichkeiten. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre beschleunigte sich das Entwicklungstempo der nationalen Befreiungsbewegung. Die politische Weltkarte bekam ein völlig neues Gesicht.

Vor der Oktoberrevolution lebten noch rund 70 Prozent der

Menschheit in Kolonien und abhängigen Ländern. Gegenwärtig leben von 4,6 Milliarden Menschen auf unserem Erdball nur noch etwa 20 Millionen unter direktem Kolonialjoch. Über hundert Länder erkämpften ihre politische Unabhängigkeit, davon allein über fünfundfünfzig seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre.

Die erste Aufgabe jeder antikolonialen Revolution besteht darin, die nationale Souveränität zu erobern, d. h., den Imperialisten die politische Macht zu entreißen. Jedoch die Erringung der politischen Macht gewährleistet noch nicht die vollständige Unabhängigkeit. Die meisten Länder der »Dritten Welt« befinden sich in noch mehr oder weniger starker ökonomischer Abhängigkeit vom Imperialismus. Ein beträchtlicher, oft sogar der hauptsächliche Teil der natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte ist nach wie vor in vielen befreiten Ländern Objekt der imperialistischen Ausbeutung.

Gegenwärtig kämpfen die schwachentwickelten Länder darum, die noch bestehenden ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse vom Imperialismus zu beseitigen.

Gestützt auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Imperialismus, konnten die Entwicklungsländer in den letzten Jahren zu einer Offensive gegen die Stellungen der Neokolonialisten übergehen.

Das eindeutigste Beispiel ist die Veränderung der Positionen der internationalen Mineralölgesellschaften. Früher bestimmten sie uneingeschränkt die Höhe der Investitionen, den Umfang der Förderung, die Exporte und die Preise. Mit der Nationalisierung der Erdölförderung durch die Entwicklungsländer gehört die Machtstellung der Erdölmonopole hinsichtlich der Förderung des Erdöls der Vergangenheit an. Es sind jetzt die Erdölländer der »Dritten Welt«, die den Umfang der Produktion und auch die Bestimmungsorte für die Exporte festlegen oder sperren. Sie sind es, die die Investitionen lenken und auch die Preise festsetzen. Infolgedessen erhöhten sich die Einnahmen der in der OPEC zusammengeschlossenen Erdölländer aus dem Erdölexport. Sie stiegen von 14 Milliarden Dollar im Jahre 1972 auf über 300 Milliarden Dollar im Jahre 1980.[14]

Die veränderte politische Situation und die Machtstellung der Ölländer der »Dritten Welt« wurden besonders deutlich im Oktober 1973 sichtbar. Die Araber erzwangen mit der »Ölwaffe« eine gewisse Neutralität Westeuropas und Japans im Nahostkonflikt. Die politische Macht und die Hilfe des sozialistischen Lagers verhinderten militärische Maßnahmen der Imperialisten gegen die Erdölländer.

Mit der nationalen Kontrolle neuer Erdöllagerstätten und der Produktion sowie der Festlegung von Förderquoten und Exportpreisen durch die Entwicklungsländer ist die Ausbeutung durch die imperialistischen Erdölmonopole jedoch noch nicht beseitigt. Auf

dem Gebiet des Transports sowie der Weiterverarbeitung des Rohöls blieb die herrschende Stellung der internationalen Monopole bis jetzt im wesentlichen unangetastet. Sieben führende imperialistische Ölmonopole kontrollieren nahezu noch 80 Prozent des internationalen Erdölhandels. Wie gewaltig ihre Gewinne sind, zeigt das Eingeständnis des Direktors für politische Planung bei der Weltbank: »Die Entwicklungsländer bleiben arm ... Sie bekommen 30 Milliarden Dollar für ihre Rohstoffexporte, die Verbraucher zahlen 200 Milliarden Dollar. Wohin geht die Differenz von 170 Milliarden Dollar? An diejenigen, die die Rohstoffe verarbeiten, sie verteilen, verschiffen, für die Produkte werben.«[15]

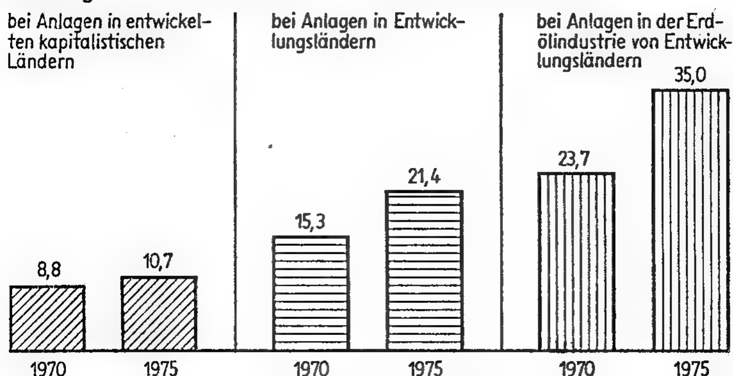
In wenigen Jahren wurden die Entwicklungsländer zu einer politischen und ökonomischen Kraft, die einen immer größeren Einfluß auf die Weltwirtschaft und Weltpolitik ausübt und ihre Interessen den imperialistischen Mächten gegenüber nachhaltiger durchzusetzen vermag. Ihr Beitrag im antiimperialistischen Kampf wächst.

Die Organisation der Ölländer der »Dritten Welt« OPEC wurde zum Vorbild für den Zusammenschluß der Rohstoffproduzenten und Exporteure anderer Entwicklungsländer. Sie schufen oder planen Interessenvertretungen für Eisenerz, Kupfer, Phosphat, Quecksilber, Zinn, Bananen, Holz und Kaffee.

Dieser Prozeß ist mit einer Nationalisierungswelle verbunden, die englische, französische, holländische und USA-Monopole traf bzw. trifft. Im Zeitraum von 1960 bis 1974 nationalisierten die Entwicklungsländer nach Berichten der UNO 875 ausländische Unternehmen oder unterwarfen sie einer Kontrolle.

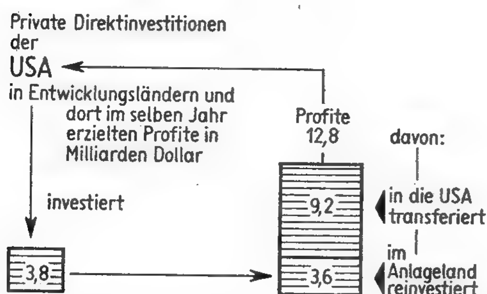
Extraprofite der Monopole aus Kapitalanlagen in Entwicklungsländern

Verhältnis zwischen bilanziertem Reingewinn und Buchwert der Kapitalanlagen der USA im Ausland 1970 und 1975 in Prozent



Quelle: Hans Tammer, Anschauungsmaterial Politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 105

Eine Profitbilanz des Jahres 1979



Quelle: horizont, 28/1981

Der Kampf für die ökonomische Unabhängigkeit, gegen die Vorrechte und Positionen der sich zäh verteidigenden internationalen Monopole ist jedoch äußerst kompliziert. Er führt nicht sofort zu grundlegenden, umfassenden und endgültigen Veränderungen. Zwar erreichten die jungen Nationalstaaten eine Beschleunigung ihrer ökonomischen Entwicklung; von 1957 bis 1979 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der Industrieproduktion 7,2 Prozent gegenüber 4,8 Prozent in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Aber das Entwicklungsniveau der Wirtschaft ist noch niedrig. Insbesondere gilt das für die Industrie, der Grundlage zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit. Nach Angaben der UNO konnte in den 29 am wenigsten entwickelten Ländern der »Dritten Welt« praktisch noch nicht mit dem Aufbau einer Industrie begonnen werden. Obgleich die Nahrungsmittelproduktion von 1952/56 bis 1974 um 73 Prozent stieg, ist infolge des schnellen Bevölkerungswachstums das Nahrungsmittelproblem außerordentlich kritisch.[16]

Die Entwicklungsländer sind nach wie vor in erster Linie Rohstofflieferanten für die imperialistischen Großmächte. Dem Ziel, die Kluft zu den imperialistischen Ländern zu verringern, sind sie nicht näher gekommen. Ja, der Abstand zwischen diesen Ländergruppen ist hinsichtlich des erzeugten Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung größer geworden. Im Jahre 1950 betrug das Verhältnis 1 zu 12 zugunsten der kapitalistischen Hauptmächte, gegenwärtig beträgt es sogar 1 zu 15.[17]

Trotzdem ist eine qualitativ neue Lage entstanden. Das Kräfteverhältnis zwischen beiden entwickelt sich zuungunsten der imperialistischen Mächte. Das Wesentliche ist, daß Länder der »Dritten Welt« von Einzelaktionen lokalen Charakters zu gemeinsamen Handlungen globalen Ausmaßes übergehen, um ihre Forderungen gegenüber den imperialistischen Mächten durchzusetzen. Infolgedessen vertieft sich die Krise des Neokolonialismus immer mehr.

War ehemals der Imperialismus mit der zunehmenden ökonomisch-politischen und ideologischen Stärke der sozialistischen Staaten und dem wachsenden Kampf der internationalen Arbeiterbewegung konfrontiert, so muß er sich jetzt auch mit den schnell wachsenden revolutionären Potenzen der früher vom Imperialismus kolonial unterdrückten und ausgeplünderten Völker befassen. Der Imperialismus sieht sich nun einem immer stärker und einheitlicher werdenden Druck aller revolutionären Hauptströme ausgesetzt.

Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, sich auf das Niveau der historischen Aufgaben zu erheben, sind außerordentlich. Doch trotz Irrwegen und Rückschlägen gewinnt die antiimperialistische Stoßrichtung zusehends an Kraft.

»Die realen Interessen der neuen Staaten, die zu einer selbständigen politischen Kraft in der Weltarena wurden und die nach echter ökonomischer Gleichberechtigung streben, bringen es mit sich, daß sich ihre Konflikte und Widersprüche mit den imperialistischen Staaten auf den unterschiedlichsten Ebenen verschärfen ... Die Entwicklungsländer wollen durch die Entwicklung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Sinne der Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ihre abhängige, benachteiligte und untergeordnete Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft beseitigen.«[18]

Müssen die Völker der »Dritten Welt« den Kapitalismus durchlaufen?

Von den Ländern, die ihre politische Unabhängigkeit von den imperialistischen Kolonialmächten erkämpften, beschreiten gegenwärtig viele den kapitalistischen Weg. Aber auch zwischen diesen Staaten sind beträchtliche Unterschiede vorhanden. Es gibt Regime, die unverhohlen dem Neokolonialismus Tür und Tor öffnen, mit den ausländischen Monopolen zusammenarbeiten und in denen reaktionäre, sogar faschistische, vom USA-Imperialismus abhängige Diktaturen errichtet wurden. Jene Teile der Bourgeoisie und der traditionellen Oberschichten in den Entwicklungsländern, die eine enge Verbindung mit den imperialistischen Monopolen eingehen, geraten in starken Gegensatz zu der Masse der Arbeiter, Bauern, des städtischen Kleinbürgertums und jener Teile der nationalen Bourgeoisie, die einen nationalrevolutionären Weg unterstützen. Beispiele für reaktionär-bürgerliche Regime waren die Schahherrschaft im Iran und die Somozaclique in Nikaragua, die von den Volksmassen gestürzt wurden, es sind u. a. die Militärclique in El Salvador sowie das südkoreanische Herrschaftssystem, die schwere soziale Erschütterungen erleben.

In weiteren Ländern, die den kapitalistischen Weg gehen, zeigen sich Ansätze, die Tätigkeit ausländischer Monopole einer staat-

lichen Kontrolle zu unterwerfen, um einen Kapitalismus nationaler Prägung durchzusetzen. »Diese Konzeption wird von ihren Anhängern mit der Reprivatisierung der Industriebetriebe verbunden, mit der Abschaffung der Höchstgrenze für private Kapitalanlagen, mit der Orientierung auf den privaten Wirtschaftssektor und mit der Schaffung von Garantien gegen weitere Nationalisierungen. Wir reden schon gar nicht davon, daß die angeführte Formel keinerlei Hinweise auf irgendwelche sozialen Ziele oder irgendein soziales Ideal enthält.«[19] Diese Konzeption, die keineswegs demokratisch ist, bringt die Interessen der in einigen Entwicklungsländern herrschenden bürokratischen Bourgeoisie zum Ausdruck. Trotzdem schwächt sie die Positionen der imperialistischen Mächte.

In einer anderen Ländergruppe werden relativ konsequente Maßnahmen angewandt, um die volle ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen, die beherrschenden Positionen ausländischer Monopole abzubauen und die einheimische Bourgeoisie zu fördern. Hier handelt es sich um eine bürgerlich-liberale Entwicklungskonzeption, die sich von den vorherigen wesentlich unterscheidet.

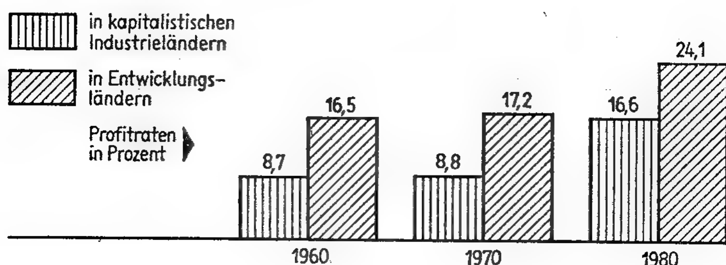
Die konservativen Richtungen bringen die Interessen einer kleinen Oberschicht der Bourgeoisie zum Ausdruck, die bürgerlich-liberale Konzeption hingegen vertritt im wesentlichen die Interessen der ganzen Bourgeoisie. »Hieraus erklären sich die in diesen Doktrinen nicht selten auftretende Kritik am Großkapital, an den internationalen Monopolen usw. sowie das Bestreben, sowohl in technisch-ökonomischer als auch in sozial-ökonomischer Hinsicht die Interessen der mittleren und kleinen nationalen Unternehmerschaft zu berücksichtigen ... Schließlich ... ergibt sich hieraus das Bestreben, in der Gesellschaft keine entscheidenden sozialen Veränderungen zuzulassen, die die nationale kapitalistische Entwicklung insgesamt gefährden könnten. Die bestehende Ordnung soll aber nicht durch Massenterror gegenüber den Werktätigen gesichert werden, sondern mit Hilfe ›wohldosierter‹ allgemeindemokratischer Reformen und partieller Zugeständnisse an die Massen in Verbindung mit einer Festigung der bürgerlichen Rechtsordnung, welche bürgerliche Freiheiten und die Schaffung eines effektiven bürokratischen und Repressivapparats gleichermaßen einschließt.«[20] Beispiele für diesen Weg sind Indien mit 684 Millionen Menschen im Jahre 1981, nach China das volkreichste Land der Erde, und Nigeria, das im Jahre 1981 mit 85 Millionen die höchste Einwohnerzahl in Afrika hatte.

Nach der Erringung der politischen Selbständigkeit hat die ökonomische Entwicklung in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern zweifellos bestimmte Fortschritte erzielt.

Kann der Teufelskreis des Elends und der Rückständigkeit durch den kapitalistischen Weg im Interesse der Werktätigen durchbrochen werden?

Nein! Dieser Weg bedingt für die Entwicklungsländer die wei-

Durchschnittliche Profitraten der USA-Monopole (in Prozent)



Quelle: horizont, 35/1982

tere wirtschaftliche Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten. Diese Entwicklungsländer bleiben dem Imperialismus untergeordnet und damit auch der Ausbeutung durch fremde Monopole unterworfen. Der damit verbundene Kapitalabfluß schränkt jede wirksame Industrialisierung auf nationaler Grundlage ein oder untergräbt sie sogar. Die Folge ist das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die das ohnehin schon niedrige Beschäftigungsniveau der Bevölkerung senkt. Der kapitalistische Weg verhindert die Möglichkeit einer konsequenten, wirksamen staatlichen Kontrolle über das Auslandskapital. Dadurch wird der Fortschritt zwangsläufig verlangsamt. Der kapitalistische Weg verhindert auch nicht, daß die Ausbeuterelemente des eigenen Landes ihre egoistischen und parasitären Bedürfnisse auf Kosten der Werktätigen befriedigen. Er führt auch nicht zur konsequenten Beseitigung der die Entwicklung hemmenden vorkapitalistischen Strukturen.

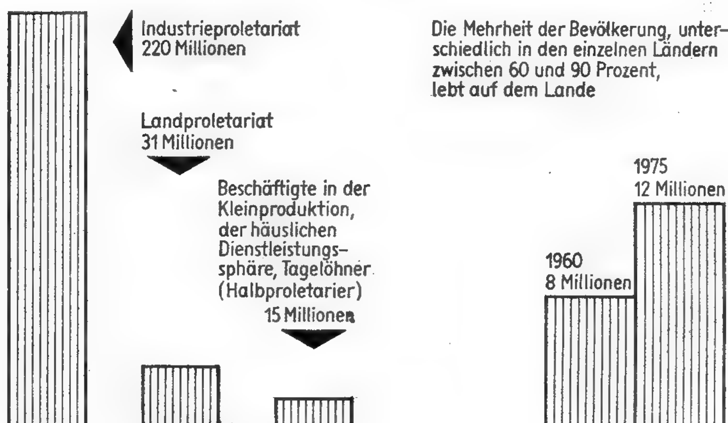
Der kapitalistische Weg bedeutet, daß nun die Bourgeoisie die politische und ökonomische Macht besitzt und sie in ihrem eng begrenzten Klasseninteresse nützt. Selbst relativ hohe wirtschaftliche Zuwachsraten verbessern die Lage der Arbeiterklasse nicht wesentlich.

Im Iran z. B. hatten die Milliarden-Einkünfte aus dem Erdölexport den Gegensatz zwischen den Armen und Reichen eindeutig vertieft, so daß die Empörung der Werktätigen zum Sturz des Schahregimes führte.

Rund 80 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern sind in der Landwirtschaft tätig. Durch radikale Agrarreformen könnten riesige Produktivkräfte freigesetzt werden. Aber in den Entwicklungsländern, wo die Bourgeoisie uneingeschränkt die Macht ausübt, werden radikale Agrarreformen sabotiert. Ihre Agrarpolitik führte zu einer gewissen Einschränkung der übelsten Formen der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung, doch da sie im Sinne einer kapitalistischen Entwicklung durchgeführt wurde,

Gesamtanzahl der Lohnarbeiter in den Entwicklungsländern Anfang der siebziger Jahre

Entwicklung der Arbeiterklasse in Afrika Ende der siebziger Jahre



Quelle: horizont, 50/1981

verbesserte sie nur die Lage der Gutsbesitzer und reichen Bauern. Für die Mehrheit der Landbevölkerung bedeutet sie Elend und Massenlandflucht.

Auch für die große Masse der Handwerker und Händler ist der kapitalistische Weg keine Lösung. Er führt nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt zum fortschreitenden Ruin der kleinen Warenproduzenten und Kleinunternehmer, die ins Proletariat gestoßen werden. Die Stärkeren schlucken die Schwächeren. Einige werden Kapitalisten auf Kosten der großen Masse der kleinen Warenproduzenten.

Die soziale Ungleichheit wird verstärkt, und es verschärfen sich die Klassenkonflikte. Jede Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen kann nur durch schwere Klassenauseinandersetzungen erreicht werden. Der kapitalistische Weg ist für die Werktätigen ein qualvoller und langwieriger Prozeß.

Die Werktätigen der Entwicklungsländer suchen folglich einen Weg, der es gestattet, den jahrhundertelangen Rückstand zu den entwickelten Industriestaaten in verhältnismäßig kurzer Frist zu überwinden. Hunderte Millionen Menschen, denen die imperialistischen Mächte eine erniedrigende Rolle zugewiesen haben, wollen den Weg des Fortschritts gehen und ihre Leiden abkürzen. Infolgedessen ist der Kampf für nationale Befreiung in einer Reihe von Ländern in den Kampf sowohl gegen die feudalen als auch die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse hinübergewachsen. Sie sind bestrebt, die Etappe der kapitalistischen Entwicklung zu

überspringen und den sozialistisch orientierten Weg zu beschreiten.

Somit erhebt sich die Frage: Bestehen überhaupt Voraussetzungen, das kapitalistische und vorkapitalistische Entwicklungsstadium zu überspringen und dadurch zum Sozialismus zu gelangen?

Der Sozialismus wird durch eine lange Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Epoche objektiv und subjektiv vorbereitet. Erst das monopolistische Stadium des Kapitalismus schafft diesen Grad der Vergesellschaftung der Produktion und bringt die ökonomischen und politischen Widersprüche hervor, die seine Überwindung zur gesellschaftlichen Notwendigkeit machen. So ist der Kapitalismus eine notwendige Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, die nicht übersprungen werden konnte.

Solange der Imperialismus uneingeschränkt herrschte, war für die kolonialen und abhängigen Völker der kapitalistische Entwicklungsweg die einzige, wenn auch düstere Perspektive der gesellschaftlichen Höherentwicklung. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution ergab sich eine neue Situation. Mit dem Beginn der sozialistischen Ära der Menschheit entstanden für bestimmte Völker die Voraussetzungen für einen eigenartigen Übergang zum Sozialismus, nämlich des Überspringens der kapitalistischen und anderer vorsozialistischen Gesellschaftsordnungen.

Im zaristischen Rußland gab es in Mittelasien, im nördlichen Kaukasus und an der Küste des Nördlichen Eismeeres Völkerschaften und -stämme von insgesamt etwa 25 Millionen Menschen, die das kapitalistische Entwicklungsstadium noch nicht erreicht hatten, die unter vorkapitalistischen sozial-ökonomischen Verhältnissen unterschiedlicher Entwicklungshöhe lebten. Diese Völker erhielten durch das siegreiche russische Proletariat eine wirksame und langanhaltende wirtschaftliche und kulturelle Hilfe. Heute haben sie den Entwicklungsstand der anderen Völker Sowjetrußlands im wesentlichen erreicht.

Auch das leidgeprüfte mongolische Volk wurde durch die Sowjetunion unterstützt. Vier Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution warf das mongolische Volk das Joch der ausländischen Versklavung und der eigenen Ausbeuter ab. Es beschritt an der Seite der Sowjetunion den Weg des nationalen und sozialen Fortschritts. In einer Generation vollzog die äußere Mongolei den Sprung aus dem Feudalismus in den Sozialismus.

In der Gegenwart können auch Völker, die nicht in unmittelbarer Nähe der sozialistischen Staaten leben, den sozialistisch orientierten Weg beschreiten. Inzwischen ist der Weltsozialismus stark genug, um diesen Ländern wirksam zu helfen, ihre Rückständigkeit zu überwinden und sie gegen Erpressungsversuche und offene Angriffe des Imperialismus zu schützen.

Die sozialistische Orientierung ist ein Weg des Überganges unter neuen spezifischen Bedingungen von ehemals kolonialen und halbkolonialen Ländern zum Sozialismus.

Eine wichtige Besonderheit dieses Weges in einer Reihe von Ländern Asiens und Afrikas besteht darin, daß an der Spitze dieser Länder, da die Arbeiterklasse erst schwach entwickelt ist, anfangs nicht marxistisch-leninistische, sondern revolutionär-demokratische Kräfte und Parteien stehen.

In den Ländern sozialistischer Orientierung sind die objektiven Bedingungen für den Sozialismus noch nicht herangereift. Es ist in den meisten Entwicklungsländern unmöglich, unmittelbar zum Sozialismus überzugehen. Erst allmählich kann die revolutionär-demokratische Macht die Voraussetzungen dafür schaffen. Der Weg sozialistischer Orientierung ist in der Regel verbunden mit Enteignung des Monopoleigentums, mit der Beseitigung des Einflusses imperialistischer Kräfte im Wirtschafts- und Staatsapparat, mit Agrarreformen, die die Feudalverhältnisse auf dem Lande beseitigen und den Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern den Boden übergeben, mit genossenschaftlichen Formen der Wirtschaftstätigkeit, mit der Entmachtung der einheimischen Großbourgeoisie und der Unterordnung des Privatsektors der kleinen und mittleren Bourgeoisie unter die Interessen des nationalen und sozialen Fortschritts. Dieser Weg muß gleichzeitig die Lebensbedingungen der Werktätigen verbessern.

Wesentliche Merkmale der sozialistischen Orientierung sind eine antiimperialistische Außenpolitik, die Solidarität mit allen antiimperialistischen Bewegungen und die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Welt.[21] Kurz: Die materiellen und sozialen Voraussetzungen für das weitere Voranschreiten zum Sozialismus müssen geschaffen werden.

Was sind wichtige Schritte auf dem Weg der sozialistischen Orientierung?

Entscheidend ist der Ausschluß der Bourgeoisie oder des Blocks feudal-bürgerlicher Elemente von der staatlich-politischen Macht. Immer muß die staatlich-politische Macht auf antikapitalistische Kräfte übergehen, die im Interesse der werktätigen Massen wirken und ihre Unterstützung genießen.

Die revolutionär-demokratischen Führungskader kommen oftmals aus den kleinbürgerlichen Schichten, den Zwischenschichten der städtischen Bevölkerung. Sie vertreten nicht nur die antiimperialistischen, antifeudalen, sondern auch die antikapitalistischen Ziele oder Bestrebungen dieser Schichten.

In den Staaten sozialistischer Orientierung befindet sich die politische Macht nicht mehr in den Händen der Bourgeoisie, aber auch noch nicht in denen der Arbeiterklasse. Sie sind noch nicht sozialistisch, lehnen aber das kapitalistische Gesellschaftssystem ab und führen grundlegende politische und sozial-ökonomische Umgestaltungen durch, die den Übergang zum Sozialismus erleichtern und beschleunigen sollen.[22]

Die heutige revolutionäre Demokratie wurzelt in einer breiten politischen Strömung. Sie umfaßt die große Masse der Bauernschaft, verschiedene städtische Kleinbesitzer, untere und mittlere Angestellte in Verwaltungsorganen und Bildungseinrichtungen, Teile der Studentenschaft, der freiberuflich Tätigen und des Offizierskorps.

Revolutionäre Demokraten erweisen sich, wie die politische Praxis zeigt, fähig, den Weg der sozialistischen Orientierung zu gehen. Dieser Weg ist jedoch keineswegs unumkehrbar. Wie die Erfahrung in Indonesien, Ghana, Mali, Sudan, Ägypten und Somalia zeigt, kann der fortschrittliche Kurs auch abgebrochen werden, denn die konterrevolutionären Kräfte sind noch stark. Sie stützen sich auf den Imperialismus und nutzen Inkonsequenzen und Fehler der revolutionären Demokraten. Nur wenn die revolutionären Führungskräfte ihre Verbindungen zu den Massen festigen, die Möglichkeiten, die ihnen das sozialistische Lager bietet, nutzen und ihre Verbindungen zur Arbeiterklasse entwickeln, ist die sozialistische Orientierung gesichert.

Der Übergang zur sozialistischen Orientierung ist nicht immer mit der unmittelbaren Eroberung der Macht durch antikapitalistische Kräfte verbunden. Er kann auch so erfolgen, daß an der Macht befindliche antiimperialistische Führungskräfte aufgrund eigener Erfahrungen eine revolutionäre Wandlung durchmachen und – gestützt auf die Volksmassen – schließlich die sozialistische Orientierung ansteuern. Kuba ist ein Beispiel dafür. Es hat seine nichtkapitalistische Etappe schnell durchschritten und ist längst ein sozialistischer Staat geworden.

Wie liegen die Dinge in Lateinamerika?

In Lateinamerika und im karibischen Raum bestanden 1980 dreißig formell unabhängige Länder mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 330 Millionen. Sie nehmen hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Entwicklung eine Zwischenstellung zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den ökonomisch schwachentwickelten Ländern Asiens und Afrikas ein. Zugleich bestehen zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede im sozialökonomischen Entwicklungsniveau. Länder wie Brasilien, Mexiko, Argentinien, in geringerem Maße auch Venezuela, Chile und Kolumbien, sind bereits in das monopolistische Stadium des Kapitalismus eingetreten.[23] Diese Länder verfügen über 80 Prozent des Territoriums des Subkontinents, 75 Prozent der Bevölkerung und 86 Prozent des Bruttosozialprodukts.

In ganz Lateinamerika beträgt der Anteil der Lohnarbeiter an der werktätigen Bevölkerung bereits 60 Prozent und in einigen Ländern dieser Region sogar über 70 Prozent. In den entwickelten kapitalistischen Industrieländern sind es etwa 80 Prozent, in Asien 30 und in Afrika 18 Prozent.

Auch in den lateinamerikanischen Staaten sind die Stellung der

ausländischen multinationalen Konzerne und die Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten dominierend.

Der Einfluß der multinationalen Monopole hat in Lateinamerika sprunghaft zugenommen. Allein die Investitionen aus den USA erhöhten sich von 1970 bis Ende 1977 von 14,8 auf 27,7 Milliarden Dollar.[24]

Mitte der siebziger Jahre entfielen »... auf den Anteil allein der US-amerikanischen Gesellschaften bis zu 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion des Kontinents, darunter 90 Prozent der Produktion der chemischen Industrie und 80 Prozent der Erzeugnisse der Metallbearbeitung und des Maschinenbaus«.[25]

So entstand die objektive Grundlage für die Entfaltung und Verschärfung folgender Widersprüche: der Widerspruch zwischen den nationalen Interessen der lateinamerikanischen Volksmassen und der Ausbeutung durch das Auslandskapital, insbesondere den USA-Imperialismus; der Widerspruch zwischen den vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen und der Entwicklung der Produktivkräfte; der Widerspruch zwischen der lateinamerikanischen Großbourgeoisie und der Arbeiterklasse; und schließlich der Widerspruch zwischen Demokratie und Faschismus.

»Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas charakterisieren die gegenwärtige Etappe des revolutionären Kampfes in ihrer Region als die Etappe des Kampfes für eine antiimperialistische, antioligarchische, demokratische Revolution mit sozialistischer Perspektive.«[26]

Es wäre falsch, Entwicklungsländer, die den kapitalistischen Weg oder den Weg der sozialistischen Orientierung gehen, einfach ohne Übergang in zwei Gruppen aufzuteilen. Es gibt zweifellos Übergänge vom kapitalistischen Weg zum Weg sozialistischer Orientierung. Es gibt nationale Befreiungsrevolutionen, die nicht nur wichtige antiimperialistische Maßnahmen treffen, wie z. B. die Verstaatlichung von ausländischen Monopolen und ihrer Niederlassungen, sondern auch Schritte unternehmen, die sich gegen die einheimischen kapitalistischen Unternehmen richten. So entstehen sozialistisch orientierte Staaten in einem stufenweise fortschreitenden Prozeß, wenn die antikapitalistischen Maßnahmen immer eindeutiger werden.[27]

»Die Zahl der Entwicklungsländer mit sozialistischer Orientierung wird sich ebenso unweigerlich vergrößern wie die Zahl derjenigen, die eine Erweiterung der auf Gleichberechtigung, gegenseitigen Vorteil und realer Unterstützung und Hilfe beruhenden Beziehungen zum sozialistischen Wirtschaftssystem anstreben.«[28]

In einigen Ländern ist die politische Entwicklung noch weiter fortgeschritten. Es entstand eine Gruppe von Ländern, in denen marxistisch-leninistische Führungskader, gestützt auf den Volkswillen, an der Spitze der Staaten stehen.

»Wer die Vergangenheit nicht versteht, kann die Zukunft nicht begreifen.«

Unbekannter Verfasser

Weltenwende

Ein neues Kapitel der Weltgeschichte

Die Sehnsucht der Menschen nach Gerechtigkeit und Freiheit, nach einem Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung beginnt mit der Herausbildung der Klassengesellschaft. Sie äußert sich in zahllosen Kämpfen der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die jeweiligen Ausbeuterklassen.

Der englische Staatskanzler Thomas Morus beschrieb in seinem Buch »Utopia« ein Gemeinwesen, in dem es kein Privateigentum, keine Armen, Hungrigen und Bettler gibt, in der sich alle um die Interessen der Allgemeinheit kümmern und wohlhabend sind. Der Dominikaner Tommaso Campanella stellte sich einen »Sonnenstaat« vor, in dem jeder Arbeit hat und alles im Überfluß vorhanden ist. Bilder einer glücklichen Menschheit wurden von vielen Philosophen, Künstlern und anderen Denkern entworfen.

Diese Träume von einer besseren Gesellschaft ließen sich jedoch zu ihrer Zeit nicht verwirklichen, denn dazu fehlten die Voraussetzungen. Erst mit der Entwicklung des Kapitalismus und einer bis dahin unbekannten Entfaltung der Produktivkräfte konnten die Bedingungen heranreifen. Diese Erkenntnis verdanken wir zwei genialen Menschen: Karl Marx und Friedrich Engels. Vor rund 135 Jahren stellten sie im »Kommunistischen Manifest«, der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, fest, daß der Sozialismus keine Erfindung von Träumern, sondern das notwendige Ergebnis der Entwicklung der modernen kapitalistischen Gesellschaft und des Kampfes des Proletariats ist.

Im Lyoner Aufstand 1831, in der Chartistenbewegung in England, die im Jahre 1834 entstand, im großen Aufstand der schlesischen Weber im Jahre 1844, im Juliaufstand des Jahres 1848 in Paris sowie in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848 in Paris und Berlin zeigte sich, daß die Arbeiterklasse als neuer geschichtstragender Faktor entstanden war und mit eigenen Klassenforderungen auftrat.

Im Jahre 1871 eroberte das Proletariat zum ersten Male die

politische Macht. Die Pariser Kommune wurde proklamiert. Die Helden der Pariser Kommune gaben dem Proletariat der ganzen Welt das Beispiel der ersten politischen Herrschaft der Arbeiterklasse. Für einen endgültigen Sieg der Arbeiterklasse waren aber die Bedingungen noch nicht gegeben. Der Kapitalismus hatte seine Entwicklungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Er war noch nicht in seine eigentliche Untergangsphase eingetreten, und das Proletariat verfügte noch nicht über solche festgefügten, disziplinierten, organisatorisch erfahrenen und ideologisch klaren Parteien, die fähig waren, das Proletariat in seinem Befreiungskampf zum Siege zu führen und ihn zu behaupten.

Die Pariser Kommune bestand nur einige Wochen. Die bestialische Niedermetzelung von Tausenden Kommunekämpfern durch die entmenschten Henker der französischen Bourgeoisie konnte das weitere Wachstum der internationalen Arbeiterbewegung nicht aufhalten. Im Gegenteil. Die Kommune schuf ein großes geschichtliches Beispiel, das die Proletarier aller Länder anfeuerte. Es beflügelte ihre Hoffnungen und vermittelte der internationalen Arbeiterklasse bedeutende Erfahrungen für die kommenden Kämpfe.

Weniger als ein halbes Jahrhundert nach der Pariser Kommune zerbrach die »heile Welt« des Kapitalismus. Die Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen eroberten in Rußland die politische Macht, sprengten auf einem Sechstel der Erde ihre Sklavenketten und gingen daran, den Sozialismus aufzubauen. Es begann die proletarische Weltrevolution.

Die imperialistische Front wurde zuerst in Rußland durchbrochen, weil hier alle imperialistischen Widersprüche zu einem Knoten vereinigt waren. Rußland war das schwächste Glied in der Kette des Weltimperialismus.

Warum war gerade Rußland das schwächste Kettenglied?

Die russischen Volksmassen waren einer dreifachen Ausbeutung unterworfen. Rußland war ein halbfeudales Land und von den entwickelteren kapitalistischen Ländern wie Frankreich und England durch Anleihen und Kapitalinvestitionen abhängig. Zur schamlosen Ausbeutung der Volksmassen durch die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten kam die Ausbeutung durch das ausländische Finanzkapital hinzu. An der Spitze der Bewegung stand ein revolutionäres, kampfgewilltes Proletariat, das sich auf Millionen Bauern, die von den Gutsbesitzern unterdrückt wurden, als natürlichen Bundesgenossen stützen konnte. Geführt wurde diese revolutionäre Volksbewegung von einer ideologisch klaren, in harter Illegalität gestählten bolschewistischen Partei, die es verstand, die revolutionären Massen über die bürgerlich-demokratische Revolution zum Sieg der sozialistischen Revolution zu führen.

Durch den imperialistischen Krieg waren die Leiden der Volksmassen auf das äußerste verschärft worden. Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Ka-

pitalismus hatte zum Erstarken der deutschen Monopole geführt. Deutschland begann bereits Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts England zu überholen und nahm den zweiten Platz in der Welt und den ersten in Europa ein. Es gelang den deutschen Monopolen weitgehend, die englischen und französischen Monopole von den Weltmärkten zu verdrängen. Durch die Veränderung des ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den kapitalistischen Staaten wurde die Neuverteilung der Welt auf die Tagesordnung gesetzt. Dieser Krieg war von seiten der sich gegenüberstehenden imperialistischen Blöcke und Staatengruppen ein imperialistischer Raubkrieg. Deutschland war bestrebt, einen Teil der englischen und französischen Kolonien an sich zu reißen, sich auf Kosten Englands im Nahen Osten festzusetzen und die englische Seeherrschaft zu vernichten. Ferner wollte es ganz Mittel- und Südosteuropa unterwerfen und dem zaristischen Rußland Polen, die baltischen Gebiete und die Ukraine abjagen. England seinerseits versuchte, den deutschen Konkurrenten zu beseitigen und die Herrschaft im Nahen Osten und in Afrika zu vervollständigen. Die französischen Monopole hingegen waren bestrebt, Elsaß-Lothringen, das sie im Krieg 1870/71 an Deutschland verloren hatten, wiederzugewinnen und sich das Saarland anzueignen.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern Rußlands war noch kein endgültiger Sieg. Er mußte unter ungeheuren Anstrengungen und Opfern gesichert werden.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich die Menschheit in zwei Lager spaltete. Diejenigen, die das wichtigste historische Ereignis der Menschheitsgeschichte in ihrer Bedeutung erkannten, besonders größere Teile der Unterdrückten und Entrechteten, waren begeistert und sahen in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution den Beginn einer revolutionären Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft, die zu einer grundlegenden Erneuerung der Beziehungen zwischen den Menschen führt.

Von den reaktionären Klassen wurde die Oktoberrevolution mit zügelloser Hetze, haßerfüllten Verleumdungen und militärischen Angriffen beantwortet. Ihr Verhalten ist leicht zu verstehen; denn zum ersten Mal in der Geschichte wurde auf einem Sechstel der Erde den Profitmachern die Möglichkeit genommen, sich aus der Arbeit und dem Schweiß des Volkes ein arbeitsloses Einkommen zu sichern.

Die Geschichte der Menschheit kennt viele Revolutionen. Doch keine von ihnen führte zu so einer grundlegenden Veränderung aller gesellschaftlichen Beziehungen. Keine der früheren Revolutionen konnte die Aufspaltung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete aufheben.

Vor dem Oktober 1917 versuchten bürgerliche Ideologen zu beweisen, daß mit der Herausbildung und Entwicklung der kapitalistischen Ordnung die fortschrittlichste und höchste Stufe der

menschlichen Gesellschaft entstanden sei und die Werktätigen zur selbständigen und schöpferischen Arbeit, zum Regieren unfähig seien.

Die Oktoberrevolution erbrachte jedoch den Beweis, daß die Volksmassen, wenn sie ihr Schicksal in ihre eigenen starken Hände nehmen, besser und erfolgreicher als Kapitalisten und Großgrundbesitzer ihren Staat lenken und die Industrie wie das gesamte wirtschaftliche Leben entwickeln können. Sie zeigte den Werktätigen aller Länder, daß der sozialistische Staat imstande ist, nicht nur einen gewaltigen Aufschwung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu sichern, sondern auch die unmittelbarsten Nöte der Werktätigen gleich nach der Machtübernahme durch das Proletariat und seine Verbündeten zu beseitigen.

Durch den Sieg der Oktoberrevolution veränderte sich der Gang der Weltgeschichte grundlegend. Ein Sechstel des Erdballs ging dem imperialistischen Machtbereich verloren. Der Kapitalismus hörte auf, ein einheitliches, allumfassendes System zu sein, das im Weltmaßstab die Wirtschaft, die Politik, die sozialen Verhältnisse, die Ideologie und Moral bestimmte.

Es entstand eine neue Welt, die auf einer neuen Klassengrundlage beruht. Damit begann eine neue Epoche, die den Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Inhalt hat.

Ein zunehmender Teil der Werktätigen aller Länder sah in der jungen Sowjetmacht das Beispiel für den eigenen Befreiungskampf.

Bedingt durch die furchtbaren Auswirkungen des ersten Weltkrieges auf die Lage der Volksmassen und den Einfluß der Oktoberrevolution verschärfte sich der Klassenkampf in allen kapitalistischen Ländern. Es kam zu einer ganzen Kette von Revolutionen und revolutionären Aktionen.

Im Januar 1918 brach in Finnland die Revolution aus. Im August 1918 kam es in Japan zu den sogenannten Reisrevolten. In Deutschland und Österreich begann im November 1918 die Revolution. Sie fegte die halbfeudale Monarchie hinweg. Die Kraft reichte jedoch nicht aus, um selbst die bürgerlich-demokratische Revolution konsequent zu Ende zu führen. In Ungarn folgte im März 1919 die proletarische Revolution, und es wurde die Räterepublik ausgerufen. Zur gleichen Zeit brach in Korea ein Aufstand aus. Im April 1919 errichteten die Werktätigen in Bayern die Rätemacht. Im September 1920 besetzten die italienischen Arbeiter die Fabriken. Im März 1921 führten die Arbeiter Mitteldeutschlands Abwehrkämpfe gegen Provokationen der Reichswehr. In Bulgarien kam es im September 1923 und im Herbst 1923 auch wieder in Deutschland zu schweren revolutionären Krisen. Die politische Macht vermochten sich die Werktätigen dieser Länder jedoch nicht zu erkämpfen.

Die mobilisierende Wirkung der Oktoberrevolution erstreckte

sich nicht nur auf den europäischen Kontinent, sondern auch auf die kolonialen und abhängigen Länder. Im Jahre 1919 erkämpfte sich Afghanistan die Unabhängigkeit. 1921 siegte in der Mongolei die antifeudale und antiimperialistische Volksrevolution. Auch in der Türkei siegte die bürgerlich-nationale Revolution. In Ägypten kam es in den Jahren 1919 und 1921 ebenfalls zu großen Aufständen gegen den britischen Imperialismus. Von 1921 bis 1926 konnte sich in Marokko die unabhängige Rif-Republik gegen die Kolonialtruppen Spaniens und Frankreichs behaupten. In Syrien erreichte der nationale Befreiungskampf neue Ausmaße. Im Iran und in Indonesien gab es zur gleichen Zeit wie in Korea und Indien gewaltige Volksaufstände und Befreiungskämpfe. In Zentral- und Südafrika fanden die ersten größeren Streiks, Bauernunruhen und Stammesaufstände statt. In Brasilien, Argentinien, Peru, Chile und Kuba führten größere Teile der jungen Arbeiterklasse Massenstreiks, die in Argentinien und Brasilien bis zu Straßenkämpfen führten. Auch das chilenische Volk entfaltete seine Kräfte gegen die imperialistischen Ausbeuter.

Mit dem Abfall eines Sechstels der Erde vom kapitalistischen Weltsystem trat der Kapitalismus in seine Untergangsphase ein. Er erhielt eine tödliche Wunde. Die Oktoberrevolution stellte die Existenz des Weltkapitalismus in Frage und erschütterte die Herrschaft des Kapitals in den imperialistischen »Mutterländern« wie auch in den Kolonien. Ein neues, höheres, das sozialistische Gesellschaftssystem entwickelte sich und begann das verfallende kapitalistische System in fortschreitendem Maße zu ersetzen. Damit trat der Kapitalismus in seine allgemeine Krise ein.

Im revolutionären Weltprozeß wirken drei revolutionäre Hauptströme: die sozialistischen Länder, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten und die nationale und soziale Befreiungsbewegung der Völker gegen imperialistische Ausplünderung. Diese Kräfte vereinigen sich, gewinnen immer mehr an Bedeutung und bewirken schließlich den Untergang des Kapitalismus.

Das Gesetz unserer Zeit

Im zweiten Weltkrieg mußten die Arbeiter und Bauern des ersten sozialistischen Staates ihre schwerste Bewährungsprobe bestehen. Jeder Krieg ist eine Prüfung für die materiellen Mittel, für die moralischen Kräfte und die Festigkeit der sozialökonomischen und politischen Struktur einer Gesellschaftsordnung.

Das faschistische Deutschland überfiel am 22. Juni 1941 unter Verletzung des Nichtangriffspaktes wortbrüchig und überraschend die Sowjetunion. Der Faschismus stützte sich auf die ökonomischen Hilfsquellen fast ganz Europas. Trotzdem erlitt die bis dahin stärkste Militärmacht, die je ein Ausbeuterstaat aufgestellt hat,

eine totale militärische Niederlage. Die Sowjetarmee erwies sich als einzige Armee befähigt, nicht nur die faschistische »Blitzkriegsstrategie« zu durchkreuzen, sondern auch die Völker Europas zu befreien. Die faschistischen Aggressionsheere wurden hauptsächlich durch die Sowjetarmee zerschlagen. Auch unter den Bedingungen des Krieges, in den militärischen Aktionen, im Massenheldentum seiner Soldaten und in den Fähigkeiten seiner Heerführer zeigte sich die Überlegenheit des Sozialismus. Dieser Sieg war nicht nur ein militärischer, sondern auch ein ökonomischer, politischer, moralischer und ideologischer Sieg der Sowjetunion.

Die imperialistischen Mächte, besonders die USA, hatten auf eine Erschöpfung und Schwächung der Sowjetunion als Folge des Krieges gehofft. Aber diese Wünsche erfüllten sich nicht.

Das wichtigste Ergebnis des zweiten Weltkrieges war eine wesentliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystem. Mit dem zweiten Weltkrieg und dem Abfall weiterer Staaten vom kapitalistischen Weltsystem begann die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Auch der zweite Weltkrieg verschärfte die inneren Widersprüche des Imperialismus und vergrößerte die Not und Leiden der Völker auf ein unerträgliches Maß. Es wuchs die Bereitschaft zu grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen und zur Beseitigung der Kräfte, die die Welt in die größte Kriegskatastrophe der Geschichte gestürzt hatten.

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens der antifaschistische und antiimperialistische Kampf der Volksmassen zur sozialistischen Revolution. Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Albanien, Jugoslawien, die heutige Deutsche Demokratische Republik brachen aus dem imperialistischen System aus. Das war ein weiterer schwerer Schlag für den Imperialismus im Herzen Europas. Auch in Asien verließen Länder den imperialistischen Machtbereich: China, Nordkorea und Nordvietnam.

Bekanntlich zerschlugen die Streitkräfte der Sowjetunion die bewaffneten Kräfte der Reaktion in Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in einem Teil Deutschlands.

Durch die Vernichtung ihrer Machtorgane wurden die reaktionären Klassen dieser Länder äußerst geschwächt. Das erleichterte den Werktätigen die Erringung der politischen Macht. Ferner gab die Sowjetunion den fortschrittlichen Kräften eine große politische, moralische und wirtschaftliche Unterstützung und stellte ihnen ihre umfangreichen Erfahrungen bei der revolutionären Umwälzung und beim wirtschaftlichen Aufbau zur Verfügung. Schließlich schützte die Sowjetunion die Völker dieser Länder vor der imperialistischen Aggression und Unterdrückung durch die

anglo-amerikanischen Imperialisten, die im Bund mit den gestürzten Ausbeuterklassen die alten Knechtschaftsverhältnisse wieder herstellen wollten.

Auch für die chinesische und koreanische Revolution entstanden durch die Zerschlagung der japanischen Guandong-Armee und die Befreiung der Mandschurei und Koreas durch sowjetische Truppen günstige Bedingungen.

In Frankreich, Italien, Griechenland waren während des Befreiungskampfes dieser Völker gegen den Faschismus demokratische Machtorgane der Volksmassen entstanden. Sie führten den bewaffneten Kampf und übten zugleich die Funktionen der örtlichen Gewalt aus. Gestützt auf diese Komitees, wurde mit Hilfe der Werktätigen in den von Faschisten gesäuberten Gebieten das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben wieder in Gang gebracht.

Als die englisch-amerikanischen Truppen in diesen Ländern landeten und der Faschismus geschlagen war, setzten sie ihre ganze Macht ein, um die demokratische Entwicklung zu unterbinden und die Organe der Volksmacht zu beseitigen. In Griechenland z. B. wurde an der Jahreswende 1944/45 die griechische Volksarmee, die das Land von den Faschisten befreit hatte, von englischen Flugzeugen bombardiert und unter Einsatz schwerster Waffen zusammengeschossen. Es bedurfte eines mehrjährigen militärischen Einsatzes imperialistischer Staaten, um die Volksmacht, die sich in großen Teilen des Landes gefestigt hatte, zu zerschlagen. Erst als 1947 die Amerikaner das Oberkommando übernahmen und der Einsatz eines riesigen Kriegsmaterials sowie zahlreicher Offiziere erfolgte, konnte die Konterrevolution siegen.

Die gleichen Kräfte, die – gestützt auf ihre Bajonette – die kapitalistische Ordnung in Italien, Frankreich, Griechenland und in der heutigen BRD sicherten, behaupten, die Sowjetunion habe den Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg aus dem imperialistischen Machtbereich ausschieden, ein »volksfeindliches Regime aufgezwungen«. Die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen seien nicht das Werk der Völker, sondern der Sowjetunion.

Wie sehen die Tatsachen aus?

Nach dem zweiten Weltkrieg brachen zunächst 800 Millionen Menschen aus dem imperialistischen Machtbereich aus. Kein sowjetischer Soldat betrat die Territorien Albaniens und Vietnams. Dagegen befanden sich nach Beendigung des zweiten Weltkrieges sowjetische Truppen in Österreich. Aber Österreich ist bis heute nicht den Weg des Sozialismus gegangen. Das volkreiche China mit damals 600 Millionen Menschen führte nach dem zweiten Weltkrieg eine antifeudale und antiimperialistische Revolution durch. Bis auf die Mandschurei (sie zählte damals etwa 45 Millionen Einwohner) betrat während des kurzen Krieges gegen Japan kein Sowjetsoldat chinesischen Boden. Andererseits unterstützten die

amerikanischen Imperialisten die reaktionären Klassen Chinas durch Lieferungen von Kriegsmaterial im Werte von 6 Millionen Dollar und durch Tausende militärische Berater und Ausbilder. Trotzdem vermochten sie nicht, den Sieg der chinesischen Volksbefreiungsarmee aufzuhalten.

Die Tatsachen zeigen die Haltlosigkeit der Behauptungen, daß die UdSSR mit Hilfe ihrer Streitkräfte den Völkern, die nach dem zweiten Weltkrieg aus dem imperialistischen Machtbereich ausbrachen, ihren Willen aufgezwungen habe. Obgleich die Hilfe der Sowjetunion die fortschrittlichen Kräfte stärkte, ist der Sieg des Sozialismus in diesen Ländern aus den inneren ökonomischen Widersprüchen und dem dadurch bedingten Klassenkampf der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei hervorgegangen. Der krisen- und kriegsschwangere Kapitalismus trieb die Leiden der Volksmassen auf die Spitze, so daß sie die alte Herrschaft beseitigten und einen neuen Weg beschritten.

Im Besitz der Atombombe war der USA-Imperialismus entschlossen, die Sowjetunion zu erpressen und den revolutionären Weltprozeß aufzuhalten und »zurückzurollen«. Der Abwurf der ersten Atombombe am 6. August 1945 auf Japan, für den keine militärische Notwendigkeit vorlag, war der Beginn der Atombombendiplomatie der USA.

Schon im April 1945 informierte Außenminister Byrnes den Präsidenten der USA, Truman, »daß die Atombombe ... ganze Städte auslöschen und Menschenleben in unvorstellbarem Ausmaß vernichten werde. Dieses neue Kampfmittel wird uns in die Lage versetzen, bei Kriegsende unsere Bedingungen zu diktieren«.

Der Leiter des Ressorts für Inneres der amerikanischen Militärregierung in Deutschland wurde bei einer Unterredung Ende des Jahres 1947 konkreter: »In einigen Monaten werden wir gestiefelt und gespornt sein, um loszumarschieren ... gerade in der letzten Zeit habe ich mich damit beschäftigt, ein Memorandum über unsere Besatzungspolitik in der Sowjetunion zu entwerfen.« Das äußerte er gegenüber Wilfried Burchett, Korrespondent der bürgerlichen englischen Zeitung »Daily Express«.

Selbst darüber, wie man mit den Kolchosen und der Industrie in der Sowjetunion verfahren wollte, bestanden schon konkrete Vorstellungen.

Im Dezember 1948 interviewte Burchett den stellvertretenden Leiter des Armeeausschusses des amerikanischen Kongresses, Schäfer: »Hat Botschafter Bedell Smith denn den Eindruck, daß die Russen etwas vorbereiten?« Schäfer antwortete: »Das möchte ich nicht behaupten. Nein, nachdem, was er sagt, scheint das nicht der Fall zu sein. Aber auch er ist der Ansicht, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den Russen unbedingt notwendig ist. Und es ist doch zweifellos besser, loszuschlagen, wenn wir bereit sind,

anstatt zu warten, bis auch sie ihre Vorbereitungen getroffen haben.«

Es war die Zeit der Politik des »roll-back«, in der der BRD-Staatssekretär von Hallstein über eine Integration »bis zum Ural« sprach.

Die »Frankfurter Allgemeine« schrieb 1952 über das Auftreten Hallsteins in Washington:

»Durch den Mund des deutschen Staatssekretärs (Hallstein) erfährt die Öffentlichkeit, unseres Wissens zum ersten Male, das eigentliche Ziel, das sich die Führer der westlichen Diplomatie gestellt haben, seitdem sie mit ihren Bemühungen begannen, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Völker einzubauen. Der Staatssekretär nennt die Etappen des einzuschlagenden Weges: die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen, das Ende der deutschen Spaltung, der Zusammenschluß des freien westlichen mit dem vom Bolschewismus befreiten östlichen Europa – bis zum Ural.«[1]

Es war die Zeit der Militärstrategie, die den massierten, überraschenden Kernwaffenschlag gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten plante.

Aus dieser Periode wurde ein Plan mit der Codebezeichnung »DROPSHOT« enthüllt. Er sah vor, die Sowjetunion und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auch vermittels des Einsatzes von Kernwaffen zu vernichten. Allein im Verlaufe des ersten Kriegsmonats sollten 300 Atombomben abgeworfen werden.[2]

Dieser Plan wurde auf Anweisung des Präsidenten der USA durch das Komitee der vereinten Stabschefs seit 1949 erarbeitet. Eine Variante dieser Kriegsplanung sah vor, aus dem östlichen Mittelmeer bei uneingeschränktem Einsatz aller Waffensysteme Schläge gegen die sozialistischen Länder zu führen. Das Hauptgewicht sollte auf die physische Vernichtung der Zivilbevölkerung der UdSSR gelegt werden.

Der langjährige britische Premier W. Churchill befürwortete eine »Kraftprobe« mit der Sowjetunion, und er bedauerte: Es sei ein katastrophaler Irrtum gewesen, daß es nicht zu einem Kernwaffeneinsatz gegen die Sowjetunion kam, als die USA das Kernwaffenmonopol besaßen.

In den Jahren 1948/49 gelang es den imperialistischen Mächten jedoch nicht, einen Kernwaffenkrieg auszulösen. Die Kraft und Autorität der Sowjetunion, der Friedenswille der Völker der imperialistischen Länder und die Weltöffentlichkeit hielten sie davon zurück.

Vereitelt wurden die imperialistischen Wunschträume auch durch die Erfolge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten im Militärwesen. Die massive Bedrohung durch die imperialistischen Mächte zwang zu außerordentlichen Anstrengungen. Im Jahre 1947

wurde das amerikanische Atombombenmonopol wissenschaftlich gebrochen. 1949 zündete die UdSSR die erste Atombombe, und 1953 wurde eine transportable einsatzfähige Wasserstoffbombe erprobt. Mit dem Start des ersten künstlichen Erdsatelliten durch die Sowjetunion im Oktober 1957 und dem sich hieraus ergebenden »Sputnikschock« trat ein entscheidender Wandel ein.

In den vierziger und fünfziger Jahren baute der amerikanische Imperialismus seine Aggressionspolitik auf der strategischen Unverwundbarkeit auf. Der Start des Sputniks bewies, daß die Unverwundbarkeit der USA nun der Vergangenheit angehörte. Der natürliche räumliche Schutz verlor seine Bedeutung, und die militärstrategische Konzeption der Imperialisten brach zusammen.

Die USA-Regierung und die mit ihr verbündeten imperialistischen Mächte mußten zu Anfang der sechziger Jahre das neue reale Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus gezwungenermaßen in Rechnung stellen. Der Versuch, den Sozialismus in Europa durch einen Frontalangriff zurückzuwerfen, um den weiteren revolutionären Weltprozeß zu verhindern, war gescheitert.

Infolge der neuen Lage war für eine Strategie der »massiven Vergeltung«, die den sofortigen Einsatz atomarer Waffen vorsah, keine Grundlage mehr gegeben. Die selbstmörderische Politik des »Balancierens am Rande« des Kernwaffenkrieges mußte aufgegeben werden. An ihre Stelle trat die Strategie des »elastischen Reagierens«.

Sie war vorsichtiger und trug in bestimmter Hinsicht dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt Rechnung. Auch hier ging es nicht darum, die Aggressionspolitik grundsätzlich zu revidieren, sondern sie zunächst auf die Ebene der begrenzten und lokalen Kriege zu verlagern. Zu dieser »flexibleren« Strategie gehörte auch die subversive »Brückenschlagskonzeption« einer »stillen« Aggression und Konterrevolution.

Obgleich die imperialistischen Mächte unter Führung der USA die umfassende Konfrontation mit dem sozialistischen Lager aufschoben, unternahmen sie große Anstrengungen, um mit militärischen Mitteln den revolutionären Weltprozeß in anderen Ländern einzudämmen und sogar zurückzuwerfen.

Wie war das Ergebnis?

Im Zeitraum von 1945 bis 1977 begingen sie 115 militärische Aggressionen. An ihnen waren vor allem die USA, Großbritannien, Frankreich, Spanien, die Niederlande, Belgien, Portugal, Israel, Südafrika und die Türkei beteiligt.

Den Koreakrieg von 1950 bis 1953 führten die USA mit fünfzehn verbündeten Staaten. Im Südvietnamkrieg von 1954 bis 1973, in dem die USA wieder der Hauptaggressor waren, erhielten sie durch Thailand, Südkorea, die Philippinen, Australien, Neuseeland, die BRD und Japan Unterstützung.

Die imperialistischen Mächte vermochten durch militärischen Einsatz Ländern der nationalen Befreiungsbewegung vorübergehend begrenzte Niederlagen oder Rückschläge zuzufügen. Erfolge hatte der Imperialismus noch auf den Philippinen in den Jahren 1945 bis 1956, in Malaysia von 1948 bis 1955, auf Madagaskar 1947, in Guatemala 1954 und in Kostarika 1955, in Zaire 1960 bis 1962, in Panama 1964 und in der Dominikanischen Republik 1965 bis 1966. Jedoch ließen sich diese von den imperialistischen Aggressoren errungenen Positionen nicht dauerhaft sichern. Außerdem scheiterten schon in dieser Zeit etwa zwei Drittel der militärischen Einsätze des Imperialismus gegen den weltrevolutionären Prozeß: zum Beispiel die konterrevolutionären Aggressionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Kenia 1952 bis 1956, gegen Tunesien 1952 bis 1956, gegen Marokko 1952 bis 1956, gegen Algerien 1954 bis 1962, gegen Zypern 1955 bis 1959, gegen Libanon 1958 und gegen Jordanien 1958.[3]

Die antiimperialistische Bewegung wuchs weiter. Im Februar 1974 mußten die USA die Souveränität Panamas über den Panamakanal anerkennen. Auch die israelische Aggression von 1967, die sich auf die finanzielle und militärische Ausrüstung durch die USA und die BRD stützte, endete trotz zeitweiliger militärischer Erfolge nicht mit der Beseitigung der progressiven Staaten im Nahen Osten. Der energische Einsatz der UdSSR für die überfallenen Völker und der Protest der Weltöffentlichkeit stoppten die Angreifer.

Die Versuche der USA, 1962 durch eine bewaffnete Aggression gegen Kuba das erste sozialistische Land Amerikas wieder zu beseitigen, scheiterten an der entschlossenen Haltung der Sowjetunion. Die größte kapitalistische Weltmacht, die USA, war sogar vor ihrer Haustür nicht in der Lage, Kubas Weg zum Sozialismus militärisch zu verhindern.

Auch die Absicht, die DDR 1961 aufzurollen, mißlang. Es scheiterte ebenfalls der Versuch, die ČSSR 1968 aus dem sozialistischen Block herauszubrechen. Die DDR und die ČSSR wurden durch die sozialistische Staatengemeinschaft geschützt.

In den siebziger Jahren löste der Imperialismus weitere militärische Aggressionshandlungen gegen Guinea, Bangladesh, die Volksdemokratische Republik Jemen, die Demokratische Republik Vietnam, Kampuchea, Südvietnam, Ägypten, Syrien, Zypern, die Volksrepublik Angola, die Volksrepublik Moçambique, Botswana, den Libanon, die Volksrepublik Benin aus. Es gelang dem Imperialismus – bis auf Zaire – nicht mehr, seine politischen Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. Jedoch trug die geheimdienstliche und ökonomische Unterstützung des faschistischen Putsches von 1973 in Chile durch die USA entscheidend zum Erfolg der Konterrevolution bei.

In Vietnam erlitt die Hauptaggressionsmacht, die USA, ihre bis-

her größte militärische Niederlage. Weder die von den Amerikanern ausgerüstete eine Million Mann starke südvietnamesische Marionetten-Armee noch der eigene Einsatz einer gewaltigen Militärmaschinerie von 500 000 amerikanischen Soldaten konnten den Lauf der Geschichte aufhalten. Diese militärische Niederlage hatte noch weit größeren Umfang als 1953 in Korea. Dort wurden die USA-Aggressoren und ihre Verbündeten nur zu ihren Ausgangsstellungen an der Grenze der KDVR zurückgeworfen. Mit der Niederlage in Vietnam konnte die Spaltung Vietnams überwunden werden. Nicht nur Nordvietnam, sondern ganz Vietnam trat den Weg in die sozialistische Zukunft an. Am 3. Juli 1976 wurde die Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam proklamiert.

Der Sieg der Völker in ganz Vietnam war ferner mit den Niederlagen der USA in Laos (1975) und in Kampuchea (1979) verbunden. Die USA mußten ihre Streitkräfte aus ganz Indochina abziehen.

Der militärische Mißerfolg der USA ist um so bedeutender, da der Angreifer das seit 1945 gewaltigste Kriegspotential eingesetzt hatte. Er wendete 250 Milliarden Dollar für den Krieg auf; er warf das Fünffache der Bomben des zweiten Weltkrieges in Nordvietnam ab; er setzte 40 Prozent seiner Marine, die Hälfte der Flugzeugträger, 60 Prozent der gesamten Luftstreitkräfte und etwa die Hälfte der strategischen Langstreckenbomber vom Typ B 52 für die Aggression gegen Vietnam ein. Elf Jahre dauerte die bisher längste bewaffnete Intervention der imperialistischen Hauptmacht gegen Vietnam.

Der USA-Aggressionskrieg hatte für den amerikanischen Imperialismus negative innere und äußere Auswirkungen. Zu den inneren gehören die Finanzkrise, riesige Staatsschulden, das chronische Haushaltsdefizit, die negative Zahlungsbilanz, der abnehmende Goldschatz, der sinkende Dollarkurs und die Inflation. Auch die äußeren Auswirkungen waren tiefgreifend: Anstelle des Nachweises der Stärke ergab sich eine Abwertung der Rolle der USA als Weltmacht. Alle Welt erkannte, daß die Vereinigten Staaten ihre »Glaubwürdigkeit als Führungsmacht« verloren haben. Die USA büßten ihren militärischen Einfluß nicht nur in den Ländern der »Dritten Welt«, sondern auch unter ihren Verbündeten beträchtlich ein. Der politisch-militärische Bewegungsspielraum der kapitalistischen Hauptmächte wurde dadurch weiter eingeschränkt. Das Ergebnis des Vietnamkrieges markierte nicht nur die grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, sondern war auch Ansporn für das schnelle Wachstum der antiimperialistischen Kräfte.

Die Schwächung der militärischen Positionen der imperialistischen Mächte ist ein wichtiger Faktor im Niedergangsprozeß des Kapitalismus. Jede neue Etappe dieses Niedergangsprozesses wird durch das weitere Wachstum der Macht der drei revolutionären

Hauptströme unseres Erdballs bestimmt. Die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus begann mit dem ersten Weltkrieg und dem Sieg der Oktoberrevolution. Die zweite Etappe begann mit dem zweiten Weltkrieg und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre bildete sich wiederum eine qualitativ neue Situation im Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus heraus. Der Kapitalismus trat in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise ein.

Der wichtigste Faktor war das außerordentliche Wachstum der ökonomischen und politischen Kraft des sozialistischen Lagers. Es erstarkte nicht nur, sondern auch weitere Länder stießen zum sozialistischen Weltsystem.

In den kapitalistischen Ländern gingen ebenfalls bemerkenswerte Veränderungen vor sich. Von der politischen Karte Europas wurden die faschistischen Regime in Portugal, Griechenland und Spanien hinweggefegt.

In den kapitalistischen Ländern wird die Arbeiterklasse immer mehr zum Zentrum aller Kräfte, die gegen die Allmacht des Monopolkapitals, seine unsozialen Praktiken und friedensfeindliche Politik auftreten. Diese Entwicklung findet im verstärkten Masseneinfluß der Kommunisten ihren Ausdruck. Die kommunistische Bewegung ist in den letzten Jahrzehnten wesentlich stärker geworden, ihre politische Reife und Kampferfahrung haben zugenommen. Gab es vor dem zweiten Weltkrieg 59 kommunistische Parteien, so sind es heute fast 100. Auch die Mitgliederzahlen in den kommunistischen Reihen haben sich von rund 4 Millionen Kommunisten vor dem Kriege auf über 77 Millionen erhöht. Die Kommunisten erweisen sich immer fähiger, die Volksmassen für ihre Interessen zu mobilisieren.

In Italien stimmt jeder dritte Wähler für die Kommunisten; in Frankreich sind es fast 20 Prozent. Auch in den anderen Ländern wächst der Einfluß der kommunistischen Parteien. Die Regierungsbeteiligung der Kommunisten wird in einigen kapitalistischen Ländern zum aktuellen Problem. Im Jahr 1981 wurden Vertreter der FKP in die Regierung aufgenommen. Alle Versuche der USA, das zu verhindern, mißlangen.

Die Bourgeoisie ist nicht mehr fähig, nach den alten Methoden zu regieren, da sich im Kräfteverhältnis wesentliche Veränderungen zugunsten der Arbeiterklasse und des gesamten fortschrittlichen Lagers vollziehen. Teile der Großbourgeoisie unterstützen neofaschistische Kräfte, die in manchen Ländern eine gefährliche Aktivität entwickeln. Doch sie sind nicht mehr in der Lage, die Stabilität faschistischer Diktaturen zu garantieren, wie die Ereignisse in Portugal, Griechenland, Spanien und selbst in Chile beweisen.

Der Kampf der Volksmassen für Frieden und gesellschaftlichen

Fortschritt hat eine neue Stufe erreicht. Es gibt einen quantitativen und qualitativen Aufschwung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.

Eine außerordentliche Bedeutung hat der vollständige Zusammenbruch des Kolonialsystems. Nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems ist dieser Sieg das größte historische Ereignis.

Die schwerste Niederlage seit dem Sieg der Völker Indochinas über die USA-Aggressoren erlitt der USA-Imperialismus durch die revolutionäre Umwälzung im Iran. Ihre Bedeutung besteht nicht allein im Sturz der verhaßten, despotisch-monarchistischen Herrschaft, die der amerikanische Imperialismus zu seinem Gendarmen gegenüber der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung insbesondere im Nahen Osten auserkoren hatte, sondern in der Veränderung des Antlitzes der iranischen Gesellschaft. Diese Niederlage zog auch den Zusammenbruch des CENTO-Paktes nach sich. Sie veränderte ferner das Kräfteverhältnis innerhalb der OPEC grundlegend zugunsten jener Ölförderländer, die sich bei der Festsetzung der Fördermengen und Preise stärker von den nationalen Interessen leiten lassen.

Selbst die Haltung der reaktionären, feudalen Führungsschicht Saudiarabiens, die engste Beziehungen zum amerikanischen Imperialismus hat, wandelte sich. Um nicht isoliert zu werden, war sie gezwungen, sich gegenüber den anderen arabischen Ländern solidarischer zu verhalten als bisher. Zudem lernte sie im Zusammenhang mit der Beseitigung des Schahregimes die »Verläßlichkeit« des amerikanischen Imperialismus als Verbündeten besser kennen.

In Lateinamerika, das der amerikanische Imperialismus als seinen Hinterhof betrachtet, mehren sich ebenfalls die Sturmzeichen. Mehr als die Hälfte der lateinamerikanischen Bevölkerung lebt zur Zeit unter faschistischen oder halbfaschistischen Regimen. Lateinamerika befindet sich trotzdem im Aufbruch. Es ist ein Kontinent der Revolution. In Nikaragua fegte der Volksaufstand 1979 den unmenschlichen, von den USA ausgehaltenen Diktator Somoza hinweg. Der Sturz Somozas versetzte den Positionen des Imperialismus vor allem in den mittelamerikanischen Ländern einen außerordentlichen Schlag.

Erste Versuche der USA, ein Expeditionskorps nach Nikaragua zu entsenden und die Organisation Amerikanischer Staaten dazu zu mißbrauchen, scheiterten. Das Abstimmungsergebnis der OAS machte diese Bestrebungen der USA zunichte.

»Der Aufschwung der demokratischen Bewegung in anderen Staaten Mittelamerikas, die Beseitigung des militärfaschistischen Regimes in Bolivien 1978, die machtvolle Streikbewegung in Brasilien, Argentinien und Peru, die zunehmende Formierung des Widerstandes gegen die faschistischen und reaktionären Regime vor allem in El Salvador, aber auch in Chile, Guatemala und Para-

guay, die Wahlerfolge demokratischer Kräfte, darunter der kommunistischen Parteien in Bolivien, Peru, Mexiko, Kostarika, die Regierungsübernahme durch linke Kräfte auf Grenada und anderen karibischen Inseln, der Kurs der Regierungen Panamas, Guyanas . . ., die nationale Souveränität zu verteidigen, sind Zeichen zunehmender Kampfbereitschaft der Volksmassen in Lateinamerika.«[4]

Nach jahrelangem bewaffnetem Befreiungskampf wurden in Simbabwe die weißen Rassisten an den Verhandlungstisch gezwungen. Ende 1979 fanden Wahlen statt, in denen die patriotischen Kräfte einen überwältigenden Sieg errangen.

Die Erfolge im nationalen und sozialen Befreiungskampf der Völker wurden möglich, weil es dem Imperialismus nur noch in Einzelfällen gelang, seine neokolonialistischen Ziele vermittels aggressiver Aktionen zu erreichen. Die Zerschlagung des Kolonialsystems des Imperialismus bewirkte nicht nur die nationale Befreiung von Milliarden Menschen. Sie beschleunigte auch das wirtschaftliche Wachstum dieser Länder. Die Positionen des Imperialismus hingegen wurden ernsthaft geschwächt. Wenn auch der politische und wirtschaftliche Einfluß des Imperialismus in einzelnen Ländern noch mehr oder minder stark ist oder sogar teilweise wächst, so mußte er trotzdem wichtige Positionen aufgeben. Er verlor mit seiner politisch-staatlichen Herrschaft die direkte Verfügungsgewalt über Millionen Menschen. Seine Herrschaft über die Rohstoff- und Primärenergiequellen der nichtsozialistischen Welt wird Schritt um Schritt zurückgedrängt.

Eine der entscheidenden Säulen militärischer Stärke stellt die Wirtschaftskraft dar. Sie ist aber vom gesicherten Zufluß von Rohstoffen abhängig. Die sozialistischen Länder, insbesondere die UdSSR, sind hinsichtlich der Versorgung mit strategischen Rohstoffen weitgehend autark. Doch bei den imperialistischen Großmächten zeichnet sich eine zunehmende Rohstoff- und Importabhängigkeit ab.

Importabhängigkeit bei wichtigen Rohstoffen in Prozent des Gesamtverbrauchs[5]

Rohstoff	BRD	EG	Japan	USA
Kupfer	99	96	83	15
Blei	87	70	70	15
Zink	68	60	68	59
Zinn	100	99	93	85
Aluminium	100	60	100	87
Eisenerz	93	59	99	27
Nickel	100	100	100	71
Wolfram	100	100	100	59
Phosphat	100	100	100	—

Jeder Fortschritt der Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer politischen und ökonomischen Selbständigkeit, besonders der Länder mit sozialistischer Orientierung, erhöht direkt oder indirekt die Abhängigkeit der kapitalistischen Großmächte, verringert relativ, und oft auch absolut die Kolonialprofite und nimmt im Spannungsfall existenzbedrohende Dimensionen an. Mit den enormen materiellen Ressourcen mußten wichtige militärische Stützpunkte und strategische Aufmarschbasen aufgegeben werden.

Eng verbunden mit der »... politischen, ökonomischen und militärischen Schwächung war ein beträchtlicher Prestigeverlust für den Imperialismus und die damit zusammenhängende Diskreditierung des gesamten kapitalistischen Gesellschaftssystems«.[6]

Ein wichtiger Faktor der Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Imperialismus ergibt sich auch aus der zukünftigen Verschiebung des Bevölkerungsanteils. Die Weltbevölkerung wird von heute rund 4,6 Milliarden bis zum Jahre 2000 auf etwa 6,1 Milliarden ansteigen. Davon werden 80 Prozent Bewohner ehemaliger Kolonien und Halbkolonien sein.

Die Bevölkerung der BRD betrug im Jahre 1980 etwa 1,5 Prozent der Weltbevölkerung. Die Engländer, Franzosen, Italiener liegen noch darunter. Bis zum Jahre 2000 wird der Anteil der Bevölkerung jedes dieser Länder auf weniger als 1 Prozent absinken. Der Anteil der USA an der Weltbevölkerung betrug 1980 6 Prozent. Auch er wird sich weiter verringern.

Ausdruck der Krise der imperialistischen Neokolonialpolitik ist ferner das veränderte Kräfteverhältnis innerhalb der Vereinten Nationen. Früher konnten die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten – gestützt auf günstige Mehrheitsverhältnisse – die UNO für eigene politische Ziele mißbrauchen. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Der Anteil der afrikanischen und asiatischen UNO-Mitglieder beträgt rund 53 und der lateinamerikanischen 19 Prozent. Damit wird die UNO immer mehr zu einem Instrument, das Beschlüsse durchsetzen kann, die der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Entwicklungsländer nützen.

Ein wesentlicher Faktor der Verschärfung der Krise des Neokolonialismus besteht auch darin, daß die Völker von elf Entwicklungsländern den kapitalistischen Weg ablehnen und sich für den Weg der sozialistischen Orientierung aussprachen.

In neun weiteren Ländern bestehen revolutionär-demokratische Parteien oder Bewegungen. Sie haben den wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage ihrer Politik erklärt. Ihr Ziel ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, die für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus erforderlich sind.

Der Sozialismus hat heute auf vier Kontinenten Fuß gefaßt. Er ist lebendige und festgefügte Realität geworden. Rund zwei Mil-

lionen Jahre existierte die Urgesellschaft. Etwa 4000 bis 5000 Jahre bestand die Sklavenhaltergesellschaft. Nahezu 500 Jahre währte der Übergang von der Antike zum Feudalismus. 300 Jahre wurde um die Überwindung des Feudalismus und die Durchsetzung des Kapitalismus gekämpft. Der Sozialismus hingegen wurde im Zeitraum von nur 60 Jahren zur entscheidenden Kraft der Weltgeschichte!

Politiker imperialistischer Mächte trösten sich mit dem Gedanken, daß z. B. in Indonesien, Ägypten, Mali, Somalia der Einfluß sozialistisch orientierter Kräfte zurückgedrängt werden konnte und Positionen des Imperialismus wieder gestärkt wurden. Zweifellos hat das Aufgeben des Kurses der sozialistischen Orientierung in einigen Ländern die drei revolutionären Hauptströme geschwächt. Die revolutionäre Weltbewegung ist jedoch keine Einbahnstraße. Erfolge der Konterrevolution sind durchaus möglich.

Doch ungeachtet dessen verschob sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus. Das ökonomisch-politische Potential des sozialistischen Lagers wuchs beträchtlich schneller als das der kapitalistischen Staaten. Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale und soziale Befreiungsbewegung in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas errangen große Fortschritte.

Zweifelsohne wäre der ungestüme Fortschritt des Sozialismus noch schneller verlaufen, wenn einige Länder, welche sich auf den Sozialismus orientierten, nicht wieder den kapitalistischen Weg eingeschlagen hätten. Trotzdem hat sich das Kräfteverhältnis noch nie so schnell zuungunsten des Imperialismus und zugunsten der drei revolutionären Hauptströme entwickelt, wie in den letzten zwei Jahrzehnten, als sie auch Rückschläge hinnehmen mußten.

Welcher Zeitraum trennt uns vom Kommunismus?

Die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus, die Beseitigung der Ausbeuterklassen und die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums in allen Teilen der Volkswirtschaft noch nicht den unmittelbaren Übergang zum Kommunismus ermöglichen. Der siegreiche Sozialismus muß bestimmte Stufen der Reife durchlaufen. Es bedarf eines längeren Zeitabschnitts, um die Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft voll zu entwickeln.[7]

»... die kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen sozialistischen Länder (haben, E. H.) eine gemeinsame Periodisierung des sozialistischen Aufbaus erarbeitet. Sie sind zu der Schlußfolgerung gelangt, daß nach der Übergangsperiode, mit dem Eintritt der Gesellschaft in die sozialistische Phase, im Prozeß der Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage zunächst die

Etappe des Aufbaus des entwickelten Sozialismus beginnt und dieser dann die Etappe des entwickelten Sozialismus selbst, seiner Vervollkommnung, folgt.«[8]

Erst nachdem die Möglichkeiten des Sozialismus voll entfaltet, die notwendigen materiell-technischen und anderen Bedingungen geschaffen wurden, kann das Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus erfolgen.

Die Sowjetunion befindet sich gegenwärtig in der Phase der Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die europäischen sozialistischen Staaten in der Phase des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Die Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft besteht »in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität«.[9]

Versuchen wir, uns ein Bild zu machen, wie sich künftig das materielle und kulturelle Lebensniveau entwickeln wird:

Jede Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen hat ihre feste Grundlage im Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft. Das Nationaleinkommen bringt im wesentlichen das gesellschaftliche Endprodukt am besten zum Ausdruck.

»Unter Nationaleinkommen verstehen wir bekanntlich das jährliche gesellschaftliche Gesamtprodukt minus dem Produktionsverbrauch, also das durch die produktive Arbeit hervorgebrachte Nettoprodukt der Gesellschaft.«[10]

Die Bedeutung des Nationaleinkommens besteht darin, daß es die einzige Quelle für die Entwicklung der Produktivkräfte, die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und die Sicherung der Landesverteidigung ist. Je größer unser Nationaleinkommen, je schneller sein Wachstum, um so günstiger die Bedingungen für die Entwicklung unserer sozialistischen Lebensweise und für die immer vollkommenere Entfaltung der Persönlichkeit.

Die DDR z. B. erzeugte 1949 ein Nationaleinkommen von 22,4 Milliarden Mark. Im Jahre 1978 betrug es über 161 Milliarden Mark, 1981 waren es rund 196 Milliarden Mark. Es stieg von 1980 bis 1981 um 8,9 Milliarden Mark. Das heißt, es war achtmal größer als im Gründungsjahr unserer Republik. Wir produzierten 1980 in 45 Tagen soviel Nationaleinkommen wie 1949 im ganzen Jahr. 1982 produzierten wir ein Nationaleinkommen von über 200 Milliarden Mark.

In der Sowjetunion erhöhte sich von 1940 bis 1979 das Nationaleinkommen auf das 13,6fache.[11]

Die hohe Wachstumsrate des Nationaleinkommens in den sozialistischen Ländern ermöglichte auch die schnelle Steigerung des

Realeinkommens. Die gute Arbeit zahlt sich dann für jeden aus, wenn Einkommen und Leistung im richtigen Verhältnis zueinander stehen. In den sozialistischen Ländern verdoppelte es sich jeweils innerhalb von fünfzehn Jahren, in einigen wuchs es noch rascher.

Wie entwickelte sich in der DDR das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen je Arbeiter und Angestellten?

Im Jahre 1949 betrug es in der volkseigenen Wirtschaft 290 Mark, bis 1979 erhöhte es sich auf 1 006 Mark.[12]

In der Mitteilung über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1982 heißt es: »Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung erhöhten sich ... gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Milliarden Mark bzw. 3 Prozent. Das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen Betrieben stieg auf 1075 Mark. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung nahm um 3,3 Prozent zu.«[13]

Erich Honecker hob auf der 5. Tagung des ZK der SED hervor: »Im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Steigerung des Nationaleinkommens ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß sich die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung von 1970 bis 1982 von 79 Milliarden Mark auf 128 Milliarden Mark erhöhten. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich im selben Zeitraum das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen durch die Verwirklichung unseres sozialpolitischen Programms auf vielen Gebieten ständig verbesserte. Betrachtet man die Dinge nüchtern, so kann man feststellen, daß das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung – Kinder und Rentner eingerechnet – von monatlich 486 Mark im Jahre 1970 auf 855 Mark im Jahre 1982 gestiegen ist. In dieser Zeit stieg auch der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von 1 200 Mark und darüber von 30 Prozent auf 74 Prozent.«[14]

Die Erhöhung des Familieneinkommens findet seinen sichtbaren Ausdruck im Einzelhandelsumsatz, im Prokopfverbrauch ausgewählter Nahrungsmittel und in der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern.

Der Prokopfverbrauch von Fleisch und Fleischerzeugnissen betrug 1960 55 kg, 1980 89,4 kg. Bei Butter stieg er im gleichen Zeitraum von 13,5 auf 15,1 kg, bei Trinkvollmilch von 94,5 Liter auf 98,6 Liter, bei Eiern von 197 auf 284 Stück, bei Südfrüchten von 7,1 kg auf 20,3 kg. Bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung geht der Verzehr von hochwertigen Nahrungsmitteln schon über das hinaus, was der Gesundheit dienlich ist. Das findet im Körpergewicht, in der wachsenden Zahl von Diabetes- und anderen Erkrankungen sichtbaren Ausdruck.

Die Ausstattung mit Haushaltskühlschränken je 100 Haushalte betrug 1960 6,1, 1982 99; bei Haushaltswaschmaschinen stieg sie im gleichen Zeitraum von 6,2 auf 84; bei Fernsehempfängern von 16,7 auf 93 und bei Personenkraftwagen von 3,2 auf 40.[15]

Das heißt, die DDR liegt bei hochwertigen Nahrungsmitteln und langlebigen Konsumgütern – bis auf PKW – in der Spitzengruppe der wirtschaftlich entwickeltsten Länder.

Die Anzahl der Besucher kultureller Veranstaltungen erhöhte sich von 1970 bis 1977 folgendermaßen: in Kultur- und Klubhäusern von 35,3 auf 59,1 Millionen, in Konzerten von 2,1 auf 3,1 Millionen, in Museen von 19,8 auf 33,5 Millionen.[16]

Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen drückt sich auch in der Erhöhung der gesellschaftlichen Fonds aus. Im Jahre 1970 betrugen die Leistungen für eine Familie mit vier Personen monatlich 360 Mark, 1980 aber schon 760 Mark, und im Jahre 1985 werden es 900 Mark sein.

Die Leistungen des Staates für Bildungswesen, kulturvolles Leben, Sport und Erholung, Gesundheit und Sozialwesen, für niedrige Mietpreise und Verkehrstarife stiegen von 26,3 Milliarden Mark im Jahre 1971 auf 49,2 Milliarden Mark im Jahre 1979.[17] Auch hier ist die DDR in der Spitzengruppe.

Das sozialpolitische Programm fand in folgenden Fakten deutlichen Ausdruck: Es brachte nicht nur der übergroßen Mehrheit Verbesserungen, sondern auch gerade denen mit niedrigen Lohngruppen. Die Mindestlöhne, aber auch die Mindestrenten wurden erhöht. Für Bürger, die einer besonderen gesundheitlichen Fürsorge bedürfen, wurden bessere soziale Bedingungen geschaffen. Ferner erhöhte sich die Anzahl der Kinder, die in Kinderkrippen betreut werden. Im Jahre 1970 waren es von 1 000 Kindern im Alter bis zu drei Jahren lediglich 291, 1978 aber schon 605 Kinder. Von 1 000 Kindern im Kindergartenalter wurden 1970 645 Kinder und 1978 900 Kinder im Kindergarten betreut.[18]

Die Gesamtbilanz: Schon im Jahre 1976 betrug die Industrieproduktion der Deutschen Demokratischen Republik das Doppelte des ehemaligen Deutschen Reiches, und das mit nur einem Viertel der damaligen Bevölkerungsanzahl.[19]

Wie waren die Voraussetzungen für diese ökonomischen Erfolge?

Die denkbar schlechtesten. Im Gebiet der heutigen DDR hatten die Kriegszerstörungen wesentlich größere Ausmaße als in Westdeutschland, denn 45 Prozent der Industrie lag in Trümmern, im westlichen Teil Deutschlands aber nur 20 Prozent. Hinsichtlich des Industrialisierungsgrades und des Produktionsniveaus lag das Gebiet der heutigen DDR wesentlich hinter dem westlichen Teil Deutschlands zurück. Es hatte, nach dem Stand von 1936, 30,4 Prozent des Territoriums und nur einen Anteil von 17,9 Prozent der industriellen Produktion. Besonders schwerwiegend war das Fehlen der entscheidenden Rohstoffbasis.

Erich Honecker schrieb in seiner Autobiographie: »Schon vor mehr als zehn Jahren, auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967, stellte ich die Frage, was wohl aus den Herren Kapitalisten

geworden wäre, wenn 1945 hier bei uns im Osten 120 Hochöfen und im Westen 4 Hochöfen gestanden hätten, statt umgekehrt? Was hätten die Herren Kapitalisten gemacht, wenn wir über 93 Prozent der eisenschaffenden Industrie verfügt hätten und sie über 7 Prozent, statt umgekehrt?«[20]

Gegenwärtig haben die sozialistischen Länder, einschließlich der DDR, schwierige Probleme wie den Übergang von der historisch bedingten extensiven zur intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft zu lösen. Die extensiven Faktoren sind erschöpft. »Der Übergang zur Intensivierung der Wirtschaft ... erfordert bekanntlich bestimmte Strukturveränderungen, bedeutende zusätzliche Aufwendungen, die Lösung wissenschaftlich-technischer Probleme, zumal es sich um eine hochentwickelte Wirtschaft mit vielen Zweigen handelt. Das ist der Grund, warum für das nunmehr zu Ende gehende Jahrfünft in einigen sozialistischen Ländern gerechtfertigt etwas niedrigere Produktionszuwachsraten geplant wurden als in der vergangenen Periode – die quantitativen Faktoren mußten den qualitativen den Vorrang überlassen.«[21]

Ferner haben wir unsere Wirtschaftsprobleme in einer Situation, in der sich der Klassenkampf mit den imperialistischen Mächten zugespitzt hat, zu lösen.

»Die Gewährleistung der Dynamik unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung und die Verwirklichung unserer sozialpolitischen Vorstellungen können wir selbstverständlich nicht losgelöst von der internationalen Situation betrachten; von ihrer enormen Zuspitzung, die täglich mehr in Erscheinung tritt, von der Tatsache, daß der Weltfrieden seit Ende des zweiten Weltkrieges noch nie so stark bedroht war wie gegenwärtig.«[22]

Erich Honecker betonte, »... daß sich an der internationalen Lage etwas geändert hat, dem wir Rechnung tragen müssen und woraus die erforderlichen, differenzierten Schlußfolgerungen zu ziehen sind«.[23]

Höchstes Ziel der sozialistischen Wirtschaftsstrategie ist die ständige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit.

Welche Aufgaben stehen vor uns, um das Programm der Vollbeschäftigung, der wirtschaftlichen Stabilität und des Aufstiegs fortzusetzen, ein kontinuierliches, dynamisches Wachstum der Wirtschaft zu sichern, das erreichte Lebensniveau der Werktätigen weiter zu erhöhen und den Frieden zu gewährleisten?

Es gibt nur einen Weg: Wir müssen mehr, besser und billiger produzieren. Wir müssen maximale Zuwachsraten des Nationaleinkommens erzielen – hauptsächlich durch effektive Nutzung der materiellen, natürlichen und Arbeitskräftereserven. Dafür sind die intensiven Faktoren der Wirtschaftsentwicklung immer stärker durchzusetzen. Und das ist möglich.

Otto Reinhold weist mit Recht darauf hin, daß für die richtige

Einschätzung unserer zukünftigen Entwicklung nicht nur die negativen Wirkungen auf unsere Volkswirtschaft gesehen werden dürfen.

»Die zentrale Frage, die der X. Parteitag zu beantworten hatte, war im Grunde genommen die: Ist es möglich, die negativen Einflüsse durch die volle Nutzung der Vorzüge und der neuen Möglichkeiten des Sozialismus, über die wir heute zu Beginn der achtziger Jahre verfügen, zu kompensieren? Ist es möglich, die Vorzüge, Triebkräfte und Potenzen des Sozialismus in einer solchen Art und Weise und in einem solchen Umfang zu nutzen, daß wir trotz dieser veränderten Bedingungen ein bedeutendes Wachstum unserer Wirtschaft erzielen können?

Der X. Parteitag hat diese Frage klar und eindeutig beantwortet. Wir verfügen über große materielle und geistige Potenzen, deren volle Nutzung es möglich macht, die neuen Aufgaben und Probleme zu bewältigen.«[24]

Der Fünfjahrplan von 1981 bis 1985 ist ein wissenschaftlich begründetes, optimistisches Programm. Das Nationaleinkommen steigt trotz der dargelegten Probleme auf 128 Prozent, die industrielle Warenproduktion auf 131 Prozent, die Arbeitsproduktivität auf 129 Prozent. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung sollen auf 120 Prozent anwachsen.

In diesem Fünfjahrplan ist weiter vorgesehen, das Lebensniveau der Bürger durch die Vergrößerung der gesellschaftlichen Fonds von 234 Milliarden im vorigen Fünfjahrplan auf 295 Milliarden im Zeitraum von 1981 bis 1985 zu erhöhen. Diese Entwicklung steht ganz im Gegensatz zu der Bestürzung, Hilflosigkeit und Ausweglosigkeit in den kapitalistischen Ländern.

Die sozialistischen Länder haben unbestreitbar große Erfolge beim Aufbau der neuen Gesellschaft erzielt. Gleichzeitig bestätigen die internationalen Erfahrungen des Weltsozialismus den Leninschen Gedanken, daß der Weg zum Sozialismus kompliziert sein wird.

Leonid Breshnew stellte auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU fest: Es wäre falsch, »... ein Bild der sozialistischen Welt von heute allein in Festtagsfarben zu malen«.

Es gibt natürliche Wachstumsschwierigkeiten, aber auch Hemmnisse anderer Art. »Die sozialistischen Länder sind auch gegen einzelne Fehler und Versäumnisse nicht völlig gefeit. Diese können sich daraus ergeben, daß getroffene Entscheidungen und Maßnahmen nicht den objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung, den realen Bedingungen entsprechen, also daraus, daß die Dialektik von Objektivem und Subjektivem mißachtet wurde. Schwierigkeiten dieser Art sind verbunden mit der ungenügenden Nutzung der Vorzüge des Sozialismus bei der Wirtschaftsplanung und Leitung.«[25]

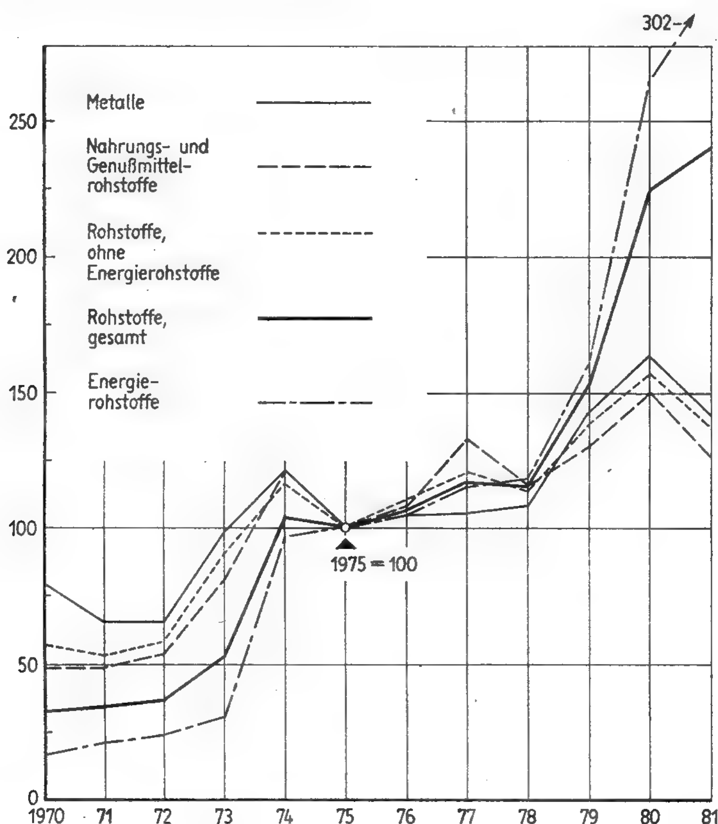
Die gegenwärtigen Probleme sind, wie wir sahen, groß, und ihre

Lösung erfordert außerordentliche Anstrengungen. Jedoch sind sie ganz anderer Natur als in den kapitalistischen Staaten. Es sind nicht Rezessions- und Verfallsprobleme, sondern Wachstumsschwierigkeiten, die im Verlaufe der weiteren Entwicklung überwunden werden.

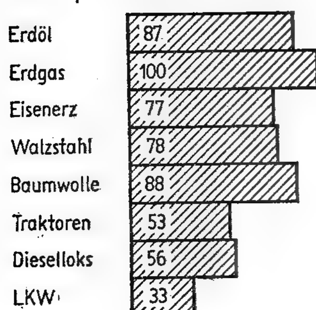
Die Erhöhung der Rohstoffpreise wird unsere Wirtschaft zweifellos über einen langen Zeitraum belasten. Erleichtert wird unsere Situation dadurch, daß die Preise der hauptsächlich von der UdSSR gelieferten Rohstoffe und Energieträger unter den Welt-

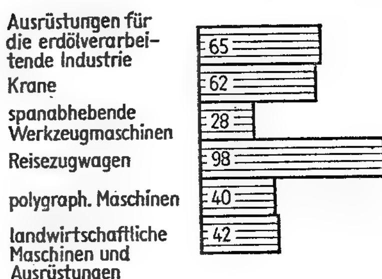
Preisentwicklung wichtiger Rohstoffgruppen

Berechnet auf der Basis der Preise für den Rohstoffimport der kapitalistischen Industrieländer



Quelle: horizont, 10/1982





Quelle: Erfolgreicher Weg der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zahlen und Fakten, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 63

marktpreisen liegen. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, mit einem wesentlich geringeren Aufwand an Rohstoffen und Energie einen größeren volkswirtschaftlichen Nutzen zu erreichen.

So können z. B. durch die Produktion höherfester Baustähle und eine um 20 bis 60 Prozent höhere Zugfestigkeit Erzeugnisse bis zu 35 Prozent masseärmer produziert werden. Ein Schaufelradbagger des Typs SRs 6–300 kann mit 300 Tonnen weniger Stahl hergestellt werden.[26]

»Allein beim Übergang von der herkömmlichen Technologie zum kontinuierlichen Stranggußverfahren werden bei der Herstellung von Walzstahlerzeugnissen 15 bis 20 Prozent Rohstahl eingespart. Die Einführung der neuen Gußtechnik erhöht also die Rohstahlkapazitäten, ohne daß auch nur ein neuer Hochofen errichtet werden muß.«[27]

Die DDR verbrauchte 1980 Material und Rohstoffe im Wert von 300 Milliarden Mark. Nur 1 Prozent Materialeinsparung bringt unserer Volkswirtschaft 3 Milliarden Mark Gewinn. In der Perspektive kann bei gleichem Produktionsanstieg der Zuwachs an Rohstoffen weiter verringert werden. Das ist durch materialsparende Verarbeitung, Leichtbauweise, neue synthetische Materialien und die Schaffung weitgehend geschlossener Produktionskreisläufe zu erreichen.[28]

»Der Effekt der neuesten Technik wächst unermeßlich, wenn ihr Einsatz von der Anwendung einer fortschrittlichen Technologie begleitet wird. So beschleunigt z. B. der Ersatz der Wärmebehandlung von Metallen durch Behandlung mit Hochfrequenzstrom den Herstellungsprozeß auf das Tausendfache; die Verwendung eines optischen Quanten-Lasergenerators für die Bohrung von Öffnun-

gen in Diamantendüsen senkt die Behandlungszeit von zwei Tagen auf zwei Minuten.«[29]

Eine große Reserve zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums sind die Verbesserung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, die schnellere Inbetriebnahme neuer Produktionsanlagen und ihre höhere Ausnutzung. Die reichste Gesellschaft kann es sich nicht leisten, kostspielige moderne Werkzeugmaschinen nur einschichtig auszulasten.

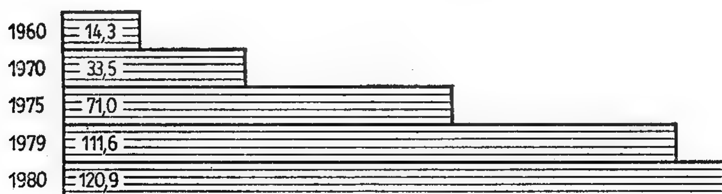
Neben dem raschen Wachstum der Effektivität gewinnen die Gestaltung und Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse große Bedeutung. Sie müssen stärker als bisher die freie Entfaltung der Produktivkräfte sichern. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Bildung und Festigung der Kombinate.[30]

»Unsere fortgeschrittensten Kombinate bewiesen ihre Fähigkeit, auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik zur Weltspitze vorzustoßen und diese in verschiedenen Aufgabenbereichen mitzubestimmen ... Mit dem leistungsstarken wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Potential sind gegenwärtig in den meisten der 157 Kombinate günstige Bedingungen geschaffen worden, um in engster Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie mit den Universitäten und Hochschulen in größerem Maße internationale Spitzenleistungen auf ausgewählten Gebieten zu erreichen.«[31]

Wie Berechnungen ergaben, können durch neue wissenschaftlich-technische Lösungen und konsequente Rationalisierung die Bauzeiten in einzelnen Objekten um 30 bis 50 Prozent gesenkt werden.

Große Möglichkeiten für ein schnelles ökonomisches Wachstum bietet die Zusammenarbeit der RGW-Staaten. Sie erschließt qualitative Intensivierungsfaktoren, wie z. B. die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die hocheffektive Verwertung in der Produktion, die Modernisierung der Produktion durch sozialistische Rationalisierung, große, die Produktion verbilligende Serien. Kurz gesagt, sie gewährleistet ein rasches ökonomisches Wachstum jedes RGW-Landes.

Der gegenseitige Warenaustausch der RGW-Länder wächst (in Milliarden Rubel, in laufenden Preisen)



Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/1982

Ein außerordentlich günstiger Faktor ist, daß unsere Republik heute ein international anerkanntes politisches Gewicht und eine wirtschaftliche Kraft besitzt, die Schädigungen unserer Wirtschaft von außen weitgehend ausschließt.

»1948 war vom Gebiet der BRD aus ein schonungsloser Wirtschaftsboykott gegen die DDR begonnen worden. Willkürliche Störungen der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, die Abwerbung von Arbeitskräften, insbesondere qualifizierter Spezialisten, sowie Wirtschaftssabotage durch bezahlte Agenten – das alles hatte zum Ziel, die DDR zu ruinieren.

Angesehene westdeutsche Sozialdemokraten, wie der inzwischen gestorbene Wirtschaftswissenschaftler Professor Fritz Baade, erklärten seinerzeit, daß die BRD der DDR für die Schäden, die sie der DDR durch ihren Wirtschaftskrieg zugefügt hatte, aber auch für die Reparationen in Höhe von 3,4 Milliarden Dollar, die von unserer Republik für ganz Deutschland geleistet worden waren, ›moralisch 100 Milliarden Mark an Reparationen schuldet‹. Nach unseren Berechnungen machten die Verluste in den Jahren 1951 bis 1961 einen Produktionsausfall von rund 112 Milliarden Mark aus...

Die Verluste an Nationaleinkommen, die uns zugefügt worden waren, entsprachen ungefähr den volkswirtschaftlichen Investitionen unseres Landes von 1950 bis 1961. Wären wir dieser Mittel nicht beraubt worden, so hätten wir für die gleiche Summe z. B. vier Millionen Wohnungen oder 100 Stahlwerke mit je einer Million Tonnen Produktionskapazität bauen können.«[32]

Welche Möglichkeiten sich weiter erschließen, zeigen folgende Fakten: Unsere Volkswirtschaft verfügte im Jahre 1980 über einen Grundfondsbestand von 717 Milliarden Mark. Nur eine Minute Arbeitszeit verkörperte 2,2 Millionen Mark. Eine um 10 Minuten höhere Grundfondsausnutzung täglich in der gesamten Industrie hätte einen Produktionszuwachs von 4,4 Milliarden Mark jährlich zur Folge. Und das ohne eine Mark zusätzlicher Investitionen.[33]

Zur Veranschaulichung der Bedeutung einer höheren Grundfondsausnutzung sei festgestellt, daß die Nettogeldeinnahmen der Werktätigen im ersten Halbjahr 1981 im Verhältnis zum ersten Halbjahr 1980 um 2 Milliarden, das sind 3,3 Prozent, und die Ausgaben für den gesellschaftlichen Fonds von 1979 bis 1980 um 3,5 Milliarden stiegen.

Gelingt es, bis 1985 unsere produktivsten Ausrüstungen um eine oder sogar zwei Stunden kalendertäglich länger zu nutzen, so würden bedeutende Mittel für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und die Erhöhung unseres materiellen und kulturellen Lebensniveaus frei.

»Jede Anstrengung, die darauf gerichtet ist, die vorhandenen Grundfonds ökonomisch sowohl durch technische Verbesserungen als auch durch höhere Schichtauslastungen wirksamer zu machen,

Aufwandsenkende Wirkungen der Intensivierung

Eine Auswahl von Faktoren der sozialistischen Intensivierung, die zur Senkung des Produktionsverbrauchs und damit zur Erhöhung des Nationaleinkommens beitragen



Quelle: Neues Deutschland, 22./23. 3. 1980

ist zehnmal effektiver als eine beliebige Vergrößerung der Fonds durch Investitionen. Wir haben also guten Grund, Schluß zu machen mit allen Überresten einer Ideologie, die davon ausgeht, daß jeder Produktivitätsfortschritt neue Investitionen und zugleich die Aussonderung sogenannter veralteter Grundmittel erfordere.«[34]

Unser wirtschaftliches Wachstum und die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse unserer Werktätigen hängen vor allem vom Leistungsvermögen und von der Leistungsbereitschaft unserer Arbeiter, Bauern, Forscher, Ingenieure und der Organisatoren der Produktion ab.

Der Schlüssel zum Erfolg sind das schnelle Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Effektivität durch Wissenschaft und Technik, der entschiedene Kampf um die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis. Eingeschlossen ist, mit weniger Material mehr zu produzieren, die Einsatzgewichte der Produkte zu senken, auf dem Wege der höheren Veredlung schneller vorwärtszuschreiten und die Qualität zu erhöhen.

Überhaupt kommt es darauf an, den vorhandenen Produktionsapparat zu modernisieren, produktiver zu machen, durch qualifizierte Arbeit ökonomisch wirksamer zu gestalten, um mit geringerem Aufwand das höchste Ergebnis für die Republik zu erzielen. Zugleich können gesundheitsschädliche, körperlich schwere und eintönige Arbeiten in immer größerem Umfang beseitigt werden.

Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Freisetzung von Arbeitern aus wenig inhaltsreichen, eintönigen, körperlich

schweren und gesundheitsschädlichen Arbeitsprozessen vergrößert sich der schöpferische Charakter der Arbeit. Interesse und Arbeitsfreude wachsen, neue Möglichkeiten zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums entstehen dadurch.

»Im Interesse eines hohen volkswirtschaftlichen Effekts ist heute für die Roboter Mehrschichtbedienung unerläßlich. Für die Zukunft erwartet jedoch die sozialisische Gesellschaft von uns, daß wir Technologien für menschenlose Schichtarbeit erfinden.«[35] Die breitere und schnellere Anwendung der Mikroelektronik und der wirksame Einsatz der Robotertechnik gewinnen immer größere Bedeutung. 1980 arbeiteten in der DDR 9 260 Industrieroboter, 1985 sollen es 45 000 sein.

»Wie effektiv dieser Weg ist, beweist das Beispiel des Mikroprozessors U–880. Mit seinen 5,2×5,5 mm winzigen Siliziumplättchen von etwa 5,5 Milligramm Gewicht ersetzt er mehr als 40 000 Bauelemente der herkömmlichen Technik, spart 200 kg Kupfer, Zinn, Stahl, Plaste und anderes Material.«[36]

Auch auf der 34. Tagung des RGW wurde festgestellt, daß der größte Effekt von der Anwendung der Mikroelektronik ausgeht. Zukünftig kann durch die beschleunigte Anwendung der Mikroelektronik, den Einsatz von Industrierobotern, die zunehmende Ausrüstung von Maschinen mit elektronischen Steuerungsanlagen und durch die weitere Anwendung von Anlagen der elektronischen Rechentechnik ein Mehrfaches an Arbeitsproduktivität gegenüber herkömmlichen Verfahren erzielt werden. Zugleich erlaubt der Einsatz der Mikroelektronik Einsparungen von Material, Rohstoffen und Energie in bisher unbekannten Dimensionen.[37] So kann beispielsweise bei der automatisierten Steuerung von Industrieprozessen der Material- und Energieaufwand gegenüber herkömmlichen Technologien auf 30, in bestimmten Fällen sogar auf 1 Prozent sinken. Nach Schätzungen verringern sich die Fertigungsstunden bei Umstellung der Produktion durch Einsatz der Mikroelektronik auf etwa die Hälfte.

Welche ökonomischen Möglichkeiten sich künftig über lange Zeiträume durch die Entwicklung der Mikroelektronik erschließen, wird in folgendem Vergleich sichtbar:

»Noch vor zwei Jahrzehnten wurde z. B. zumeist angenommen, technische Speicher könnten wohl nie die Speicherkapazität des menschlichen Gehirns erreichen. Die technische Entwicklung indes, die sich hier vollzogen hat und die in der Zukunft abzusehen ist, wird an folgendem Beispiel verdeutlicht: Ein Rechner mit einer dem menschlichen Hirn vergleichbaren Speicherkapazität wäre in der ersten Rechnergeneration (Elektronenröhren, fünfziger Jahre) so groß gewesen wie die Stadt Paris und hätte die gleiche Menge Elektroenergie verbraucht wie die Pariser Untergrundbahn; in der zweiten Generation (Transistoren, sechziger Jahre) wäre ein solcher Rechner etwa so groß gewesen wie das Pariser Opernhaus

und hätte einen Generator von 10 kW erfordert; in der dritten Generation (integrierte Schaltungen, siebziger Jahre) wäre dieser Rechner nur noch so groß gewesen wie ein Autobus und hätte an ein normales Stromnetz angeschlossen werden können. Mitte der siebziger Jahre wäre dieser Rechner nicht größer als ein Fernsehapparat gewesen, und in absehbarer Zeit wird er ein kleineres Volumen einnehmen als das menschliche Gehirn; in 100 Jahren würde in diesem Volumen ein technischer Speicher untergebracht werden können, dessen Kapazität das 16 000fache des menschlichen Gehirns ausmacht.«[38]

Um die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen zu können, bedarf es jedoch in der Forschung und Entwicklung bedeutender Anstrengungen und hoher Investitionen.

Von der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bis zum Kommunismus ist noch ein längerer Weg zurückzulegen.

Verteidiger des zum Untergang verurteilten Kapitalismus unternehmen große Anstrengungen, um die kommunistische Perspektive der Menschheit zu verdunkeln.

Die Bestimmung des Zeitraums, der uns noch vom Kommunismus trennt, ist aber nicht nur ein wichtiger Faktor zur Mobilisierung der Masseninitiative der Werktätigen. Sie besitzt auch politisch-strategische Bedeutung.

Ist es möglich, diesen Zeitraum schon jetzt ungefähr zu bestimmen?

Unsere Zukunft erwächst aus dem Heute. Sie hat ihre Grundlage in der praktischen Tätigkeit der Werktätigen. Die Zukunft ist nach Meinung des Verfassers gegenwärtig für uns weder unerforschlich noch Gegenstand von Spekulationen und Illusionen. Die erreichte Reife des Sozialismus in einigen Ländern, Fakten und Entwicklungsrichtungen bieten der wissenschaftlichen Vorausschau in die Zukunft weitaus größere Möglichkeiten als vor einigen Jahrzehnten.

Die Weiterentwicklung zum Kommunismus und der erforderliche Zeitraum werden in den sozialistischen Ländern durch das Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte, durch fortschrittliche Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die eine ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte gewährleisten, und die Bewußtheit, den Elan der Werktätigen, bestimmt.

Eine notwendige Voraussetzung für den Kommunismus ist die völlige Aufhebung aller Überreste der Klassenunterschiede. Schon im Sozialismus werden die antagonistischen Klassengegensätze aufgehoben. Es bestehen aber noch zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums: das staatliche Eigentum, das allen Mitgliedern der Gesellschaft gehört, und das kollektiv-genossenschaftliche Eigentum. Dies bedingt die noch im Sozialismus verbleibenden Klassenunterschiede, die völlig erst im Kommunismus mit der Entwick-

lung der beiden sozialistischen Eigentumsformen zum einheitlichen kommunistischen Eigentum beseitigt werden können. Hierzu ist auch die Aufhebung des wesentlichen Gegensatzes zwischen Stadt und Land sowie zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit notwendig.

Der Sozialismus überwand durch Abschaffung der Ausbeutung den wesentlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Auch hier verblieben Unterschiede. Diese letzten Klassenunterschiede verschwinden ebenfalls mit der Entstehung des kommunistischen Eigentums. Das heißt, das Dorf erhebt sich qualitativ auf das Niveau der Stadt, wobei die Stadt sich ebenfalls – entsprechend den Bedürfnissen der Erbauer der kommunistischen Gesellschaft – weiterentwickelt.

Die Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit vollzog sich mit einer bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte. Während die herrschenden Klassen über das Monopol der geistigen Arbeit verfügten, blieb den unterdrückten Klassen die körperliche Arbeit vorbehalten.

Im Sozialismus kann der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit noch nicht völlig aufgehoben werden, das kulturelle und technische Niveau der Werktätigen jedoch wächst außerordentlich. Erst im Kommunismus verschwinden mit der starken Entwicklung der Produktivkräfte die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit vollkommen. So werden jegliche Spuren sozialer Ungleichheit, die mit der Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen entstand, überwunden.

Eine notwendige Bedingung für den Kommunismus ist ferner, daß der Übergang von der Verteilung nach der Leistung, nach der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit, zur Verteilung nach den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen erfolgt.

Im Sozialismus wird noch nicht die volle Gleichheit aller Menschen erreicht. »Womit wir es hier zu tun haben ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt.«[39]

Die Menschen sind in ihrer physischen Entwicklung, ihren Fähigkeiten und Qualifikationen verschieden. Wenn sich die Arbeitsmenge und die Qualität ihrer Arbeit voneinander unterscheiden, erhalten sie auch verschiedene Entlohnung. Und sogar bei gleicher Entlohnung befriedigen die Menschen wegen ungleicher Anzahl der Familienmitglieder, der Verschiedenheit der individuellen Interessen und Neigungen ihre Bedürfnisse in verschiedenem Maße.

Das sozialistische Prinzip der Entlohnung nach der Leistung ist eine gewaltige Errungenschaft der Werktätigen auf dem Wege zum Kommunismus. Gleichzeitig hat es aber die schon von Marx und

Engels festgestellten Mängel. Das schnelle Wachstum der Produktivkräfte im Sozialismus ermöglicht es jedoch, auch diese Schranken zu überwinden und zu einem höheren Prinzip – der Verteilung nach den Bedürfnissen – überzugehen.

Die Entwicklung des Familieneinkommens und der gesellschaftlichen Fonds könnte als Grundlage dienen, eine Einschätzung jenes geschichtlichen Zeitraumes, der uns noch von der höheren Phase des Kommunismus trennt, vorzunehmen.

Die Gefahr eines Atomkrieges, der die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur grundlegend verändern, sondern sogar die Existenz der Menschheit in Frage stellen könnte, wollen wir zunächst ausklammern. Sie wird später in einem besonderen Abschnitt behandelt.

Der Vormarsch zum Kommunismus ist, wie die Praxis zeigt, mit ungewöhnlichen Problemen und Schwierigkeiten verbunden. Über ihre Ursachen wurde schon gesprochen. In verschiedenen Bereichen können u. a. zeitweilig Engpässe bei Erzeugnissen auftreten, deren Verbrauch schon zur selbstverständlichen Norm wurde. Bei manchen Menschen entstehen dann pessimistische Auffassungen über unsere Perspektive.

Einfluß auf diese Stimmung hat die Lage in den kapitalistischen Ländern. Täglich hören wir Berichte über Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Massenobdachlosigkeit, Massenpleiten, ansteigende Staatsverschuldung, Verfall der Währungen usw. Diejenigen, die die Ursachen dieser Entwicklung in den kapitalistischen Ländern noch nicht verstehen, sind geneigt anzunehmen, daß auch bei uns »alles schlechter« werden müsse.

Von unseren inneren Möglichkeiten her ist diese Auffassung unbegründet. Die sozialistische Staatsmacht und die sozialistischen Eigentumsverhältnisse streben, wie unsere Pläne und ihre Realisierung zeigen, nach einem weiteren wirtschaftlichen Aufstieg. Auch die erhöhten Rohstoffpreise und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern, die unsere Volkswirtschaft beeinträchtigen, können wir durch Ausnutzung unserer Möglichkeiten abfangen.

Bei einem noch hemmungsloseren Anheizen der Hochrüstung durch die USA müßten in den sozialistischen Ländern die wirtschaftlichen Zuwachsraten schließlich sinken; wobei es von der Initiative und dem Elan der Werktätigen abhängt, inwieweit noch größere Belastungen abgefangen werden können.

Wenn sich die internationalen Spannungen, die von der NATO hervorgerufen werden, nicht weiter verschärfen, sondern sogar verringern, können trotz Veränderung der außenwirtschaftlichen Bedingungen auch künftig die Zuwachsraten für die Arbeitsproduktivität und das Nationaleinkommen von rund 5 Prozent im Jahresdurchschnitt erreicht werden, wie es von 1981 bis 1985 vorgesehen ist. Auch das Familieneinkommen könnte weiter im Jahresdurch-

schnitt um etwa 3 Prozent und die gesellschaftlichen Fonds könnten um etwa 4 Prozent ansteigen. Gelingt es uns, Vereinbarungen zu erzielen, die zur wirksamen Abrüstung führen, so wären Zuwachsraten in der Arbeitsproduktivität und im Nationaleinkommen von über 5 Prozent, des Familieneinkommens von über 3 Prozent sowie der gesellschaftlichen Fonds von über 4 Prozent möglich.

Das durchschnittliche Familieneinkommen besteht aus Löhnen oder Gehältern – einschließlich Prämien- und Urlaubsgeld –, Lohnzuschlägen, Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit und Kleingärten. Im Jahre 1960 betrug es 775 Mark monatlich und erhöhte sich bis 1979 auf 1 642 Mark.[40] Es verdoppelte sich also in 18 Jahren. Berücksichtigt man die Abzüge, dann beträgt das durchschnittliche Realeinkommen je Arbeiter- und Angestelltenhaushalt rund 1 250 Mark monatlich. Von 1960 bis 1978 stieg es jährlich um 4 Prozent.

Wir wollen für eine Vorausschau ein durchschnittliches jährliches Wachstum unseres Familieneinkommens nicht von 4 Prozent – wie in den letzten Jahrzehnten –, sondern von »nur« 3 Prozent annehmen. Bei einem Anstieg von jährlich 3 Prozent tritt in 24 Jahren eine Verdopplung ein. Unser reales Familieneinkommen kann also von 1978 bis zum Jahre 2002 von 1 250 Mark monatlich im Durchschnitt auf 2 500 Mark monatlich ansteigen.

Damit wäre auch ein bedeutendes Anwachsen der gesellschaftlichen Fonds verbunden.

In der Sowjetunion erhöhte sich von 1940 bis 1979, in 40 Jahren, das Realeinkommen auf das 5,6fache; die Ausgaben für das Gesundheitswesen stiegen im gleichen Zeitraum auf das 20fache, die für die Sozialversicherung auf das 25fache, für das Bildungswesen auf das 14fache.

In der DDR verdoppelte sich von 1971 bis 1980, also in zehn Jahren, die aus Mitteln des Staates für die Verbesserung der Lebensbedingungen bereitgestellten gesellschaftlichen Fonds für das Wohnungswesen, Bildungswesen, kulturelle Leben, für Sport, Erholung, Gesundheit, Sozialwesen, niedrige Mietpreise, Verkehrstarife und stabile Preise für Waren des Grundbedarfs.

Von 1981 bis 1985 erhöhen sich die Mittel für die gesellschaftlichen Fonds von 234 Milliarden auf 292 Milliarden Mark, also um 26 Prozent.

Wir wollen für das zukünftige Wachstum nicht die höchsten Zuwachsraten von 1971 bis 1980, sondern die von 1981 bis 1985 zugrunde legen. Bis zum Jahre 1990 würden sich dann die gesellschaftlichen Fonds auf 371,70 Milliarden, bis 1995 auf 468,34 Milliarden und bis zum Jahre 2000 auf 590 Milliarden Mark erhöhen.

Auf eine Familie mit vier Personen bezogen, steigen damit die Leistungen aus den gesellschaftlichen Fonds von 760 Mark monatlich 1980 auf 900 Mark 1985. Bleiben die Wachstumsraten be-

stehen, so erhöhen sie sich auf 1 134 Mark 1990, 1 487 Mark 1995, 1 788 Mark im Jahre 2000.

Hinzu kommen Mittel aus dem Kultur- und Sozialfonds der Kombinate und Betriebe für die kulturelle und soziale Betreuung der Werktätigen. Sie betrugen 1979 3,4 Milliarden Mark und werden künftig bei entsprechender Produktionssteigerung weiter wachsen.

Das heißt, das materielle und kulturelle Lebensniveau wächst in einem Umfang, daß die entwickelte sozialistische Gesellschaft wahrscheinlich bis zum Ende unseres Jahrhunderts oder in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts zur vollen Entfaltung gebracht werden kann.

Damit treten wir zugleich in die Phase des allmählichen Übergangs zum Kommunismus ein.

Die Einkommensstruktur wird sich in diesem Zeitraum beträchtlich verändern. Die niedrigen Einkommen werden sich, auch bedingt durch die zunehmende Qualifizierung der Werktätigen, schneller erhöhen als die hohen. Außerdem verändern sich bei wachsendem Einkommen die Bedürfnisse. Dies könnte sich auf das Verhältnis von Familieneinkommen und gesellschaftlichen Fonds auswirken, sofern der Wunsch besteht, z. B. das Gesundheitswesen, die Alternsforschung, Prophylaxe, Touristik sowie das Verkehrswesen schneller zu entwickeln. Auch innerhalb der gesellschaftlichen Fonds könnten sich Veränderungen ergeben.

Um ungefähre Zeitvorstellungen hinsichtlich der allmählich immer stärkeren Ausprägung kommunistischer Verteilungsprinzipien zu gewinnen, wollen wir annehmen, daß von 2002 bis 2026 das Familieneinkommen weiter jährlich um 3 Prozent ansteigt. Es würde sich dann in weiteren 24 Jahren von 2 500 Mark auf 5 000 Mark monatlich erhöhen.

Die Leistungen aus den gesellschaftlichen Fonds für eine Familie könnten im gleichen Zeitraum von 1 788 auf etwa 5 538 Mark anwachsen.

Der Verfasser geht davon aus, daß ein Familieneinkommen von zirka 5 000 Mark, das im wesentlichen auf den heutigen Preisverhältnissen beruht, und Leistungen aus den gesellschaftlichen Fonds auf etwa gleicher Höhe erlauben, das Prinzip der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Güter nach der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit in immer weiteren Bereichen durch das Prinzip »Jedem nach seinen Bedürfnissen« zu ersetzen.

Es liegt dem Verfasser fern, sich auf eine bestimmte Summe festzulegen; zumal die Auffassungen der Menschen über das, was ihrer vollen materiellen und kulturellen Bedürfnisbefriedigung dient, sich weiter entwickeln. Doch die Vervierfachung des heutigen Familieneinkommens und des gesellschaftlichen Fonds, die unter sozialistischen Bedingungen in dem errechneten Zeitraum möglich wird, schafft nicht nur die materiellen Voraussetzungen dafür, die

sozialistische Gesellschaft voll zu entfalten, sondern auch kommunistische Verteilungsverhältnisse fortschreitend zu realisieren. Jeder grundlegende Fortschritt bei der Lösung unserer ökonomischen Hauptaufgabe ist ein wichtiger Bestandteil dieses historischen Vorgangs.

Zunächst würden allmählich die einfacheren Lebensbedürfnisse, wie z. B. Verkehrsleistungen – für die die staatlichen Zuschüsse heute schon weit höher liegen als die Einnahmen – oder der Bedarf an Kartoffeln, Brot, Gemüse sowie an Betriebsessen, unentgeltlich befriedigt werden. Mit der weiteren Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums erstreckt sich die kostenlose Befriedigung der Bedürfnisse auf immer neue Bereiche. Das Geld verliert auf diesen Gebieten allmählich seine Funktion. Es behält nur noch dort Bedeutung, wo noch nicht jeder nach seinen Bedürfnissen aus dem gesellschaftlichen Reichtum schöpfen kann, bis es schließlich in der vollentfalteten kommunistischen Gesellschaft ganz verschwindet.

Das heißt natürlich nicht, daß die Befriedigung der Bedürfnisse auf der Grundlage eines einheitlichen Schemas erfolgt und alle zu gleichen Teilen versorgt werden, sondern daß jeder nach seinen Bedürfnissen aus dem geschaffenen Reichtum schöpfen kann. Die physischen, geistigen und persönlichen Neigungen der Menschen sind unterschiedlich, und die Befriedigung der Bedürfnisse wird so unterschiedlich sein, wie es verschiedene Menschen gibt.

Auf der Grundlage eines erarbeiteten Familieneinkommens von durchschnittlich 5 000 Mark monatlich und der errechneten gesellschaftlichen Fonds von rund 5 500 Mark monatlich für eine Familie ließe sich das kommunistische Verteilungsprinzip sicher schon weitgehend verwirklichen.

In welchen konkreten Formen sich dieser Übergang vollzieht, ist heute noch nicht vorauszusehen, aber die Lohn- und Gehaltszahlung als Anspruch auf materielle und kulturelle Werte wird mit der fortschreitenden kostenlosen Befriedigung aller vernünftigen Bedürfnisse der Bürger allmählich überflüssig.

Bis zum Ende des ersten Viertels des 21. Jahrhunderts etwa könnte sich also, von den materiellen Bedingungen her, die kommunistische Gesellschaft – ihre Entwicklung wird nie abgeschlossen sein – in den heute fortgeschrittenen sozialistischen Ländern mehr oder minder ausbilden, wobei die unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen sozialistischen Ländern zu berücksichtigen sind. Sie beeinflussen naturgemäß den Zeitpunkt des Eintritts in die kommunistische Phase. Jedoch wird, wie schon zuvor geschehen, auch in den nächsten Jahrzehnten eine fortschreitende Annäherung im ökonomischen Entwicklungsniveau zwischen den sozialistischen Ländern erfolgen.

Vor dreißig Jahren war der Unterschied zwischen den europäischen RGW-Ländern noch beträchtlich. Er verringerte sich bis

zur Gegenwart hinsichtlich des Nationaleinkommens vom 3,2fachen auf das 1,3- bis 1,2fache. Hinsichtlich der Industrieproduktion ging er vom 5fachen auf das 1,6- bis 1,5fache zurück.[41]

Der relativ kurze historische Zeitraum für die Ausbildung der kommunistischen Gesellschaft wird möglich, weil jede Verdopplung des Realeinkommens im Verhältnis zu früher ein größeres Gewicht gewinnt. Ein Prozent des Nationaleinkommens betrug im Jahre 1960 in der DDR 720 Millionen, 1980 aber schon fast 2 Milliarden. Die Verdopplung des Familieneinkommens, bezogen auf den Zeitraum 1978 bis 2002, würde 1 250 Mark betragen. Die Verdopplung von 2002 bis 2026 bringt aber schon 2 500 Mark, so daß im Zeitraum von 1978 bis 2026 das Familieneinkommen auf 5 000 Mark steigen kann. Infolgedessen kommt ein fast märchenhaft anmutendes Anwachsen des realen Einkommens der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte zustande.

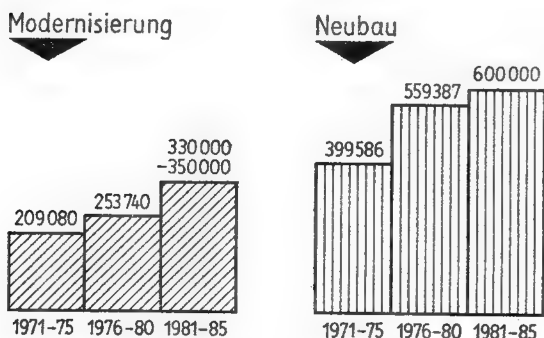
In der DDR z. B. können es die heute Zehn- bis Zwanzigjährigen erleben, wenn sie die unter ungeheuren Opfern durch die älteren Generationen erkämpfte politische Herrschaft der Arbeiter und Bauern und die sozialistischen Eigentumsverhältnisse sichern und entwickeln, die Produktivkräfte voll entfalten, die Erfahrungen und Traditionen ihrer Vorkämpfer nutzen und die in der Entfaltung begriffenen Normen der kommunistischen Moral zur vollen Reife ausbilden.

Der Übergang zur kommunistischen Verteilung setzt – das soll noch einmal betont werden – so entwickelte Produktivkräfte und so viele Bedarfsgüter voraus, daß die Verteilung nach den Bedürfnissen möglich wird. Außerdem schließt sie Verschwendung aus und die Erziehung der Menschen zum sinnvollen Verbrauch und die Beachtung der Effektivität und Proportionalität in der Produktion ein. Nur dann kann die Verteilung der geschaffenen Werte nach der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit fortschreitend durch die Verteilung nach den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen abgelöst werden.

Jeder Bürger der älteren wie der jüngeren Generation kann an der weiteren Entwicklung des durchschnittlichen Familieneinkommens sein eigenes Einkommen in etwa ablesen. Ob es über oder unter dem jeweiligen Durchschnittseinkommen liegt, hängt – bis wir in die kommunistische Phase eintreten – von der Qualität seiner eigenen Leistung ab.

Wohnungsbau und Architektur leisten einen wichtigen Beitrag, um das materielle und kulturelle Lebensniveau sowie die Arbeits- und Lebensumwelt der Bevölkerung zu verbessern. Sie sind wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Fortschritts.

»Viel wurde getan, um den Wohnungsbau weiter zu entwickeln und damit das Kernstück unseres sozialpolitischen Programms zu verwirklichen. Allein in diesem Jahr (1982, E. H.) werden mehr als 180 000 Wohnungen neugebaut oder modernisiert, was das Er-



Quelle: Neues Deutschland, 22. 4. 1981

gebnis von 1970 um mehr als das Eineinhalbfache übertrifft. Insgesamt entstanden seit 1971 rund 1,2 Millionen Wohnungen neu, und fast 600 000 wurden modernisiert. Das bedeutet bessere Wohnverhältnisse für 5,4 Millionen Bürger – für etwa ein Drittel der Bevölkerung der DDR. Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien und junge Eheleute haben daran besonderen Anteil. Wie aus der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung vom Ende des vergangenen Jahres hervorgeht, entfallen in unserer Republik auf 1 000 Einwohner 392 Wohnungen. Anfang 1971 waren es 355. Mit dem heutigen Versorgungsgrad nimmt die DDR im internationalen Maßstab einen vorderen Platz ein.«[42]

Im Fünfjahrplan von 1981 bis 1985 erhöht sich die Anzahl der Neubau- und modernisierten Wohnungen auf 930 000 bis 950 000, wobei die Vielfalt der Bautypen weiter wächst.

»Schöne Städte von einmaligem Reiz mit gut gestalteten gesellschaftlichen Bereichen, Wohngebieten und Arbeitsstätten, in denen sich die Menschen wohl fühlen, das ist und bleibt das Ziel sozialistischen Städtebaus.«[43]

Ist das eine Utopie?

Nein! In den nächsten Jahrzehnten wird sich unser Nationaleinkommen erneut verdoppeln, verdrei- und vervierfachen. Wir hätten dann die Mittel, auch den Kostenaufwand pro Quadratmeter umbauten Raumes zunächst zu verdoppeln und schließlich zu vervierfachen. So könnten moderne kommunistische Städte entstehen, die unvergleichlich schöner und zweckmäßiger als die vorhandenen sind.

Welche Zeiträume benötigen wir für den Neubau und die vollständige Erneuerung und Modernisierung der Städte und Dörfer sowie für die Erhaltung alter Bauwerke von künstlerischem Wert?

Im Jahre 1980 wurden rund 120 000 Wohnungen neu gebaut und 49 000 modernisiert. Lassen wir die Modernisierungen weiter-

laufen, die Werterhaltung muß wahrscheinlich noch beschleunigt werden, und legen wir den Neubau von jährlich »nur« 120 000 Wohnungen nach 1990 zugrunde, d. h., nachdem wir das Wohnungsproblem als soziales Problem gelöst haben, dann könnten in vierzig Jahren weitere 4,8 Millionen Wohnungen für etwa 14 Millionen Menschen entstehen. Da 1990 weit mehr als 3 Millionen Wohnungen, die modernen Lebensansprüchen genügen, vorhanden sind, wird – auch bei entsprechendem Bevölkerungszuwachs – gegen Ende des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts für alle Bürger eine Wohnkultur möglich, die für uns heute kaum vorstellbar ist.

Dabei würde die Lösung so großartiger Aufgaben wie die vollständige Erneuerung und Umgestaltung unserer Städte und Dörfer zu keiner größeren ökonomischen Belastung führen als unsere Bautätigkeit in der Gegenwart, weil das Bautempo des Jahres 1980 zugrunde gelegt wurde und der höhere Arbeitsaufwand für den umbauten Raum durch das wachsende Nationaleinkommen aufgefangen wird.

Diese großartige, ja atemberaubende Perspektive mag dem oberflächlichen Betrachter zu optimistisch oder sogar unrealistisch erscheinen. Insbesondere bürgerliche Kritiker des Sozialismus meinen, das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums müsse sich in den sozialistischen Staaten künftig wesentlich verringern.

Der Kern der Frage ist, ob sich das Nationaleinkommen in den sozialistischen Ländern über weitere Jahrzehnte – von den inneren Möglichkeiten her, auf die äußeren Bedingungen wird später eingegangen – um etwa 5 Prozent im Jahresdurchschnitt, das Familieneinkommen um etwa 3 Prozent und der gesellschaftliche Fonds um zirka 4 Prozent erhöhen können.

Der Schlüssel dazu ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Bei einer durchschnittlichen Zuwachsrate im Jahr von etwa 5 Prozent in der Arbeitsproduktivität sind die Zuwachsraten im Nationaleinkommen und Realeinkommen durchaus möglich.

Trotz großer Probleme, über deren Ursache schon gesprochen wurde, wuchs 1981 gegenüber 1980 in der DDR die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 5,4 Prozent, das Nationaleinkommen um 5 Prozent und die Nettogeldeinnahmen um 3,3 Prozent.

1982 erhöhte sich das Nationaleinkommen um 3 Prozent und erreichte 200 Milliarden Mark, die industrielle Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien wuchs um 4,3 Prozent bei gleichzeitiger Senkung des spezifischen Materialverbrauchs um 6 Prozent. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung stieg um 3,3 Prozent. Es gibt kein entwickeltes kapitalistisches Land, das in dieser Zeit solche Wachstumsraten vorzuweisen hätte.

Für die Zukunftsaussichten ist besonders wichtig, daß wir nicht am Ende, sondern erst am Anfang der wissenschaftlich-technischen Revolution stehen. Der jahrhundertealte Traum der Menschen vom materiellen Überfluß läßt sich mit Hilfe der wissenschaftlich-

Ministerium für	Geplanter Produktionsanstieg 1983 in Prozent
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	2,6
Leichtindustrie	3,1
Chemische Industrie	3,3
Kohle und Energie	3,7
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	3,7
Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	5,1
Glas- und Keramikindustrie	5,2
Schwermaschinen- und Anlagenbau	5,2
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	8,4
Elektrotechnik und Elektronik	8,5

Quelle: Neues Deutschland, 4. 1. 1983

technischen Revolution realisieren. Es handelt sich nicht einfach um einen Übergang zu einer anderen Produktionstechnologie, sondern es geht von der maschinell-mechanischen zur kybernetischen Technik. Vor unseren Augen vollziehen sich phantastische Vorgänge, und unter den Bedingungen der sich voll entfaltenden sozialistischen Gesellschaft erschließen sich bisher ungeahnte Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte. Die kommunistische Gesellschaft wird sich auf hochgradig elektrifizierte, automatisierte Produktionskomplexe und auf ein im volkswirtschaftlichen Maßstab automatisiertes Leitungssystem stützen können.

Es wird sogar in absehbarer Zeit möglich sein, Automaten zu produzieren, die nicht nur physische oder geistig-schematische, sondern auch schöpferische Tätigkeit verrichten werden. Das hat zu einer neuen Wissenschaftsdisziplin geführt, die sich mit der künstlichen Intelligenz befaßt. Unter künstlicher Intelligenz wird die Fähigkeit verstanden, »... beliebige Texte in einer natürlichen Sprache zu verstehen und zu erzeugen, ... Gesetze der Umwelt zu erkennen, ... Entscheidungen zu fällen.«[44]

»Ein System kann als intelligent bezeichnet werden, wenn die Qualität der gefällten Entscheidungen nicht schlechter als beim Menschen ist.«[45]

Zur Zeit befindet sich die Schaffung von Systemen der künstlichen Intelligenz in der Anfangsphase. Es können erst »partielle Gehirnmaschinen« gebaut werden, »... die, mehr oder minder erfolgreich, einzelne Formen der geistigen Tätigkeit, einzelne Denkoperationen ausführen«.[46]

»Ähnlich wie der heutige Mensch bereits im Zusammenwirken mit einem Computer Rechenoperationen ausführt, wird der Mensch der Zukunft die Entwicklung neuer Ideen, das Erkennen, Stellen und Lösen von Problemen, die Entfaltung seiner Phantasie und ähnliche schöpferische Denkprozesse in Zusammenarbeit mit dem Automaten durchführen. Auf diese Weise wird er sein schöpferisches Potential fast unermeßlich steigern können.«[47]

Die »Kreativitätsautomaten« verfügen über die Fähigkeit, bestimmte logische Operationen schneller, genauer und umfassender durchzuführen als der Mensch. Das frühere Maschinensystem hat den Menschen in wachsendem Maße von der schweren physischen Arbeit befreit und ihn für geistige Arbeit freigesetzt. Der Computer nimmt dem Menschen nicht nur die schwere physische Arbeit, sondern auch die geistige Routinearbeit ab und ermöglicht ihm wirklich schöpferische geistige Tätigkeit.

Gehen wir nun einer Zukunft entgegen, in der die Maschine nicht mehr vom Menschen beherrscht wird, sondern der Automat den Menschen beherrscht, wie uns bürgerliche Zukunftsforscher einreden wollen?

Diese Furcht ist unbegründet. Immer stellt der Mensch mit Hilfe seines Programms nicht nur dem Automaten die Aufgabe, sondern er kontrolliert ihn auch zugleich. Der Automat wird den Menschen in seinem Tätigkeitsbereich nicht einschränken, sondern ihm Voraussetzungen für höhere Formen des Schöpfertums schaffen. Die Richtung, in der die künstliche Intelligenz eingesetzt und vervollkommnet wird, wird durch den Menschen und die gesellschaftlichen Anforderungen festgelegt.[48]

Das schöpferische menschliche Denken schließt ferner das Wissen und die Erfahrungen vorangegangener Generationen, die Gesamtheit der Bewußtseinsprozesse, Emotionen und Bedürfnisse ein. Der »Kreativitätsautomat« vermag nur bestimmte Seiten des schöpferischen Denkens, isolierte Probleme, zu lösen. Schöpferisches Denken wie beim Menschen, das die Gesamtheit der Bewußtseinsprozesse einschließt, ist beim Computer nicht möglich.

Einen neuen, qualitativen Sprung in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird die technische Nutzung biologischer Prinzipien bewirken. Die Wissenschaft hat einen Weg betreten, auf dem Naturstoffe mit Hilfe der Natur selbst in benötigte Produkte verwandelt werden.

»Die biologischen Methoden der Einwirkungen auf die Natur, ... bergen die Wahrscheinlichkeit von Veränderungen im System ›Mensch – Natur‹ in sich, wie wir sie heute wohl noch gar nicht ahnen können. Schon heute ersetzt nicht selten ›lebende Natur‹ in den Produktionszyklen mit weitaus höherem Nutzeffekt durch Arbeit wiederholt umgestaltete ›träge Natur‹. So sind z. B. Bakterien beim Verwerten vieler Industrieabfälle, beim Schlucken einiger Gase weitaus aktiver als die komplizierte Technik; Pflan-

zen absorbieren seltenste Elemente; Geräte werden viel empfindlicher durch deren Symbiose mit einigen Insektenarten usw. Die rasche Entwicklung der mikrobiologischen Industrie, die sich in der Sowjetunion zu einem selbständigen Zweig formiert hat, spricht für sich. Das technische Denken wendet sich immer häufiger dem Beispiel der Lebewesen zu, übernimmt von ihnen Lösungen einmaliger technischer Aufgaben. – Die Geschichte der Bionik überzeugt vom unübertrefflichen und unerschöpflichen ›Erfindergeist‹ der Natur.«[49]

Besonders aussichtsreich sind biologische Prozesse wie die Photosynthese. Bakterien können z. B. für die Bekämpfung von Schädlingen oder für die Trennung von Buntmetallen aus armen Erzen verwendet werden.

»Das bakterielle Erzbeizen sichert in vielen Fällen eine Selbstkostensenkung bei der Metallgewinnung um das 3- bis 5fache und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um das 3- bis 8fache.«[50]

Die Lösung des Problems der Photosynthese würde nicht nur die Nahrungs- und Rohstoffquellen der Menschheit unermeßlich vergrößern, sie ermöglichte auch – wie wir im ersten Kapitel sahen – den Übergang zur industriemäßigen Nahrungsgüterproduktion auf qualitativ neuer Grundlage. Das hätte sprunghafte Produktivitätssteigerungen und die Freisetzung vieler Arbeitskräfte, die heute in der einen oder anderen Form mit der Herstellung von Lebensmitteln beschäftigt sind, zur Folge.

Die weitere Perspektive ist dadurch charakterisiert, daß die Steigerungen der Arbeitsproduktivität wesentlich größer als früher sein können. Von Fachleuten wird geschätzt, daß beim Übergang zur hochgradig elektrifizierten, automatisierten Produktion und zu einem im volkswirtschaftlichen Maßstab automatisierten Leitungssystem ein mehr als 10faches, sogar bis 100faches Wachstum der Arbeitsproduktivität möglich wird.

In der DDR verachtfachte sich von 1949 bis 1979, also in dreißig Jahren, das Familieneinkommen trotz der Verluste durch die offene Grenze und der Schäden durch den Wirtschaftskrieg.

Wir benötigen aber nur eine Versechsfachung der Arbeitsproduktivität und des Nationaleinkommens, um in den nächsten rund vierzig bis fünfzig Jahren eine Vervierfachung des Realeinkommens zu erreichen und die materiellen Voraussetzungen für die Durchsetzung kommunistischer Verteilungsprinzipien zu schaffen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Eigentumsverhältnisse, die den Produktivkräften freie Entfaltung sichern, sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe garantieren den sozialistischen Ländern, unter der Voraussetzung einer friedlichen Entwicklung, diesen für manche Menschen noch unbegreiflichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg.

Die objektiven Bedingungen sind gegeben:

Jetzt ist der subjektive Faktor, der Mensch, entscheidend. Von ihm, seiner geistigen Beweglichkeit, seinem Verantwortungsbewußtsein, seinem Bestreben, immer neue, unerforschte Wege zu beschreiten, seiner Kühnheit, ja seinem »Mut zum Risiko«, seiner Fähigkeit, alle Möglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erschließen, hängt das Entwicklungstempo entscheidend ab. Nicht zufällig steht die Entwicklung der Masseninitiative als zentrale Frage im Vordergrund.

Die Ergebnisse des ersten und zweiten Jahres im Fünfjahrplan 1981 bis 1985 zeigen, welche bedeutenden Kräfte in unseren Werktätigen schlummern, wenn sie entwickelt werden.

Nur furchtlose Voraussicht in die Zukunft und entschlossene, kühne, praktische Tätigkeit bei der Verwirklichung dieser Zukunft vermögen, alle Kräfte zu entfalten und die Begeisterung zu wekken, mit der sich »Berge versetzen« lassen.

»Die Voraussicht der realen Perspektiven der Zukunft wird heute zu einer notwendigen Voraussetzung für die Lenkung des Fortschritts, ja für die Sicherung der weiteren Existenz der Menschheit.«[51]

Die Unterschätzung der objektiven Möglichkeiten ist nicht nur schädlich, sondern sogar gefährlich, weil sie den Elan der Werktätigen bremst, anstatt ihn zu entwickeln. In unserer Gegenwart und in der Zukunft, in der ein erbitterter Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion stattfindet, hängt von der Mobilisierung der Initiative der Massen alles ab.

Mehrere Varianten des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs in der DDR sind möglich. Gedankenlosigkeit, Nachlässigkeit, mangelnde Initiative, fehlende Kühnheit und Entschlossenheit in der Arbeit senken wesentlich den Zuwachs des Familieneinkommens und der gesellschaftlichen Fonds.

Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Familieneinkommens von 3 Prozent ist – wie wir sahen – von 1978 bis 2002, also in 24 Jahren, eine Steigerung von 1 250 Mark auf etwa 2 500 Mark möglich und von 2002 bis 2024 von 2 500 Mark auf etwa 5 000 Mark. Bei einer Verringerung der Wachstumsrate des Familieneinkommens auf 2,5 Prozent verdoppelt es sich erst in 28 Jahren. Sinken die Wachstumsraten auf 2 Prozent, so verdoppelt es sich erst in 35 Jahren.

Dieses eine Prozent ergibt eine zeitliche Verzögerung der Realisierung kommunistischer Verteilungsprinzipien von etwa 22 Jahren.

Verringert sich die Zuwachsrate auf 1 Prozent, so verdoppelt sich das Familieneinkommen erst in 70 Jahren.

Erreichen wir das Entwicklungstempo der Jahre von 1960 bis 1978, so verdoppelt sich das Familieneinkommen in 18 Jahren. Dann könnten sich schon wesentliche Züge der kommunistischen Verteilungsprinzipien bis etwa 2018 ausprägen.

Innerhalb dieser Varianten möglicher Entwicklung kann es natürlich zu einem zeitweiligen Rückgang in den Wachstumsraten des Familieneinkommens und der gesellschaftlichen Fonds oder sogar zu einer vorübergehenden Beibehaltung des Erreichten kommen. Der schnelle und beständige wirtschaftliche Aufschwung erfordert auch zuweilen Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau des Errungenen sowie tiefgreifende Strukturveränderungen, um mit verstärkter Kraft weiter vorwärtszuschreiten. Der historische Vormarsch zum Kommunismus geht unaufhaltsam weiter.

Wann ist der Kapitalismus endgültig überwunden?

Viele Jahrzehnte sind vergangen, seit Marx und Engels die Gesetzmäßigkeit des Untergangs des Kapitalismus bewiesen. Der historische Prozeß bestätigte ihre wissenschaftliche Voraussage.

Bis zum Jahre 1962 waren vierzehn sozialistische Länder entstanden: die UdSSR, die Mongolische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, die Sozialistische Republik Albanien, die Volksrepublik China, die Koreanische Demokratische Volksrepublik, die Sozialistische Republik Vietnam und die Republik Kuba.

Bis zum Jahre 1982 brachen weitere Länder aus dem imperialistischen Machtbereich aus. In neun Ländern entstanden revolutionär-demokratische Parteien oder Bewegungen, die – gestützt auf den Volkswillen – die politische Macht ausüben. Sie erklärten den wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage ihrer Politik. Ihre Zielsetzung ist, die materiell-technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen für den Übergang und zum Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Zu diesen Ländern gehört die Volksrepublik Kongo. »Die bewußtesten Kräfte unserer Revolution (schufen, E. H.) im Dezember 1969 die kongolesische Partei. Sie proklamierten die Volksrepublik... Diese zur Vertiefung des revolutionären Prozesses im Kongo geschaffene Partei faßte dann den Beschluß, den Kampf auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus weiterzuführen... Die Kongolesische Partei der Arbeit (wurde, E. H.) mit dem Ziel geschaffen, im Kongo eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.«[52]

Im Jahre 1976 wurde die Sozialistische Republik Vietnam proklamiert. Nun wird nicht mehr nur in einem Teil, sondern im ganzen Land der Sozialismus aufgebaut. Nach der Vereinigung Nord- und Südvietnams wurden im Norden die sozialistischen Eigentumsverhältnisse weiter gestärkt, und im Süden des Landes hat die sozialistische Umgestaltung erste Ergebnisse gebracht.

Auch in Laos entstand 1975 eine Volksdemokratische Republik, ihrem Charakter nach eine Diktatur des Proletariats. Nach dem Abschluß der national-demokratischen Umgestaltungen begann die Etappe, deren Inhalt der Übergang zum Sozialismus sein wird.[53]

Im Juni 1975 wurde in Moçambique ein Arbeiter-und-Bauern-Staat gegründet. Seine Staatsmacht ist ihrem Klassencharakter nach eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, die Keimform eines sozialistischen Staates. Die Volksrepublik Moçambique geht von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus aus.[54]

Im November 1975 beendeten die angolanischen Patrioten durch ihren Befreiungskampf eine fünfhundertjährige Kolonialherrschaft. Auch in der Volksrepublik Angola entstand ein volksdemokratischer Staat der Arbeiter und werktätigen Bauern, der sich auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus stützt und der den Aufbau des Sozialismus zum Ziel hat.[55]

In der Republik Guinea-Bissau und in der Republik der Kapverden haben sich die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung ebenfalls die Aufgabe gestellt, eine Gesellschaft aufzubauen, die frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist.[56]

Im September 1974 wurde das Oberhaupt des feudal-bürgerlichen Regimes in Äthiopien gestürzt. Die äthiopische Revolution ist von historischer Bedeutung. Es entstand in Ostafrika ein revolutionärer Staat antifeudalen und antiimperialistischen Charakters. Im Verlaufe der Entwicklung setzte sich in der neuen Staatsführung immer mehr die Grundidee des Marxismus-Leninismus durch, und der Sozialismus wurde zum Leitprinzip der Revolution erklärt.[57]

Im April 1978 stürzte eine Massenerhebung patriotischer Kräfte des Militärs und der Bevölkerung das Daud-Regime in Afghanistan. Es entstand eine volksdemokratische Ordnung, die die Interessen der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen verteidigt. Die Revolution befreite das Volk vom Feudaljoch und schuf die Voraussetzungen für den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, die frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. »In der Demokratischen Republik Afghanistan, in der sich die politische Macht in den Händen der Partei der Arbeiterklasse, der Demokratischen Volkspartei Afghanistan, befindet, wurden die Voraussetzungen für einen sozialistischen Entwicklungsweg geschaffen, dessen Ziel der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist.«[58]

Nach zehnjährigem bewaffnetem Volkskampf errang das damalige Südjemen 1967 seine Unabhängigkeit. Nach 129jähriger Herrschaft über Aden wurde der britische Imperialismus zum Abzug gezwungen. Im Juni 1969 übernahmen linke revolutionär-demokratische Kräfte die Macht. Im März 1972 beschloß der 5. Kongreß der führenden politischen Organisation der VDR Jemen die Wei-

terführung der national-demokratischen Revolution mit der Perspektive des Übergangs zur sozialistischen Revolution. Im Oktober 1978 formierte sich in Aden die Jemenitische Sozialistische Partei. Ihre Grundlage war die Vereinigte Politische Organisation Nationale Front (UNFRO). Diese revolutionäre Organisation der Befreiungsbewegung war zunächst ein Sammelsurium kleinbürgerlicher Ideen rechter wie auch linksradikaler Prägung. Sie entwikkelte sich zur jemenitischen Partei der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen, die sich auf die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus stützt.[59]

Im Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei heißt es: »Der Kurs unserer Partei ist auf die Vollendung der national-demokratischen Revolution und auf die Verwirklichung der künftigen Ziele gerichtet, d. h. auf die Schaffung der materiell-technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen, die für den Übergang zur nächsten Etappe – der Etappe des Aufbaus des Sozialismus – notwendig sind.«[60]

Im Jahre 1979 stürzte das Volk Kampucheas das Pol-Pot-Regime. Das kampucheanische Volk, das ein besonders schweres Erbe antreten mußte, hatte große historische Erfolge. Die Volksrepublik Kampuchea trat in die Phase des Aufbaus des Sozialismus ein.[61]

Diese Länder sind ein wichtiger Teil des Weltsozialismus.[62] An ihrer Spitze stehen in der Regel Parteien, die den Marxismus-Leninismus zur Grundlage ihrer Politik erklärten. Selbstverständlich darf man nicht außer acht lassen, daß diese 23 Staaten ein sehr unterschiedliches ökonomisches und politisches Niveau haben.

Die Sowjetunion befindet sich – wie wir sahen – gegenwärtig in der Phase der Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die europäischen sozialistischen Staaten sind in der Phase des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In anderen Staaten werden die Grundlagen des Sozialismus errichtet, in weiteren Ländern die national-demokratischen Revolutionen zu Ende geführt und die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus geschaffen.

Außerdem entstanden elf Länder mit sozialistischer Orientierung. An ihrer Spitze stehen nicht marxistisch-leninistische, sondern revolutionär-demokratische Kräfte und Parteien. In diesen Staaten befindet sich die politische Macht nicht mehr in den Händen von Feudalen oder der Bourgeoisie. Die Macht wird aber auch noch nicht von der Arbeiterklasse ausgeübt. Die revolutionären Führungskader sind noch keine wissenschaftlichen Sozialisten. Sie lehnen aber den Kapitalismus ab und führen mehr oder minder konsequent grundlegende politische und sozial-ökonomische Umgestaltungen durch, die den Übergang zum Sozialismus erleichtern; wobei sich die antiimperialistisch-demokratischen Führungskader zu Marxisten-Leninisten entwickeln können oder aufgrund

des Volkswillens Marxisten-Leninisten an die Macht kommen und so die politischen Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus heranreifen.

Welche Länder haben den Weg sozialistischer Orientierung eingeschlagen?

In Burma ergriffen im Jahre 1962 national-demokratische Offiziere die Macht und beschritten den sozialistisch orientierten Weg.

In Tansania vollzog sich im Jahre 1967 der Übergang zur sozialistischen Orientierung.[63]

Im Jahre 1960 wurde Madagaskar unabhängig. 1972 stürzte eine Volksbewegung die reaktionäre Regierung, die mit dem ausländischen Imperialismus zusammenarbeitete. Das Volk wählte in freier Selbstbestimmung den Weg sozialistischer Orientierung.

Seit der Machtübernahme durch patriotische Offiziere im Oktober 1972 befindet sich Benin, das ehemalige Dahome, auf einem Weg, der auf eine sozialistische Entwicklung abzielt. Der erste ordentliche Parteitag der PRPB im November 1979 bestätigte den Weg einer sozialistischen Entwicklung des Landes.[64]

In Algerien wurde durch Volksentscheid im Jahre 1976 die sozialistische Orientierung beschlossen, um die Voraussetzungen für einen späteren Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen.[65]

Infolge der seit 1969 vollzogenen national-revolutionären Veränderungen konnte im März 1977 in Libyen die sozialistische Orientierung verkündet werden.[66]

Albert Muganga, Mitglied des ZK der Partei der Einheit und des Nationalen Fortschritts in Burundi, erklärte auf dem X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei: Die Partei UPRONA orientiert und kontrolliert die gesamte Tätigkeit des Staates. »Auf ihrem Nationalkongreß, der im Dezember 1979 stattfand, haben die Kämpfer selbst den Weg bestimmt, auf dem das Land geführt werden soll . . . Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; Souveränität über die nationalen Reserven . . .«[67]

In Grenada wurde 1974 die Kolonialherrschaft beendet und 1979 die Diktatur von Eric Gairy gestürzt. Nach dem Sieg der Volksrevolution haben sich grundlegende Veränderungen vollzogen. Der Ministerpräsident Grenadas, Maurice Bishop, hat sie folgendermaßen charakterisiert: »Unsere Partei und Regierung beziehen antiimperialistische Positionen. Unserer Ansicht nach befindet sich Grenada derzeit in der Etappe der antiimperialistischen, national-demokratischen Entwicklung, auf dem Wege der sozialistischen Orientierung.«[68]

Mit ihrer Gründung im Jahre 1974 entschied sich die Staatspartei Guineas für den Weg der sozialistischen Orientierung. »Die konkrete Analyse dieser Situation ermöglichte es, . . . die Konzeption des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges theoretisch und

politisch wirksam auszuarbeiten, ... um die Realität von morgen, die Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus, zu erreichen.«[69]

Auch Simbabwe beschritt nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit den Weg sozialistischer Orientierung. »Trotz der Versuche des Imperialismus, eine Situation zu schaffen, in der wir unsere menschlichen und natürlichen Ressourcen der Wirtschaft entziehen müssen, unternehmen wir große Anstrengungen, um ein sozialistisches System in unserem Lande zu errichten.«[70]

Der Vertreter Sambias erklärte: Unsere Teilnahme an der Konferenz erfolgt zu einem Zeitpunkt, »... da wir in Sambia ernsthaft auf der Grundlage der wissenschaftlichen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung den Sozialismus aufbauen«.[71]

Welcher Zeitraum für die Entwicklungsländer, die den Weg sozialistischer Entwicklung beschritten haben, notwendig ist, um die fortgeschrittenen sozialistischen Länder einzuholen, soll im nächsten Abschnitt beantwortet werden.

Nach einer kurzen Zusammenfassung, die das bisherige, tatsächliche Ausmaß des fortschreitenden Verfallsprozesses des kapitalistischen Gesellschaftssystems zeigt, erhebt sich zwangsläufig die Frage, wann der Kapitalismus endgültig überwunden ist.

Der Verfasser, der hier seine persönliche Meinung vertritt, will versuchen, zu konkreteren Schlußfolgerungen zu gelangen. Natürlich ist keine Zeitbestimmung auf Jahr und Tag möglich, denn es handelt sich um einen historischen Prozeß.

»... die wichtigsten objektiven Prozesse, die den Lauf der Geschichte, den Charakter und die Richtung der internationalen Entwicklung bestimmten, ... (werden, E. H.) auch künftig weiterwirken.«[72]

Jedoch weisen die nächsten Jahrzehnte neue Wesenszüge auf. Der wichtigste Wesenszug ist, daß sich die ökonomischen und politischen Widersprüche, die in der Vergangenheit in den kapitalistischen Ländern wirkten, so zuspitzen, daß ihre Lösung unvermeidlich wird.

Betrachten wir die Hauptfaktoren, die diesen Ablauf entscheidend bestimmen.

Wie wird sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung, in den nächsten Jahrzehnten entwickeln?

Die nach dem zweiten Weltkrieg einsetzende wissenschaftlich-technische Revolution beeinflußt den Entwicklungsprozeß der menschlichen Gesellschaft außerordentlich. Durch die schnelle Erhöhung der Arbeitsproduktivität verschärft sich nicht nur der Grundwiderspruch auf höherer Ebene, er nimmt auch globale Ausmaße an.

Mikroelektronik und andere Technologien führen zu umwälzen-

den Veränderungen im Arbeitsprozeß und zu einer bisher unbekannten Einsparung von Arbeitskräften in vielen Bereichen der Volkswirtschaft. So wird z. B. in den Druckereien der BRD durch den Übergang vom Bleisatz zur Anwendung computergesteuerter Fotosatzmaschinen jeder sechste Beschäftigte freigesetzt. Innerhalb von rund fünf Jahren können in dieser Branche etwa 10 000 Beschäftigte entlassen werden.

Bis 1990 sollen in der Automobilindustrie der USA durch den Einsatz von Industrierobotern im Montagebereich der Arbeitsaufwand und damit die Anzahl der eingesetzten Arbeitskräfte um 50 bis 75 Prozent verringert werden.

Ein anderes Beispiel: die BRD-Uhrenindustrie. Die Herstellung elektronischer Uhren führte von 1970 bis 1977 zum Abbau von rund 14 000 Beschäftigten. Für die Produktion dieser Uhren mit wesentlich weniger Einzelteilen sind bis zu 50 Prozent weniger Arbeitskräfte erforderlich. Diese Auswirkungen sind z. B. auch in der Elektroindustrie und in der Stahlindustrie zu verzeichnen. Im Eisenbahntransportwesen verringerte sich durch Einführung der Computer die Anzahl der Beschäftigten um 32 Prozent.

Ähnliche Entwicklungen vollziehen sich in Verwaltungen, Banken und Versicherungen. In den Büros findet eine einschneidende Veränderung der traditionellen Technologie der geistigen Arbeit statt.

Auch computerunterstütztes Zeichnen und Konstruieren kommt schon zur Anwendung. Schätzungen nach könnten 90 Prozent aller technischen Zeichnungen von Mikrocomputern angefertigt werden.[73]

Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, die aus kybernetisierten Zweigen entlassen wird, kann zunächst von Bereichen mit geringerem Automatisierungsgrad, wie z. B. dem Dienstleistungsbereich, aufgenommen werden. Aber auch hier dringen die Elektronenrechner ein. Es gibt kaum einen Bereich, in dem sie nicht wirksam werden können. Untersuchungen in der BRD haben ergeben, daß es für Mikroprozessoren und Computer etwa 25 000 Einsatzmöglichkeiten gibt.[74]

In den nächsten zehn Jahren werden – Schätzungen zufolge – in der BRD durch ihren Einsatz 1,2 Millionen Arbeitsplätze in den Büros und mindestens 500 000 Arbeitsplätze in den Produktionsbetrieben »überflüssig«.[75]

In einer Studie des Forschungsministeriums der BRD wird festgestellt, daß schon in den nächsten fünfzehn Jahren rund die Hälfte der Erwerbstätigen in der BRD von den Auswirkungen der Elektronik betroffen sein wird.[76]

Weitere Schätzungen besagen, daß bei maximaler Automatisierung 80 Prozent der Buchhalter, Stenotypistinnen und sonstige Büroangestellte sowie über 90 Prozent der Arbeiter freigesetzt werden.

Nicht von ungefähr wird in der Öffentlichkeit kapitalistischer Länder der Begriff des Mikroprozessors durch den des »Arbeitsplatzkillers« ersetzt.

Den durch die wissenschaftlich-technische Revolution möglichen Freisetzungseffekt von Arbeitskräften gibt es nicht nur in den kapitalistischen, sondern auch in den sozialistischen Ländern. Allerdings sind die Auswirkungen dieses Prozesses in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen sehr unterschiedlich. Obgleich in der DDR von 1970 bis 1980 die industrielle Arbeitsproduktivität um 68 Prozent gestiegen ist, gibt es kein Arbeitslosenproblem, sondern einen großen Bedarf an Arbeitskräften.

Das Stuttgarter Institut für Produktionstechnik und Automatisierung hat errechnet, daß bei Beschäftigung von drei Arbeitern im Zweischichtbetrieb jährlich Kosten in Höhe von 211 000 DM entstehen. Bei einem für die gleiche Arbeit eingesetzten Industrieroboter liegen die Kosten jährlich nur bei 107 000 DM. Zugleich ist seine Leistung höher, er ist um das 2,23fache wirtschaftlicher als die eingesetzte menschliche Arbeitskraft.[77] Die Folge sind Entlassungen.

In den sozialistischen Ländern werden die freigesetzten Arbeitskräfte im gesamtgesellschaftlichen Interesse in jene Zweige und Bereiche der Wirtschaft, die der Entwicklung der materiellen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft entsprechen, umgeleitet.

Die wissenschaftlich-technische Revolution muß im Kapitalismus keineswegs Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit und Einschränkung der persönlichen Möglichkeiten hervorbringen. Ist die Produktionszunahme größer als die Steigerung der Arbeitsproduktivität, so kann sich die Produktion ungehemmt entwickeln.

Da das Produktionswachstum viele Jahre nach dem zweiten Weltkrieg auch in den kapitalistischen Ländern im allgemeinen über 6 Prozent lag, konnte sogar ein zeitweiliger Rückgang der Arbeitslosigkeit eintreten und die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen. Die neugeschaffenen Arbeitsplätze nahmen die freigesetzten Arbeiter auf.

Doch der Kapitalismus kann keinen so raschen Aufstieg der Gesamtproduktion dauerhaft garantieren und die Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Der schnelle wissenschaftlich-technische Fortschritt und die dadurch ermöglichte Ausweitung der Produktion müßten auch von einem entsprechenden Wachstum der Kaufkraft der Werktätigen begleitet sein.

Die Kapitalisten halten, wie wir sahen, die Arbeitslöhne im Interesse des Profits so niedrig wie möglich. Dadurch werden der Entwicklung der Kaufkraft und Konsumtionsfähigkeit der Volksmassen enge Schranken gesetzt. Andererseits ermöglicht die moderne Technik eine unbegrenzte Ausdehnung der Produktion, die jedoch auf die begrenzte Kaufkraft der Werktätigen stößt. Das Ergebnis sind Überproduktionskrisen, überflüssige Arbeitskräfte.

Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklungstendenz der Arbeitsproduktivität ist eine jährliche Erhöhung des Bruttosozialprodukts um etwa 4 Prozent erforderlich, um eine Zunahme der Erwerbslosigkeit zu verhindern. Bei dem gegenwärtigen und zukünftigen Produktionszuwachs in den kapitalistischen Ländern wächst zwangsläufig die Arbeitslosigkeit.

Zwar könnte durch verstärkte Rüstungsproduktion oder durch den Einsatz der Erwerbslosen für Arbeiten im öffentlichen Dienst zeitweise die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Die Nazis brachten durch solche Maßnahmen bekanntlich einen Teil der Erwerbslosen von der Straße. Zwar vermag die Vergeudung eines wachsenden Teils des Nationaleinkommens für unproduktive Rüstungszwecke Menschen zu beschäftigen, sie kann aber keine Werte zur Befriedigung notwendiger menschlicher Bedürfnisse schaffen. Ob Millionen Erwerbslose oder ihre Einbeziehung in die unproduktive Rüstungsproduktion, das Ergebnis ist das gleiche, nämlich die Verringerung des Lebensstandards.

Fassen wir zusammen: Alles deutet darauf hin, daß sich der Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution in den nächsten Jahrzehnten nicht verlangsamen, sondern noch mehr beschleunigen wird. Die ökonomischen Wachstumsraten in der kapitalistischen Wirtschaft werden voraussichtlich wesentlich niedriger sein als in den fünfziger und sechziger Jahren. Der Freisetzungsprozeß der Werktätigen wird folglich in den nächsten Jahrzehnten nicht nur weitergehen, sondern sich verstärken, weil eine Zunahme der Produktion auf die begrenzte Entwicklung des Marktes stößt und eine wesentliche Verringerung der Arbeitszeit den Interessen der Kapitalisten widerspricht.

In einer Zeit, in der der wissenschaftlich-technische Fortschritt ungeahnte Möglichkeiten bietet, ein Leben in Glück und Wohlstand zu sichern, in einer Zeit, in der die Entfaltung der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern erlaubt, die entwickelte sozialistische Gesellschaft voll zu entfalten und damit den allmählichen Übergang zum Kommunismus schrittweise zur Realität werden zu lassen, zerstört die kapitalistische Anwendung der Produktivkräfte die Existenzgrundlagen der Werktätigen. Die soziale Not und die Unsicherheit der Volksmassen nehmen zu. Das rasche Wachstum der Produktivkräfte und der hohe Stand der Wissenschaft und Technik in einigen entwickelten kapitalistischen Ländern führen nicht zum Abbau, sondern zur Verschärfung der diesem System innewohnenden Widersprüche.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern hat der Kampf der Arbeiterklasse beträchtliche Ausmaße angenommen. Jedoch kam es in diesen Ländern nicht zur sozialistischen Revolution.

Wo liegen die Ursachen?

In den kapitalistischen Ländern verbesserte sich die Lage der Werktätigen im Zeitraum von 1950 bis 1970 trotz ökonomischer

Rückschläge beträchtlich. Neue, bisher unbekannte Verbrauchsgüter kamen auf den Markt, die auch ein großer Teil der Werktätigen erwerben konnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigte sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern in den fünfziger und sechziger Jahren gegenüber der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Es gab einen länger andauernden Aufschwung – besonders in der BRD, in Frankreich, Italien und Japan. Die Verheißungen des »Wohlfahrtsstaates« und einer kommenden »Überflußgesellschaft« erzeugten bei vielen Werktätigen Illusionen.

Es gibt Diskussionen über die Frage, ob im Verlaufe der nächsten zehn bis zwanzig Jahre in einem oder mehreren der entwickelten kapitalistischen Länder mit grundlegenden revolutionären Veränderungen zu rechnen ist. Solche Veränderungen würden, wie schon gesagt, die Entwicklung in den sozialistischen Ländern erleichtern und beschleunigen.

Daß sich die sozialistischen Länder bei der Lösung ihrer Aufgaben nicht auf den Sieg der Revolution in imperialistischen Hauptländern verlassen können, ist zweifellos richtig. Es geht nicht darum, auf wünschenswerte Entwicklungen zu orientieren, sondern alle eigenen Kräfte maximal zu mobilisieren.

Daraus darf jedoch keinesfalls der Schluß gezogen werden, daß es unmöglich ist, daß innerhalb des nächsten und übernächsten Jahrzehnts in imperialistischen Hauptländern die Macht der Monopole zunächst geschwächt, zurückgedrängt wird, antimonopolistische Umgestaltungen vollzogen werden, eine antimonopolistische Demokratie errichtet wird und schließlich der revolutionäre Prozeß in den Kampf für den Sozialismus übergehen kann. Die objektiven Voraussetzungen, um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen, sind besonders in den entwickelten Ländern reif und überreif.[78]

Die Propagierung der These, daß innerhalb des nächsten und übernächsten Jahrzehnts in imperialistischen Hauptländern keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen stattfinden werden, hätte folgende Wirkung: In einer Zeit, in der der subjektive Faktor entscheidende Bedeutung gewinnt, würde die sich entwickelnde revolutionäre Energie der Volksmassen gehemmt, die Werktätigen demoralisiert und zu einer Abwarteposition veranlaßt werden.

Worauf beruht die Fehleinschätzung?

Sie beruht auf dem Unverständnis der wichtigen Tatsache, daß die kapitalistische Welt in eine neue Stufe ihres Untergangsprozesses eingetreten ist und sich die Existenzbedingungen der imperialistischen Länder in den siebziger Jahren grundlegend veränderten.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen zwingt das Profitsystem zu einer bedeutenden Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiter-

klasse. Zwar unternimmt der Imperialismus große Anstrengungen, um die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zu mobilisieren, jedoch haben die vielfältigen Krisenprozesse der siebziger Jahre den Imperialismus spürbar geschwächt. »Seine Labilität und seine Anfälligkeit gegenüber Einflüssen des Kampfes der antiimperialistischen Kräfte sind gewachsen und damit die Möglichkeit, ihm neue Niederlagen zu bereiten.«[79]

Für die Bestimmung des Zeitpunktes von Revolutionen darf auch die Feststellung Lenins nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Volksmassen in bestimmten Perioden der historischen Entwicklung in wenigen Wochen und Monaten politische Erfahrungen sammeln können, zu denen sie vorher Jahre und Jahrzehnte benötigten.

Schon heute führen breite Schichten des Volkes einen aktiven antimonopolistischen Kampf. Er gestaltet sich als Kampf für den Schutz der bedrohten Umwelt, für Bildungs- und Hochschulreformen, für soziale und Bürgerrechte der Gastarbeiter, gegen unsoziales Mietrecht, was auch in Wohnungsbesetzungen seinen Ausdruck findet, gegen Sozialabbau, für erweiterte Mitbestimmung.

Angesichts des weltweiten ökonomischen und politischen Drucks auf die Monopolbourgeoisie versucht sie, faschistische Bestrebungen durchzusetzen. Trotzdem wurden die faschistischen Regime in Portugal, Spanien und Griechenland beseitigt. Mit dem Kampf um die Entscheidung in der Hauptfrage – Frieden oder Krieg, Entspannung oder Hochrüstung – ist eine machtvolle Volksbewegung entstanden, die als Katalysator für die Bewußtseinsentwicklung und die anderen antimonopolistischen Forderungen dienen kann. Ein Ausdruck dieser Bestrebungen sind die Wahlsiege der Sozialistischen Parteien in Frankreich und Griechenland; unabhängig davon, wie konsequent die Führungen der Wahlsiegparteien das Vertrauen ihrer Wähler rechtfertigen.

Führende Vertreter der Französischen Kommunistischen Partei schätzen die politische Situation des Landes so ein: »Gleichzeitig verursachten die Krisenprozesse das wachsende Streben der Massen – wenngleich in verschwommenen Formen – nach tiefen Veränderungen in den sozialen Verhältnissen. Diese Stimmungen kamen zum ersten Mal deutlich in den Ereignissen von Mai/Juni 1968 zum Ausdruck. Kurzum, der Kapitalismus in Frankreich hat sich überlebt, und der Sozialismus steht auf der Tagesordnung ..., nicht aber als eine ferne Perspektive.«[80]

»Einige bürgerliche Politiker im Westen versuchen sich und anderen einzureden, der gegenwärtige Aufschwung der Massenbewegung gegen den Krieg sei eine Mode, und Modeerscheinungen seien nie von langer Dauer. In Wirklichkeit spricht jedoch alles dafür, daß wir eine umfassende und vielgestaltige Entwicklung des gesellschaftlichen Massenbewußtseins erleben – eine Entwicklung von solcher Tiefe, daß sie offensichtlich ein bedeutend brei-

teres Spektrum sozialer und ideologischer Fragen zu erfassen vermag. Die Werktätigen erkennen immer klarer den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der militaristischen Politik auf der einen und den ökonomischen und politischen Grundlagen des bürgerlichen Staates auf der anderen Seite.«[81]

Die etappenweise Lösung demokratischer Zwischenaufgaben wird immer mehr zur Grundlage für den Zusammenschluß der demokratischen Volksmehrheit um die Arbeiterklasse werden. Erinnern wir uns: Jede einzelne Etappe löst, für sich genommen, noch keine Aufgaben der sozialistischen Revolution, doch sie entfaltet die revolutionäre Energie des Volkes und schafft die Voraussetzungen zur nächsten Etappe radikaler Umgestaltung.

Die revolutionären Perspektiven in den kapitalistischen Ländern, insbesondere die des entwickelten Kapitalismus, sind nur dann richtig zu verstehen, wenn sie auch in enger Wechselbeziehung mit den anderen Hauptströmungen des revolutionären Weltprozesses eingeschätzt werden.

»Die Länder des entwickelten Kapitalismus nehmen eine besondere Stellung im System des Imperialismus ein. Hier sind gewaltige – ökonomische, politische, finanzielle, wissenschaftlich-technische, militärische, politische, ideologische – Kräfte konzentriert, welche nicht nur die Grundlage der Macht des Kapitals innerhalb der nationalen Grenzen bilden, sondern auch eine wesentliche Rolle bei der Erhaltung des imperialistischen Weltsystems im ganzen spielen.«[82]

Trotz grundlegender Schwächung des imperialistischen Weltsystems haben die entwickelten kapitalistischen Länder noch bedeutende Ausbeutungsmöglichkeiten in den früheren Kolonien. Die Ausplünderung der Naturschätze und der Bevölkerung der schwachentwickelten Länder geht, wenn auch eingeschränkt, weiter. Sie half, die Macht der Monopole im Zentrum des imperialistischen Systems zu erhalten. Das konnte aber nur erreicht werden durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche in den Entwicklungsländern. Dort nahm das Tempo des Revolutionierungsprozesses zu.

Die Weltrevolution entwickelt sich nicht nur als »reine« sozialistische Revolution. Sie ist ein Prozeß, in dem sich der Kampf des revolutionären Proletariats in den kapitalistisch entwickelten Ländern mit den revolutionären Bewegungen der ehemaligen Kolonialländer und dem Wachstum der Macht des sozialistischen Lagers verbindet. Diese revolutionären Kräfte bewirken schließlich in ihrer Gesamtheit den Untergang des imperialistischen Weltsystems.

Die Kolonialländer bildeten das ausschlaggebende Hinterland des Imperialismus. Mit dem Fortschritt der revolutionären Befreiungsbewegung in den Entwicklungsländern und mit deren politischer und ökonomischer Unabhängigkeit verliert der Imperialismus immer mehr Ausbeutungsgrundlagen. Zwar wachsen gegen-

wärtig noch die Profite aus Auslandsinvestitionen imperialistischer Staaten in den Entwicklungsländern, doch zugleich gerieten die imperialistischen Mächte durch das Ansteigen der Preise für Öl und andere Rohstoffe in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die wachsende Anzahl der Staaten, die den Weg der sozialistischen Orientierung beschreitet, schränkt ebenfalls die Ausbeutungsmöglichkeiten der Neokolonialisten ein. So beginnt der reiche Strom, mit dem der Sturz der Monopolherren in den entwickelten kapitalistischen Ländern künstlich verzögert wurde, zu versiegen. Die Extraprofite aus der Ausbeutung der Völker der »Dritten Welt« verschwinden; sie ermöglichten es der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern, den Werktätigen Zugeständnisse zu machen und sogar Teile der Arbeiterklasse zu bestechen und zu korrumpieren.

Obgleich die sozialistische Revolution das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den entwickelten kapitalistischen Staaten sein wird und nicht von außen hineingetragen werden kann, begünstigen die Erfolge der Befreiungsbewegung der Entwicklungsländer zweifellos die sozialistische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Staaten.

Künftig wird sich der Expansionsdrang der imperialistischen Mächte verstärken. Die wachsenden inneren ökonomischen und politischen Schwierigkeiten zwingen sie, wenn auch in raffinierten Formen, die Ausbeutung der Entwicklungsländer zu erhöhen. Infolgedessen müssen diese »den Kampf um ihre Gleichberechtigung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen intensivieren«.[83]

Profitabzug internationaler Monopole aus Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Jahr	Kapitalzufluß	Profitabzug	Nettoverlust der Entwicklungsländer in Milliarden Dollar
1970	2,3	16,3	14,0
1971	2,8	18,4	15,6
1972	2,2	18,5	16,3
1973	4,7	26,8	22,1
1974	0,8	35,2	34,4
1975	8,7	38,6	29,9
1976	4,7	44,3	39,6
1977	8,6	51,6	43,0
ges.	34,8	249,7	214,9

Quelle: horizont, 28/1981

»Angesichts nachlassender Wachstumstriebkräfte verschärfen sich für den Kapitalismus alle ihm eigenen Konflikte. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeiterklasse nehmen an Breite und Tiefe zu. Der Kampf der progressiven Kräfte in den Entwicklungsländern schreitet unaufhaltsam voran. Der Kampf um die Umverteilung von Gewinnen und Verlusten zwischen den großen imperialistischen Ländern sowie zwischen ihnen und den kleinen kapitalistischen Ländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits intensiviert sich und wird mit großem Einsatz geführt.«[84]

Von noch größerer Bedeutung ist das Wachstum der ökonomischen und militärischen Macht des sozialistischen Lagers. Die Stärkung des sozialistischen Lagers schwächt das imperialistische System zunehmend. Das Beispiel der sozialistischen Länder, die die sozialistische Gesellschaft voll entfalten und zum Aufbau des Kommunismus schreiten werden, bewirkt zugleich, daß sich immer mehr Arbeiter und andere Werktätige der kapitalistischen Länder nicht mehr mit ihren Ausbeutern abfinden wollen.

»Zu den wichtigsten Tatsachen in der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Länder zählt die Vertiefung der politischen Labilität des imperialistischen Herrschaftssystems. Knapp anderthalb Jahrzehnte lang konnten die herrschenden Kreise ein relativ reibungsfreies ... Funktionieren des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus verzeichnen. Doch mit Beendigung der lang anhaltenden Nachkriegskonjunktur und der Herausbildung einer grundlegend veränderten internationalen Situation häufen sich strategische Niederlagen, verflechten sich ökonomische und politische Krisen, und mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe verändert sich die soziale Grundsituation in allen kapitalistischen Ländern. Die Zunahme politischer Labilität – genau bezeichnet als Labilität im politischen Herrschaftssystem – bringt insgesamt im Bereich des politischen Überbaus den tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Kapitalismus zum Ausdruck, der sich in der Mitte des Jahrzehnts vollzog.«[85]

Auf diese »neuen Möglichkeiten des antiimperialistischen Kampfes zur Herbeiführung einer Wende und für tiefgreifende Umgestaltungen der gesellschaftlichen Verhältnisse«[86] wird in den Dokumenten der kommunistischen Parteien orientiert.

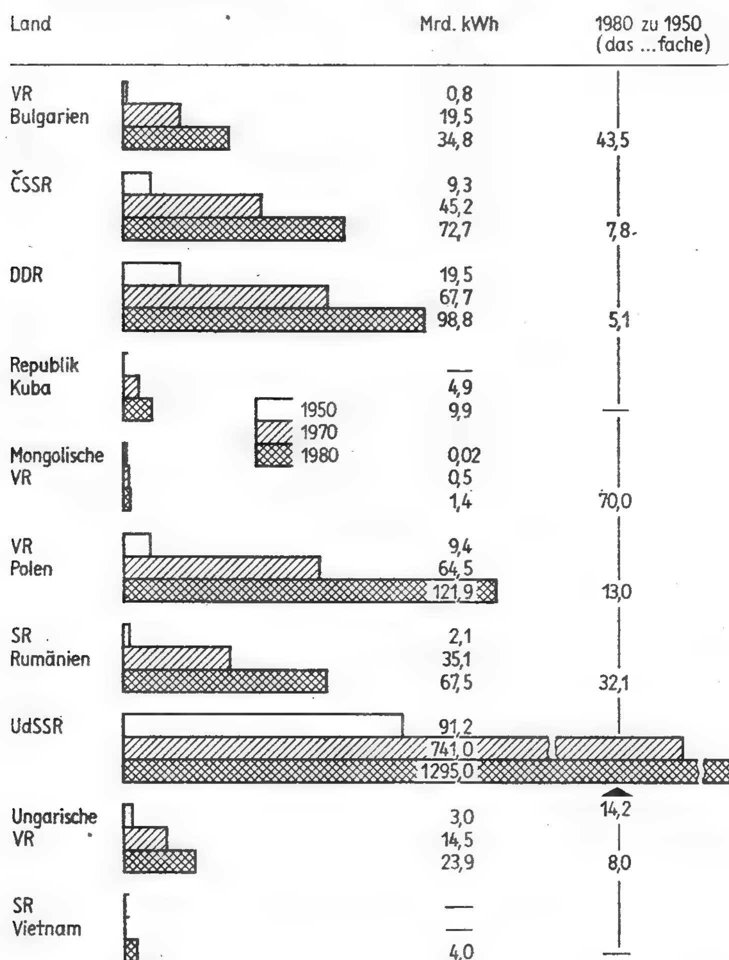
»Wenn auch die klassenmäßigen Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen vorerst nur in einigen wenigen Ländern, vor allem der Mittelmeerregion, heranreifen, wachsen die Möglichkeiten antimonopolistischer Umgestaltungen.«[87]

Im Verlaufe der siebziger Jahre hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter vertieft, eine Reihe qualitativ neuer Züge im Untergangsprozeß des Kapitalismus bildete sich aus.[88]

Die neuen objektiven Prozesse begünstigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Herausbildung revolutionärer Krisen.

Früher entstand die revolutionäre Situation, wie die Erfahrungen der Geschichte zeigen, praktisch nur unter den Verhältnissen der Kriege, der tiefsten ökonomischen Erschütterungen, der erbittertsten Formen des Aufeinanderprallens der Klasseninteressen. In der dritten Etappe der allgemeinen Krise bildete sich eine neue Situation heraus. Die objektiven Möglichkeiten für die Machtübernahme werden jetzt und künftig durch den Verlauf der täglichen, dem Kapitalismus eigenen politischen und ökonomischen Widersprüche bestimmt.

Elektroenergieerzeugung in den Mitgliedsländern des RGW (in Milliarden kWh)



Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/1982

Natürlich heißt das nicht, daß in ausnahmslos allen Ländern des Kapitalismus eine Art »permanente« revolutionäre Situation besteht. Es bedeutet jedoch, daß es in der Kette des Kapitalismus zu jedem oder fast zu jedem Zeitpunkt ein schwaches oder, noch häufiger, mehrere schwache Glieder gibt, in denen eine revolutionäre Situation entstehen kann. Ferner wächst die Bedeutung des subjektiven Faktors. Die Herausbildung und Entwicklung der revolutionären Situation hängt immer stärker von klugen, energischen, entschlossenen Aktionen der revolutionären Kräfte ab.

Trotz der Versuche, durch Korrumpierung und Spaltung den Prozeß zu verzögern, treibt die Entwicklung des Kapitalismus Millionen Menschen in eine wirtschaftlich schwierige und oft aussichtslose Situation. Aber auch die Gefahr der physischen Existenzvernichtung durch atomare Kriege, der Errichtung neuer faschistischer Diktaturen, die Bildungsmisere, der kulturelle Verfallsprozeß, die Enthumanisierung der menschlichen Beziehungen usw. bewirken einen politischen Notstand.

Besondere Bedeutung gewinnen in diesem Zusammenhang die veränderten Ansprüche und Bedürfnisse der Massen. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat diesen Vorgang außerordentlich beschleunigt. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten erweitern die ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Forderungen und heben sie auf eine höhere Stufe.

Neue revolutionäre Situationen werden entstehen, und auch die Revolution wird sich in mannigfaltigen Formen entwickeln.

Der Kampf für die Schwächung und Zurückdrängung der Positionen des Monopolkapitals, für eine antimonopolistische Demokratie und ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Revolution, in der sich das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen grundlegend ändert, könnte in den entwickelten kapitalistischen Ländern einen relativ langsamen Verlauf nehmen. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Überwindung des Kapitalismus in Zukunft nicht grundsätzlich explosiven Charakter annehmen kann. Sobald es den reaktionären Kräften aufgrund bestimmter Umstände gelingt, die Durchsetzung des historisch notwendigen Prozesses längere Zeit aufzuhalten, gewinnen die Aktionen der Volksmassen explosiven Charakter. Der revolutionäre Druck wird schließlich wie ein aufgestauter Strom frei, der seinen Damm durchbricht und das Überlebte hinwegschwemmt.

Eine weitere Frage ist, ob die Revolution als Kettenreaktion abläuft, »bei der der Kapitalismus in den entwickelten Ländern der Region nach dem Prinzip der ›kippenden Dominosteine‹ eine Niederlage nach der anderen erleiden würde.«[89]

Das ist zunächst in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht wahrscheinlicher, als es in den Jahrzehnten nach der Entstehung der Sowjetunion war. Wenn auch die Herrschaft des Imperialismus durch die bisherige Entwicklung des Kräfteverhält-

nisses untergraben ist, so verfügt sie trotz allem noch über bedeutende wirtschaftliche und militärische Macht.

Gestützt auf ihre ökonomischen und politischen Blöcke, werden die Imperialisten zweifellos ihre Kräfte einsetzen, um in jedem kapitalistischen Land den revolutionären Prozeß zu verzögern, zu stoppen und sogar zu verhindern sowie das Übergreifen auf andere Länder unmöglich zu machen. Die Versuche der USA, aber auch ihre Ohnmacht, die Aufnahme von Kommunisten in die französische Regierung zu hintertreiben, zeigen das deutlich.

Es ist zu berücksichtigen, daß sich Weltwirtschaftskrisen und politische Krisen auf alle entwickelten kapitalistischen Länder gleichzeitig auswirken. Von größerem Gewicht dürfte jedoch die Wirkung des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder sein. Diese Ungleichmäßigkeit der Entwicklung schwächt die einen und stärkt die anderen. Die Stärkeren versuchen nicht nur auf Kosten der Werktätigen des eigenen Landes, ihre inneren Schwierigkeiten zu überwinden, sondern auch auf Kosten ihrer Konkurrenten. Je stärker die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen, um so erbitterter wird der Kampf zur Ruinierung des Nachbarn, und damit verbunden ist die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Diese Ungleichmäßigkeit wirkt sich nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch politisch auf das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse, ihre Kampfkraft und auch auf die relative Machtstellung der herrschenden Klasse aus.

In Frankreich und in Griechenland z. B. sind Möglichkeiten entstanden, die grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen bewirken könnten.

Der Zeitpunkt des Sieges wird, bedingt durch historische, nationale, ökonomische und politische Faktoren, unterschiedlich sein. Doch die heutige Welt ist nicht nur insgesamt von stürmischen revolutionären Veränderungen erfaßt, sondern »in der gegenwärtigen Situation kann jedes Land – unabhängig von der Größe seines Territoriums, der Bevölkerungsanzahl und dem ökonomischen Niveau – bei Vorhandensein einer revolutionären Situation den Weg tiefgreifender sozialer Umgestaltungen beschreiten«.[90]

Sicher werden weitere kapitalistische Länder vor dem Jahre 2000 aus dem imperialistischen Machtbereich ausbrechen, andere in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts.

Nach dem Ausbruch wichtiger entwickelter kapitalistischer Länder wächst die Möglichkeit einer revolutionären Kettenreaktion, die eine ganze Ländergruppe erfassen kann, wenn durch den vorhergehenden Ausbruch entwickelter kapitalistischer Länder das Gesamtsystem des Imperialismus weiter wesentlich geschwächt ist.

In welcher Situation werden sich entwickelte kapitalistische Länder nach der Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten befinden?

Der wirtschaftliche Entwicklungsstand wird, wenn auch durch

ökonomische Labilität, zeitweise vorhandene Stagnation und Krisen gehemmt, höher sein als heute. Zum Zeitpunkt der politischen Machtübernahme wird ein beachtliches Produktionsniveau erreicht sein. Selbst wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten das Erbe einer längeren Wirtschaftskrise mit größeren Rückschlägen in der Produktion übernehmen müßten, ließe sich die industrielle Kapazität, gestützt auf die Vorzüge der politischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, schnell erhöhen. Die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus sind also recht günstig.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern besteht nach der Machtübernahme durch die Arbeiter und die anderen Werktätigen die Möglichkeit, in kürzerer Zeit die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufzubauen und den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu vollziehen als in jenen sozialistischen Ländern, die einen weitaus niedrigeren wirtschaftlichen Ausgangspunkt hatten.

Wird die friedliche Revolution zum Hauptweg der revolutionären Umgestaltung?

Die Kommunisten sind, wie schon dargestellt, bestrebt, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft in friedlichen Formen durchzuführen.

Welche Möglichkeiten ergeben sich in der Zukunft?

Für Länder, die den Weg des Sozialismus beschreiten, werden die Bedingungen im allgemeinen günstiger sein als in der Sowjetunion, die im Jahre 1917 als erstes Land aus dem imperialistischen Machtbereich ausbrach, und selbst für die Länder, die nach dem zweiten Weltkrieg den Weg des Sozialismus beschritten.

Wie wirken die äußeren Faktoren auf das Kräfteverhältnis in Ländern, in denen sich revolutionäre Umwälzungen vollziehen, ein? Erstens, die Kraft der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist stark angewachsen. Sie verhindern immer öfter durch Streiks den Transport von Kriegsmaterial und durch andere Kampfmaßnahmen das direkte Eingreifen der imperialistischen Staatsmacht zugunsten der Konterrevolution in anderen Ländern. Zweitens, Länder der »Dritten Welt« treten gegen eine äußere Einmischung imperialistischer Mächte in die inneren Angelegenheiten der Völker, die revolutionäre Veränderungen anstreben oder durchführen, auf. Schließlich vermag die wachsende ökonomische, politische und militärische Macht des sozialistischen Lagers, Versuche imperialistischer Staaten zur Unterstützung der Konterrevolution in anderen Ländern immer stärker einzuschränken, ja sogar zu unterbinden, wie die Praxis zeigt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die auf der Tagesordnung stehende Beseitigung faschistischer Diktaturen, z. B. in Lateinamerika, sich

wahrscheinlich durch den bewaffneten Kampf vollziehen wird; besonders, wenn bestimmte Bedingungen die Einmischung des USA-Imperialismus in Form direkter oder indirekter Interventionen ermöglichen.

Die zunehmende Beschränkung der Hilfe von außen schwächt die konterrevolutionären Kräfte, die mit bewaffneter Gewalt die Revolution in ihrem Lande niederwerfen wollen. Dieses Kräfteverhältnis erleichtert nicht nur den Sieg der Revolution, sondern auch ihre Durchsetzung in friedlichen Formen.

Mag die Kraft des sozialistischen Lagers, der Entwicklungsländer und der internationalen Arbeiterbewegung noch so groß sein, die entscheidende Bedeutung für den Erfolg und die Formen des revolutionären Prozesses in den einzelnen Ländern haben zweifellos die inneren Faktoren.

Früher war die Bourgeoisie stärker als das sich entwickelnde Proletariat in den kapitalistischen Ländern. Sie zwang den Arbeitern und ihren Verbündeten häufig ein für sie ungünstiges Kampffeld auf. Heute wird es in zunehmendem Maße möglich, der herrschenden Monopolbourgeoisie sowohl die Formen als auch den Schauplatz des Kampfes aufzuzwingen. Die objektiven Bedingungen erleichtern die Schaffung einer breiten sozialen Basis gegen die Monopolherren.

Die Arbeiterklasse kann nicht siegen, wenn es ihr nicht gelingt, die werktätigen Bauern und die städtischen Mittelschichten zu ihren Verbündeten zu machen. Künftig nimmt der Ruinierungsprozeß dieser Schichten noch krassere Formen an. Der Druck der wenigen Monopolherren auf die übrige Bevölkerung wird in Zukunft hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher. Nicht nur die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und den Mittelschichten einerseits und der Finanzoligarchie andererseits verschärfen sich, sondern auch die zwischen der Finanzoligarchie und den kleinen und mittleren Unternehmern.

Die kleinen und mittleren Unternehmer werden immer stärker vom Konzentrationsprozeß betroffen, sie werden ökonomisch geschwächt und schließlich ruiniert. Die von Karl Marx getroffenen Feststellungen, »... die größeren Kapitale schlagen daher die kleineren ... die Konkurrenz endet stets mit dem Untergang vieler kleiner Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hand des Siegers übergehen, teils untergehen«,[91] haben besondere Aktualität.

»In der gegenwärtigen Epoche nimmt die Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie prinzipiell neue Formen an. Das Häuflein Monopolisten, das sich die Staatsmaschinerie untergeordnet hat, erhebt sich immer mehr nicht nur über die Werktätigen, sondern auch über kleine und mittlere Unternehmer. Wie geschickt und wendig auch der kleine und mittlere Kapitalist sein mag, es ist ihm unmöglich, in die Monopolbourgeoisie aufzusteigen. Standen früher einander ablösende Gruppen der Bourgeoisie an der Spitze der

Gesellschaft, so heute eine unablösbare, faktisch niemandem verantwortliche Monopolclique. Sie stützt sich auf einen kleinen Kreis unmittelbar mit ihr liierter höherer Angestellter der Gesellschaften sowie Vertretern der Ministerialbürokratie und der Militärkaste. Obgleich der Ausbeuterklasse zugehörig, wächst die Unsicherheit der Existenz eines immer größeren Teils der kleinen und mittleren Unternehmer, und ihr schließliches Los ist der Ruin.«[92]

So kann eine breite soziale Basis für eine antimonopolistische Koalition entstehen. Die Ansätze zur Unterstützung von Streikkämpfen der Arbeiter durch Gruppen der Klein- und Mittelbourgeoisie in der Wirtschaftskrise 1974/75 bestätigen die Richtigkeit der Einschätzung der marxistischen Parteien über die objektive Möglichkeit ihrer Einbeziehung in die antimonopolistische Front. Da die ökonomische Existenzgefährdung der kleinen und mittleren Bourgeoisie in Zukunft immer krassere Formen annimmt, drängt der ökonomisch-politische Gegensatz gegenüber den Monopolen immer stärker in den Vordergrund. Zugleich tritt der ökonomisch-politische Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und den kleinen und mittleren Kapitalisten in den Hintergrund. Jedoch ist zu beachten, daß die kleinen und mittleren Unternehmer und die Großbauern aufgrund ihres Interesses an der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung dahin tendieren, die Monopole gegen die Arbeiter, werktätigen Bauern und städtischen Mittelschichten zu unterstützen, und zum Kompromiß mit der Reaktion neigen.

Daraus ergibt sich für die Arbeiterklasse und ihre marxistische Partei die Notwendigkeit, bei Schwankungen oder Versuchen bürgerlicher Kreise, sich mit den Monopolen auf Kosten der Werktätigen zu verständigen, im Interesse der Zusammenarbeit die Politik des Zusammenschlusses mit der Kritik zu verbinden und – notfalls – entschiedene Kampfmaßnahmen gegen jene, die sich auf feindliche Positionen begeben, anzuwenden. Entsprechend den objektiven Möglichkeiten wird jedoch die Politik der Arbeiterklasse grundsätzlich auf ein Bündnis oder eine Zusammenarbeit mit den kleinen und mittleren Kapitalisten oder auf ihre Neutralisierung gerichtet sein.

Die erste Voraussetzung für ein solches Bündnis ist die Einheit und das entschlossene kämpferische Auftreten der Arbeiterklasse, ferner ein festes Bündnis mit den werktätigen Bauern. Sie sind das Unterpfand für den Zusammenschluß mit allen anderen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten.

Da die kleine und mittlere Bourgeoisie objektiv an der demokratischen Erneuerung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft interessiert ist, hat die Bündnispolitik der Arbeiterklasse nicht nur eine taktische Zielsetzung. Sie ist nicht nur für einige Kampfaktionen, bestimmte Situationen und nicht für einen begrenzten Zeitraum vorgesehen, sondern für ein festes, dauerhaftes Bündnis. Die kleine und mittlere Bourgeoisie kann nicht nur im Kampf für

die Beseitigung der Macht der Monopole, sondern auch bei der sozialistischen Umgestaltung zum Verbündeten der Arbeiterklasse werden.

Die DDR schuf ein historisches Beispiel von internationaler Bedeutung. Sie verstand es, über die staatliche Beteiligung kleine und mittlere Kapitalisten in die sozialistische Entwicklung einzubeziehen. Dieser Weg vermittelte den privaten Unternehmern anderer Länder konkrete Vorstellungen, wie sich zukünftig der Übergang zum Sozialismus und ihre Verwandlung zum Werktätigen vollziehen kann. Das bedeutet natürlich nicht, daß das Beispiel in der DDR von Ländern, die den Weg des Sozialismus beschreiten, kopiert werden soll. Die konkreten Formen des Übergangs zum Sozialismus und die Einbeziehung von Teilen der Bourgeoisie in die antiimperialistische Front und in den Aufbau des Sozialismus hängen von vielen Faktoren, die zu diesem Zeitpunkt wirksam sind, ab. Doch die Grundposition ist folgende: Es entspricht durchaus den Interessen der Werktätigen, durch Einbeziehung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in die sozialistische Entwicklung deren Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen für den Fortschritt der Gesellschaft zu nutzen und selbst ihre Ratschläge hinsichtlich der Formen des Übergangs zu berücksichtigen.

Der Sinn der staatlichen Beteiligung und auch anderer Formen liegt nicht darin, eine neue parasitäre Schicht zu schaffen, sondern den Übergang vom Ausbeuter zum Werktätigen in Formen zu garantieren, die die Ausnutzung der Fähigkeiten der kapitalistischen Unternehmer für die Gesellschaft sichern, die die Hemmung der Produktivkräfte beseitigen und den Unternehmern eine gesicherte Existenz verschaffen, die sich im wesentlichen auf ihre vorhandene Qualifikation stützt.

Dieser Weg, der die kleinen und mittleren Unternehmer an der sozialistischen Umgestaltung interessiert, verhindert aktiven Widerstand und Sabotage. Sie sind unausbleibliche Folgen, wenn die Umgestaltung zur Vernichtung der Lebensgrundlagen dieser Bürger führt.

»Die ökonomische Entwicklung der auf diese Weise sozialistisch umgestalteten Betriebe wird nicht unterbrochen, sondern geht kontinuierlich weiter; und es bestehen Bedingungen für eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte. Sowohl die Verhinderung von ökonomischen Verlusten als auch das schnellere Wachstum der Produktivkräfte beschleunigen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und stärken die sozialistische Staatsmacht, so daß die für den Loskauf der Produktionsmittel notwendigen Beträge nur einen geringen Teil der Mittel, die die Gesellschaft durch den ungehemmten Fortschritt der Produktion erhält, darstellen. Was die Gefühlsmomente bestimmter Teile der Werktätigen gegenüber den Ausbeutern betrifft, so müssen die Beziehungen zwischen Werktätigen und Kapitalisten durch die reale politische Situation bestimmt wer-

den, weil nur dadurch die Interessen der Arbeiter und anderen Werktätigen gewahrt werden können.

Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung ist es, unbedingt die Stellung des Kapitalisten als Ausbeuter aufzuheben. Eine Analyse der Rolle der monopolistischen und nichtmonopolistischen Kapitalisten ergibt aber wesentliche Unterschiede zwischen beiden. Der Monopolist ist ein Parasit der Gesellschaft. Er erfüllt keine nützlichen ökonomischen Funktionen. Der nichtmonopolistische Kapitalist und besonders der kleine und mittlere Unternehmer hingegen ist faktisch Organisator, geschäftlicher oder technischer Leiter der Produktion. Zwar ist er Ausbeuter, doch noch immer mit dem Produktionsprozeß verbunden. Sofern er sich nicht der gesellschaftlichen Umgestaltung ernsthaft in den Weg stellt, muß man seine der Gesellschaft nützlichen Fähigkeiten erhalten, aber die Stellung als Ausbeuter aufheben. Das muß nicht schlagartig, durch entschädigungslose Enteignung, sondern kann über die staatliche Beteiligung und andere Formen, durch einen Prozeß der Zusammenarbeit zwischen ihm und der sozialistischen Staatsmacht geschehen.«[93]

Die Einbeziehung der Großbauern in die sozialistische Entwicklung vollzog sich in der DDR durch den Eintritt der loyalen Großbauern in die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Durch den Eintritt in die LPG erschlossen sich dem Großbauern günstige Perspektiven. Der eingebrachte Boden wurde in der Größenordnung mittelbäuerlicher Betriebe, der Viehbestand, die technische Ausrüstung und das Inventar wurden ganz berücksichtigt. Den ehemaligen kleinen und mittleren Kapitalisten des Dorfes wurden nach Bewährung oft verantwortliche und leitende Funktionen durch die Genossenschaftsbauern anvertraut. Ihre Arbeitserfahrungen, Kenntnisse in der Arbeitsorganisation und Leitung wurden genutzt. Ihre schöpferischen Kräfte konnten sich voll entfalten.

In anderen Ländern, die künftig den sozialistischen Weg beschreiten, können in Gebieten mit großbäuerlicher Zusammensetzung möglicherweise auch Formen des Zusammenschlusses mehrerer Großbauernwirtschaften zu landwirtschaftlichen Großbetrieben mit staatlicher Beteiligung, die sich allmählich in sozialistische Betriebe verwandeln, erfolgen.

Auf die Möglichkeit, mehr oder minder große Teile der herrschenden Klasse als Bündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen, wiesen schon Marx und Engels hin: »In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie aber früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil

der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisieideologen ...«[94]

Perspektivlosigkeit unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus einerseits, die Aussicht andererseits, mit am sozialistischen Aufbau unter Berücksichtigung ihrer materiellen Interessen, persönlichen Fähigkeiten und einer geachteten gesellschaftlichen Stellung teilzunehmen, sind die Möglichkeiten, zwischen denen die kleinen und mittleren Unternehmer künftig wählen können. Diese Situation wird einen wesentlichen Einfluß auf ihr Verhalten in der Etappe des antimonopolistischen Kampfes und auch zur Zeit der politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten ausüben. Dadurch werden zweifelsohne die Bereitschaft beträchtlicher Teile der Bourgeoisie zum Bündnis mit der Arbeiterklasse in den verschiedenen Etappen und die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution erhöht.

Die kleinen und mittleren Kapitalisten und sogar die nichtmonopolistische Bourgeoisie insgesamt stehen vor einer Schicksalsfrage. Der Übergang zum Sozialismus ist ein geschichtlich notwendiger Prozeß, zu dem man sich jedoch unterschiedlich verhalten kann. Entweder er wird bejaht, und die Handlungen erfolgen in Übereinstimmung mit der gesetzmäßigen Notwendigkeit, oder man arbeitet diesem Prozeß entgegen und gerät dann unter das Rad der Geschichte. Aufgehoben wird die kapitalistische Ausbeutung in jedem Fall.

Der Sturz des Schahregimes im Iran und des Somozaregimes in Nikaragua hat den Volksmassen aller Länder, aber auch beträchtlichen Teilen der Bourgeoisie eine Erfahrung von größter historischer Bedeutung vermittelt: Unter den neuen Bedingungen vermag selbst eine aufs modernste ausgestattete konterrevolutionäre Armee einen breiten Volksaufstand im Städtekampf nicht mehr zu besiegen.

Eine neue Erscheinung, die zweifellos an Gewicht gewinnen wird, besteht auch darin, daß größere Teile der Armee den demokratischen und selbst sozialistischen Bewegungen nicht mehr unbedingt ablehnend gegenüberstehen. Die Armeeangehörigen sind durch vielerlei Fäden mit den gesellschaftlichen Prozessen im Lande verbunden, unterliegen dem Einfluß der Volksbewegungen und nehmen fortschrittliche Ideen in sich auf.

Die Erfahrungen Portugals zeigten, daß es unter der Voraussetzung eines Bündnisses zwischen den Volksmassen und den progressiven Teilen der Armee heute prinzipiell möglich ist, selbst ein faschistisches Regime ohne Bürgerkrieg und in relativ kurzer Zeit zu beseitigen.

Durch die objektive gesetzmäßige Entwicklung wird die Kraft der fortschrittlichen Klassen gestärkt und die Macht der reaktionären Klassen genauso gesetzmäßig geschwächt. Die Beseitigung der überlebten Gesellschaft reift unabwendbar heran. Ob der

revolutionäre Prozeß in friedlichen Formen oder durch blutige militärische Auseinandersetzungen vor sich geht, hängt auch von den kleinen und mittleren Kapitalisten ab.

Bisher waren diese Schichten eine wichtige soziale Stütze des Monopolkapitals. Bleiben sie künftig im Bündnis mit diesem, stellen sie sich hartnäckig den notwendigen sozialen Veränderungen entgegen, sind sie unfähig, die Zeichen der Zeit und ihre wirklichen Interessen zu begreifen, versuchen sie, gemeinsam mit dem Monopolkapital, gestützt auf militärische Gewalt, ihre Ausbeuterstellung zu verteidigen, so werden sie hinweggefegt.

Das Neue in unserer historischen Entwicklungsetappe – das erstmalige Heranreifen von Bedingungen für eine aktive Beteiligung großer Teile der Ausbeuterklassen am Aufbau einer neuen, der sozialistischen, Gesellschaftsordnung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei – hat zwei Ursachen. Erstens, die sich weiter vollziehenden Veränderungen im objektiven Kräfteverhältnis der Klassen in den einzelnen Ländern und im internationalen Maßstab, der sich die kleinen und mittleren kapitalistischen Unternehmer nicht entziehen können. Zweitens, die wissenschaftliche Einsicht der Arbeiterklasse mit ihrer Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei, die bereit ist, alles für einen möglichst schmerzlosen Geburtsprozeß der neuen Ordnung zu tun. Denn so groß auch die objektiven Möglichkeiten für einen solchen Übergang zum Sozialismus sind, er kann sich nur über die konkrete wissenschaftliche Analyse und die Herausarbeitung seiner Besonderheiten durch die Partei und durch kluge Führung der Massen verwirklichen

Der Kapitalismus kann, wie gesagt, durch schwerste bewaffnete Kämpfe, aber auch in friedlichen Formen überwunden werden. Beide Formen heben die Ausbeutungsverhältnisse auf. Im ersten Fall führt es jedoch in geringerem oder größerem Maße – das hängt von den Umständen des bewaffneten Kampfes ab – bis zur physischen Vernichtung großer Teile der Bourgeoisie im Ergebnis des Bürgerkrieges, den sie selbst zur Erhaltung ihrer überlebten Klassenvorrechte entfachten. Weitere Folgen sind die entschädigungslose Enteignung des Kapitals, die Entziehung der politischen Rechte, wie es z. B. in der Sowjetunion geschehen mußte, Emigration eines bedeutenden Teils der ehemals herrschenden Klasse aus Furcht vor Maßnahmen wegen aktiver Teilnahme am Bürgerkrieg und anderer Verbrechen. In der Emigration findet aber, wie die Erfahrungen zeigen, bei Angehörigen der ehemals herrschenden Ausbeuterklasse nicht nur eine Entwurzelung von der Heimat statt, sondern größere Teile der Emigranten werden auch sozial deklassiert und sinken bis auf die Stufe von Kriminellen und Prostituierten hinab. Hinzu kommt, daß mit der weiteren Einengung des imperialistischen Machtbereichs auch die Emigrationsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt werden.

Den im Lande verbleibenden gestürzten Ausbeutern kann meistens kein Vertrauen entgegengebracht werden. Sie gelangen zwangsläufig in eine Tätigkeit, die nicht ihrer Qualifikation und ihren Lebensansprüchen entspricht. Die Zustimmung von Angehörigen der Bourgeoisie zu den sozialistischen Umgestaltungen hingegen wahrt nicht nur ihre materiellen Interessen, sie schützt sie nicht nur vor dem Ruin, sondern an die Stelle der Existenzangst, bedingt durch den Druck der Monopole, tritt die Perspektive einer gesicherten Zukunft und geachteten gesellschaftlichen Stellung.[95]

Verstehen die kleinen und mittleren Kapitalisten in Stadt und Land die historische Notwendigkeit, die Entwicklung des internationalen und innerpolitischen Kräfteverhältnisses sowie die Möglichkeiten, die ihnen die Arbeiterklasse bietet, richtig einzuschätzen, dann wird sich die soziale Basis beim Übergang und Aufbau des Sozialismus in den anderen kapitalistischen Ländern noch mehr, als das in der DDR geschah, verbreitern.

Es gab bekanntlich in der DDR Kreise der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die sich unter dem Einfluß der Hetze der westdeutschen und ausländischen Imperialisten selbst den Weg zur weitgehenden Mitarbeit verschlossen. In Zukunft könnte in kapitalistischen Ländern nicht nur ein Teil, sondern die gesamte kleine und mittlere, ja möglicherweise sogar die ganze nichtmonopolistische Bourgeoisie am sozialistischen Aufbau mitarbeiten. Sie bekäme die Gelegenheit, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten und sich allmählich in Werktätige zu verwandeln. Sie würden dann allein nach ihren Leistungen beurteilt.

Nicht eingliederungsfähig in eine demokratische, fortschrittliche und dann zum Sozialismus schreitende Gesellschaft sind unter den zukünftigen Bedingungen die aggressiven Kreise der Monopolbourgeoisie, der militärisch-industrielle Komplex, Rüstungsgewinnler, Großgrundbesitzer und unbelehrbare Neonazis.

Es ist nicht möglich, schon heute ein fertiges Rezept für die konkreten Formen des Übergangs zum Sozialismus und der Einbeziehung von Teilen der Bourgeoisie in den sozialistischen Aufbau zu geben. Die konkreten Formen des Übergangs hängen von vielen Faktoren ab, die zu diesem historischen Zeitpunkt wirksam sind, und werden auch durch die Initiative aller Verbündeten, die gemeinsam zum Sozialismus schreiten, hervorgebracht.

Die Marxisten-Leninisten sind keine Dogmatiker und nicht für die mechanische Handhabung der Politik und Taktik im Kampf um den Sieg des Sozialismus. Sie gehen davon aus, daß sich die allgemeingültigen Gesetze in besonderer, eigentümlicher Weise verwirklichen, was auch die Anwendung spezifischer Formen und Methoden zu ihrer Durchsetzung erfordert. Immer ist eine schöpferische Ausnutzung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution unter Berücksichtigung der konkreten inneren

Bedingungen des jeweiligen Landes und des internationalen Kräfteverhältnisses notwendig.

Ungeachtet dessen, daß die Volksmassen in den kapitalistischen Ländern ihren eigenen Beitrag hinsichtlich der Formen und der Wege des Übergangs zum Sozialismus leisten werden, lassen sich jedoch schon jetzt aufgrund der vorliegenden Erfahrungen in der DDR wichtige allgemeine Schlußfolgerungen entwickeln.

In der DDR gelang es z. B., bedeutende Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Wenn diese Frage in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern steht, eine friedliche Entwicklung zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Lager vorausgesetzt, sind die objektiven Bedingungen für eine aktive Teilnahme von Teilen der Bourgeoisie noch wesentlich günstiger, denn sie erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem der Sozialismus, der schon heute die Hauptrichtung und den Hauptinhalt des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bestimmt, noch mehr an Kraft, Bedeutung und Beispielwirkung gewonnen hat.

Beim Übergang zum Sozialismus könnten jene aus dem Bürgertum stammenden Kreise, die bereit sind, aktiv am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten, in die sozialistische Demokratie mit einbezogen werden. Sie könnten Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen, ihre Rolle und ihren eigenen Beitrag am Aufbau des Sozialismus mitbestimmen. Davon würden nur diejenigen ausgeschlossen, die sich den herangereiften Erfordernissen widersetzen. Die Partei der Arbeiterklasse ist interessiert an einer engen Zusammenarbeit und wird eine elastische Politik betreiben. Wenn in der Grundfrage, Aufbau des Sozialismus, Übereinstimmung besteht, ist die Arbeiterklasse immer bestrebt, bei der Verwirklichung der einzelnen Maßnahmen eventuell auftretende Meinungsverschiedenheiten durch gegenseitige Verständigung zu überwinden, Lösungen zu suchen, die den Interessen beider Seiten entsprechen und den Verbündeten Zeit lassen, die historische Notwendigkeit zu verstehen.

Die Errichtung des Sozialismus ist immer mit der Überwindung des antagonistischen Gegensatzes und mit dem Klassenkampf zwischen der Kapitalistenklasse einerseits und der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen andererseits verbunden. Wenn aber jene Teile der Bourgeoisie, die am antimonopolistischen Kampf teilnehmen, beim Übergang zum Sozialismus ihre Koalition mit der Arbeiterklasse fortsetzen, dann würde das die Überwindung des antagonistischen Widerspruchs noch mehr als in der DDR erleichtern oder ihn – das hängt von dem bürgerlichen Bündnispartner ab – erst gar nicht wieder wesentlich hervortreten lassen. Der Klassenkampf hätte beim Übergang zum Sozialismus nicht die Ausschaltung der kleinen und mittleren Kapitalisten aus dem politischen Leben zum Ziel, sondern das Bündnis, das in der Zeit

des Kampfes für demokratische Erneuerung bestand, in der neuen, sozialistischen Etappe mit entsprechendem Inhalt fortzuführen. Das heißt, die aus dem Bürgertum stammenden Kreise sind für die freiwillige schöpferische Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, unter Berücksichtigung ihrer ökonomischen Interessen allmählich in Werktätige zu verwandeln und auftretende Gegensätze in Formen, die ihren Interessen und denen der Arbeiterklasse entsprechen, zu überwinden.

Der Klasseninhalt der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ändert sich durch die Verbreiterung ihrer sozialen Basis durch Kreise, die aus dem Bürgertum stammen und die aktiv am Aufbau des Sozialismus teilnehmen, nicht. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist immer das entscheidende Instrument zur Beseitigung der kapitalistischen und zur Schaffung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse, zur Verhinderung konterrevolutionärer Umsturzversuche und zur Sicherung des Landes gegen ausländische Interventionen. Bei der Herausbildung so mächtiger Volkskoalitionen, die jeden ernsthaften Widerstand der Gegner des Sozialismus aussichtslos machen, würden friedliche Formen der Revolution zukünftig zum Hauptweg der revolutionären Umgestaltung. Die politische Herrschaft könnte ohne harte, umfangreiche Zwangsmaßnahmen ausgeübt werden, denn die Formen und Methoden der Machteroberung und ihrer Ausübung werden durch die Stärke und das Verhalten der reaktionären Kräfte bestimmt.

Auch für Angehörige der Großbourgeoisie eröffnen sich neue Möglichkeiten. Die durch die USA angeheizten Spannungen, die den Weltfrieden ernsthaft gefährden, stoßen selbst bei Teilen der Großbourgeoisie auf Ablehnung, wie Stellungnahmen von Angehörigen der Monopolbourgeoisie zeigen. Jene realistisch denkenden Kreise der Großbourgeoisie, die für Entspannung und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen eintreten, sich nicht dem Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten entgegenstellen und diese Politik, die auch für sie die geringsten Gefahren mit sich bringt, unterstützen, könnten bei der Überführung von Großbetrieben in Volkseigentum mit dem Verständnis der Arbeiterklasse rechnen. Auch sie könnten als geachtete Bürger einen Platz in der neuen Gesellschaft einnehmen. Entschädigungslose Enteignungen würden nur jene aggressiven Gruppen des Monopolkapitals treffen, die unbelehrbar die Existenz des Volkes gefährden und versuchen, mit terroristischen Mitteln dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenzutreten.[96]

Daß es keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Entschädigung, Abfindung oder ähnliche Formen von seiten der Arbeiterklasse gibt, wurde schon von den Klassikern des Marxismus-Leninismus klar ausgesprochen: »Sobald unsere Partei im Besitz der Staatsmacht ist, hat sie die Großgrundbesitzer einfach zu

expropriieren, ganz wie die industriellen Fabrikanten. Ob diese Expropriation mit oder ohne Entschädigung erfolgt, wird großenteils nicht von uns abhängen, sondern von den Umständen, unter denen wir in den Besitz der Macht kommen, und namentlich auch von der Haltung der Herren Großgrundbesitzer selbst. Eine Entschädigung sehen wir keineswegs unter allen Umständen als unzulässig an.«[97]

Nicht nur die kleinen und mittleren Kapitalisten können in einem antimonopolistischen Staat der Demokratie und des Friedens und später im Sozialismus einen materiell gesicherten, ehrenwerten Platz in der neuen Gesellschaft finden. Auch jener Teil der Großbourgeoisie, der zur friedlichen Regelung der Probleme mit den sozialistischen Ländern, den Entwicklungsländern und den Werktätigen der eigenen Länder bereit ist, kann der Wertschätzung und Achtung seitens der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gewiß sein.

Damit bliebe auch für die realistisch denkenden Angehörigen der Großbourgeoisie die Zukunft nicht ungewiß. Die Partei der Arbeiterklasse wird auch mit dem Teil der Bourgeoisie, der in den verschiedenen Hauptfragen unserer Zeit eine den Interessen der Nation dienende Haltung bekundet, eine Verständigung suchen, um den historischen Fortschritt in Formen, die nicht nur für die Werktätigen vorteilhaft sind, durchzusetzen. Angesichts dieser Perspektive gibt es auch für die real denkenden Vertreter der Großbourgeoisie keine andere Alternative. Die Politik der friedlichen Koexistenz sichert auch ihre physische Existenz. Die Einhaltung der demokratischen Rechte und die Achtung vor der Mehrheitsentscheidung des Volkes vermeiden Konflikte mit den Volksmassen und schützen vor Strafmaßnahmen wegen volksfeindlicher Delikte. Sie schafft für die Zeit, in der die Überführung des Großkapitals in Volkseigentum vorgenommen wird, Voraussetzungen für Übereinkommen in ihrem Interesse.

Wann holt die »Dritte Welt« die fortgeschrittenen Länder ein?

Nicht wenige bürgerliche Wissenschaftler sind der Meinung, daß der größere Teil der Weltbevölkerung zu dauernder und sogar zu wachsender relativer Armut verdammt ist. Forrester meint in seinem Buch »Der teuflische Regelkreis«, die Entwicklungsländer sollten auf die Industrialisierung verzichten und sich auf die Hilfe der kapitalistischen Industrieländer verlassen. Hermann Kahn und Antony J. Wiener sind etwas »optimistischer«. Sie rechneten im Jahre 1970 aus, daß Indien 117, Brasilien 130, Nigeria 339, Indonesien 593 Jahre benötigen würden, um das Niveau der USA von 1965 zu erreichen.

Wie schon dargelegt, die ökonomischen Fakten sind erschreckend. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Kluft zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern hinsichtlich des Prokopf-Bruttosozialprodukts noch weiter vertieft. Beachtet man ferner die schnelle Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern, so wird deutlich, wie riesig die Probleme sind, die von ihnen bewältigt werden müssen.

Bestätigen diese Tatsachen, daß die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas weiter hundert, dreihundert oder sogar sechshundert Jahre hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückbleiben müssen oder daß der Abstand noch größer wird?

Die Berechnungen bürgerlicher Wissenschaftler könnten nur dann richtig sein, wenn die Völker der »Dritten Welt« weiter in ökonomischer Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten gehalten werden und die überlebten feudalen und teilweise sogar vorfeudalen Eigentumsverhältnisse bestehen blieben. Das ist jedoch nicht der Fall. Der Kampf der Völker der »Dritten Welt« schafft, wie wir sahen, grundlegend neue Bedingungen für ihre Entwicklung. Die Zeit, in der die kapitalistischen Staaten jährlich bis 100 Milliarden Dollar aus den schwachentwickelten Ländern herauspressen konnten, geht ihrem Ende entgegen.

Das wirtschaftliche Entwicklungstempo und der Lebensstandard der Werktätigen in den Ländern der »Dritten Welt« werden zweifellos dadurch bestimmt, wie schnell sich die antiimperialistischen demokratischen Kräfte von den ausländischen Imperialisten politisch und ökonomisch unabhängig machen können, wie rasch sie den Einfluß der feudalen und kapitalistisch orientierten Kräfte des eigenen Landes überwinden und dann den sozialistischen Weg einschlagen.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß der ökonomische und soziale Fortschritt in den schwachentwickelten Ländern ausschließlich mit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft verbunden sein muß. Auch der kapitalistische Weg führt zu einer gewissen Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Die Völker, die den kapitalistischen Weg gehen, können unter Umständen die imperialistische Ausbeutung mehr oder minder einschränken.

Einige erdölausführende Länder konnten sich relativ schnell entwickeln. So hatte z. B. Kuweit im Jahre 1974 ein durchschnittliches Prokopfeinkommen von 6 710 Dollar. In den Vereinigten Arabischen Emiraten betrug es 6 736 Dollar und in Gabun 5 938 Dollar. Diese Länder haben bereits heute die entwickelten kapitalistischen Länder im durchschnittlichen Prokopfeinkommen übertroffen. Trotzdem leben die Werktätigen in Unwissenheit und Elend, denn durch die reaktionären Regime findet die Verteilung des Volkseinkommens nur im Interesse weniger Herrscher statt.

Nur die sozialistische Orientierung und der Übergang auf den sozialistischen Entwicklungsweg vermögen, die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus schnell und entschieden zu beseitigen, die jahrhundertealte ökonomische Rückständigkeit rasch zu überwinden und eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards zu sichern, weil die Politik, in den Dienst der Werktätigen gestellt, die Ausbeutertätigkeit entschlossen einschränkt und schließlich überwinden wird. Bei gleichen ökonomischen Voraussetzungen werden sich jene schwachentwickelten Länder, die den Weg der sozialistischen Orientierung und den Übergang auf den sozialistischen Entwicklungsweg früher einschlagen, schneller entwickeln.

Welche Zeiträume benötigen sie, um den gegenwärtigen Stand der fortgeschrittenen Länder zu erreichen?

Die Geschichte gibt uns historische Beispiele, die es gestatten, Vergleiche anzustellen und gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen. Nach der Oktoberrevolution bestand in Sowjetrußland eine Vielfalt von Wirtschaftsformen. Von 140 Millionen Einwohnern lebten etwa 25 Millionen unter vorkapitalistischen Verhältnissen. Sogar die nomadisierende Viehzucht und die patriarchalische Gentilordnung existierten noch. Hunger, Armut, Unwissenheit und Epidemien herrschten, die Lebensdauer der Menschen war kurz.

Die Hilfe des entwickelteren Teils der Sowjetunion beschleunigte die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der früher zurückgebliebenen Gebiete. Beispielsweise produzierte die Kasachische SSR schon 1967 mehr Strom als Dänemark, Portugal, Griechenland und die Türkei zusammen. Das war nur möglich, weil aus dem entwickelteren Teil der Sowjetunion jahrelang große Mittel in die rückständigen Gebiete flossen. In den Jahren 1924 und 1925 betrug der Anteil der eigenen Einnahmen der Turkmenischen SSR an ihrem Budget nur etwas mehr als 10 Prozent. Im Zeitraum von 1928 bis 1932 wurden in der Tadshikischen SSR und im Zeitraum von 1933 bis 1937 in der Usbekischen SSR die Ausgaben zu zwei Dritteln von der gesamten Union finanziert.

Die früher äußerst rückständigen Völker haben gegenwärtig im wesentlichen den Lebensstandard der entwickelten Teile des Sowjetlandes erreicht.

Vergegenwärtigen wir uns die Bedeutung dieser Tatsache. Die Sowjetunion vermochte in dem kurzen historischen Zeitraum von rund sechzig Jahren die USA industriell fast einzuholen. Die UdSSR machte einen gigantischen Sprung, wobei die einst zurückgebliebenen Republiken ihre Industrieproduktion noch wesentlich schneller als die fortgeschrittenen Teile der UdSSR entwickelten.

Erhöhte sich die Industrieproduktion in der ganzen Sowjetunion von 1913 bis 1977 auf das 145fache, so in der Bjelorussischen SSR auf das 192fache, in der Moldauischen SSR auf das 250fache, in der Kasachischen SSR auf das 223fache, in der Kirgisischen und Armenischen SSR auf das 312fache.[98]

Bei diesen Völkern vollzog sich die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Diese Entwicklung war Bestandteil der sozialistischen Revolution in der UdSSR.

Die Mongolische Volksrepublik war nach der Sowjetunion der erste Staat, der den nichtkapitalistischen Weg beschritt. Die MVR befand sich in einer besonderen Situation. Das Land ist ein unmittelbarer Nachbar der UdSSR. Nachdem die Mongolische Revolutionäre Volkspartei an die Macht gekommen war, entwickelten sich mit der Sowjetunion enge Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Gebiet.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts gab es in der Mongolei noch nicht einmal eigenes Geld. Die Wirtschaft des Landes beruhte auf der extensiven Viehzucht der Nomaden. Die Haustiere lieferten Kleidung, Brennstoffe und Baumaterial für die Jurten. Industriebetriebe, Krankenhäuser, Ärzte gab es nicht, nur eine einzige Schule, dafür mehr als siebenhundert Klöster und hunderttausend Lamas. In einem Lande, das einen starken Mangel an Arbeitskräften hatte, waren hunderttausend Männer von der produktiven gesellschaftlichen Arbeit ausgeschaltet. Die Beamten erhielten ihr Gehalt in Form von gehacktem Silber und gepreßtem Tee.

In der Mongolei bestanden noch ungünstigere Bedingungen als in den zurückgebliebenen Teilen der Sowjetunion. Eine entwickelte Arbeiterklasse fehlte ebenso wie eine gestählte marxistisch-leninistische Partei. Die Macht gehörte – zu Beginn der Revolution – nicht der Arbeiterklasse, sondern den werktätigen Araten. Es bestand eine revolutionär-demokratische Diktatur der werktätigen Araten, die sich aber auf die brüderliche Solidarität der sowjetischen Arbeiterklasse und der internationalen kommunistischen Bewegung stützen konnte.

Die geistig-kulturelle Rückständigkeit – bedingt durch den Einfluß des Lamaismus – war außerordentlich. Infolgedessen war für die Beseitigung der Ausbeuterklasse eine längere Zeit erforderlich, denn sie kann nur dann erfolgen, wenn die Völker einen Reifezustand erringen, der sie zum Vollstrecker der historischen Notwendigkeit macht.

Heute ist die Mongolei ein entwickeltes Land, in dem, entsprechend den geographischen Bedingungen, die Landwirtschaft dominiert und die Viehwirtschaft den Hauptzweig der Landwirtschaft darstellt. Unter den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft steht die Mongolei in der Prokopfproduktion tierischer Erzeugnisse an erster Stelle. Sie ist auch im Prokopfverbrauch an Fleisch und Fleischwaren den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft voraus. Innerhalb von sechzig Jahren hat sich die Mongolische Volksrepublik unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei aus einem feudalen Land nomadisierender Viehzüchter in einen sozialistischen Industrie-Agrar-Staat verwandelt.

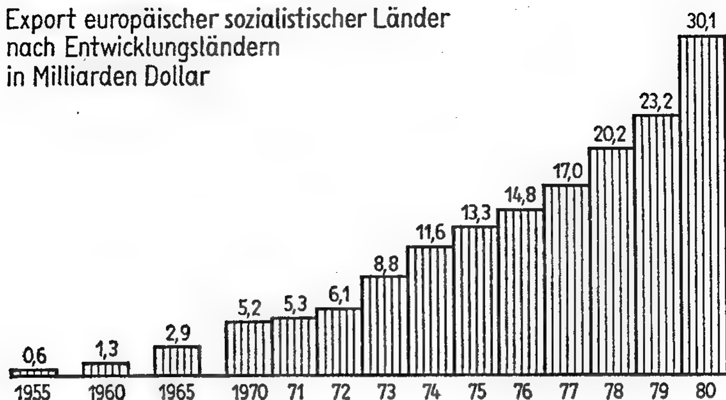
Völker, die heute den sozialistischen Weg beschreiten, finden andere konkret-historische Umstände vor, die naturgemäß die Formen und die Zeitdauer dieses Weges bestimmen. Die Hauptschwierigkeit der meisten Länder, die den sozialistischen Weg beschritten oder beschreiten werden, ist ihre unermeßliche Armut. Sie können auch nicht die Methoden anwenden, die in Ländern mit kapitalistischer Orientierung selbstverständlich sind, nämlich die rücksichtslose Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen, vierzehn- bis sechzehnstündige Arbeitszeit und Kinderarbeit. Im Gegenteil; sie müssen Schulen bauen, die Arbeitslosigkeit, das Analphabetentum sowie die Prostitution beseitigen, Kranke und Alte unterstützen und die sozialen Probleme menschlich lösen. Zugleich müssen sie Akkumulationsmittel bilden, um sie für die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen zu können. Trotz aller Schwierigkeiten sind diese Aufgaben zu lösen. Die notwendigen umfangreichen Mittel können durch die mehr oder minder schnelle Einschränkung und schließlich die Beseitigung der kolonialen Ausbeutung sowie durch die Nutzung eines großen Teiles der Landrenten, die früher an die Feudalen entrichtet werden mußten, beschafft werden.

Ein großer Vorteil für die schwachentwickelten Länder ist der heutige Stand der Produktivkräfte. Die gleiche Investitionssumme hat in Zukunft infolge der höheren Arbeitsproduktivität wesentlich größere wirtschaftliche Ergebnisse als früher.

Wegen der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ist es unmöglich, für alle Länder, die den sozialistischen oder den sozialistisch orientierten Weg gehen, eine allgemeingültige Antwort auf die Frage zu geben, wieviel Zeit sie benötigen, um unseren heutigen Entwicklungsstand zu erreichen. Wichtig für das Entwicklungstempo ist nicht nur das ökonomische Ausgangsniveau, denn bei gleichen ökonomischen Bedingungen sind die politischen, ökonomischen, natürlichen und historischen Voraussetzungen verschieden.

Von großer Bedeutung für die sozialistisch orientierten Staaten sind z. B. die soziale Herkunft der Vertreter der herrschenden revolutionär-demokratischen Kreise, ihre unterschiedlichen Positionen zum ausländischen und nationalen Privateigentum, zur Religion, zum wissenschaftlichen Sozialismus und zur Arbeiterklasse, zu den Grundsätzen des Aufbaus der führenden Parteien, zur Entwicklung der Beziehungen mit den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern und zu anderen wichtigen Fragen.

Außerordentlich günstig sind die äußeren Voraussetzungen. In der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern stieg in den letzten dreißig Jahren das Nationaleinkommen auf etwa das Achtfache. Das war die ökonomische Voraussetzung für die Unterstützung der schwachentwickelten Länder. Obwohl die ökonomischen Möglichkeiten der sozialistischen Länder noch begrenzt sind,



Quelle: Helmut Faulwetter, Entwicklungsländer und Neue Internationale Wirtschaftsordnung, Staatsverlag der DDR, Berlin 1982, S. 33

erweisen sie 90 Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika wissenschaftlich-technische Hilfe. Anfang des Jahres 1980 waren es 4500 Industriebetriebe und andere volkswirtschaftliche Objekte, die erbaut wurden oder noch erbaut werden. »Hervorzuheben ist auch, daß die RGW-Länder die mit den jungen Staaten abgestimmten gemeinsamen Vorhaben in ihre Volkswirtschaftspläne aufnehmen und eng mit den Komplexprogrammen im Rahmen des RGW verbinden.«[99]

Allein die wirtschaftliche und technische Hilfe der Sowjetunion erhöhte sich von 1960 bis 1980 auf über das Sechsfache. Es ist nicht schwer zu verstehen, welche Möglichkeiten sich für die Entwicklungsländer durch das schnelle ökonomische Wachstum der sozialistischen Länder ergeben. Nicht zuletzt können sie sich auch auf die revolutionären Erfahrungen der sozialistischen Staaten beim Aufbau ihrer neuen Gesellschaft stützen.

In der Vergangenheit verfügten die imperialistischen Länder über große Möglichkeiten, durch Wirtschaftsblockade und gezielte Abschnürung vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ungünstig zu beeinflussen.

Je mehr Spitzenstellungen die entwickelten sozialistischen Länder in historisch kurzer Zeit im wissenschaftlich-technischen Fortschritt erringen, um so wirkungsloser wird die Boykottpolitik der imperialistischen Staaten und um so besser können die sozialistischen Staaten den höchsten Stand der Arbeitsproduktivität an die Entwicklungsländer vermitteln.

Nicht dreihundert bis sechshundert Jahre benötigen also die Entwicklungsländer zur Überwindung ihrer Rückständigkeit, wie

die »optimistischsten« bürgerlichen Wissenschaftler meinen. Länder, die den sozialistischen Weg beschreiten, könnten, entsprechend den unterschiedlichen Voraussetzungen, in einem Zeitraum von etwa zehn bis fünfundzwanzig Jahren Hunger, Unterernährung, Unwissenheit und Analphabetismus beseitigen und die Lebenserwartung vergrößern.

Kuba z. B., das nach der Erringung seiner politischen und ökonomischen Unabhängigkeit vom USA-Imperialismus den Weg von der sozialistischen Orientierung zum Sozialismus beschritt, konnte trotz Wirtschaftsblockade der USA und anderer imperialistischer Länder, die die jahrzehntelang gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zerriß, mit Hilfe der sozialistischen Länder diese Probleme in weniger als zwanzig Jahren lösen.

Die Entwicklungsländer, die den sozialistischen Weg beschreiten, können unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen in den nächsten Jahrzehnten bis etwa Ende des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts das heutige ökonomische Niveau der entwickelten sozialistischen Länder erreichen und sich danach die Aufgabe stellen, diese Länder, die in den Kommunismus hineinwachsen, allmählich einzuholen. Dabei ist zu beachten, daß z. B. in tropischen Gebieten nicht das gleiche Prokopfeinkommen wie in den entwickeltsten sozialistischen Ländern erforderlich ist, um die Rückständigkeit zu überwinden und einen hohen Lebensstandard zu erreichen.

Aggressive Aktionen imperialistischer Mächte oder ihnen höriger Staaten gegen die um sozialen Fortschritt kämpfenden Völker können jedoch deren Entwicklung um Jahre verzögern. Die USA-Aggression gegen Vietnam und die aggressiven Überfälle Südafrikas auf Angola verlangsamen zweifellos den sozialen Entwicklungsprozeß und schieben den Zeitpunkt des Einholens der fortgeschrittenen Länder hinaus. Grundsätzlich aufzuhalten ist dieser Prozeß jedoch nicht.

Sicher werden auch die Entwicklungsländer kapitalistischer Orientierung, je mehr sich die Vorzüge des sozialistischen Weges entfalten, den qualvollen, langsamen Weg des Kapitalismus, den Weg der Wirtschaftskrisen und der Bereicherung einer kleinen Gruppe von Menschen auf Kosten der Mehrheit des Volkes, abkürzen. Zweifellos wird es in der Zukunft ein höheres Tempo beim Übergang der Völker vom kapitalistischen Weg zur sozialistischen Orientierung als in der Vergangenheit geben.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß eine größere Anzahl der schwachentwickelten Länder, die gegenwärtig noch den kapitalistischen Weg gehen, bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts diesen Weg verlassen und einen sozialistischen Weg beschreiten. Im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts verschwinden die gesellschaftlichen Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung in den Entwicklungsländern völlig, zumal der gesellschaftliche Wandlungsprozeß

in diesen Ländern zu einer Zeit vor sich geht, in der die sozialistischen Staaten von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zum Aufbau des Kommunismus fortschreiten und der imperialistische Machtbereich immer stärker eingeengt wird.

Die Erdölländer des Persischen Golfs z. B., die bereits die entwickelten kapitalistischen Länder im durchschnittlichen Prokopfeinkommen erreicht haben, können, wenn sie den sozialistischen Weg beschreiten, in relativ kurzer Frist einen hohen Lebensstandard für die Werktätigen erringen.

Unsere Epoche, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde, ist »die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsrevolution, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab«.[100]

Können wir den Atomkrieg verhindern?

Es ist für die Menschheit eine eigenartige, dramatische Situation entstanden. Einerseits hat der Kampf der fortschrittlichen Kräfte die Perspektiven für eine glückliche Zukunft und den Sozialismus-Kommunismus erschlossen, andererseits ermöglicht der wissenschaftlich-technische Fortschritt zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit, daß sie sich selbst vernichten kann. Im Inferno eines Atomkrieges würde das Elend des zweiten Weltkrieges und des Vietnamkrieges gering erscheinen.

Zuweilen wird die Auffassung vertreten, daß es die zwei außergewöhnlich zerstörerischen Kriege in diesem Jahrhundert nicht vermochten, eine schnelle Zunahme des wirtschaftlichen Wachstums zu verhindern. Wir sind jedoch gegenüber früher mit einer grundlegend neuen Situation konfrontiert. Ein Krieg unter weitgehendem Einsatz von Kernwaffen vermag die Kultur, selbst die natürlichen Existenzgrundlagen, total zu zerstören. Es geht ganz einfach um die Zukunft der ganzen Menschheit.

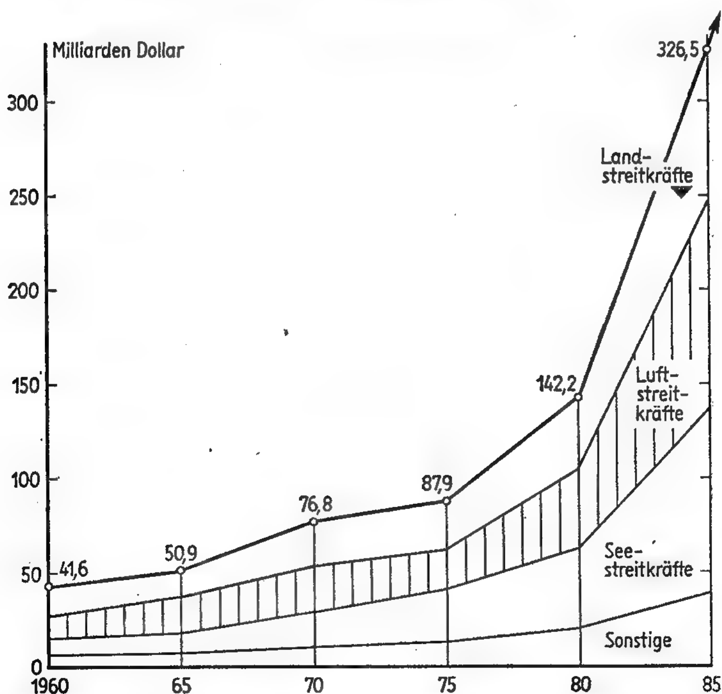
Jahrzehntelang hatten die imperialistischen Mächte jede Entspannung abgelehnt. Im Jahre 1975 waren sie aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses gezwungen, auf die Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten einzugehen und zu verhandeln. Realistisch denkende Politiker imperialistischer Länder erkannten, daß es angesichts des annähernd militärischen Gleichgewichts keine vernünftige Alternative zur friedlichen Koexistenz geben kann. So kam es auf der Gesamteuropäischen Konferenz in Helsinki zur Unterzeichnung der Schlußakte.

Doch der Entspannungsprozeß wurde erneut unterbrochen. Schon im Mai 1978 verkündete Washington demonstrativ ein langfristiges Programm zur weiteren Verstärkung des militärischen Potentials der NATO für die achtziger Jahre. Der reaktionärste, aggressivste Flügel der Monopolbourgeoisie hatte wieder die Oberhand gewonnen.

Seitdem jagt eine alarmierende Meldung die andere: »Washington besteht auf Stationierung von USA-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.« »Einbindung der NATO-Länder in das Langzeitrüstungsprogramm.« »Massierung von USA-Kriegsschiffen im Persischen Golf.« »Übungen der Eingreiftruppe in einem Gelände, das den Gebieten des Nahen und Mittleren Ostens nahekommt.« »Geschwader neuer Kampfflugzeuge auf Okinawa verlegt.« »USA setzten Anliegerstaaten des Indischen Ozeans unter Druck.« »USA-Präsident ordnet Produktion der Neutronenbombe an.«

Die Hochrüstung der USA

Offizielle Angaben der Washingtoner Administration über Bewilligungen für das USA-Verteidigungsministerium



Quelle: Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus? Militärverlag des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR, Moskau 1982, S. 49

Auf der NATO-Ratstagung in Brüssel wurde 1979 der sogenannte Raketenplan beschlossen. Er sieht vor, im »Ernstfall« gegen 750 Ziele in der DDR, Polen und der ČSSR und gegen weitere 750 Ziele in der westlichen Sowjetunion Atomwaffen einzusetzen.

Der derzeitige USA-Präsident ließ inzwischen die Strategie zur Führung eines »längeren nuklearen Krieges« gegen die Sowjetunion ausarbeiten. Während die UdSSR vor der UNO-Vollversammlung verkündet hat, daß sie nicht als erste Kernwaffen anwenden wird, sieht das Pentagon den atomaren Erstschlag als Mittel an, in einem Kernwaffenkrieg den Sieg zu erringen.

Die Stationierung von weiteren Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist wichtiger Bestandteil dieser Konzeption. Sie würde das militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO verändern. Gegen Ende 1981 verfügte die NATO in Westeuropa schon über 8 000 Kernsprengköpfe und 3 000 Trägermittel. Durch die weitere Anhäufung von Massenvernichtungswaffen würde Westeuropa zu einem noch gefährlicheren Pulverfaß.

Zum wichtigsten Raketen- und Kernwaffenträger der USA soll die BRD werden. Mehr als ein Drittel der eurostrategischen Trägermittel und mehr als die Hälfte der Kernsprengköpfe will Washington auf ihrem Territorium stationieren. Es ist nicht schwer einzusehen, daß diese Basen wie Magneten auch Gegenraketen anziehen würden und die BRD damit selbst ihren Untergang vorbereitet. Der Gegenschlag der Staaten des Warschauer Vertrages wäre unausbleiblich, und von der Bundesrepublik, mit der schon jetzt größten Atomwaffendichte auf Erden, bliebe nichts mehr übrig.

Anfang August 1980 unterzeichnete der ehemalige USA-Präsident J. Carter die »Presidential Direktive 59«. In dieser Direktive sind wichtige Veränderungen der Einsatzgrundsätze und der Zielplanung für die Kernwaffenstreitkräfte der USA festgelegt worden. Die bisherige Konzeption der »nuklearen Abschreckung« wurde durch Pläne ersetzt, die überraschend geführte Atomschläge auf gegnerische Rüstungszentren, Militärdepots, Stäbe und Kernwaffenstellungen vorsehen. Es ist ein Konzept des Erstschlages gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages.

Längere Zeit gab es im Pentagon die Auffassung, daß ein »militärisches Patt« bestehe und ein Kernwaffenkrieg »undenkbar« wäre; »... derjenige, der ihn entfesselt, begehe Selbstmord. Jetzt aber finden selbst auf offizieller Ebene ›neue‹, äußerst gefährliche militärpolitische und militärstrategische Konzeptionen immer stärkere Verbreitung, die zu begründen versuchen, daß Kernwaffen akzeptabel seien, daß ihr Einsatz im Interesse der Außenpolitik zweckmäßig und der Sieg in einem Kernwaffenkrieg möglich sei.«[101]

Worauf beruht die Konzeption des Pentagon über die Möglichkeit eines erfolgreichen atomaren Erstschlages?

Der technologische Fortschritt hat auf den Gebieten der Kernwaffenproduktion, des Flugzeugbaues und der Raketentechnik die Einsatzmöglichkeiten wesentlich erweitert. Die Vielfalt der Typen, ihre Miniaturisierung und größere Treffgenauigkeit verleihen den Kernwaffen eine eigenständige Bedeutung zur Vernichtung von Truppenteilen und militärischen Einrichtungen sowie zur Abriegelung von Aufmarschgebieten.[102]

Weitere Möglichkeiten ergeben sich dadurch, daß Raketen von U-Boten gestartet, Flugkörper wie die »Cruise Missile« ihr Ziel »zwischen den Gipfeln der Bäume« anschleichen und Atomgeschosse so präpariert werden können, daß sie durch Radar schwerlich zu orten sind.

»Eine weitere Besonderheit ist die Entwicklung neuartiger Raketenköpfe, die aus mehreren (bis zu 14) Leichtwasserstoffbomben bestehen, die einzeln mit Hilfe angesetzter Miniaturtriebwerke und anderer Lenkhilfen steuerbar sind ... Bei einigen Raketen lassen sich die Köpfe allerdings auch unabhängig voneinander auf verschiedene Ziele richten ... Manövrierfähige Sprengkopfsysteme sind in der Entwicklung, ... die in der Lage sind, ihre Richtung im Flug zu ändern, um Abwehrraketen auszuweichen ...«[103]

Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Minister für Verteidigung der UdSSR, stellte fest: »Beschleunigt werden kernwaffengetriebene Raketen-U-Boote vom Typ ›Ohio‹, interkontinentale ballistische ›MX‹-Raketen, neue ›strategische Bomber‹, strategische luft-, see- und landgestützte Flugraketen sowie ballistische Raketen ›Pershing 2‹ gebaut. Das kosmische System ›Space Shuttle‹ wird für militärische Zwecke genutzt.«[104] Inzwischen hat das Pentagon ein militärisches Kommando zur Kriegführung im Kosmos und aus dem Kosmos gebildet.

In einem Bericht von hochgestellten Mitarbeitern des Pentagon heißt es: »Hundert solche Waffen könnten, entsprechend postiert, eine Operation mit gleichzeitigem Start von tausend interkontinentalen ballistischen Raketen vereiteln ...«[105]

Diese Systeme sollen mit Hilfe von Ultraviolett- und Infrarotteleskopen gelenkt werden. Sie wirken mit hoher Geschwindigkeit und können Hunderte interkontinentale ballistische Raketen schon in der Abschußphase treffen.

Zugleich wird in dem Pentagonbericht zum Ausdruck gebracht: »Man muß den Wettlauf von Laser im Weltraum aufnehmen, dabei die Führung erobern und den Sieg erringen.«[106]

Es gibt bereits ein festes Programm: USA-Militärs hoffen, in den nächsten fünfzehn Jahren zehn militärische Orbitalstationen starten zu können. Jede soll mit einem 10-Megawatt-Laser und einem optischen System von 10 Meter Durchmesser ausgerüstet werden. Geplant wird, in fünfundzwanzig Jahren zehn Orbitalstationen mit je einem 25-Megawatt-Laser und einem optischen System von 15 Meter Durchmesser auf eine Bahn zu bringen.[107]

»Die terminmäßig miteinander abgestimmten Pläne des Pentagon zur Steigerung der strategischen Offensivwaffen und zur Einführung der Waffensysteme der kosmischen und Raketenabwehr laufen darauf hinaus, in den achtziger Jahren die Schaffung des sogenannten Erstschlagspotentials zu beenden.«[108]

Politisch-psychologischer Hintergrund der neuen NATO-Konzeption ist der abstruse Gedanke, man könne dem Gegner – wenn man sich durch die Entwicklung neuer Waffen einen Vorsprung verschaffe – die Bedingungen diktieren oder ihn durch einen Erstschlag derart lähmen, daß ihm die Möglichkeit des wirksamen Gegenschlages genommen wird.

Um die Werktätigen in den NATO-Ländern über die eigene aggressive Zielsetzung zu täuschen, spielt man die Bedrohungslüge von der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion wieder hoch. Doch das militärische Kräfteverhältnis ist, wie führende Politiker des Westens erklärten, ausgeglichen.

Der frühere Präsident Carter meinte am 1. Oktober 1979: »Unsere nationalen Verteidigungskräfte werden von niemandem in der Welt übertroffen.«

Sein Sicherheitsberater Brzezinski sagte in einem Interview für »The New York Times-Magazin« am 1. Januar 1979: »Die militärische Stärke der Sowjetunion reicht – obwohl sie sehr wesentlich zugenommen hat – nicht aus ..., um die Vereinigten Staaten zu beherrschen (wir sind mehr als auf dem gleichen Stand mit ihr).«

Der ehemalige USA-Außenminister Vance äußerte am 26. Oktober 1979 in einer Rede in Gainesville: »Zusammen investieren wir und unsere Verbündeten etwa 25 Prozent mehr in die Verteidigung als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt.«

Der ehemalige USA-Verteidigungsminister Brown erklärte am 25. April 1979 auf einer Pressekonferenz: »Aber wir haben einen Punkt erreicht, da hinsichtlich der strategischen Kapazität zwischen den USA und der Sowjetunion annähernde Parität besteht ...«

Der ehemalige BRD-Bundeskanzler Schmidt sagte in einem Interview für »The Economist« am 6. Oktober 1979: »Die politische Entwicklung vollzog sich in West- und Osteuropa auf der Basis eines fortschreitenden Gleichgewichts der militärischen Kräfte.«

Der ehemalige BRD-Minister Apel brachte am 15. September 1979 in den »Stuttgarter Nachrichten« zum Ausdruck: »Ein Vergleich der Kräfte insgesamt ergibt: Gegenwärtig funktioniert die Abschreckung zwischen beiden Lagern.«[109]

So schätzten sie die Lage selbst ein!

Weitere unwiderlegbare Tatsachen beweisen, daß die »militärische Bedrohung durch die Sowjetunion« eine bewußte Erfindung ist. Eine Bedrohung ging niemals von der Sowjetunion, sondern immer von den imperialistischen Mächten, insbesondere von den USA, aus.

Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und der UdSSR seit 1945[110]

Waffensysteme	Jahr der Einführung USA	UdSSR
Atombombe	1945	1950
Wasserstoffbombe	1953	1954
Mittelstreckenraketen (MRBM)	1953	1959
Langstreckenbomber	1953	1957
Taktische Nuklearwaffen	1955	1956
Interkontinentalraketen (ICBM)	1955	1957
Atom-U-Boote	1956	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959	1968
Anti-Raketen-Raketen (ABM)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1972
Raketen mit mehrfachen, einzeln lenkbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1975
Cruise Missile (Marschflugkörper)	1976	—
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	—

Warum also heizen die aggressivsten Kreise des Imperialismus den kalten Krieg an, weshalb verschärfen sie die Spannungen?

Der Imperialismus gibt weder sein Wesen noch seine Klassenziele auf. Er findet sich mit seinen Niederlagen nicht ab. Gerade in den letzten Jahren wurden seine Positionen durch den Sieg der Volksrevolutionen in einer Reihe von Ländern weiter eingeengt. Nun will er durch neue gefährliche Gegenstöße keine weitere Schrumpfung seiner Einflußsphären zulassen. Er unternimmt alle Anstrengungen, um die revolutionären Kräfte zu spalten und durch militärisches Eingreifen bestehende Positionen zu erhalten und verlorene zurückzugewinnen.

P. H. Nitze, die »graue Eminenz« und leitendes Mitglied des »Commitees on the Present Danger«, drückte sich sehr offen aus: »Die Vereinigten Staaten müssen danach trachten, die sowjetische Gesellschaft umzuwandeln, und um das zu tun, müssen sie in einem Zustand der Spannung mit der sowjetischen Regierung bleiben ... Das heißt, daß die Vereinigten Staaten danach trachten müssen, eine Mauer unnachgiebiger Feindschaft um die UdSSR zu errichten, ein politisch-militärisches Bündnis der Nationen Westeuropas, Japans, Chinas und anderer in der Dritten Welt ... Amerika muß bilaterale Abmachungen und sogar bilaterale Verhandlungen vermeiden, da diese eine dauerhafte Hinnahme des Sowjetregimes signalisieren und ihm Legitimität verleihen würden.«[111]

Der ehemalige USA-Minister Haig hat an der Universität Syracuse (USA-Bundesstaat New York) zu dem Thema: »Die NATO

und die Wiederherstellung der amerikanischen Herrschaft« ebenfalls die Katze aus dem Sack gelassen: »Wir sind voller Entschlossenheit, unsere Führerschaft in der Welt wieder herzustellen.« Hauptziel ist die Schaffung »... eines solchen Friedens, der den amerikanischen Idealen am besten entspricht«.[112]

Das heißt, die USA wollen einen »Frieden« erzwingen, der ihren imperialistischen Zielen entspricht, unter Mißachtung der Interessen anderer Völker.

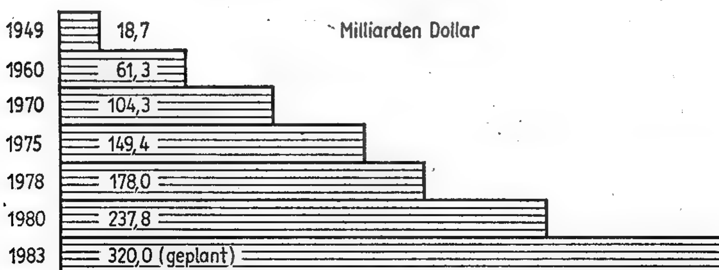
Welche Rolle die militärische Gewalt in der Geschichte der USA spielte, zeigen folgende Tatsachen. Der bekannte amerikanische Politiker W. Fulbrigth schrieb: »Wir haben eine Gesellschaft geschaffen, deren Hauptbeschäftigung Gewalt ist. Es entsteht der traurige Eindruck, daß wir uns in Amerika an die Kriege offensichtlich schon gewöhnt haben. Seit vielen Jahren bereits stekken wir in einem Krieg bzw. sind wir bereit, einen Krieg unverzüglich in einem beliebigen Raum der Welt zu entfesseln. Der Krieg und die Militärs sind zu einem integrierenden Bestandteil unseres Alltags und die Gewalt zum wichtigsten Produkt in unserem Lande geworden.«[113]

»Nach Feststellung der Zeitschrift ›US. News und World Report‹ wurden im Zeitraum von Dezember 1945 bis Februar 1972 – mit Ausnahme der Jahre 1955, 1956 und 1959 – ›amerikanische Truppen, Flugzeuge und Schiffe fast in jedem Raum der Welt – in Europa, Afrika, im Nahen Osten, in Asien und Lateinamerika – eingesetzt‹.«[114]

Motiv für das neu angepeitschte Wettrüsten ist im Zusammenhang mit den zunehmenden Schwierigkeiten im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Erzielung von Maximalprofit. Der militärisch-industrielle Komplex fürchtet, daß der Entspannungsprozeß auf die Dauer unumkehrbar werden könnte.

Ferner soll die stete Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Staaten gehemmt und der internationale Einfluß des Sozialismus

Steigende Rüstungsausgaben der NATO



Quelle: Monopole im Visier, Dietz Verlag, Berlin 1982, S. 47

und seine zunehmende Ausstrahlungskraft auf die Volksmassen in den kapitalistischen Ländern geschwächt werden. Außerdem hoffen die Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes, daß die sozialistischen Länder unter dem Druck immer höherer Verteidigungsausgaben ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung verlangsamen müssen. Und schließlich glauben sie, durch die Entwicklung neuartiger Waffen doch noch eine militärische Überlegenheit zu gewinnen.

Kurz gesagt, der Sozialismus soll zurückgedrängt, »totgerüstet« und möglichst vernichtet werden. Die imperialistischen Mächte wollen sich nicht mit dem Verlust ihrer einstigen militärischen Überlegenheit abfinden. Sie sind gegen die Entspannung, weil das friedliche Nebeneinanderbestehen der unterschiedlichen Systeme günstige äußere und auch innere Bedingungen für das Ringen der Völker um sozialen und nationalen Fortschritt schafft.

»Um ihre vollkommen unbegründete Behauptung über die Verletzung des Kräftegleichgewichts durch die UdSSR zu beweisen, bedienen sich die amerikanischen ›Experten‹ der verschiedensten Kniffe. So schließen sie z. B. bei der Berechnung die amerikanischen vorgeschobenen nuklearen Mittel (kernwaffentragende Flugzeuge, die auf Luftwaffenstützpunkten einer Reihe von westeuropäischen Ländern stationiert sind, kernwaffentragende Flugzeuge amerikanischer Flugzeugträger, der NATO zugeteilte amerikanische raketenbestückte U-Boote und andere) aus und lassen ebenfalls die Kernwaffen anderer NATO-Staaten außer acht, die das Territorium der UdSSR und ihrer Verbündeten treffen könnten ...

Will man objektiv urteilen, darf man bei der Berechnung des Kräfteverhältnisses nicht nur einzelne Waffengattungen isoliert voneinander betrachten, sondern man muß das nukleare Potential der Seiten im ganzen vergleichen, und das ist zur Zeit annähernd gleich.«[115]

Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO-Seestreitkräfte, Admiral a. D. Antoine Sanguinetti, bestätigte diese Feststellungen in einer Fernsehsendung. Der Westen gleiche die bodengestützten Raketen der Sowjetunion aus »mit Atom-U-Booten, die keiner zählt, mit den ganzen Flugzeugen, die es alle gibt, die aber keiner zählt ..., aber sie gehören zum Gleichgewicht. Hier wird das Spiel gefälscht«.[116]

Die Antwort der sozialistischen Staaten auf den von den USA organisierten Rüstungswettlauf ist die konsequente Fortführung der Entspannungspolitik. Die Sowjetunion ist bereit, über Raketenwaffen nuklearer Reichweite und, in organischer Verbindung damit, über vorgeschobene Kernwaffen zu verhandeln. Sie ist auch bereit, nicht nur eine Begrenzung, sondern die Verringerung ihrer Anzahl zu erreichen.

Das von der UdSSR vorgeschlagene Moratorium soll der erste

Schritt sein. Es soll solange gültig bleiben, bis ein ständiger Vertrag über die Begrenzung oder die Reduzierung von Raketenkernwaffen nuklearer Reichweite in Europa, unter Einschluß der vorgeschobenen amerikanischen Mittel, abgeschlossen ist.

Leonid I. Breshnew erklärte: »Wir sind der Auffassung, daß es keinen Abrüstungsbereich und keine Waffenkategorie gibt, über die man sich nicht einigen könnte. Auch das Problem der nuklearen Mittelstreckenkernwaffen in Europa kann im Interesse aller Völker gelöst werden. Kann und muß.«[117]

Neue Abrüstungsvorschläge der UdSSR liegen auf dem Tisch.

Das imperialistische Komplott der Konfrontationspolitik muß vereitelt werden!

Für jeden Marxisten ist klar, daß angesichts der enormen Zerstörungskraft moderner Waffen die Widersprüche und Konflikte zwischen den Staaten auf friedlichem Wege gelöst werden müssen.

Das Problem der Koexistenz zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaftsordnung entstand mit dem Ausbrechen der Völker Rußlands aus dem imperialistischen Machtbereich im Jahre 1917. Die Notwendigkeit für das Nebeneinanderbestehen des kapitalistischen und des sozialistischen Systems ergibt sich daraus, daß die sozialistische Revolution nicht in allen Ländern gleichzeitig heranreift und die Werktätigen folglich auch nicht in allen Ländern gleichzeitig siegen können. Infolge der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, besonders in seiner imperialistischen Phase, erstreckt sich die Beseitigung des Kapitalismus über eine ganze historische Epoche, in der der Herrschaftsbereich des Kapitalismus immer mehr eingeschränkt wird. Das Nebeneinanderbestehen des kapitalistischen und des sozialistischen Systems ist folglich eine unvermeidliche Erscheinung.

Der Sozialismus erstrebt den Beweis seiner Überlegenheit über den Kapitalismus im friedlichen Wettstreit der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme. Jedes Volk muß das unveräußerliche Recht haben, seine politische und soziale Ordnung selbst zu bestimmen.

Es ist erforderlich, »... die unausweichliche Auseinandersetzung zwischen der Gesellschaftsordnung der Vergangenheit und der Zukunft unter Ausschaltung der Mittel des Krieges bei Achtung der Souveränität jedes Staates und der Unverletzbarkeit der Grenzen zu führen«.[118]

Die NATO-Führungsspitze behauptet, die Warschauer Vertragsstaaten seien im Bereich der konventionellen Waffen überlegen. Infolgedessen müsse die NATO dies durch einen etwaigen Kernwaffeneinsatz wettmachen. Diese Behauptung entbehrt jeder Logik, denn die UdSSR wie die anderen sozialistischen Staaten wissen, daß jeder Angriffsversuch in Mitteleuropa, ganz gleich von welcher Seite er unternommen wird, zwangsläufig zum Ausbruch eines Kernwaffenkrieges führen würde.

Die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten ist kein Zufall. Schon Marx und Engels wiesen darauf hin, daß in der sozialistischen Gesellschaftsordnung das internationale Prinzip der Friede sein wird. Diese Zielsetzung ergibt sich aus dem Charakter ihrer Staatsmacht und der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Es gibt im Sozialismus keine Ausbeuterklassen, die an der Ausplünderung und Unterdrückung fremder Länder interessiert wären. Da die sozialistischen Eigentumsverhältnisse einen unbedingten Fortschritt der Produktivkräfte und eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards gewährleisten, können Kriege dieser Entwicklung nur Schaden zufügen. Das sozialistische Lager hat auch genügende Naturreichtümer und verfügt über alle Rohstoffquellen, die es zu seiner Entwicklung benötigt.

Es gibt auch keinen Grund für einen Export der sozialistischen Revolution in andere Länder. Revolutionäre Umwälzungen können nur aus dem Kampf der ausgebeuteten Klassen in ihren eigenen Ländern hervorgehen und nicht von außen aufgezwungen werden. Die Politik der sozialistischen Länder besteht nicht darin, einem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzuzwingen. Ihr Ziel ist es, zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, also der gegenseitigen Achtung der Souveränität und Integrität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen, der Gleichheit und des wechselseitigen Vorteils in den Beziehungen zu verwirklichen.

Friedliche Beziehungen schaffen günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, für die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung und für den Befreiungskampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, d. h. für den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt.

In den sozialistischen Ländern verdient auch niemand an der Rüstung. In den kapitalistischen Ländern erzielen imperialistische Rüstungskonzerne zwei- bis dreimal so hohe Profite wie im Durchschnitt der gesamten Industrie. Von 169 Unternehmen der Rüstungsindustrie – so wies die Untersuchung eines USA-Senatsausschusses nach – hatte kein Betrieb eine Profitrate unter 50 Prozent, drei erzielten 500 und einer sogar 2000 Prozent Profit.[119]

Führende Kreise des Imperialismus verbanden mit dem partiellen Eingehen auf die friedliche Koexistenz die Hoffnung, das sozialistische Lager schwächen zu können. Sie wurden enttäuscht. Das Kräfteverhältnis verschob sich im letzten Jahrzehnt besonders augenfällig zuungunsten des Imperialismus. Nun hoffen seine aggressivsten Kreise, ihre Absichten durch Konfrontation verwirklichen zu können.

Welche Aussichten haben diese imperialistischen Kräfte, ihre Ziele zu erreichen?

Das ökonomische Potential eines Landes ist ein wesentlicher

Faktor der militärischen Stärke. Wir sahen, daß die USA noch einen beträchtlichen ökonomischen Vorsprung vor der UdSSR haben. Darauf gestützt ist die aggressive amerikanische Führungsspitze bestrebt, ihre abenteuerlichen Ziele zu verwirklichen.

Es gibt Erfahrungen aus der Vergangenheit und Faktoren der Gegenwart, die es erlauben, ihre Chancen real einzuschätzen.

Das Konzept der NATO beruht auf einer unrealistischen Beurteilung der Lage. Viele Jahre lag das Nationalprodukt in der Sowjetunion wesentlich unter dem der USA. Trotzdem gelang es der Sowjetunion, das militärische Gleichgewicht gegenüber den USA im Interesse ihrer Sicherheit zu erringen. Das war in der Vergangenheit für die Sowjetunion eine schwere Last.

Heute ist die Situation grundlegend anders. Die Sowjetunion hat ein großes ökonomisches Potential erreicht. Allein in den Jahren von 1976 bis 1980 konnte sie so große Mittel für die Entwicklung der Volkswirtschaft einsetzen wie in den ersten vierzig Jahren des Bestehens der Sowjetmacht. Zugleich realisierte sie das bisher umfangreichste Sozialprogramm.

Die Sowjetunion senkte den Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben des Staatshaushaltes von 20,9 Prozent im Jahre 1953 auf 6,4 Prozent im Jahre 1979.[120] 1981 betrug das Militärbudget trotz der notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft nur noch 5,7 Prozent aller staatlichen Ausgaben.[121]

Wie würde sich die Lage bei der weiteren Verwirklichung des USA-Rüstungsprogramms gestalten?

Es gibt bürgerliche Ideologen, die behaupten, die Rüstung habe eine wachstumsfördernde Wirkung auf die Wirtschaft. Es wurde schon früher dargelegt, daß diese Wirkung nur vorübergehend und sehr begrenzt sein kann. Das zeigt auch das Beispiel des Krieges der USA gegen die KDVR. Die USA konnten durch eine starke Erhöhung der Rüstungsaufträge die Krise von 1949/50 schneller überwinden. »Das waren jedoch, wie die spätere Entwicklung zeigt, kurzzeitige Wirkungen. Die Rüstung ist wider aller Behauptungen der bürgerlichen Ideologen keineswegs in der Lage, ... die ökonomische Konjunktur zu stabilisieren und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu überwinden.«[122]

Ein wesentlicher Teil des Nationaleinkommens wird der Wirtschaft und dem Verbrauch entzogen. Das schließliche Ergebnis der USA-Rüstung sind tiefere Wirtschaftskrisen, zunehmende Inflation, wachsende Arbeitslosigkeit, neue soziale Erschütterungen.

1981 wurden in den USA für die Rüstung 173,4 Milliarden Dollar, 1982 222 Milliarden Dollar ausgegeben. Für den Zeitraum von 1981 bis 1986 sind für die Hochrüstung 1638,2 Milliarden Dollar vorgesehen. Das ergibt ein jährliches Wachstum der Rüstungsausgaben von rund 20 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Inflationsrate, die 1980 in den USA

13,5 Prozent betrug, dürfte ein reales Wachstum der Rüstung von etwa 7 Prozent bestehen.[123] Von 1968 bis 1978 betrug aber das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in den USA nur 2,9 Prozent und 1979 2,3 Prozent; 1980 und 1981 war sogar ein »Minuswachstum« vorhanden. Zwischen den ökonomischen Möglichkeiten und der in Gang gesetzten Rüstungsspirale besteht in den USA folglich eine große Kluft.

Schon in den siebziger Jahren nahmen in den USA und anderen kapitalistischen Ländern die Rüstungsausgaben schneller zu als das Bruttoprodukt. Das USA-Langzeit-Rüstungsprogramm wird die Wirtschaft noch stärker überfordern. Infolgedessen sind in den Haushaltsplänen drastische Kürzungen der Sozialausgaben, Lohnkürzungen und Steuererhöhungen vorgesehen. Eine wesentliche Verschlechterung des Lebensstandards der USA-Bürger und noch niedrigere wirtschaftliche Wachstumsraten als bisher werden das Ergebnis der Aggressionspolitik sein. Der Rüstungswahn und die erhöhte ökonomische Labilität der USA und der anderen NATO-Länder bilden einen Teufelskreis, aus dem ihre Wirtschaft nicht herauskommt. Darum »kracht es an den Börsen«, und es kommt zu Kursstürzen. Nicht nur große Teile der Werktätigen, sondern auch wachsende Teile des Bürgertums beginnen zu begreifen, daß die Hochrüstung die Wirtschaft in den Ruin treibt.

Einige NATO-Staaten. wie z. B. Belgien und Holland, befinden sich in einer wirtschaftlichen Lage, die selbst die Regierenden veranlaßt, die USA-Forderungen nach verstärkter Rüstung zurückhaltend aufzunehmen. Das ist auch einer der Gründe, warum die USA von ihren Verbündeten nicht die volle Unterstützung für ihren Kreuzzug gegen die Entspannung erhalten konnten.

Wie wäre die Situation in der UdSSR?

Von 1970 bis 1980 stiegen die Staatseinnahmen von 154,6 auf 284,5 Milliarden Rubel. Die Verteidigungsausgaben jedoch sanken von 17,9 auf 17,1 Milliarden Rubel. Um gegenüber den USA das militärische Gleichgewicht zu sichern, müßte auch die Sowjetunion ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Das Ergebnis wäre aber wesentlich anders als in den USA. Der Fünfjahrplan von 1981 bis 1985 sieht nicht nur die Erhöhung des Nationaleinkommens um 28 bis 30 Prozent, sondern auch des Realeinkommens pro Kopf der Bevölkerung um weitere 16 bis 18 Prozent vor.

Ähnlich ist die Situation, wenn man die ökonomischen Möglichkeiten der NATO-Staaten einerseits und die der Staaten des Warschauer Vertrages insgesamt in Rechnung stellt. Ungeachtet der notwendigen Aufwendungen für die nationale Sicherheit, wird in den sozialistischen Ländern das Sozialprogramm weitergeführt.

Sollte eine Situation entstehen, in der die Sowjetunion die Verteidigungsausgaben einfrieren kann, dann würde sich ihr Anteil am Staatshaushalt von gegenwärtig 5,7 Prozent in Zukunft weiter verringern; dadurch entstünden natürlich neue Impulse für ein schnel-

leres Ansteigen des Lebensstandards. Im wesentlichen ähnlich wäre die Auswirkung auf die anderen sozialistischen Länder.

Ich war in meiner Perspektivbetrachtung sehr vorsichtig, um zu optimistische Einschätzungen zu vermeiden. Sehen wir, was F. Baade bereits 1960 zu dieser Frage schrieb: »Schon die Sowjetunion allein, insbesondere aber auch darüber hinaus der kommunistische Block, ist heute bereits eine der stärksten Militärmächte der Welt. Ihr Gewicht würde sich, wenn die Rüstungen weitergehen, von Jahr zu Jahr nicht verringern, sondern verstärken... Da aber die Industrieproduktion und das Sozialprodukt in der Sowjetunion dreimal so stark steigen wie in den Vereinigten Staaten, brauchen die Russen nichts weiter zu tun, als ihre Rüstungsausgaben auf der gleichen absoluten Höhe zu halten wie gegenwärtig. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt würde dadurch im Laufe von sieben Jahren auf die Hälfte dessen zurückgehen, was er heute beträgt.«[124]

Die Praxis bestätigte das im wesentlichen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt der Sowjetunion ging, wie wir sahen, von 20,9 Prozent im Jahre 1953 auf 5,7 Prozent 1981 zurück.

Die Überlegenheit einer neuen Gesellschaftsordnung ist gesetzmäßig. Sie äußert sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Betrachten wir die Verteidigungsindustrie. Sie setzt eine zentralisierte wissenschaftliche Planung voraus. Im Kapitalismus trägt – bedingt durch das Profitsystem – die Planung einen begrenzten, einseitigen Charakter. Sie ist bestenfalls staatliche Regulierung. Diese führt nicht zu maximalen Ergebnissen. Die Mittel für den militärischen Aufwand werden durch die Profite begrenzt. Und die lagen, wie wir sahen, bei den größten Rüstungsunternehmen über 50 Prozent. Außerdem gestatten die widerstreitenden kapitalistischen Interessen und das Konkurrenzverhalten keine volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten.

Als das faschistische Deutschland die Sowjetunion überfiel, produzierte es über 42 Millionen Tonnen Stahl und die Sowjetunion nur über 18 Millionen Tonnen. Bei Kohle und in anderen kriegswichtigen Industriezweigen war das Verhältnis noch günstiger für den Faschismus. Dann wurde durch die Besetzung großer Teile der Sowjetunion das Wirtschaftspotential der UdSSR noch einmal halbiert.

Im Sommer 1942 war in den Händen der Faschisten ein Territorium, »auf das vor dem Kriege 45 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion, 38 Prozent der industriellen Bruttoproduktion und 47 Prozent der Aussaatfläche entfielen«.[125]

Trotzdem produzierte die UdSSR nach kurzer Zeit doppelt soviel technische Kampfmittel wie das faschistische Deutschland.

»Im Jahre 1942 erhöhte sich die Produktion in der Verteidi-

gungsindustrie gegenüber 1940 im Ural auf mehr als das 5fache, in Westsibirien auf das 27fache, im Wolgagebiet auf das 9fache.«[126]

Besonders gegenwärtig versuchen bürgerliche Wissenschaftler, die Leistungen der sozialistischen Wirtschaft im Großen Vaterländischen Krieg abzuwerten und die Lieferungen an Rüstungserzeugnissen durch die USA und England zu übertreiben. Es ist eine Tatsache, daß die Lieferungen durch die USA und England keinen wesentlichen Einfluß auf die Zerschlagung der faschistischen Aggression ausübten.

»Die sowjetische Rüstungsindustrie lieferte in den Kriegsjahren 136 844 Flugzeuge aller Art, 102 500 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 498 900 Geschütze. In der gleichen Zeit erhielt die UdSSR nach dem ›Pacht- und Leihgesetz‹ 18 751 Flugzeuge, 11 567 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 9 600 Geschütze. Im letzten Kriegsjahr gingen die Lieferungen merklich zurück und betrugen weniger als 3 Prozent der Eigenproduktion.«[127]

Die ökonomisch-politischen Verhältnisse im Sozialismus erhöhen in bedeutendem Maße die militärischen Möglichkeiten des sozialistischen Staates gegenüber den kapitalistischen Ländern.

Außerdem erlaubt die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, in weit höherem Maße die Kooperation und die Spezialisierung in der Waffenproduktion zu organisieren. Infolgedessen werden die Erzeugnisse wesentlich billiger hergestellt; dadurch können in den sozialistischen Staaten bei gleichem finanziellen Aufwand weit mehr technische Kampfmittel produziert werden.

Das kapitalistische Profitsystem in den NATO-Ländern hingegen gewährleistet keine stabile militärische Kooperation. In einer BRD-Militärzeitschrift kommt das ziemlich klar zum Ausdruck. »Die Europäer in der NATO unternahmen Mitte Oktober in Brüssel einen neuen Versuch, in der Rüstungskooperation endlich voranzukommen. Zur Erinnerung: Seit 1951 ruft die NATO nach der Standardisierung. Seit bald dreißig Jahren gab es weiterhin vier europäische Standpunkte: ... Die Darlegungen eines Pariser Sprechers ... kommen auf die Quintessenz hinaus: Kauft französische statt amerikanische Ausrüstung ... England – zur Hergabe aller Souveränität in Rüstungsdingen seien die europäischen Staaten nicht bereit .... Deutschland – (es, E. H.) ständen weniger politische als wirtschaftliche Schwierigkeiten (Arbeitsplätze, Rückfluß staatlicher Subventionen) der Errichtung einer ›europäischen Rüstungs-Beschaffungs-Agentur‹ entgegen.«[128]

Der wichtigste Faktor der Verteidigungsfähigkeit eines Landes sind die Menschen und die moralische Kraft der Kämpfer, ihr Heroismus, das kühne entschlossene Handeln sowie ihre Fähigkeiten, die Wirtschaftskraft und die Verteidigungsfähigkeit zu entwickeln. Der Sozialismus beseitigt die Gegensätze zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten. Damit entsteht die Grundlage für

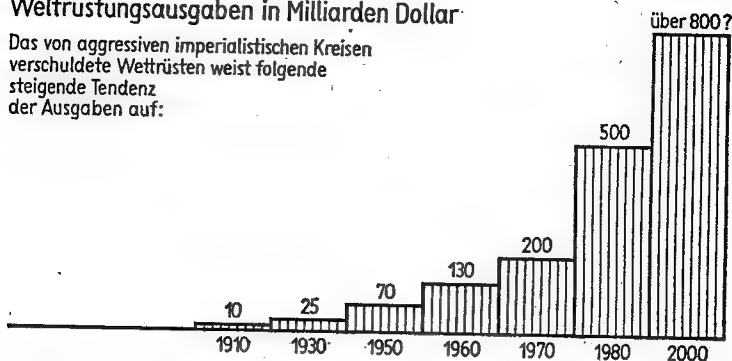
das gemeinsame, einheitliche Interesse an der Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, da seine Ziele den Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft entsprechen. Lenin wies bereits vor dem Sieg der Oktoberrevolution darauf hin, daß »die Verteidigungsfähigkeit eines Landes, das das Joch des Kapitals abgeschüttelt, den Bauern Boden gegeben, die Banken und Fabriken unter Arbeiterkontrolle gestellt hat, um ein Vielfaches größer sein würde als die eines kapitalistischen Landes«.[129]

Das beweisen die geschichtlichen Tatsachen, die Niederlage der Interventen nach der Oktoberrevolution und die Vernichtung der faschistischen Aggressionsheere im zweiten Weltkrieg durch die Sowjetarmee. Aber nicht nur die politisch-moralische Einheit des Volkes wächst in den sozialistischen Ländern. Auch der Annäherungsprozeß der Völker der sozialistischen Staatengemeinschaft entwickelt sich. Das Gefühl der Solidarität wächst, das auf gemeinsamen ökonomischen und politischen Interessen beruht und das Streben nach Sicherheit gegenüber der Erstschlagsbedrohung durch den Imperialismus einschließt.

Mit dem Erringen des militärischen Gleichgewichts durch die UdSSR gegenüber den USA verlor der Imperialismus seine militärische Überlegenheit. Das militärische Gleichgewicht ist eine große historische Errungenschaft. Es ist die Grundlage, um die aggressiven Kräfte zur friedlichen Koexistenz zu zwingen und den Frieden zu erhalten. Die sozialistischen Staaten streben keine militärische Überlegenheit an, aber eine Störung des militärischen Gleichgewichts zum Nachteil für die eigene Sicherheit werden sie keinesfalls zulassen. Darauf können sich die Werktätigen aller Länder verlassen.

Zugleich stößt die friedensfeindliche Politik des aggressivsten Flügels des USA-Imperialismus auf wachsende Besorgnis und Ablehnung, auf den Widerstand selbst im eigenen Land, in den Ländern Westeuropas, in Kanada, Japan und anderen Teilen unseres Erdballs. Auch Teile der Monopolbourgeoisie sind gegen eine Verschärfung der Spannungen und die Hochrüstung. »Spannungen und Hochrüstung heizen die Inflation an, die hauptsächlich die arbeitenden Menschen trifft, aber auch Verzerrungen in den internationalen Konkurrenzverhältnissen verursacht, die bestimmte monopolistische Kreise negativ beeinflußt.«[130]

Die aggressiven Kreise in den USA schlagen alle historischen Erfahrungen in den Wind. Sie hoffen, durch Entwicklung von Laserwaffen die Raketen und Satelliten des Gegners vernichten zu können, von Partikelwaffen, von Flugzeugen und Raketen, die mit Radar und anderen Mitteln schwer zu entdecken sind, eine technologische Überlegenheit zu erreichen. Die Sowjetunion verfügt heute jedoch über mehr Möglichkeiten als je zuvor, um diese Absichten zu vereiteln und das militärische Gleichgewicht zu sichern. Das hat sie in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg bewiesen.



Quelle: horizont, 22/1982, zusammengestellt nach Angaben von SIPRI (Stockholmer Institut für internationale Friedensforschung)

Sie vermag, jedes militärische Potential zu schaffen und aufrechtzuerhalten, das zu ihrer Verteidigung erforderlich ist.[131]

Die ökonomische Kraft der Sowjetunion, die Überlegenheit der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die es ermöglichen, die wirtschaftlichen Potenzen schnell zu entwickeln und sie auch zu nutzen, sowie die hohe Kampfmoral des Sowjetvolkes werden die Pläne der Aggressionspolitiker zum Scheitern bringen.

Eine besondere Bedeutung im Kampf für die Entspannung haben die konstruktiven Vorschläge der UdSSR, um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Sie beflügeln die Friedensbewegung, ungeachtet der Verschiedenheit in weltanschaulichen und politischen Fragen. »Trotz aller gegenteiligen Bestrebungen gewisser Kreise der NATO wirken die Ergebnisse des Entspannungsprozesses fort. Die Völker bekunden ihren Friedenswillen zunehmend stärker. Wie ich meine, bestehen durchaus begründete Aussichten, daß es gelingt, den Prozeß der Entspannung weiterzuführen, die Abrüstung voranzubringen und zu erreichen, daß Frieden, Entspannung und Sicherheit zu dauerhaften Grundregeln der internationalen Politik werden.«[132]

Es ist jedoch zu beachten, daß die Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche die reaktionärsten Kreise, besonders in den USA, veranlassen könnten, in einer Aggression gegen das sozialistische Weltsystem einen Ausweg zu suchen.

Erich Honecker stellte fest, daß die Gefahr für den Frieden und die Entspannung bedeutend angewachsen ist. »Und es wäre nicht das erste Mal, daß der Imperialismus den Ausweg aus der Krise seines Systems in kriegerischen Abenteuern sucht.«[133]

Das Hudson-Institut, das dem Pentagon nahesteht, empfiehlt, »... den Kernwaffenkrieg so zu planen, daß die Niederlage der Sowjetunion sicher ist, vorausgesetzt, die Vereinigten Staaten haben die Möglichkeit des raschen Wiederaufbaus«.[134]

Die militärische und politische Führung der USA erklärt: »... mehrere Programme zur strategischen Rüstung, in erster Linie die Bestückung von Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen und die Erhöhung ihrer Kampfwirkung, böten die Möglichkeit, einen wirksamen Raketenangriff auf strategische bodengebundene Objekte und vor allem auf die Kommandozentralen und die geschützten Startsilos der Interkontinentalraketen der anderen Seite zu unternehmen. Allerdings behält die andere Seite – ebenso wie früher – die Möglichkeit, durch einen Gegenschlag mit Fliegerkräften und U-Boot-gestützten Raketen die Verwaltungs- und Industriezentren des Gegners zu vernichten. Diese Fähigkeit, so behaupten die Strategen im Pentagon, könne jedoch durch die Drohung des Initiators eines ›nuklearen Schlagabtausches‹ lahmgelegt werden, die folgenden Schläge gegen die Städte der anderen Seite mit Hilfe seiner analogen Reservekräfte zu richten. Somit würden also die Verwaltungs- und Industriezentren beider Mächte selbst im Falle interkontinentaler Schläge gegen die militärischen bodengebundenen Objekte gewissermaßen als Geiseln dienen«.[135]

Der ehemalige USA-Kriegsminister H. Brown hat diese Konzeption kurz und klar formuliert. »Die USA müßten die Fähigkeit besitzen, selektiv und kalkuliert eine ganze Reihe militärischer, industrieller bzw. politisch administrativer Ziele anzugreifen und dabei zugleich die Fähigkeit zur garantierten Vernichtung in der Hinterhand behalten.«[136]

Die neue Strategie der militärischen Planer des Pentagon enthält auch Richtlinien eines längeren Kernwaffenkrieges, der sich über mehrere Wochen, sogar Monate erstrecken kann.

»Die vom Pentagon ausgearbeiteten Pläne eines ›begrenzten‹ Einsatzes strategischer Offensivkräfte enthalten zahlreiche Varianten nuklearer Schläge, die die Verwendung einiger weniger bis mehrerer tausend Kernmunitionseinheiten vorsehen. Den Plänen nach sollen solche Kernschläge der strategischen Kräfte gegen unterschiedliche Zielkomplexe auf dem Gebiet der Sowjetunion und der Länder der sozialistischen Gemeinschaft sowie in den Regionen der sogenannten Lebensinteressen der USA, darunter im Nahen Osten und Mittleren Osten, geführt werden.«[137]

Die Gefahren eines totalen Kernwaffenschlages gegen die UdSSR begreifen die USA-Strategen sehr wohl, deshalb streben sie danach, aus dieser Sackgasse durch eine Konzeption »selektiver Raketenangriffe«, »begrenzter Gegenschläge« herauszukommen.[138]

Diese Konzeption, die sich auf Rechenmodelle stützt und die Menschen außer acht läßt, ist nicht nur menschheitsfeindlich, sondern auch illusorisch.

»Den Menschen soll suggeriert werden, ein Kernwaffenkrieg könne auch begrenzt sein, und sie sollen sich mit dem Gedanken abfinden, daß ein solcher Krieg zulässig sei.

Das aber ist eine Irreführung der Völker! Würde doch ein nach US-amerikanischen Vorstellungen ›begrenzter‹ Kernwaffenkrieg, z. B. in Europa, schon gleich zu Beginn den sicheren Untergang der europäischen Zivilisation bedeuten. Aber auch die Vereinigten Staaten selbst würden natürlich von den Flammen des Krieges nicht verschont bleiben.«[139]

Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Minister für Verteidigung der UdSSR, betonte nachdrücklich: »Kann man ernsthaft irgendeinen begrenzten Kernwaffenkrieg in Erwägung ziehen? Es ist doch allen klar, daß die Handlungen des Aggressors unausweichlich und unverzüglich einen vernichtenden Gegenschlag der Seite auslösen, gegen die sich die Aggression richtet. Nur völlig verantwortungslose Leute können behaupten, daß es möglich sei, einen Kernwaffenkrieg nach irgendwelchen vorher aufgestellten Regeln zu führen, denen zufolge die Raketenwaffen wie nach einem ›Gentleman's Agreement‹ explodieren.«[140]

Die Bestrebungen der imperialistischen Konfrontationspolitiker sind auch aus einem anderen Grunde aussichtslos. »Die Fähigkeit, aus Kampfhandlungen als Sieger hervorzugehen, verliert seinen Sinn, denn bei den derzeitigen riesigen Kernwaffenarsenalen wird militärische Überlegenheit unerreichbar.«[141]

Die nächsten zwanzig Jahre werden entscheidend sein. Kommunisten sind keine Untergangsphilosophen, aber auch keine Utopisten, die ohne Berücksichtigung der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung das Paradies versprechen. Ihr Handeln beruht auf der realen Einschätzung der konkret historischen Aufgaben und des Kräfteverhältnisses der Klassen. Zweifellos haben wir durch angestrengte Arbeit und auch erbitterte politische Kämpfe im internationalen Maßstab ein günstiges Kräfteverhältnis geschaffen.

In den nächsten zwanzig Jahren wird die Beispielwirkung des Sozialismus für die Werktätigen aller Länder noch größer werden.

In einem entwickelten kapitalistischen Land oder in mehreren Ländern wird der Kampf der Volksmassen zur Einschränkung oder zur ökonomischen und politischen Entmachtung der Monopole und des militärisch-industriellen Komplexes geführt haben oder sich sogar der Übergang zum Sozialismus vollziehen.

Selbst wenn das Monopolkapital in den entwickelten kapitalistischen Ländern noch wichtige Positionen behaupten würde, aber die große Masse des Volkes entschieden friedliche Positionen einnimmt, kann der Atomkrieg einschließlich konventioneller Kriege verhindert werden. Damit wäre für die Menschheit eine glückliche Zukunft gesichert.

Doch diese objektive Möglichkeit ist noch keine Wirklichkeit.

In der Wirklichkeit gibt es stets Möglichkeiten, die die Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ausdrücken, und solche des zeitweiligen Sieges des Alten über das Neue. Bei nicht richtiger Ausnutzung der objektiven Möglichkeiten, bei Passivität, Sorglosigkeit und Unfähigkeit können die objektiv möglichen Zukunftsaussichten nicht realisiert werden. Die Umsetzung des objektiv Möglichen in die Wirklichkeit kommt nie von selbst, sondern ist das Ergebnis eines beharrlichen, hartnäckigen und entschlossenen Kampfes.

In der gegenwärtigen Situation besteht sowohl die Gefahr, daß ein neuer Weltkrieg ausbricht, als auch die reale Chance, ihn zu verhindern. Hinter beiden Möglichkeiten stehen gesellschaftliche Kräfte, auf der einen Seite der reaktionärste Teil des Monopolkapitals mit den USA an der Spitze, auf der anderen Seite Hunderte Millionen Menschen, die sich auf die stärkste Friedensmacht, die Sowjetunion, und ihre konsequente Friedenspolitik stützen.

Ihre Kräfte sind heute schon viel größer als die der Kriegstreiber. Sie können die reale Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, zur Wirklichkeit werden lassen, wenn sie alle objektiven Möglichkeiten im Kampf gegen die Kriegstreiber ausnutzen. Alle Fortschritte wurden immer nur im erbitterten Kampf gegen den Imperialismus erzielt. Weitere Fortschritte erfordern die Fortsetzung und Verstärkung dieses Kampfes, um dem Imperialismus immer weitere Positionen abzuringen.

Vieles hängt von der Reife und Kampfkraft der Arbeiterbewegung und der anderen friedliebenden Kräfte in den imperialistischen Ländern und den Ländern der »Dritten Welt« ab. Der Hauptfaktor ist zweifellos die ökonomische, politische und die darauf beruhende militärische Macht des sozialistischen Lagers. Er wird bestimmt durch das Bewußtsein und die Arbeitsinitiative jedes einzelnen von uns.

Jeder muß wissen, daß die Menschheit im Jahre 2000 entweder nicht mehr existiert oder zumindest große Teile der Menschheit sich im Zustand der Steinzeit befinden werden, wenn nicht jeder einzelne von uns seinen Beitrag leistet, um die objektiven Möglichkeiten, die sich uns bieten, in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Frage heißt allen Ernstes: Sein oder Nichtsein. Unsere und die jetzt heranwachsende Generation haben die Verpflichtung und die Chance, unsere glückliche Zukunft zu garantieren.

»Der Friede gewährt sich nur denen,
die den Mut haben,
ihn zu wollen und zu verteidigen.«

Romain Rolland

»Die bloße Jagd nach Reichtum ist nicht die Endbestimmung der Menschheit.«

Lewis Henry Morgan

Wenn alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums fließen

Der Kommunismus – eine Utopie?

Nachdem in der Sowjetunion die entwickelte sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen wurde und sie in anderen sozialistischen Ländern aufgebaut wird, gewinnen die Probleme der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft besondere Aktualität.

Für bürgerliche Wissenschaftler ist die kommunistische Gesellschaft unrealisierbar, eine Utopie. H. Gruhl schreibt:

»Daß die Kommunisten allen Ernstes als Ziel proklamierten, der Menschheit so viele Waren zur Verfügung zu stellen, daß kein Geld mehr benötigt werde, wirkt heute nur noch als ein Witz.«[1]

»Würde man den Versuch machen, die gesamte Weltbevölkerung auf den Lebensstandard der USA zu heben, dann hieße das schon heute: eine Verdreifachung der Ausbeutungspotenz, und wenn die proklamierten Pläne der Industriestaaten bis zum Jahre 2000 realisiert werden könnten, nochmals eine Vervierfachung für diese selbst und die bis dahin entwickelten Länder. Das würde mehr als eine Verzehnfachung des heutigen Weltdurchschnittsverbrauchs bedeuten ...

Wir kommen ..., ob wir es wollen oder nicht, zu dem Ergebnis: Könnte der Anspruch jedes Menschen auf einen Arbeitsplatz nach heutigen Produktivitätsmaßstäben erfüllt werden, dann nur um den Preis der totalen Zerstörung aller Lebensgrundlagen auf diesem Erdball innerhalb weniger Jahrzehnte. Wenn zwei Milliarden Menschen zusätzlich Arbeitsplätze von der Effektivität innehätten, wie sie heute in den Vereinigten Staaten üblich ist, dann würden sie kein Jahrhundert brauchen – und die Erde wäre total ausgeplündert. Darum ist es völlig absurd, einen solchen ›Anspruch auf Arbeit‹ auf diesem Planeten zu konstruieren.«[2]

Diese düstere Prophezeiung einer totalen Ausplünderung der Erde und der Zerstörung aller Lebensgrundlagen der Menschheit träfe zweifellos zu, wenn die Volksmassen nicht den Weg der Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft beschreiten würden. Es trifft auch zu, daß die kapitalistische Ausbeutung, die

unfähig ist, ein richtiges Verhältnis von Mensch und Natur zu schaffen, nicht einmal einen »Anspruch auf Arbeit« garantieren kann.

Erinnern wir uns: Die Entwicklung der Gesellschaft wird bestimmt durch die Naturbedingungen, die auf das Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte einwirken, durch fortschrittliche Produktions- oder Eigentumsverhältnisse, die eine ungehemmte Entfaltung der Produktivkräfte gewährleisten, durch fortschrittliche Einrichtungen und Volksbewegungen, die um den Sieg des gesellschaftlichen Fortschritts ringen. Der Aufstieg der menschlichen Gesellschaft vollzieht sich von niederen zu höheren Stufen, wenn durch Erfindungen, Entdeckungen, durch Fortschritte in Wissenschaft und Technik die Produktivkräfte entwickelt werden und ein fortschrittliches Gesellschaftssystem erkämpft wird.

Auch der Fortschritt von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die wir gegenwärtig in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern gestalten, zur kommunistischen Gesellschaft erfordert gewaltige Rohstoffmengen und Energien, ein außerordentliches Wachstum der Produktivkräfte.

Wir erfuhren im 1. Kapitel, daß sich die Weltbevölkerung bis Ende des 21. Jahrhunderts auf etwa 12 Milliarden Menschen erhöhen wird, daß aber 40 bis 50 Milliarden Menschen mit vollwertigen Nahrungsmitteln versorgt werden könnten, wenn überall eine nur dem heutigen Stand entsprechende Technologie zum Einsatz kommen würde. Dabei sind längst nicht alle Reserven, wie z. B. das Meer, der Meeresboden, tiefer liegende Bodenschichten, ein erheblicher Teil der Erdoberfläche, berücksichtigt.

Von den rund 12 Milliarden Erdbewohnern werden etwa 80 Prozent zu den heute noch schwachentwickelten Ländern gehören. Schätzungen, daß unser Planet Ende des 21. Jahrhunderts 45 Milliarden Menschen ernähren müßte, erwiesen sich als unbegründet. Sie gingen davon aus, daß das Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte fast unvermindert anhält. Jedoch geht die Geburtenrate nicht nur in fast allen industriell entwickelten, sondern auch in einer Reihe von Entwicklungsländern zurück.

Um die Entwicklungsländer auf den gegenwärtigen Stand der industriell fortgeschrittenen Länder zu heben, müßte sich nicht nur die landwirtschaftliche Produktion, sondern auch die Erzeugung anderer Rohstoffe und der Energie gewaltig erhöhen. Das Nationaleinkommen war 1980 in den entwickelten Industriestaaten pro Kopf der Bevölkerung rund fünfzehnmal größer als in den Entwicklungsländern. Hinzu käme die Verdreifachung der Erdbevölkerung. Steigt der Weltbedarf an Rohstoffen und Energie im gleichen Tempo wie das Nationaleinkommen, so ergibt sich, daß der Verbrauch an Rohstoffen und Energie um das 45fache wachsen müßte, damit die Entwicklungsländer das gegenwärtige Niveau der fortgeschrittensten Industrieländer erreichen könnten.

Schätzungen in der Diskussion
Gegenwärtiger und geschätzter künftiger Weltverbrauch von neuen und erneuerbaren Energiequellen

Energiequelle	Gegenwärtiger Verbrauch in 10^9 kWh	Verbrauch im Jahre 2000 in 10^9 kWh
Sonne	2 bis 3	2 000 bis 5 000
Geothermik	55	1 000 bis 5 000
Wind	2	1 000 bis 5 000
Gezeiten	0,4	30 bis 60
Meereswellen	0	10
Meerwärme	0	1 000
Biomasse	550 bis 700	2 000 bis 5 000
Brennholz	10 000 bis 12 000	15 000 bis 20 000
Holzkohle	1 000	2 000 bis 5 000
Torf	20	1 000
Bituminöse Schiefer	15	500
Teersande	130	1 000
Wasserkraft	1 500	3 000

Zwei Versorgungsszenarien
Bedarf an Primärenergie in der Welt 1975 bis 2030 (in Terawatt/Jahr)

Primärquelle*	Jahr 1975	Szenario mit starkem Wachstum 2000	Szenario mit starkem Wachstum 2030	Szenario mit schwachem Wachstum 2000	Szenario mit schwachem Wachstum 2030
Öl	3,62	5,89	6,83	4,75	5,02
Gas	1,51	3,11	5,97	2,53	3,47
Kohle	2,26	4,95	11,98	3,93	6,45
Leichtwasser-reaktor	0,12	1,70	3,21	1,27	1,89
Schneller Brüter	0,00	0,04	4,88	0,02	3,28
Wasserkraft	0,50	0,83	1,46	0,83	1,46
Sonnenenergie	0,00	0,10	0,49	0,09	0,30
Andere	0,21	0,22	0,81	0,17	0,52
Total**	8,21	16,84	35,65	13,59	22,39

* Primärbrennstofferzeugung oder Primärbrennstoff zum Umwandeln oder zum Raffinieren
** Durch das Aufrunden können die Totalzahlen ungenau sein

Diese aufschlußreichen Tabellen wurden im UNESCO-Kurier, Nr. 7/1981, veröffentlicht. Zwei Schlußfolgerungen werden gezogen: Jede Energiequelle muß entwickelt werden. Das Energieproblem erfordert weltweite Zusammenarbeit.

Um eine kommunistische Verteilung der produzierten Güter zu erreichen, müßte zusätzlich in den entwickelten sozialistischen Ländern, in den heute noch bestehenden entwickelten kapitalistischen Ländern und in den schwachentwickelten Ländern das Nationaleinkommen um rund das Vierfache anwachsen. So würde ein Rohstoff- und Energiebedarf entstehen, der etwa 180mal so hoch wie heute ist.

Diese schematische Rechnung wird aufgrund der gegenwärtigen und zukünftigen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik stark modifiziert. Die Produktion und der Lebensstandard werden schneller wachsen als der Rohstoff- und Energieverbrauch. Dafür stehen nicht nur der ganze Planet und andere Himmelskörper als natürliche Hilfsquellen zur Verfügung. Es erschließen sich Möglichkeiten, weitgehend geschlossene Produktionsabläufe zu schaffen und beliebige Gegenstände aus beliebigen Rohstoffen herzustellen. Neuartige, bisher unbekannte Werkstoffe werden geschaffen.

»Einen absolut geschlossenen Stoffkreislauf gibt es jedoch aus thermodynamischen Gründen nicht... Solche Begriffe wie ›geschlossene‹ Stoffkreisläufe oder ›abproduktfreie‹ Technologien müssen deshalb als nicht vollkommen erreichbare Zielvorstellungen aufgefaßt werden.«[3]

Wir können auch davon ausgehen, daß sich durch ein höheres Rohstoff- und Energiebewußtsein und eine bessere Nutzbarmachung Rohstoffe und Energie immer wirkungsvoller anwenden lassen. Zur Zeit ist z. B. der Wirkungsgrad der genutzten Energie sehr begrenzt. Schätzungen sowjetischer Wissenschaftler zufolge gehen gegenwärtig auf unserem Erdball bei der Umwandlung und Anwendung der eingesetzten Primärenergie zwei Drittel verloren.

»Im Auto werden nur 10 Prozent der im Treibstoff enthaltenen Energie als Motorkraft genutzt... die Industrieverfahren sind weit davon entfernt, Energie optimal zu nutzen... So erwarten wir etwa, daß schon bald nach der Jahrtausendwende der Wirkungsgrad bei der Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen etwa 60 Prozent erreichen wird, während er heute nur bei 35 bis 40 Prozent liegt. Der Einsatz von Elektromotoren oder anderen Antriebsquellen statt der heute in Automobilen verwendeten Explosionsmotoren (die interne Verbrennungsmotoren sind; Anmerkung des Übersetzers) könnte den Nutzungsgrad sehr bald schon verdoppeln oder gar verdreifachen. Wirksamere Gebäudeisolierungen und im Hinblick darauf besser durchdachte Konstruktionen wären imstande, die Wärmeverluste um den Faktor 2 oder mehr zu reduzieren. Elektrisch betriebene Wärmepumpen, die einen theoretischen Wirkungsgrad von mehr als 100 Prozent haben, werden in der Wirtschaft unzweifelhaft eine immer wichtigere Rolle spielen – vor allem dann, wenn sich auch der Wirkungsgrad der Elektrizitätsproduktion verbessert. Auch die Übertragungsverluste elektrischer Energie können durch Verwendung entsprechend ge-

schützter Überlandleitungen mit höheren Spannungen, durch stärkeren Einsatz von Erdkabeln und von Gleichstrom um 50 Prozent oder mehr vermindert werden. Die heutigen Glühlampen werden wahrscheinlich durch zehnmal wirkungsvollere Formen der Beleuchtung ersetzt werden.

Schließlich erwarten wir, daß Energieerzeugungsanlagen entstehen werden, die die Abfallwärme nutzen, welche heute zwei Drittel der Primärenergie ausmacht und die nicht nur verlorengeht, sondern auch zur Umweltverschmutzung beiträgt.«[4]

Im Kohlenbergbau betragen die Vorratsverluste etwa 30 Prozent, in der Nichteisenmetallförderung werden die Aufbereitungsverluste zwischen 30 und über 90 Prozent angesetzt, im Kalibergbau entstehen Verluste von 50 bis 60 Prozent.[5]

»40 Milliarden Tonnen Rohstoffe werden im Weltmaßstab jährlich verbraucht, davon werden 15 Milliarden Tonnen bereits in der ersten Verarbeitungsstufe zu Rückständen.

Die Asche der Kraftwerke in der DDR enthält etwa 5 bis 6 Millionen Tonnen eisenhaltiger Rückstände, von denen fast die Hälfte industriell genutzt werden könnte. Damit würde etwa ein Viertel des jährlichen Eisenbedarfs der DDR gedeckt werden können.«[6]

Die Realisierung der vorhandenen Möglichkeiten erfordert jedoch große Investitionen und die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, damit immer effektivere Produktionsverfahren eingesetzt werden können.

Der Rohstoff- und Energiebedarf wird folglich nicht so schnell wie das Bruttosozialprodukt wachsen. Für den Aufstieg aller Erdbewohner zur kommunistischen Lebensweise ist keine 180fache Steigerung des Verbrauchs an Rohstoffen und Energie, im Verhältnis zu heute, erforderlich. Wahrscheinlich wird ein weit weniger als 90faches Wachstum ausreichen. Es kann sich bei diesen Zahlen natürlich nur um Annäherungswerte handeln. Das Ausmaß der Reduzierung ist gegenwärtig kaum abschätzbar. Sowjetische Wissenschaftler nehmen eine 40fache Steigerung an.

In dem Maße, wie sich die Abprodukte in der Produktion verringern und sich die Wirksamkeit der erzeugten Energie erhöht, verringern sich die Zuwachsraten. Der Prokopfverbrauch von Rohstoffen und Energie wird also sinken, während zugleich die menschlichen Bedürfnisse immer besser befriedigt werden können.

Das Wirtschaftswachstum wird sich mit dem Eintritt aller Länder in die sozialistische Phase, besonders in den schwachentwikkelten Ländern, noch beschleunigen. Aber es wird sich nicht unendlich fortsetzen.

Die Bedürfnisse sind historischen Charakters. Sie wandeln und entwickeln sich und wachsen auch im Kommunismus weiter, aber nicht in der Weise, wie sich das bürgerliche Wissenschaftler oft vorstellen, die die Bedürfnisse in den Rahmen kapitalistischer Ver-

hältnisse zwingen. Habgier, Pestigekonsum, Bedürfnisse, die den Konsumenten im Kapitalismus aufgezwungen werden, die aus bürgerlichen ideologischen Positionen, aus Ungereiftheit der Persönlichkeit resultieren, entfallen.

In der Ernährung wird es qualitative Veränderungen geben, wobei wir jedoch nicht übersehen sollten, daß dem Verbrauch z. B. von Brot, Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fleisch durch die biologischen Grundbedürfnisse natürliche Grenzen gesetzt werden.

Wie steht es um Wohnung und Kleidung, um die Ausstattung der Haushalte mit modernen Geräten zur Information und Kommunikation, zur Arbeitserleichterung, zur Unterhaltung, um die materiellen Voraussetzungen für eine kulturvolle, abwechslungsreiche Freizeitgestaltung? Auch diese Bedürfnisse können für alle Bewohner unseres Erdballs befriedigt werden, und es wird allmählich ein hoher materieller »Sättigungsgrad« erreicht.

Etwa am Beginn der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird sich das quantitative Ansteigen der Industrieproduktion mit höchster Effektivität in den gegenwärtig entwickelten sozialistischen Ländern und den heute entwickelten kapitalistischen Ländern, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls den Weg zum Kommunismus gehen, vermutlich wesentlich verringern oder fast zum Stillstand kommen. Für ein schnelles Ansteigen der Industrie- und landwirtschaftlichen Produktion besteht dann keine Notwendigkeit mehr. Die qualitative Seite der Bedürfnisbefriedigung wächst jedoch weiter.

In den meisten der heutigen Entwicklungsländer wird sich das Bevölkerungswachstum voraussichtlich bis in die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts fortsetzen, aber gegen Ende des 21. Jahrhunderts soweit verringert haben, daß die Bevölkerungszahl im wesentlichen konstant bleibt.

Es ist anzunehmen, daß die Verringerung des Bevölkerungswachstums in den schwachentwickelten Ländern relativ schnell vor sich geht. Nach der politisch-ökonomischen Befreiung vom Imperialismus und beim Übergang zum sozialistischen Entwicklungsweg vollzieht sich die Überwindung der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit und überlebter Vorstellungen rascher.

Die Rohstoff- und Energiereserven unseres Planeten sind nicht unbegrenzt, aber sie genügen trotz Wachsens der Erdbevölkerung für die Schaffung eines materiellen Überflusses. Bei rationeller Nutzung und umfassender Erschließung reichen unsere Rohstoff- und Energiequellen für eine unabsehbar lange Zeit aus. Jedoch werden die riesigen Probleme sichtbar, die sich beim Übergang der gesamten Menschheit zum Kommunismus ergeben.

Die Möglichkeiten, die das Wachstum der Arbeitsproduktivität für den Fortschritt zur höheren Phase des Kommunismus bietet, wurden im vorangegangenen Kapitel dargelegt.

Der neue Mensch

Am Ende des ersten Viertels des 21. Jahrhunderts und am Anfang des zweiten Viertels des 21. Jahrhunderts kann in den heute entwickelten sozialistischen Ländern – von den objektiven Bedingungen her – in wesentlichen Bereichen der Übergang von der Verteilung nach den Leistungen zur Verteilung nach den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen vollzogen sein. Die kommunistische Gesellschaft bedarf jedoch nicht nur eines hohen Standes der Arbeitsproduktivität und der Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse. Die Realisierung der materiellen Voraussetzungen allein genügt nicht. Auch die allseitige Entwicklung eines neuen Menschen, befreit von den Überresten der Vergangenheit, ist erforderlich. »Ohne hohes Kultur- und Bildungsniveau, ohne gesellschaftliche Bewußtheit und ohne innere Reife des Menschen ist der Kommunismus genauso wenig möglich wie ohne eine entsprechende materiell-technische Basis.«[7]

Der Kommunismus ist nicht möglich, ohne die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen zu beseitigen, die heute noch bei Teilen der Bevölkerung mehr oder minder stark zum Ausdruck kommen. Diese Überreste äußern sich z. B. im undisziplinierten Verhalten bei der Arbeit, in der mangelnden Sorge um das gesellschaftliche Eigentum, im Bestreben, sich Vorteile auf Kosten der Gesellschaft zu verschaffen.

Der Kommunismus schließt ein, daß all das überwunden wurde, was jahrhundertelange Herrschaft des Privateigentums an reaktionären Denk- und Verhaltensweisen hervorgebracht hat: Nationalismus, Völkerhaß, Aberglaube, religiöse Vorurteile und den beschränkten Individualismus.

Im Kommunismus hat das Bewußtsein einen hohen Stand erreicht. Alle Mitglieder der Gesellschaft entwickeln und schützen das gesellschaftliche Eigentum. Die Arbeit ist zum freudigen Lebensinhalt des Menschen, zum ersten Lebensbedürfnis und zur Sache der Ehre und des Ruhmes geworden.

Eine wichtige Bedingung des Kommunismus ist eine solche geistige und sittliche Reife der Persönlichkeit, die jegliche Form des administrativen Zwanges, auch hinsichtlich der Kontrolle über die Arbeitsleistung und den Verbrauch, unnötig macht. Moralische und sittliche Gebote sowie die Ablehnung von Verstößen einzelner durch das Kollektiv werden zunehmende Bedeutung gewinnen.

Bürgerliche Ideologen behaupten, daß die Natur des Menschen unveränderlich sei und seine angeborenen Gebrechen und Privateigentümerinstinkte den Kommunismus zu einer Utopie machen. Weder die Menschen noch die Gesellschaft näherten sich einer Zukunft, in der Verbrechen, Habsucht, Neid und Eigenliebe beseitigt sein werden. Das begrenzte Klassendenken dieser Ideologen verhindert die Einsicht, daß der Mensch, indem er die Welt

verändert, zugleich sich selbst verändert, daß sich mit der revolutionären Umgestaltung des Kapitalismus und der Errichtung des Kommunismus auch ein neuer Mensch entwickelt.

Das Denken, die Anschauung, die Moral der Menschen hängen von den jeweiligen Produktions- und Eigentumsverhältnissen ab. Aus der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen auch entsprechende Ansichten und Gefühle. Es sind die gesellschaftlichen Bedingungen des Privateigentums, die den Individualismus, den Kampf aller gegen alle, die Selbstsucht, Rücksichtslosigkeit, egoistische Berechnung, die Einstellung zur Arbeit, sie als ein notwendiges Übel anzusehen, erzeugen.

Gestützt auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wurden in den sozialistischen Ländern schon Millionen Menschen im Geiste sozialistischer Prinzipien herangebildet. Die Wirklichkeit widerlegte die Behauptung der Verteidiger des Kapitalismus, wonach die privatkapitalistische Psychologie »ewig« sei. Das marxistische Ideal des Menschen ist eine allseitig entwickelte Persönlichkeit, ein schöpferischer Mensch, dessen freie Entwicklung die Voraussetzung für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft darstellt. Dieses Ideal ist wissenschaftlich fundiert, beruht auf den objektiven Gesetzmäßigkeiten und widerspiegelt die grundlegenden Tendenzen des sozialen Fortschritts.

Interessant sind Antworten von fast tausend Leserinnen und Lesern auf einem von der »Literaturnaja gazeta« verschickten Fragebogen zum kommunistischen Menschenideal und seiner Verwirklichung. Menschen der verschiedensten Berufe, sozialen Stellung und Nationalität beantworteten diese Fragen.

Bis zur Jahrtausendwende, meinten die einen, werde sich das Wesen des Menschen grundlegend verändert haben und das kommunistische Menschenideal weitgehend verwirklicht sein. Andere rücken die Realisierung des Ideals in eine entferntere Zukunft.[8]

»Als Grundzüge des künftigen Menschen nennen die Leser in erster Linie die Treue zu den Idealen des Kommunismus, die kommunistische Einstellung zur Arbeit als Hauptsphäre der Erfüllung menschlicher Potenzen, das hohe Niveau beruflicher und allgemeinkultureller Vervollkommnung, Kollektivismus, Sozialbewußtsein, Humanismus, Güte, echt menschliche Bedürfnisse, körperliche Vollkommenheit und Reichtum der Gefühle. Die Leserzuschriften zeigen, daß sich in der Vorstellung der Sowjetmenschen das Ideal des künftigen Menschen im Hauptsächlichen und Wesentlichen mit dem Menschenideal der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus deckt.«[9]

Wir finden im heutigen materiellen Entwicklungsstand der Gesellschaft die Elemente der Zukunft und im zukünftigen Menschen, in noch eindeutigerer Ausprägung, die Eigenschaften unserer besten Zeitgenossen.

Die Entwicklung der kommunistischen Persönlichkeit ist mit der

Lösung der sozialen Probleme des Hinüberwachsens der sozialistischen Gesellschaft in die kommunistische eng verbunden.

In den Programmdokumenten der KPdSU und in der neuen Verfassung der UdSSR sind die Hauptrichtungen zur Verwirklichung des kommunistischen Menschen festgelegt:

Allmähliche Aufhebung der noch bestehenden Klassenunterschiede, der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, Annäherung aller Nationen und Völkerschaften der UdSSR, grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, völlige Beseitigung schwerer körperlicher Arbeit, Verwandlung der landwirtschaftlichen Produktion in eine Art industrielle Produktion, Entwicklung des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes, der Sozialfürsorge, eines hohen Kulturniveaus und einer kommunistischen Weltanschauung und Moral.[10]

Die kommunistische Gesellschaft wird – historisch gesehen – in einem relativ kurzen Zeitraum objektiv möglich. Wann der Übergang vom Grundprinzip des Sozialismus »Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Leistungen« zum Grundprinzip des Kommunismus »Jedem nach seinen Bedürfnissen« erfolgen kann, wird bei gegebenen objektiven Bedingungen durch den subjektiven Faktor bestimmt. Der Kommunismus kann nur dann ohne Verzögerung Realität werden, wenn die Bewußtseinsprozesse der Menschen den Veränderungen der objektiven Möglichkeiten im wesentlichen entsprechen.

Die Entwicklung des kommunistischen Bewußtseins ist kein automatischer Vorgang. Die Befreiung der Gesellschaft von alten Denkweisen, überlebten Traditionen und die Herausbildung eines neuen Menschen ist zweifellos ein komplizierter Prozeß. Er vollzieht sich im Kampfe des Neuen gegen jene Muttermale der alten Gesellschaft, die sich noch erhalten haben; er muß zielstrebig geführt werden.

Bei der Entwicklung des neuen Menschen darf es keine Verzögerung geben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht das entscheidende Kettenglied darin, »... eine neue Einstellung zur Arbeit durchzusetzen, das System der materiellen und moralischen Stimulierung weiterzuentwickeln und die Kontrolle über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion wesentlich zu verstärken ... Die Hauptsache ist hierbei, die Einheit von Erziehung und sozial-ökonomischer Politik zu gewährleisten, die Bedürfnisse und Interessen der Persönlichkeit aktiv, zielgerichtet zu formen«.[11]

Die marxistisch-leninistische Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung macht deutlich, daß sich zwischen der Vervollkommnung der reifen sozialistischen Gesellschaft und ihrem allmählichen Hinüberwachsen in die kommunistische Gesellschaft keine scharfe Trennungslinie ziehen läßt.

Die Dringlichkeit der Entwicklung eines kommunistischen Be-

wußtseins wird besonders deutlich, wenn wir uns veranschaulichen, daß die im Jahre 1980 Zwanzigjährigen und die nächste Generation nicht nur in die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts hineinleben, sondern daß sie diesen historischen Abschnitt selbst gestalten müssen.

Einst ein fernes Zukunftsideal, wird die Herausbildung allseitig entwickelter, kommunistischer Persönlichkeiten zur praktischen Aufgabe. Der materielle Aufbau der kommunistischen Gesellschaft muß also mit der Entwicklung gesellschaftsbewußter, geistig und moralisch reifer Bürger verbunden sein. Das sich in Abhängigkeit von den materiellen Verhältnissen entwickelnde moralisch-ideologische und kulturelle Niveau der Menschen muß nicht nur möglichst nahtlos mit dem Wachstum der materiellen Möglichkeiten einhergehen, sondern, gestützt auf die Einsicht in den gesetzmäßigen historischen Prozeß, zum aktiven Faktor bei der Gestaltung des Neuen werden.

Dafür hat das Volksbildungswesen große Aufgaben zu erfüllen. »Schon heute entsteht eine Schule neuen Typs, in der neben der Formung einer hochgebildeten Persönlichkeit und der Aneignung der Grundlagen moderner Wissenschaft und Technik durch die junge Generation auch die eigentliche Erziehungsarbeit – die Formung sozialer Werte, moralischer Ideale und ästhetischer Vorstellungen – einen zunehmend wichtigen Platz einnehmen.

Hat die Schule bereits die neuen Aufgaben der Sozialisation der Persönlichkeit übernommen, so heißt das noch keinesfalls, daß sie sie bereits in vollem Maße erfüllt. Vor allem ist eine entschiedenere Hinwendung zu den Bedürfnissen des realen Lebens und der Produktion vonnöten.«[12]

Professor Shermann von der Universität California hält den Kommunismus aus folgender Überlegung für unrealisierbar: Bei einem Nullpreis für alle Waren sei die Nachfrage unendlich, da die Wünsche des Menschen unendlich seien. Infolgedessen könne kein Angebot die Nachfrage jemals befriedigen.

Der Übergang vom sozialistischen zum kommunistischen Verteilungsprinzip geht in dem Maße vor sich, wie mit dem Wachstum der Produktivkräfte der Überfluß an Bedarfsgütern steigt. Er verläuft nicht so, daß heute jeder nach seiner Leistung und morgen jeder nach seinen Bedürfnissen alle Güter erhält, sondern der Übergang geht allmählich vonstatten.

Es ist nicht einzusehen, daß ein gebildeter, kulturvoller Mensch, wenn er über Produkte verfügen kann, die dem Maß seiner Bedürfnisse entsprechen, noch weitere Ansprüche erhebt. Er wird Überflüssiges nicht nehmen und Unmögliches nicht fordern.

Der Anspruch, eine Gemäldegalerie oder ein Verkehrsflugzeug z. B. als persönliches Eigentum zu besitzen, wäre unsinnig, weil beides als gesellschaftliches Eigentum den Wünschen und Bedürfnissen des Individuums viel zweckmäßiger dient.

Bedürfnisse, die für den Kapitalismus typisch sind, z. B. das Anhäufen von Werten für den Unterhalt im Alter, haben im Kommunismus keine sozial-ökonomische Grundlage mehr. Ein derartiges Streben wird sinnlos, weil es weder Arbeitslosigkeit noch Sorge um Altersrente und medizinische Betreuung gibt. Infolgedessen wird jede Raffgier überflüssig; sie wäre auch den Normen der kommunistischen Moral und Sittlichkeit entgegengesetzt. Es geht im Kommunismus um die immer umfassendere Herausbildung und Befriedigung neuer Bedürfnisse. Dabei handelt es sich nicht nur um materielle, sondern in wachsendem Maße um geistige Bedürfnisse, die zu befriedigen sind, um die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, ihrer Talente und Fähigkeiten. Diese Seite der Bedürfnisbefriedigung wird zweifellos weitaus größere Bedeutung gewinnen.

Ein weiteres Argument von Professor Shermann ist, daß der Mensch »von Natur aus faul« sei und bei einem Nullohn keinen Anreiz zur Arbeit haben werde. Auch dieses Argument hält keiner Kritik stand. Im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Vervollkommnung und Erhöhung des komplexen Charakters der Automatisierung usw., nimmt der Anteil der eintönigen Arbeit bei der unmittelbaren Bedienung der Technik ab. Es entwickeln sich Arbeitsformen, die großes theoretisches Wissen, hohes Verantwortungsbewußtsein und eine selbständige Lösung schöpferischer Aufgaben verlangen.

In gleicher Weise wirken sich die technologische und organisatorische Verflechtung von Wissenschaft und Produktion und die immer weitergehende Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft aus. Bildung und kulturelles Niveau der Werktätigen erhöhen sich deutlich über den gegenwärtigen Stand. Die qualifizierte geistige Arbeit oder die Verbindung von geistiger und physischer Tätigkeit gewinnen absolute Vorherrschaft. Jede interessante und schöpferische Tätigkeit bringt aber tiefe Befriedigung, Freude und Glück. Der Mensch ist ein aktives Wesen, das nach sinnvoller Tätigkeit verlangt. Schon Saint Simon und Charles Fourier haben darauf hingewiesen, daß zwischen Arbeit und Lebensgenuß kein prinzipieller Gegensatz bestehen muß. Arbeit kann mit Leidenschaft betrieben werden und mit Freude angefüllt sein. Sie kann den Menschen nicht nur glücklich machen, sondern auch klüger und stärker. Sie weckt seine Fähigkeiten und bringt sie durch intensive Beanspruchung zur vollen Entfaltung.

Schon immer hat es Menschen gegeben, die ganz in ihrer Tätigkeit aufgingen, deren Arbeit Sinnerfüllung ihres Lebens war. In den sich ablösenden Klassengesellschaften haben jedoch – vor allem – die Herrschenden das Erfüllen ihrer materiellen Bedürfnisse, aber auch ihrer Bedürfnisse nach schöpferischer Tätigkeit genießen können. In der Zukunft wird dieses zum Gemeingut aller Menschen werden. Der Mensch im Kommunismus wird nicht nur

mit Freude, Interesse und hoher Disziplin arbeiten, sondern mit Liebe und sogar Besessenheit, wie es heute schon viele tun, obwohl dies für viele Menschen andererseits noch nicht begreifbar ist.

Vier-Tage-Arbeitswoche und dennoch ein Leben im Überfluß?

Im 19. Jahrhundert betrug die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit noch dreizehn Stunden. Außer dem Sonntag und einigen kirchlichen Feiertagen gab es keine arbeitsfreien Tage. Als der Verfasser im Jahre 1925 das Maurerhandwerk zu erlernen begann, mußten die Maurer in Deutschland acht Wochen streiken, um sich drei Urlaubstage im Jahr zu erkämpfen; und diese waren auch noch an die Bedingung geknüpft, daß der Arbeiter ein Jahr ununterbrochen bei der gleichen Firma tätig ist. Nur wenige Maurer kamen in den Genuß dieses dreitägigen Jahresurlaubs, denn die Unternehmer drückten sich vor den Lohnkosten und entließen die Arbeiter vor Ablauf eines Arbeitsjahres.

Dieses Beispiel zeigt, welch harten Kampf die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern führen mußte, um sich die heutigen Urlaubsregelungen zu erkämpfen.

Wegen der unentwickelten Produktivkräfte hat die Masse der Menschheit Zehntausende, sogar Hunderttausende von Jahren nichts anderes gekannt als Arbeit. Vom Morgengrauen bis zum späten Abend, von der Kindheit bis zum Grabe. Die Arbeit verschlang fast die gesamte physische Kraft unserer Vorfahren, wobei diese Arbeit oft qualvoll und unbefriedigend war. Nur die jeweils herrschende Klasse vermochte, gestützt auf die Arbeit der Masse des Volkes, über ihre Zeit beliebig zu verfügen und dabei meistens sogar noch im Überfluß zu leben.

In den sozialistischen Ländern entwickelt sich die Freizeit nicht unter dem Gesichtspunkt des kapitalistischen Profits. Jeder größere Schritt in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird die Arbeitszeit verkürzen.

Was ist dabei zu bedenken?

Im Kommunismus, der sich auf eine weit höhere Arbeitsproduktivität stützt, können nicht nur für jeden Bürger die materiellen und kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden, sondern es wird auch eine für unsere heutigen Begriffe kurze Arbeitszeit geben. Ich kann mir vorstellen, daß sich allmählich der Übergang zur Viertage- bzw. 30-Stunden-Arbeitswoche vollzieht.

Die Arbeitszeit wird außer dem Stand der Arbeitsproduktivität auch durch die Größe der Aufgaben, die sich jede Generation stellt, bestimmt, wie z. B. die Lösung des Wohnungsproblems, des Städtebaus, von Verkehrsproblemen, von Fragen zur Beschleuni-

gung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Schaffung günstiger Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt, die Erschließung des Kosmos usw.

In diesem Zusammenhang erscheint es überlegenswert, ob es in naher Zukunft richtig wäre, das Rentenalter für Frauen und Männer herabzusetzen. Hierzu meine persönliche Meinung: Mit zunehmender Lebensdauer und größerer Lebenskraft, dem in Zukunft abnehmenden Streß und wachsenden Wohlstand wird das Bedürfnis der Menschen, Rentner zu sein, sicher abnehmen und sich auf jene beschränken, deren gesundheitliche Verfassung das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben notwendig macht. Wahrscheinlich ist es in Zukunft günstiger, die Arbeitszeit weiter allmählich zu verkürzen und die Urlaubszeit zu verlängern, als die Dauer der Berufsausübung für Männer und Frauen herabzusetzen. In der kommunistischen Gesellschaft, in der die Lebenserwartung steigt, in der alle Lebensabschnitte des Menschen materiell gesichert sind, wird der Wunsch, das Leben voll auszuleben und der Gesellschaft zu nützen, zweifellos weiter verstärkt werden.

Die bürgerlichen Soziologen H. Kahn und A. J. Wiener meinen zum Problem Freizeit:

»Jedenfalls werden viele Menschen völlig das Interesse an der Verwaltung und Politik einer Gesellschaft verlieren, die regelmäßig und scheinbar Geschenke verteilt . . .

Während die wirtschaftlichen, internationalen und sonstigen Bedrohungen immer mehr nachlassen, wird die Geringschätzung der Arbeit und des Dienstes an der Nation wahrscheinlich einen zerstörerischen Einfluß ausüben.

Der Egoismus wird sich rasch vermehren und das Interesse an Regierung und Gesellschaft absinken. Kindische Formen des Individualismus und eher asoziale Formen der Sorge um die eigene Person und die engere Familie werden stärker hervortreten.«[13]

Der Historiker A. Toynbee glaubt, daß die Gesellschaft der Zukunft aus einer »tätigen Minderheit« und einer unproduktiven, »untätigen Mehrheit« bestehen werde. Zwischen ihnen würde sich ein tiefer Antagonismus herausbilden, der bis zur gegenseitigen Vernichtung gehen könnte.

Andere bürgerliche Ideologen vertreten die Ansicht, nur eine kleine Eliteschicht sei fähig, aus eigenem Antrieb eine schöpferische Beschäftigung zu finden.

»Es ist ziemlich klar, daß die große Masse der Menschheit . . . von ihrer Freizeit keinen vernünftigen oder kreativen Gebrauch machen wird.«[14]

Solchen Elitetheorien liegt die Überheblichkeit der herrschenden Ausbeuterklassen gegenüber den Volksmassen zugrunde.

Nach marxistischer Auffassung wird die Freizeit zum Hauptfaktor für die allseitige Entwicklung des Individuums.

Bei Karl Marx lesen wir: »Ein Mensch, der nicht über freie

Zeit verfügt, dessen ganze Lebenszeit – abgesehen von rein physischen Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeiten usw. – von seiner Arbeit für den Kapitalisten verschlungen wird, ist weniger als ein Lasttier. Er ist eine bloße Maschine zur Produktion von fremdem Reichtum, körperlich gebrochen und geistig verroht.«[15]

Nach Jahrtausenden der unfreien Arbeit für die Ausbeuter bietet sich im Sozialismus für die Werktätigen zum ersten Mal die Möglichkeit, für sich zu arbeiten. Die Freizeit kann der schöpferischen Selbstbetätigung, der körperlichen und geistigen Erholung, der persönlichen Muße, der umfassenden Bildung und Weiterbildung dienen.

Oberflächliche Vergnügen können den Menschen in der Freizeit nicht ausfüllen. Der Mensch hat physische und psychische Bedürfnisse, die individuell unterschiedlich sind und befriedigt werden müssen, wenn Zufriedenheit und Glücksgefühl eintreten sollen.

Bürgerliche Wissenschaftler gestehen ein, daß die außerordentliche Arbeitsintensität in den kapitalistischen Betrieben die körperlichen und geistigen Kräfte der Arbeiter erschöpft. Viele sind nicht mehr imstande, ihre freie Zeit für höhere geistige Ansprüche zu nutzen, oft reicht sie nicht einmal mehr aus, um die verausgabte Arbeitskraft wieder herzustellen. Infolgedessen beschränkt sich die Freizeit beträchtlich auf gedankenlose Entspannung und Unterhaltung. Sie ist Flucht vor der Gegenwart. Die vollständige Verausgabung der Kräfte erlaubt einfach keine höhere Form der Freizeitgestaltung. Das Ergebnis sind wachsende geistige und emotionale Verarmung und Unterdrückung der individuellen Fähigkeiten der Persönlichkeit.

Selbstverständlich gibt es Initiativen der Arbeiterbewegung, trotz der Belastungen des kapitalistischen Arbeitsprozesses für die Werktätigen Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung und der Bildung zu schaffen. Das ist unter den gegebenen Umständen eine schwierige Aufgabe. Die Bemühungen, sie zu erfüllen, sprechen selbstverständlich nicht für, sondern gegen das Kapital, und sie stellen auch ein Zeichen für die Kraft der Arbeiterklasse dar.

Gegenwärtig verkürzt sich in kapitalistischen Betrieben die Arbeitswoche oft durch Kurzarbeit, für viele Werktätige entsteht eine Form der Teilbeschäftigung. Es handelt sich hierbei um eine latente Form der Arbeitslosigkeit. Selbst wenn es den Gewerkschaften gelingen sollte, eine wesentliche Verringerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen zu erkämpfen, wäre die Lage der Werktätigen von denen in den sozialistischen Ländern grundverschieden.

Freizeit sinnvoll zu gestalten setzt zugleich ein hohes kulturelles Niveau voraus. Einem Menschen, der durch eine plötzliche wesentliche Verkürzung der Arbeitswoche »aus dem gewohnten Gleis« geworfen wird und der über kein entwickeltes kulturelles Niveau verfügt, bleiben Langeweile, schließlich Spielautomaten, Alkohol

u. dgl. Dieser menschliche Niedergang erfolgt in den Ländern des Kapitals gerade jetzt massenweise.

Sicher gehören zum allseitigen Ausnutzen der Freizeit Beziehungen zur Natur, zum Sport, zur Unterhaltung und Bequemlichkeit. Diese Formen der Entspannung sind ein natürliches Bedürfnis.

Eine allseitige Befriedigung läßt sich jedoch durch die Beschränkung der Freizeit auf Entspannung nicht erreichen. Der gebildete Mensch will in der Freizeit nicht nur Erholung finden, sondern auch Möglichkeiten, geistig, kulturell, gesellschaftlich tätig zu sein, sich neue Kenntnisse anzueignen, künstlerische Talente zu erproben, sich mit anderen Menschen auszutauschen. Nur die Gesamtheit dieser Möglichkeiten vermittelt das Gefühl des Glücks und der Lebensfreude. Auch wenn die Arbeit im Kommunismus zum ersten Lebensbedürfnis wird, so bleibt sie auf die Ausführung bestimmter Tätigkeiten beschränkt. In der Freizeit aber kann der Mensch über die Schranken, die die Arbeitsteilung setzt, hinausgehen. Er kann seine Interessen frei wählen, für sie tätig sein und seine Anlagen frei entwickeln.

Die schöpferische Persönlichkeit bildet sich in der Wechselbeziehung zwischen Arbeit und arbeitsfreier Zeit. In der Arbeit wie in der Freizeit entwickeln und befriedigen die Menschen in der neuen Gesellschaft ihre vielfältigen Bedürfnisse, die wiederum wecken und entfalten ihre Fähigkeiten und Begabungen.

In der Gegenwart arbeiten die sozialistischen Länder angestrengt daran, die Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Menschen weiter zu verbessern. So soll z. B. die Zeit für den Transport zur und von der Arbeit, für die Hausarbeit, für Einkäufe, unter anderem durch den Ausbau des Dienstleistungsbereichs und sozialer Einrichtungen, gesenkt werden.

Eine wachsende Bedeutung gewinnen die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen. In wenigen Jahrzehnten wird jeder in der Lage sein, in seiner Wohnung auf dem Bildschirm den Film, die Theateraufführung oder das Konzert seiner Wahl erleben zu können. Auch gewünschte Seiten eines beliebigen Buches sind dann per Bildschirm übermittelbar.

Bürgerliche Soziologen befürchten, daß die zunehmende außerordentliche Bedeutung der Massenmedien in der Zukunft die anderen Formen der Kultur verdrängen und zu einer wachsenden Isolierung der Menschen von anderen Menschen führen wird.

Der in der Herausbildung begriffene kommunistische Mensch wird sich wohl kaum mit einer einzigen Form des Kulturlebens zufrieden geben. Um seine hohen geistigen und kulturellen Ansprüche zu befriedigen, wird er nach Kontakten, nach gegenseitiger Bereicherung, nach körperlichem und geistigem Wettstreit streben, sich entsprechend seinen Wünschen und Neigungen unterschiedlichen Interessen- oder Sportgemeinschaften anschließen. Die

Vielfalt des geistig-kulturellen Lebens und möglicherweise auch die Vielseitigkeit der Interessen werden größer sein, als wir sie uns heute vorstellen.

Nur Liebe – ohne Ehe?

»Leben ohne Liebe kannst du nicht, wenn man auch den Himmel dir verspricht. Alles kannst du haben, und hast doch keine Ruh' ...«, so heißt es in einem Schlager. Wieviele Bücher, Theaterstücke, Filme, Fernsehspiele haben die Liebe zum Inhalt, und wieviele Lieder haben die Liebe besungen? Ihre Zahl ist Legion, und das ist auch verständlich.

Was ist Liebe?

Die Liebe ist eines der natürlichen Grundbedürfnisse des Menschen. Liebe ist nicht nur körperliche, sondern auch geistige Harmonie. Inhalt, Intensität, Dauerhaftigkeit der Liebe werden vor allem durch den Charakter der Beziehungen zwischen Mann und Frau, von der Übereinstimmung oder Gemeinsamkeit ihrer Anschauungen und Interessen bestimmt.

Wie unterscheidet man echte, große Liebe von einfacher Zuneigung?

Äußere Schönheit und körperliche Übereinstimmung allein reichen zu einer tiefen Liebe nicht aus. Sie muß verbunden sein mit der geistigen Schönheit der Partner und der sich daraus ergebenden gegenseitigen Bereicherung. Nur hierin liegen die Vollständigkeit und Harmonie einer glücklichen Liebe.

Echte Liebe unterscheidet sich von einer flüchtigen Leidenschaft durch große Tiefe und Beständigkeit des Gefühls, das beide Partner in ihren Bann schlägt, durch das Bestreben, für den anderen dazusein, und durch das Gefühl der Verantwortung für den geliebten Menschen.

Die Entwicklung der Gefühle der Liebenden führt normalerweise zu dem Entschluß, Kinder zu haben, das Schicksal dauerhaft miteinander zu verbinden und eine Familie zu gründen.

Im Verlauf der Entwicklung des Menschengeschlechts haben sich die Beziehungen zwischen Mann und Frau mehrfach verändert. Wesentliche Unterschiede kennzeichnen die Familie in der Urgesellschaft, in der Sklavenhalter-, der Feudal-, der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft. Auch die Familie ist nicht unveränderlich. Sie entwickelt sich von niederen zu höheren Stufen genauso, wie die Gesellschaft von niederer zu höherer Stufe fortschreitet.

In der Urgemeinschaft entwickelte sich die Gruppenehe, die für die Periode der Wildheit gilt, zur Paarungsfamilie in der Barbarei.[16]

Mit der Herausbildung der antagonistischen Klassengesellschaft

wandelten sich auch die Beziehungen zwischen Mann und Frau in der Familie.

In der Sklaverei, im Feudalismus und Kapitalismus war und ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln der entscheidende Faktor. Es drückt auch den Beziehungen zwischen Mann und Frau seinen Stempel auf. Das Mutterrecht wird durch das Vaterrecht abgelöst, die monogame Familie entsteht. Von der Ehefrau wird erwartet, daß sie strenge Keuschheit und Gattentreue bewahrt; während der Mann – gestützt auf seine Vorherrschaft – sich in dieser Hinsicht nicht verpflichtet fühlt.

Den Sklavenhalter interessierte bei der Heirat mehr die Mitgift als die Zuneigung der künftigen Frau. Die Frau war rechtlos und konnte dem Manne nicht Liebe, sondern lediglich das Gefühl der Furcht oder der Hoffnung auf eine gute Behandlung entgegenbringen.

»Liebesverhältnisse im modernen Sinne kommen im Altertum nur vor außerhalb der offiziellen Gesellschaft. Die Hirten, deren Liebesfreuden und Leiden Theokrit und Moschos uns besingen, der ›Daphnis und Chloe‹ des Longos, sind lauter Sklaven, die keinen Teil haben am Staat, der Lebenssphäre des freien Bürgers. Außer bei Sklaven aber finden wir Liebeshändel nur als Zersetzungsprodukte der untergehenden alten Welt, und mit Frauen, die ebenfalls außerhalb der offiziellen Gesellschaft stehn, mit Hetären, also mit Fremden oder Freigelassenen . . .«[17]

Nicht wenige Bücher beschreiben die ritterliche Liebe des Mittelalters und den »Minnesang« für die »Herzensdame«. Trotzdem hatten die Feudalherren keine Hemmungen, ihren Frauen einen »Keuschheitsgürtel« anzulegen, um die eheliche Treue zu sichern. Die Herren aber nahmen sich »das Recht der ersten Nacht« bei den jungangetrauten Frauen ihrer Leibeigenen. Nachdem sie diese geschändet und erniedrigt hatten, durften sie zu ihrem angetrauten Mann gehen. Die Ehe wurde vorwiegend unter dem Aspekt der Machtvergrößerung der Adligen abgeschlossen.

Nicht anders ist es in der kapitalistischen Gesellschaft. Oft werden die Ehen unter dem Gesichtspunkt der Erweiterung des Privatbesitzes ausgehandelt. Die Ehe wird zur Abart geschäftlicher Vereinbarungen, des Zusammenschlusses von Kapitalien in Bank-, Industrie- und Handelsbetrieben oder auf niederer Ebene zur Herstellung von Verbindungen, die die Bahn für berufliche Entwicklung ebnen. Bedingt durch die sozial-ökonomischen Verhältnisse, werden die Ehen innerhalb der herrschenden Klassen nur in Ausnahmefällen frei geschlossen.

Trotzdem existierte die Liebe. Aber sie entwickelte sich hauptsächlich innerhalb der unterdrückten Klassen. »Wirkliche Regel im Verhältnis zur Frau wird die Geschlechtsliebe und kann es nur werden unter den unterdrückten Klassen, also heutzutage im Proletariat – ob dieses Verhältnis nun ein offiziell konzessioniertes

oder nicht... Hier fehlt alles Eigentum, zu dessen Bewahrung und Vererbung ja gerade die Monogamie und die Männerherrschaft geschaffen wurden, und hier fehlt damit auch jeder Antrieb, die Männerherrschaft geltend zu machen. Noch mehr, auch die Mittel fehlen; das bürgerliche Recht, das diese Herrschaft schützt, besteht nur für die Besitzenden und deren Verkehr mit den Proletariern;... Da entscheiden ganz andere persönliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Und vollends, seitdem die große Industrie die Frau aus dem Hause auf den Arbeitsmarkt und in die Fabrik versetzt hat und sie oft genug zur Ernährerin der Familie macht, ist dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen – es sei denn etwa noch ein Stück der seit Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen.«[18]

Die wahre menschliche Liebe erleben die Werktätigen, die von plumper materieller Berechnung frei sind, die durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Arbeit und den gemeinsamen Kampf gegen ihre Unterdrücker verbunden sind. Jedoch auch in die proletarische Familie dringen oft die herrschenden Anschauungen der kapitalistischen Gesellschaft ein. Selbst Arbeiter, die von den bürgerlichen Vorstellungen zur Frau befangen sind, betrachten diese nicht als gleichgestellte und gleichberechtigte Kameradin, sondern, mehr oder minder ausgeprägt, als persönliches Eigentum und Wärterin ihrer Kinder. Außerdem werden im Kapitalismus durch Not und Existenzunsicherheit die Beziehungen zwischen Mann und Frau in den Arbeiterfamilien oft genug schwer belastet.

»Mit dem Aufbau des Sozialismus entstanden gesellschaftliche Bedingungen, die dazu führen, die Familienbeziehungen von den Entstellungen und Verzerrungen zu befreien, die durch die Ausbeutung des Menschen, die gesellschaftliche und rechtliche Herabsetzung der Frau, durch materielle Unsicherheit und andere Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft bedingt waren.«[19]

Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen die Eheschließung auf völlig freiwilliger Basis. Vermögenserwägungen oder der Zwang einer Nötigung sind fast vollkommen verschwunden. Abgesehen von Ausnahmefällen, ist die einzige Grundlage für das Zueinanderfinden von Mann und Frau die Liebe. Wachsende ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, immer bessere Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, sowie die vollständige Gleichberechtigung von Mann und Frau schufen Voraussetzungen von neuer Qualität für die persönlichen Beziehungen in der Ehe und in der Familie. Auf das Verhältnis von Mann und Frau wirken unter sozialistischen Bedingungen naturgemäß auch der Bildungsstand sowie die moralischen Qualitäten ein, die sich unter den neuen Bedingungen immer besser entfalten können.

In vielen kapitalistischen Ländern überflutet eine »Sex-Welle«

das gesellschaftliche Leben. Die Prostitution blüht. Eine pornographische Schmutzflut schwappt über Bühne, Bildschirm und aus Zeitungsspalten. Die Propagierung sexueller Zügellosigkeit und Perversion verkrüppelt viele Menschen und macht sie unfähig, die Beziehungen zwischen Mann und Frau sinnvoll zu gestalten. Diese »Sex-Welle« ist nicht Ausdruck »wahrer Freiheit«, sondern Erscheinung des Untergangsprozesses einer überlebten Gesellschaft. Sie dient den herrschenden Kreisen zur Ablenkung der Volksmassen von den dringend zu lösenden gesellschaftlichen Problemen.

Im Sozialismus werden Liebe und Erotik für immer mehr Menschen Bestandteil eines sinnerfüllten Lebens. Nicht nur die körperliche Vereinigung von Mann und Frau, sondern auch der Einklang ihrer geistigen und gefühlsmäßigen Beziehungen, hohe Ansprüche an jeden, gegenseitige Achtung und Vertrauen machen die Partner wirklich glücklich. Die Liebe ist ein grundlegendes Element der Persönlichkeitsentwicklung, der Daseinserfüllung des Menschen.

Die Entwicklung der neuen sozialistischen Liebes- und Ehebeziehungen ist ein Prozeß. Er beansprucht längere geschichtliche Zeiträume und verläuft keineswegs unkompliziert und konfliktlos. Das zeigt sich deutlich in der Anzahl der Ehescheidungen. In der DDR werden gegenwärtig jährlich etwa 30 000 Ehen geschieden. Offenbar gelang es den Ehegatten nicht, die im gemeinsamen Leben auftretenden Fragen auch gemeinsam zu lösen. Auch in der Sowjetunion scheitert jede dritte Ehe. In den großen Städten liegt die Scheidungszahl um das Zwei- bis Dreifache höher als der Durchschnitt.

Ein Teil der jungen Menschen, deren Ehe gescheitert ist, gehen davon aus, daß es zweckmäßiger und angenehmer sei, allein weiterzuleben. Sie suchen, ohne eine bleibende Beziehung einzugehen, entsprechend ihren Bedürfnissen einen Partner für den Geschlechtsverkehr oder wechseln sogar den Partner in kurzer Folge.

So erhebt sich die Frage: Hat die Ehe eine Zukunft, und wird sie auch im Kommunismus einen Sinn haben?

Untersuchungen in der Sowjetunion zeigen, daß Ehe und Familie keineswegs verschwinden. Die Anzahl der Verheirateten wächst. Im Jahre 1939 bestanden in der Sowjetunion 76,5 Millionen Ehen; 1959 86,5 und 1970 rund 107 Millionen. Die Zahl der Verheirateten nahm schneller zu als das Bevölkerungswachstum. Von 1959 bis 1970 erhöhte sich die Bevölkerung um 16 Prozent, die Zahl der Verheirateten jedoch um 22,8 Prozent.

Die Absicht, keine neue Ehe einzugehen, verliert ihre Kraft, sobald der Betreffende einen Partner findet, der seinen Wünschen und Bedürfnissen in körperlicher und geistiger Beziehung voll entspricht, denn zwischen einer oberflächlichen Liebesbeziehung und echter, tiefer Liebe besteht kein Vergleich.

Wenn früher weniger Ehescheidungen zu verzeichnen waren, so bedeutet dies nicht, daß die Ehen glücklicher waren und Liebe und

Einvernehmen bestanden. Unter sozialistischen Bedingungen ist im allgemeinen eine Ehe ohne Liebe nicht dauerhaft. Bei einer in der Sowjetunion durchgeführten Umfrage über die Voraussetzungen für eine dauerhafte und glückliche Ehe gaben 76 Prozent der Befragten Liebe, 13 Prozent Gleichberechtigung und 1,5 Prozent materielle Güter an.[20]

Diese Antworten zeigen schon, daß die Ansprüche der Geschlechter unter sozialistischen Bedingungen, verglichen mit denen in der kapitalistischen Gesellschaft, gewachsen sind. »Ist nur die auf Liebe gegründete Ehe sittlich, so auch nur die, worin die Liebe fortbesteht.«[21]

Das zeitweise Anwachsen der Scheidungsfälle hebt den Sinn der Ehe nicht auf. Die Zunahme ist ein Ausdruck der Gleichberechtigung der Frau, ihrer unabhängigen und gesicherten Position in der Gesellschaft und höherer Anforderungen an den Mann. Sie ist oft Abwehr gegen Erniedrigung ihrer Persönlichkeit und Verletzung ihrer Würde. Es ist kein Zufall, daß Ehescheidungen mehr von Frauen als von Männern beantragt werden.

»Fallen nun noch die ökonomischen Rücksichten weg, infolge deren die Frauen sich diese gewohnheitsmäßige Untreue der Männer gefallen ließen – die Sorge um ihre eigne Existenz und noch mehr die um die Zukunft der Kinder –, so wird die damit erreichte Gleichberechtigung der Frau aller bisherigen Erfahrungen nach in unendlich stärkerem Maße dahin wirken, daß die Männer wirklich monogam werden, als dahin, daß die Frauen polyandrisch.«[22]

Im zeitweisen Wachstum der Ehescheidungen zeigt sich auch noch die Unvollkommenheit unserer materiellen und geistigen Entwicklung. Die Liebesbeziehungen zwischen Mann und Frau werden sich mit dem Fortschritt der Gesellschaft ebenfalls entwickeln. Weder die Liebe noch die Ehe verschwinden in der kommunistischen Gesellschaft. Die Formen ehelicher Verbindungen werden möglicherweise mannigfaltiger. Die lebenslange oder langandauernde Ehe bleibt sicher das Ideal.

Sie wird im Kommunismus ihre volle Verwirklichung finden. Die vollständige Freiheit des Ehepartnerwechsels, weder durch materielle noch ideologische Faktoren beschränkt, wird keineswegs Triebhaftigkeit, Oberflächlichkeit, Verantwortungslosigkeit gegenüber den Ehepartnern und der Familie begünstigen. Die Beseitigung von Arbeitshetze und Streß, die Zunahme der biologischen Kraft des Menschen bewirken nicht nur wachsende körperliche Liebesfähigkeit, auch die geistigen und emotionalen Glücksgefühle werden stärker. Die allseitige Entfaltung der Fähigkeiten und Talente von Mann und Frau ist die Grundlage für den Reichtum ihrer gegenseitigen Beziehungen, die gegenseitige Beglückung bedingt und zunehmend eine einseitige, oft nur an Äußerlichkeiten hängende Partnerwahl verhindert.

Der Kommunismus – eine Langeweile-Gesellschaft?

Der kommunistische Mensch wird glücklich sein. Schon heute kennen die sozialistischen Länder weder die politische, ökonomische, geistige Unterdrückung noch die zahllosen psychischen Leiden, die durch Ausbeutung und Elend hervorgerufen werden, noch die Angst, die infolge der Unsicherheit der Existenz im Kapitalismus als ständiger Druck auf den Werktätigen lastet.

Jeder weitere Schritt zum Kommunismus dehnt den Bereich der Freiheit aus und trägt zur vollen Entfaltung der menschlichen Würde und Persönlichkeit bei. Der Kommunismus hebt alle Menschen auf ein beispielhaft neues Niveau der Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse und der Entwicklung ihrer individuellen Qualifikation. Schon im gegenwärtigen Entwicklungsstadium werden alle Behauptungen der ideologischen Vertreter des Monopolkapitals, daß der Kommunismus die Menschen auf niedrigem Niveau nivelliere, durch das Leben entlarvt. Ungeachtet aller Entstellungen, tritt der kommunistische Mensch, der weder Armut und Entbehrungen noch Ausbeutung und Unterdrückung kennt, in die Geschichte und entfaltet seine schöpferischen Kräfte.

Hat der Mensch, der in der kommunistischen Gesellschaft Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern besitzen wird, nun alles, wonach er strebt, sind alle seine Bedürfnisse befriedigt, und wird infolgedessen sein Leben zur gähnenden Langeweile?

Das ist natürlich keinesfalls so. Seine Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, gesundheitlicher Betreuung werden befriedigt. Jedoch verändert sich auch die kommunistische Gesellschaft, ihre Entwicklung kommt nicht zum Stillstand. Es gibt keinen Endzustand der menschlichen Gesellschaft, auch nicht hinsichtlich der Bedürfnisse.

Wir können heute nicht wissen, welche konkreten Aufgaben und Ziele sich die Menschen der Zukunft setzen. Wir wissen nur eines mit Sicherheit: Sie werden bestimmt nicht zu einem Zustand, in dem Ausbeutung und Unterdrückung bestehen, zurückkehren wollen.

Auch die zukünftige Gesellschaft wird nicht konfliktlos, ohne Widersprüche und Probleme sein. Die Welt ist stets unvollendet, und die Wünsche der Menschen wachsen immer über die bestehenden Möglichkeiten hinaus. Jedes gelöste Problem wirft neue ungelöste Fragen auf. Und das Leben, das immer neue Aufgaben für den Menschen stellt, erfordert Kraft und Ausdauer.

Die Erhaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen, der Schutz der Umwelt, die Sicherung der benötigten Energie- und Rohstoffmengen, das Wirtschaftswachstum, die Bevölkerungsentwicklung, der Gesundheitsschutz, die Verlängerung des Lebens, die Entwicklung der Künste, der Moral, des geistigen Fortschritts der Menschen werden solche Aufgaben sein.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die wachsende Macht über die Natur verleihen dem Menschen der Zukunft nicht nur neue Perspektiven, sie bergen auch Gefahren in völlig neuen Dimensionen. Die Nutzung eines gewaltigen Potentials an Produktivkräften kann bei Fehlplanung, Fehlschlüssen und ungenügender wissenschaftlicher Voraussicht zu unvergleichlich höheren negativen Auswirkungen führen als in der Gegenwart. Schon heute stehen wir vor Entscheidungen, die nicht nur für die gegenwärtige Generation, sondern auch für zukünftige Generationen von größter Bedeutung sind. Das zunehmende Risiko und die möglichen Folgen falscher Entscheidungen, die verheerende Konsequenzen nach sich ziehen können, erfordern, daß die geistige und moralische Entwicklung der Menschen nicht hinter ihrem großen Potential zur Einflußnahme auf Natur und Gesellschaft zurückbleibt.

Es geht nicht nur um das Beseitigen von radioaktiven Rückständen und anderen gefährlichen Abfallstoffen, um mögliche Folgen genetischer Forschungen und der Ausnutzung immer weiterer Bereiche des Universums.

Es entstehen u. a. Probleme, »... die mit der Weiterentwicklung der Weltraumtechnik und deren Wechselwirkung mit der irdischen Umwelt und dem Weltraum zusammenhängen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden Raketenmittel neuer Generation, und zwar Raumschiffe zur mehrfachen Nutzung, ihrer Bestimmung übergeben, die Häufigkeit der Starts wird schnell zunehmen. Es gilt aber die Unversehrtheit der Ozonschicht und anderer Schichten der Erdatmosphäre zu erhalten«.[23]

Die Wissenschaft muß verhindern, daß irdische Mikroorganismen auf andere Planeten verschleppt werden, die dann als modifizierte Formen des Lebens mit gefährlichen Folgen wieder auf die Erde übertragen werden könnten.[24]

Die Lösung aller Zukunftsprobleme verlangt, die materielle Basis der kommunistischen Gesellschaft ständig zu erweitern und auch das geistige Potential weiterzuentwickeln. Der kommunistische Mensch wird immer neue, unvergleichlich größere Aufgaben zu bewältigen haben. Aber er steht ihnen nicht hilflos gegenüber. Er wird sich die notwendigen Mittel schaffen, um die Probleme lösen zu können, und im Prozeß ihrer Bewältigung wird er an Wissen, Können und Moral wachsen. Selbst wenn sich in sehr ferner Zukunft die Ressourcen unserer Erde insgesamt als unzureichend erweisen sollten, die Ressourcen unseres Sonnensystems und der Milchstraße sind grenzenlos. Bis dahin wird der Mensch zum Beherrscher größerer Teile des Kosmos aufsteigen und die weitere Existenz des Menschengeschlechts sichern, eine Aufgabe, die für uns heute unvorstellbar große Anstrengungen und Leistungen erfordert.

Eine Langeweile-Gesellschaft wird der Kommunismus nicht sein! Im Gegenteil!

Lieber Leser!

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, Ihr Interesse für die dargelegten Probleme zu wecken, und daß Sie mit den Ergebnissen meiner Untersuchung im wesentlichen einverstanden sind.

Wir können mit Vertrauen in die Zukunft schauen. Der Kapitalismus hat eine qualitativ neue Stufe im Untergangsprozeß und der Sozialismus eine qualitativ neue Stufe im Aufstiegsprozeß erreicht. Die Menschheit ist im Begriff, in ihre eigentliche Menschheitsphase einzutreten.

Jene meiner Generation, die – wie ich – ihr Leben lang für den Kommunismus gekämpft und Opfer gebracht haben, sehen mit Genugtuung und Freude, wie sich die Konturen der kommunistischen Gesellschaft immer schärfer abzeichnen.

Mögen sich die in groben Umrissen gekennzeichneten historischen Fristen in den einzelnen Ländern oder auf dem ganzen Erdball infolge noch nicht kalkulierbarer Faktoren um zehn bis zwanzig Jahre verzögern oder aber verkürzen, in unserer Epoche marschiert die ganze Menschheit dem Kommunismus entgegen. Das ist das Gesetz unserer Zeit. Die Entwicklungsrichtung ist klar. Das Tempo hängt von uns selbst ab.

Nachwort

Prognosen und Legitimation des Autors

Dieses Nachwort schreiben zu dürfen, habe ich mich selbst beworben. Das ist außergewöhnlich. Aber vor allem ist dieses Buch außergewöhnlich. Es wurde von einem Autor erarbeitet, der stets Außergewöhnliches leistete und leistet und zu dessen Freunden ich mich zählen darf.

1.

Prognosen gibt es vielerlei Arten. Sehen wir ab von »Wahr«-Sagereien, die auf Betrug beruhen. Mediziner prognostizieren einen Krankheitsverlauf. Wir arbeiten mit Prognosen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Wir kennen aber auch wissenschaftlich-phantastische Romane, deren Handlung weit in die Zukunft verlegt wurde. Die genialste Prognose entwickelte Karl Marx, dessen 165. Geburtstag und 100. Todestag wir beim Erscheinen dieses Buches begehen. Er bewies seit 1847 mit seinem Freund Friedrich Engels, also zu einer Zeit, da der Kapitalismus zu seiner höchsten Blüte strebte, die Unvermeidlichkeit seines Untergangs. Und er zeigte die Kraft, die diesen Untergang bewirkt: das Proletariat.

Diese gewaltige Leistung war möglich, weil Karl Marx und Friedrich Engels die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft zu enthüllen vermochten.

Gesellschaftsprognosen bilden sicherlich die schwierigste Art wissenschaftlicher Voraussagen. Denn nicht nur objektive Faktoren – die oft jähen Veränderungen unterworfen sind – gilt es zu berücksichtigen, sondern auch den subjektiven Faktor, das Bewußtsein und Handeln der Massen, dieser unsterblichen Helden und Schöpfer des Geschichtsprozesses. Aber derartige Prognosen sind möglich, wenn man die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze kennt und der Kraft der Massen vertraut, ohne sie utopisch zu idealisieren.

Die Tatsache der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus konnte von Karl Marx bewiesen werden; über den Zeit-

punkt dieses revolutionären Prozesses ließ sich noch nichts aussagen. Auch Friedrich Engels, der seinen Freund zwölf Jahre überlebte, hatte kein »Gesicht« von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Aber er vermochte 1890 immerhin zu schreiben, daß »Rußland ... die Vorhut der revolutionären Bewegung Europas« werde und »die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen« werden könne.[1]

Ebenso sagte er den ersten imperialistischen Weltkrieg und sein Resultat voraus:

»... Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.«[2]

Engels konnte diese Voraussagen treffen, weil er an der Schwelle des Imperialismus die Zuspitzung der Antagonismen zwischen den Staaten sah, dazu die Morschheit der alten Welt und unter ihren Planken die Lava der Revolution. Er hütete sich, Einzelheiten – Jahr eines Kriegsausbruchs, Jahr und Tag einer Revolution – zu prophezeien. Details »wahr«-sagen nur Hellseher, Astrologen und andere Scharlatane.

Aber auch Reaktionäre haben manchmal Zukunftsvisionen – schreckhafte, in denen das Menetekel des eigenen Untergangs sichtbar wird. Friedrich Nietzsche, wohl der reaktionärste aller Philosophen, sah etwa zur gleichen Zeit wie Friedrich Engels den ersten Weltkrieg, den Untergang seiner eigenen Klasse, voraus, der des »Übermenschen«, bewirkt durch die Arbeiter, die Volksmassen, die Nietzsche die »Dutzendmenschen«, die »Vielzuvielen«, die »Fliegen des Marktes« nannte, durch den Sozialismus, den er als »Tyrannei der Geringsten und Dümmsten« bezeichnete:

»Dabei kann es doch an vielen Orten Europas zu gewaltigen Handstreichen und Überfällen kommen: dem nächsten Jahrhundert wird es hie und da gründlich im Leibe ›rumoren‹, und die Pariser Kommune, welche auch in Deutschland ihre Schutzredner und Fürsprecher hat, war vielleicht nur eine leichtere Unverdaulichkeit gewesen im Vergleich zu dem, was kommt.«[3]

Nietzsche sah das ihm verhaßte Schreckgespenst des realen Sozialismus voraus, obwohl er keine objektiven Gesetze anerkannte (vielmehr: deshalb nicht anerkennen wollte), aber die Kraft der Massen über alles fürchtete. Er rief: »Wo sind die Barbaren des zwanzigsten Jahrhunderts? Offenbar werden sie erst nach ungeheuren sozialistischen Krisen sichtbar werden ...«[4]

Etwas lehrt uns Nietzsche heute noch: Reaktionäre haben eine eigene Sprache, die das Gute und Edle, den Fortschritt der Menschheit abwertet und verunglimpft. So ist es auch heute.

2.

Das vorliegende Buch folgt den besten marxistischen Traditionen, wenn es Wissenschaftsprognosen, Wirtschaftsprognosen, gesellschaftliche Teilprognosen also, und – bis weit in das 21. Jahrhundert hinein – eine gesamtgesellschaftliche Prognose liefert. Lenin vermochte genauer als Marx konkrete Einzelheiten über die Entwicklung der Revolution und der sozialistischen Gesellschaft vorauszusehen. Uns, die wir in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus leben, erscheinen Konturen des kommunistischen Morgen klarer als zu Lebzeiten Lenins, da ja die Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus durch uns mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden. Die heutige Entwicklung der Produktivkräfte und der Wissenschaften und das heutige internationale Kräfteverhältnis lassen Voraussagen zu, die zu Marx' oder zu Lenins Zeiten nicht denkbar waren.

Immer wieder werden marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler von der Partei der Arbeiterklasse aufgefordert, prognostisch zu arbeiten. Und eben dies geschieht in diesem Buch mit einer Sachkenntnis, daß man meint, ein ganzes Kollektiv von Wissenschaftlern sei beteiligt gewesen. Aber das Werk hat nur einen Autor und ist – um mit Hegel zu sprechen – »Entäußerung« eines Verfassers, der weder Nur-Philosoph, Nur-Ökonom noch Nur-Spezialist des Wissenschaftlichen Kommunismus ist, sondern ein erprobter Marxist-Leninist im umfassenden Sinne des Wortes, gereift in den Kämpfen und Siegen der Epoche, dem Erkenntnis und Bekenntnis, Wort und Tat, Leben und Werk eins sind.

Erich Hanke hat beim Erscheinen des Buches sein 72. Lebensjahr überschritten. Er ist Sohn der Arbeiterklasse und Kommunist seit früher Jugend und nahm aktiv am Kampf gegen die heraufziehende Gefahr des Faschismus teil. Im illegalen Kampf, in der Reichshauptstadt Berlin, füllte er wichtige Funktionen aus. Selbst in der Haft in Luckau und Brandenburg – der Autor war wegen »Hochverrat« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden – unterbrach er die illegale Tätigkeit nicht. Sein Buch »Erinnerungen eines Illegalen« gehört zu den ergreifendsten Berichten über den antifaschistischen Widerstand. Ohne jede »Romantik« wird der Alltag des Illegalen beschrieben.

1945 entfloh Erich Hanke einem Arbeitskommando und tauchte unter. Als Aktivist der ersten Stunde und im ganzen Verlauf unserer Revolution stand er an wichtigen Kampfabschnitten: im Parteiapparat, in Staatsorganen, im Hochschulwesen – dort zuletzt als Professor für Dialektischen und historischen Materialismus.

Der Leser sucht Angaben über ein Universitätsstudium? Der Autor hat vor allem eine Universität absolviert: die des Klassenkampfes, ununterbrochen lernend und lehrend. Selbst im Zucht-

haus studierte er Fremdsprachen. 1947 bis 1949 konnte er seinem Wunsche gemäß an der Parteihochschule »Karl Marx« studieren. Doch er mußte vorfristig sein Studium abbrechen, um an der Humboldt-Universität als erster Direktor der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät zu arbeiten.

Genosse Hanke erzählt gern. So auch über die Zeit, da er an der Hochschule für Ökonomie das Studium der Komplementäre leitete – von Kapitalisten, die mit staatlicher Beteiligung arbeiteten und nun beim Studium von Marx' »Kapital« erkannten, daß sie Ausbeuter waren. Es sind heute hochgeachtete und geehrte Bürger, die mit großer Dankbarkeit von Erich Hanke sprechen. Er führte sie: wissenschaftlich, ideologisch, menschlich. In seinem Buch »Im Strom der Zeit« kann man darüber nachlesen. Vor allem aber in dem Buch »Mittelstand in der BRD«, das auch in der DDR erschien und in dem die Möglichkeiten der Einbeziehung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in den sozialistischen Aufbau behandelt werden, sind diese Erfahrungen festgehalten. Marxistische Wissenschaftler verschiedener Kontinente konsultieren heute den Autor über diese diffizilen Bündnismöglichkeiten.

Das also ist der Verfasser: immer noch unermüdlich lernend, lehrend, rastlos tätig. Dem Feind gegenüber unnachgiebig, dem Genossen und Freund, aber auch dem Suchenden und Irrenden, hilfreich und gütig.

3.

»Stalin bricht Hitler das Genick!« Dieser berühmte Ausruf, den Ernst Thälmann seinen Peinigern entgegenschleuderte, als sie ihm frohlockend den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion verkündeten, ist eine Prognose gewesen, die mehr oder weniger klar jeder standhafte Kommunist dieser Zeit im Bewußtsein trug. Auch Erich Hanke wußte vom Sieg der Sowjetarmee, selbst als die faschistischen Heerscharen vor Moskau und im Kaukasus standen. Er konnte nur nicht wissen, ob ihm vergönnt war, diesen Sieg zu erleben. Aber die Gewißheit des Sieges über die braune Pest half ihm, zehn Jahre hinter Kerkergittern zu überleben. Wissenschaftliche Gesellschaftsprognosen erzeugen Zukunftsgewißheit der Kommunisten ebenso, wie sie ihre Kampfbereitschaft, ihren Opfersinn und ihren Mut festigen. Und ebenso von dieser wohlbegründeten Siegesgewißheit spricht dieses Buch.

Wir sahen, daß auch die Feinde der Menschheit manchmal Visionen – heute sicher auch mit Variantenberechnungen moderner Großcomputer – von ihrem Ende haben. Allerdings findet sich nur eine Minderzahl dieser Feinde mit dem eigenen Untergang ab – etwa mit dem historischen Wort: »Nach uns die Sintflut«. Gewaltige Ressourcen mobilisiert deshalb heute besonders der USA-

Imperialismus, um seine anachronistische Existenz zu verlängern und den Fortschritt in einem thermonuklearen Inferno zu vernichten. Ja, die »Barbaren des zwanzigsten Jahrhunderts«, von denen Nietzsche sprach, fanden sich: erst in Hitlerdeutschland, heute in den USA. Sie planen atomare »Erstschläge«! Der Leser möge dies niemals vergessen.

Jede Prognose ist nämlich eine Wenn-dann-Beziehung: Wenn die Bedingungen A, B, C und nicht X, Y, Z gegeben sind, dann tritt ein bestimmtes Ereignis mit Notwendigkeit ein. Der Sieg des Kommunismus in der vom Autor prognostizierten Zeit erfordert den Sieg über die Feinde des Friedens.

Wir nahmen zur Kenntnis, daß Friedrich Engels imperialistische Kriege voraussah. Er kam noch mehrmals – unter anderem 1889 – auf diese Prognose zurück und wandte sich gegen Abenteurer, die einen Krieg herbeisehnten, damit »aus diesem erbitterten Krieg eine Revolution hervorgeht«. Besonders unter den heutigen Bedingungen der Existenz atomarer und anderer Massenvernichtungswaffen bleibt seine Entgegnung aktuell: daß durch einen Krieg nämlich auch die proletarische Bewegung »niedergeworfen, zermalmt und mit Gewalt vernichtet« würde, »während der Friede uns den fast sicheren Sieg bringt«.[5]

Die Menschheit steht am Scheidewege. Auch viele Nichtkommunisten sind bereit, mit uns für den Frieden zu kämpfen. Wir Kommunisten stehen in diesem Ringen in den ersten Reihen.

Götz Scharf

Quellenverzeichnis

Untergangspropheten

1 horizont, 43/1981, S. 15
2 Siehe Bericht zur Lage der Weltbevölkerung, in: Leipziger Volkszeitung, 15. 6. 1982
3 Siehe S. Bruk, Wieviel Menschen wohnen auf der Erde?, Kultur und Leben, Moskau 1981, S. 42
4 A. Peccei, Faut — il Arre'ter la Croissance?, in: Express, 1972, Nr. 1094, S. 68
5 H. Gross, Die Chancen ändern sich, Econ-Verlag, Düsseldorf und Wien 1976, S. 110–111
6 Vgl. UNO-Dokument, E./CN. 9–307, 19. 2. 1974, S. 18
7 Ebenda, S. 20
8 Freemann/Jahoda/u. a., Zukunft aus dem Computer, Hermann Luchterhand-Verlag, Neuwied und Berlin 1973, S. 90
9 F. Baade, Der Wettlauf zum Jahre 2000, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg und Hamburg 1960, S. 40
10 Siehe R. Zetter, Nahrung von morgen, VEB Fachbuchverlag, Leipzig 1975, S. 84–85
11 Ebenda, S. 100
12 Neues Deutschland, 5. 9. 1974
13 Siehe N. S. Malein, Der rechtliche Schutz der Natur und der Gesundheit der Bevölkerung in der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge (SW/GWB), 4/1977, S. 387
14 Siehe J. Fjodorow, Wechselbeziehung Natur – Gesellschaft, in: Gesellschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau, 2/1981, S. 58
15 N. S. Malein, Der rechtliche Schutz der Natur und der Gesundheit der Bevölkerung in der UdSSR, a. a. O., S. 388
16 Siehe Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Autorenkollektiv, in: IPW-Forschungshefte, 1/1977, S. 49
17 H. Kahn, Vor uns die guten Jahre, Verlag Fritz Molden, Wien – München – Zürich – Innsbruck 1977, S. 193–194
18 B. Gunnarsson, Japans ökologisches Harakiri, Rowohlt-Taschenbuchverlag, Rheinbeck bei Hamburg 1974, S. 77
19 F. Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: MEW, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 455

20 W. Pawlow/R. Simonjan, Das Rohstoffproblem im heutigen Kapitalismus, in: SW/GWB, 7/1978, S. 721
21 Siehe ebenda, S. 275
22 J. Fjodorow, Wechselbeziehung Natur – Gesellschaft, a. a. O., S. 60
23 Siehe Freemann/Jahoda/u. a., Zukunft aus dem Computer, a. a. O., S. 51
24 W. Sagladin/I. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart und die Kommunisten, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), 3/1978, S. 364
25 Siehe A. Zischke, Die Welt bleibt reich, Kümerly und Frei, Geografischer Verlag, Bern 1974, S. 18
26 Technologie und Zukunft, Herausgegeben von R. Jungk, Springer-Verlag, Berlin – Heidelberg – New York 1970, S. 36–37
27 Siehe Menschen im Jahr 2000, Herausgeber R. Jungk, Verlag Frankfurt/Main 1969, S. 241
28 Siehe Neues Deutschland, 1./2. 4. 1978
29 Siehe K. G. Goldstein, Morgen lebst du anders, Wien 1969, S. 31
30 W. Gringmuth/U. Schaake, Die Wasserwirtschaft in der intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 7/1981, S. 818
31 Ebenda
32 A. Toffler, Der Zukunftsschock, Scherz-Verlag, Bern – München – Wien 1972, S. 349–350
33 Ebenda, S. 123–124
34 G. Picht, Mut zur Utopie, R. Pieper und Co-Verlag, München 1960, S. 30–31
35 Ebenda, S. 33
36 Siehe R. Nitsche, Der Weg aus der Krise, Langen/Müller-Verlag, München – Wien 1974, S. 200–201
37 Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Verlag 2001, Frankfurt am Main 1980, S. 61, 77–78, 84–85, Einleitung und Zusammenfassung, S. XVII–XVIII
38 W. Ochel, Umweltpolitik und Entwicklungsländer, in: Ifo-Schnelldienst, München, 15/1974, S. 19
39 Siehe P. F. Drucker, Neue Management-Praxis, Bd. 1, Düsseldorf – Wien 1974, S. 68
40 Siehe Der Mensch und seine Umwelt, Rundtischgespräch, in: SW/GWB, 1/1974, S. 76
41 R. Jungk, Der Jahrtausendmensch, Bertelsmann-Verlag, München – Gütersloh – Wien 1973, S. 36–37
42 Kursbuch 33, Rotbuchverlag 1973, S. 13–14
43 H. G. Schneider, Die Zukunft wartet nicht, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1971, S. 43–44
44 K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 43
45 Siehe Technologie und Politik, Rowohlt-Taschenbuchverlag, Rheinbeck bei Hamburg 1975, S. 164–165
46 Siehe Neues Deutschland, 30. 3. 1977
47 Siehe M. Loitew, Die Effektivität von Investitionen zum Schutz der natürlichen Umwelt, in: SW/GWB, 8/1976, S. 855–856
48 Siehe Zur Tätigkeit des RGW im Jahre 1980, in: horizont, 26/1981, S. 2
49 Siehe H. Böhme, Molekular- und Zellgenetik in der Gegenwart, in: Einheit, 10/1973, S. 1198

50 N. P. Botschkow, Methodologische und soziale Fragen der Humangenetik, in: SW/GWB, 5/1981, S. 764
51 Ebenda, S. 762
52 Philosophische, soziale und ethische Probleme der Humangenetik, Diskussion, in: SW/GWB, 1/1971, S. 76
53 Siehe A. Wernecke, Biologismus und ideologischer Klassenkampf, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 147–148
54 Siehe ebenda, S. 161
55 N. P. Dubinin, Philosophische und soziologische Aspekte der Humangenetik, in: SW/GWB, 9/1971, S. 993
56 Siehe B. Manstein, Liebe und Hunger, Verlag K. Desch, München – Wien – Basel 1967, S. 57–58
57 R. Löther, Humangenetik und die Zukunft des Menschen, in: Einheit, 2/1970, S. 211
58 N. P. Dubinin, Philosophische und soziologische Aspekte der Humangenetik, a. a. O., S. 988
59 N. P. Dubinin, Biologische und soziale Faktoren in der Entwicklung des Menschen, in: SW/GWB, 12/1977, S. 1289
60 R. Löther, Humangenetik und die Zukunft des Menschen, a. a. O., S. 212
61 J. T. Frolow, Die Perspektiven des Menschen, in: SW/GWB, 2/1976, S. 167
62 Siehe A. Wernecke, Biologismus und ideologischer Klassenkampf, a. a. O., S. 234–235
63 Siehe W. Hollitscher, Kain oder Prometheus?, Akademie-Verlag, Berlin 1972, S. 67–68

Überlebt der Kapitalismus?

1 F. Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 168
2 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 467
3 F. Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 169
4 F. Engels, Artikel aus »The Labour Standard«, MEW, Bd. 42, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 416–417
5 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau – November 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 12
6 J. Purton, Der Kapitalexport – eine wesentliche Grundlage des Imperialismus, in: PFS, 5/1977, S. 648
7 M. O. Riordan, Der Kosmopolitismus des Kapitals und der Internationalismus der Arbeiterklasse, in: PFS, 9/1978, S. 1230
8 A. Toffler, Die Grenzen der Krise, Scherzverlag, Bern – München 1975, S. 26
9 Siehe UdSSR in Zahlen für 1979, Verlag Statistika, Moskau 1980, S. 62
10 R. Gutermuth, Ausbeutung in der BRD, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 29
11 Siehe H. Tammer, Kapitalistische Ausbeutung heute, in: Einheit, 9/1977, S. 1020, 1025
12 Handelsblatt, 31. 12. 1975
13 Der Arbeitgeber, 20/1975
14 O. Reinhold, Die Wirtschaftskrisen, Dietz Verlag, Berlin 1977, S. 6
15 Ebenda, S. 14

16 K. Marx, Das Kapital, MEW Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 501
17 The New York Times, 17. 3. 1961
18 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 468
19 Siehe Neues Deutschland, 13. 4. 1977
20 Siehe Neues Deutschland, 8./9. 8. 1981
21 G. Elert/U. Möller, Rationalität für oder gegen den Menschen, in: Einheit, 7/8/1980, S. 724
22 Siehe Der Kapitalismus vor neuen Erschütterungen. Meinungsaustausch, Diskussionen, in: PFS, 9/1980, S. 1199–1200
23 Siehe Ökonomische Entwicklungstendenzen der zwei Welten. Informationsübersicht, in: PFS, 6/1981, S. 861
24 Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung imperialistischer Länder im Jahre 1981. Analysen – Probleme, in: IPW-Berichte, 1/1981, S. 10
25 Siehe H. Tammer, Jagd nach hohen Monopolprofiten – treibendes Motiv der kapitalistischen Produktion, in: Einheit, 9/1978, S. 873
26 Mit hohem Kampfelan. Dokumentarisches, in: PFS, 5/1979, S. 720
27 Siehe Fortschreitender Konzentrationsprozeß in der BRD-Landwirtschaft. Wissenschaftliches Leben, in: IPW-Berichte, 6/1980, S. 49
28 N. Gausner, Der heutige Kapitalismus und die Massenerwerbslosigkeit, in: SW/GWB, 5/1981, S. 700
29 Ebenda, S. 706
30 Siehe Staatsverschuldung. Dokumentarisches, in: PFS, 12/1978, S. 1711
31 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 356
32 E. Lieberam/K. H. Röder, Imperialistische Herrschaftssicherung auf autoritärem Kurs, in: Einheit, 3/1980, S. 256
33 H. Fiedler/A. Preuße, Kern der aggressiven Kräfte des Imperialismus, in: Einheit, 2/1979, S. 122
34 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 307
35 C. Brinkmann, Soziologische Theorie der Revolution, Göttg. 1948, S. 9
36 F. Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 181
37 W. I. Lenin, Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 89
38 W. I. Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: Werke, Bd. 26, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 102–103
39 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 477
40 Ebenda, S. 476
41 Ebenda
42 A. I. Soboljew, Die Leninsche Konzeption von der Vielfalt der Wege der sozialen Entwicklung, in: SW/GWB, 10/1980, S. 1013
43 P. Rodriguez, Das Problem des Schutzes der Volksmacht, in: PFS, 6/1977, S. 744
44 Siehe Neues Deutschland, 18. 6. 1957
45 A. I. Sobolew, Die welthistorische Rolle der Arbeiterklasse, in: SW/GWB, 12/1973, S. 1244
46 Siehe O. K. Flechtheim, Futurologie – Der Kampf um die Zukunft, Köln 1970, S. 50 und 372–373
47 Siehe J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München – Zürich 1968, S. 65 und 101
48 A. A. Galkin, Die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner in den Ländern Westeuropas, in: SW/GWB, 12/1980, S. 1305

49 A. Schapirow, Der Kapitalismus der siebziger Jahre. Modifikation und Vertiefung des Grundwiderspruchs, in: SW/GWB, 1/1977, S. 47–48
50 Siehe S. N. Tschernenkow, Probleme des Herankommens und des Übergangs zur sozialistischen Revolution, in: SW/GWB, 1/1977, S. 5
51 W. Sagladin, Die Zukunft der ganzen Menschheit, in: PFS, 12/1972, S. 1714
52 K. Marx, Bericht des Generalrats über das Erbrecht, in: MEW, Bd. 16, S. 368–369
53 W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 371
54 Siehe 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP, Düsseldorf, 27./28. 2. 1971, in: Unsere Zeit, Extra, S. 27/28
55 Siehe E. Hanke, Antwort auf eine Leserkritik, in: Marxistische Blätter, 6/1975, S. 102
56 W. A. Sarezki, Der Kampf gegen das Monopolkapital als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus, in: SW/GWB, 4/1975, S. 391
57 W. I. Lenin, Krieg und Revolution, in: Werke, Bd. 24, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 417
58 Siehe J. A. Krassin, Revolutionärer Prozeß und Reformen, in: SW/GWB, 2/1978, S. 132
59 Ebenda, S. 133–134

Siegt der Sozialismus?

1 W. Fuchs, Formeln der Macht, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1965, S. 132
2 Weltgeschichte, Bd. 7, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965, S. 339
3 Siehe H. Maier, Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums?, Akademie-Verlag, Berlin 1977, S. 15–17
4 Siehe UdSSR in Zahlen für 1979, a. a. O., S. 64
5 Siehe UdSSR in Zahlen für 1980, Verlag Statistika, Moskau 1981, S. 57
6 Ebenda, S. 60
7 Ebenda, S. 58
8 Ebenda, S. 59
9 Siehe L. Woskressenski, Fleisch und Milch: Produktion und Verbrauch, in: Sputnik, 1/1982, S. 21
10 G. Hoelt, Agrarprobleme in der Sowjetunion im Lichte der Beratungen des XXVI. Parteitages der KPdSU, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule »Bruno Leuschner«, Berlin, 3/1981, S. 20
11 Ebenda, S. 20
12 L. Woskressenski, Fleisch und Milch: Produktion und Verbrauch, a. a. O., S. 23
13 Ebenda, S. 23
14 Siehe UdSSR in Zahlen für 1980, a. a. O., S. 54
15 Siehe Neues Deutschland, 30. 12. 1980
16 Siehe J. Iwanow/A. Balaschowa, Wachstumstempi und Proportionen des elften Fünfjahrplanes, in: SW/GWB, 5/1981, S. 663
17 Ebenda
18 A. G. Aganbegjan, Die Stellung Sibiriens im Volkswirtschaftskomplex der UdSSR, SW/GWB, 3/1982, S. 411–414
19 Ebenda, S. 413–415

20 St. Schatalow, Anwachsen der Bedürfnisse, in: PFS, 3/1981, S. 398–399
21 J. Iwanow/A. Balaschowa, Wachstumstempi und Proportionen des elften Fünfjahrplans, a. a. O., S. 664
22 Zahlenspiegel DDR/BRD – ein Vergleich; herausgegeben vom »Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen«, Bonn 1978, S. 31
23 Siehe Neues Deutschland, 22. 10. 1981
24 Siehe Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR: Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 180–181
25 Neues Deutschland, 22. 10. 1981
26 Siehe Sozialismus und Kapitalismus an der Schwelle der 80er Jahre, in: STP Sozialismus: Theorie und Praxis, 8/1981, S. 85
27 Siehe H. Tammer, Überproduktionskrise – Krise der Kapitalverwertung, in: IPW-Forschungshefte, 2/1976, S. 73
28 Siehe Neues Deutschland, 12. 5. 1982
29 Siehe Neues Deutschland, 12./13. 12. 1981
30 N. Bechar, Der Kapitalismus der Gegenwart: Faktoren und Widersprüche des Wirtschaftswachstums, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1977, S. 70
31 Siehe UdSSR in Zahlen für 1980, a. a. O., S. 58–59
32 Ebenda, S. 63–68
33 Ebenda, S. 71
34 Ebenda, S. 60
35 W. I. Lenin, Die große Initiative, Werke, Bd. 29, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 416
36 Siehe I. Nikonowa, Wettbewerb der beiden Systeme. Bilanz und Perspektiven, in: STP Sozialismus: Theorie und Praxis, 2/1982, S. 79
37 Sozialismus, Ökonomische Entwicklung und Gesellschaftlicher Fortschritt. Meinungsaustausch, Diskussionen, in: PFS, 5/1982, S. 654.
38 Siehe UdSSR in Zahlen für 1980, a. a. O., S. 61
39 Siehe Sozialismus und Kapitalismus an der Schwelle der 80er Jahre, a. a. O., S. 86
40 6. Tagung der Gemeinsamen Kommission der Ökonomen der UdSSR und der DDR zum Thema »Die wachsende Rolle des sozialistischen Weltsystems im revolutionären Weltprozeß – sozialökonomische Aspekte«, in: Wirtschaftswissenschaft, 4/1981, S. 390
41 Siehe N. Gausner, Der heutige Kapitalismus und die Massenarbeitslosigkeit, in: SW/GWB, 5/1981, S. 701
42 Ebenda, S. 706
43 U. Möller/G. Schilling, Die höhere Rationalität der sozialistischen Planwirtschaft – entscheidende Grundlage der historischen Überlegenheit des Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 7/1981, S. 778
44 Siehe Ch. Fiedler, Ursachen und Wirkungen der USA-Hochzinspolitik, in: IPW-Berichte, 6/1982, S. 19–20
45 Siehe D. Petrow, Japan in der Welt von heute, in: SW/GWB, 5/1981, S. 722–723
46 Ebenda, S. 723
47 P. Stebner, Die außenwirtschaftliche Expansion Japans seit der Krise von 1974/75, in: IPW-Berichte, 5/1981, S. 30–31
48 Siehe W. Kusnezow, Frankreich in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, in: SW/GWB, 5/1981, S. 712
49 E. Lüdemann, Japans Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: IPW-Berichte, 7/1972, S. 14

50 Siehe V. Perlo, USA und Japan: Ökonomische Rivalitäten, in: Einheit, 3/1970, S. 355
51 Siehe S. Dobrowinski, Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung Japans, in: SW/GWB, 9/1977, S. 967
52 Ebenda, S. 968
53 Siehe H. Hedberg, Die japanische Herausforderung, Hoffmann- und Campe-Verlag, Hamburg 1970, S. 10
54 Ebenda, S. 33
55 H. Kahn, Impulse des Wandels, in: Zukunft des Unternehmens, Verlag Moderne Industrie, München 1974, S. 117
56 Siehe H. J. Höhme, Die Welt des Kapitals in der Krise, in: Einheit, 6/1981, S. 609
57 Siehe UdSSR in Zahlen für 1980, a. a. O., S. 54
58 Ebenda, S. 57
59 Ebenda, S. 56
60 Leonid I. Breshnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, in: Neues Deutschland, 24. 2. 1981
61 UdSSR in Zahlen für 1980, a. a. O., S. 55
62 Siehe Ökonomische Entwicklungstendenzen der zwei Welten. Dokumentarisches, in: PFS, 6/1981, S. 861
63 Sozialismus und Kapitalismus an der Schwelle ..., a. a. O., S. 92
64 A. Bönisch, Globale Probleme aus der Sicht der Systemauseinandersetzung und des Systemvergleichs, in: IPW-Berichte, 11/1981, S. 35
65 M. Maximowa, Globale Probleme der Gegenwart, in: SW/GWB, 4/1981, S. 581
66 Siehe U. Möller/G. Schilling, Die höhere Rationalität der sozialistischen Planwirtschaft, a. a. O., S. 781
67 Ebenda, S. 784–785
68 Ebenda, S. 785
69 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR. Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, a. a. O., S. 13
70 M. Schmidt, Ergebnisse und Aufgaben marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung, in: IPW-Berichte, 4/1981, S. 6
71 U. Möller/G. Schilling, Die höhere Rationalität der sozialistischen Planwirtschaft, a. a. O., S. 778
72 G. Hall, Rede auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion, A 1971, Heft 49, S. 306
73 Außerordentlicher Parteitag der SPD, 12./13. Oktober 1971, Protokoll, Bonn 1971, S. 60
74 A. G. Mileikowski, Die wissenschaftlich-technische Revolution und das Problem der »Lebensqualität« in den kapitalistischen Ländern, in: SW/GWB, 1/1975, S. 54
75 H. Swoboda, Die Qualität des Lebens, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973, S. 7
76 Ch. Reich, Die Welt wird jung, Verlag Fritz Molden, Wien – München – Zürich 1970, S. 9, 13–14
77 E. Honecker, Aus meinem Leben, Dietz Verlag, Berlin 1980, S. 357–358
78 Siehe W. Wimmer, Zeugnis des Kampfes für ein sozialistisches deutsches Vaterland, in: Einheit, 7/8/1980, S. 708
79 Siehe Neues Deutschland, 30./31. 8. 1980
80 Siehe Frauen in der DDR und in der BRD, in: PFS, 6/1978, S. 836

81 Siehe R. Affemann, Krank an der Gesellschaft, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1973, S. 48
82 Ebenda, S. 52
83 Ebenda, S. 54–56
84 Siehe Neues Deutschland, 22./23. 8. 1981
85 R. Proske/I. Klamroth/H. Tholmen, Modelle und Elemente künftiger Gesellschaften, Rowohlt-Verlag, Rheinbeck bei Hamburg 1971, S. 1
86 G. R. Taylor, Zukunftsbewegung, Hoffmann- und Campe-Verlag, Hamburg 1976, Stellungnahme des Verlages
87 K. Marx/F. Engels, Kleine ökonomische Schriften, MEW, Bd. 42, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 162–163
88 H. O. Vetter, Humanisierung der Arbeitswelt als gesellschaftliche Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/1973, Köln, S. 4
89 H. O. Vetter, Mitbestimmung bleibt Mittelpunkt gesellschaftlicher Reformen, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 227
90 Siehe Neues Deutschland, 26./27. 9. 1981
91 K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 20
92 E. Hanke, Im Strom der Zeit, Militärverlag der DDR, Berlin 1976, S. 165–166

Quo vadis »Dritte Welt«?

1 J. L. Schmidt, Die Entwicklungsländer, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1974, S. 30–31
2 Siehe ebenda, S. 31
3 F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 32
4 K. Marx, Das Kapital, a. a. O., S. 539
5 Siehe J. L. Schmidt, Die Entwicklungsländer, a. a. O., S. 104–106
6 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 195
7 Siehe Grundprobleme des revolutionären Weltprozesses, Dietz Verlag, Berlin 1980, S. 49
8 Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, in: IPW-Forschungshefte, 1/1982, S. 19
9 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969. Dokumente, Berlin 1969, S. 25
10 Siehe V. Dadoo, Die militärpolitische Tendenz in der Strategie des Neokolonialismus, in: PFS, 5/1981, S. 613
11 Siehe Entwicklungstendenzen der freigewordenen Länder des Ostens. Analyse des Instituts für Orientkunde der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in: PFS, 1/1982, S. 83
12 G. Binus/K. Kannapin/H. Zschocke, Strategie und ökonomische Rolle der internationalen Konzerne, in: IPW-Berichte, 8/1975, S. 12
13 Grundprobleme des revolutionären Weltprozesses, a. a. O., S. 49
14 Siehe Entwicklungstendenzen der freigewordenen Länder des Ostens, a. a. O., S. 83
15 Neue Zürcher Zeitung, 27. 5. 1978
16 R. A. Uljanowski, Der ökonomische Kampf gegen den Neokolonialismus, in: SW/GWB, 4/1979, S. 381

17 Siehe Zur ökonomischen Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: IPW-Berichte, 4/1980, S. 3
18 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, a. a. O., S. 468
19 G. Kim, Soziale Entwicklung und ideologischer Kampf in den Entwicklungsländern, in: SW/GWB, 8/1980, S. 842
20 Ebenda, S. 843
21 K. Brutenz, Die befreiten Länder in der Welt von heute, Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 52–53
22 Siehe E. Drummer/E. Langer, Grundtendenzen der nationalen Befreiungsbewegung, in: Einheit, 1/1980, S. 12
23 Grundprobleme des revolutionären Weltprozesses, a. a. O., S. 110
24 Siehe S. Romero/A. Glinkon, Modernisierung der ökonomischen Abhängigkeit, in: PFS, 12/1979, S. 1656
25 Ebenda, S. 1656
26 Grundprobleme des revolutionären Weltprozesses, a. a. O., S. 119
27 Siehe I. L. Schmidt, Die Entwicklungsländer, a. a. O., S. 215–216, 224–225
28 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, a. a. O., S. 412

Weltenwende

1 Frankfurter Allgemeine, 14. 3. 1952
2 Siehe A. G. Brown, The United States – Plan for War with the Soviet Union 1957, New York 1978, S. 63
3 Siehe H. Rennhack, Imperialistische Aggressionen zunehmend zum Scheitern verurteilt, in: IPW-Berichte, 5/1975, S. 6
4 E. Fries, Lateinamerikas Völker im Kampf um nationale und soziale Befreiung, in: Einheit, 11/1979, S. 1172
5 H. C. Pilster, Westliche Sicherheitsprobleme in den 80er Jahren, in: Europäische Wehrkunde, 11/1980, S. 546
6 H. Schilling, Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, Dietz Verlag, Berlin 1977, S. 45
7 Siehe W. Petschenew, Die Konzeption vom entwickelten Sozialismus in der Strategie und Taktik der KPdSU, in: SW/GWB, 5/1981, S. 642
8 A. P. Butenko, Die internationale Bedeutung der Konzeption des entwickelten Sozialismus, in: SW/GWB, 1/1978, S. 5
9 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 20
10 H. Koziolek, Reproduktion und Nationaleinkommen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1979, S. 39
11 Siehe A. Kirilenko, Entwickelter Sozialismus und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: PFS, 9/1980, S. 1156
12 Siehe Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatsverlag, Berlin 1980, S. 31
13 Siehe Neues Deutschland, 15./16. 1. 1983
14 Aus dem Schlußwort des Genossen Erich Honecker auf der 5. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1982, S. 20
15 Siehe Neues Deutschland, 15./16. 1. 1983
16 Siehe Zahlen und Fakten, Zur Entwicklung der Sozialstruktur in der DDR, in: Einheit, 7/8/1978, und Neues Deutschland, 12. 4. 1981

17 Siehe H. Koziolek, Reproduktion und Nationaleinkommen, a. a. O., S. 223, und Neues Deutschland, 15. 4. 1981
18 Siehe G. Mittag, Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED, in: PFS, 8/1979, S. 1046
19 Siehe Neues Deutschland, 18./19. 2. 1978
20 E. Honecker, Aus meinem Leben, a. a. O., S. 257
21 W. Klimczak, »Konvergenz der Schwierigkeiten« angesichts der Tatsachen, in: PFS, 6/1980, S. 750–751
22 Aus dem Bericht des Politbüros an die 3. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Generalsekretär des ZK, in: Neues Deutschland, 20. 11. 1981
23 Ebenda
24 O. Reinhold, Theorie und Praxis der Gestaltung des entwickelten Sozialismus, in: Einheit, 10/1981, S. 979
25 P. Fedossejew, Dialektik des gesellschaftlichen Lebens, in: PFS, 9/1981, S. 1196
26 Siehe Neues Deutschland, 16. 10. 1981
27 Krise der Stahlindustrie der imperialistischen Länder verschärft sich, Aktuelle Umschau, in: IPW-Berichte, 3/1981, S. 54
28 Siehe D. Klein, Internationale Klassenauseinandersetzung und neue Anforderungen an den Sozialismus, in: Einheit, 7/8/1980, S. 821–822
29 A. Arakeljan, Zu einigen Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Lichte der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU, in: Wirtschaftswissenschaft, 8/1981, S. 930
30 Siehe W. Mäder, Beziehungen und Verhaltensweisen im Kollektiv, in: Einheit, 9/1980, S. 898
31 Wie den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beschleunigen?, Konsultation, in: Einheit, 9/1981, S. 942
32 E. Honecker, Aus meinem Leben, a. a. O., S. 258
33 Siehe F. Adler/H. Radtke/R. Winzer, Unsere ökonomische Strategie – hoher Anspruch an Denken und Handeln, in: Einheit, 9/1981, S. 908
34 Weiter gut voran auf dem Weg des X. Parteitages, Abgeordneter Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, für die SED-Fraktion, in: Neues Deutschland, 4. 12. 1981
35 G. Hipp, Erfahrungen beim Einsatz von Industrierobotern, in: Einheit, 9/1981, S. 889
36 Neues Deutschland, 7. 12. 1981
37 Siehe Neues Deutschland, 19. 6. 1980
38 H. Nick, Mensch und Technik in unserer Zeit, in: Einheit, 9/1981, S. 870–871
39 K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, a. a. O., S. 20
40 Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR, a. a. O., S 272
41 Siehe J. Lenart, Vom Oktober hervorgebrachte Gesetzmäßigkeiten, in: PFS, 11/1981, S. 1447
42 Aus dem Schlußwort des Genossen Erich Honecker auf der 5. Tagung des ZK der SED, a. a. O., S. 21
43 Bauakademie der DDR, Leitlinien für die Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR, Berlin 1981, S. 8
44 G. N. Powarow, Die Erfahrung wird die Grenzen der Schaffung der künstlichen Intelligenz bestimmen, in: SW/GWB, 12/1979, S. 1317
45 L. T. Kusin, Systeme der künstlichen Intelligenz, in: SW/GWB, 11/1979, S. 1203

46 G. N. Powarow, Die Erfahrung wird die Grenzen der künstlichen Intelligenz bestimmen, a. a. O., S. 1311
47 F. Loeser, Durchbruch des neuen Geschlechts, Verlag Neues Leben, Berlin 1966, S. 88
48 Siehe W. I. Siforow, Methodologische Fragen der Informationswissenschaft, in: SW/GWB, 4/1975, S. 427
49 I. Laptew, Planet ohne Zukunft? Verlag Neues Leben, Berlin 1976, S. 73–74
50 A. Arakeljan, Zu einigen Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Lichte der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU, a. a. O., S. 930
51 W. Sagladin/I. Frolow, Die Welt an der Schwelle des dritten Jahrtausends, in: Gesellschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau, 2/1981, S. 20
52 J. R. Kissisou-Boma, Mitglied des ZK der Kongolesischen Partei der Arbeit, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, Verlag Zeit im Bild, Dresden 1981, S. 1051
53 K. Ingpong, Laotische Revolutionäre Volkspartei, Mitglied der Außenpolitischen Kommission und Leiter der Kaderabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VDR Laos, ebenda, S. 1209
54 Siehe S. Viera, Mitglied des ZK der Frelimo Partei (Moçambique), ebenda, S. 42–43
55 L. Pizarro, Stellvertretender Direktor der Abteilung für Politische und Ideologische Erziehung des ZK der MPLA-Partei der Arbeit (Angola), ebenda, S. 945
56 Siehe Kurzberichte Guinea-Bissau, in: PFS, 3/1982, S. 355
57 Siehe R. Gigano, Mitglied des ZK der Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Äthiopiens, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, a. a. O., S. 1051
58 S. A. Kishtmand, Mitglied des Politbüros des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistan, ebenda, S. 368
59 Siehe A. F. Ismail, Entstehung einer avantgardistischen Partei neuen Typus, in: PFS, 1/1979, S. 17
60 Siehe A. Al Salami, Sektorenleiter in der Abteilung Wirtschaft des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, a. a. O., S. 666
61 Siehe Nguyen Duy Trinh, Der Weg zu Frieden und Stabilität in Südostasien, in: PFS, 3/1982, S. 305
62 Siehe ebenda
63 Siehe Neues Deutschland, 8. 2. 1982
64 Siehe A. Burmeister, Schrittweise Festigung der Volksmacht, in: horizont, 45/1981, S. 12
65 Siehe Algerien auf dem Wege des Fortschritts. Informationen, in: Einheit, 11/1979, S. 1201
66 Siehe M. el-Ghailushi, Verantwortlicher Funktionär des Büros für auswärtige Verbindungen des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Lybischen Arabischen Volksjamarhiriya, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, a. a. O., S. 516

67 Neues Deutschland, 16. 4. 1981
68 Neues Deutschland, 11. 5. 1982
69 Siehe A. Diallo, Botschafter im Büro des Generalsekretärs der Demokratischen Partei Guineas und Präsidenten der Revolutionären Volksrepublik Guineas, in: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, a. a. O., S. 913
70 Siehe R. Mandebru, Leiter der Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe, ebenda, S. 1106
71 W. P. Nyirenda, Mitglied des ZK und Vorsitzender des Komitees für Wirtschaft und Finanzen des ZK der Vereinigten Uabhängigkeitspartei Sambia, ebenda, S. 272
72 G. Hall, Tendenzen der Zeit und der USA-Imperialismus, in: PFS, 7/1980, S. 870
73 Siehe M. Graber, Kapitalistische Rationalisierungsstrategie, in: PFS, 3/1980, S. 412
74 Siehe Deutsche Zeitung/Christ und Welt, 8. 9. 1978
75 Siehe Die Welt, 2. 1. 1979
76 Frankfurter Rundschau, 1. 2. 1978
77 Siehe Deutsche Zeitung/Christ und Welt, 8. 9. 1978
78 Siehe H. H. Angermüller, Politische Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Forschungshefte, 3/1979, S. 125
79 Siehe Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, a. a. O., S. 20
80 R. Bouvderon, Auf dem Wege von Veränderungen, in: PFS, 1/1982, S. 66
81 J. Jensen, Die tiefen Wurzeln des Protestes gegen den Krieg, in: PFS, 11/1981, S. 1470–1471
82 B. Ramelson, Leninismus und internationaler Aspekt des Kampfes für den Sozialismus in Großbritannien, in: PFS, 1/1979, S. 32
83 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in der DDR, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, a. a. O., S. 407
84 Ebenda, S. 405–406
85 H. H. Angermüller, Politische Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Forschungshefte, 3/1979, S. 4
86 Ebenda
87 Ebenda
88 Siehe Ökonomische Lage des Kapitalismus und Krise der staatsmonopolistischen Regulierung, Wissenschaftliches Leben, in: IPW-Berichte, 8/1981, S. 21
89 B. Ramelson, Leninismus und internationaler Aspekt des Kampfes für den Sozialismus in Großbritannien, a. a. O., S. 36
90 Der ganze Kontinent – Schauplatz der Auseinandersetzung, Meinungsaustausch, Diskussionen, in: PFS, 6/1981, S. 810
91 K. Marx, Das Kapital, a. a. O., S. 654–655
92 E. Hanke, Antwort auf eine Leserkritik, a. a. O., S. 103
93 E. Hanke, Mittelstand in der Bundesrepublik, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973, S. 176–177
94 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 471–472
95 Siehe E. Hanke, Zur Lösung des Widerspruchs zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse in der DDR, in: Wirtschaftswissen., 5/1961, S. 687
96 Siehe E. Hanke, Mittelstand in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 161–162

97 F. Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MEW, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 503–504
98 Siehe UdSSR in Zahlen für 1977, Verlag Statistika, Moskau 1978, S. 100
99 M. Maximowa, Einige Probleme der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: SW/GWB, 3/1981, S. 361
100 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1960, S. 10
101 M. Milschteyn, Zur derzeitigen militärpolitischen Doktrin der USA, in: PFS, 1/1980, S. 1525
102 B. Booß/B. C. Jorgensen/R. O. Rasmussen, Kernwaffen – die größte Bedrohung der Menschheit, in: Wissenschaftliche Welt, DDR-Ausgabe, 1/1981, S. 2
103 Ebenda, S. 4
104 Neues Deutschland, 27. 7. 1981
105 Kurz gefaßt, sie wollen ihre Bedingungen diktieren, in: STP Sozialismus: Theorie und Praxis, 9/1981, S. 102
106 Ebenda, S. 103
107 Ebenda
108 Dokumentation des Verteidigungsministeriums der UdSSR, in: Neues Deutschland, 30./31. 1. 1982
109 Siehe G. Kühne, Strategie und Demagogie der NATO, in: Einheit, 12/1979, S. 1260–1261
110 Siehe M. Schmidt/St. Doernberg, Der Kampf um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung – Schlüsselfrage internationaler Politik, in: IPW-Forschungshefte, 2/1980, S. 34
111 P. H. Nitze, Strategy in the Decade of the 1980 in Foreign Affairs, New York 1980, Nr. 1, S. 10; zitiert aus: P. Hess, Der Konfrontationskurs des US-Imperialismus und die Widersprüche im internationalen System der Kapitalherrschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 9/1981, S. 1025
112 Siehe Neues Deutschland, 12. 12. 1981
113 Dokumentation des Verteidigungsministeriums der UdSSSR, in: Neues Deutschland, 30./31. 1. 1982
114 Ebenda
115 APN-Interview mit Marschall der Sowjetunion Victor Kulikow, in: Neues Deutschland, 14. 5. 1981
116 Neues Deutschland, 21. 5. 1981
117 L. I. Breshnew, Zu einigen aktuellen Fragen, in: Neues Deutschland, 3. 11. 1981
118 E. Honecker, Rede auf der 12. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 112
119 Siehe U. Möller/G. Schilling, Die höhere Rationalität der sozialistischen Planwirtschaft, a. a. O., S. 775
120 Siehe UdSSR in Zahlen für 1979, a. a. O., S. 52
121 Siehe Iswestija, 10. 11. 1980
122 Autorenkollektiv, Militarismus heute, Militärverlag der DDR, Berlin 1979, S. 326
123 Siehe H. Veith, Was aber sicher wächst ist die Unsicherheit der Existenz, in: Einheit, 11/1981, S. 1165
124 F. Baade, Der Wettlauf zum Jahre 2000, a. a. O., S. 256
125 Autorenkollektiv, Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 709
126 Ebenda, S. 53

127 N. I. Wosnessenski, Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, in: Sowjetwissenschaft, 3. Beiheft, Berlin 1947, S. 574
128 H. Bohle, Wann endlich Euro-Rüstung?, in: Wehrtechnik, 11/1979, S. 12
129 W. I. Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, a. a. O., S. 113
130 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Krisenprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft, a. a. O., S. 146
131 Siehe NATO, Brüssel und Raketen, Dietz Verlag, Berlin 1980, S. 14
132 Neues Deutschland, 14./15. 2. 1981
133 E. Honecker, Rede auf der 12. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1980, S. 11
134 M. Milschteyn, Zur derzeitigen militärpolitischen Doktrin der USA, in: PFS, 1/1980, S. 1525
135 A. Arbatow, Die Strategie der nuklearen Unvernunft, in: Einheit, 7/1981, S. 715
136 Ebenda, S. 176
137 Dokumentation des Verteidigungsministeriums der UdSSR, a. a. O.
138 Siehe A. Arbatow, Die Strategie der nuklearen Unvernunft, a. a. O., S. 719
139 L. I. Breshnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU, in: PFS, 10/1981, S. 1301
140 Neues Deutschland, 27. 7. 1981
141 A. Arbatow, Die Strategie der nuklearen Unvernunft, a. a. O., S. 717

Wenn alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums fließen

1 H. Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Fischer-Verlag, GmbH, Frankfurt/Main 1975, S. 151
2 Ebenda, S. 162
3 J. Sagert, Probleme des Zusammenhangs von intensiver Nutzung der natürlichen Ressourcen und Umweltgestaltung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift, Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner«, Berlin, 3/1981, S. 63
4 H. Kahn, Vor uns die guten Jahre, a. a. O., S. 117–119
5 Siehe J. Sagert, Probleme des Zusammenhangs von intensiver Nutzung der natürlichen Ressourcen und Umweltgestaltung; a. a. O., S. 63
6 Ebenda, S. 64
7 M. Kim, Zur Periodisierung der Entwicklung des Sozialismus in der UdSSR, in: SW/GWB, 5/1981, S. 655
8 Siehe P. Fedossejew, Der Mensch der Zukunft, in: Gesellschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 2/1981, S. 10
9 Ebenda, S. 10
10 Siehe ebenda, S. 11
11 M. Suslow, Die historische Bedeutung des XXVI. Parteitages der UdSSR, in: PFS, 5/1981, S. 585–586
12 P. Fedossejew, Der Mensch der Zukunft, a. a. O., S. 15
13 H. Kahn/A. I. Wiener, Ihr werdet es erleben, Verlag Fritz Molden, Wien – München – Zürich – Innsbruck 1967, S. 118–189
14 G. R. Urban (Hrsg.), Können wir unsere Zukunft überleben?, R. Pieper und Co-Verlag, München 1973, S. 113–134

15 K. Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW, Bd. 16, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 144
16 Siehe F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 80
17 Ebenda, S. 78
18 Ebenda, S. 73–74
19 Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit wichtigen Nebengesetzen, Berlin 1970, S. 19
20 Siehe Sputnik, 2/1980, S. 45–47
21 F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, a. a. O., S. 83
22 Ebenda, S. 82–83
23 A. Sewastjanow/A. Ursul/J. Schkolenko, Die Erschließung des Weltalls und das ökologische Problem, Gesellschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 3/1981, S. 226
24 Siehe ebenda, S. 227

Nachwort

1 F. Engels, Vorwort zur 4. deutschen Ausgabe des Manifests der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 53
2 F. Engels, Einleitung (zu Sigismund Borckheims Broschüre Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806 – 1807), in: MEW, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 350/51
3 F. Nietzsche, Der Wille zur Macht, in: Werke, Bd. 9, Leipzig 1906, S. 98
4 Ebenda, S. 116
5 F. Engels, Brief an Paul Lafargue vom 25. März 1889, in: MEW, Bd. 37, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 171

Zu den grafischen Darstellungen

Das Buch enthält 50 grafische Darstellungen mit Quellenangaben. In einigen Fällen weichen diese Angaben, bedingt u. a. durch den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung, von den Fakten des Autors ab. Trotzdem bereichern auch diese Darstellungen den Informationsgehalt des Buches und bekräftigen die erläuterten Tendenzen

Wir empfehlen dem Leser ein Buch aus unserem Verlag, das in der zweiten Jahreshälfte 1983 in den Buchhandel gelangen wird.

Heiner Winkler

Weltressourcen
Dramatik in 21 Kapiteln

280 Seiten, 120 Illustrationen, Format 167 × 240 mm, etwa 19 Mark

Es sei gleich vorausgeschickt: Dies ist kein Fachbuch. Über die technischen Aspekte der hier vorgestellten Rohstoffe und Energieträger gibt es mancherlei Spezialliteratur. Diese Arbeit ist aus der Sicht eines Publizisten geschrieben, der seit Jahrzehnten die Weltwirtschaft beobachtet und den dabei immer wieder fasziniert, welche Rolle die Rohstoffe im politischen und wirtschaftlichen Alltag der Menschheit spielen. Die spannenden, zuweilen hochdramatischen Abläufe auf diesem Gebiet verleugnen in keinem Augenblick den gesellschaftlichen Gesamtprozeß, in dessen Rahmen sie sich vollziehen. Daher verdeutlicht der Autor die Rolle der Rohstoffe speziell in diesem Kontext, und zwar so, daß die Lektüre nicht nur informativ, sondern für den allgemein interessierten Leser auch unterhaltend ist.

Das war und ist zugleich das Anliegen einer entsprechenden Artikelserie, die seit 1976 in loser Folge in der außenpolitischen Zeitschrift »horizont« erscheint. Sie diente bei der Ausarbeitung des Buches als Grundlage. Die dort gewählte monographische Darstellungsform wurde beibehalten, zumal die bisher erschienenen nationalen, aber auch internationalen Arbeiten die Rohstoffproblematik als Komplex in der Regel im Querschnitt behandeln, dem besonderen Detail bei den Materialien somit weniger Aufmerksamkeit schenken können.

Nun gibt es freilich heute sehr viele für eine moderne Volkswirtschaft notwendige Ausgangsstoffe. Über die Prioritäten kann man geteilter Meinung sein. Die Auswahl wurde auf 21 weltwirtschaftlich und weltpolitisch besonders relevante Materialien beschränkt. Es sind dies Aluminium, Blei, Baumwolle, Chrom, Eisen, Erdöl, Holz, Kautschuk, Kohle, Kupfer, Nickel, Ölsaaten, Phosphate, Reis, Soja, Uran, Weizen, Wolle, Zink, Zinn und Zucker.

Aus dem Kapitel »Soja – fast ein strategischer Rohstoff« wählten wir eine Leseprobe aus:

Es war im Jahre 1973. Jacques Chirac, Chef der französischen Gaullisten, Expremier und damals Pariser Agrarminister, erinnert

sich noch genau an jenen 27. Juni: »Mir stockte der Atem, als ich erfuhr, Washington habe über Nacht den weiteren Export von Sojabohnen untersagt.« Die Nixon-Administration hatte ihren Schritt, dessen preistreibender Charakter nicht zu übersehen war, höchst lapidar begründet. Es fehle auf dem amerikanischen Binnenmarkt an Sojafutter, deswegen fieberten die Fleischpreise, und dagegen müsse etwas getan werden. Also waren die auswärtigen Sojakunden trotz feierlich besiegelter Kontrakte nun die Leidtragenden.

Nicht nur Chirac war perplex. Die ganze EG-Spitze glich einem aufgescheuchten Hühnerhof. Auf dem eilig zusammengetrommelten EG-Krisenpalaver in Brüssel redete Chirac Fraktur: »Wir sind das Opfer einer amerikanischen Aggression.« Die anderen Agrarminister, wiewohl verbal gemäßigter, äußerten sich gleichfalls tief betroffen. In der Öffentlichkeit wurden Rufe nach Vergeltung laut.

Die erbitterte Reaktion war verständlich. Einige Zeit zuvor hatte Washington nämlich die EG-Mächte unter Aufbietung seines ganzen Einflusses gedrängt, voll auf die Viehzucht zu setzen und sich dabei vertrauensvoll auf den Dauerbezug amerikanischer Sojabohnen zu stützen. Wunschgemäß wurde Soja in der Folgezeit zum wichtigsten Futtermittel in der EG. Zu jenem dramatischen Zeitpunkt hatte der jährliche Einfuhrbedarf an Soja bereits 8 Mill. t erreicht. Sojaextraktionsschrot bildete die Hauptgrundlage eines Futtergemisches, mit dem Westeuropas Landwirte nicht nur die Geflügelzucht rapide ausweiteten, sondern auch in großem Stil Schweine und Kälber für die Schlachthäuser mästeten. Um so größer war nun der Schock.

Er dauerte fort, obwohl Washington seine Liefersperre im September 1973 schließlich wieder aufhob. Nicht nur, daß sich die Preise zeitweilig vervierfacht hatten. Der Vorfall führte auch den Westeuropäern erneut vor Augen, daß auf die Yankees kein Verlaß ist, sofern es einmal hart auf hart kommt. Haben die USA erst einmal irgendwo wie im Falle Soja auf dem kapitalistischen Markt ein Monopol erlangt, machen sie davon rücksichtslos Gebrauch, und es spielt keine Rolle, ob die Betroffenen politische Gegner oder Alliierte sind. Das war eine bittere Lehre.

Noch etwas anderes freilich rückte damals jäh ins Rampenlicht, nämlich die Schlüsselrolle der Sojabohne. Tatsächlich wächst sie auf dem Gebiet der internationalen Ernährungswirtschaft mehr und mehr in eine Position hinein, die sich heute beinahe schon mit jener der vielzitierten »strategischen Rohstoffe« vergleichen läßt.

Man hat die Sojabohne zuweilen eine Wunderbohne genannt. Von der Keimung bis zur Samenreife braucht sie nur hundert Tage, eine unter den stark eiweiß- und fetthaltigen Pflanzen beispiellos kurze Vegetationsperiode. Die Substanz der Bohne besteht zu 35 Prozent aus leicht verdaulichem Eiweiß. Der betreffende Ge-

halt im Sojaschrot ist durchschnittlich viermal so groß wie im Futtergetreide. Die Sojabohne ist zudem reich an Fett (20 %), an Aminosäuren, an leistungssteigernden Lecithinen und Vitaminen.

Das Extraktionsschrot, so genannt, weil es zuvor von Ölbestandteilen weitgehend getrennt wird, dient als hochwertiges Futter für die gesamte landwirtschaftliche Tierhaltung. Außer als Futtermittel, dem weitaus dominierenden Verwendungszweck, ist die Sojabohne – über ihre Nachprodukte Öl oder Mehl – auch anderweitig einsetzbar: so in der Margarineproduktion, bei der Fertigung von Kindernahrungsmitteln, in der Pharmazie. Sie hat sich in Gestalt von Zusätzen auch schon in der Fleisch- und Wurstwarenfabrikation Eingang verschafft. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges bildeten Sojakonzentrate die »eiserne Ration« der in fremde Länder einfallenden faschistischen Armeen. Mühelos im Brotbeutel verstaut, konnten die Invasoren davon gegebenenfalls drei Tage ohne Nachschub an Nahrungsmitteln auskommen.

Ursprünglich war die Sojabohne nur in Ost- und Südostasien beheimatet. Im klassischen China, in dessen Schriften sie schon 2800 Jahre v. u. Z. erwähnt wird, gehörte Soja mit Reis, Weizen, Gerste und Hirse zu den fünf heiligen Pflanzen, die der Kaiser symbolisch selbst auszusäen pflegte. Allerdings unterwarf man die Sojabohne keinem Extraktionsprozeß. Hier war sie, zu Mehl vermahlen, vor allem ein Grundnahrungsmittel, aus dem man auch Milch und Quark sowie Würze bereitete.

In den USA, die heute das eigentliche Zentrum dieser Kultur sind, hat der Anbau erst Anfang des 19. Jahrhunderts begonnen. Ähnlich wie etwa in der Mandschurei fand diese höchst sensible Pflanze hier genau das, was sie zum Gedeihen brauchte: ein trokkenes, warmes Klima sowie leicht erwärmbare, etwas kalkhaltige, humusreiche mittlere Böden in ganz spezifischer Beschaffenheit. Vor allem der Mittlere Westen, der auch als Maisgürtel bezeichnet wird, und das Mississippidelta sind zu Hochburgen der amerikanischen Sojaproduktion geworden.

Zunächst allerdings wurde diese Kultur vorzugsweise zum Zwecke der Bodenverbesserung auf herkömmlichen, brachgelegten Weizen-, Mais- und Baumwollfeldern eingesetzt. Erst in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts mit ihrer kriegsbedingten Verknappung von Futter und Speiseölen wurde man sich in den USA der eigentlichen Bedeutung der Sojakultur für das Agrargeschäft bewußt. Preissubventionen durch die Regierung motivierten die Farmer, nun Soja auch als Hauptkultur anzubauen. Der Auftrieb dauerte auch nach dem Kriege fort: 1954 wurde die VR China, die vor dem zweiten Weltkrieg noch drei Viertel des Weltaufkommens bestritten hatte, von den USA in der Sojabohnenproduktion überflügelt. Inzwischen entfallen auf sie zwei Drittel der Welternte, und auch bei Sojaschrot sind die USA mit einem Anteil von 70 Prozent am Weltmarkt der mit Abstand wichtigste Liefe-

rant. Da bei den Extraktionsbetrieben infolge der rasch expandierenden Nachfrage nach Sojaschrot große Überschüsse an Öl entstanden, griff ihnen Washington durch entsprechende Regierungsaufkäufe unter die Arme. Dieses Öl wurde – im Rahmen der sogenannten Entwicklungshilfe – für die amerikanische Politik in der »Dritten Welt« eingesetzt.

Die überlegene Position, die die USA damit als internationaler Lieferant erlangt haben, machen sich die betreffenden Agrarhandels- und Nahrungsmittelmonopole, darunter »Multis« wie Unilever, bei der Preisbildung zunutze. Unter Hinweis darauf, daß sich der Aufwand an lebendiger Arbeit, an Produktionsmitteln (einschließlich Treibstoff) und an Kreditkosten sprunghaft verteuert hätte, wurden die Preise in den siebziger Jahren für Sojabohnen verzwei- und verdreifacht. Bereits Mitte des Jahrzehnts hatte z. B. Frankreich für Sojaimporte mehr auszugeben, als es aus seinem Automobilexport, einer der Stützen der französischen Ausfuhr, einnahm.

Zugleich sind starke Schwankungen, vor allem auch innerhalb eines Jahres, an den betreffenden Warenbörsen charakteristisch. In ihnen spiegeln sich nicht nur das Auf und Ab sogenannter Ernte-voraussagen und die sich wandelnde Konstellation am internationalen Kraftfuttermarkt wider. Soja ist auch zu einem Objekt großer Spekulanten geworden, unter anderem der skrupellosen Gebrüder Hunt, der Erben des texanischen Ölmilliardärs H. L. Hunt, eine der zwielichtigsten Gestalten auf der Ölszene der USA. Ausgehend von der Annahme, daß mit dem wachsenden internationalen Proteinbedarf Soja künftig eine immer größere Rolle spielen wird, begann der Hunt-Clan, Teile seines Milliardenvermögens für eine großangelegte langfristige Spekulation zu verwenden. Mitte der siebziger Jahre kauften die Hunts zeitweise alle verfügbaren Sojamengen auf und lagerten sie ein. Sie erwarteten, dank der dadurch bewirkten Mangellage auch auf längere Sicht ihren »Schnitt« zu machen ...

»Der Menschheit Würde
ist in eure Hand gegeben –
Bewahret sie!
Sie sinkt mit euch!
Mit euch wird sie sich erheben!«

Friedrich Schiller